



DIE GLOCKE

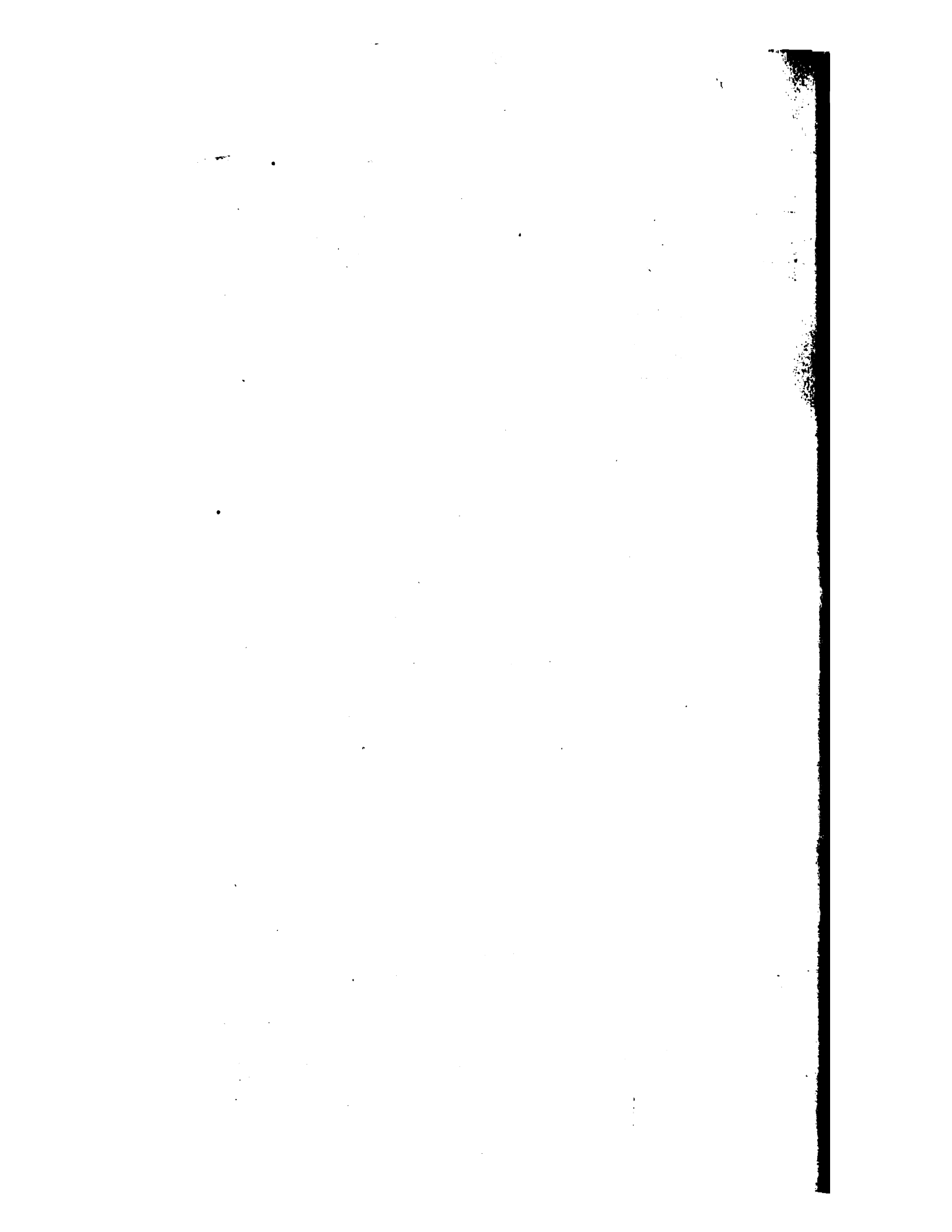
WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK UND
WIRTSCHAFT, KUNST UND KULTUR

INHALTSVERZEICHNIS

10. JAHRGANG · I. BAND
APRIL—SEPTEMBER 1924



VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT G. m. b. H., BERLIN SW 68



2. April 1924

Nr. 1

Preis 30 Pfennig

Die Glocke

HERAUSGEBER PARVUS

Inhalt:

<i>Heinrich Löffler:</i>	
<i>Die Tagung der Industriellen</i>	1
<i>Zusammenbruch der Rechtsprechung</i>	
<i>Erich Kuttner: Ludendorff</i>	6
<i>Max Sachs, Dresden: Zeigner</i>	8
<i>Eduard Bernstein:</i>	
<i>Wie kann und wird der Sozialismus zur</i>	
<i>Verwirklichung gelangen?</i>	11
<i>Bruno Gebauer:</i>	
<i>Finanzen und Wirtschaft der Freien Stadt</i>	
<i>Danzig</i>	14
<i>Paul Ufermann:</i>	
<i>Sigmund Bosel</i>	18
<i>Alfons Fedor Cohn:</i>	
<i>Dänische Provinz</i>	20
<i>Arthur Eloesser:</i>	
<i>Was ist Kitsch?</i>	24
<i>Wirtschaftlicher Rundblick</i>	27
<i>Völkische Devisenäre — Götzendämmerung — Das Weimarer</i>	
<i>Bauhaus</i>	

P-Buch
10:1-13
APR. - JUNE
1924
(new)

LIBRARY
APR 30 1939
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Verlag für Sozialwissenschaft
Berlin SW 68, Lindenstraße 114

DER MALIK-VERLAG / BERLIN W 9 KÖTHENER STRASSE 38

G. SINOWJEW LENIN ZUM GEDÄCHTNIS

II. vermehrte Auflage.
Joh. R. Becher: LENIN
Sinowjew: Lenins Leben
und Tätigkeit / Sinowjew:
Sechs Tage, die Rußland
nicht vergessen wird.
Anhang: Verfassung der
R.F.S.S.R.
Bibliographie: Die Schriften
Lenins.
Brosch. 0,80 / Pappband 1,60

UPTON SINCLAIR SAMUEL DER SUCHENDE

Roman
Brosch. 2,— / Pappband 3,20
Halbl. 4,60 / Geschenkb. 6,—

HUNDERT PROZENT NEU AUFLAGE

Roman eines Patrioten
(21.—30. Tausend)
Brosch. 2,— / Pappband 3,20
Halbl. 4,60 / Halbperg. 5,20

GEORG LUKACS GESCHICHTE UND KLASSEN- BEWUSSTSEIN

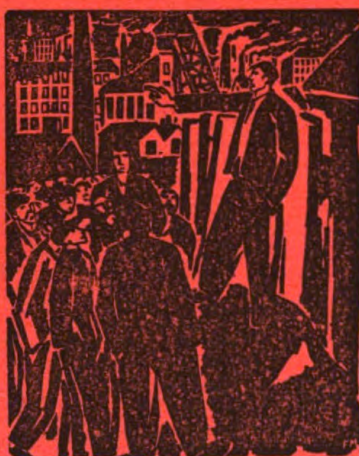
Studie über marxistische
Dialektik.
Broschiert 5,20 / Pappband 8,—

IN WENIGEN TAGEN ERSCHEINEN:

GEORG LUKACS
LENIN
Eine Studie über den
LENINISMUS
Broschiert 1,— / Gebunden 2,—

ERSTES JAHRBUCH PLATZ DEM ARBEITER!

Eine Auswahl international.
revol. Literatur und Kunst.
Broschiert 2,40 / Halbleinen 4,40
Literarische Beiträge von Ana-
tole France, Alexander Herzen,
Moses Hess, Wilhelm Hohenzol-
lern, Max Hölz, Franz Jung,
Lassalle, Rosa Luxemburg, Mar-
tinet, Bernhard Shaw, Sinclair
u. v. a.
ZEICHNUNGEN
von Honoré Daumier, Goya,
George Grosz, John Heartfield,
Th. Th. Heine, Robert Minor,
Th. Steinlen, Schlichter u. v. a.
Photographien aus Deutschland
und den Vereinigten Staaten.



DER WIRTSCHAFTL.
WIEDER-AUFBAU DER
UNION DER SOZIAL-
SOWJET-REPUBLIKEN
Herausgegeben v. der Handels-
vertret. d. U.D.S.S.R. in Deutschl.
und in Oesterreich
Broschiert 2,50

ERSCHEINT JEDEN SONNABEND! SOEBEN ERSCHIENEN NR. 5 DER GEGNER WOCHENSCHRIFT PREIS 20 Pf.

Vierteljährlich 13 Nummern.
Gegen Voreinsendung von M. 5.—
frko. Postscheckkonto: Berlin
Nummer 56702
Aus der neuesten Nummer:
Dokumente / Zar Nikolaus räus-
pert sich aus dem Jenseits / Die
Wahlüberraschungen der SPD.
Die deutsche Industrie gerettet /
Ein entscheidender Schritt: der
Selbsthilfe zum Kleinwohnungs-
bau / Weibliche Polizei in Fön-
lie Front gegen die Dummheit.
Völkische Polacken u. a. m.

UPTON SINCLAIR DER PARADEMARSCH

Eine Studie
über amerikanische
Erziehung.
Brosch. 1,50 / Pappband 2,40
Ganzlein. 3,60 / Halbled. 6.—

DAS BUCH DES LEBENS

Volkstümliche Lebenskunde
in 3 Bänden.
Brosch. à Bd. 1,50 Pappband à Bd. 2,40
Ganzleinen à Band . . . 5,60
Halbleder à Band . . . 6.—

E. J. GUMBEL VIER JAHRE POLITISCHER MORD

Fünfte Aufl. von ZWEI JAHRE
MORD (13.—18. Tausend.)
Broschiert 1,60 / Pappband 2,40

JOH. R. BECHER
LENIN
Gedichte
Broschiert 0,80

ZUM
HITLER-PROZESS
E. J. GUMBEL
VERSCHWÖRER
Broschiert 2,— / Gebunden 3,—

ZU BEZIEHEN DURCH JEDE BUCHHANDLUNG UND DURCH
DIE MALIK-BUCHHANDLUNG / BERLIN W 9
KÖTHENER STRASSE 38 (MEISTERSAALGEBÄUDE)

HXp
G56
v. 10/1-13

Die Tagung der Industriellen

Von Heinrich Löffler.

Der Reichsverband der deutschen Industrie veranstaltete am 26. März eine große öffentliche Kundgebung in Berlin. Mit seiner vor einigen Jahren erfolgten Gründung wurde der Versuch unternommen, der gesamten deutschen Industrie, vom Klein- bis zum Großbetrieb, eine einheitliche und fest geschlossene Interessenvertretung zu geben. Rein äußerlich betrachtet, scheint der Versuch zum Erfolg geführt zu haben. Doch diese nach außen zur Schau getragene Geschlossenheit kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß auch in diesem Lager Gegensätze bestehen. Es kann ja auch gar nicht anders sein. Die großen und mächtigen Konzerne sind eifrigst und ununterbrochen bestrebt, ihren Machtbereich auszudehnen und die kleinen Unternehmungen aufzusaugen oder niederzukämpfen. Auch andere Interessengegensätze gibt es noch, die sich nicht leicht überbrücken lassen. Volle Einigkeit aber besteht, wenn Vorstöße gegen Arbeiterrechte unternommen werden. Dann marschiert der Berliner Spitzenkandidat der Demokratischen Partei, Herr v. Siemens, mit dem deutschnationalen Herrn Hugenberg Arm in Arm. Auch sonst haben sie den Arbeitern manches voraus. Sie tragen ihre Gegensätze nicht auf offenem Markt aus, sondern versuchen, wo sie hervortreten, in vertraulichen Beratungen einen Ausgleich zu finden.

Die diesmalige fünfte Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie ließ in ihrer Aufmachung erkennen, daß man sich in diesem Lager sehr genau der Aenderung bewußt ist, die sich im Staatsleben vollzogen hat. Einst wurden die Minister berufen von einem Monarchen. Der Einfluß der Industriellen wirkte damals im Hintergrund. Sie antichambrierten in den Zimmern der Ministerien, wo man ihren Interessen sehr willig diente. Genügte das nicht, dann drückte man „dem Minister den Herrenstandpunkt ins Auge“. So geht es nun heute nicht mehr. Die Kabinette werden berufen vom Volke und haben darum der Stimmung des Volkes eine andere Beachtung zu schenken als einst im kaiserlichen Deutschland. Aus diesem Grunde sind die Industriellen in den letzten Jahren dazu gekommen, ihre besonderen Wünsche mehr in der Öffentlichkeit zu vertreten und um die Gunst der Volksmassen zu

werben. Sie sind also auch demokratischer geworden. Viele Herren dürften sich aber noch mit Wehmut der früheren Zeit erinnern und sich in stillem Gram verzehren, weil sie entschwand.

Vom Reichskabinett kann nicht gesagt werden, daß es dieser Tagung nur wenig Beachtung geschenkt hätte. Der Reichskanzler und zwei weitere Reichsminister ergriffen hintereinander das Wort. Ueberhaupt dürften auf dieser Tagung sämtliche Reichsministerien zu Gast gewesen sein. Wir erheben darum keinen Vorwurf, denn der Reichsverband der deutschen Industrie ist eine Vereinigung von großer wirtschaftlicher Bedeutung, die keine Regierung unbeachtet lassen kann. Zu verlangen aber ist, daß den Arbeitertagungen, etwa einem Freien-Gewerkschafts-Kongreß, gleiche Beachtung von den Regierungsstellen geschenkt wird, denn die Arbeitermassen sind doch auch wohl ein beachtenswerter Faktor der deutschen Wirtschaft.

Den über diese Tagung veröffentlichten Berichten ist eine besondere Auffälligkeit zu entnehmen. Uebereinstimmend bekunden sie, daß zwei Regierungsredner, der Reichskanzler und der Reichswirtschaftsminister, ihre Reden unter großem Beifall der Versammlung beendeten. Die Rede des Reichsarbeitsministers muß aber nach den übereinstimmenden Berichten mit großem Schweigen hingenommen worden sein. Sollten sich aber wirklich einige Lippen zu einem Bravo gerührt haben, dann hat es die geschickte Regie der Berichterstattung verstanden, den Eindruck zu erwecken, als sei der Reichsarbeitsminister dieser Versammlung Luft gewesen. Das ist symptomatisch. Der Reichsarbeitsminister hat soziale und wirtschaftliche Arbeiterinteressen im Rahmen des Staatsganzen zu wahren. Auch in dieser Tagung hat er anscheinend einen leisen Versuch unternommen, seinen Aufgaben dienstbar zu sein, denn in den Berichten heißt es: „Der Redner legte den Industriellen in wärmsten Worten nahe, durch Erhöhung des Lohnes für gelernte Arbeiter diesen einen Anreiz zu geben, im Lande zu bleiben.“ Dafür und für die soziale Tätigkeit, die das Arbeitsministerium auftragsgemäß zu entfalten hat, wurde nach allen Berichten der Presse die Rede dieses Ministers mit großem Schweigen entgegengenommen. Die Zeitungsberichte können nur diesen einen Eindruck erwecken. Lautlose Demonstration gegen den Sozialminister.

Nun zu den offiziellen Rednern dieses Kongresses. Herr Generaldirektor Dr. Vögler aus Dortmund, deutsch-volksparteilicher Reichstagsabgeordneter für Westfalen, hielt eine Rede über Staat und Wirtschaft. Leider sind die veröffentlichten Berichte nur sehr knapp gehalten, so daß der volle Sinn des Vortrags kaum zu erfassen ist. So viel aber steht fest: Der Redner hat sich nicht zu der Auffassung bekannt, daß es Pflicht der Industrie ist,

ohne Vorbehalte dem Staatsganzen zu dienen. Dafür aber möchte sie allein, ohne Rücksicht auf Volksinteressen, der Staatsgewalt das Ziel ihres Handelns diktieren. Welchen Kurs das Staatsschiff dann nehmen würde, ist nicht streitig. Er hat gemeint, „das politische Interesse der deutschen Industrie sei in der Vorkriegszeit . . . vor allem auf die Beilegung des sozialen Konflikts eingestellt gewesen“. Das ist, gelinde gesagt, eine Verzerrung der Wahrheit; denn soziale Konflikte lassen sich nicht beilegen durch rücksichtslosen Gebrauch der wirtschaftlichen Vormacht. So und nicht anders ist es doch gewesen. Wenn sich die Arbeitermassen den Bedingungen unterwarfen, dann geschah es nur der Not gehorchend und nicht aus eigenem und überzeugungsvollem Entschluß. Herr Vögler meinte, die Industrie verfolge nur eine politische Richtung, nämlich „die alten Grundsätze bewährter Wirtschaftsführung wieder herzustellen und in Einklang zu bringen mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen“. Wenn auch der Rede Sinn nicht klar ist, dann aber kann es doch keinen Zweifel geben, was mit den „alten Grundsätzen bewährter Wirtschaftsführung“ gemeint ist. Man zielt ab auf die alte Betriebsdespotie, die keine Mitbestimmung der Arbeiter duldete. Auch ein schwaches, aber auf Vorbehalten beruhendes „Bekenntnis“ zum heutigen Staat legte Herr Vögler ab. Das sieht nach den Berichten so aus: „Die Industrie werde den heutigen Staat freudig unterstützen, wenn er den Kampf gegen den Klassenhaß aufnimmt, das Volk von dem sozialistischen Wahn freimacht, auf ein gegenseitiges Verstehen der verschiedenen Berufs- und Volksschichten hinwirkt und das Gefühl der nationalen Gesinnungsgemeinschaft fördert.“ Herr Vögler hat anscheinend Klassenkampf gemeint, obgleich er nach den Berichten das Wort Klassenhaß gebraucht haben muß. Haß ist kein sozialistisches Ideal. Daß es aber einen Klassenkampf gibt, hat Herr Vögler bewiesen; denn seine Rede war vom Klassenkampfgeist erfüllt. Wie der Staat „das Volk vom sozialistischen Wahn freimachen“ soll, hat Herr Vögler nicht gesagt. Wird etwa ein Sozialistengesetz gewünscht? Oder wie wäre es mit einem Gesetz, dessen einziger Paragraph lautete: „Sozialistische Gedanken zu haben oder sich mit solchen zu befassen, ist bei Todesstrafe verboten.“ Möglich ist, daß aber auch das noch nicht genüge, um dem „heutigen Staat die freudige Unterstützung der Industrie“ zu sichern. Wer ein gegenseitiges Verstehen der Volksschichten anstrebt und das Gefühl der nationalen Gesinnungsgemeinschaft fördern will, sollte zunächst solche Reden nicht halten. Herr Vögler lebt in Westfalen. Haben die dortigen Arbeiter noch immer nicht bewiesen, daß sie ein Gefühl der nationalen Gesinnungsgemeinschaft besitzen? Wer nach all den vielen Beweisen noch die nationale Gesinnung der Arbeiter — die natürlich

mit fanatischem Nationalismus nichts zu tun hat — bezweifelt, muß mit politischer Blindheit behaftet sein. Durch die Rede des Herrn Vögler zog sich eine unbezähmbare Voreingenommenheit gegen den Sozialismus. Das entschuldigt für ihn persönlich manches, aber nicht für den Reichsverband der deutschen Industrie, in dessen Auftrag er sprach. Welche Stellung nehmen die demokratischen Mitglieder des Reichsverbandes der Industrie, z. B. Herr v. Siemens, der Spitzenkandidat der Demokratischen Partei in Berlin, zu dieser Rede ein? Das zu erfahren wäre doch immerhin interessant.

Und für Herrn Vögler zum Schluß noch eins. Vor uns auf dem Tisch lag bei der Niederschrift dieser Zeilen das Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. Auf S. 150 befindet sich die Selbstbiographie von Herrn Vögler, welcher Mitglied der Nationalversammlung war. Im Schlußsatz dieser Biographie bezeichnet sich Herr Vögler als „Reichsbevollmächtigter für die Sozialisierung des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers“. War denn Herr Vögler nicht auch vom sozialistischen Wahn befallen?!

Herr Dr. Ernst v. Borsig sprach auf dieser Tagung über: „Industrie und Sozialpolitik“. Es ist zuzugeben, daß sich seine Rede freihielt von Schlagworten, die auf früheren Tagungen der Arbeitgeber- und Industrieverbände üblich waren, wenn die Sozialpolitik zur Erörterung stand. Er erkannte die Notwendigkeit der Sozialpolitik an und sprach von ihr in würdiger Form. Das dürfte wohl mehr auf die persönliche Einstellung des Redners zurückzuführen sein, als auf die Stimmung der Arbeitgeber.

Herr v. Borsig beklagte, daß trotz fünfjähriger gemeinsamer Arbeit die Arbeitgeber heftigen Angriffen, besonders von freigewerkschaftlicher Seite, ausgesetzt seien. Er glaubte diese auf ihre dogmatische Einstellung zurückführen zu müssen. Das ist durchaus unrichtig. Von Arbeitgeberseite sind Dinge unternommen worden, die von keiner Gewerkschaftsrichtung ruhig hingenommen werden konnten und die, worauf Herr v. Borsig selbst aufmerksam machte, sogar eine Anzahl badischer Hochschulprofessoren veranlaßte, eine ernste Warnung an die Arbeitgeber vor sozialpolitischer Reaktion zu richten. Auch zum Staat scheint Herr v. Borsig eine ganz andere Grundeinstellung zu haben als sein Vorredner auf dieser Tagung. Beim Lesen der Berichte hat man so das Gefühl, als hätte Herr v. Borsig sich teilweise bemüht, die Darlegungen seines Vorredners abzuschwächen.

Er beklagte den Zerfall der Zentralarbeitsgemeinschaft und meinte, eine neue Arbeitsgemeinschaft müßte wieder auf dem Gedanken der freien Verständigung und der Selbstverantwortlichkeit fußen. Das ist durchaus richtig, nur ist auch erforderlich, daß getroffene Vereinbarungen nach unten durchgesetzt werden. Daran hat es gefehlt. Den schwersten Schlag erhielt aber der Gedanke

der Arbeitsgemeinschaft durch das Vorgehen der westfälischen Bergwerksunternehmer im vergangenen Herbst, die aus dem Hinterhalt die Arbeitermassen, welche mit ihnen in einem gemeinsamen Abwehrkampf gestanden hatten, überfielen mit dem Plan, die Vorkriegsarbeit im Bergbau durch einseitiges Diktat durchzuführen. Nach den Informationen, die wir über diese Angelegenheit erhielten, sind wir nicht der Auffassung, daß man den französischen General Degoutte zur Durchführung des Planes um Hilfe ersucht hatte, aber bestehen bleibt die Tatsache, daß dieser General, wenn auch auf besondere Fragestellung, unterrichtet wurde, hingegen aber die Gewerkschaften, mit denen nicht nur eine Arbeitsgemeinschaft, sondern auch ein festes Vertragsverhältnis bestand, uninformiert blieben, um sie gegen den Vertrag, gegen Treu und Glauben zu überfallen. Das war gewiß nicht fair play. Wenn eine neue Arbeitsgemeinschaft entstehen oder die im Zusammenbruch begriffene neu aufgerichtet werden soll — wir würden eines von beiden begrüßen —, dann muß das Gift, das durch den westfälischen Streich ausgestreut wurde, entfernt werden in offener und freier Aussprache, wie es sich für Männer geziemt.

Herr v. Borsig betonte, daß die Arbeitgeber die Koalitionsfreiheit der Arbeiter ebenso unumwunden anerkennen, wie sie selbst von ihr Gebrauch machen. Das war sehr löblich gesprochen, aber in der Praxis sieht es oft ganz anders aus. Die Gewerkschaften werden hundertfältig nachweisen können, daß in der Zeit des Abbaus in den Betrieben stehende Gewerkschaftsfunktionäre, die wahrlich nicht zu den schlechtesten Arbeitern gehörten, die ihr Fach verstanden, an erster Stelle entlassen wurden. Das ist eine Praxis, die nicht verwunderlich macht, daß das Gefühl vorhanden ist, als sollten die Gewerkschaften getroffen werden, und ist Gift für eine auf freier Vereinbarung beruhende Arbeitsgemeinschaft.

Herr v. Borsig hat sodann mit starker Betonung ausgesprochen: „Ein besonderes Recht zum Streiken kann nicht anerkannt werden. Der Streik ist ein tatsächliches Machtmittel. Der Streik findet seine Grenze am Gemeinwohl. Im übrigen dürfen nur gesetzliche Mittel bei Durchführung des Streiks zugelassen sein.“ Wo soll das hinaus? Ein besonderes Recht zum Streiken ist nicht verlangt worden. Die Gewerkschaften begnügen sich mit dem Streikrecht, das aber für sie unantastbar ist. Sie vertreten die Auffassung, daß die Arbeiter das Streikrecht als letztes Machtmittel im wirtschaftlichen Kampf benötigen. Vor dem Beginn eines Streiks soll natürlich alles getan werden, um durch Verhandlungen eine Verständigung zu erzielen. Scheitern dergleichen Bemühungen aber am dogmatischen Widerstand hartnäckiger Unternehmer, dann muß den Arbeitern unter Führung ihrer Organisationen die Anwendung des Streikrechts freistehen. Gerade weil die Gewerkschaften im

Streik das letzte wirtschaftliche Kampfmittel erkennen und seine Anwendung nur dann empfehlen, wenn alle Versuche, zu einer Verständigung zu kommen, gescheitert sind, gerade darum ist das Streikrecht ein unantastbares Gut. Ein Versuch, dieses Recht zu nehmen oder auch nur zu beschränken, würde die besonnensten Gewerkschaftsführer in den vordersten Reihen der Gegenwehr finden. Daß ein Streik seine Grenze am Gemeinwohl findet, ist richtig; nur darf privatwirtschaftliche Gewinnsucht nicht mit dem Gemeinwohl vermengt werden. Die Grenze zwischen beiden zu ziehen, muß man schon den Gewerkschaften, von denen nicht behauptet werden kann, daß sie sich jemals am Gemeinwohl versündigt hätten, überlassen. Mit diesem Teil der Rede hatte sich Herr v. Borsig seinem Vorredner genähert. Das hat er wohl auch taktisch für erforderlich gehalten, um den Gleichklang der Stimmung, der durch den ersten Teil der Rede gestört sein konnte, wieder herzustellen.

Mit dieser großen Heerschau sollte in der Hauptsache Eindruck auf die Parteien, die Regierung und das Volk gemacht werden. Nach der Stimmung zu urteilen, die von der Tagung der Deutschen Volkspartei aus Hannover vernehmbar ist, dürften bei dieser Partei die Mühen nicht zwecklos gewesen und auch die Regierung dürfte zum größten Teil nicht unbeeindruckt geblieben sein. Die Oberbürgermeisterpartei ist sehr beeinflussbar, weil sie ohnehin nach dem auf der Tagung kundgegebenen Geist handelt. Man weiß ja doch nicht, wofür das gut ist. Das Volk wird am 4. Mai urteilen.

Zusammenbruch der Rechtsprechung

I. Ludendorff

Von Erich Kuttner

Das sogenannte Münchener Volksgericht hat Ludendorff freigesprochen. Ludendorff hat sich darauf erhoben und den Richtern kräftig ins Gesicht gespuckt. Symbolisch natürlich — mit Worten. Aber diese Richter merkten, was vorging, und fuhren zusammen. Wenn sie einen Rest von Ehrlichkeit auf dem Grund ihrer Seele haben, werden sie zugestehen, daß sie diese verächtliche Geste verdient haben.

Jonathan Swift, der große Satiriker und Freiheitskämpfer, hat im letzten und gigantischsten Teil des Gulliver ein Wort auf die Kabinetjustiz seiner Zeit geprägt:

Bei den Verhandlungen gegen Leute, die eines Verbrechens wider dem Staat angeklagt sind, ist das Verfahren viel kürzer und löblicher: der Richter schickt erst zu denen, die im Besitze der Macht sind, um sie zu sondieren, und dann kann er den Verbrecher leicht unter strenger Beobachtung aller gehörigen Rechtsformen hängen oder retten.

Der Gulliver ist im Jahre 1726 erschienen, netto vor 200 Jahren. Um wieviel sind wir in der Kultur fortgeschritten, was hat sich gegen 1726 wesentlich an der Rechtspflege geändert?! Ein Verbrecher wurde freigesprochen — natürlich unter strenger Beobachtung aller gehörigen Rechtsformen —, nicht just, weil es die Regierung so wollte, — wer ist überhaupt jetzt Regierung in Bayern? — aber weil eine machthabende Strömung es verlangte. Nach der reaktionären Ausdrucksweise kann man auch sagen: Ludendorff ist unter dem Druck der Straße freigesprochen worden. Unter dem Druck der Straße, der bis in das Gerichtsgebäude, bis in den Zuhörerraum, bis auf die Bank der Verteidiger reichte, und von allen diesen Stellen aus aufwiegelte, drohte, einschüchterte, bald an die Tränendrüsen, bald an die bleiche Angst eines Richterkollegiums aus fünf Spießbürgern appellierte, wie es gerade zweckmäßig war.

Natürlich wissen auch diese Richter, müssen es wissen, wenn sie auf den Besitz eines menschlichen Durchschnittsverständes Wert legen, daß es überhaupt keinen Hochverrat gibt, wenn das, was Ludendorff getan hat, kein Hochverrat ist. Man fragt sich vergeblich, wieviel Ludendorff denn noch hätte weitergehen können, um nach Ansicht seiner Richter Hochverrat zu verüben? Die Erklärung im Bürgerbräukeller „überwältigt von der Größe des Augenblicks“, die gemeinschaftliche Anführung des Zuges in die Stadt mit Hitler, das waren doch die Ausdruckszeichen eines unbedingten Willens, nicht nur den Hitlerschen Putsch mitzumachen, sondern sich führend daran zu beteiligen. Man stelle sich einmal alle diese Handlungen von einem Kommunisten begangen vor, — und getrost wird auch der justizgläubigste Deutsche seine Hand dafür ins Feuer legen, daß dieser Mann von jedem beliebigen deutschen Gericht aalglatt verurteilt worden wäre.

Für den Freispruch Ludendorffs gibt es nur eine Erklärung: Das Gericht hat nicht ohne Ansehen der Person, sondern unter sehr ausdrücklicher Ansehung der Person geurteilt. Wären die Richter aufrichtig (auch gegen sich selbst) gewesen, so hätten sie erklärt: wir wollten Ludendorff nicht verurteilen. Aber bei uns ist Juristerei noch immer die Kunst, für den vorgefaßten Entschluß zum Unrecht nachträgliche Scheinrechtfertigungsgründe zu finden, vielleicht für die Welt, vielleicht auch für das Gewissen des Richters selber, der sich auf diese Weise beschwätzt, doch noch irgendwie im Einklang mit den Begriffen der Gerechtigkeit zu handeln.

Aber trotz aller Scheinrechtsgründe werden selbst die Leute, die über den Freispruch Ludendorffs jubeln, nicht glauben, daß dieser Freispruch irgend etwas mit rechtlichen Erwägungen oder mit den Bestimmungen des Strafgesetzbuches zu tun hat. Die deutsche Justiz ist einfach um eine Blamage reicher.

Doch der Freispruch des überführten Verbrechers, der selber die Schande dieser Tat seinen Richtern ins Gesicht speit, ist noch nicht einmal die schlimmste Blamage. Noch widerlicher gestaltet sich die Angelegenheit bei dem Versuch des Volksgerichts, die öffentliche Meinung dahin zu täuschen, daß es Hitler und drei seiner Mitschuldigen zu fünf Jahren Festung verurteilt habe. Hier schlägt die Komödie in die Posse um. Fünf Jahre Festung verkündet das Urteil nach außen, gewährt dann Strafaussetzung nach Verbüßung von 6 Monaten, rechnet vier Monate und zwei Wochen als durch die Untersuchungshaft verbüßt an, so daß Herr Hitler von der schrecklichen fünfjährigen Strafe — notabene der gesetzlichen Mindeststrafe — sage und schreibe sechs Wochen zu verbüßen hat. Man muß sagen: Gegen diese sich selbst aufhebende Verurteilung bedeutet der offenbar gegen alles Recht erfolgte Freispruch Ludendorffs noch eine mutige Tat. Das gepriesene Volksgericht enthüllt sich uns hier als ein jämmerliches Angstgebilde, das hin und her schwankt zwischen der Furcht vor den Strafrechtsfolgen offener Rechtsbeugung und den Drohungen der Straße. Die Volksgerichte sollen ja nun bald zu Ende gehen. Man kann wenigstens sagen, daß sie mit ihrer letzten Tat ihrem bisherigen Walten die Krone aufgesetzt haben.

In dem Prozeß war viel von der sittlichen Wiedergeburt Deutschlands die Rede. Ein Volk mit solcher Justiz und einem sie beklatschenden Straßenpöbel ist meilenweit von jeder sittlichen Wiedergeburt entfernt. Ein Volk, das offensichtlich Unschuldige, wie Professor Quidde und Fechenbach, verhaften und ins Zuchthaus schicken läßt, aber über den Freispruch eines offenbar schuldigen Hochverrätters jubelt, befindet sich vielmehr in einem entsetzlichen Abstieg der Moral und Gesittung. Fester als je steht es heute, daß am allerwenigsten sittliche Erneuerung von der völkischen Bewegung ausgehen kann, die nur unter zwei Existenzbedingungen zu leben vermag: durch *M e u c h e l m o r d* und durch *J u s t i z m o r d*.

II. Zeigner

Von Max Sachs, Dresden

Am Sonnabend voriger Woche ist der ehemalige sächsische Justizminister und Ministerpräsident Genosse Dr. Zeigner zu 3 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt worden, ein Urteil, das wieder einmal zeigt, daß wir in Deutschland keine Justiz haben, wie sie eine demokratische Republik bitter notwendig braucht, sondern eine Justiz, über die man leider in der Öffentlichkeit nicht alles sagen kann, was man auf dem Herzen hat, wenn man nicht mit eben dieser Justiz in Konflikt kommen will.

Der Fall Zeigner ist von tiefster menschlicher Tragik. Ein noch junger, zweifellos von hohen Idealen erfüllter Mann kommt unerwartet und unerhofft an eine führende Stelle im Staat, die ihm einen reichen

und fruchtbringenden Wirkungskreis gewährt. Als Soldat hat er einmal in der Uebereilung eine Dummheit begangen, er hat Akten vernichtet, um vor der Gefahr sicher zu sein, in den Verdacht der Hehlerei zu kommen. Dieses Vergehen belastet ihn wie eine Bleikugel, die er am Fuße nach sich ziehen muß. Er ist dadurch in die Abhängigkeit von einem geriebenen Gauner, den in dem Prozeß mitangeklagten Möbius, geraten, der sein Wissen von der Tat dazu benutzt, um Zeigner, der inzwischen Minister geworden ist, für seine Zwecke auszunützen. Ein anderer wäre mit diesem Möbius wahrscheinlich schnell fertig geworden, er hätte ihn einfach hinausgeschmissen. Möbius hätte in diesem Fall den Mund gehalten, weil er mancherlei Dreck am Stecken hatte. Aber Zeigner fehlte dazu die nötige Entschlußkraft, und so ließ er sich immer wieder mit diesem Möbius ein, der aus dem Vermitteln von Gnadengesuchen ein Geschäft machte. Das die Ursachen der Tragödie des Menschen Zeigner. Aber das rein Menschliche ist hier an dieser Stelle weniger von Interesse, vielmehr die politische Seite der Angelegenheit.

Zeigner war keinesfalls ein Radikaler im Sinne des äußersten linken Flügels unserer Partei, er war z. B. nicht ein Gegner der Koalitionspolitik, er hatte auch keinerlei kommunistische Neigungen, sondern war durch und durch Demokrat und stand entschieden auf dem Boden der Reichsverfassung, aber er hatte den Willen, etwas zu leisten für die Demokratie, für den Sozialismus. Es braucht hier nicht darüber gesprochen werden, ob er sich dabei im einzelnen in seinen Mitteln vergriff. Jedenfalls ging er mit großem Fleiß an die Arbeit, und er hat, besonders als Justizminister, Leistungen aufzuweisen, die die Anerkennung jedes ehrlichen Republikaners verdienen. Er hatte die sehr richtige Anschauung, daß in einem republikanischen Staat an verantwortliche Stellen auch gute Republikaner gehören, und danach hat er gehandelt. Mag ihm in dem einen oder anderen Falle ein Fehler passiert sein, kein Zweifel kann daran sein, daß er eine ganze Reihe Leute an entscheidende Posten gebracht hat, die sich durchaus bewährt haben und deren Tüchtigkeit von niemand bezweifelt wird.

Als nach dem Fall des Kabinetts Buck in Sachsen von neuem ein Kabinett mit sozialdemokratischer Unterstützung zustande kam, wurde er Ministerpräsident, weil man zu ihm das Vertrauen hatte, daß er eine entschieden sozialistische Politik treiben würde. Wie er politisch gependet hat, ist bekannt. Durch die Art seiner politischen Tätigkeit hatte sich Zeigner in weitesten bürgerlichen Kreisen den größten Haß zugezogen, und daß das reaktionäre Beamtentum, das sich durch Zeigners Personalpolitik benachteiligt fühlte, auf den Mann schlecht zu sprechen war, ist nur zu begreiflich. Das hat er nun als Angeklagter vor Gericht büßen müssen.

Als bekannt wurde, daß er sich Verfehlungen zuschulden kommen ließ, war das für weite Kreise in der reaktionären Presse und in der Justiz ein gefundenes Fressen. Der Prozeß wurde „entsprechend vorbereitet“. In der Presse wurde erzählt, daß man nur wenige Fälle aus der Fülle eines großen Materials herausgegriffen habe. Dem Mitangeklagten Möbius, der gleichzeitig der Hauptbelastungszeuge war, wurde angedeutet, daß er sich selbst diene, wenn er Zeigner belaste, und tatsächlich ist der Mann auch aus der Untersuchungshaft entlassen

worden, als er Zeigner belastete, und er kam wieder hinter Schloß und Riegel, als er seine Aussagen widerrief. Dadurch, daß man den Mitangeklagten Möbius zum Hauptangeklagten machte, sorgte man dafür, daß die Sache vor eine stramm deutschnationale Kammer kam. Von den fünf Bestechungsfällen, die zur Anklage standen, haben dann schließlich nur zwei zur Verurteilung geführt. In dem Prozeß ist zweifellos klargestellt worden, daß Zeigner von jeder kleinlichen Habsucht frei war, daß er von seinem Gehalt für ideale Zwecke beträchtliche Opfer brachte. Es geht dann weiter aus den Verhandlungen ganz klar hervor, daß Zeigner im höchsten Grade darüber ungehalten war, daß man ihm Geschenke überreichte, er behielt auch nichts von dem, was man ihm gab, sondern er gab die ihm überreichten Geschenke fast stets dem Möbius, damit er sie wieder zurückgäbe. In einem Fall allerdings hat er etwas Geld dem Möbius als Schweigegeld gegeben. Jedenfalls kann von Bestechlichkeit bei Zeigner nicht im geringsten die Rede sein. Im Prozeß sagte der Sachverständige aus, daß Zeigner ein Psychopath und sehr leicht beeinflussbar sei. Durch diese Eigenart seiner geistigen Beschaffenheit ist es auch nur erklärlich, daß er den Möbius nicht abzuschütteln vermochte. Trotzdem soll er wegen der Aktenvernichtung und der zwei noch übrigbleibenden Bestechungsfälle auf drei Jahre hinter Schloß und Riegel wandern. In dem einen Falle, der zu seiner Verurteilung geführt hat, hat man Zeigner eine Gans auf der Straße in die Hand gedrückt. Er hat die Gans nicht behalten; im Gegenteil, er war aufs höchste über dieses Geschenk entrüstet und hat sie schließlich dem Möbius übergeben. Trotzdem wird ihm für die Gans ein Jahr Gefängnis zudiktiert. Wenn überhaupt eine Verurteilung Zeigners aus formellen Gründen berechtigt war, so hätte bei vorurteilslosen Richtern das Urteil so milde als möglich ausfallen müssen. Der Gesetzgeber, der den Bestechungsparagraphen geschaffen hat, wollte denjenigen treffen, der sich wirklich durch die Gewährung von Geschenken in seiner Handlungsweise beeinflussen läßt, aber nicht einen Mann, der über den Versuch, ihm Zuwendungen zu machen, aufs höchste entrüstet ist, der aber die Ruhe verloren hat und sich infolgedessen formell nicht ganz korrekt verhält. Aber vor Gericht stand eben der ehemalige sozialdemokratische sächsische Justizminister und Ministerpräsident, der Mann, der sich insbesondere bei den Herren Juristen verhaßt gemacht hatte, weil er, um mit dem Staatsanwalt Fiedler zu sprechen, den „verfluchten“ sozialdemokratischen Richterbund gefördert hatte, der ehemalige kleine Staatsanwalt, der so schnell Karriere gemacht und alle seine Kollegen übersprungen hatte. So kam es zu dem drakonischen Urteil gegen Zeigner, das in einem so schreienden Mißverhältnis zu den Unkorrektheiten steht, die im schlimmsten Falle Zeigner zur Last gelegt werden können. Unsere Justiz kann auch streng sein, wenigstens wenn sie es nicht mit nationalistischen Hochverrätern zu tun hat, die nur ein bißchen die Verfassung der deutschen Republik umstürzen wollen.

Die reaktionäre Presse sieht sich durch den Zeigner-Prozeß getäuscht. Man hatte die Hoffnung, daß die Verhandlung im Zeigner-Prozeß einen großen sozialdemokratischen Korruptionsherd aufdecken würde — nichts von alledem. Es ist auch nicht der Schatten eines Beweises dafür erbracht, daß von den Verfehlungen Zeigners irgend jemand in der Partei gewußt hat, und sowie die Dinge ruchbar wurden, hat

Zeigner, der schon vorher als Ministerpräsident ausgeschieden war, sein Amt niedergelegt. Nun macht man der Sozialdemokratie heftige Vorwürfe, weil sie einen Mann wie Zeigner auf Posten gestellt habe, für die er ungeeignet war. Wenn davon die Rede sein soll, wie weit für an führender Stelle stehenden Persönlichkeiten für ihr Amt geeignet waren, so sollte die bürgerliche Presse nur ruhig sein. Wie unter Wilhelm II. Minister ernannt wurden, ist zu gut bekannt, und mit den Leistungen ihrer Staatsmänner im neuen Deutschland können sich gerade die rechtsgerichteten Teile der bürgerlichen Parteien nicht gerade sehen lassen. Man denke nur an die Tätigkeit Cunos und seiner Leute, und daran, wie es um Deutschland bestellt wäre, wenn die Staatsmänner der Deutschnationalen, die Helfferich und Hergt, ans Ruder gekommen wären.

Nach dem ganzen Ausgang des Prozesses muß man sagen, soweit Zeigner und seine Verfehlungen in Betracht kommen, ist der in der Presse so aufgebauchte Fall Zeigner von sehr geringer Bedeutung. Aber der Prozeß gegen Zeigner und das Urteil reißen sich den zahlreichen Justizfällen ein, die zeigen, daß der Geist der Klassenjustiz des alten Deutschen Reiches in der deutschen Republik nur noch zu lebendig ist.

Wie kann und wird der Sozialismus zur Verwirklichung gelangen?

Ein Jubiläumsaufsatz von Eduard Bernstein

Vorbemerkung. Der hier folgende Aufsatz wurde von mir vor Jahresfrist auf Einladung der Redaktion der in New York in jiddischer Sprache erscheinenden sozialistischen Wochenschrift „Der Wecker“ für die Festnummer geschrieben, die der Feier des 25jährigen Erscheinens dieses Streiters für den Sozialismus gewidmet war. Wenn ich ihn heute auch in deutscher Sprache veröffentliche, so geschieht es im Hinblick auf den Umstand, daß die allerhand Enttäuschungen, welche die Arbeiterbewegung in den letzten Jahren bei uns und anderwärts erlebt hat, auf erhebliche Teile dieser recht niederdrückend eingewirkt haben, so daß die einen an politischer Spannkraft Einbuße erleiden, andere, die auf die kommunistischen Experimente der Bolschewisten Sowjet-Rußlands Hoffnungen gesetzt hatten, nach deren nicht mehr zu verhehlendem völligen Fehlschlag zum Spielball von Demagogien übelster Art herabzusinken drohen. Angehörige beider Gruppen werden, so hoffe ich, aus den Darlegungen dieser Abhandlung die Ueberzeugung schöpfen, daß das, was wir heute auf sozialem Gebiet an unliebsamen Erscheinungen erleben, die allgemeine Entwicklung zum Sozialismus nicht aus der Welt schaffen kann. Sie sollen sie dadurch, daß sie ihnen in der Ueberschätzung der Raschheit und Uniformität der sozialen Entwicklung den Hauptgrund der Fehlgriffe und Fehlschläge radikal scheinender sozialen Experimente aufdecken, im Glauben an die Möglichkeit einer zielführenden sozialistischen Politik festigen und ihnen die Einsicht in die elementaren Bedingungen des Erfolgs einer solchen Politik zum dauernden Erwerb auf den Weg geben.

Ed. B.

Wenn man sich die Frage beantworten will, ob und wie der Sozialismus zur Verwirklichung gelangen werde, so muß man sich vor allem klar machen, was man sich unter Sozialismus zu denken hat.

Lange wurde unter Sozialismus der Plan oder das Schema einer kunstvoll erdachten Gesellschaftsordnung verstanden, die eine höhere Form des Zusammenlebens der Menschen, größere Harmonie unter ihren Mitgliedern und größeren Wohlstand dieser zur Verwirklichung bringen würde. Die Sozialisten, die so dachten, verlegten sich daher darauf, Muster einer solchen Gesellschaft auszuarbeiten, und haben es auch meistens verstanden, sie mit recht anziehenden Zügen auszugestalten. Liest man ihre Schilderungen aber genauer durch, so wird man finden, daß es sich da immer um wenig ausgedehnte Gemeinwesen mit einer Bevölkerung handelt, die an Zahl kaum einer heutigen Mittelstadt gleichkam. Robert Owens Heimkolonien waren auf ein paar tausend, Fouriers Phalansterien auf etliche zwanzigtausend Einwohner berechnet, und noch eine ganze Anzahl ähnlicher Beschreibungen von Idealstaaten unterscheiden sich in diesem Punkt nicht wesentlich von ihnen.

Ueber alle diese Pläne ist aber, um es drastisch auszudrücken, die Lokomotive, ihnen den Garaus machend, hinweggegangen. Fast ausnahmslos entstammen sie einer Zeit, wo der Güterverkehr noch wenig entwickelt, der Austausch von Gütern über die Grenzen eines mäßig großen Bezirks hinaus eine Ausnahme war. Seitdem das Dampfroß und nun auch die Elektrizität hierin gründlich Wandel geschaffen haben, seit die Produktion für den Ort an Bedeutung immer mehr hinter der Produktion für den, das ganze Land umfassenden und mit dem Weltmarkt in Wechselbeziehung stehenden großen Markt zurückgetreten ist und wir im Zeichen des hochentwickelten Verkehrs leben, sind fast alle aus jenen Mustern abgeleiteten Folgerungen für das praktische Wirken gegenstandslos geworden, nur geeignet, die für die Befreiung der in proletarischen Verhältnissen lebenden Volksmasse Kämpfenden auf Abwege zu führen, indem sie sie verleiten, ihre Kraft an Projekte zu verschwenden, die zum Scheitern verurteilt sind, und denjenigen Aufgaben zu entziehen, die durch die tatsächliche Entwicklung der Produktionsverhältnisse zur Lösung gestellt und lösbar gemacht sind.

Es ist die große theoretische Leistung von Karl Marx und Friedrich Engels für die Befreiungsbewegung der Arbeiterklasse, dies schon zeitig erkannt und die sich daraus für diese Bewegung ergebende wegweisende Folgerung mit prophetischem Weitblick und der Rücksichtslosigkeit wissenschaftlichen Denkens gezogen und verkündet zu haben. Dieser Radikalismus im Denken, der nicht zu verwechseln ist mit dem Radikalismus der Schlagworte, unterscheidet sie von einer ganzen Anzahl hochachtbarer Sozialisten, welche gleich ihnen den Grundfehler des oben gekenn-

zeichneten utopistischen Sozialismus erkannt, aber es nicht fertig bekommen hatten, sich aus dem Bannkreis seiner Ideologie zu befreien.

Welches ist aber diese wegweisende Folgerung? Friedrich Engels faßt sie zu Anfang des dritten Abschnittes seiner meisterhaften Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ in die Worte zusammen, daß die Mittel zur Beseitigung der gewaltigen sozialen Mißstände, die das Zeitalter der kapitalistischen Produktion kennzeichnen,

„nicht etwa aus dem Kopfe zu erfinden, sondern vermittels des Kopfes in den vorliegenden materiellen Tatsachen der Produktion zu entdecken sind.“

Entdecken und nicht erfinden — wie sehr diese Gegenüberstellung ins Schwarze trifft, wird aufs deutlichste zur Anschauung gebracht durch die Entwicklung, welche die sozialistische Bewegung seit den Tagen, wo Marx und Engels ihre Theorie ausarbeiteten, in allen Ländern tatsächlich genommen und innegehalten hat. Ueberall beschreibt sie den Weg von Versuchen, die Gesellschaft nach dem Schema ausgeklügelter Muster umzumodeln, hinweg zum Kampf von politischen Parteien und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse für Forderungen, die den realen Bedürfnissen dieser Klasse auf den verschiedenen Gebieten des sozialen Lebens ihre Aufstellung verdanken, Forderungen, die aus der Erkenntnis der Klassenlage der proletarischen und den der Proletarisierung ausgesetzten Klassen und den materiellen und geistigen Bedingungen ihrer Befreiung heraus geboren werden. In den Programmen dieser Parteien und den Satzungen dieser wirtschaftlichen Organisationen über ihre Grundsätze und Ziele leben von den alten Zukunftsbildern nur noch solche Gedanken fort oder finden sich in ihnen wieder, welche Grundsätzen entsprechen, die ohnehin Notwendigkeiten der Arbeiterbewegung sind. Dagegen weisen die neuen Programme und Statuten in sehr bestimmter Fassung Forderungen auf, von deren Vorhandensein und Bedeutung man im Zeitalter des utopistischen Sozialismus noch gar keine Ahnung hatte. Der größte Teil der Fragen der Sozialgesetzgebung unserer Tage hatte nur erst in einigen unbedeutenden Keimen Gestalt angenommen. Ebenso mit den Fragen der sozialen Hygiene und der Gesundheitspflege im allgemeinen, den Fragen von Bildung und Kultur, des Jugendschutzes, der sozialen Versicherung, den Beamtenfragen, den Fragen der tariflichen Lohnbestimmung, und vor allem der Rückwirkung der Um- und Neugestaltungen der Produktionsverhältnisse auf die verschiedenen Fragen der Wirtschaftspolitik.

*

Friedrich Engels gibt am Schluß der späteren Auflagen seiner oben zitierten Schrift eine Zusammenfassung des Entwicklungsganges der Produktionsverhältnisse, wie sie sich vom Mittelalter an bis zum Höhegrad der Produktion, den er vor sich sah, gestaltet hatten, und nach den damals zu beobachtenden Vorzeichen bis zur proletarischen Revolution und der durch diese zu gewärtigende Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft voraussichtlich gestalten würden. Vieles von dem, was er dort voraussagt, ist durch die tatsächliche Entwicklung bestätigt worden, die Gesellschaft als Ganzes aber sieht heute in allen Ländern moderner Entwicklung in verschiedener Hinsicht anders aus, als bei ihm vorausgesetzt ward. Die Gliederung der Klassen hat sich nicht in der gedachten Weise vereinfacht. Die Mittelschichten, die zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse stehen, nehmen noch einen viel zu großen Raum in der Gesellschaft ein, als daß man sie in unseren Tagen so völlig ignorieren könnte, wie Engels das in seiner Zukunftsperspektive tun zu dürfen glaubte.

Hinsichtlich der Bauern ist heute allgemein anerkannt — auch Karl Kautsky und andere Marxisten strengerer Observanz machen da keine Ausnahme —, daß sie sich als im hohen Grade lebensfähig erwiesen haben. Sie haben fast überall an absoluter Zahl zu- und nicht abgenommen, und nichts spricht dafür, daß sie in absehbarer Zeit nennenswert abnehmen werden. Für die soziale und politische Entwicklung kommt das aber um so mehr in Betracht, als die Bauern in den meisten Ländern ein konservativer, dem Sozialismus sich entschieden ablehnend gegenüberstellender Faktor geworden sind. In Deutschland sind sie in ihrer großen Mehrheit Fanatiker des Privateigentums.

(Schluß folgt.)

Finanzen und Wirtschaft der Freien Stadt Danzig

Von Bruno Gebauer, Mitglied des Danziger Volkstages

-Die auf Drängen der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei im November v. J. im Gebiete der Freien Stadt Danzig eingeführte neue Guldenwährung hat einen unerwarteten Rückschlag auf das Danziger Wirtschaftsleben gezeitigt. Vor der Einführung wirtschaftliche Hochkonjunktur, nach der Einführung Wirtschaftskrise mit ihren Begleiterscheinungen: Niedrige Löhne, große Arbeitslosigkeit. Zurzeit sind etwa 7500 Personen bei den Arbeitsämtern als arbeitslos gemeldet; da aber die Erfahrung lehrt, daß ein großer Teil der Erwerbslosen sich nicht auf den Arbeitsämtern meldet, da sie keine Unterstützung zu erwarten haben, so muß man die Zahl der Arbeitslosen auf ca. 12 000 schätzen, wovon 2000 auf das platte Land entfallen. Bei

dem kleinen, nach der Volkszählung vom 1. November v. J. 363 000 Einwohner zählenden Staatswesen sicher eine exorbitant hohe Zahl.

Die Ursache dieser vorhandenen Wirtschaftskrise ist neben dem vorhandenen Kapitalmangel die Auswucherung der Wirtschaft durch die Banken — an Zinsen werden von den Banken 5—13% monatlich erhoben — und die unmodernen Produktionsstätten der Danziger Industrie. Ehemals war Danzigs Industrie durchweg Rüstungsindustrie. Die Betriebe waren schon vor der Revolution veralteter Konstruktion, so daß bei der Umstellung der Rüstungsindustrie zur Friedensarbeit die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe stark litt. Aber die Inflation half über diese schwierige Lage hinweg. Dasselbe ist der Fall mit den neuen Industrien, welche sich seit Begründung der Freien Stadt unter großer Begünstigung der Danziger Regierung hier niedergelassen hatten. Deutsche Firmen benutzten diese Gelegenheit, in Danzig Filialen zu errichten, zur Kapitalflucht, brachten aber nach Danzig nur ihre veralteten und verbrauchten Produktionsmittel, zahlten hier keine Steuern und erzielten riesenhafte Gewinne. Auch sie sind jetzt nicht mehr konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt und schließen ihre Betriebe. Die Errettung aus dieser Lage wird erst möglich sein, wenn die Produktionsstätten sich der neuen Zeit angepaßt haben werden und auch die Kapitalnot verschwunden sein wird. Trotzdem fast der größte Teil der Danziger Wirtschaftspolitiker diesen Standpunkt teilt, stellen die Scharfmacher unter der Führung des Präsidenten der Danziger Handelskammer, des als Scharfmacher allbekannten Werftbesitzers Felix Klawitter, die Parole auf: „Mehr arbeiten und weniger verdienen“. So sind auch die Tarife sämtlicher Berufsgruppen zum 31. März d. J. gekündigt worden und der Kampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit wird einsetzen.

Die Arbeitslosigkeit auf dem Lande ist herbeigeführt durch die Ueberflutung des Danziger Marktes mit polnischen landwirtschaftlichen Produkten. Von weither bringen polnische Erzeuger und Händler die Waren nach Danzig, weil sie hier höhere Preise erhalten und weil sie auch das Danziger Silbergeld als wertbeständiges Zahlungsmittel mit nach Hause nehmen können. Dadurch war eine Senkung der Preise für Lebensmittel eingetreten, welche Ackerbau und Viehzucht in der Freien Stadt unrentabel macht. In letzter Zeit jedoch ist zu bemerken, daß auch die polnischen Kreise sich den Danziger Warenpreisen ziemlich angepaßt haben, wozu auch die Stabilität der polnischen Währung beigetragen hat.

Trotz dieser großen Erwerbslosigkeit befinden sich im Gebiete der Freien Stadt noch ungezählte Ausländer. So zählt die Ostseestadt Zoppot, das sogenannte nordische Monaco, neben 20 957 Danziger Staatsbürgern 14 800 Ausländer, von denen 3111 ständig gemeldet sind. Unter den Ausländern spielen neben Polen die Russen eine besondere Rolle; Danzig ist zur Zentrale der allrussischen Bewegung geworden. Es erscheint auch ein Organ der russischen Monarchisten, die sich hier, soweit sie mittellos sind, als Fabrikarbeiter, Nachtwächter, Parkwärter usw. betätigen. Eine Entfernung dieser vielen Ausländer ist bisher noch nicht möglich gewesen, da die Scharfmacher den größten Widerstand entgegensetzen und der Senat zurzeit der Schuldklave dieser Scharfmacherkreise ist.

Die Abtrennung Danzigs vom Reich zeigt sich auch in der Handelspolitik der Freien Stadt. Die Wirtschaftsbeziehungen Danzigs und Deutschlands sind schon in den Hintergrund getreten. Der Gesamteigenhandel Danzigs mit dem Wirtschaftsausland — Polen nicht mit einberechnet — betrug nach den Mitteilungen des Danziger Senats im Kalenderjahr 1923 dem Gewicht nach 11,7 Millionen Doppelzentner, eine für ein Staatswesen von 363 000 Einwohner außerordentlich hohe Zahl. Hiervon entfallen 7,1 Millionen Doppelzentner auf die Ausfuhr und auf die Einfuhr 4,6 Millionen Doppelzentner. In Werten umgerechnet ergeben sich Einfuhrwerte von 299,6 Millionen Gulden — ein Gulden ist der 25. Teil eines Pfund Sterling — und Ausfuhrwerte von 383,8 Millionen Gulden. Der Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr beträgt dem Gewicht nach 2,5 Millionen Doppelzentner, dem Werte nach 84,2 Millionen Gulden gleich 3,368 Millionen Pfund Sterling. Es ergibt sich also eine tatsächliche Aktivität der Handelsbilanz der Freien Stadt, die noch erhöht werden dürfte, wenn der Außenhandelsverkehr mit Polen ziffernmäßig festgestellt sein dürfte. Der Monatswert der Einfuhr schwankte von 0,5—1,75 Millionen Pfund Sterling, die Ausfuhr zwischen 0,8—1,6 Millionen Pfund Sterling. Auf die einzelnen Länder verteilt, stehen, abgesehen von Polen, das vermutlich an erster Stelle kommt, in der Einfuhr im Vordergrund die Vereinigten Staaten mit 2,65 Mill. Pfd. Sterl., Großbritannien mit 2,25 Mill., Deutschland mit 2,14 Mill., von dem nur etwa 1 Proz. auf Ostpreußen entfällt, es folgen sodann Afrika mit 1,07, Belgien mit 0,35, die Niederlande mit 0,32, Norwegen mit 0,3, Frankreich mit 0,28, Dänemark mit 0,25, Indien mit 0,23, Chile mit 0,19, Schweden mit 0,17, Argentinien mit 0,1, desgleichen Rußland mit 0,1 Pfd. Sterl. Die sonstigen europäischen Länder haben die beträchtliche Zahl von 1,25 Mill. Pfd. Sterl. aufzuweisen, hiervon entfallen in erster Linie Italien, Spanien und Deutsch-Oesterreich, die ersteren beiden hauptsächlich für Südfrüchte, Italien auch für Schwefel. Die sonstigen asiatischen Länder haben 0,125 und die sonstigen amerikanischen Länder 0,075 Mill. Pfd. Sterl. aufzuweisen. Bei der Ausfuhr steht England an erster Stelle mit 3,16 Mill. Pfd. Sterl. Ihm folgt Deutschland mit 2,5 Mill., wovon auf Ostpreußen 0,36 Mill. entfallen. Es folgen dann: Dänemark mit 1,71, Frankreich mit 1,62, Belgien mit 1,5, die sonstigen europäischen Länder mit 1,56 (es handelt sich hier meistens um die Randstaaten), die Niederlande mit 1,28, Norwegen mit 0,324 Mill. Pfd. Sterl. Dann kommen Schweden, Vereinigte Staaten, Afrika, Indien und Rußland mit geringeren Werten. Bei den Waren-gattungen überwogen bei der Einfuhr die Nahrungsmittel, wie amerikanisches Weizenmehl, isländische und norwegische Heringe, ferner spielten eine Rolle englische Kohle, chilenische Düngemittel und rohe Baumwolle aus den Vereinigten Staaten, aus Indien und aus Aegypten, Wolle aus England und Frankreich. In der Ausfuhr steht Holz an weitaus erster Stelle. Von Holz geht beinahe die Hälfte nach England, dann kommt Zucker, der hauptsächlich nach England und Dänemark geht. Dieser Handelsverkehr hätte sich nicht erreichen lassen, wenn nicht Danzig und Polen zu einem Zoll- und Wirtschaftsgebiet vereinigt wären, denn das ausgeführte Holz stammt aus den polnischen Wäldern und Danzig hat nur die Rolle eines Zwischenhändlers. Ebenso ist der

größte Teil der Einfuhrwerte wieder nach Polen weiter gegangen. Der Danziger Handel ist also durch Polen großgezogen worden.

Neben der Handelsbilanz verdient der Haushaltsplan der Freien Stadt Danzig für das Rechnungsjahr 1924 besondere Aufmerksamkeit. Er balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 85 984 290 Gulden. Bei den Ausgaben steht an erster Stelle der Haushaltsplan für Soziales und Gesundheitswesen, der einen Zuschuß von 8 261 000 Gulden erfordert. Ihm folgen die Haushaltspläne für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und der Verwaltung des Innern. Ueberschüsse erbringen die Steuerverwaltung, Post- und Telegraphenverwaltung, Zollverwaltung sowie die landwirtschaftliche Verwaltung. Das Parlament kostet den Staatsbürgern 320 000 Gulden oder 0,37% sämtlicher Ausgaben, ist also billiger als alle anderen Parlamente. Der in Danzig stationierte Oberkommissar des Völkerbundes kostet der Freien Stadt 74 050 Gulden (denselben Betrag hat die Republik Polen zu zahlen). Der Haushaltsplan sieht vor 6670 Beamte und 1199 Angestellte, während der Etat des vorangegangenen Rechnungsjahres 7119 Beamte und 2039 Angestellte vorsah; es sind also in Danzig 464 Beamte und 864 Angestellte abgebaut worden. Trotzdem kommt noch auf je 35 Einwohner ein Beamter. Die Abrechnungen der vorangegangenen Etatsjahre ergibt folgendes Bild: Die Rechnung von 1920 wies einen Fehlbetrag von 866 975,77 Goldmark auf, 1921 erbrachte einen Ueberschuß von 890 453,38 Goldmark, 1922 desgleichen einen Ueberschuß von 703 494,88 Goldmark. Die Abrechnung für 1923 ist noch nicht vollendet, sie wird wahrscheinlich mit einem Ueberschuß in der Höhe des vorangegangenen Rechnungsjahres abschließen. Diesen Ueberschüssen stehen die noch zu machenden Ausgaben für die Begründungskosten der Freien Stadt gegenüber, die betragen für Grenzfestsetzung 30 892,75 G., für die interalliierte Zivilverwaltung, die 1920 in Danzig errichtet war, 371 550 G., die militärische Besetzung Danzigs von Franzosen und Engländer im Jahre 1920 6 695 052,25 G., Anteil an Preußens und Deutschlands Schulden 3 713 800 Goldmark oder 5 013 630 Gulden, und die Bezahlung des übernommenen preußischen Staats- und deutschen Reichseigentums in Höhe von 120 Millionen Goldmark oder 162 Mill. Gulden. Zusammen hat Danzig durch seine Begründung eine Schuldenlast von 174 111 125 G. aufgehald bekommen.

Die zur Deckung der Ausgaben des Staates notwendigen Einnahmen beschränken sich auf Steuern und Zölle, die alle Bevölkerungsklassen ziemlich niederdrücken. Die ausländische Konkurrenz tritt zudem stark in Erscheinung, kann doch die französische und die schwedische Industrie trotz der hohen Goldzölle ihre Waren billiger nach Danzig liefern als wie die einheimische Industrie. Sollte die von der polnischen Regierung vorgenommene Erhöhung der Zölle noch auf andere Artikel ausgedehnt werden, so dürfte die immerhin schon ernste Lage zur Katastrophe für die Danziger Wirtschaft werden. Zwergstaaten, wie die Freie Stadt Danzig, haben in der heutigen Zeit eben keine Existenzberechtigung.

Siegmund Bosel^{*)}

Von Paul Ufermann

Auch im österreichischen Inflationsmeere schwammen einige Haifische, die mit Hilfe geschickter Börsenmanöver reiche Beute machen konnten. Gerade hier gab es in der Nachkriegszeit Aufstiegsmöglichkeiten in Hülle und Fülle. Mehr als je ist Wien die große Handels- und Geldmetropole Mittel- und Südosteuropas, wo starke international verästelte Kapitalsgruppen domizilieren. Die Großbanken Wiens zählen zu den bedeutendsten des Kontinents. Zwei Männer waren es besonders, die aus der katastrophalen Deroute der österreichischen Krone immensen Nutzen zogen: Siegmund Bosel und Camillo Castiglioni.

Siegmund Bosel zählt nur wenig über dreißig Jahre. Als er seiner Heimat, dem öden Galizien, Valet sagte und auf dem Wiener Bahnhof landete, wird er kaum geahnt haben, daß er auf dem Boden dieser Weltstadt zu einem Krösus des Finanzkapitals emporwachsen sollte. Zuerst versuchte er sich als Handlungsgehilfe, er wandte sich dem ehrbaren Gewerbe des Konfektions- und Wäschehandels zu. So hantierte er vor noch nicht langer Zeit in einem kleinen Wäschegeschäft am Wiener Salzgrries. Heute trägt er den Titel Kommerzialrat und gilt als der reichste Mann Oesterreichs. Als er noch seine Elle schwang, war er einer unter den vielen, die namenlos durch das irdische Jammertal pilgern, heute ist er eines der wenigen Brenngläser, in deren Prisma sich die Strahlen internationaler Machtsphären brechen.

In der Zeit, als andere Untertanen Franz Josephs in Dreck und Schlamm den tödlichen Kugeln ausgesetzt waren, stand unser Bosel in der sicheren Kantine eines Kriegsgefangenenlagers, schänkte Bier aus und wog Marmelade ab. Die kleinen Nebengeschäfte, die er dabei machte, sollten den Grundstock zu seinem späteren Vermögen bilden. In der Kantine begann Bosels Weg zum Glück; es wurde ein grandioser Weg. Bald hatte er die Kantinen eines Bezirks unter sich, um kurze Zeit darauf Großlieferant sämtlicher Kantinen, hauptsächlich in Wäsche, Fußlappen, Rucksäcken usw. zu werden. Da er es verstand, in einer Zeit der Warenknappheit das Notwendige heranzuschaffen, gab es natürlich Geschäfte zu machen. Das Geld lag damals auch in Oesterreich buchstäblich auf der Straße, man brauchte sich nur zu bücken und es aufzuheben. Aber, man mußte Augen und Gelenke haben. Beides besaß Bosel. Als die österreichische Monarchie erschöpft und verarmt zusammenbrach, war er ein gemachter Mann.

Es gab naive Leute, die glaubten, daß, wenn der Frieden eingezogen, sei, es auch Oesterreich bald wieder besser gehen müsse. Anders Bosel, er und seine Kollegen spekulierten auf den Niedergang, sie standen am Brennpunkt der Reichumsverschiebung, an der Börse, und schoben und spekulierten. Während die gemütlichen Wiener traurig bei einer Tasse Kaffee hockten und der guten Zeit gedachten, handelte Bosel Devisen gegen österreichische Kronen. Sein Geld legte er in Schweizer Franken an. Zwischendurch widmete er sich den Armeerrückständen: für ein Butterbrot schlug der Staat seine Werte los. Da gab es vielerlei aufzukaufen und gegen gutes Geld oder andere Sachwerte wieder zu verkaufen. Für Bosel regnete es Gewinne; so mußte er sich nach einem Instrument umsehen, sie zu bewegen und zu steigern. Welch Instrument eignet sich hierzu besser als eine Bank? So gründete er das Bankhaus S. Bosel in Wien, zu dessen Kundschaft heute die ersten Kreise Oesterreichs zählen.

Damit hatte er eine wichtige Etappe zurückgelegt. Doch für unseren Siegmund gab es kein Ausruhen, er zielte nach einer gutfundierten

^{*)} Aus dem in Kürze im Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, erscheinenden Buch: Könige der Inflation.

Großbank; die Union-Bank schien ihm begehrenswert. Sie war eine der größten Wiens. Aktienpaket um Aktienpaket erwarb er von diesem Institut, die Kurse schnellten an der Börse in die Höhe. Doch er gab das Ringen nicht auf, bis er einen so großen Posten zusammen hatte, daß er seinen Gegenspieler Camillo Castiglioni, der im Bunde mit der Dresdner Bank, Berlin, der Böhmisches Unionbank, Prag, und der Ungarisch-Italienischen Bank die Union-Bank beherrschte, verdrängen konnte. Man muß bedenken, was das bedeutete. Die Union-Bank ist nicht nur eine der besten Wiens, sondern auch der Mittelpunkt mehrerer Industrierwerke in Oesterreich und den Nachfolgestaaten. Wir erwähnen nur: Veitscher Magnesit-Werke, Timber Holdinggesellschaft, Zürich, Schoeller Stahlwerke, Graz-Köflacher Eisenbahn u. a.

Erst auf dieser Basis war es Bosel möglich, zu dem ersehnten Ziele zu gelangen. Das in den beiden Bankhäusern zusammenströmende Kapital bot ihm die Mittel, auf dem Gebiete der Industrie und des Handels vorzustößen. Eine gute Gelegenheit, in die Tschechoslowakei und in Polen einzudringen, bot sich in der Bekanntschaft mit dem tschechischen Kohlenmagnaten Fritz Weinmann in Aussig. Weinmann ist in der nordböhmischen Braunkohlenindustrie zu Hause. Ebenso kontrolliert er Braunkohlenwerke in Mitteldeutschland. Weinmann trat in den Verwaltungsrat der Union-Bank ein. Mit ihm gemeinsam unternahm Bosel den Vorstoß nach Polnisch-Oberschlesien. Dort hatte Weinmann bereits den günstigen Stand der Tschechenkrone ausgenützt, um sich in den Besitz von Aktien großer Industrierwerke zu setzen. Eines der größten Werke Oberschlesiens, die Vereinigte Königs- und Laurahütte, brachte das Syndikat Bosel-Weinmann in seinen Besitz. An diesem Werk war bereits französisches Kapital beteiligt, was nach verschiedenen Seiten vom Vorteil war. Um die Bismarckhütte und die Kattowitzer Bergbau-A.-G. entspann sich ein heißer Kampf mit Hugo Stinnes; der blieb Sieger.

Der Spaziergang nach Oberschlesien war für Bosel ein Schachzug mitten hinein in die lockendsten Perspektiven. Mit den maßgebenden Gebietern Polens fand sich Berührung. Da war vor allem Korfanty, früherer deutscher Reichstagsabgeordneter und rücksichtsloser Nationalist des neuen Polenstaates. Mit ihm traf sich Bosel in Marienbad und Wien, dort verabredeten sie Transaktionen auf weite Sicht und glänzende Geschäfte: Diese Unterhandlungen haben Bosel die polnischen Tore weit geöffnet. Er dort in Polen Zweigstellen der Union-Bank errichten, die in der Union-Bank, Warschau, eine Spitze erhalten sollen.

Mit der zweiten, noch weit umfangreicheren Transaktion des dreißigjährigen Bosel offenbart sich uns ein ganzer Rattenkönig von interessanten Zusammenhängen: Der Eroberungsfeldzug in das Gebiet der Petroleumindustrie. Die Union-Bank hatte schon früher Verbindungen mit den Petroleumquellen in Polen und Galizien. Diese wurden im Vorjahre gestärkt durch die Interessengemeinschaft mit dem französischen Petroleumkonzern, der „Société des Petroles de Dabrowa“. Vertreter dieser Gruppe traten in den Verwaltungsrat der Union-Bank ein, umgekehrt wurden solche von der Union-Bank in die Société de Dabrowa gewählt. Gleichzeitig fand eine Verbindung mit dem „Comité des Petroles française de Pologne“ statt, die als Spitzenorganisation sämtlicher in den letzten Jahren erworbenen Unternehmungen der polnisch-galizischen Erdölindustrie durch das französische Kapital gilt. Nun trat Bosel auch mit der Wiener Aktiengesellschaft Fanto in Verbindung, die ebenfalls an der galizischen Erdölindustrie stark interessiert ist. An der Fanto ist auch Schweizer Kapital beteiligt. Die „Mraznica“-Petroleumindustrie A.-G. kam ebenfalls unter die Kontrolle Bosels. Zwischen Bosel und dem amerikanischen Petroleumkönig Rockefeller wurden Verbindungen angeknüpft, die in Verhandlungen Bosels mit dem Vertrauensmann Rockefellers H. Kahn, dem Chef des

Hauses Kuhn, Loeb & Co., New York, im Vorjahre eine Erweiterung erfahren haben dürften. Erwähnt darf noch werden, daß die Société de Dabrowa Mitglied des Konzerns der Internationalen Petroleum-Union in Zürich ist, an der auch deutsche, belgische und tschechische Gesellschaften beteiligt sind. Neuerdings auch solche von Uebersee.

Bosel errichtete im Oktober 1923 eine österreichische Schiffahrtsgesellschaft in Triest. Zwei Dampfer mit Dieselmotorenantrieb wurden in Auftrag gegeben. Damit hat Bosel für Oesterreich die erste überseeische Schiffahrtsgesellschaft neu ins Leben gerufen; bekanntlich waren alle früheren Schiffahrtunternehmungen der Monarchie an Italien gefallen.

Die Macht der Presse wußte Bosel früh genug einzuschätzen; eifrig trachtete er danach, große Tageszeitungen ins Leben zu rufen. Die notwendigen Journalisten fanden sich. So entstanden in Wien folgende Blätter: „Die Börse“, „Die Stunde“, „Der Tag“. In Berlin erscheint in seinem Auftrage der „Montag Morgen“ unter der Leitung Stefan Großmanns.

Zwischen der Pariser Großbank Crédit Mobiliér und der Union-Bank fand ein gegenseitiger Aktienaustausch und eine entsprechende Vertretung in den beiden Aufsichtsräten statt. In Deutschland hat Bosel an einigen Industrierwerken Interesse gefunden. Die Mehrheit des Grundkapitals des Bankhauses Alfred Fester, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, Düsseldorf-Berlin, ist im Besitze von Bosel.

Damit wollen wir diese Skizzierung der Machtkonsolidation Bosels schließen. Obwohl wir uns nicht einbilden, auch nur annähernd vollständig gewesen zu sein. Jedenfalls: eine glänzende Entwicklung vom Bierzapfer einer schmutzigen Soldatenkantine bis zum Finanzmagnaten von Ausmaß und internationalem Wirkungsgrad. Und das im Zeitraum weniger Jahre.

Als Mensch sticht Bosel vorteilhaft von vielen seines Schlages ab. Er war nie zugeknöpft, ja teilweise gab er mit vollen Händen. Als der österreichische Bundeskanzler Seipel einen Aufruf an die besitzenden Kreise ergehen ließ, die öffentlichen Einrichtungen der Kunst, Bildung und Wissenschaft zu unterstützen, verpflichtete sich Bosel, die Kosten der Lehrmittel der Wiener Universität zu bestreiten. Und als die Wiener Hammerbrotwerke, ein Arbeiterunternehmen, unter der Last eines holländischen Guldenkredits, der im Kriege aufgenommen war, zusammenzubrechen drohten, befreite er sie. Die Küche für den geistigen Mittelstand im Berliner Schloß entsprang in der Hauptsache seinen Spenden. Die Zeitungen Bosels vertreten im allgemeinen eine demokratische Politik.

Dänische Provinz

Von Alfons Fedor Cohn

Das Kopenhagener Feuilleton bleibt, solange ich zurückdenken kann, stereotyp. Tivoli, Langelinje, die guten Butterbrote, die jungen Mädchen auf dem Fahrrad, Küstenfahrt nach Klampenborg, der Tiergarten mit der Eremitage, blauer Himmel, blaues Wasser, Buchenwald und wieder gutes Essen. Der heitere Lebensgenuß von einer bei uns daheim unerreichbaren Qualität. Der Vertiefte oder Vertraute machte wohl auch einen Besuch bei Georg Brandes, sah eine Revue oder Bilder; aber damit war es auch Schluß, und daran hat sich seit zwanzig Jahren nichts geändert. Der Gesamteindruck bleibt doch, wenn man hinter alles das sehen gelernt hat, der einer großen Oberflächlichkeit und immer sichtbarer schwindenden

Eigenart. Der Ehrgeiz derjenigen, die als Produzenten oder Konsumenten die Physiognomie des öffentlichen Lebens formen, geht nicht nur darauf aus, Großstadt zu spielen, sondern leider Gottes auch andre Großstädte nachzuahmen. Die Sports- und Schneiderkreise tendieren nach London: das hat Berechtigung, es besteht eine gewisse Verwandtschaft dafür. Eine kleine Clique heuchelt Verbundenheit und Empfindung für Paris, politisierende, künstlerische, gesellschaftliche Einspänner; das ist immer Snobbismus und wirkt selbst bei der Mehrzahl der eigenen Landsleute lächerlich. Und schließlich hat man nun auch die übelsten Düfte des inflationistischen Berlin für die heimgekehrten und inzwischen stark abgebauten Valutaschweine eingefangen, und in diversen nächtlichen, sogenannten Tanzklubs wieder entfaltet.

Auf Reisen, in und außer Deutschland, wurde früher jeder Landsmann, der sich laut, taktlos und geizig aufführte, als Berliner verschrien. Wenn heute in Skandinavien ein Tourist mindestens durch die beiden ersten Eigenschaften auffällt, kann man sicher sein, daß es ein Kopenhagener ist. Ich habe es zu eigenem Erstaunen feststellen müssen, in Norwegen auf Küstendampfern wie in den Hotels des Hochgebirges, in Schweden auf der Bahn und in den besten Restaurants. Das erstaunt deshalb, weil der Däne im öffentlichen Umgang gegen unsern Durchschnittston, der die Stärke vom Kasernenhof und die Ellenbogengesten von der Börse hatte, ungemein diskret, still und rücksichtsvoll wirkte. Aber im Grunde fühlt sich doch der Kopenhagener, er hat seinen eigenen Jargon, der sich nicht nur in bestimmten Schlagworten und Wendungen ausdrückt, sondern auch im Tempo, in der Mimik und der Gemütstemperatur. Er besitzt eine Schnoddrigkeit um ihrer selbst willen, die in nichts hinter der berlinischen zurücksteht, er nimmt im Grunde nichts ernst (weil er gar nicht bis auf den Grund sehen will oder kann), er grient über alles, und er besitzt letzten Endes auch eine große geschäftliche Rücksichtslosigkeit, die sich in umstürzenden Zeiten, wie denen der Kriegs- und Nachkriegskonjunktur, bis ins Abenteuerliche verlieren kann.

Kopenhagen ist als Hauptstadt der richtige Wasserkopf des Landes, in seinem Weichbilde wohnt ein Fünftel aller Dänen. Aber trotzdem ist Kopenhagen nicht Dänemark. Das Land besitzt in den vier Fünfteln seiner Provinzbevölkerung einen Menschenschlag von vielfach anderem Habitus. Das geht nicht nur den Feuilletonisten, den Sittenschilderer an, sondern vor allem auch den, der die Beziehungen von Land zu Land zu beobachten und mitzubestimmen hat: den Politiker.

Der Tourist kennt unwillkürlich dies oder jenes von der dänischen Provinz. Dreißig Kilometer vor Kopenhagen, etwa Roskilde, 45 Kilometer nordwärts Helsingör. Dort laufen die Bahnen aus Süden und Westen zusammen, hier zweigt sich der Verkehr nach dem westlichen Schweden und Norwegen ab. Beide Orte gehören mit in das größere Kopenhagener Touristenprogramm: der Dom in Roskilde, Helsingör mit den unechten Hamlet-Erinnerungen. Man erwischt dabei wohl einen Winkel architektonischen Altertums; aber die Orte sind als Bahnknotenpunkte doch nicht abgeschlossene Provinz, am wenigstens Helsingör, über das der Sommerstrom der Kopenhagener nach den zahlreichen Amusementbadeorten Nordseelands geht, und damit den ganzen Küstenstrich zu einer ungeheuren sommerlichen Vergnügungsvorstadt macht. Auch Fredericia, an der jütländischen Küste, westlich des Kleinen Belt, oder Esbjerg, der Hafen der Westküste, sind durch den Durchgangsverkehr beeinträchtigt. In Fredericia laufen jetzt die D-Züge mit Speise- und Schlafwagen nach Norden, Süden und Westen. Mit der Erinnerung an die Bequemlichkeit und Unreinlichkeit französischen Typs, die man aus der Vorkriegszeit von Dänemark bewahrt (und die jetzt in mehr balkanischer Färbung bei uns eingezogen ist), wirkt nun alles mit erstaunlicher Pünktlichkeit und

Propertät. Man hat das Gefühl, es ist jetzt eine Prestigesache für das infolge der Abtretung Nordschleswigs größere Jütland geworden, alles in Gang und schönen Schwung zu bringen. Von Esbjerg gehen die Englanddampfer mit ihren reichen Lasten von Schweinefleisch, Butter und Eiern, das ist Dänemarks wirtschaftliche Aorta, das eigentliche Ausfalltor in die große Welt.

Da ist schon mehr abgeschlossene Provinz in Odense und Aarhus, den Hauptstädten Fühnens und Jütlands, wenn auch beide stark industrialisiert und modernisiert. Aber man braucht nur nach einem Ort wie Hillerød zu kommen, halben Weg landeinwärts zwischen Kopenhagen und Helsingör, um eine andre Luft zu atmen. Letzten Mittsommersonntag mit seiner Oktoberkälte, der in Kopenhagen selbst nichts Verlockenderes bot, als von einem Restaurant ins andre zu ziehen, fuhr ich nach Silkeborg in Jütland. Eine Nacht hin, die andre zurück, eine Reise von derselben Dauer wie nach Berlin, ebenfalls durch zweimaliges Umsteigen auf die Fähren unterbrochen. Und trotzdem lohnte es sich. Silkeborg ist eine richtige Koloniesiedelung, die sich um eine vor achtzig Jahren angelegte Papierfabrik gelagert hat, jetzt berühmt durch seine Heilanstalten und seine Ausbildungsinstitute für Lehrer. Auf dem Markt vor dem Haupthotel hielten gegen 20 Rutenautos, die strahlenförmig aus dem Hinterlande herankamen, eine Errungenschaft der letzten Jahre, ein Beweis, daß Abgeschlossenheit hier Eigenart, nicht Verkehrsfeindlichkeit bedeutet. Falsche Romantik klagt vielleicht hierüber ebenso wie über andre Kopenhagener Nachahmungen, die ich nicht bemerkt habe. In den Familien geht es jedenfalls weit einfacher, aber nicht weniger behaglich zu. Die Menschen sind gesetzter und doch ungezwungen, gründlicher und doch geistig bewegt. Man hält ja in der ganzen Provinz gegenüber der englischen Tischzeit Kopenhagens die Hauptmahlzeit um die Mitte des Tages, eine Flasche Bier zum Essen, vielleicht ein Glas Aquavit, der in Dänemark bedeutend teurer ist als bei uns (vor dem Kriege kostete die Flasche 72 Oere, jetzt gegen 10 Kronen), am Sonntag vielleicht ein Glas Südwein zum Nachtsch, keinen Likör zum Kaffee, ohne den die Kopenhagener Geselligkeit sterben würde. Nach Tisch — es wehte stark und der Himmel war regengrau — machten die jungen Leute das Motorboot fertig und steuerten zum großen Entsetzen der Hausmutter über die scharfen Wellen des Bras- und Julsees nach dem Himmelberg. Unterwegs kamen wir durch eine Segelregatta. Zweihundert Meter vor uns kenterte ein Boot beim Wenden, die beiden Insassen saßen im Nu rittlings auf dem Kiel, wir hielten darauf zu, inzwischen war schon ein andres Motorboot zu Hilfe gekommen und zog sie herein, der Segler trieb hilflos in der starken Strömung und wurde sicherlich am andern Morgen zerschlagen am Strande gefunden. Es war eine selbstverständliche frische Stimmung unter dieser Jugend, nichts von Sportidiotie, nichts von sonst üblicher provinzieller Wichtigtuerei, hier oder bei etwas anderem die ersten zu sein.

Der Himmelberg ist ein Wahrzeichen Dänemarks, einmal die einzige nennenswerte Bodenerhebung des Landes, ganze 150 Meter, man stapft durch Dünensand hinauf auf die nadelwaldbestandene Höhe, das Ganze erinnert stark an die Müggelberge, bei gutem Wetter sieht man weit hinein ins Land, diesmal war der Horizont verhangen. Dann aber ist der Himmelberg die Stelle der großen modernen Volksversammlungen, wirklicher Zusammenkünfte des Volkes aus dem ganzen Lande. Hier steht ein Gedenkstein für St. St. Blicher, den zigeunernden Pfarrer und Sänger der jütländischen Heide, der die erste Volksversammlung vor etwa 90 Jahren hier abhielt. Es gibt eine Unmenge schlechter Bilder, die die Stelle, an jenem windigen, kalten Mittsommertag nur von Ausflüglern belebt, als historischen Versammlungsplatz zeigt. Ich habe selbst etwas Derartiges unter ganz andern Umständen, nur wenige Meilen nördlicher im Lande, mitgemacht, im Juli 1914 auf dem Landsitz des Dichters Jeppe Aakjaer.

Das war in dem unmenschlichen heißen Sommer gewesen, in dem nicht nur die Nerven der sogenannten Staatenlenker rissen. Auf der Strecke nach Esbjerg war kurz vorher ein großes Bahnunglück passiert, weil sich die Schienen infolge der Hitze verworfen hatten. Jedermann auch dort oben, weit von dem europäischen Brandzentrum entfernt, hatte das nahende Unwetter im Blute. Aakjaer, selbst aus kleinen bäuerlichen Verhältnissen stammend, ist vielleicht der stärkste Lyriker der jütländischen Natur, dabei ein sozialer Kämpfer gegen jede Art geistiger und leiblicher Unfreiheit. Er hatte sich damals, nach fünfzehnjähriger Schriftstellerlaufbahn, nahe seiner Geburtsstätte den Hof kaufen können, den er Jenle (Einsam) nannte, und veranstaltete dort alljährlich als selbstbestallter Gaukönig ein ländliches Volksfest, dessen ernster und wichtigster Teil eine Reihe politischer Ansprachen bildete. Da waren zunächst die Anwohner, Bauern, Bürger, Arbeiter, Akademiker, da kamen aus den Nachbargemeinden übers Wasser die Leute aus dem Himmerland (Johannes V. Jensens Heimat), die Behörden aus der Stadt Skive, Politiker und Journalisten aus dem ganzen Lande und aus Kopenhagen. Statt des angekündigten radikalen Ministerpräsidenten sprach ein Parteifreund, dann ein Vertreter der Häusler in dem charakteristischen schwarzen Halskragen und Vorhemd des Landes und schließlich der Gastgeber selbst. Ich stellte damals im stillen einen Vergleich mit deutschen Verhältnissen an. Hätte etwa Gerhart Hauptmann auf einem seiner vielen Landsitze eine politische öffentliche Aussprache arrangieren können, zu der Behörden und Vertreter der Linksparteien nebeneinander erscheinen durften? Man konnte weder damals, noch kann man jetzt rückschauend einen Vorwurf erheben, es fehlte einfach die Tradition bei uns, das verpflichtende Bewußtsein des geistigen Menschen in der Tagespolitik seinen Mann zu stehen, und das selbstverständliche Recht jedes Volksgenossen, sich wo und wann er wollte, mit seinesgleichen zu öffentlicher Aussprache zusammenzufinden. Diese Tradition, die sich hier auf Jenle zeigte, ging ja nicht nur bis auf St. St. Blicher zurück, sondern wurzelte in der Geschichte eines freien Volks, und hat nichts mit dem teutonischen Maskeradentum bierkollernder Studienräte zu tun. Die Tradition war unbewußt und durchaus innerlich. Jedermann empfand sich, als Kind seiner Zeit, die Vorgänge und Veranstaltungen als etwas, was durchaus mit den Bedürfnissen des Tages in Verbindung stand. Gewiß war Festesstimmung dabei, Gesänge, der Versammlungsplatz geschmückt, auf einer großen Wiese, neben einer bewaldeten Anhöhe im Angesicht des weithinschimmernden Fjords, und dann die Gastlichkeit des Hauses für die engere Zunft der Geladenen aus allen Lebenskreisen, gab dem Wirt das Gepräge eines kleinen dänischen Björnson.

Spät in der Nacht fuhr mich der Arzt freundlicherweise auf seiner Jumbe in mein dörfliches Nachtquartier. Der Mord von Serajewo war eben geschehen, und es gab Frage und Antwort zu diesem Thema. Es hat jetzt wenig Sinn, an das zu erinnern, was damals richtig gedeutet und prophezeit wurde; manches hat sich erst in jüngster Zeit bestätigt. Aber der Untergrund der Verständigung war doch sofort ein gemeinsamer, hier fühlte man keine andern Grenzen als die, die sich gegen jeden barbarischen Unfrieden vorschoben. An der Westküste dieser Halbinsel glichen Land und Leute denen in Friesland, die alten Fachwerkbauten im Norden, wie in Aalborg, waren dieselben wie tief hinein in Niedersachsen, und die Heide inmitten des Landes schuf die gleichen kargen Lebensbedingungen und genügsamen Kreaturen wie in unseren armen Landstrichen. Auch jetzt nach dem Kriege trifft man in der Provinz selten diese scharfe Parteinahme für oder wider das Ausland, mit dem viele Dänen gerade in den letzten Jahren persönlich in Berührung gekommen sind; man hat vielleicht mehr Muße nicht nur zum Mitgefühl, sondern auch für die Gedanken, daß nach diesem Zusammenbruch der menschlichen Zivilisation kein Land der Erde für ewig vor harten Zeiten gesichert ist.

Was ist Kitsch?

Zu Georg Kaisers „Kolportage“

Von Arthur Eloesser

An einer großen Berliner Bühne wurde ein neues Stück mit etwas Verschämtheit und viel Hoffnung vorbereitet. Mit etwas Verschämtheit, weil die Stücke eines sehr erfolgreichen Autors sich von der Kritik als Reißer bezeichnen lassen mußten, mit viel Hoffnung, weil sie sich erfahrungsgemäß nicht unter hundert Aufführungen erschöpfen ließen. Die Darstellerin der Hauptrolle, die der liebe Gott mit einer schönen, warmen blonden Natur ausgezeichnet hat, zog den Dramaturgen des Theaters während einer Probe hinter die Kulissen: „Sagen Sie, Herr Doktor, ich habe gehört, daß das Stück auch wieder Kitsch sein soll. Ist das wahr?“ — Der Dramaturg, der in einem früheren Leben als Kritiker schon manchen Reißer verrissen hatte, antwortete nicht ohne milden Vorwurf: Liebes Kind, was geht Sie das an? Sie geben ein unglückliches Mädchen, Sie geben Liebe, Scham, Mutterschmerz, Verzweiflung, genau wie Gretchen, genau wie Rose Bernd. Spielen Sie unbekümmert aus Ihrer weiblichen Empfindung, ganz gleich, wer Ihnen das Stichwort der Leidenschaft bringt. Wenn Sie nur den Kitsch nicht kitschig spielen.

Bei einer späteren Probe zog der Autor den Dramaturgen hinter die Kulisse: Glauben Sie, Herr Doktor, daß die Kritik mein Stück wieder als Kitsch heruntermachen wird? Darauf der Dramaturg nach Ueberwindung seines Zartgefühls: Lieber Herr, — nennen wir ihn Müller, darauf werden Sie sich vorbereiten müssen. — Aber ich habe doch nichts geschrieben, was im Leben nicht vorkommen kann, glaube ich. Und nichts aus Berechnung, alles aus dem Herzen. — Glaube ich auch. — Also woran liegt es? Was läßt sich da machen? — Es läßt sich etwas machen. Wollen Sie mir Ihr Stück zur Umarbeitung überlassen? — Um Gottes willen! — Oh, es soll keine Szene geändert, auch kein Wort hinzugesetzt werden. Ich will nur wegnehmen, von jedem Satz ein Stückchen, oh, ein entbehrliches Stückchen abbrechen. Sehen Sie, Sie schreiben zu klar. Ihre Personen sagen genau, was sie denken und fühlen. Treten Sie mir dreißig Prozent Ihres Dialogs ab, wir brauchen Schatten, Dunkelhaftes, Unbestimmtes, schwebend Gefühlsmäßiges, namentlich statt Ihrer allzu runden Satzschlüsse. Wir ziehen einen Seelenschacht unter Ihrer Tagesklarheit, geheimnisvollen Raum für Unterirdisches, Wurzelhaftes, Elementares, Unaussprechliches. Wir mogeln Tiefe. — Mogeln?! Herr Doktor, aber das geht doch nicht. — Nein, sagte der Dramaturg, es geht wirklich nicht; die Schauspieler haben ja ihre Rollen schon gelernt. Das Stück blieb also Kitsch, wurde verrissen und in Deutschland viele Tausende Male gegeben, bevor es als Film um die Welt ging.

Was ist Kitsch? Zunächst macht ihn die Sprache, die nie aus Worten allein besteht, wenigstens nicht aus Worten, die keinen Schatten werfen, die begrifflich, sachlich denken, wie hoch sie auch traben mögen, die keinen Leib haben, die von keiner Melodie geführt werden, die nicht schwanger sind von allen vorhergehenden Momenten, nicht trüchtig von den kommenden. . . Das Ach der Alkmene in Kleists Amphitryon ist ungeheuer, bannt einen Gefühlskomplex, den unser Freund Müller mit zehn blanken Sätzen entwirren und vernichten würde. Also die Sprache ist es, der Geistleib des Dichters, das einzige Mittel seiner magischen Kraftübertragung. Dem einen wird sie leicht, dem andern schwer; man denke an Flauberts Qualen, an Balzacs kostspielige Korrekturen. Es ist nicht so, daß der Kitschmacher als Kenner des Publikums mit arglistigerer,

kälterer Berechnung vorgeht als der Künstler, der im Gegenteil das, was ihm die Phantasie zuträgt, mit viel mehr Mißtrauen ansieht, modelt oder zurückweist. Gerade die Persönlichkeit braucht manchmal viel mehr Mühe und Umwege, um sich zu finden, viel mehr bewußte Arbeit, um sich im Stil zu repräsentieren.

Müller hat viel mehr Schwung, viel mehr Glauben an seine Sache; mit hohem Kopfsprung, seligen Schwindels, wirft er sich in das Wasser seiner Erfindung. Müller hat viel mehr Vertrauen zu seinem Stoff, und es ist auch nicht wahr, daß seine Erfindung sich der möglichen Erfahrung, um mit Kant zu reden, zugunsten des vorgenommenen Effektes widersetzt. Wie ist es überhaupt mit der Erfahrung, mit dem Leben? Wir wissen, daß gerade die großen Dramatiker sich die erste Erfindung gern schenkten, daß sie gern halbfertige Fabrikate weiter bearbeiteten. Ob die Gestaltung des Stoffes dann aus ihren Augen sehen würde, darüber machten sie sich keine Sorge. Ist das Leben überhaupt eine taugliche Bürgerschaft? Mit einigen sehr gescheiten Leuten habe ich einmal, um uns die Langeweile eines wissenschaftlichen Kongresses zu erleichtern, eine große Dummheit gemacht. Wir erzählten uns jeder unter tiefster Diskretion und ohne Namensnennung, aber mit feierlicher Verpflichtung auf unveränderte, unverschönerte Wiedergabe das merkwürdigste Abenteuer unseres Lebens. Da kam ein Kitsch heraus, den auch kein Müller zu erfinden gewagt hätte, und wenn wir uns nicht für Ehrenmänner hielten, mußten wir annehmen, daß wir uns auf die geschmackloseste Weise gegenseitig beschwindelt hatten. Die Stimmung nach den „wahren“ Geschichten war katzenjämmerlich; wir hätten uns lieber belügen sollen. Kitsch ist nicht immer gegen Leben, gegen Erfahrung gerichtet, wenigstens nicht im Möglichen, im einzelnen, im Tatsächlichen, also im Zufälligen. Das Leben erfindet so unwahrscheinliche, so blöde Abenteuer, daß man manche seiner Kolportagen aus Rücksicht auf seinen guten Namen einfach verschweigen müßte. —

Karin Bratt hat sich von dem Grafen Stjernenhö scheiden lassen, der es auf ihre Millionen abgesehen hatte und auch sonst ein Lump ist. Da der Mann ihrem Söhnchen, dem Universalerben des bürgerlichen Großvaters, nachstellt, kauft sie einer Landstreicherin gegen eine jährliche Rente ihren Jungen ab und läßt diesen aus dem Kinderwagen mit der Grafenkrone stehlen, während sie sich mit dem echten Erben und einem gefälligen reichen Onkel nach Kansas davonmacht. An dem berühmten einundzwanzigsten Geburtstag, der das Erbe fällig macht, trifft sich die ganze Gesellschaft auf dem hochfeudalen Schlosse Stjernenhö zur großen Szene der Abrechnung, der Vergeltung, der Gerechtigkeit. Zwei junge Grafen sorgen für sensationelle und groteske Verwirrung: der eine, der echte, ist ein Cowboy geworden trotz sagenhaften Reichtums, der unechte, der Sohn der Landstreicherin, zu einem vollendeten Aristokraten. Blut war weniger dick als Erziehung. Aber die beiden einigen sich auf Edelmut. Der eine wirft mit den nötigen Dollarschecks um sich, der andere wirft sich an die Brust seiner echten Mutter, der früheren Landstreicherin, und seine Braut, die Baronesse, auch zum allgemeinen Menschentum bekehrt, wirft sich zugleich in seine Arme, des plötzlichen Proletariers, wie in die der braven Madame Appeblom, die die Rente von einundzwanzig Jahren für den Sohn gespart hat. Nur der Graf, der seinen vermeintlichen Sprößling durch einundzwanzig Jahre bestohlen hat, bleibt beschämt zurück in seinem hochfeudalen Adelsschloß, mit seinen Lakaien, mit seinen Ahnenbildern, mit seiner hochgräflichen Tante, die das letzte Wort hat: In jedem Grafen steckt doch wohl ein Proletarier und in jedem Proletarier ein Graf — aber in diesen modernen Bolschewismus kann ich mich nicht mehr hineinfinden. Das klingt sehr viel komischer als hier gedruckt, besonders da Ilka Grüning den letzten Satz

hatte, die wie der Alte Fritz aussah und auch sonst die Krone der Auf-
führung trug.

Das Stück erschwärmt die Welt der Courths-Mahler, soviel der Film ihrer Literatur noch übrig gelassen hat; es ist aber von Georg Kaiser gezeichnet, dem ein ungemein amüsanter Kunststücker angerechnet werden muß. Die Handlung vollzieht sich mit unerbittlichem Ernst unter den ehernen Gesetzen der Banalität, der Konvention, der Sensation, und sie ist jeden Augenblick lustig durch die innere Ironie, die keines indiskreten Fingerzeigs zur Verständigung des Publikums bedarf. Das Kunststück gelingt Kaiser vor allem durch die Führung des Dialogs; die Leute reden, wie unser Freund Müller sie reden ließe, in blanken, durchsichtigen, vollständigen Sätzen, die eben nichts übrig lassen. Georg Kaiser hat ein fast gefährliches Sprachtalent. In einem Jugendstück schrieb er Sätze von solcher Getriebenheit und Marmorfestigkeit, als ob Rodin sie gehämmert hätte, und später hat er die telegraphische Kurzschrift von Carl Sternheim mit einer noch stärkeren elektrischen Spannung überwunden. Georg Kaiser scheint immer jemand zu imitieren, auch wenn das Original noch gar nicht existieren sollte; er ist der dramatische Proteus, nur Talent, gar nicht Charakter, an keine Vorleistung gebunden, ein ingenieuser Kerl, ein Ingenieur der Bretterwelt, der jedesmal nach einer andern Formel konstruiert. Der arme Carl Sternheim hat nur ein einziges Patent angemeldet, das sich nicht mehr zu rentieren scheint. Georg Kaiser wird sich selbst immer wieder überbieten oder wenigstens durch den andern, der in ihm steckt, immer wieder überbieten lassen.

Dieser andere folgt einer Neigung zum Kitsch. Auch seine sozialen Stücke, wie „Gas“ oder „Koralle“, führten eine Menge Kolportage. Und welcher Dramatiker hat sie nicht gehabt, außer Goethe, der eben kein Dramatiker war. Aber Shakespeare, schon weil er sein Publikum unterhalten mußte, hatte diesen Mut, den die Heutigen, außer dem klugen Shaw, nicht mehr aufbringen. Die Raffinierten werden wieder naiv, und wenn sie die Courths-Mahler zu ihrer Verjüngung und neuen Erziehung brauchen. Georg Kaiser kitzelt das kluge Berliner Publikum, und die andern werden auch nicht dümmer sein wollen, zugleich an Gemüt und Geist: jeder darf sich der ewigen Schönheit des Kitsches hingeben und zugleich über seine Hingebung lächeln. Der Klügste darf sogar nachdenklich werden, nicht zuletzt über das Leben selbst, das genau so blöde handeln und genau so dumm nach der poetischen Gerechtigkeit entscheiden kann. Wer sich zu schade ist, um vor einem Sensations-Großfilm staunend das Maul aufzureißen, geht ins Lessing-Theater, prustet vor Lachen und beschwichtigt sich mit einem wissenden Lächeln. Ist solches Doppelspiel erlaubt, ist es legitim, ist es loyal? Eigentlich nicht; aber es könnte sich durch einen großen erzieherischen Wert rechtfertigen. Bildung ist wiedergewonnene Naivität, hat ein kluger Mann gesagt. Unsere Literaten sind trotz scheußlichster Anstrengungen im komischen Fach ihre Bildung nicht losgeworden. Unsere Bühnenschriftsteller sollen wieder den Mut zur Erfindung bekommen, und wenn er von der tapferen Courths-Mahler zu holen ist.

Georg Kaiser konnte sich mit der so andern nur vertragen, weil er den andern schon in sich hat. Der hat ihm und uns geholfen.

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

Der Kampf um den Kapitalmarkt

Die Kapitalnot liegt wie ein lähmender Alp auf der vorwärtstrebenden Wirtschaft. Der geringen Menge freiwerdender Gelder steht ein ungeheurer Bedarf gegenüber. Vor dem Kriege betrug der Zahlungsmittelumlauf rund 55 Milliarden. Ein sparsames Volk, wie das deutsche, legte jedes Jahr so viel zurück, daß aus diesem Reservoir die Wirtschaft mit kurzfristigen Anlagen versorgt werden konnte. Hinzu kamen als Kapitalsammelbecken die Versicherungen und noch manches andere, was die Wirtschaft in den Stand setzte, jederzeit Geldmittel für produktive Anlagen zur Verfügung zu haben. Nach einer durchschnittlichen Berechnung stand als produktives Kapital vor dem Kriege zur kurzfristigen Anlage geeignet eine Summe von 10 bis 12 Milliarden zur Verfügung. Heute ist nicht einmal der dritte Teil vorhanden. Die natürlichen Kanäle, aus denen früher das Geld zu kurzfristigen Anlagen floß, sind verschüttet. Der Kampf um die geringe Menge freiwerdender Gelder treibt manchmal sonderbare Blüten. Die kapitalsuchende Industrie sucht nach jedem Ausweg, um zu Geld zu gelangen. Dies lehrt ein Blick auf den Inseratenteil der großen Zeitungen, wo bei allerersten Sicherungen Zinsen bis zu 25 Proz. geboten werden.

Mit allen Mitteln sucht man dieses Problems Herr zu werden. Die Golddiskontbank soll alsbald in Tätigkeit treten. Ein geordneter Weg zur Verwendung von Auslandskapital wird dadurch geebnet sein. Die deutsche Industrie ist schon heute auf den ausländischen Kapitalmärkten kapitalsuchend vertreten und bietet dort alles auf, um zu flüssigem Betriebskapital zu gelangen. Nicht zu verwundern ist es deshalb, wenn ausländisches Kapital in zunehmendem Maße in alle Industrien eindringt. So sehr es zu begrüßen ist, daß unsere Wirtschaft im Gang bleibt, so liegt doch in dieser übermäßigen Beanspruchung des ausländischen Kapitalmarktes eine sehr große Gefahr. Noch ist es nicht sicher, was nach vollständiger Liquidation der Reparationskrise an Verfügungsgewalt über die eigene Volkswirtschaft bleibt. Da ist es doppelt bedauerlich, wenn eine Unmenge privater Verpflichtungen an das Ausland nebenherlaufen.

Es ist Zeit, sich zu fragen, ob bei uns alles geschehen ist, den Kapitalmarkt neu zu beleben. Und da sind leider verschiedene Hindernisse und Mängel festzustellen. Man halte sich einmal die Verhältnisse in Friedenszeiten vor Augen. Die Banken sogen wie große Saugpumpen das freigewordene Geld in Form von Depositen-Einlagen an. Von dem Zeitpunkt an, wo die deutschen Banken das in England längst zu hoher Blüte gelangte Depositen-System zur Einführung brachten, begannen sie zu tatsächlichen Machtfaktoren der Wirtschaft zu werden. Die günstigen Resultate dieses Systems machten rasch Schule, und jede Bank von Rang und Ruf wetteiferte darin, flüssige Mittel auf dem Wege der Depositen-Einlagen zu bekommen. Die in Berlin an allen Ecken und Enden sich befindenden Depositenkassen der Großbanken beweisen, ein wie großer Wert darauf gelegt wurde, kurzfristige Mittel aufzusaugen. In allen Teilen kam man der Kundschaft seitens der Banken entgegen und keinem Geschäftsmann fiel es ein, sein Geld in die Schublade zu legen. Nur auf diese Weise war es möglich, in den Banken Geldsammelbecken entstehen zu lassen, die das gesamte brachliegende Kapital an sich zogen.

Wie liegen demgegenüber die Dinge heute? Der Depositenstand erreicht kaum den zehnten Teil der Vorkriegszeit. Das Verhältnis der Bankkundschaft zur Bank ist längst nicht mehr so innig wie früher. Hier rächen sich die Maßnahmen der Inflationszeit, während der die

Banken die Kleinkundschaft als lästiges Anhängsel empfanden. Man teilte ihr vielfach kurzerhand mit, daß es sich nicht lohne, so geringe Konten durch die Bücher zu schleppen, und der Rest des Guthabens zur Verfügung stehe. Von der Behandlung an den Bankschaltern ganz zu schweigen. Die Banken fühlten sich so als Herren der Lage, daß sie glaubten, auf solche Kleinigkeiten keine Rücksicht nehmen zu brauchen. Auch heute erscheinen uns die Bemühungen der Bankhäuser gering, um die Kleinkundschaft zu sich heranzuziehen. Jedenfalls wirkt ein Zinssatz von 6 Proz. für tägliches Geld nicht als Anreiz, wenn die Banken für die von ihnen ausgeliehenen Gelder das Doppelte und Dreifache als Zinsen verlangen. Solange die Banken von sich aus diese außerordentliche Spanne zwischen Kredit- und Debetzinsen nicht verringern, wird der Devisenzustrom sich in geringen Grenzen bewegen. Was beispielsweise in Oesterreich möglich ist, wo das Doppelte an Zinsen von den Banken geboten wird, sollte auch bei uns nicht schwer sein.

Allerdings könnte durch Hinaufsetzung der Depositenzinsen die Kapitalnot nicht restlos beseitigt werden; dazu ist die deutsche Volkswirtschaft zu arm geworden. Aber wir glauben, daß die Banken einen größeren Zustrom von kurzfristigen Einlagen zu verzeichnen hätten, wenn sie ihrer Kundschaft entgegenkommen würden. Die deutsche Wirtschaft wird gedrosselt durch eine beispiellose Kapitalnot. Mögen die berufensten Organe der Kapitalbeschaffung nichts unversucht lassen, den heimischen Kapitalmarkt zu organisieren, auch wenn die Profitchancen darunter leiden sollten.

Der Tiefstand der Aktienkurse

Zweifellos findet eine langsame Gesundung der Wirtschaft statt. Allenthalben hebt sich die Produktion. In zunehmendem Maße werden die brachliegenden Arbeitskräfte von den Produktionsbetrieben absorbiert. Die Preise beginnen, wenn auch langsam, einem normalen Zustand zuzustreben. Es scheint also, daß mit einem einigermaßen erträglichen Verhältnis alsbald gerechnet werden kann.

In dieser Phase einer stetig fortschreitenden Gesundung ist ein Symptom eigentümlich: der Tiefstand der Aktienkurse. Bekanntlich gab es eine Zeit, wo jeder, der über einige Geldmittel verfügte, glaubte in Aktien spekulieren zu müssen. Wenn auch dieser Zustand längst überwunden ist, so sind Aktienpapiere doch immer noch in Kreisen zu finden, die früher nicht zu glücklichen Aktionären zu rechnen waren. Doch der Wert der Aktien schrumpft trotz Belebung der Wirtschaft zusammen. Je mehr der Zeitpunkt der Zusammenlegung des Aktienkapitals heranrückt, je mehr werden sich die derzeitigen Aktionäre bewußt, welchen geringen Wert ihre Papiere besitzen.

Bei stark mit Wasser durchsetzten Aktiengesellschaften wäre dieser Tiefstand der Kurse ohne weiteres begreiflich, denn sie werden teilweise angeboten wie saures Bier. Aber nicht verständlich ist die Kursentwicklung bei den sogenannten Standardpapieren. So notierten, um hier einige Beispiele zu erwähnen:

	2. Januar	28. März
Harpener Bergbau	84	70
Gelsenkirchen	72	57
Deutsch-Luxemburg	66	47
Köln-Rottweil	12	8
Ludwig Loewe	68	47
AEG	14	11

Diese wenigen Beispiele der besten Papiere an der Berliner Börse zeigen, daß selbst gegenüber den geringen Kursen vom Januar noch

eine Reduktion erfolgen konnte. Und dies bei Aktien, die fast gar nicht oder nur gering verwässert sind. Man betrachte die Verfassung der heutigen Großindustrie: die Obligationen, Hypotheken usw. konnten für ein Butterbrot abgestoßen werden, in den Produktionswerkstätten wurden, um das in Massen zur Verfügung stehende Kapital anzuwenden, große Summen investiert, riesige Anlagen stehen mit ein paar Mark zu Buch. Und trotz alledem so niedrige Kurse! Wenn auch die Zusammenlegung des Aktienkapitals noch manche Ueberraschung bringen kann, so liegt doch kein Grund vor, sich der Aktien gutfundierter Industriegesellschaften zu entledigen. An den Börsen waren im Monat März starke Kräfte bemüht, die Baisseentwicklung weit über das natürliche Maß hinauszutreiben. In vielen Fällen geschah dies nicht ohne Absicht. Man drückt die Kurse, um die in schwachen Händen befindlichen Aktien aufzusaugen. Der außergewöhnliche Tiefstand der Aktienkurse ist keineswegs eine Begleiterscheinung des Substanzschwundes oder der bevorstehenden Zusammenlegungen. Deshalb ist jedem Aktienbesitzer dringend zu raten, seine Papiere zu behalten. Kopflose Verkäufe des Publikums vergrößern die Deroute und helfen jenen, die auf der Lauer liegen, große Aktienpakete zwecks Einflußnahme zu erwerben.

Dr. Wilhelm Beumer

Ein Führer des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, Dr. Dr.-Ing. h. c. Wilhelm Beumer, trat mit dem 1. April in den Ruhestand. Mit ihm tritt ein Mann von der Bühne der öffentlichen Wirksamkeit, dessen Person und öffentliches Auftreten für die schwere Industrie Westdeutschlands typisch war. Beumer war beinahe 40 Jahre geschäftsführendes Vorstandsmitglied der „Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ und des „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen für Rheinland und Westfalen“. Er wurde am 3. August 1848 zu Olighofen bei Wesel als Sohn eines Lehrers geboren. Schon früh trat er in Berührung mit der Großindustrie des Ruhrgebiets, was zur Folge hatte, daß er 1887 als Nachfolger Buecks der wirtschaftlichen Industrievereine und zum Schriftleiter der Fachzeitschrift „Stahl und Eisen“ berufen wurde. In diesen Stellungen blieb er bis zu seinem Rücktritt.

Dem preußischen Abgeordnetenhaus gehörte Beumer mit geringen Unterbrechungen bis zum Umsturz an. Im Reichstag vertrat er den Duisburger Wahlkreis von 1901 bis 1907. Er gehörte der Nationalliberalen Partei an. Die Schwerindustrie hat wohl selten einen so gewandten und vielseitigen Verfechter ihrer Interessen im Reichstag gehabt, wie Beumer. Er trat besonders für den sogenannten „Schutz der nationalen Arbeit“ ein, und in den hochgehenden Wogen der Reichstagsdebatten des Jahres 1902, wo neben den Agrarzöllen um hohe Schutzzölle für Eisen- und Industriewaren gekämpft wurde, da stand er an erster Stelle. In sozialpolitischen Fragen vertrat er rücksichtslos den Standpunkt der rheinisch-westfälischen Industrie, der sog. Schlotbarone. Aeltere Leser werden sich noch der heftigen Kontroversen erinnern, die zwischen Beumer einerseits und dem Berg- und Hüttenarbeiterführer Hué andererseits im Parlament ausgetragen wurden.

Gleich Emil Kirdorf, dem Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, war Beumer ein glühender Verehrer Bismarcks und solange er zu atmen vermag, wird er es Wilhelm II. nicht verzeihen, daß dieser Bismarck aus dem Staatsdienst verdrängte. Es ist selbstverständlich, daß Beumer und Genossen die Umwälzung nach dem Kriege nur mit dem größten Widerwillen ertrugen. Die während der Ministerschaft Robert Schmidts und seines Staatssekretärs Hirsch geschaffenen paritätisch zusammengesetzten Selbstverwaltungskörper, wie den Reichskohlenrat, den

Eisenwirtschaftsbund usw. ließen sie nur widerwillig und dem Zwange gehorchend über sich ergehen, und setzten dem Gelingen solcher Einrichtungen den offenen und geheimen Widerstand entgegen. „Stahl und Eisen“ heißt die Zeitschrift, die Beumer leitete, Blut und Eisen war die Parole Bismarcks, beides vereint ergibt das Programm, für das Beumer 40 Jahre zu wirken berufen war. Im deutschen Imperialismus unseligen Angedenkens fand es seinen prägnanten Ausdruck. Nun scheidet er von hinnen und andere setzen das Werk in seinem Geiste fort.

RANDBEMERKUNGEN

Völkische Devisenrä

Im Prozeß gegen Hitler, Ludendorff u. Gen. sind merkwürdigerweise die Geldquellen des Unternehmens, die allen Anzeichen nach doch recht reichlich geflossen sein müssen, überhaupt nicht erörtert worden. Ludendorffs Stiefsohn hatte allerdings die Münchener Notendruckeri von Parcus und Mühlthaler um viele Kilo Papiermark beraubt. Aber von Anfang an waren die geschäftstüchtigen Geister auf ihrem Wege zur Walhalla doch darauf hinaus, Devisen zu ergattern. Der mitangeklagte Oberstleutnant Kriebel ließ am Putschtage den Münchener Hauptbahnhof besetzen, um angeblich den flüchtenden Juden die Devisen abzunehmen, was mangels der erwünschten Flüchtlinge zu keinem Ergebnis führte. Ferner haben Nürnberger Industrielle 20 000 Dollars für die Putschisten geopfert. Und aus dem Etat des „Deutschen Kampfbundes“, den der „Bayerische Kurier“ jetzt veröffentlicht, geht hervor, daß sowohl der Oberleutnant Kriebel wie die übrigen militärischen Führer sich ihr Gehalt haben in Franken zahlen lassen. Eine Zentrumskorrespondenz vermutet in einem boshaften Kommentar angesichts des Patriotismus der Herren dahinter Schweizer, nicht französische Franken. Aber in Wirklichkeit schreckten die Herren gar nicht davor zurück, auch das ehemals feindliche Ausland für ihre Landsknechtsstreiche gegen die eigenen Volksgenossen auf das schamloseste anzuschmorren. Hitlers Fühler in

dieser Richtung gingen bekanntlich zu Henry Ford.

Außerdem reisten Dietrich Eckert und der ehemalige Hauptmann Goering, der bei der Feldherrnhalle am 9. Nov. mitmachte, als Hitlers Vertrauensmann nach Schweden, um dortige konservative und militaristische Kreise, die man durch Lindströms Blaue-Brillen-Flucht noch nicht für ausreichend belehrt zu halten schien, um stramme Spenden anzugehen. Aber hier holten sich beide eine Absage, da man ihnen das Aussichtslose der ganzen Bewegung vorrechnete. Derselbe Goering, der während des Krieges in der Jagdstaffel Richthofen Dienst getan haben soll, kam nach dem Kriege in eine der nordischen Hauptstädte, wobei er neben Erwähnung seiner Fliegertrumphe bei den weiblichen Besuchern eines großen Berliner Hotels auch durchblicken ließ, daß er für die Leitung einer der dortigen Gesandtschaften ausersehen sei. Daneben erwog er das Angebot eines Wanderzirkus dort oben, bei dessen Schaustellungen in der Provinz Schauflüge auszuführen. Das überwältigende Bild eines großmäuligen Narren. Aber die feine Nase für die Auslandsdevisen ist ihnen allen geblieben, diesen Erneuern Deutschlands. *Prokurator.*

Götzendämmerung

Eine gewisse bayerische Kleinpresse, die sich bisher redlich mit Gehetze und Geschimpfe auf Juden, Jesuiten und Marxisten ernährt

hat, schlägt seit dem Hitler-Prozeß neue Töne gegen bisherige bayerische Nationalhelden an. So schreibt der „Miesbacher Anzeiger“:

„Lossow und Seißer haben ein neues großes Verdienst erworben. Sie haben mit dem Gerichtssaalterror und mit dem verlogenen pharisäerhaften Gewissenszwang, der aus den Fenstern des Gerichtssaales über Land und Leute ausströmte, aufgeräumt. Sie haben diese widerliche Selbstbeweihräucherung, die aus der preußischen Penetranz erzeugt wird, richtig gekennzeichnet und sie haben gezeigt, daß es nicht das Merkmal von vaterländischer Gesinnung ist, die politischen Dummheiten eines Generals als gottgewollte Fügungen hinzunehmen.“
Das ist deutlich!

Deutlicher noch „Das bayerische Vaterland“, das vor einem halben Jahrhundert von dem berühmten Dr. Sigl, dem klassischen Juden- und Preußenfresser, gegründet wurde und das jetzt eine neue Blüte seiner alten Grundsätze erlebt:

„Aus dem Gericht ist ein politischer Untersuchungsausschuß geworden in der Art wie jener der Herren Cohn in Berlin und in Leipzig, nur daß keine Juden da draußen sind. Einen hämischeren Charakter könnte er nicht haben; nur daß jüdische Anwälte — dessen sind wir sicher — mehr Witz und Verstand aufgebracht hätten, als die um Kohl.“

Hitler hat Lossow in die Flucht geschlagen. So steht in der völkischen Presse. Hitler kann tun und lassen, was er will. Hitler kann Ehrenwörter geben und zurücknehmen, Hitler kann schreien und kann still sein, Hitler kann brutal oder sentimental sein, Hitler kann alles, alles tun. Er ist immer der Held, und die andern sind die Lumpen und die Deppen. So schreiben's pflichtschuldigst die völkischen Zeitungen, und wer's nicht

nachschreibt, dem wird eine Handgranate auf den Schädel gehauen!“
Armer Ludendorff, pauvres Hitler: den Narren flicht' die Nachwelt keine Kränze.
Stichler.

Das Weimarer Bauhaus

In der Geschichte des modernen Kunstgewerbes, der modernen Baukunst, der Kultur des modernen Auges wird den Großherzog von Hessen, Ernst Ludwig, für alle Zeiten einen ehrvollen Namen behalten. Darmstadt und die Künstler, die dort Gelegenheit zum Schaffen bekamen, Behrens, Olbrich und die andern, bleiben unvergessen. Weder der Großherzog noch die Ordnung seines Landes haben durch das Werk der Mathildenhöhe Schaden genommen. Wohl aber waren die Blicke aller, die der Auffassung sind, daß die Energie eines Zeitalters sich in architektonischer Form entladen muß, auf Darmstadt gerichtet.

In Weimar hat dann später wiederum ein Großherzog dem Meister der intensiven Linie, Henry van de Velde, der obendrein ein Belgier war, Wirkungskreis gegeben.

Diese beiden Erinnerungen seien der neuen thüringischen Regierung gewidmet, damit sie erfahre, daß moderne Kunst, daß Zeitempfinden optisch zu fixieren, nicht unter allen

Vossische
Zeitung mit ihrem
Weltdienst
monatlich **500** durch die Post
Mk.

Umständen bürgermordender Bolschewismus sein muß. Die neuen Thüringer Herren wollen das Weimarer Bauhaus schließen; sie wittern in dieser Künstlerkolonie irgendeinen Ludergeruch. Jene Großherzöge dürften weniger empfindlich gewesen sein.

Man braucht mit dem, was die Bauhäusler treiben, nicht durchaus einverstanden zu sein. Die Ausfegung von Müllkästen, die man dort als stilbildendes Element pflegt, ist zum mindesten seltsam. Als zur Werkbund-Tagung hierüber und über mancherlei anderes, was Gropius und seine Freunde tun, und (was noch bedenklicher ist) philosophieren, diskutiert wurde, habe ich, Obrist zur Seite, das Notwendige gegen solche Experimente gesagt. Gerade darum ist es Pflicht, heute, da engstirnige Bureaukratie mit plumpem Griff theoretische Verstiegtheit ebenso wie romantischen Wildwuchs uns hoffnungsvolles Keimen vernichten will, vor solcher Philisterei, vor solcher Vergeudung zu warnen.

Man kann künstlerische Erfolge nicht nach der Elle messen. Und selbst, wenn das Bauhaus bis heute das geringste aufzuweisen hätte, könnte doch niemand das gehobene Streben und den Instinkt für die Reinheit der Form bei den neuen Weimarer Männern, bei Gropius, bei Feininger, bei Kadinski und bei

Klee verneinen. Die Großherzöge von Hessen und Sachsen hätten mehr Respekt vor solcher Phalanxbewiesen, als die Thüringische Bürgerrepublik zu haben scheint.

Aber, vielleicht ist es gerade das Republikanische, woran die Thüringer Republikaner sich stoßen. Denn, das ist zuzugeben: die Bauhäusler glauben weder an Begas noch an den zweiten Wilhelm. Man versteht. Indessen, wenn man bedenkt, daß auf allen Universitäten des Reichs die Monarchie rastlos von den Professoren der Geschichte, der Literatur, der Tierarznei und der Rübenzucht gefördert wird, darf wohl ein Auge zugedrückt werden, wenn in der Stadt Goethes zwei, drei Dutzend begabte Jünglinge und Jungfräulein in Werkstatt und Atelier, beim Farbenreiben und Tonkneten, beim Sticken und Häkeln republikanisch plaudern.

Das Weimarer Bauhaus darf nicht geschlossen werden. Es wäre gewiß kein Ruhm für Deutschland, wenn im Gegensatz zum Kaiserreich das dem Belgier van de Velde neue Heimat gab, die Republik deutsche Künstler etwa in die Tschechoslowakei oder nach Sowjetrußland vertreiben würde. Wer aber dürfte sich wundern, wenn die Explosionen von Weimar, vor der Perfidie der Nachtmütze flüchteten?

Robert Breuer.

An unsere Leser!

Die „Glocke“ erscheint heute, zu Beginn ihres zehnten Jahrganges, im neuen Gewande und in um vier Seiten vermehrtem Umfang. Verlag und Redaktion erkennen dankbar, daß sie sich auf dem richtigen Wege befinden, denn in jeder Woche wächst die Abonnentenzahl um mehrere Hunderte; sie werden sich den Ausbau des Blattes, das kürzlich um die „Wirtschaftliche Rundschau“ erweitert wurde, ferner angelegen sein lassen.

An die Leser wird heute die Bitte gerichtet,

auf der dieser Nummer beiliegenden Postkarte

die Adressen solcher Personen zu verzeichnen und uns einzusenden, die als Abonnenten der „Glocke“ gewonnen werden könnten.

Redaktion und Verlag

Unsere Neuerscheinungen!

OTTO FLAKE

Zum guten Europäer

ZWÖLF CHRONIKEN WERRENWAGS

1. bis 3. Auflage

Geheftet Mk. 2,60 • Gebunden Mk. 3,50 • Halbleinen Mk. 4,50

Frankfurter Zeitung: „Ich rechne Flake zu den schreibenden Europäern.“

Weltbühne: „Otto Flake ist ein deutscher Wegbereiter.“

WALTER MEHRING

Europäische Nächte

1. bis 3. Auflage

Mk. 3,—

Alfred Kerr: „... er hat Pectus oder Leidenschaft. Er spuckt witzige Saloppeheiten aus Haß, aus Ekel vor allem Widerlichen der Zeit; vor kaffriger Mode, vor den platten Roheiten des neuen Volksmundes; vor dem Phrasenschwindel; ist antimilitaristisch, antinationalistisch.“

**ELENA GOTTSCHALK VERLAG
BERLIN W 62**

Spezialgeschäft für RECHTS- und STAATS- WISSENSCHAFTEN

1. Sortiment:

Größtes, übersichtlich geordnetes Lager

Besichtigung ohne Kaufzwang

2. Antiquariat:

Herausgabe von Spezial-

katalogen und von

Verzeichnissen

der Neuerwer-

bungen

3. Verlag:

Erschienen oder in

Vorbereitung befindliche

Neuigkeiten:

**1. DEUTSCHLAND U. FRANK-
REICH. Ihre Politik 1923/24.** Mit
Beiträgen von Deutschen u. Franzosen
hrsg. v. Kuczynski, ca. 350 Seit., ca. 10 Gm.

LENIN. Eine Bio-Bibliographie von E. Drahn
1 20 Gm.

MARX-ENGELS-LASSALLE. Katalog u. Bibliographie.
Mit Aufsatz v. Gust. Mayer üb. „Marx' Aufenthalt in Berlin“
und Einleitung von E. Drahn, ca. 50 Seiten 1.- Gm.

**R. L. PRAGER BERLIN NW 7
21, MITTELSTRASSE**

Lest
das Blatt der
jungen Kämpfer: die

„Junge Republik“

Erscheint 14tägig

Probenummern
kostenlos

vom Verlag die „Junge Republik“, Berlin
Wilhelmstraße 48

POLITISCHE PROZESSE

Aktenmäßige Darstellungen herausgegeben von Robert Breuer

Soeben erschien

Heft IV:

Der Hitler-Ludendorff-

Prozeß vor dem Münchener Volksgericht Preis 1,- Mk.

Verlag für Sozialwissen- schaft G. m. b. H.
Berlin SW 68
Lindenstr. 114

Die Glocke

HERAUSGEBER PARVUS

Inhalt:

<i>Ernst Reuter:</i>	
<i>Nation, Pazifismus und Arbeiterschaft</i>	33
<i>Dr. Walter Zechlin:</i>	
<i>Ramsay Mac Donald</i>	35
<i>J. Talmon-Gros:</i>	
<i>Zum Abbau in der Reichsfinanzverwaltung</i>	41
<i>Albin Michel:</i>	
<i>Der heutige Kolonialbesitzstand . . .</i>	46
<i>Eduard Bernstein:</i>	
<i>Wie kann und wird der Sozialismus zur Verwirklichung gelangen? (Fortsetzung)</i>	48
<i>Hermann Schützinger:</i>	
<i>Der freie Rhein</i>	51
<i>Papyrus:</i>	
<i>Der Papierputsch</i>	54
<i>Kurt Offenburg:</i>	
<i>Herman Bang</i>	56
<i>Wirtschaftlicher Rundblick</i>	57

Der unblutige Krieg

*Not und Verschwendung — Die Reisebeschreibungen des
Pierre Loti — Ein Lebensbild von Karl Marx*

Verlag für Sozialwissenschaft
Berlin SW 68, Lindenstraße 114

Preis 30 Pfennig

Für die

Wahlagitation!!



**Nieder
mit
den Beamten!**

MIT ZWEIFARBIGEM, WIRKUNGSVOLLEM UMSCHLAG

PREIS 0,30 M.

Ein höherer Beamter,

der selbst Parteigenosse ist, hat hier mit großem Geschick alle Ursachen aufgedeckt, durch die unsere Beamtenschaft in ihre derzeitige elende Lage, die sich in Zukunft noch sehr verschlechtern wird, gebracht wurde.

Jeder deutsche Beamte

soll diese Darstellung lesen und von den hier vorgeschlagenen Mitteln zur Besserung sich überzeugen lassen.

Verlag für Sozialwissenschaft G.m.b.H., Berlin SW 68

Nation, Pazifismus und Arbeiterschaft

Von Ernst Reuter

Kaum ist ein stärkeres Bekenntnis zur Wehrhaftigkeit des Volkes denkbar als die programmatischen Forderungen des Erfurter Parteiprogramms. Ein Werk wie Jaurès' „Neue Armee“ atmet stärker als irgendeins der üblichen nationalen Bekenntnisse den Willen, Freiheit und Unabhängigkeit heimatlichen Bodens mit allen Mitteln gegen feindliche Invasion zu schützen. Der Sozialismus, der die Befreiung der Menschen von der Knechtung durch die Maschine, von der Beherrschung durch veraltende anarchistisch-kapitalistische Wirtschaftsformen erstrebt, ist nicht denkbar, ja wäre sinnlos, wenn er nicht den einzelnen Kulturnationen die Freiheit und Unabhängigkeit gäbe, auf die sie Anspruch erheben müssen, weil ohne Freiheit kein wirtschaftliches, kein kulturelles Gestalten, weil ohne Freiheit keine Demokratie denkbar oder lebensfähig wäre. Ein internationaler Bund der Völker, das, wie wir hoffen, nicht in Nebelfernen schwebende Ziel des Sozialismus, ist nur denkbar als Bund freier Völker. Entwaffnung und Abrüstung, Schiedsgerichte an Stelle sinnloser Verwüstungskriege haben nur Sinn, wenn sie nicht einseitig von Starken gegenüber einem Schwachen, sondern wenn sie international von allen Völkern durchgeführt werden.

Deutschland ist ein unfreies Land. Seine Millionenarbeiterschaft leidet unter den unerträglichen, widersinnigen Fesseln des Versailler Vertrages nicht weniger als alle andern Schichten des Volkes. Unter dem Druck französischer Besatzungsarmeen, in dem Ring geheimer und offener Militärkonventionen und Vasallenstaaten, umklammert von der Politik eines Staates, der zur Aufrechterhaltung einmal geschaffenen Unrechts von einem Wahnsinn zum andern schreiten muß, kann auch die deutsche Arbeiterschaft sich nicht entwickeln, weil auch ihr geistiger, wirtschaftlicher und politischer Aufstieg abhängig ist von der allgemeinen Möglichkeit wirtschaftlichen Aufstiegs für Deutschland als Staat. Das Schicksal der russischen wie der deutschen Arbeiterschaft in der Nachkriegszeit zeigt allzu deutlich diese Zusammenhänge, die man ungestraft nicht außer acht lassen darf.

Für den Sozialismus, zu dem die Arbeiterschaft sich trotz aller Schwankungen immer in ihrer überwältigenden Mehrheit bekennen muß, wird durch den daraus sich ergebenden Widerspruch zwischen seinen außenpolitischen Zielen, seinem pazifistischen Streben und den nicht wegzuleugnenden und nicht mißzuachtenden nationalen Bedürfnissen der Arbeiterschaft eine schwierige Lage geschaffen.

Man kann nicht verkennen, daß das Aufkommen der kommunistischen Bewegung wie auch der völkischen Strömungen in diesen Widersprüchen eine, wenn auch keineswegs seine alleinige Wurzel hat. Können wir in der furchtbaren Lage, in der wir uns befinden, die von uns als politisch führender Partei unseres Volkes den vollen Einsatz für den nationalen Wiederaufstieg, für die Einigung Deutschlands in einer großdeutschen Republik, für die Wiederherstellung freiheitlicher Lebensmöglichkeiten unseres Staates verlangt, können wir in dieser Lage pazifistische Außenpolitik betreiben und pazifistischer Ideologie im Innern huldigen?

Eine unbefangene Lösung wird durch die Vergangenheit der Arbeiterbewegung beträchtlich gehemmt. Der politisch wie gefühlsmäßig gleich starke Widerspruch gegen das wilhelminische Regime der Vorkriegszeit hat nicht nur den Abstand zwischen Arbeiterschaft und Staatsgewalt mehr verstärkt, als es den natürlichen Interessen der Arbeiterschaft an sich entsprochen hätte, er hat auch den Riß zwischen bewaffneter Macht und Arbeiterschaft vertieft. Der Zusammenbruch des Jahres 1918 hat die deutsche Arbeiterschaft nicht bereit gefunden, an ihrem Teile bewußt an der Schaffung einer republikanischen bewaffneten Macht teilzunehmen. Sie hat die Bildung dieses wichtigsten Instrumentes nationaler Politik, ohne das auch die nationale Einheit, wie die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt haben, sich nicht aufrecht erhalten ließ, dem Klassengegner überlassen. Sie hat sich dadurch politisch ihre Stellung im Volke nicht erleichtert. Die Art, wie das Bürgertum die Reichswehr ausgebildet hat, zwingt die Sozialdemokratie zu heftigster, oft schonungsloser Kritik. Diese Kritik wiederum, im Zusammenhang mit der durch die Umstände gebotenen und leider nur niemals mit Konsequenz und Energie durchgeführten Erfüllungspolitik, erweckt den Anschein, als ob die Sozialdemokratie im Innern einer Politik der Wehrlosmachung und nach außen hin einer Politik der Unterwerfung zustimme.

Gewiß, nichts ist lächerlicher als dieser Vorwurf. Nichts könnte weniger Achtung erwecken, als die manchmal zu beobachtende Bereitwilligkeit, jeden Anspruch des Gegners für berechtigt zu finden und eine Art Bußpolitik nach außen hin zu betreiben, die von kräftigen Tönen gegen Schichten des eigenen Volkes begleitet wäre. Es gibt zweifellos Stimmen im Lande, die man so charakterisieren muß. Auf einer Funktionärversammlung der Berliner Partei erklärte z. B. ein Diskussionsredner zur Frage der Leistungen Deutschlands aus dem Friedensvertrage: Die Reparationskommission habe „nachgewiesen“, daß Deutschland nur soundso viel geleistet habe. Diese Art von Mentalität, die demnach radikal sein will, ist sicher nicht geeignet, überzeugend dafür zu wirken, daß die sozialistische Arbeiterbewegung sich nicht als eine Vollstreckerin feindlichen Willens fühlt und daß sie nicht von Entente

Gnaden zu leben gewillt ist. Auch in der Politik kommt es bei allem, was man tut, nicht nur darauf an, ob die politische Gesamthaltung objektiv richtig ist, sondern wie sie den Volksmassen dargebracht wird. Es ist ein großer Irrtum, wenn viele meinen, wir könnten heute angesichts der ungeheuren Aufgaben, die von Deutschland gelöst werden müssen, wenn es als Volk und Staat wieder hochkommen will, unsere Stellung stärken, wenn unsere Agitationssprache im alten Stile einer weniger staatsfreundlichen Gesinnung gehalten wäre und wenn wir auch nur den Anschein erweckten, als ob das Schicksal unseres Volkes und unserer Nation uns gleichgültig wäre.

Im Gegenteil, wir müssen sicher auch innerhalb der Arbeiterschaft den gesunden Willen zu nationaler Selbstbehauptung und Selbstachtung miterwecken helfen und uns von der kleinlichen Furcht freimachen, als ob wir oder auch das Volk dadurch „nationalistisch würden“. Wenn wir nicht das tun, was getan werden muß und was die geschichtliche Lage Deutschlands von uns erfordert, dann besorgen es höchstens andere, die dann sicher diese geheimen Wünsche der Volksmassen im Sinne deutschvölkischer und deutschnationaler Katastrophenpolitiker mißbrauchen. Nur wenn die sozialistische Bewegung frei von allem Ueberschwang die gesunde und notwendige Verschmelzung mit dem berechtigten Nationalgefühl eines unterdrückten Volkes zu verbinden weiß, wird die Außenpolitik der Arbeiterschaft, die aus tausend Gründen für die nächsten Jahrzehnte nur eine planmäßige und vorsichtige Erfüllungspolitik sein kann, als ein Weg zu nationaler Befreiung empfunden und dann auch verstanden. Der Appell an die Vernunft und an den Verstand der Volksmassen, von dem unsere Wahlarbeit getragen sein muß, wird um so leichter sein, wenn der Weg zum verstandesmäßigen Erkennen politischer Notwendigkeiten über richtige Betonung gefühlsmäßiger und berechtigter Strömungen der Volksmassen führt.

Ramsay Mac Donald

Die auswärtige Politik der englischen Arbeiterpartei

Von Dr. Walter Zechlin

Zwei Schriften des englischen Premierministers über die „Auswärtige Politik der englischen Arbeiterpartei“¹⁾ und „Unsere Politik“²⁾, die im Herbst vorigen Jahres erschienen sind, liegen nunmehr auch in deutscher Uebersetzung vor, und es wäre zu

¹⁾ Verlag der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.

²⁾ E. Laub'sche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin C 54.

wünschen, daß diese bedeutsamen Publikationen in Deutschland eine möglichst weite Verbreitung erführen. Sie würden zur Vertiefung von außenpolitischer Erkenntnis nicht unerheblich beitragen und gerade vor der Reichstagswahl aufklärend über die entscheidungsschwere Situation wirken, vor der unser Volk sich gestellt sieht.

Der britische Premierminister führt in beiden Schriften den Nachweis, daß die englische Arbeiterpartei-Regierung fähig und in der Lage ist, die Lösung auswärtiger Probleme in die Hand zu nehmen. Dieser Nachweis war nötig bei der starken gegen die Labour Party geführten Kampagne, durch die weite englische Kreise vor ihr gruselig gemacht werden sollten und deren Regierungsübernahme den Bolschewismus mit allen seinen Schrecken mit sich bringen sollte. Dieser, dem Kampf gegen den Marxismus in Deutschland entsprechenden, Legendenbildung tritt Mac Donald entgegen, indem er die Stellung der neuen Arbeiterpartei zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Rußland erörtert. Bezüglich der Klagen, die von amerikanischer Seite gegen die englische Politik erhoben werden, sagt er: „Die englische Arbeiterpartei tritt unbelastet und ungebunden auf den Plan. Sie sieht ganz klar und deutlich, daß für die Zukunft eine neue diplomatische Note, ein neuer Mut zum Frieden und zur Gerechtigkeit, ein neuer Glaube an nationale und persönliche Freiheit, eine neue Energie der Demokratie erforderlich sind. Die Arbeiterpartei wird, wenn sie zur Regierung gelangen sollte, ihre Arbeit nicht in dem kindlichen Wahne beginnen, als wenn sie alle Dinge von vorn anfangen könnte. Wir werden die Welt nehmen, wie wir sie finden.“ Man sieht, er will die amerikanische öffentliche Meinung, mit deren stärkerer Rückwirkung auf die Meinung Englands er rechnen muß, beruhigen und die Furcht vor bolschewistischen Tendenzen zerstören. Den gleichen Zweck verfolgen seine Darlegungen zu dem Verhältnis der Arbeiterpartei gegenüber Rußland. Er erklärt, daß die Arbeiterregierung die russische Regierung ohne Verzug anerkennen würde, aber er sagt, daß diplomatische Beziehungen in keinerlei Hinsicht eine Genossenschaft bedeuten. Und nachdem er die Vorwürfe, die dem Bolschewismus zu machen sind, aufgezählt und sie auf ihr richtiges Maß zurückgeführt hat, fährt er fort: „Moskau hat die Torheit des Gedankens der Weltrevolution erkannt, aber solange seine Dritte Internationale leider besteht und solange Europa von der Torheit gewisser Staaten weiter auf der Folter festgehalten wird, solange werden wir der Gefahr nicht ledig sein. Die schlimmste Abwehrmaßnahme dagegen stellt jedoch der über die Moskauer Regierung verhängte Boykott und das wilde Gemisch von Arroganz und Schwindel dar, woraus sich neun Zehntel aller antibolschewistischen Propaganda zusammensetzen. Der feste und bewährte Widerstand der Zweiten Inter-

nationale in den Jahren 1919 bis 1922, der in der Hauptsache durch die gewerkschaftlichen und sozialistischen Bewegungen Groß-Britanniens, Belgiens, Deutschlands und der skandinavischen Länder getragen war, hat den heftigen Anprall des Bolschewismus in seinen jungen, starken Anfängen ausgehalten, und nur durch Fortfahren auf dem Wege dieser Politik kann dieses schädliche Kraut beseitigt werden.“ „Dagegen bietet die Labour Party“, heißt es dann weiter, „nach einer eingehenden Analyse der Methoden der sozialen Umbildung dem britischen Volk Fortschritt ohne Revolution und Veränderung ohne Katastrophe. Dieses Bolschewismus zu nennen, heißt entweder Unkenntnis vorschützen oder zu unehrlichen Mitteln greifen.“

Nachdem Mac Donald so durch diese Stellungnahme der Arbeiterpartei gegenüber Amerika und Rußland beruhigende Klarheit geschaffen hat, beweist er weiter, welche ausgezeichnete Vorbereitung für die Regierungsarbeit die in der Labour Party vorhandene gewerkschaftliche und genossenschaftliche Schulung bietet. „Die Erfahrung in gewerkschaftlicher Arbeit bietet eine wunderbare Vorbereitung für die größeren Verantwortungen des öffentlichen Lebens. Ein Mann, der die Mentalität der Industriemassen kennt, der ihre Psychologie studiert hat, der sich durch die Arbeit der engeren Welt des Bergbaus, der Fabrikstadt-Interessen das Vertrauen erworben hat, tritt in das öffentliche Leben mit einer wunderbaren Fülle praktischer Weisheit ein, die einen Vorzug bei der Behandlung von Staatsfragen sichert. Um gut zu regieren, muß man Vertrauen und Wissen erwerben, und so überraschend es für diejenigen sein mag, die keinen engeren Kontakt mit Arbeiterkreisen haben, behaupte ich mit absoluter Sicherheit, daß sie intellektuell weit höher stehen als diejenigen vieler gebildeter Universitätskreise und als diejenigen reicher Fabrikantenfamilien. Sie bekommen bessere Lesestoffe und haben eine bedeutend weitere Interessensphäre.“ „Sind daher die Mitglieder der Labour Party hinreichend vorgebildet, um in der inneren Politik zu führen, so ist das in noch höherem Maße der Fall, um sie zur Leitung der Außenpolitik instand zu setzen.“ Mac Donald weist hin auf die vielen ausländischen Beziehungen der Labour Party, auf die zahlreichen internationalen sozialistischen Kongresse, insbesondere auf den Kongreß in Bern im Februar 1919, „wo die Feinde und die Verbündeten von gestern zusammenkamen, die Sieger und die Besiegten, und wo im Laufe einer knappen Woche die Mitglieder der verschiedenen Kommissionen in Bern mehr Männer, die für die Führung in Europa verantwortlich waren, sahen und sich genaue Informationen in bezug auf die Lage der Dinge bei den verschiedenen Völkern verschafften und zu den weitaus vernünftigsten Richt-

linien der Behandlung dieser Fragen gelangten, als ‚des Königs ganzer Troß und Stab‘ mit dem Gefolge der Aufmachung, der Extravaganz, die ein Jahr lang das Hotel Majestic zum traurigen Gespött und Paris zu einer herzlosen Phrase gemacht hat, die in eine melancholische Tragödie überging“. Mac Donald schließt die Betrachtungen über die Fähigkeiten der Arbeiterpartei der auswärtigen Politik mit den Sätzen: „Es ist zutreffend, daß dank der internationalen Beziehungen der Arbeiterschaft ihre Führer eine ausgedehnte Vertrautheit mit politischen Kreisen im Auslande und eine genauere Kenntnis der politischen Bewegung besitzen, als die Führer jeder andern Partei. Die Arbeiterschaft ist am besten ausgerüstet, um die Grundsteine einer Politik zu legen, die die Streitigkeiten in Schiedsgerichten und nicht auf Schlachtfeldern austragen werden, die dem Völkerbund eine Wirkungsmöglichkeit geben, die die Entwaffnung in die Sphäre der praktischen Politik hineinbeziehen und ein für allemal die Gefahren und Unwirklichkeiten der alten Diplomatie beseitigen werden.“ Man lese noch nach, was Mac Donald im siebenten Kapitel seiner Schrift („Unsere Politik“) über das Foreign Office sagt, und jedem vorurteilsfreien Leser wird das „Tout comme chez nous unter dem kaiserlichen Regime“ auf die Lippen kommen. Mac Donald geht aber noch weiter. Er hält nicht nur die Labour Party zur Führung der auswärtigen Politik für die geeignetste und best vorbereitete, sondern er lehnt zu ihrer Führung mit trefflichen Gründen die sogenannten Wirtschaftsführer ab. „Das Problem einer erfolgreichen Regierung deckt sich nicht mit dem einer erfolgreichen Geschäftsführung: Der Geschäftsmann nimmt die Gewohnheit einer absoluten Herrschaft an. Der Staatsmann muß die Gewohnheit haben, mit gleichberechtigten oder mit Leuten umzugehen, die nicht vollkommen unter seiner Herrschaft stehen.“ Und er kommt, nachdem er die Verschiedenheit der Aufgaben der Wirtschaftsführer und der Politiker weiter untersucht hat, zu dem Schluß, „daß, als die Männer aus den Wirtschaftskreisen die Führung der Politik ergriffen, sie vollkommen versagten, und ein Fachkabinett von Wirtschaftsführern, die weiter keine Eigenschaften hätten als die, die zum Aufbau ihres eigenen Geschäfts notwendig wären, würde bald das Unterhaus in Unordnung bringen.“

So viel über die Befähigung der Labour Party zur Führung der auswärtigen Politik, über das ihr zu Gebote stehende Menschenmaterial und über seine Vorbildung, über die von ihr einzuschlagende Methode. Nun zu ihren Zielen. Das Hauptziel einer Arbeiterregierung ist, „den Militarismus zu stürzen, und zwar nicht nur als Organisation, sondern auch als Glauben, und an seiner Stelle eine Organisation des Rechts, der Versöhnung und der Gerechtigkeit zu errichten“. „Solange die Staaten töricht genug sind, sich wegen ihrer Verteidigung auf Rüstungen zu verlassen, müssen sie in einem

ständigen Zustand der Gefahr beharren, zumal es keinen Unterschied gibt zwischen Angriffs- und Abwehrwaffen; — der Staat, der für die Verteidigung gerüstet ist, ist auch für den Angriff gerüstet. Wir müssen jede Spur eines Vertrauens in die militärische Rüstung aufgeben, und, dieses Ziel im Auge, müssen wir Wege ausfindig machen, die es uns ermöglichen, in eine Uebergangszeit zu kommen, während welcher wir nur eine zu Defensivzwecken gedachte, den Verhältnissen gerecht werdende Heeresmacht aufrecht erhalten und gleichzeitig unaufhörlich daran arbeiten, die Sicherung des Staates auf ganz neue Grundlagen zu stellen.“

Und welches sind nun diese neuen Grundlagen? „Den Brennpunkt unserer Berührungen mit Europa müssen wir im Völkerbund finden, den wir nicht länger als Exekutivkomitee der Siegerstaaten betrachten dürfen, dessen Tun zuzusehen die übrigen Staaten eingeladen sind, die dem, was die Sieger, und nicht einmal diese alleamt, bestimmen, den Schein einer respektablen Autorität leihen sollen.“ Nachdem Mac Donald dann den alten Weg der Allianzen mit Entschiedenheit abgelehnt hat, dem dann noch lieber der vollständige Rückzug vom europäischen Kontinent vorzuziehen wäre, fügt er hinzu: „daß an Stelle der früheren Abmachungen die Schaffung einer besseren politischen und finanziellen Ordnung in Europa durch vorsichtiges Inslebenrufen von Beratungsorganen und Gerichtshöfen das Zusammengehörigkeitsgefühl der Völker verstärken und jene ruhige und zuversichtliche Stimmung schaffen wird, die jedem allgemeinen Abrüstungsplan vorangehen oder ihn begleiten muß“.

Ueber spezielle Fragen der auswärtigen Politik kann sich Mac Donald in seinen beiden hier zu besprechenden Schriften naturgemäß nicht äußern. Er zieht nur so weit Folgerungen, als sie sich aus der von ihm vertretenen offenen demokratischen, antimilitaristischen und pazifistischen Linie ergeben. Er kritisiert die Politik Poincarés: „Die Pariser Friedenspolitik bedeutet Krieg und Unruhen, und Krieg heißt Heer und Marine. Jedes Ereignis der letzten Zeit hat doch mit Sicherheit bewiesen, daß der Sieger einem früheren Feinde gegenüber Verpflichtungen hat. Wir haben darauf zu achten, daß das deutsche Volk nicht unterdrückt, nicht versklavt, nicht zu Parias gemacht wird, weil so etwas falsch ist und zu einer Gefahr für Europa werden muß“, und er schließt mit der stolzen Zuversicht: „daß aus den Kreisen der Labour Party, welche die Gewerkschaften, die genossenschaftliche Bewegung und die demokratisch gesinnte Intelligenz umfaßt, am ehesten die Staatsmänner einer nach dem Kriege neugeschaffenen Welt hervorgehen werden“.

Eine reizvolle Aufgabe wäre es, schon jetzt für die Zeit, seitdem die Labour Party die Geschicke des britischen Weltreiches verantwortlich führt, eine Bilanz aufzumachen und festzustellen,

ob Mac Donald seinem, vor Uebernahme der Regierung entworfenen Programm hat treubleiben können und wieweit er es durchzuführen in der Lage war. Man wird aber, ohne in eine eingehende Prüfung dieser Frage eintreten zu brauchen, sagen können, daß Mac Donald die großen Linien der in seinen Schriften skizzierten Politik innegehalten hat. Er hat versucht, anstatt eines Bombardements von Noten auf dem Wege offener Aussprache mit Poincaré weiter zu kommen. Er ist Frankreich in der Militärfrage und Sicherheitsfrage weit entgegengekommen, um die von ihm scharf mißbilligte und verurteilte Ruhrbesetzung ihrem Ende entgegenzuführen und Frankreich das Gefühl der Sicherheit zu geben, um Europa von dem furchtbaren Druck des französischen Militarismus zu befreien. Wie weit diese Politik in Zukunft Erfolg hat und Erfolg haben kann, sei dahingestellt. Aber eins ergibt sich aus dieser kurzen Kompilation der Ausführungen Mac Donalds, zu deren Lektüre sie anregen soll, daß die deutsche Politik alles daran setzen muß, um der augenblicklichen englischen Politik ihre sich selbst gestellte Aufgabe zu erleichtern. Es ist nötig, das besonders hervorzuheben, weil in der Vergangenheit die deutsche Politik es England nicht erleichtert hat, und aus den Widerständen, die ihr in Deutschland selbst erwachsen, auch vielleicht nicht erleichtern konnte, Frankreich mit der in unserem Interesse liegenden nötigen Entschiedenheit entgegenzutreten. Zwei Beispiele dieser traurigen Tatsache seien angeführt, an deren Folgen Deutschland für lange Zeit noch zu leiden haben wird: der Verlust Oberschlesiens und die Ruhrbesetzung. Bei besserem Verständnis und Rücksichtnahme auf die Situation Englands bei den Londoner Verhandlungen im Frühjahr 1921 und bei größerer Opferwilligkeit der in Frage kommenden deutschen Wirtschaftskreise wäre es vielleicht gelungen, das Ultimatum zu vermeiden und durch Entgegenkommen Oberschlesien zu retten. Dasselbe ähnliche Spiel hat sich vor der Besetzung des Ruhrgebiets wiederholt. Wären wir damals auf den Boden des englischen Vorschlags getreten, so konnte die britische Politik in Paris natürlich ganz anders wirksam werden, als dies der Fall war, wenn wir, wie geschehen, seinen eigenen Vorschlag zurückwiesen. Jetzt leben Mac Donald und die britische Labour Party in zwei großen Ideen, den Ideen der militärischen Abrüstung und der Sicherung des Weltfriedens nicht durch militärische Machtmittel und darauf basierte Allianzen, sondern durch einen Ausbau des Völkerbundes, dessen Aenderung und Ausgestaltung Mac Donald am Herzen liegt. In diesen beiden Fragen muß unsere Politik sich auf den Boden dieser Ideen stellen, ihre Wichtigkeit für Deutschlands Zukunft begreifen und an ihnen nicht herumschachern und herumhandeln, wie es damals bei den Milliardensummen von uns geschehen ist. Wie in früheren Jahren, wird unsere Politik das aber nicht können, wenn sie dafür nicht den nötigen Rückhalt im deutschen Volke selbst hat, und darum gilt es,

bei den bevorstehenden Reichstagswahlen darauf hinzuwirken, daß wir einen Reichstag bekommen, der für die Ziele der britischen Regierung Verständnis hat und ihre Politik, die indirekt die Rettung Deutschlands bedeutet, nicht durch militärische Velleitäten und eine ablehnende Stellung zu der großen Idee einer Befriedung Europas durch einen wahren Völkerbund erschwert.

Zum Abbau in der Reichsfinanzverwaltung

Von Oberregierungsrat J. Talmon-Gros

Eines der Schlagworte unserer Zeit ist der „Abbau“. Das Ziel ist bekannt: Beschränkung der öffentlichen Ausgaben. Schon weniger klar ist, was abgebaut und wie abgebaut werden soll. Wir hören vom Abbau in der Regel nur in der Form des Beamten-Abbaus. Dieser Abbau läßt sich aber nicht ohne Schaden für die Verwaltung und damit für das Staats- und Volksganze durchführen, wenn nicht eine einschneidende Vereinfachung der Verwaltung mit ihm Hand in Hand geht oder, sachlich richtiger, ihm vorangeht: Abbau entbehrlicher Verwaltungsaufgaben, unzeitgemäßer Arbeitsmethoden usw. Dann erst kann man mit Nutzen den Beamtenkörper verringern. Man hört ja freilich oft in demagogischer Weise von Gegnern der heutigen Staatsform die Behauptung aufstellen, man brauche nur die Verwaltung zu säubern von Elementen, die nach der Staatsumwälzung neu in die Verwaltung hereingekommen seien, ohne der üblichen Beamtenlaufbahn zu entstammen. Ich pflege diesem Verlangen zu begegnen mit dem Hinweis darauf, daß z. B. in meiner württembergischen Heimat die Persönlichkeiten, die ohne Ablegung der vorgeschriebenen Prüfung in den Staatsdienst hereingekommen sind (es sind natürlich keine Deutschenationalen), sich an einer Hand abzählen lassen (ohne daß man die Hand mehr als einmal braucht), und daß, wenn man die von ihnen bekleideten Posten für überflüssig und ihre Person für dem Amt nicht gewachsen halten wollte, ihre Zahl in keiner Weise ins Gewicht fallen könnte. Also, auf diesem Wege lassen sich unsere Finanzen nicht sanieren; man muß dem Problem schon sachlich zu Leibe gehen und beginnen mit einer kritischen Sichtung der bisherigen Staatsaufgaben und der Methoden ihrer Lösung.

1. Hier ist eine grundsätzliche Forderung vorweg zu nehmen: wir müssen brechen mit dem bisherigen *B e v o r m u n d u n g s s y s t e m*, auch da, wo es dem deutschen Spießer zur Bequemlichkeit gereichte. Man hat zwar in allen Schichten der Bevölkerung über den „Obrigkeitsstaat“ geschimpft, aber doch war es dem Philister aller politischen Richtungen pudelwohl unter dem Gefühl, daß Mütterchen Staat ihm vom ersten bis zum letzten Atemzug die Kindsmagd machte, ihm jede Denkarbeit ersparte und ihm in jeder Lebenslage vorschrieb, was er zu tun und wie er es zu tun habe. Das Volk wurde so ewig in Unselbständigkeit erhalten, und diese ständige Gängelei ist mit schuld an der großen politischen Unreife unseres Volkes. Dieses System wurde gefördert durch die orakelhafte Fassung der meisten unserer Gesetze,

denen weite Kreise der Bevölkerung recht hilflos gegenüberstehen, man denke nur an die Anforderungen, welche die Abfassung unserer Steuererklärungen an den Steuerpflichtigen stellt. Gerade die Steuerverwaltung bzw. der Steuergesetzgeber hat nun in letzter Zeit versucht, den Steuerpflichtigen auf eigene Füße zu stellen, ihn zu größerer Selbständigkeit und Sicherheit zu erziehen. Den Vogel abgeschossen haben in dieser Beziehung die sogenannten Auguststeuergesetze (vom 11. August 1922); sie sind auf den Ton abgestellt: Was ihr zu tun habt, steht im Reichsgesetzblatt Seite soundso, nehmt gefälligst davon Kenntnis und zahlt eure Steuern, aber bis spätestens übermorgen, sonst gibt es Strafzuschläge, daß euch Hören und Sehen vergeht. Und ähnlich ist es mit den seitherigen Steuergesetzen und Verordnungen. Dieser Uebergang ist reichlich schroff, aber das Prinzip ist richtig: weitgehende Entlastung der Verwaltung von Geschäften, die der Natur der Sache nach dem Steuerpflichtigen obliegen, und Erziehung des letzteren zu größerer Selbständigkeit — was natürlich ein Menschenalter in Anspruch nimmt.

2. Diese Entlastung der Behörden ist nur möglich, wenn die Gesetzgebung so vereinfacht und so gemeinverständlich wird, daß der Durchschnittsbürger sich darin zurechtfinden kann. Und das ist gerade auf dem Gebiet des Steuerwesens — trotz des ungeheuren Steuerbedarfs — leichter als auf manchem anderen Gebiete: man setze an die Stelle des bisherigen Durcheinanders einer Unzahl von Steuern einige große Steuern, die auch von Laien leicht zu verstehen und zu übersehen sind. Das Ziel muß sein: Besteuerung der Quellen der Produktion, soweit sie Sachwerte sind, und möglichste Schonung der Arbeit.

Unter den sachwertigen Quellen der Produktion steht obenan der Grund und Boden, die unentbehrliche Unterlage nicht nur jeder Produktion, sondern jeder Existenz überhaupt und ein Monopolgut ersten Ranges. Ihn gilt es in erster Linie zu erfassen durch eine Grundwertsteuer, über die ich mich des Näheren bereits in Nr. 32 der „Glocke“ vom Vorjahr verbreitet habe. Sie soll den Grund und Boden ohne Bauwerke und sonstige durch Arbeits- und Kapitalaufwendungen geschaffene Werterhöhungen erfassen, kleinen Besitz schonen, großen Besitz aber durch entsprechende Staffelung stärker belasten. Die erstmalige Veranlagung der Grundwertsteuer bringt zweifellos erhebliche Arbeit, sie ist aber, einmal eingeführt, verhältnismäßig einfach zu verwalten und fortzuführen, erfordert keine umfangreichen Steuererklärungen mit den zurzeit üblichen kniffligen, Zeit und Nervenkraft der Steuerpflichtigen erheblich belastenden Fragen. In das System der Grundwertsteuer gehört als wesentlicher Bestandteil eine Grundvermögenszuwachssteuer.

Hinzutreten soll eine Vermögenssteuer (mit Vermögenszuwachssteuer) vom übrigen Vermögen, mit niedrigeren Sätzen als die Grundsteuer, und ebenfalls gestaffelt.

Die Einkommensteuer wird, wie ich bereits in meinem früheren Aufsatz ausgeführt habe, gewaltig überschätzt, sie trägt die Gefahr in sich, daß besonderer Fleiß und besondere Tüchtigkeit mit einer Art Strafe belegt werden, während das Interesse der Volksgesamtheit die Ermunterung zur Entfaltung aller körperlichen und geistigen Kräfte fordert. Bei dem großen Steuerbedarf der Gegenwart und aller absehbaren Zukunft kann die Einkommensteuer nicht entbehrt werden; doch ist vor ihrer Ueberspannung zu warnen.

Neben diese drei Hauptsteuern hat als Ergänzung zu treten die Umsatzsteuer in gegen bisher wesentlich veränderter Gestalt. Sie ist zurzeit wohl die verwickeltste Steuergattung und völlig unübersichtlich. Sie ist stark abzubauen. Freizulassen ist der unentbehrliche Lebensbedarf, alle übrigen Gegenstände sind mit einem einheitlichen Steuersatz zu belegen, und zwar nur beim ersten Umsatz vom Erzeuger, Hersteller oder Einführer.

Die sogenannten Verkehrssteuern, wie Grunderwerbssteuer, Erbschaftssteuer, Kapitalverkehrssteuer sind Nebensteuern, die, zweckmäßig ausgestaltet, im Verhältnis zum Verwaltungsaufwand und zur Belästigung des Steuerpflichtigen große Erträge bringen können; sie werden zweckmäßigerweise beibehalten.

Schwierig ist die Sache bei den Verbrauchssteuern. Man kann Gegner einer bestimmten Verbrauchssteuer sein, daraus folgt aber noch nicht, daß man die Aufhebung der einmal bestehenden Steuer fordern müßte. Hätten wir z. B. keine Zucker- und keine Salzsteuer, so würde ich ihrer Einführung energisch widersprechen. Nun bestehen aber diese Steuern schon seit vielen Jahren, und es ist die große Frage, ob ihre Abschaffung eine nützliche Maßnahme wäre. (Es könnte gehen, wie es seinerzeit an meinem jetzigen Wohnort Stuttgart ging, als man 1905 oder 1906 die städtische Fleischsteuer abschaffte — mit dem Ergebnis, daß das Fleisch keinen Pfennig billiger wurde.)

3. Es muß nicht nur die Zahl der Gesetze verringert werden, auch ihre Form muß ganz anders werden. Einfache, klare Grundsätze, nicht so viele Ausnahmegestimmungen und Ausnahmen von den Ausnahmen, und namentlich: verständliche Ausdrucksweise! Es ist wirklich ein Skandal, daß fast nach jedem neuen Gesetz die zu seiner Ausführung berufenen Fachleute sich zu einem großen Rätselraten zusammensetzen müssen: was mag der Gesetzgeber sich bei der und jener Bestimmung wohl gedacht haben? Unsere Gesetze, vor allem die sich an die breitesten Massen wendenden Steuergesetze, dürfen wirklich nicht als Geheimwissenschaft aufgezogen werden. Hier sollte namentlich die Volksvertretung die Interessen des gemeinen Mannes wahren und jeden Gesetzesparagraphen, der dem Nichtfachmann nicht ohne weiteres verständlich ist, unbarmherzig beanstanden und nicht durchlassen, bis er eine gemeinverständliche, jeden Zweifel ausschließende Fassung erhalten hat.

4. Die Verwaltung muß im internen Betrieb auf Geschäfte, die nicht unbedingt notwendig sind, verzichten; es ist in dieser Beziehung in den letzten Jahren manches geschehen, aber doch gibt es noch reichlich viele überflüssige periodische Berichte, Statistiken usw. Der ganze Betrieb muß auf den Gesichtspunkt rascher Geschäftserledigung eingestellt sein. Man hört da und dort noch Klagen über Vorgesetzte und Mitarbeiter, die ihre Daseinsberechtigung dadurch zu dokumentieren bestrebt sind, daß sie grundsätzlich nichts, was durch ihre Hände geht, unbeanstandet passieren lassen, auch wo es sich nur um Verschiedenheiten in der Nuancierung oder sonstige Belanglosigkeiten handelt und die dadurch den Geschäftsbetrieb empfindlich stören und verlangsamen. Hier muß Abhilfe geschaffen werden, wenn es nicht anders geht, durch Ausschiffung derartiger Elemente. Es muß auf die bisher den Stolz des deutschen Berufsbeamten bildende liebevolle Klein-

arbeit insoweit verzichtet werden, als dadurch eine wesentliche Beschleunigung der Geschäfte zu erreichen ist und keine erheblichen anderweitigen Interessen der Verwaltung oder der Steuerpflichtigen entgegenstehen.

Es fällt mir auf, daß in all den vielen Reden und Aufsätzen, in denen in letzter Zeit das Thema abgehandelt und abgewandelt worden ist, nie von Einführung der Kurzschrift die Rede war. Wie viele Beamtenkräfte (auch solche der teureren oberen Gehaltsklassen) können gespart werden, wenn jeder Beamte in Kurzschrift ausgebildet wäre und alle Konzeptausfertigungen grundsätzlich in Kurzschrift abgefaßt würden! Daß die Sache durch alle Verwaltungen durchgehen müßte und eine Reihe von Jahren erfordern würde, und daß vor allem durch staatlichen Machtspruch die Eifersüchteleien der verschiedenen Kurzschriftsystemfanatiker überwunden werden müßten, ist mir natürlich bekannt, aber einmal muß es doch geschehen, und die gegenwärtige Notzeit dürfte einen gesteigerten Anreiz dazu geben.

5. Das deutsche Streben nach subtilster Gewissenhaftigkeit auch in kleinen Dingen hat uns eine besondere Verfassung des Rechtsmittelwesens in Steuersachen gebracht. Dagegen ist grundsätzlich nichts zu sagen; die gewaltige Steuerbelastung unserer Zeit legt dem Steuerpflichtigen so gewaltige Opfer auf (leider nicht im Sinne gleichmäßiger Belastung gleichwertiger Steuerkräfte), daß jeder Steuerpflichtige ein berechtigtes Interesse an einem gesetzlichen Schutz gegen übertriebene Steuerforderungen hat. Die Organisation ist aber unpraktisch und viel zu teuer. Ganz überflüssig sind die Finanzgerichte als besondere Behörde. Sie sind besetzt (unter einem hauptamtlichen Vorstand) mit einer Anzahl im Nebenamt als Finanzrichter, fungierender Räte des Landesfinanzamts und mit ehrenamtlichen Laienmitgliedern. Die einzelnen Kammern entscheiden in der Besetzung mit zwei beamteten und drei ehrenamtlichen Mitgliedern. Das Wesentliche ist die Heranziehung von Laienrichtern; sie ist von großem Vorteil namentlich bei den Besitz- und Einkommensteuern, wo es sich um Feststellung und Würdigung von Tatsachen und um Schätzungen handelt. Dazu braucht man aber keine besondere Behörde. In Württemberg z. B. war Rechtsmittelbehörde zweiter Instanz das Steuerkollegium (Vorläufer des jetzigen Landesfinanzamts); in Einkommensteuersachen entschied es in besonderen Beschwerdekommisionen, die aus drei Räten des Steuerkollegiums und vier ehrenamtlichen Mitgliedern bestanden. Diese Besetzung war etwas reichlich, aber im übrigen hat sich die Einrichtung vollauf bewährt und ist auch für die Reichsverwaltung zu empfehlen. Man würde auf diese Weise 24 Finanzgerichtspräsidenten (2 von den 26 Finanzgerichten werden durch den Präsidenten des Landesfinanzamts bzw. einen Abteilungsvorstand geleitet) und 26 besondere Geschäftsstellen ersparen.

Die Finanzgerichtspräsidenten sind durchweg auserlesene Kräfte im besten Alter, die der Verwaltung nicht verloren gehen dürfen; es empfiehlt sich daher nur schrittweises Vorgehen nach Maßgabe der Unterbringungsmöglichkeiten.

6. Ueberhaupt ist die Reichssteuerverwaltung überorganisiert. Vollständige Wechselbälge sind z. B. die Landesfinanzämter. Sie haben einen Präsidenten mit einer Präsidialgeschäftsstelle

und zwei von Abteilungspräsidenten bzw. Landesfinanzamtsdirektoren geleitete Abteilungen, für Besitz- und Verkehrssteuern und für Zölle und Verbrauchssteuern. Früher bestanden noch besondere Liegenschafts-abteilungen; diese sind nun den Präsidialgeschäftsstellen angegliedert. Die Abteilungen zerfallen in Gruppen, denen Gruppenleiter vorstehen. Die Stellen der Präsidenten hatten zu Anfang vorwiegend repräsentativen Charakter und wurden gegenüber mannigfachen Beanstandungen von parlamentarischer Seite in erster Linie wohl aus dem Bedürfnis heraus gehalten, für die Räte des Reichsfinanzministeriums und des Reichsfinanzhofs Vorrückungsstellen zur Verfügung zu haben. Dieses Bedürfnis ist sachlich begründet, denn ohne diese Vorrückungsmöglichkeit müßte das Reichsfinanzministerium zweifellos auf manche tüchtige Kraft verzichten. Aber trotzdem ist die bestehende Organisation verfehlt. Entweder schaffe man die Stelle des Landesfinanzamtspräsidenten ganz ab, stelle die Abteilungen selbständig und übertrage einem der Abteilungsleiter die Federführung für die gemeinsamen Angelegenheiten (dessen Stelle wäre dann gehaltlich zu heben), oder, wenn man das Institut des Landesfinanzamts als Einheit bestehen läßt, übertrage man dem Präsidenten zugleich die Leitung einer Abteilung (beim Landesfinanzamt Oldenburg ist der Präsident zugleich Leiter sämtlicher Abteilungen und des Finanzgerichts, in Württemberg war der Präsident des Steuerkollegiums zugleich Leiter einer Abteilung). Diese Zusammenlegung muß schon deswegen kommen, weil der Personalbestand der Landesfinanzämter, der schon im Vergleich zu den bisherigen Geschäftsverhältnissen zu stark angewachsen war, im Verfolg der in Aussicht stehenden Verwaltungsvereinfachung stark abgebaut werden muß und dann die bisherige kunstvolle Gliederung nicht mehr zeitgemäß ist.

Nach Mitteilungen der Tagespresse hat die Sparkommission beschlossen, einen Teil der Finanzämter aufzuheben. Sofern dies in der Weise angängig ist, daß man z. B. zwei in einer Stadt, womöglich im selben Gebäude oder in benachbarten Gebäuden befindliche Aemter zusammenlegt, d. h. unter einen Vorstand stellt, ist nichts dagegen zu sagen. Es wird sich aber gerade um solche Möglichkeiten nicht handeln, denn wo in einer Stadt mehrere Finanzämter sind, sind diese meist so groß, daß eine Zusammenlegung nicht praktisch ist; die Sparkommission hat jedenfalls die Verhältnisse auf dem Lande im Auge und beabsichtigt die Aufhebung von ländlichen Finanzämtern mit kleinem Bezirk und Zuteilung ihres Bezirks im ganzen an ein benachbartes Amt oder Aufteilung an mehrere Nachbarämter. Hier möchte ich zur Vorsicht mahnen. Derartige Verlegungen bringen für alle unmittelbar beteiligten Aemter eine sehr einschneidende Geschäftsstörung. Nun ist aber gerade die Steuerverwaltung und besonders die Bezirkssteuerverwaltung ein sehr empfindlicher Organismus, und jede Störung dieses Organismus wirkt unmittelbar auf die wirtschaftliche Lage des Reiches ein. Man vergegenwärtige sich nur, an welchem dünnem Faden stets die Balancierung unseres Etats hängt, wie ängstlich man von Woche zu Woche oder von Dekade zu Dekade die Entwicklung des Verhältnisses von Einnahmen und Ausgaben des Reiches verfolgt. Aufhebung eines Finanzamts und Uebertragung seiner Geschäfte an ein räumlich entferntes Amt stört die Geschäfte der beteiligten Aemter mindestens auf einige Wochen; die Steuerveranlagung

und der Steuereinzug verzögern sich, und wenn das durch das ganze Reich hindurch bei einer Reihe von Finanzämtern der Fall ist, so kann sich geradezu eine Gefährdung des Reiches ergeben. Auch ist gerade bei der Steuerverwaltung dringend notwendig, daß die Beamten ihren Bezirk und seine Verhältnisse kennen; eine Störung dieser Beziehungen kann die Ergebnisse der Steuerveranlagung auf lange hinaus zuungunsten der Reichskasse beeinflussen. Es scheint mir, daß die Sparkommission hier am unrichtigen Strang zieht; auf jeden Fall dürfte dem Gedanken der Zusammenlegung von Finanzämtern insolange mit äußerster Vorsicht zu begegnen sein, als die vorgeschlagene Vereinfachung der Gesetzgebung nicht durchgeführt ist.

Der heutige Kolonialbesitzstand

Von Albin Michel

Nach einer Zeitungsnachricht hat die deutsche Regierung bei der Entente Fühler ausgestreckt über die Zurückgabe der deutschen Kolonien. Ganz gleich, ob diese Nachricht richtig oder falsch ist, kann eine Uebersicht über den derzeitigen Kolonialbesitzstand nicht ohne Interesse sein; denn auch in den Kolonien oder Halbkolonien, wie man manche Gebiete nennen könnte, haben die letzten Jahre manche Veränderungen gebracht. Zum Teil sind auch Ausmessungen oder Volkszählungen vorgenommen worden. Es liegen jetzt genauere Ziffern vor, wo früher nur Schätzungen möglich waren. Die Einrichtung der „Mandate“ hat außerdem den verschiedenen Kolonialsystemen ein neues hinzugefügt.

Die vorherrschende Stellung Großbritanniens als Kolonialmacht ist durch den Krieg mit seinen Friedensschlüssen noch stärker geworden. Es hat das gesamte Deutsch-Südwestafrika, fast ganz Deutsch-Ostafrika, große Teile von Kamerun und Togo seinem Kolonialsystem eingegliedert, Kaiser-Wilhelm-Land, die Bismarck-Inseln und Deutsch-Samoa kamen zum britischen Empire, Palästina und Mesopotamien wurden britische Mandatsgebiete. Am stärksten ist Großbritannien als Kolonialmacht immer noch in Asien. Allein Ostindien mit seinen Nebenstaaten hat den Umfang von 4 760 000 qkm und eine Einwohnerzahl von 320 Millionen. Dazu kommen die malayischen Schutzstaaten, wie Perak, Selangor, Negri, Sembilan usw. mit 132 000 qkm Umfang und 2,4 Millionen Bewohnern. Britisch-Malakka, Straits Settlements, hat zwar nur den Umfang von 4100 qkm, es wohnen aber dort annähernd 1 Million Menschen, und Singapore, die Hauptstadt der Straits Settlements, hat wirtschaftlich und militärisch große Bedeutung. Hongkong hat mehr als 600 000 Bewohner, die Insel Ceylon einen Umfang von 66 000 qkm und 4,5 Millionen Bewohner. Die beiden Mandatsgebiete Palästina und Mesopotamien haben zusammen eine Ausdehnung von 540 000 qkm und sind bewohnt von 4 Millionen Menschen. Insgesamt beherrscht Großbritannien in Asien ein Gebiet von 5 535 000 qkm mit einer Bewohnerzahl von rund 340 Millionen. Auch in Afrika ist heute Großbritannien noch die größte Kolonialmacht. Zwar ist der afrikanische Besitz Großbritanniens mit seinen 11 Millionen Quadratkilometern Flächeninhalt nicht viel größer als der Frankreichs, aber im britischen Teil Afrikas wohnen — Aegypten hinzugerechnet — 61,5 Millionen Menschen, das ist annähernd die Hälfte des ganzen Erdteils. Selbst im Erdteil Amerika hat Großbritannien noch den relativ größten Besitz. Canada und Neufundland, Britisch-Honduras, Britisch-Guyana, die Falkland-Inseln, Jamaika mit den Nebeninseln und die andern Besitzungen Großbritanniens im amerikanischen Erdteil haben

insgesamt eine Flächenausdehnung von mehr als 10 Millionen Quadratkilometern. In diesen riesigen Territorien — die Vereinigten Staaten einschließlich Alaska haben nur eine Ausdehnung von 9,5 Millionen Quadratkilometer — wohnen allerdings nur gegen 11 Millionen Menschen, davon in Canada allein 8,8 Millionen. Australien mit Tasmanien und Neuseeland gehören ganz zum britischen Reich, aber auch im Sunda-Archipel, in Melanesien, Polynesien und Mikronesien hat Großbritannien noch Besitzungen. Allein auf der Rieseninsel Borneo beherrscht es ein Gebiet von 220 000 qkm. Der gesamte Kolonialbesitz Großbritanniens in den verschiedenen Erdteilen und Weltmeeren nimmt heute eine Fläche von 34,4 Millionen Quadratkilometern ein, d. h. eine Fläche, die dreieinhalbmal so groß ist wie ganz Europa, wird, mittelbar oder unmittelbar, von London aus regiert. In diesen Gebieten wohnen ungefähr 415 Millionen Menschen. Großbritannien gebietet über den vierten Teil des Festlandes der Erde und über den vierten Teil der Menschheit.

Die zweite Kolonialmacht ist im Laufe der Jahrzehnte Frankreich geworden. Zu seinem großen afrikanischen Besitz hat es nach dem Kriege erhalten den weitaus größten Teil von Kamerun und die größere Hälfte von Togo, außerdem das Mandat über Syrien. Französisch-Afrika hat heute einen Umfang von 10,8 Millionen Quadratkilometern; dort wohnen 27 Millionen Menschen. In Asien hat sich Frankreich aus Cochinchina, Kambodscha, Annam und Tonking ein recht ansehnliches Kolonialreich geschaffen. Dieses Gebiet hat einen Umfang von 710 000 qkm und eine Bevölkerung von 19 Millionen. Der frühere große französische Besitz in Ostindien ist fast ganz den Briten zugefallen, nur noch kleine Besitzungen, mit Pondichery insgesamt 500 qkm mit 250 000 Bewohnern, sind den Franzosen verblieben. Das Mandatsgebiet Syrien hat eine Ausdehnung von 170 000 qkm und annähernd 3 Millionen Einwohner. In Amerika gehört den Franzosen außer einigen kleinen Besitzungen, wie Guadeloupe, St. Pierre und Martinique, Französisch-Guyana. Der gesamte amerikanische Kolonialbesitz Frankreichs umfaßt zurzeit noch eine Fläche von etwas über 91 000 qkm; die Einwohnerzahl beträgt etwas über eine halbe Million. Weiter gehören zum französischen Kolonialgebiet Neukaledonien mit 18 000 qkm Umfang und 60 000 Bewohnern und einige Inseln im Stillen Ozean mit einem Umfang von 4000 qkm und 30 000 Bewohnern. Insgesamt hat der französische Kolonialbesitz eine Ausdehnung von 11,8 Millionen Quadratkilometern; die Bewohnerzahl kann auf 50 Millionen eingeschätzt werden.

Einen sehr wertvollen Kolonialbesitz haben die Niederlande. Java, Borneo, Celebes, Sumatra sind Inseln, die noch außerordentlich große Zukunftsmöglichkeiten haben. Der Umfang Niederländisch-Ostindiens macht 1,9 Millionen Quadratkilometer aus; die Einwohnerzahl wird auf 50 Millionen geschätzt. Nach einem alten Verträge darf übrigens Holland seine ostindischen Kolonien ohne Zustimmung Großbritanniens nicht verkaufen. Niederländisch-Guyana oder Surinam hat einen Umfang von 129 000 qkm, aber die Bevölkerungszahl beträgt nicht viel mehr als 100 000; Curaçao im Karibischen Meer mit den Nebeninseln hat einen Umfang von 1100 qkm; die Bewohnerzahl wird mit 50 000 bis 60 000 angegeben. Der Kolonialbesitz Portugals in Afrika ist noch ziemlich bedeutend. Er besteht aus Portugiesisch-Guinea, Angola und Portugiesisch-Ostafrika. Rechnet man zum afrikanischen Besitz noch die Kapverdischen Inseln, so hat der Kolonialbesitz Portugals in Afrika einen Umfang von mehr als 2,4 Millionen Quadratkilometern. Die Einwohnerzahl macht 5,5 bis 6 Millionen aus. Dagegen haben die Besitzungen Portugals in Ostindien, im Südchinesischen Meere und im Sunda-Archipel nur noch eine geringe Bedeutung. Sie haben einen Umfang von insgesamt 23 000 qkm; es wohnen dort aber immerhin 800 000 Menschen.

Belgien hat infolge des Vertrages von Versailles den Umfang des Kongostaates um 50 000 qkm, und zwar aus dem früheren Deutsch-Ostafrika, erweitern können. Belgisch-Kongo hat jetzt einen Umfang von 2 365 000 qkm; die Bevölkerungszahl wird auf 20 Millionen geschätzt. Spanien sucht, vorerst mit wenig Glück, einen neuen Kolonialbesitz zu schaffen. Auch die Unternehmungen Italiens in Afrika waren bisher wenig vom Glück begünstigt. Weiter hat Italien im Aegäischen Meer Rhodos und den Dodekanes besetzt; auch wenn ihm diese Gebiete schließlich verbleiben sollten, was noch gar nicht sicher erscheint, so wäre damit nur eine recht schmale Basis zur Schaffung eines Kolonialreichs gegeben. Rhodos und der Dodekanes haben nämlich insgesamt nur 2600 qkm Flächenumfang und eine Einwohnerzahl von rund 100 000, zumeist Griechen, die den Italienern kaum großes Entgegenkommen zeigen werden.

Auch die Vereinigten Staaten sind eine Kolonialmacht geworden. Selbst wenn man Cuba und Alaska nicht als Kolonialgebiete ansieht, haben die Vereinigten Staaten von Amerika schon ein ansehnliches Kolonialreich. Die Inselgruppe der Philippinen hat einen Umfang von 298 000 qkm und 11 Millionen Bewohner. Die Hawaii-Inseln sind 16 700 qkm groß und haben 275 000 Bewohner; Portorico hat einen Umfang von 9000 qkm; dort wohnen 1,3 Millionen Menschen. Die in den Jahren 1903 und 1904 abgetretenen Gebiete am Panamakanal, die Panamakanal-Zone, umfassen eine Fläche von 360 qkm. In dieser Zone wohnen 23 000 Menschen. Besitzungen der Vereinigten Staaten sind weiter noch Guam und Amerikanisch-Samoa im Stillen Ozean und die Virginischen oder Jungfern-Inseln aus der Gruppe der Kleinen Antillen, die die Union vor sieben Jahren von Dänemark gekauft hat. Schließlich sei noch Japan als Kolonialmacht erwähnt. Es hat Korea erobert. Dieses Land hat eine Ausdehnung von 220 000 qkm und eine Bevölkerungszahl von 17 Millionen. Die Insel Formosa ist 36 000 qkm groß und hat 2 Millionen Bewohner. Von Sachalin besitzt Japan ebenfalls eine Fläche von 36 000 qkm mit 100 000 Bewohnern; auf den Pescadores-Inseln, ebenfalls Eigentum Japans, wohnen 50 000 bis 60 000 Menschen.

Vor etwa einem halben Jahrhundert wohnten in den verschiedenen Kolonialgebieten von Amerika, Australien, Afrika und Asien wenig mehr als 200 Millionen Menschen; heute haben die gesamten Kolonien eine Bevölkerungszahl, die sicher 550 Millionen erreicht.

Wie kann und wird der Sozialismus zur Verwirklichung gelangen?

Von Eduard Bernstein

(Fortsetzung)

Wie es sich mit den Mittelschichten in Industrie und Handel verhält, ist eine andere Frage. Der Krieg hat da wahrscheinlich auf diese Klasse in verschiedenen Ländern verschieden eingewirkt. Bezüglich Deutschlands ist vielfach die Meinung verbreitet, daß der Krieg und die finanzielle Zerrüttung, die sich hier in den Jahren nach dem Krieg vollzogen haben, ganz besonders diese Mittelschichten vernichtend getroffen haben, so daß sie an Zahl ihrer Angehörigen bedeutend zusammengeschmolzen sein müssen. Das

ist aber ein sehr voreiliger Schluß, der sich leicht als den Tatsachen widersprechend herausstellen kann. Gewiß sind viele mittlere und kleine Unternehmer und Besitzende im Laufe dieser neun Jahre zugrunde gerichtet worden. Aber dafür sind, wofür schon viele Anzeichen sprechen, nicht wenige andere emporgekommen, und wo die größere Zahl liegt, wird erst eine sehr sorgfältige Erhebung feststellen können. Die Gestaltung der Preise während des Krieges und in den Jahren nach dem Kriege ist auch im Gewerbe als unterschieden von der Landwirtschaft der Erhaltung der kleinen Unternehmung überaus günstig gewesen. Während z. B. zur Zeit der Betriebs- und Gewerbezahlung von 1907 im deutschen Baugewerbe auf einen Baubetrieb 8 Beschäftigte kamen, ergab im Jahre 1919 eine Erhebung der großen Berufsgenossenschaft dieses Gewerbes nur 4,5 Beschäftigte auf den Betrieb. Wenn nun auch die Entwicklung des Baugewerbes aus verschiedenen Gründen nicht als typisch für die Entwicklung des Durchschnitts der Industrien betrachtet werden kann, so zeigt dieser Fall doch, wie sehr man sich davor hüten muß, schon von einer nahen Zukunft eine so weitgehende Vereinfachung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erwarten, daß sie in irgendeinem Lande von Bedeutung die Ablösung der kapitalistischen durch die sozialistische Gesellschaftsordnung zu einer einfachen, in kurzer Zeit zu bewältigenden Aufgabe machen würde. Ueberall wird sie lange Jahre erfordern, nirgends wird es ohne Zeitperioden abgehen, in denen der sozialistische Gedanke erst teilweise, wenn auch in nach und nach größerem Umfange zur Anwendung gelangt sein wird.

Von dieser Epoche sind wir indes zum Glück keineswegs mehr weit entfernt, in einigen Ländern vielmehr schon in sie eingetreten. Um dies zu erkennen, muß man sich einen klaren Begriff davon machen, um was es sich beim Sozialismus im wesentlichen handelt, und bei den Wirtschafterscheinungen so scharf als möglich unterscheiden.

*

Was ist das Wesentliche des überhaupt möglichen Sozialismus? Wir haben gesehen, daß der Gedanke fallen gelassen werden muß, ein in seinen Einzelheiten spekulativ konstruiertes Gesellschaftsgebilde in der Wirklichkeit aufzubauen. Worauf die sozialistische Bewegung abzielt, ist vielmehr dies, ein Gesellschaftsprinzip zur möglichst allseitigen Verwirklichung zu bringen, das dem Gedanken entspricht, den Ferdinand Lassalle in seinem Arbeiterprogramm in hegelianischer Sprache „Die Idee des Arbeiterstandes“ nennt. Was ist darunter zu verstehen? Nun, nichts anderes als die Zusammenfassung der aus der Lage der Arbeiter und ihrer Stellung in der Geschichte sich ergebenden besonderen Gesellschaftsauffassung und ethischen Begriffe. Lassalle veranschaulicht dies an der Vorführung des Unterschiedes zwischen der Staatsidee der

Arbeiterklasse und der Staatsidee der Bourgeoisie, wobei das Wort Staat der Ausdruck ist für das große, ein ganzes Volk umfassende Gemeinwesen, das eben je nach der Klasse, die in ihm den Ausschlag gibt, einen anderen Charakter annimmt. Wenn also Lassalle davon spricht, den Staat unter die Herrschaft der Idee der Arbeiterklasse zu bringen, so verkündet er nur in anderer Sprache das oben gekennzeichnete Ziel.

Wie nahe wir diesem heute schon gekommen sind, zeigt sich, wenn wir uns den Staat, in dem wir leben, etwas genauer ansehen. Ist der wirklich noch der „Staat der Bourgeoisie?“ In den meisten Ländern moderner Entwicklung ist er es nicht mehr, wenn er auch darum noch nicht der Staat der Arbeiterklasse ist. In dem Maße, als die Arbeiterklasse durch ihre wachsende Zahl und ihr geschlossenes Vorgehen Bedeutung im Staat erlangt hat, hat sie auch der Gesetzgebung des Staates Spuren ihres Geistes aufgeprägt, in seiner Verwaltung Anwendungen ihrer Idee durchgesetzt. Fast die ganze Arbeitsgesetzgebung unserer Zeit ist Einschränkung der Machtvollkommenheiten der Bourgeoisie. Jedes einzelne dieser Gesetze mag vom Standpunkt der Arbeiter aus gesehen seine Mängel haben und unbedeutend erscheinen, der geschichtlichen Bedeutung dieser Gesetzgebung als Ganzes tut dies keinen Eintrag, ihre Tendenz bleibt doch, um mit Marx zu reden, der Sieg eines Prinzips — und zwar eben eines Prinzips der Arbeiterklasse. Verkleinere man sich seine Bedeutung nicht dadurch, daß man sagt, der Kapitalismus bleibt aber doch, was er war. Das ist vollständig irrig. Der Kapitalismus bleibt ebensowenig wie der Staat, was er war, auch er ist dem Gesetz der Veränderung unterworfen.

Der Begriff Kapitalismus, wie er der kapitalistischen Produktion in ihrer klassischen Gestalt entspricht, deckt drei scharf zu unterscheidende Dinge: eine Produktionsform, einen Verteilungsmodus und ein Rechtsverhältnis. Von ihnen hat die seitdem vor sich gegangene Entwicklung nur das erste, die Produktionsform, grundsätzlich unangetastet gelassen, soweit sie sie nicht in der Richtung immer größerer Entfaltung vervollkommnet hat. Die beiden anderen aber, der Verteilungsmodus und das Rechtsverhältnis, sind teils durch die unter dem Druck der Arbeiterbewegung handelnde Gesetzgebung, teils durch die unmittelbare Aktion der organisierten Arbeiter, sowie neuerdings auch der Angestellten in der Richtung einer Abschwächung wesentlich verändert worden. Längst nicht mehr diktiert der kapitalistische Unternehmer, wie es ehemals geschah, Art und Höhe des Anteils der Arbeiter am Arbeitsertrag. Ueber beide muß er mit ihren Organisationen verhandeln, und in verschiedenen Ländern verleiht das Gesetz der von den Organisationen ihm abgerungenen Tarifen Allgemeingültigkeit. Die Lohnbestimmung ist nicht mehr ein rein privatrechtlicher Akt, bei dem der ökonomisch Stärkere

das entscheidende Wort spricht, sie wird immer mehr als eine die Allgemeinheit angehende soziale Angelegenheit anerkannt und dementsprechend der öffentlichen Kenntnisnahme und Vermittlung unterstellt. Ebenso wenig ist der kapitalistische Unternehmer noch der unbeschränkte Herr über Einstellung und Entlassung von Arbeitern, der er ehemals war. Auch hier legen ihm das Gesetz und die erstarkten Organisationen der Arbeiter Einschränkungen auf. Von solchen Ausnahmeständen, wie Deutschland sie im Augenblick erleidet, abgesehen, ist das Rechtsverhältnis zwischen kapitalistischem Unternehmer und Arbeiter in den vorgeschrittenen Ländern ein wesentlich anderes, die Macht des ersteren verringerndes geworden, und die in das moderne Wirtschaftsleben später eingetretenen Länder folgen dieser Entwicklung nach. (Schluß folgt.)

Der freie Rhein

Notizen während einer Vortragsreise

Von Hermann Schützinger

Der französische Militär betrachtet Pazifisten und Separatisten im Rheinland gleichermaßen als Instrumente seiner Armee. Sie sind seiner Auffassung nach dazu da, die Widerstandskraft des deutschen Volkes und der Rheinlande im besonderen zu zermürben und den Boden zu bereiten für Okkupationsgelüste des „größeren“ Frankreichs. Die Ahnungslosigkeit und Respektlosigkeit des professionellen Militärs gegenüber den Problemen der zwischenstaatlichen Organisation drückt uns nieder, wenn wir zum erstenmal wieder einem Etappenkommandanten gegenüberstehen und, ohne daß es ausgesprochen wurde, das Wort „Kanaille!“ hervorpfeifen hören. Die Kraft, auch unter den Bajonetten und Fahnen einer feindlichen Besatzungstruppe für die Friedensidee zu wirken, können wir nur aus dem heiligen Glauben schöpfen, daß es unsere geistigen Hämmer, geschwungen über „der Meinung der Welt“, waren, die dem Spuk der Separatisten ein Ende machten — nicht Maschinengewehre und Kanonen —, und daß eben diese geistigen Kräfte noch einmal die letzte Reitpeitsche und den letzten Etappensäbel aus dem Rheinland hinausfeigen werden.

Zunächst gilt es damit aufzuräumen, Separatisten und Pazifisten im Rheinland in einen Topf zu werfen. Ein bergetiefer Abgrund trennt die beiden Bewegungen, die sich scheiden wie Wasser und Feuer. Die deutsche Friedensbewegung betrachtet die gewaltsame Loslösung der Rheinlande vom Reich als den schwersten Schlag gegen das neue Deutschland und als das untauglichste Mittel zur Entgiftung der Haß-Atmosphäre zwischen den Völkern. Der Separatismus, dieses Gebilde aus Verbrechen, Phantasten und von Frankreich ausgehaltenen Existenzen, will die Loslösung vom Reich. Warum? Aus erbärmlichen Motiven, die aus dem nackten Gewinnstreben oder aus einer völligen politischen Ignoranz resultieren — oder aus Verzweiflung über die katastrophalen Folgen des passiven Widerstandes.

Ich hatte kürzlich in den Städten und Weindörfern des Moseltales Gelegenheit, einige dieser zeitweilig in das Schlepptau des Separatismus geratenen Existenzen zu sprechen. Man stelle sich das Leidensjahr dieser von Gott und der Welt verlassenem Mosel-Kleinbauern

vor: Die Eisenbahnen liegen zwölf Monate völlig still, ein ärmlicher Kraftwagenverkehr verbindet die größeren Städte; lediglich der täglich sich durch die unendlichen Windungen der Mosel schlingende Dampfer verbindet die Dörfer im Tal. Das ganze Geschäftsleben stockt, Hunger und Entbehrung ziehen in die Stuben ein, während der neue Wein im Keller vergeblich auf den Käufer wartet. Und das Geld in der Truhe wird von Tag zu Tag wertloseres Papier. Aus Verzweiflung säuft man seinen eigenen Wein und schimpft über den Staat, der seinen Beamten und Angestellten das Geld in Fuhren und Paketen zuführt und den Bauern und kleinen Geschäftsmann ruiniert. Ihr ganzes Leben lang haben sie sich geschunden und geplagt, den Dünger in der Bruthitze der Mosel-Sonne auf die Berge getragen, den Atem in den Dünsten des giftigen Vitriols verbrannt und erstickt — und dann ihren Wein bis auf den letzten Liter dem Händler gegeben, selbst nur das mostartige Abwasser getrunken und den Erlös auf Heller und Pfennig auf die Bank getragen. Und jetzt? Jetzt zerrinnen die Jahre der Arbeit, in Papier umgesetzt, zu Nebel und Dunst. An den großen Bank- und Börsenplätzen werden ihre Papiere gehandelt und verschoben, — und sie selbst sitzen in der Einöde, dösen und hungern. Da packt sie die Wut; sie schimpfen auf das treulose Vaterland, die ferne deutsche Heimat, die auf ihren Buckel den neuen Krieg finanziert, die fluchen und verschlingen die einzige Lektüre, das französische „Nachrichtenblatt“, und saufen mit ihrem vergessenen Wein das Gift des Separatismus ein.

Und der „commandant“ von Bernkastel oder Cochem reibt sich vergnügt mit seinem „adjutant“ die Hände. Die „Etappe“ triumphiert. Sie duldet und fördert mehr oder minder heimliche Kraftwagentransporte, spielt den Gönner und Freund. Die Etappe sammelt die wankenden Schäfflein unter ihre Fittiche, und organisiert die örtlichen Büros der „autonomen Republik“. Die verärgerten und deprimierten Bauern dulden und unterstützen heimlich das neue Regiment. In den Sammelbecken der Bewegung aber strömt als aktive Truppe des Separatismus zusammen lediglich das Gesindel, heimatlose Burschen, entgleiste Gymnasiasten, ruinierte Gewerbetreibende und entwischte Verbrecher. Da wendet sich die Masse der Bauern und Kleinbürger langsam und stetig, angeekelt durch das Treiben der neuen Soldateska, wieder ab. Kein Mittel hilft dagegen. Die „Etappe“ legt vergeblich die Eckpfeiler des Beamtenapparats, der Wirtschaft und der Gewerkschaftsbewegung um, in der Absicht, führende Köpfe der Separatisten an deren Stelle einzufügen. Alles umsonst. Die Bevölkerung fällt in ihre alte Passivität zurück.

Da versucht man es mit den Pazifisten. Ihr Zusammenhang mit der deutschen Volksgemeinschaft scheint den Franzosen lockerer zu sein. Es gelingt ihnen auch, da und dort einen ungefestigten Phantasten zu ködern, in Coblenz z. B. So tritt die Etappe in Trier und in Bernkastel an die Führer der Friedensbewegung heran, mit Samtpfoten und zackigen Gesten: „Herr X., nehmen Sie die Sache in die Hand! Es steht Ihnen alles zur Verfügung!“ — Moralische Ohrfeigen sind die richtige Antwort gewesen. Das „Nachrichtenblatt“ flötet in den höchsten Tönen über „Völkerversöhnung“ und „Friedensrepublik“, zitiert tagtäglich Fr. W. Foerstern und Hellmuth v. Gerlachs Artikel zum Schaden der Friedensbewegung diesselts und jenseits des Rheins. — Nichts will helfen!

Die Etappenmaschine rumpelt und stockt; Befehle und Meldungen fliegen von Coblenz nach Mainz, nach Trier. „Nasen“ werden erteilt über die Plumpheit der Kommandanten. Die „Ausweisungsmaschine“ läuft bald im Galopp, bald steht sie still. Die Kommunisten und Nationalisten dürfen lärmen und toben; kein Mensch stört ihren verwirrenden Krawall. Aber die deutschen Mittelparteien, die Arbeitervertreter, fühlen den gesteigerten Druck, und vergebens sucht man das Band zu zerhauen zwischen

Sozialisten, Demokraten und Pazifisten und ihren eisernen Willen, das Rheinland dem Reich zu erhalten. Da keimt aus dem Bankrott der separatistischen Aktivisten und aus dem zähen Zusammenhalt der großdeutschen Bevölkerung in der „Etappe“ die Resignation. Dann kam das Ende.

Das Ende aber kam nicht als Erfolg des Revanche-Gekläffs unserer Nationalisten, sondern als Sieg der „Meinung der Welt“, die dem Arbeiterführer Mac Donald und seinen Helfern wie dem Generalkonsul Clive den Arm stärkte und die Kraft gab, den Separatistenspuk restlos zu verjagen. Das hat auch das Rheinland mit seinen demokratischen Traditionen wohl erkannt, und eine Welle eines gesunden, am deutschen Heimatland festhaltenden Pazifismus flutet jetzt über die Berge des Hunsrück und der Eifel ins Rhein- und Moseltal hinab, — unter dem Siegeszeichen des neuen Deutschlands, das ohne Gewehre und Kanonen die Verräterfahnen geknickt hat, kraft des neuen, sich zwischen den Völkern bildenden Rechts.

So bedeutet der Sieg über den Separatismus eine gewonnene Schlacht für die Friedensbewegung und ihren mächtigsten Verbündeten, das Proletariat. Diese Schlacht zu schlagen war unsere Pflicht; denn ein „autonomer“ Pufferstaat am Rhein würde das Ende des friedlichen Wiederaufbaus Europas bedeuten. Wir müßten unsere Grundsätze vollkommen verleugnen, wenn wir auf die Lüge von der französisierten „Friedensrepublik am Rhein“ hereingefallen wären. Sagt doch schon Immanuel Kant in seinem Traktat „Zum ewigen Frieden“: „Ein Staat ist nämlich nicht eine Habe. Er ist eine Gesellschaft von Menschen, über die niemand anders als sie selbst zu gebieten haben.“ Und Wilson drückte dieselbe Auffassung in die Worte aus, daß Völker nicht wie Schachbrettfiguren hingeheschoben werden sollen.

Wir müssen uns endlich den Weg in ein neues Zeitalter erkämpfen, in dem es keine „Pufferstaaten“ und keine „strategischen Schutzwälle“ mehr gibt. Die organisierte Arbeiterschaft ist in erster Linie dafür prädestiniert, all diese Angstprodukte und Gespenster-Requisiten aus dem Leben kultivierter Nationen hinauszukehren. Mag sein, daß man in Frankreich den ehrlichen Wunsch hat, die „Neutralisierung“ der Rheinlande lediglich zum Schutz gegen neue Ueberfälle, als eine Notstandsmaßnahme, zu betreiben, — dann muß eben die erstarkende Meinung der Welt dem französischen Volk mit aller Deutlichkeit zu Gemüte führen, daß durch Vergewaltigung von Grenzlanden keine unüberbrückbaren Zäune geschaffen werden, sondern daß hierdurch zwischen zwei Völker neue Minenfelder eingebaut werden, die durch die Atmosphäre des Hasses, die sie erzeugen, mit mathematischer Sicherheit Freund und Feind in die Luft sprengen werden. — Darum weg mit der autonomen rheinischen Republik! Sie wird uns niemals den Frieden geben!

Nordschleswig, Polen, Südtirol und alle die andern Grenzstreifen, in denen einst und jetzt die „Irredenta“ blühte, sollen uns ein warnendes Menetekel sein!

Abrüstung am Rhein! — Das soll die erste Forderung des neuen Deutschlands sein. Keine deutschen „Bahnhofskommandanten“ mehr und keinen „commissaire militaire“, keine Etappen-Kasinos und keine „foyers du soldats“, keine Tanks und Maschinengewehre! Wenn das neue Deutschland um seinen deutschen Rhein kämpft, mit aller Liebe zur Heimat und allem Vertrauen auf das Recht, das zwischen den Völkern und über die Völker sich aufreckt — dann wird über dem Marschtritt französischer Kolonial-Bataillone und dem Rollen französischer Batterien der Sieg unser sein durch die Kraft der Idee. — Etappenkommandanten hüben und drüben werden lachen. Und doch werden wir siegen!

Der Papierputsch

Von Papyrus

Wir leben im Zeitalter der Putsche: Nachdem der November-Putsch der Hitler-Helden heillos und ruhmlos zusammengebrochen ist, trotzdem das Hitler-Heer von gewissen Industriekreisen mit Dollarnoten ausgehalten wurde, sucht jetzt anscheinend die Industrie selbst die Sache in die Hand zu nehmen. Trotz aller Bemühungen ist es gewissen Kreisen nicht gelungen, die Rentenmark den Weg der Papiermark gehen zu lassen, sie blieb stabil. Die Börse hat versagt, aber die Zeit der „Scheingewinne“ lockt doch noch, und so versucht man, von innen heraus die Rentenmark zu unterhöhlen; ist dies gelungen, so wird sich das Ausland gewiß auch wieder für Markspekulationen interessieren. Sturmtrupp bei diesem Angriff bildet die Papierindustrie.

Die Geschichte des Papierputsches ist folgende:

Während des Sinkens der Mark lagen die deutschen Papierpreise abwechselnd unter und über den Weltmarktpreisen, je nachdem die Preise in Kartellbeschlüssen festgelegt waren. Dann kam die Goldmarkrechnung, die Stabilisierung der Mark, und im Januar lagen die deutschen Papierpreise ungefähr 100 Proz. über den Vorkriegspreisen — infolge der höheren Frachten, der teureren Kohlen, der hohen Arbeitslöhne, des unglückseligen Achtstundentages u. a. m. Dann ermäßigte die Eisenbahn ihre Frachtsätze, die Kohlenpreise sanken, die Arbeitslöhne gingen auf die Hälfte bis zwei Drittel des Vorkriegstandes zurück und an Stelle des Achtstundentages trat der Zehnstundentag — für die Arbeiter, nicht etwa aber für die Fabrikanten, die in ihren neu erworbenen Automobilen (siehe Scheingewinne) herumkutschierten. Aber dann sah man ein, man muß sich dankbar erweisen und die Verkaufspreise auch etwas ermäßigen. Also begann der allgemeine Preisabbau im Januar und Februar, dergestalt, daß das Papier nur noch 50 Proz. mehr als im Frieden kostete — wohlverstanden: in Deutschland. Die ausländischen Kollegen der Herren Papierfabrikanten, die in nicht „marxistisch“ regierten Ländern wohnten, lieferten billiger auf die fremden Märkte, und wenn sich die Deutschen nicht ganz ausschalten lassen wollten, so mußten sie im Preise folgen. So kam es denn, daß ein Papier, das im Frieden 36 M. kostete, in Holland zu 28 fl. (also 45 M.) zu haben war, während der deutsche Preis 62 M. betrug (holzfreies Schreibpapier). Inzwischen stieg der Preis in Holland etwas; er beträgt heute 31 fl. oder 50 M.; aber der deutsche Preis blieb unverändert auf 62 M. stehen, also 20 Proz. über dem Exportpreis. Obwohl nun also der Inlandspreis schon ein Fünftel über dem Weltmarktpreis liegt, der sich nicht so ohne weiteres durch Konventionalbeschluß in die Höhe setzen läßt, wird er um weitere 7—10 Proz. erhöht (4 M. für 100 kg). Gründe privatwirtschaftlicher Art sind hierfür nicht vorhanden, höchstens daß infolge der Wahlen ein stärkerer Konsum zu erwarten ist. Die von den Unternehmerverbänden ausgehaltenen Parteien können mit Leichtigkeit diese Mehrausgaben tragen, dagegen wird dies den unabhängigen Parteien schwer fallen. Doch es wird auch Papier in Deutschland verarbeitet, um ins Ausland verkauft zu werden. Infolge der Preisunterschiede zwischen Inland und Ausland ist die deutsche papierverarbeitende Industrie konkurrenzunfähig geworden. Ein großer Teil der Gesteungskosten der Papierwaren besteht in den Preisen des Papiers; Arbeitslöhne sowie sonstige Materialien sind von nebensächlicher Bedeutung. In Deutschland beträgt der Preis für 10 000 Blatt unverarbeitetes Briefpapier soviel wie in England für 10 000 fertige Briefbogen — die drüben auf deutschem Papier gedruckt sind.

Hierdurch wird die ausländische Papierwarenindustrie auf Kosten der deutschen großgezogen, ja geradezu von ihr subventioniert. Firmen der Papierverarbeitung, die bisher gute Verbindungen im Auslande hatten, müssen entweder darauf verzichten oder Zweiggeschäfte daselbst errichten. Dies ist auch in letzter Zeit des öfteren geschehen.

Natürlich schreien die britischen Papierfabrikanten nach Schutzzoll gegen die Konkurrenz ihrer deutschen Kollegen. Spanien und die Schweiz z. B. sind unter solchen Umständen auch nicht geneigt, deutsche Erzeugnisse ohne besondere Hindernisse in ihr Land zu lassen, — der ganze alte Vorwurf des deutschen Dumpings lebt wieder auf, sehr zum Schaden des deutschen Ansehens.

Noch schlimmer wird die Sache im Inlande: Die Grossisten erhöhen ihre Preise sofort auch um 5—10 Proz. — man erinnert sich des „Wiederbeschaffungspreises“ aus der Inflationszeit her. Erwähnt sei noch, daß die gleichen Herren die Tarifgehälter ihrer Angestellten um 5 Proz. offiziell herabgesetzt haben — wegen Preisabbau. Aber auch die papierverarbeitende Industrie setzt ihre Preise entsprechend herauf, — so beschloß der Verband der Etuifabrikanten einen Aufschlag von 10 Proz. Die Beispiele lassen sich beliebig vermehren — kurz, wir leben wieder wie in der Zeit des Marksturzes. Die Unterhöhlung der Rentenmark setzt ein; was der Börse mißlang, soll jetzt der Industrie gelingen.

Wie verderblich die Kartelle und Konventionen auf die Preisbildung wirken, zeigt die Briefumschlag-Konvention. Vor dem Kriege kosteten die „Kampfsorten“ das Tausend 1,60 M., bis vor kurzem rund 2 M. In Berlin boten außenstehende Firmen den gleichen Artikel mit 1,10 M. an. Zuerst glaubte man es mit Angstverkäufen, vorübergehenden Erscheinungen usw. zu tun zu haben; doch die Angebote verschwanden nicht vom Markt. Erfolg: Die Preisbindungen der Briefumschlag-Konvention wurden für Berlin aufgehoben. Es gibt zu denken, daß jetzt auf einmal in der Reichshauptstadt nutzbringend unter den früheren Mindestpreisen der Konvention gearbeitet werden kann.

Billige Angebote auf den Markt bringen, heißt in der Branchensprache jetzt „schleudern“. Seit Monaten wird eine Kölner Papiergroßhandlung in den Fachblättern gebrandmarkt, weil sie billig verkaufte. Wer preiswerte Angebote auf den Markt bringt, nützt der deutschen Wirtschaft und dem Volke durch die Tat — auch wenn es den Profit einer kleinen Kaste schmälert.

Auf der Papiermesse in Leipzig hing eine graphische Darstellung über die Entwicklung der Papierpreise. Hieraus ging hervor, daß die Preise für Rohpapier in viel bedeutenderem Maße gestiegen waren als die der verarbeiteten Ware. Woher kam dies? Durch die Arbeitslöhne in der papierverarbeitenden Industrie — „Deutschland, dein ärmster Sohn ist auch dein treuester Sohn!“ Was wird nun aus den Riesengewinnen der Papierindustrie? Die Rohstofffrage ist von eminenter Bedeutung für die deutsche Industrie. Die in Deutschland erzeugten und verbrauchten Papier-Rohstoffe, wie Holz und Stroh, decken nur einen Teil des Bedarfs. Versuche mit andern Stoffen kosten Geld, aber hierfür hat man nichts oder nur wenig übrig. Wohl aber werden in England und Frankreich ständig neue Patente eingetragen auf die Verarbeitung von Reisstroh, Torf usw. zu Papierrohstoffen. Doch in der deutschen Industrie zeigt sich hierfür kein praktisches Interesse. Man hat es ja auch nicht nötig! —

Es gibt keine Fertigware, bei dessen Preisfeststellung das Papier ohne Bedeutung ist: Was für die Schwerindustrie die Kohle, das ist für die Fertigung das Papier. Zum Einschlagen, Ausstatten, Ausrüsten usw. findet es überall Verwendung. Gelingt es den Papierfabri-

kanten, ihre Festmarkpreise (also die Rentenmarkpreise) heraufzuschrauben, so steigen schnell alle andern Warenpreise nach — und die Rentenmark ist unterhöhlt. Der Kampf gegen die Papierpreiserhöhung ist der Kampf gegen die Währungszerstörer — gegen den Wirtschaftsputsch.

Daß die Kartellpreise weit über das Ziel hinausschießen, daß auch bei Berechnung unter ihnen noch verdient wird, zeigt das oben angeführte Beispiel aus der Briefumschlagbranche.

Also, wo bleibt das Kartellgericht? Wird jetzt nicht energisch durchgegriffen, ähnlich wie bei dem Ansturm einiger Banken gegen die Devisenverordnung, so rutscht die Rentenmark den Weg der Papiermark — dank der neuen Papierpreise.

Herman Bang

Von Kurt Offenburg

Tage der Kindheit —
zu euch habe ich mich zurückgeflüchtet,
daß ihr meines Herzens Wehe lindert.

Bang: „Das weiße Haus“

Herman Bangs Werk ist wie eine Kreuzung zwischen Hamsun und Wilde. Es gibt Romane Bangs („Das graue Haus“, „Das weiße Haus“, „Hoffnungslose Geschlechter“), die man bedingungslos in die wundervolle Reihe der besten nordischen Erzählungen einreihen kann. Daß Bangs Vitalität um unendlich vieles schwächer ist als die Hamsuns, und dünner selbst als die leidenschaftlich expansive Formlosigkeit des Dichters der Christiania Bohème, das macht Bangs Stoffkreis so eng. Arm an Empfindungskraft sind diese frühen Romane Bangs deshalb nicht; die Gefühlssphäre ist labil und von der feinsten Schwingungsfähigkeit; die Sehnsucht seiner Zeit, die lebendige Bewegung des echten Lebens im dichterischen Werk zu spiegeln, wird ganz erfüllt.

Kein verlogenes Wort ist in diesen ersten Arbeiten, kein aufgeputschtes Gefühl; diese Romane, die sich um fast gar nichts drehen, die kaum ein Geschehnis erzählen, die nichts geben als das Flackern eines schwachen Herzens, das kaum gewußte Leiden von Nerv und Seele in einer schweren und dunstigen Atmosphäre, die Schilderung eines Seins, das in Spiel und Tanz verrauscht und doch müde ist von schwerster Resignation, — sind mit den feinsten Mitteln erzählt.

Bangs schöpferischste und wärmste Arbeiten sind aus den Gefühleindrücken, aus tiefen Impressionen seiner Knabenzeit geschöpft. Hier darf man wohl sagen, daß die Bindung an die Mutter (im Sinne des viel mißbrauchten Oedipuskomplexes Freuds) die Motive und ihr Fluidum geschaffen hat. Die Entwicklungen Bangs, die Erlebnisse seines späteren Lebens haben kaum etwas dazu gegeben. Alle unnachahmbare Feinheit seiner psychologischen Erkenntnisse, dieses seltsam suggestive Schweben zwischen Hell und Dunkel, dieses skeptische Wissen von der Schattenhaftigkeit des Lebens, dieses Huschen zwischen Dämmerungsträumen und bitterer Resignation, das in der Stella sich auslebt, — ist schon unbewußte Erkenntnis des Knaben gewesen; des Knaben, der nie die Kraft hatte, Mannesgefühle zu erleben, des reifen Mannes, in dem alle Sehnsucht des Knaben geblieben ist. Und diese Sehnsucht in die Kindheit zurück, gebärte die erlebnisgesättigte Bildkraft der frühen Romane: zur Resignation verwandelte, unstillbare Sehnsucht nach Heimat und Jugend, schuf die „Vaterlandslosen“ und viele Novellen. — Wie die Stella hat er Tine und andere Frauen, die am Manne zugrunde gehen, in seiner Jugend erlebt.

Die innige Kraft und Zartheit dieser Schilderungen umfaßt nicht nur die Schicksale der Menschen, die des Dichters Jugend umstanden, sie er-

greift die ganze Umwelt. Weihnachtsfeste und Kirchgänge, ebenso wie die komischen und skurrilen Ereignisse in Küche und dem Leben der Dienstboten, die Wichtigkeit der gesellschaftlichen Beziehungen, die losen schwärmerischen Träume der kindlichen Mutter: gröbste Materie und unfaßbar Jenseitiges wird in vielen Variationen gegeben; stets mit gleicher Souveränität und mit zärtlichem Humor, der zwischen Lachen und Weinen ist.

In dem Roman „Michael“, in dem Bang den Versuch macht, ein architektonisch strenger gefügtes Gebilde zu schaffen, in dem das Künstlerschicksal über die Wirklichkeit hinausgesteigert werden sollte, gibt der Dichter seine feinsten Möglichkeiten auf. Der Roman soll die Heimatlosigkeit des Künstlers auf der Welt malen. Die Einsamkeit, die den vom Dämon des künstlerischen Gestaltens Besessenen vom bösen und schönen saftvollen Leben der Wirklichkeit trennt. Aber die Menschen sind hier fast zu Allegorien geworden, nur die Milieuschilderung, trotzdem auch sie veräußerlicht ist und an atmosphärischer Fülle verloren hat, zeigt noch die Anschaulichkeit, die Bangs große Begabung ist. Hier, wo Bang am schwächsten ist, nähert er sich Wilde. Aber die zunehmende Gefühlsverarmung, die das Schicksal dieser Schwachen, auf den infantilen Gefühlsstufen reif gewordenen Menschen zu sein scheint, — ist bei Bang noch liebenswürdig und ohne den bengalischen Glanz, den Wildes Artistik ausstrahlt.

Wie selten, ist hier Leben und Werk eines Menschen verknüpft. Die Jugend Bangs (der aus alter dänischer Familie stammt wie William Hög in den „Hoffnungslosen Geschlechtern“) war wahrscheinlich wie die Jugend dieses Helden vom heimlichen Wahnsinn des Vaters tragisch beschattet. Der sensible Knabe, der in fast mädchenhafter Zärtlichkeit an der stillen und seltsamen Mutter hing, die er in den Bildnissen der Stella so oft mit inniger Hingebung geschildert hat, litt wie ein Schuldiger unter dem Verhängnis, das er nicht abwenden konnte. Er war ein Gebrochener, ehe er reifte; aber vielleicht hat der Druck, der dem überzarten Kind auferlegt war und der seine physischen Entwicklungskräfte verbrauchte, seine Seele so bereichert und verfeinert, daß er ihr sein Künstlertum danken muß.

Persönliches findet man genügend in Herman Bangs Werken; hier seien nur wenige Striche zur Ergänzung gegeben. Er war der gütigste Mensch und in materiellen Dingen ewig hilflos wie ein kleiner Junge; er war unglücklich, daß er um des Brotes willen journalistische, flüchtig geformte Unzulänglichkeiten in Druck geben mußte. Aber er hatte die Leidenschaft, die gewählteste Kleidung zu tragen, und er vermochte sich nicht dagegen zu wehren, daß das peinlich verdiente Geld ihm durch allerhand Betrügereien, durch Diener und Impresario, weggenommen wurde. Er sehnte sich nach Ruhe und gedämpften Farben; jede menschliche Gegenwart rieb seine überlabilen Nerven auf; doch er starb auf einer seiner rastlosen Reisen durch die Welt, durch die grellste und lauteste Wirklichkeit: auf einer Vortragsreise durch Amerika. —

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

Kritische Tage

Ein rosiger Optimismus beherrscht die große Masse des deutschen Volkes. Nach so langen Jahren des Elends und der Unsicherheit auf allen Gebieten wännen sich die meisten auf einer sicheren Insel. Und da um uns herum alles wieder zu haben ist, Südfrüchte, Weine, Spirituosen und andere Genußmittel ausländischen Ursprungs sich zu Bergen türmen, wird in der Tat der oberflächliche Beobachter zu dem Gedanken verleitet, daß bei uns alles in bester Ordnung ist und wir uns getrost auf dem

Polster der Rentenmark ausruhen können. Daß diese oberflächliche Leichtlebigkeit nie weniger angebracht war als heute, lehren die Sturmzeichen, die sich auf vielen Gebieten der Wirtschaft und Finanzen bemerkbar machen.

Bemerkt muß vor allem werden, daß unsere Währung von Stürmen ernstester Art bedroht ist. Im Gegensatz der optimistischen Auffassung des Herrn Reichsbankpräsidenten, die dieser gegenüber einem Mitarbeiter der Braunschweigischen Staatszeitung äußerte, daß die Aufrechterhaltung der Markstabilisierung gesichert sei, steht die Mark an den führenden Auslandsbörsen unter starkem Druck. Der Kursrückschlag betrug teilweise 10 Prozent. Die plötzlich erfolgte Unterbindung der Auslandsreisen kann als Beweis gelten, daß selbst die Reichsregierung von der Notwendigkeit eines Schutzes der Rentenmark überzeugt ist. Diese Maßnahme der Regierung wird, wie wir hören, nicht die letzte sein.

Es ist nicht anzunehmen, daß dieser Kursrückschlag lediglich spekulativen Manövern entspringt. Die Rentenbank tritt in einer öffentlichen Erklärung der Meldung eines Berliner Blattes entgegen, daß tschechische und polnische Spekulanten am Werke seien, die Rentenmark in den Grenzgebieten aufzukaufen, um sie über die Tschechoslowakei nach Frankreich zu schaffen. In der Erklärung der Rentenbank heißt es zum Schluß: „Ein Grund zur Beunruhigung liegt nicht vor, da die Machenschaften der Aufkäufer in den Grenzgebieten keinerlei erheblichen Erfolg gehabt und auch an dem gesunden Sinne der Bevölkerung scheitern dürften.“ Das Vorhandensein der Kontermine wird also von der Rentenbank zugegeben. Doch dürften diese Spekulationsmanöver von unwesentlichen Einfluß auf die Kursgestaltung der Mark sein. Vielmehr liegt die Ursache der Deroute auf anderen Gebieten.

Unsere Handelsbilanz ist nach wie vor passiv. Dies liegt nicht zuletzt an der riesenhaft angeschwollenen Einfuhr von Genußmitteln und Luxuswaren. Des ferneren an der Ausfuhr der Rentenmark, die in nicht geringem Maße von den zahlreichen im Ausland sich aufhaltenden Deutschen verursacht wurde. Die starke Repartitionierung der Reichsbank bei der Zuteilung von Devisen tut ein übriges, die Mark in ihrem Kern zu schwächen. Bei einer Zuteilung von 1% müssen gewaltige Mengen Devisen auf dem freien Markte beschafft werden, was sicher nicht zur Stützung des Markkurses beiträgt. Die Unfähigkeit des deutschen Kapitalmarktes, die Wirtschaft mit laufenden Krediten zu versorgen, erheischt die Einfuhr ausländischen Kapitals und führt damit zur weiteren Verschlechterung der Handelsbilanz. Die Unsicherheit im besetzten Gebiet vermehrt die Schwierigkeiten der Wirtschaft und der Markstabilisierung. Die Micumverträge laufen am 15. April ab, was dann folgt, ist bis heute ungewiß. Ein Schritt des deutschen Botschafters bei der französischen Regierung, in dieser Frage zu einem erträglichen modus vivendi zu kommen, war ohne Erfolg. So fügt sich eins zum andern.

Inzwischen macht sich diese Unsicherheit, die auf allen Gebieten Blasen wirft, im täglichen Leben bemerkbar. Die Preise steigen, der Reallohn sinkt. Lohnbewegungen sind die Folge, gärende Unruhe wird wieder in die Betriebe getragen. Ein unerbittlicher Kreislauf. Und dies alles in einer Zeit, wo die politischen Wogen hoch gehen und die Wahlen immer näher rücken. Die verunglückte Frankenspekulation wurde zum besten Wahlhelfer Poincarés. Es scheint, als sollten auch bei uns den reaktionären Parteien Helfershelfer bei der Wahl aus einer desorganisierten Wirtschaft erwachsen. Möge es der Reichsbank durch die in dieser Woche zur Eröffnung gelangenden Golddiskontbank gelingen, wenigstens währungspolitisch die Gefahren zu bannen. Eine wichtige Voraussetzung zur weiteren Gesundung wäre damit geschaffen.

Konzernkonsolidierung

Die deutschen Industriekonzerne bilden im Entwicklungsprozeß der Volkswirtschaft den sichtbaren Niederschlag einer Reihe zusammenwirkender Faktoren. Als solche wären zu nennen: Die ökonomischen Wirkungen des Krieges, die Auswirkung der Friedensverträge, der leidenschaftliche Imperativ zur Selbstbehauptung als weltwirtschaftlicher Faktor und — last not least — die Inflation. Bei der Bildung von Industriekonzerne unterscheidet man gesunde, auf dauernde Wirkung berechnete und volkswirtschaftlich notwendige Zusammenballungen und minder notwendige, aus spekulativen Erwägungen zu erklärende. Je mehr die deutsche Wirtschaft sich dem Normalzustand auf den Boden einer festen Währung nähert, je mehr erfolgt die innere Konsolidierung der Konzerne. Was nicht zusammengehört, wird unter dem zwingenden Muß getrennt und unter anderen Formen neu zusammengefaßt. Es ist sehr lehrreich, die Entwicklung der großen vertikal gegliederten Unternehmungen zu verfolgen, wie diese in der Zeit einer treibhausmäßigen Entwicklung entstandenen Gebilde sich innerlich konsolidieren und neu gestalten.

Bemerkenswert ist in dieser Beziehung ein engerer Zusammenschluß der Otto-Wolff-Gruppe mit der Mansfelder A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Eisleben. Mansfeld ist der ausschlaggebendste Kupferproduzent Deutschlands (Produktion zirka 200 000 t jährlich) mit einer ausgedehnten Nebenproduktion. Dieses Unternehmen, an welchem früher die Stadt Leipzig maßgebend beteiligt war, wurde 1920 gründlich reorganisiert. Durch den Effektenaufkäufer Hugo Herzfeld wurden Aktienpakete gebildet, die den Weg zu anderen Industriegruppen fanden. Als Großaktionäre fungieren heute: die A E G, das Haus Herzfeld, die Stadt Leipzig und Otto Wolff. Mit letzterem kommt jetzt eine Transaktion zustande, wonach die Kuxe der zu Mansfeld gehörenden Kohlegewerkschaft Sachsen, bei Hamm, zwecks Modernisierung zu 50% an die Wolff-Gruppe abgetreten werden sollen. Wolff will dann mit Hilfe seiner Montagruppe und der mit dem Wolff-Konzern eng liierten holländischen Finanzkreise die Kohlegewerkschaft Sachsen modernisieren. Der Einfluß Wolifs auf die Montanindustrie wird durch diese Interessenahme wesentlich verstärkt. In welchem Umfange die holländische Gruppe beteiligt ist, steht noch nicht fest. Bei der Beurteilung dieser Transaktion darf die engere Anlehnung des gesamten Mansfeld-Unternehmens an den Wolff-Konzern nicht vergessen werden. Womit auch das Band zwischen Wolff und der A E G ein engeres wird.

Die Tschechoslowakei auf der Oder

Der Versailler Friedensvertrag enthält die Bestimmung, daß die deutschen Ströme und Binnenwasserstraßen internationalisiert werden müssen. Ein erheblicher Teil des Kahnraums und der Schleppkraft der deutschen Binnenflotte mußte an Frankreich, die Tschechoslowakei und Polen abgegeben werden. Die Tschechoslowakei erhielt auf der Elbe neben den abgetretenen Schiffen Lagerschuppen und Hafenanlagen u. a. in Dresden, Magdeburg und Hamburg, Durch die Elbe ist dieser Staat mit dem Meer verbunden. Obwohl Tschechien nicht an die Oder grenzt, erhielt es trotzdem durch den Schiedsspruch des amerikanischen Schiedsrichters Hines 12 Schleppdampfer mit 5669 H P. und 84 Schleppkähne mit 35 800 t Tragfähigkeit aus der reichsdeutschen Oderflotte zugewiesen. Die zur Uebernahme dieses Schiffsparkes neugegründete „Tschechoslowakische Oderschiffahrtsgesellschaft“ ist soweit konstituiert, daß sie ihre Tätigkeit aufnehmen kann. Bei dieser Oderschiffahrtsgesellschaft erhält die tschechische Schwereisenindustrie einen starken Einfluß, namentlich die Wittkowitz Berg- und Eisenhüttengewerkschaft und die Berg- und Hüttenwerkgesellschaft. Von dem Aktienkapital in Höhe von 10 Mill. öK.

werden 4 Mill. Vorzugsaktien und 6 Mill. Stammaktien ausgegeben. Der Staat bringt die Schiffsflotte im Werte von 12 Mill. cK. ein, wofür er 1,2 Mill. cK. Vorzugs- und 6 Mill. Stammaktien erhält. Die beiden obengenannten Hüttengesellschaften erhalten zusammen 2,8 Mill. cK. nominale Vorzugsaktien, so daß sie gegenüber dem tschechischen Staat im Vorteil sind. Dies um so mehr, da sie im Verwaltungsrat zur Hälfte vertreten sind. Der Vorsitzende dieser Körperschaft ist Vertreter der Privatgesellschaften. Die beiden tschechischen Hüttengesellschaften erhalten durch die Beherrschung dieser Oderschiffahrtsgesellschaft einen nicht geringen Machtzuwachs. Sie sind in der Lage, ihre Erze und sonstige Rohmaterialien billig einführen zu können und den Absatz ihrer Produkte über Stettin günstig zu forcieren. An beiden Gesellschaften ist französisches Kapital indirekt beteiligt.

Mercur.

RANDBEMERKUNGEN

Der unblutige Krieg

Noch sind die Wunden des großen Völkermordens nicht geschlossen und schon beschäftigt die Wissenschaft des Massentötens die Militärschriftsteller. Herrliche Zeiten wollen sie den Völkern bereiten. Zwar den Krieg als solchen betrachten sie als ein Lebensgesetz, indem sie, frei nach Darwin, den rohen und brutalen Kampf ums Dasein als die Quelle jedes Fortschrittes ansehen, aber sie sind „humaner“ geworden, — sie wollen kein Blut ferner vergießen. Das Problem lautet: Auf welche Weise kann man den Feind mit dem möglichst geringen Kräfteaufwand niederwerfen? Antwort darauf gibt das unlängst erschienene Buch des englischen Oberst Fuker: *The reformation of war* (New York, Dutton & Co.). Den Militaristen der alten Schule, von der Art Bernhardis und Ludendorff werden die Haare zu Berge stehen, wenn sie sehen, wie der englische Oberst sie außer Dienst stellt; nicht nur sie, sondern auch die jetzigen Massenheere und die Flotten. Wurde der Krieg zuletzt

„zweidimensional“, auf und unter der Erde entschieden, so wird er zukünftig dreidimensional, von der Luft aus durch Gas entschieden werden. Dieser Gedanke ist nicht neu, aber mit solcher Offenherzigkeit wie Fuker, hat wohl noch keiner die Theorie verfochten, daß der Sieg in Zukunft demjenigen zufällt, der am schnellsten und rücksichtslosesten, ohne die veralteten Formen einer Kriegserklärung, ein Land mit Flugzeugen umschattet, die mit tagelang wirkenden, giftigen Gasbomben, vor allem die Zivilbevölkerung, Männer, Frauen und Kinder, schmerzlos ausrotten und die Städte und Dörfer in einen Trümmerhaufen verwandeln. Der Vergleich mit der zerstörenden Wirkung der veralteten Kanonen, Maschinengewehre, Minen usw. und der des Gases ergibt den zwingenden Schluß, welcher ein Fortschritt in dieser neuen „Oekonomie des Militarismus“ verborgen liegt. Von Marathon über die Marneschlacht zur „wissenschaftlichen“ Vertilgung eines Volkes durch den „war scientist“, den wahren Kriegswissen-

schaftler — wer wollte da an Zweck und Ziel des Menschengeschlechts noch zu zweifeln wagen?

Die brutale Gewalttheorie der traditionellen Kriege, sagt Fuker, gehört der Vergangenheit an. An ihre Stelle tritt der direkte Angriff auf die Quellen der militärischen Macht: auf die Nerven und den Willen der Zivilbevölkerung! War die bisherige Kriegsführung darauf gerichtet, das „Fleisch der Soldaten“ zu vernichten, so muß die zukünftige auf schreckliche „moralische Effekte“ eingestellt sein. So schreckliche, daß die davon betroffene Nation aus ihrem geistigen und moralischen Gleichgewicht geworfen wird. Dadurch wird deren Regierung gezwungen, sich schnell ihrem Gegner zu unterwerfen. Die Mittel dazu bestehen in großen Gasangriffen auf die Nervenzentren des feindlichen Staates, auf London, Paris, New York, Berlin, wie jede andere Hauptstadt. Wegen der gegen die Zivilbevölkerung in erste Linie ge-

stellten Attacke von 500 Luftschiffen, von denen jedes 500 Zehnpfundbomben mit sich führt, die in einer halben Stunde ganz London in eine Verzweiflungspanik stürzen, wird eine Beruhigungsspielie dosiert: auch im letzten Kriege war schon die Hälfte der Bevölkerung daran beteiligt. Zwischen der alten und der neuen Praxis besteht daher nur ein gradueller Unterschied. Aber dem unblutigen Massenmord eignen sich sehr praktische Vorzüge. Ein Toter redet nicht mehr; wenn er begraben ist, belästigt er die Ueberlebenden nicht, während ein Verwundeter um Hilfe schreit, Verwirrung erregt und mag er nun sterben oder geheilt werden — er bleibt eine militärische Last und ein Faktor der Demoralisation des Heeres.

Angenehme Aussichten. Wobei zu bemerken bleibt, daß, wenn am 4. Mai die Kriegspartei der Hergt und Wulle siegen sollte, solche Aussichten bald Wirklichkeit werden dürften. *Ignotus.*

B Ü C H E R S C H A U

Not und Verschwendung

Unter diesem Titel hat der Rektor der Leipziger Handelshochschule, Leiter des dortigen neugegründeten Weltwirtschaftlichen Instituts und Professor der Volks- und Weltwirtschaftslehre, bei Brockhaus seine „Untersuchungen über das deutsche Wirtschaftsschicksal“ erscheinen lassen. Ein zweiter Band soll folgen, obwohl der erste schon etwa 700 Seiten umfaßt.

Der Grundfehler des Buches, das heute zugleich seinen Inhalt und den Verfasser charakterisiert, ist, daß es im September 1923 abge-

schlossen wurde. So wurde die wildeste Zeit der Inflation zum sich ängstlich duckenden Kirchenbesucher, dem der Professor Schultze aus Leipzig zornig und bußeheischend predigt. Es sind wirklich keine Untersuchungen, sondern Reden, temperamentvolle Anklagen, mitunter beinahe grimmige Satiren über das deutsche Wirtschaftsschicksal.

Wir müssen bis zu Abraham a Santa Clara zurück, um einen treffenden, Herrn Professor Schultze charakterisierenden Vergleich zu finden. Dem Zuge der Zeit folgend, ist jener heute so etwa An-

hänger der Deutschen Volkspartei (links-rechter Flügel) geworden.

Inhaltlich sind die 30 Hauptkapitel nebst Untergruppen und Einzelabteilungen Ausschnitte aus der Zeit und aus Zeitungen, amtlichen Veröffentlichungen, Statistiken und ähnlichem, often zutage liegendem Material. Schultze hat sie mit seinem Temperament zusammengefaßt, durch agitatorische, schlagwortartige Ueberschriften in Korporalschaften eingeteilt, und geißelt mit ihnen jeden und alles, was ihm in den Weg kommt. Dabei entstehen merkwürdige Ergebnisse. Das Kapitel über den Leerlauf der deutschen Volkswirtschaft umfaßt 18 Seiten, das über die Diebstahlsseuche in 25 Unterabteilungen — einschließlich „Felddiebstähle“ und „Löhnungsgelder“ — genau 100 Seiten.

„Not und Verschwendung“ ist kein volkswirtschaftliches, sondern ein bestenfalls kulturhistorisches Buch, das aus dem Zeitungshorizont heraus gesehen ist. Es scheint den Nibelungenfilm (mit Premierenkranz am Sarge Friedrichs des Großen) ins Volkswirtschaftliche übersetzt zu haben.

Als kleine Geschmacksprobe eine Stelle aus dem einleitenden Kapitel: Das deutsche Wirtschaftschicksal:

„Es steht den Deutschen, die sich einmal das Volk der Dichter und Denker nannten, übel an, mit welchem geringem Maß von Besinnlichkeit sie jetzt ihr Schicksal tragen. Denn daß in der Handlungsweise der Entente und ihres Völkerbundes noch weniger prüfender und vollends vorausschauender Geist waltet, warri uns für die eigene Geistesarmut keine Entschuldigung sein.“

Oder:

„Vollends die Sage der Germanen hat das Schicksalsproblem nie anders (als die Hellenen!) betrachtet. Charakterstärke,

Pflichttreue, Furchtlosigkeit, das waren die Eigenschaften, die sie dem Schicksal entgegenstellten. Mochte es tückisch, gewaltsam, roh das Leben zerschlagen — auf die Knie sollte es den Starken nicht zwingen. Wie der grimme Hagen mit seinen Burgunden am Hofe König Etzels tagelang den aussichtslosen Todeskampf ficht, so haben die besten Deutschen aller Zeiten dem Schicksal furchtlos ins Antlitz geschaut und seine Schrecken verlacht.“

In diesem Tone ist das gesamte Buch geschrieben! Das ist eine wahrhaft wilhelminische Leistung. Abraham a Santa Clara, dieser schneidige Wortführer der jesuitischen Reaktion, wird sich über seinen Nachfolger Schultze aus Leipzig — das entschuldigt vieles — freuen. Unser Geist steht staunend still vor solchen „Untersuchungen“ über das deutsche Wirtschaftschicksal. Wir legen das Buch, zugleich amüsiert und verärgert, zu jenen, die nur dann wieder zur Hand genommen werden, wenn man die wunderlichen Leute der Nachkriegszeit am praktischen Beispiel illustrieren will.

K. Heinig.

Die Reisebeschreibungen des Pierre Loti.

Vor etwa dreißig Jahren und später hat der durch seine Romane auch in Deutschland viel bekannte Pierre Loti Reisen durch Galiläa und das übrige Palästina, durch Aegypten und die umliegenden Wüsten gemacht. Die Berichte über diese Fahrten sind nunmehr in deutscher Uebersetzung (bei Karl Reißner, Dresden) erschienen. Oppeln v. Bronikowsky hat sie herausgegeben und jedem Bändchen eine Anzahl charakteristischer Lichtbildaufnahmen eingefügt.

Pierre Loti ist ein Ungläubiger, aber leidenschaftlich und begeisterungsfähig; seine Nerven sind überaus verfeinert und hochgezüchtet,

sein Herz aber verliebt sich ohne Pose in die Primitivität derer, die als Halbwilde übrigblieben, dort, wo einst Zentren der Weltkultur standen. Als Schriftsteller ist Loti französischer als Heine und deutscher als Kerr. Er hat von jenem mancherlei gelernt und diesem nicht wenig gegeben. Trotz aller Bildung, die er mitbringt, bleibt er beim Durchwandern der Fremde doch naiv genug, um das Abenteuerliche des Reisens in jedem Augenblick zu empfinden. Er geht nachts beim Schein von zwei Traglaternen durch das Haus der Mumien in Kairo; sein Bericht liest sich wie ein gepflegtes Kapitel aus einem spirituellen Schauerroman: „Dann folgt die unheimlichere Reihe der ausgewickelten Mumien. Hier liegt in jedem Sarge, über den wir uns beugen, ein Kopf, der uns anblickt, oder auch die Augen schließt, um uns nicht zu sehen; magere Schultern, dürre Arme, und Hände mit zu langen Nägeln, die aus traurigen Lumpen hervorstarren. Jede neue Königsmumie, die unsere Laterne beleuchtet, bereitet uns eine Ueberraschung und einen verschiedenen Schauer: sie gleichen einander so wenig! Die einen fletschen grinsend gelbe Zähne; andere haben einen Ausdruck von Trübsal und unendlichem Leid. Bald sind die Gesichter schmal und sehr fein; sie sind hübsch geblieben trotz der spitzen Nasen. Bald sind sie faulig aufgedunsen und riesengroß.“ Vor der Mumie Ramses II.: „Unstreitig ist er seit den fünfzehn Jahren, die ich ihn kenne, sehr zusammengefallen und geschwärzt. Er ist ein Phantom, das verschwindet. Trotz aller Sorgfalt, die man auf ihn verwendet, ein armes Gespenst, das im Begriff ist, in das Nichts zurückzukehren... In diesem Hirnkasten entschieden sich also unwiderruflich die Weltgeschicke, so eng er jetzt erscheint unter der gedörrten Haut und den furchtbaren weißen Haaren.“ Das Buch „Galiläa“ ist mit Pastellfarbe geschrieben: „In der Nähe von Nazareth und dem See Genezareth erschien mir

zwei- bis dreimal, fast ungreifbar, auf dem unendlichen Teppich von rosafarbenem Flachs und blassen gelben Sternblumen das unaussprechliche, irrende Schattenbild Christi; — doch es entschwand unter meinen zu schwerfälligen Worten.“ Pierre Loti ist ein Ungläubiger; aber gerade darum weiß er auch die Götter zu finden und zu fühlen. In dem Buche „Jerusalem“ steigert sich die Lyrik zum Dramatischen. Die Schilderung der Grabkapelle explodiert von Phantastik, rauscht und kocht von dem Wahn der Priester und Pilger, der Konfessionen aller Welt, deren jede allein Wahrheit besitzt und des Grabes Christi würdig ist. „Die Altäre der verschiedenen Bekenntnisse stehen so wirr durcheinander, daß dadurch ein fortwährendes Hin- und Herlaufen von Priestern und Prozessionen entsteht. Sie zerteilen die Menge, die Monstranz tragen; ihnen voraus schreiten bewaffnete Janitscharen, die mit der Hellebarde auf die hallenden Steinfliesen stoßen: ... es ist der Bischof der Syrier mit langem, weißem Bart und schwarzer Kutte, der aus einer kleinen, unterirdischen Kapelle heraufsteigt... Dann kommen Griechen mit noch byzantinischem Schmuck, und Abessinier mit schwarzen Gesichtern... Rasch eilen sie in ihren prächtigen Gewändern dahin, vor ihnen her schwenken Kinder die silbernen Rauchgefäße in die Menge hinein, die sich sammendrängt und entfernt. In dieser Menschenflut herrscht ein fortwährendes Gewimmel beim unaufhörlichen Klang der Gebete und Meßglöckchen. Fast überall ist es so dunkel, daß man, um weiterzukommen, eine Kerze tragen muß. So folgen oder kreuzen einander unter den hohen Säulenhallen und in den dunklen Gängen zahllose kleine Flämmchen. Männer beten laut, weinen und schluchzen, laufen von einer Kapelle zur andern.“

Diese Bücher des Pierre Loti gehören zu den Klassikern der Reisebeschreibung, denn sie lassen sich das Gesetz durch die gesehenen

Objekte diktieren; aber sie sehen durch ein Temperament, das am Ausgang der vorvergangenen geschichtlichen Vergangenheit steht.

R. Br.

Ein Lebensbild von Karl Marx, der Jugend erzählt von Dr. Willy Cohn, Breslau 1923. Verlag: Volkswacht-Buchhandlung, Breslau.

Mit seinem Lebensbild von Karl Marx wendet sich Genosse Willy Cohn an die Jugend, und er findet in seiner Biographie kraftvolle Töne, die zu einem förmlichen Helden- gesang auf den großen Denker und Kämpfer zusammenklingen. Es ist ferner seine Absicht, in Marx den reinen Typus des Helden darzustellen, eine Absicht, die ihm auch im hohen Maße gelungen ist. In einem zermürbenden Kampf

gegen langwierige qualvolle Krankheiten sind andere zermalmende Schicksalsschläge, in einem seelenmörderischen Ringen mit nie endenden grauen Alltagsorgen, sehen wir Marx in stillen Arbeitsnächten seine epochemachende Kritik der kapitalistischen Gesellschaftsordnung vollbringen. Alle wesentlichen Akte der heroischen Tragödie von Marx hat Cohn eindrucksvoll und lebendig aufgezeichnet. Die Marxschen theoretischen Ideengänge streift er nur kurz. In diesem Punkte bedarf seine Arbeit noch der Vervollständigung. Aus der Schrift: „Lohnarbeit und Kapital“ und aus dem „Kommunistischen Manifest“ lassen sich die Grundgedanken der Marxschen Geschichtsauffassung und Gesellschaftskritik auch für die Jugend verständlich herausarbeiten.

P. Kampffmeyer.

An unsere Leser!

In der vorigen Nummer sprachen wir die Bitte aus, uns Adressen solcher Persönlichkeiten, die als Abonnenten der „Glocke“ gewonnen werden könnten, auf der beigelegten Karte mitzuteilen. Es ist uns eine Freude, aus dem großen Umfang, in dem unserer Bitte entsprochen worden ist, zu ersehen, daß zwischen uns und unsern Lesern ein Verhältnis besteht, das über den rein geschäftlichen Verkehr hinausgreift. Die uns so bekundete Anteilnahme an der erhöhten Verbreitung der „Glocke“ werden wir, im Interesse der Leser, durch vermehrten Ausbau des Blattes zu vergelten bestrebt sein. Das soll nicht nur in der bereits seit voriger Nummer erfolgten und in künftiger Verstärkung des äußeren Umfangs in Erscheinung treten, sondern vor allem in ständiger Verbesserung des Inhalts. Was wir im letzten Halbjahr, unterstützt von einem hervorragenden Mitarbeiterkreis, leisten konnten, zeigt das dieser Nummer beigefügte Inhaltsverzeichnis.

Werbt der „Glocke“ unablässig neue Freunde!

Redaktion und Verlag

Der Sieg war zum Greifen nahe!

**Authentische Zeugnisse
zum Frontzusammenbruch**

7. völlig umgearbeitete Auflage

Gesammelt und neu herausgegeben
von

ERICH KUTTNER

Preis 50 Pf.

Diese Schrift bedeutete schon bei ihrem ersten Erscheinen vor zwei Jahren eine Sensation und wurde in der ganzen republikanischen Presse, in demokratischen, sozialistischen und linken Zentrumsblättern mit höchster Anerkennung besprochen. Für ihren Erfolg spricht die Tatsache, daß damals innerhalb weniger Monate sechs ständig vergrößerte Neuauflagen bis zum letzten Exemplar vergriffen waren. Jetzt erscheint die Schrift nochmals, völlig umgearbeitet und um neues wertvolles Dokumentenmaterial bereichert. Besonderes Interesse verdient auch ein neues Anfangskapitel, das — ebenfalls an Hand authentischen Materials — den Nachweis bringt, wie sogar das — bekanntlich dem englischen General Maurice zugeschriebene — Wort vom „Dolchstoß der Heimat“ aus einer Fälschung niederster Art entstanden ist.

Eine Waffe im Wahlkampf!

POLITISCHE PROZESSE

Aktenmäßige Darstellungen herausgegeben von Robert Breuer

Als Heft IV erschien:

Der Hitler-Ludendorff- Prozeß

Durch interessante und außerordentlich übersichtliche Gruppierung der tatsächlichen Verhandlungsergebnisse hat diese Broschüre eine **höchst verstärkte Schlagkraft** im gegenwärtigen Wahlkampf erhalten. Diese Wirksamkeit wird noch gesteigert durch eine präzise Darstellung der Vorgeschichte und durch die im Anhang beigegebenen Stimmen der **ausländischen Presse**.

68 Seiten.

PREIS nur 1,- MARK

BERLIN 1924

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68

Die Glocke

HERAUSGEBER PARVUS

Inhalt:

<i>Veit Valentin:</i>	} <i>Immanuel Kant</i>	65
<i>W. Ellrich:</i>		
<i>Ferdinand Lassalle:</i>		
	<i>Die Verfassung als Machtfrage</i>	73
<i>Paul Ufermann:</i>		
	<i>Hugo Stinnes</i>	74
<i>Ernst Niekisch:</i>		
	<i>Zu den bayerischen Landtagswahlen</i>	79
<i>Eduard Bernstein:</i>		
	<i>Wie kann und wird der Sozialismus zur Verwirklichung gelangen? (Schluß)</i>	82
<i>Hedwig Wachenheim:</i>		
	<i>Eindrücke von Paris</i>	84
<i>Arthur Eloesser:</i>		
	<i>Zu Ernst Tollers Hinkemann</i>	88
<i>Ernst Toller:</i>		
	<i>Schieferdecker und Ziegeldecker</i>	
	<i>Wirtschaftlicher Rundblick</i>	90
	<i>Kleine Wahrheiten — „Neopatriarchalismus“ Die Tschechoslowakei</i>	

Verlag für Sozialwissenschaft
Berlin NW 68, Lindenstraße 114

Preis 30 Pfennig

Unsere Neuerscheinungen!

OTTO FLAKE

Zum guten Europäer

ZWÖLF CHRONIKEN WERRENWAGS

1. bis 3. Auflage

Geheftet Mk. 2,60 • Gebunden Mk. 3,50 • Halbleinen Mk. 4,50

Frankfurter Zeitung: „Ich rechne Flake zu den schreibenden Europäern.“
Weltbühne: „Otto Flake ist ein deutscher Wegbereiter.“

WALTER MEHRING

Europäische Nächte

Eine Revue in drei Akten und zwanzig Bildern

Mit 17 Federzeichnungen und einer farbigen Umschlagzeichnung
vom selbigen Walter Mehring

1. bis 3. Auflage • Mk. 3,—

Alfred Kerr: „... er hat Pectus oder Leidenschaft. Er spuckt witzige Saloppheiten aus Haß, aus Ekel vor allem Widerlichen der Zeit; vor kaffriger Mode, vor dem Phrasenschwindel; ist antimilitaristisch, antinationalistisch.“

ELENA GOTTSCHALK VERLAG

BERLIN W 62

Spezialgeschäft für

**RECHTS- und STAATS-
WISSENSCHAFTEN**

1. Sortiment:

Größtes, übersichtlich geordnetes Lager

Besichtigung ohne Kaufzwang

2. Antiquariat:

Herausgabe von Spezial-

katalogen und von

Verzeichnissen

der Neuerwer-

bungen

3. Verlag:

Erschienene oder in

Vorbereitung befindliche

Neuigkeiten:

**1. DEUTSCHLAND U. FRANK-
REICH. Ihre Politik 1923/24.** Mit

Beiträgen von Deutschen u. Franzosen
hrsg. v. Kuczynski, ca. 350 Seit., ca. 10 Gm.

LENIN. Eine Bio-Bibliographie von **E. Drahn**
1.20 Gm.

MARX-ENGELS-LASSALLE. Katalog u. Bibliographie.
Mit Aufsatz v. **Gust. Mayer** üb. „Marx' Aufenthalt in Berlin“
und Einleitung von **E. Drahn**, ca. 50 Seiten
1.- Gm.

R. L. PRAGER BERLIN NW 7
21, MITTELSTRASSE

Immanuel Kant

I.

Von Veit Valentin

Hoffentlich wird die Feier der zweihundertsten Wiederkehr des Geburtstages von Immanuel Kant dazu benutzt, das wahre Bild des großen Philosophen in allen seinen Zügen vor Deutschland und der Welt aufzurichten. Die theoretische Leistung Kants, das Wesen seines so völlig neuen und umwälzenden Kritizismus, ist gewiß von der deutschen offiziellen Wissenschaft mit Eifer und Umsicht dargestellt und erläutert worden. Seine praktischen Anschauungen von Staat und Gesellschaft wurden aber bis jetzt immer mit einer Art von verschämter Eile erledigt, so daß der Anschein erweckt wurde, diese Seite seines Wesens sei verhältnismäßig unwichtig, oder — noch geschickter! — dieser Teil seiner Ansichten sei durch beginnende Altersschwäche bereits beeinflußt und könnte deshalb nicht für ganz voll genommen werden. Kant war eben Demokrat, Republikaner und Pazifist — eine dem früheren Deutschland wenig bequeme Verbindung von fortgeschrittenen Ueberzeugungsinhalten. Daß man aus einem Denker von seiner Tiefe, von seiner über alle ephemeren Zeitmomente erhabenen Ueberlegenheit eine Art geistigen Paten des preußischen Unteroffizierkommisses zu machen versucht hat, beweist die unerschrockene, um nicht zu sagen unverschämte Verständnislosigkeit, deren sich der altpreußische Militarismus gegenüber allem befließigte, was Genie ist.

Sprachliche Form und geistiger Begriff: „Völkerbund“ — sind von Immanuel Kant geprägt; auch darin liegt ja eine seltsame Paradoxie, daß die Nation bis heute außerhalb der „Liga der Nationen“ steht, deren größtes philosophisches Genie auch für die Geschichte des Völkerbundgedankens die wahrhaft kopernikanische Tat vollbracht hat. Diese Paradoxie wird noch um einige Grade schmerzlicher, wenn man erwägt, daß die Gedanken der politischen Ethik Kants bei den angelsächsischen Denkern eine sehr eigenartige Ehe eingegangen sind mit den Ueberlieferungen des Puritanertums. Um nur ein Beispiel anzuführen: die Beschlüsse der gesetzgebenden Versammlung von Massachusett über das Problem des Völkerbundes (1844) schließen sich auf das genaueste an Kants Vorschläge an! In der Union of democratic control, die bekanntlich Wilsons 14 Punkte entscheidend beeinflußt hat,

ist in den Tagen des Weltkriegs die Kantische Ideenwelt zu unmittelbarer politischer Wirkung gelangt; von außen her und oft in antideutscher Färbung haben aber urdeutsche Gedanken in die Entwicklung unseres Staatslebens wieder hineingegriffen.

Um Kants entscheidende Leistung für den Völkerbundgedanken zu verdeutlichen, stützen wir uns — zur Widerlegung jedes billigen Einwandes — nur auf die Schriften, die auf der vollen Höhe seines Schaffens entstanden sind. Die früheste Arbeit ist die „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“ (1784). Kant geht aus von dem Instinktleben der Menschheit: Arbeit, kindische Eitelkeit, Roheit und Zerstörungssucht beherrschen die Menschen — ist dabei denn gar kein Plan, kein neuerer Sinn wahrzunehmen? Der Mensch, als das einzige mit Vernunft begabte Wesen, hat die Aufgabe, diese Vernunft zum maßgebenden Prinzip des Lebens seiner Gattung zu machen. Die vorhandenen Gegensätze müssen durch eine gesetzmäßige Ordnung überwunden werden; politisch heißt das soviel wie: eine allgemeine, das Recht verwaltende bürgerliche Gesellschaft ist das Ziel, Sie hat den von der Natur gegebenen Antagonismus zu überwinden, der sich im Kriege am deutlichsten offenbart. Ueberspannte Rüstungen, innere Erschöpfung der Kräfte, die Not bringt schließlich die Völker zu dem, „was ihnen die Vernunft auch ohne soviel traurige Erfahrung hätte sagen können“; „nämlich: aus dem gesetzlosen Zustand der Wilden hinauszugehen und in einen Völkerbund zu treten“. Das ethische Sollen, das im Rechtsstaat der Nationen verwirklicht ist, erfährt damit seine Uebertragung auf das zwischenstaatliche Leben. Die menschliche Geschichte, die als ein Chaos erscheint, bekommt so einen Sinn, eine philosophische Weltgeschichte ist denkbar.

Kant hat an verschiedenen Stellen seiner Schriften scharfe Worte über die Kriegsbarbarei geäußert; so nennt er in der gleich zu betrachtenden Schrift „Zum ewigen Frieden“ den Krieg „eine viehische Abwürdigung der Menschheit“. Es gibt natürlich auch positive Seiten des Krieges, und Kant ist ein viel zu tiefer Denker, als daß er nicht das subjektive Recht und den rein menschlichen Wert der Kriegstapferkeit anerkennt („Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft“, 1793; „Ueber den Gemeinspruch: das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis“, 1793). Für die bisherige Entwicklung, sagt er, mag der Krieg ein unentbehrliches Mittel der Kulturförderung gewesen sein; die Zukunft führt auf den Staatenverein, auf die Republik freier, verbündeter Völker. So wie die Völker im Innern sich eine staatsbürgerliche Verfassung geben, um aus der Gewalttätigkeit und Not herauszukommen, so müssen sie an Stelle von despotischer Alleinherrschaft einer Universalmonarchie oder der Zersplitterung in kleine Staaten eine weltbürgerliche Verfassung setzen, den Zustand des allgemeinen Friedens. Die welt-

berühmte Schrift „Zum ewigen Frieden“ ist im Jahre 1795 geschrieben worden, in dem Jahre, in dem Preußen durch den Abschluß des Baseler Friedens aus der Koalition gegen Frankreich ausschied. Kant hat deshalb seiner Schrift die äußere Form eines Friedenstraktats von damals gegeben: sie enthielt Präliminar-Artikel, Defensiv-Artikel, einen Garantie-Artikel und sogar einen Geheim-Artikel.

Die tiefironische Stimmung, aus der Kant geschrieben hat, zeigt sich auch in dem Titel selbst, der jene satirische Inschrift auf dem Wirtshausschild eines holländischen Gasthofs wiederaufnimmt, das einen Kirchhof darstellte; Leibniz hat schon darauf aufmerksam gemacht.

Die konventionelle Politik seiner Zeit und damit die aller Zeiten: das ist der böse Feind, den Kant durch die scheinbar harmlose, feierliche Würde seiner Artikel tödlich trifft. Die herkömmlichen Friedensschlüsse sind immer die Ursache neuer Kriege gewesen, weil sie Zwangsverträge zwischen der Macht und der Ohnmacht waren. An die Stelle des Machtgedankens soll im internationalen Wesen nun auch der Rechtsgedanke treten: der Staat ist keine Habe, kein Handels-, Tausch- und Schacherobjekt für fürstliche Dynastien, sondern selbst eine moralische Person, die stehenden Heere, der Gebrauch der Menschen zu bloßen Maschinen, die Anhäufung von Schätzen mit ihrem Reiz zum Mißbrauch und der Gefahr des Staatsbankrotts, die Anwendung ehrloser Mittel, wie Mord und Verrat, die Einmischung von Staaten in die inneren, die Verfassungsangelegenheiten anderer Staaten: das ist die alte politische Welt. Wie soll die neue aussehen? Das Staatsbürgerrecht soll durch eine republikanische, das heißt demokratische, nicht despotische Staatsform, die einzelnen Personen zur Nation zusammenfassen; diese Staatsform sichert allein den Staatsbürgern das Bestimmungsrecht über das Wichtigste im politischen Leben, die Entscheidung über Krieg und Frieden. Das Völkerrecht — dies ist die zweite Stufe — soll die republikanischen Staaten zu einem freien Völkerbunde vereinigen — rein föderalistisch, nicht im Sinne eines Völkerstaates, in dem der größere Staat zum kleineren das Verhältnis des Oberen zum Unteren beansprucht. Nichts beweist nach Kant ja mehr die Kraft des Rechtsgedankens, als das Bedürfnis der Nationen, ihre Kriege mit verletztem Recht zu rechtfertigen. Neues Recht schaffen kann aber niemals ein Friedensvertrag, der solchem Krieg entsprungen ist, sondern allein der Friedensbund, durch den die Freiheit sämtlicher beteiligten Staaten erhalten und gesichert wird.

Der Völkerbund schafft damit — das ist die dritte Stufe — ein neues Weltbürgerrecht; Kant begnügt sich damit, es als das Recht der allgemeinen Hospitalität zu charakterisieren, freilich nicht in einem wohlfeilen philanthropischen Sinne, sondern als

Garantie einer neuen Rechts- und Kulturgemeinschaft. „Die Natur will unwiderstehlich, daß das Recht zuletzt die Obergewalt erhalte“, sagt Kant; die Natur will weder die Despotie noch die Anarchie, sie hat die Völker gesondert in Sprachen und Religionen — aber bei anwachsender Kultur wachsen sie auch hinein in das Einverständnis eines Friedens. Kant gibt sich nicht der Illusion hin, als sei ein allgemeiner ewiger Friede morgen praktisch erreichbar: der Friede ist für ihn eine regulative Idee — die menschlichen Neigungen und Strebungen postulieren ihn als eine Garantie ihrer Verwirklichung; die hemmenden Kräfte sind gewiß an der Arbeit; wer schaffen will, im großen fördernden Sinne, der ist verpflichtet, den ewigen Frieden als eine Aufgabe zu betrachten, „die, nach und nach aufgelöst, ihrem Ziele beständig näherkommt“.

- Einen neuen Typus des Staatsmannes fordert Kant: den „moralischen Politiker“. Die Politik der erfolgreichen Klugheit, der materiellen Machtvermehrung ist auf die Dauer eben doch nicht weise, ja nicht einmal praktisch vorteilhaft. Kant eilt hier seiner Epoche um zwei Menschenalter voraus, wenn er die Antinomie zwischen Politik und Moral löst durch den Begriff der Öffentlichkeit. Alles höhere Recht, Staatsrecht, Völkerrecht, Weltbürgerrecht kann sich nur erfüllen in der breitesten Öffentlichkeit. Wenn Meinung, Gesinnung, Plan und Methoden nicht geheim bleiben, dann muß die politische Arbeit um der Selbstachtung der Staatsbürger willen das Mindestmaß von Moralität aufweisen, das Eigennutz, Selbstsucht, Herrschsucht in den alleinigen Ehrgeiz verwandelt, dem Staate zu dienen.

Als Kant den Völkerbundgedanken ergriff, befand sich die große Idee in einem Stadium gefühlsmäßiger Einstellung: Humanität und Völkerversöhnung erfüllten die Juristen, Nationalökonomien, Kultur-reformer der Zeit. Kant hat mit Schärfe, Klarheit und Ironie als erster das Problem bis ans letzte Ende und bis zur letzten Tiefe durchdacht. Wenn wir seinen Rationalismus als immer noch etwas zu optimistisch empfinden, so ist dazu zu sagen: seine Vernunft war eine scharfe, scheltende, aufrüttelnde und zielsehende Vernunft — sie war nicht selbstselig wie sein aufklärerisches Jahrhundert, sondern kritisch auch gegen sich selbst. Ein kühles Menschenkennertum hat die Kantischen Ideen vom ewigen Frieden mit geboren. Wer heute die Völkerbundsverwirklichung an Kants Völkerbundgedanken mißt, dem wächst diese Menschenkennerschaft zur Skepsis, ja zum Ekel an. An die Stelle der zynischen Staatsleute von ehemals sind die heuchlerischen getreten; aber gibt es einen stärkeren Beweis für die Kraft der Idee des Friedens und des Völkerbundes, als die Tatsache, daß man sie zur Maske erniedrigt für die Fratze machtpolitischer Ausbeutung? Die Möglichkeit einer Fortentwicklung im erlösenden und befreienden Sinne besteht trotzdem: Kant hätte sonst vergebens gelebt und gedacht.

II.

Von W. Ellrich, Elbingerode i. H.

Die Frage ist, was der Klassiker der deutschen idealistischen Philosophie dem Demokraten und dem Sozialisten von heute zu sagen hat.

Man darf sich bei Beantwortung dieser Frage nicht auf Kants Rechts- und Staatsphilosophie im engeren Sinne beschränken, wie er sie in den 1797 erschienenen „Metaphysischen Anfangsgründen der Rechtslehre“ zusammengefaßt hat. Das ist ein schwaches Alterswerk, von dem schon Hegel schrieb, daß die darin vertretenen Ansichten „in den Köpfen und in der Wirklichkeit Erscheinungen hervorgebracht“ hätten, deren Fürchterlichkeit nur an der Seichtigkeit der Gedanken, auf die sie sich gründeten, eine Parallele hätten.

In den Grundgedanken der Kantschen Ethik dagegen können sehr wohl einzelne Wurzeln modern demokratischer oder auch sozialistischer Gedankengänge gefunden werden. Besonders bedeutungsvoll ist in dieser Hinsicht der Zentralgedanke der ganzen Kantschen Moralphilosophie, der berühmte „kategorische Imperativ“. Allerdings darf man hier nicht in erster Linie an die bekannte Formel aus der „Kritik der praktischen Vernunft“ denken: „Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne!“

Ihr gegenüber gilt, was Kautsky bereits ausgeführt hat: „Der Kantsche kategorische Imperativ, der eine unbedingte allgemeine Regel unseres Handelns sein soll, erweist sich, bei Lichte betrachtet, in einer ganzen Reihe von Fällen innerhalb der heutigen Gesellschaft als undurchführbar und unmöglich, — weil er eine bestimmte Gesellschaftsordnung voraussetzt, eine solche, in der eine allgemeine Gesetzgebung möglich ist und diese durch den bloßen guten Willen der einzelnen Individuen durchgeführt werden kann. — Kant hatte keine Ahnung davon, daß die gesellschaftlichen Gegensätze aus Faktoren entspringen, die unabhängig von dem Wollen und dem Bewußtsein des einzelnen entstehen und wirken, daß die Gegensätze der Gesellschaft nicht bloß Gegensätze einzelner Individuen sind, sondern auch Gegensätze von Klassen.“ („Neue Zeit“, 1905/06, II, 518.)

Weit glücklicher hat Kant sein sittliches Grundgesetz in der kleinen Schrift „Grundlegung zur Metaphysik der Sitten“ formuliert: „Handle so, daß du die Menschheit sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden andern jederzeit zugleich als Mittel, niemals bloß als Zweck brauchst“, wobei natürlich nicht übersehen werden darf, daß „Menschheit“ hier soviel wie „Menschentum“, „sittliche Persönlichkeit“ bedeutet.

Mehring allerdings findet auch hier nicht viel Gutes:

„Für den historischen Blick“, führt er in seiner „Deutschen Geschichte“ aus, „ergibt sich dieser Satz Kants sofort als der ideo-

logische Ausdruck der ökonomischen Tatsache, daß die Bourgeoisie, um ein für ihre Zwecke taugliches Ausbeutungsobjekt zu erlangen, die Arbeiterklasse nicht bloß als Mittel gebrauchen, sondern auch als Zweck setzen, d. h., sie im Namen der Menschenfreiheit und Menschenwürde von den feudalen Fesseln der Erbuntertänigkeit und Leibeigenschaft befreien mußte.“

Aber das scheint mir denn doch eine etwas gewaltsame Umdeutung der Kantschen Meinung zu sein.

Ist nicht vielmehr in dem Satze Kants tatsächlich — wenn auch nur formal — das Fundamentalgesetz jeder Persönlichkeitsethik und damit zugleich jeder wahren Demokratie ausgesprochen? Wo die Achtung vor dem Menschentum des andern die Gesellschafts- und Staatsauffassung maßgebend bestimmt, müssen Obrigkeit und Untertan sich schließlich im freien Staatsbürger vermählen. Kant tritt hier als Erbe der englischen und französischen Aufklärung an: „Seine Staatsrechtsphilosophie stellt sich als eine Uebersetzung der demokratischen Deduktionen Rousseaus und der radikalen bourgeois-liberalen Motivierungen Lockes in den preußischen Liberalismus am Ende des 18. Jahrhunderts dar.“ (Cunow: „Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie“, Berlin 1920, I, 220.) Das hat schon Marx richtig erkannt.

Hören wir Kant selbst:

„Die gesetzgebende Gewalt kann nur dem vereinigten Willen des Volkes zukommen („Rechtslehre“); — ich gestehe, daß ich mich im Ausdruck nicht wohl finden kann: ein gewisses Volk ist zur Freiheit nicht reif; die Leibeigenen eines Gutseigentümers sind zur Freiheit noch nicht reif, und so auch die Menschen überhaupt sind zur Glaubensfreiheit noch nicht reif. Nach einer solchen Voraussetzung wird die Freiheit nie eintreten; denn man kann zu dieser nicht reifen, wenn man nicht zuvor in Freiheit gesetzt worden ist, — man reift für die Vernunft nie anders als durch eigene Versuche. Es zum Grundsatz machen, daß denen, die einmal unterworfen sind, überhaupt die Freiheit nicht taugt, und man berechtigt sei, sie jederzeit davon zu entfernen, ist ein Eingriff in die Regalien der Gottheit selbst, der den Menschen zur Freiheit schuf („Die Religion“); die republikanische Verfassung ist die einzige, welche dem Recht der Menschen vollkommen angemessen ist. — Sie hat außer der Lauterkeit ihres Ursprungs, aus dem reinen Quell des Rechtsbegriffs entsprungen zu sein, noch die Aussicht auf den ewigen Frieden. Wenn, wie es in dieser Verfassung nicht anders sein kann, die Beistimmung der Staatsbürger dazu erfordert wird, um zu beschließen, ob Krieg sein solle oder nicht, so ist nichts natürlicher, als daß — da sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müßten (als da sind: selbst zu fechten, die Kosten des Krieges aus ihrer eigenen Habe herzugeben; die Verwüstungen, die er hinter sich läßt, kümmerlich zu verbessern; zum Uebermaß des Uebels endlich eine, den Frieden

selbst verbitternde, nie — wegen naher, immer neuer Kriege — zu tilgende Schuldenlast selbst zu übernehmen), sie sich sehr bedenken werden, ein so schlimmes Spiel anzufangen. Da hingegen in einer Verfassung, wo der Untertan nicht Staatsbürger, die also nicht republikanisch ist, es die unbedenklichste Sache von der Welt ist, weil das Oberhaupt nicht Staatsgenosse, sondern Staatseigentümer ist, an seinen Tafeln, Jagden, Lustschlössern, Hoffesten usw. durch den Krieg nicht das mindeste einbüßt, diesen also wie eine Art von Lustpartie aus unbedeutenden Ursachen beschließen, und der Anständigkeit wegen dem dazu allezeit fertigen diplomatischen Korps die Rechtfertigung desselben gleichzeitig überlassen kann. (N.B.: Den Monarchisten ins Album! D. V.) Stehende Heere sollen mit der Zeit ganz aufhören. Denn sie bedrohen andere Staaten unaufhörlich mit Krieg; durch die Bereitschaft, immer dazu gerüstet zu erscheinen, reizen diese an, sich einander in Menge der Gerüsteten, die keine Grenzen kennt, zu übertreffen, und, indem durch die darauf verwandten Kosten der Friede endlich noch drückender wird als ein kurzer Krieg, so sind sie selbst Ursache von Angriffskriegen, um diese Last loszuwerden; wozu kommt, daß zum Töten oder Getötetwerden, in Sold genommen zu sein, einen Gebrauch von Menschen als bloßen Maschinen und Werkzeugen in der Hand eines andern (des Staates) zu enthalten scheint, der sich nicht wohl mit dem Rechte der Menschheit in unserer eigenen Person vereinigen läßt.“ („Zum ewigen Frieden“.)

Vom Sozialismus hat Kant nicht viel gewußt, sozialistischen Gedankengängen stand er vollständig fern. Kant und Marx, hat H. Cunow in dem bereits erwähnten Buche mit Recht ausgeführt, „gehen von einer ganz grundverschiedenen Auffassung des Menschen in seinem Verhältnis zur Gesellschaft aus, und an dieser Verschiedenheit muß notwendig jeder Versuch scheitern, den Marxismus durch die Kantsche Ethik zu rechtfertigen oder ihm das Kantsche Sittengesetz als Ergänzung aufzupropfen“ (II, 301).

Andererseits aber steht fest, daß die kapitalistische Wirtschaftsform, die die Kraft des Arbeiters einfach als Ware wertet und ihre Maßnahmen grundsätzlich nur nach dem Grade der Rentabilität trifft, den Menschen tatsächlich nur als Produktionsmittel betrachtet, dessen Menschenwürde ihm an sich vollständig gleichgültig ist. Siehe Abbau des Achtstundentags!

Erst die kommende sozialistische Gesellschaft wird auch dem Arbeiter die Möglichkeit zur freien Entfaltung seines Menschentums geben.

So führen moderne Demokratie und moderner Sozialismus tatsächlich Kantsche Gedanken fort: Größtmögliche Entfaltung der Persönlichkeit innerhalb der Schranken, die dem einzelnen durch das gesellschaftliche Zusammenleben notwendig gezogen sind.

Kant selbst hat die Folgerungen seiner ethischen Grundgedanken kaum geahnt. Er brachte es fertig, in dem schon er-

wähnten Alterswerk, das seine Rechts- und Staatsphilosophie systematisch darstellt, alle wirtschaftlich Abhängigen (also auch alle Lohnarbeiter), sowie „alles Frauenzimmer“ als bloße Staatsgenossen den eigentlichen Staatsbürgern gegenüberzustellen und von der aktiven Mitarbeit am Staate auszuschließen. Er brachte es ein Jahrzehnt nach der französischen Revolution fertig, jede Auflehnung gegen den Herrscher als unsittlich zu verurteilen und in einer Zeit, in der das „Preußische Landrecht“ die Leibeigenschaft grundsätzlich bereits aufgehoben hatte, diese noch einmal mit pseudo-philosophischen Tüfteleien zu rechtfertigen.

Auch in seinem Leben zeigt sich Kant als der typische philiströse Kleinbürger des 18. Jahrhunderts, der nie vergißt, was sich für den Untertan des unumschränkten Herrschers ziemt. Das klassische Beispiel dafür ist die berühmte Geschichte seiner Maßregelung durch Wöllner, den famosen Kultusminister Friedrich Wilhelms II. Sie ist wert, immer wieder einmal in das Gedächtnis der Nachwelt zurückgerufen zu werden; Kant selbst hat sie in charakteristischster Weise 1798 in der Vorrede zu der kleinen Schrift „Streit der Fakultäten“ erzählt. Wir geben sie möglichst mit seinen Worten wieder:

„König Friedrich Wilhelm II., ein tapferer, redlicher, menschenliebender und — von gewissen Temperamenteigenschaften abgesehen — durchaus vortrefflicher Herr“ (deutsch gesprochen: ein zwischen Priestern und Dirnen haltlos hin- und herschwankender Schwächling — D. V.), hatte 1788 ein Zensuredikt ergehen lassen. Als Kant einige Jahre später seine „Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft“ herausgab, erhielt er 1794 folgendes wahrhaft königliche Schreiben:

„Von Gottes Gnaden Friedrich Wilhelm, König von Preußen usw. usw. Unsern gnädigen Gruß zuvor. Würdiger und Hochgelahrter, lieber Getreuer! Unserè höchste Person hat schon seit geraumer Zeit mit großem Mißfallen ersehen, wie Ihr Eure Philosophie zu Entstellung und Herabwürdigung mancher Haupt- und Grundlehren der heiligen Schrift und des Christentums mißbraucht; wie Ihr dieses namentlich in Eurem Buche: ‚Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft‘, desgleichen in andern kleineren Abhandlungen getan habt. Wir haben Uns zu Euch eines besseren versehen, da Ihr selbst einsehen müsset, wie unverantwortlich Ihr dadurch gegen Eure Pflicht als Lehrer der Jugend und gegen Unsere Euch sehr wohl bekannte landesväterliche Absichten handelt. Wir verlangen des ehsten Eure gewissenhafteste Verantwortung und gewärtigen uns von Euch bei Vermeidung Unserer höchsten Ungnade, daß Ihr Euch künftighin nichts dergleichen werdet zuschulden kommen lassen, sondern vielmehr, Eurer Pflicht gemäß, Euer Ansehen und Eure Talente dazu anwenden, daß Unsere landesväterliche Intention je mehr und mehr erreicht werde, widrigenfalls Ihr Euch bei fortgesetzter

Renitenz unfehlbar unangenehmer Verfügungen zu gewärtigen habt. Sind Euch mit Gnade gewogen.

Auf Seiner Königl. Majestät allergnädigsten Spezialbefehl
Wöllner.

Dem würdigen und hochgelahrten Unserm Professor auch lieben, getreuen Kant zu Königsberg.“

Kant hat dies Schreiben nicht, wie wir vielleicht erwarten, in alle Welt hinausgeschrien, sondern er hat „nur seinem vertrautesten Freunde die Existenz desselben bekannt gemacht“ und seinem Könige eine „alleruntertänigste“ Verteidigungsschrift zugeschickt, die damit schloß, daß er „als Sr. Königl. Majestät getreuester Untertan feierlichst erklärte, sich fernerhin aller öffentlichen Vorträge, die Religion betreffend, enthalten zu wollen.“

In Kants Nachlaß hat man später folgende, sehr bezeichnende Notiz dazu gefunden: „Widerruf und Verleugnung seiner inneren Ueberzeugung ist niederträchtig und kann niemandem zugemutet werden; aber Schweigen in einem Falle wie der gegenwärtige, ist Untertanpflicht, und wenn alles, was man sagt, wahr sein muß, so ist darum nicht auch Pflicht, alle Wahrheit öffentlich zu sagen. — Auch ist in meiner Verteidigung der Ausdruck, daß ich als Ihre Majestät treuester Untertan von der biblischen Religion niemals, weder schriftlich, noch in Vorlesungen mündlich öffentlich sprechen wolle, mit Fleiß so bestimmt worden, damit beim etwaigen Ableben des Monarchen vor meinem, da ich alsdann der Untertan des folgenden sein würde, ich wiederum in meine Freiheit zu denken eintreten könnte.“ Ein etwas klägliches Sichwinden zwischen Philosophie und Untertanenpflicht!

Fassen wir zusammen: Auch Kant war ein Kind seiner Zeit, keineswegs der „absolute“ Philosoph, als der er von gewisser Seite gern gefeiert wird; aber gerade seine Grundgedanken bieten doch immer wieder so viel Anregung zum Nachdenken, daß es sich auch für den philosophisch interessierten Demokraten und Sozialisten von heute lohnt, Kants Schriften wieder einmal vorzunehmen. Dazu biete der 200jährige Geburtstag des Philosophen den äußeren Anlaß.

Die Verfassung als Machtfrage

Von Ferdinand Lassalle

(Geboren am 11. April 1824)

Die tatsächlichen Machtverhältnisse, die in einer jeden Gesellschaft bestehen, sind jene tätig wirkende Kraft, welche alle Gesetze und rechtlichen Einrichtungen dieser Gesellschaft so bestimmt, daß sie im wesentlichen gar nicht anders sein können, als sie eben sind.

*

Diese tatsächlichen Machtverhältnisse schreibt man auf ein Blatt Papier nieder, gibt ihnen schriftlichen Ausdruck, und wenn sie nun

niedergeschrieben worden sind, so sind sie nicht nur tatsächliche Machtverhältnisse mehr, sondern jetzt sind sie auch zum Recht geworden, zu rechtlichen Einrichtungen, und wer dagegen angeht, wird bestraft! Ebenso, meine Herren, wird Ihnen jetzt von selbst klar sein, wie man bei diesem Niederschreiben jener tatsächlichen Machtverhältnisse, wodurch sie nun auch zu rechtlichen werden, zu Werke geht.

Man schreibt da nicht hinein: der Herr Borsig ist ein Stück der Verfassung, der Herr Mendelssohn ist ein Stück der Verfassung usw., sondern man drückt dies auf eine viel gebildetere Art und Weise aus.

Will man also z. B. feststellen: die wenigen großen Industriellen und großen Kapitalisten in der Monarchie sollen so viel Macht haben und mehr als alle Bürger, Arbeiter und Bauern zusammengekommen, so wird man sich hüten, das in dieser offenen und unverhüllten Form niederzuschreiben. Aber man erläßt ein Gesetz, wie z. B. das oktroyierte Dreiklassenwahlgesetz vom Jahre 1849, durch welches man das Land in drei Wählerklassen einteilt, gemäß der Höhe des Steuerbeitrages, den die Wähler entrichten und der sich natürlich nach ihrem Kapitalbesitz bestimmt.

*

Was auf das Blatt Papier geschrieben wird, ist ganz gleichgültig, wenn es der realen Lage der Dinge, den tatsächlichen Machtverhältnissen widerspricht.

*

Verfassungsfragen sind ursprünglich nicht Rechtsfragen, sondern Machtfragen; die wirkliche Verfassung eines Landes existiert nur in den realen tatsächlichen Machtverhältnissen, die in einem Lande bestehen; geschriebene Verfassungen sind nur dann von Wert und Dauer, wenn sie der genaue Ausdruck der wirklichen in der Gesellschaft bestehenden Machtverhältnisse sind.

(Aus der epochalen, im Jahre 1862 gehaltenen Rede)

Hugo Stinnes

Von Paul Ufermann

Hugo Stinnes hatte der deutschen Großindustrie, wie sie den Krieg überstand, richtungweisend neue Wege eröffnet. Die als vertikale Konzentration bekannte organisatorische Verbindung aufeinanderfolgender Produktionsstufen wurde von ihm zuerst im großen Ausmaß durchgeführt. Mit Stinnes wurde die Epoche der Kartell- und Syndikatspolitik überwunden, die der deutschen Wirtschaftsgeschichte der letzten drei Dezennien ihren Stempel aufgedrückt hatte.

Hugo Stinnes wurde am 12. Februar 1870 in Mülheim an der Ruhr geboren. Seine Mutter entstammte der Heimat Poincarés, Lothringen. Der romanische Typus, den Stinnes aufzuweisen hatte, ist aus dieser Abstammung durchaus erklärlich. Sein Vater, Hermann Hugo Stinnes, war das dreizehnte Kind des Begründers der Firma, Matthias Stinnes. Dieser kaufte im Dezember 1810 blutjung in Mülheim an der Ruhr einen Kohlenberg und einen Nachen, wo-

mit er den Grundstein zur Firma legte. Das Geschäft nahm einen schnellen Aufschwung. 1839 erbohrte der alte Stinnes auch in der Essener Gegend in einer Teufe von 36 Lachtern das erste Kohlenflöz. Die Zeche „Graf Beust“, die hier entstand, brachte im Jahre 1842 die erste Dampfmaschine des Ruhrgebiets in Bewegung. 1843 wurde der erste Rheindampfer von Stinnes in Fahrt gesetzt. Als Matthias Stinnes 1845 starb, hinterließ er einen Komplex von Industriewerken und eine stattliche Rheinflotte, nebst einer Handelsmacht in Kohle.

Die Stinnes standen an der Wiege der deutschen Kohlen- und Großindustrie. Sie erlebten deren sämtliche Entwicklungsstufen mit. Der Kohlenhandel war ihre ureigenste Domäne, die Rheinschiffahrt zum größten Teil ihr Werk. Es war deshalb natürlich, daß Hugo Stinnes zu einem der ersten Repräsentanten dieser Industrie- und Handelszweige emporwuchs.

Nachdem er die Schule besucht hatte, trat er beim Hause Später & Co. in Coblenz, einer Großeisen-, Erz- und Kohlenhandlung von Ruf und Rang, in die Lehre. Mit ihm gemeinsam lernte dort ein anderer, der es ebenfalls zum Konzerngebieter bringen sollte: Hermann Klöckner. Als Stinnes die Bergakademie in Berlin absolviert hatte, trat er, nach dem Tode seines Vaters, in das Familiengeschäft ein. Doch, kaum dreiundzwanzigjährig, machte er sich selbständig, indem er eine eigene Firma, Hugo Stinnes G.m.b.H. in Mülheim an der Ruhr, mit 12 500 Talern Stammkapital gründete. Aus dieser Kernzelle entwickelten sich die Riesenkonzerne, die er bei seinem Tode hinterließ.

Die industrielle Sturm- und Drangperiode nach 1890 leitete eine Epoche ein, die die deutsche Eisen- und Stahlindustrie zum kompaktesten Machtfaktor des europäischen Kontinents machen sollte. Sie bildeten das Rückgrat der wilhelminischen Großmachtpolitik, teilweise schuf sie deren Voraussetzungen. Der Feuerkopf Stinnes stand während dieses Eiltempo der Entwicklung an erster Stelle.

Von Stinnes' Vorkriegserfolgen wären zu nennen: die Gründung der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.G. und das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk. In ersterem Unternehmen stellte er die charakteristische Verbindung zwischen Kohlen- und Eisenwerken her und schuf den Rahmen für die Zusammenarbeit des rheinisch-westfälischen und lothringisch-luxemburgischen Industriegebiets. Damit waren Kohle und Erz vereinigt, jene maßgebenden Faktoren der Wirtschaft, die durch den Krieg zerrissen wurden und um deren Wiedervereinigung jetzt am Rhein und an der Ruhr zwischen Franzosen und den Deutschen gekämpft wird. Die Stinnessche Rheinflotte verband in sinniger Weise das Dreieck Lothringen-Luxemburg, Saargebiet und Rheinland-Westfalen. Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk spannte seine Leitungsdrähte über das Ruhrgebiet und die um-

liegenden Industriegegenden. Daneben hatte Stinnes Schiffahrtsinteressen und Handelsgeschäfte aufzubauen begonnen.

Und nun der Krieg! Dieser legte breite Straßen frei für Leute, die sich auf Geschäfte verstanden. Es ist überflüssig zu sagen, daß Stinnes dabei die Spitze nahm. Er verstand es nicht nur, seine Industriewerke bis zum letzten anzuspinnen, nicht nur schleppten seine Schiffe Riesenlasten, sondern er wußte auch Quellen zum Fließen zu bringen, die die deutsche Kriegsmaschinerie mit Rohstoffen und Gebrauchsgegenständen aller Art versorgten. In Deutschland, Belgien oder Nordfrankreich, überall, wo es industrielle oder handelspolitische Fragen zu lösen gab, war er vertreten. Die Gewinne multiplizierten sich, die Notenpresse der Herren Helfferich und Havenstein lieferte die finanzielle Munition, Stinnes schaufelte, seine Geldschränke füllten sich.

Er ging daran, die übermäßig hereingekommenen Kriegsgewinne zweckmäßig zu verwenden, kaufte Sachwerte, Industrieunternehmen aller Art und rundete seine Werke ab, indem er den Weg der vertikalen Konzentration beschritt. Schiffahrtsgesellschaften entstanden, der Grundstein zu den späteren Export- und Importgeschäften wurde gelegt.

Als der Krieg vorüber war, schien ein sozialer Umsturz tiefgehendster Art sich anzubahnen. Viele Unternehmer verloren den Kopf, sie glaubten, das Ende der bürgerlichen Staats- und Gesellschaftsordnung sei gekommen. Anders Hugo Stinnes. Er war der Eifrigste bei der Gründung der Arbeitsgemeinschaft zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern. So wurden Teile des wild-reißenden Stromes der proletarischen Energie in das geruhsame Bett der gegenseitigen Verhandlungen gezogen.

Und während die Inhaber der politischen Gewalt, die Arbeiter, sich herumstritten, zog ein anderer Helfershelfer der Kapitalkonzentration schleichend herum: die Inflation. Sie sollte denen, die ihr Geheimnis früh genug zu ergründen vermochten, noch viel größere Gewinne bringen als der Krieg. Als andere noch mit dem Geld als mit einem konstanten Faktor rechneten, erkannte Stinnes bereits die Markentwertung. Er machte Schulden, wie sie nur zu machen waren, wenn sie später mit einem Butterbrot zurückgezahlt werden konnten.

Noch ehe die deutschen Arbeiter sich dessen bewußt wurden, daß die soziale Revolution sich immer mehr in nebelhafte Fernen verlor, hatte Stinnes den Grundstock zu seinen Industriekonzernen gelegt. Die Besitzungen, die infolge des Friedensvertrages im Südwesten Deutschlands abgetreten werden mußten, suchte er durch Angliederungen gleichartiger innerdeutscher Betriebe zu ergänzen. So kamen die großangelegten Verbindungen zustande, die in der Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union ihren Höhepunkt erreichten.

Größe Unternehmungen der Rohstoffindustrie wurden mit solchen der Fertigfabrikation in Gestalt von Interessengemeinschaftsverträgen, deren Gültigkeit bis zum Jahre 2000 reicht, verbunden.

Neben dieser Gemeinschaftsarbeit mit andern Größen der Industrie schuf Stinnes seine Privatkonzerne. Hier wirkte sich sein ruhe- und fesselloser Geist rücksichtslos aus. Versuchen wir diesen Teil seiner Macht mit einigen Worten zu erfassen. In Hamburg entstanden Schifffahrtsgesellschaften, deren Schiffe auf eigenen Werften gebaut werden konnten. Damit einher ging der Aufbau international verästelter Export- und Importgeschäfte zur Ein- und Ausfuhr von Rohstoffen und Fertigprodukten aller Art. In der Hamburger Verkehrs-A.-G. werden Hotels, Kurhäuser usw. vereinigt. In Ostpreußen werden Papier-, Zellstoff- und Zellulosefabriken erworben, die aus eigenen Wäldern ihr Holz bekommen. In Berlin, Leipzig, Frankfurt a. M., Halle, München usw. gehen große Druckereien und Verlagsgeschäfte auf Stinnes über. Tageszeitungen, Zeitschriften und Korrespondenzbüros folgen. Damit wird Stinnes zum Beherrscher eines großen Teils der öffentlichen Meinung. Ein Petroleumkonzern von gewaltigen Verbindungen entsteht. Eine große Versicherungsgesellschaft wird verschluckt. Banken werden erworben, um in ihnen finanzielle Knotenpunkte zu schaffen. Filmgesellschaften, landwirtschaftliche Betriebe, Margarinefabriken usw. usw., alles sammelt sich im Stinnes-Konzern. Wir haben hier nur das Wichtigste herausgegriffen; es wird genügen, um eine Vorstellung zu machen, daß die Macht des Inflationskönigs Stinnes im Zeitraum weniger Jahre mächtig in die Tiefe und Breite gewachsen war.

Im Ausland, in allen Ländern von Bedeutung, entstanden Tochtergesellschaften, soweit sie nicht bereits vorhanden waren. In Oesterreich fand sich in Castiglioni ein ebenbürtiger Bundesgenosse. Beide verbanden sich und dehnten ihr Machtbereich in fast allen Industriezweigen Oesterreichs und den Nachfolgestaaten aus. Der bedeutendste Besitz des Konzerns Stinnes-Castiglioni in Oesterreich ist die Alpine Montangesellschaft. — Und so gewahren wir die Fäden der Stinnesschen Unternehmungen in allen Erdteilen, seine Schiffe mit der schwarz-weiß-roten Bauchbinde um den Schornstein und den gekreuzten Hämmern darin tragen seinen Namen über die ganze Welt. Selten gab es einen Deutschen, dessen Energie so vielgestaltig nach allen Seiten ausstrahlte.

Daß Stinnes nicht zum Politiker berufen war, mag er wohl selber eingesehen haben. Seine Leistungen auf diesem Gebiet reichen kaum an die eines Durchschnittspolitikers heran. Soweit er in den Gang der Außenpolitik einzugreifen versuchte, ist es zumeist zum Schaden für Deutschland gewesen. Man denke an sein Auftreten in Spa, wo die Rede Otto Huës, nach dem provokatorischen Vorstoß von Stinnes, geradezu wie eine Erlösung wirkte. Das Wiesbadener Abkommen Rathenaus bekämpfte er mit der ihm eigenen

Rücksichtslosigkeit, um ein Jahr später mit dem Marquis de Lubersac die von Rathenau angebahnten Sachlieferungen durch einen groß-angelegten Vertrag in die Tat umzusetzen. Allerdings, nachdem die Sachlieferungen von der lästigen Kontrolle der Regierung und der Gewerkschaften bereinigt waren. Stinnes, der mit so heftigen Worten gegen die Erfüllungspolitik Rathenaus aufgetreten war, wurde zum größten Erfüllungspolitiker, als er den Gang nach Canossa, zur Micum in Düsseldorf, antrat. Und was sein Generaldirektor Vögler für den Ruhrbergbau zu erfüllen versprach, hatte Rathenau nicht im entferntesten zugestanden.

Obwohl die Qualifikation zum Politiker großen Stils von jedermann bestritten wurde, übte Stinnes faktisch die Herrschaft über die Republik aus. Landauf, landab, auch von unserer Seite, erscholl der Ruf von einer Stinnes-Republik, selbst wenn Gegner von Stinnes die Regierungsgeschäfte besorgten. Wir als Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung, die wir schon von Lassalle die Binsenwahrheit in uns aufnahmen, daß Herr Borsig ein Stück Verfassung sei, sollten doch nachgerade wissen, daß ein Beherrscher der Wirtschaft letzten Endes auch die Politik maßgebend beeinflußt. Es mußte als ein Mangel von Einsicht in die historischen Triebkräfte des Klassenkampfes bezeichnet werden, daß die Arbeiter in dem hinter uns liegenden Jahrfünft ihre teilweise einzige Aufgabe im Schimpfen auf Stinnes und in der Inszenierung von Lohnbewegungen sahen, anstatt reale wirtschaftliche Gegenkräfte zu schaffen, die diese Uebermacht eines Stinnes zu kompensieren in der Lage gewesen wären. Diese Gegenkräfte denken wir uns in starken, innerlich gefestigten und intellektuell hochstehenden Gewerkschaften, an deren Seite eine Betriebsräteorganisation mit weitem Wirkungsgrad zu marschieren hätte.

Stinnes war der Prototyp des deutschen Großkapitals. Was er geschaffen, muß in der Zukunft seine Existenzberechtigung beweisen. Hält sein Werk, was es verspricht, kann Stinnes als ein großer Marxist der Praxis angesprochen werden, denn was Marx bezüglich der Konzentration der Produktionsmittel vor 70 Jahren theoretisch ersann, hat Stinnes in der Praxis weitgehend verwirklicht. Der Sozialismus bekommt, von den Zinnen der Stinnesschen Riesenkonzerne aus gesehen, ein anderes Gesicht als von der Basis zersplitterter Kleinbetriebe.

Nun ging der Mann, der soviel Machtmittel in seiner Hand vereinigte, von hinnen. Seine Söhne, Edmund und Hugo, und seine Direktoren werden das Werk des Meisters fortzusetzen versuchen. Hoffentlich sorgen die Nichtsachwertbesitzer dafür, daß sie bei den Stinnesen der Zukunft nicht lediglich als Sklaven in Rechnung gestellt werden.

Zu den bayerischen Landtagswahlen

Von Ernst Niekisch

Als die Bayerische Volkspartei 1920 das Bündnis mit den Deutschnationalen (Bayerische Mittelpartei) und ihrem deutschvölkischen Anhang eingegangen war, hatte sie gehofft, den Bundesgenossen gründlich hinters Licht führen und mißbrauchen zu können. Die Bayerische Volkspartei ist separatistisch, weißblau-wittelsbachisch; Dr. Heim, der 1918 für die Donaumonarchie unter Frankreichs Schutz geworben hatte, sprach damals ihre geheimsten Wünsche und Sehnsüchte aus. Nichts freilich war der Entfaltung der bayerischen „Staatspersönlichkeit“ hinderlicher als eine starke Reichsgewalt; Erschütterung der Reichsautorität, Auflockerung des Reichsgefüges waren mithin die ersten Voraussetzungen für den Erfolg der separatistischen Politik der Bayerischen Volkspartei. Bayern bot allen Feinden der Republik und des Reiches eine Freistatt an; alle die Maulwürfe, die den Reichsbau unterhöhlen, Ludendorff, Hitler, Ehrhardt, Roßbach wurden in Bayern mit offenen Armen aufgenommen.

Nun erlebte die Bayerische Volkspartei freilich an ihren schwarz-weiß-roten Freunden keine reine Freude. Wenn auch Dr. Heim „Föderalismus“ sagte, so wußte Ludendorff doch, daß „Separatismus“ gemeint war. Die Deutschvölkischen, die bald die Führung der schwarz-weiß-roten Reaktion innerhalb Bayerns an sich gerissen hatten, empfanden deutlich genug, daß die separatistische Einstellung der Bayerischen Volkspartei dem schwarz-weiß-roten Hohenzollernreich ebenso gefährlich sei wie der schwarz-rot-goldenen Republik. Sie setzten wohl den Kampf gegen die „Judenrepublik“ ins Werk; dabei waren sie jedoch gleichzeitig besorgt, die Massen, die ihnen Gehör schenkten, gegen die Bayerische Volkspartei einzunehmen. Zwischen der Bayerischen Volkspartei und den Deutschvölkischen begann ein Wettlauf um die Seele des bayerischen Volkes.

Hand in Hand damit verlief das Ringen um die Herrschaft über den bayerischen Staatsapparat. Die Verwaltung und das Schulwesen blieben im großen und ganzen unter dem Einfluß der Bayerischen Volkspartei; nicht umsonst betrachtete Hitler den Innenminister Schweyer als seinen gehäßigsten Feind. Den bayerischen Justizapparat hingegen eroberten sich die Deutschvölkischen; es erwies sich für sie vorteilhaft, daß die Deutschnationalen Dr. Roth und Gärtner Justizminister gewesen waren. Das Münchener Volksgericht hatte schon während des Fuchs-Machhaus-Prozesses gezeigt, daß es sich als Organ der schwarz-weiß-roten Reaktion fühle; noch deutlicher trat dies im Verlaufe des Hitler-Prozesses in Erscheinung.

Der Argwohn, mit dem die Deutschvölkischen die Bayerische Volkspartei beobachteten, hatte im November 1923 Hitler dazu

verleitet, „vorzuprallen“. Die „Treulosigkeit“ Kahrs war damals wohl darauf berechnet gewesen, die lästige deutschvölkische Bewegung sich in ihrem hochverräterischen Abenteuer abwirtschaften zu lassen. Indes bot sich das Münchener Volksgericht bereitwillig als Schauplatz dar, von dem aus die Deutschvölkischen eine weithin wirkende Wahlpropaganda für sich und eine grimmige moralische Offensive gegen die Bayerische Volkspartei zu unternehmen vermochten.

Als die Bayerische Volkspartei auf die Landtagsauflösung hinarbeitete, vertraute sie wohl darauf, daß sie innerhalb der bäuerlichen katholischen Bevölkerung zu tief verwurzelt sei, um große Verluste befürchten zu müssen. Ihr ländlicher, klerikaler Charakter gab ihr von vornherein einen gewaltigen Vorsprung vor dem schwarz-weiß-roten Nebenbuhler; nach wie vor hatte sie in der katholischen Geistlichkeit die wirksamsten Wahlhelfer. Demgegenüber ist die deutschvölkische Bewegung doch nur recht wenig bodenständig in Bayern. Sie hatte Erfolg unter dem durch die Inflation enteigneten Mittelstand, unter politisch blindem Studententum, unter der großen Zahl der infolge der Kriegsfolgen entwurzelten Existenzen. Ihre sozialrevolutionäre und nationalistisch überhitzte Ideologie wandte sich an das Gefühl von Verzweifelnden, Unzufriedenen und Deklassierten. Im Grunde genommen sind solche Schichten stets politischer Flugsand, auf dem feste politische Gebäude nicht errichtet werden können. Trotz der Einbußen, die die Bayerische Volkspartei bei der vergangenen Wahl in den Städten erlitt, weiß sie jetzt nach der Wahl, daß sie auch fernerhin auf dem flachen Lande festen Boden unter den Füßen hat. Infolgedessen hat sie keinen Anlaß, bei der bevorstehenden Regierungsbildung und Regierungstätigkeit sich zu überstürzen und zu überhasten; sie kann warten und darf sich bewußt sein, gegenüber den Deutschvölkischen den längeren Atem zu haben.

Die Hirtenbriefe, Fastenpredigten, religiösen Ansprachen und seelsorgerlichen Ermahnungen, an denen in der letzten Zeit der Kardinal Faulhaber so überaus fruchtbar ist und in denen er immer wieder den Gläubigen seine „schweren Besorgnisse“ um das Schicksal der katholischen Kirche in Bayern anvertraut, sind bereits die ersten und höchst wirkungsvollen Vorbereitungen der Bayerischen Volkspartei, den verlorenen Boden auch in den Städten wieder zurückzugewinnen.

Die Hauptleidtragenden bei dem Wettlauf zwischen der Bayerischen Volkspartei und den Deutschvölkischen um die Seele des bayerischen Volkes waren die übrigen bürgerlichen Parteien. Insbesondere erlitten jene Parteien, die nicht prinzipiell monarchistisch sind, vernichtende Verluste. Freilich hat noch nie eine Partei ihren Zusammenbruch mehr selbst verschuldet als die bayerische demokratische Partei. Sie hat nie ein offenes Bekenntnis zu Republik und Reichsautorität gewagt und hat stets die Scheidelinie ver-

wischt, durch die sie sich schon programmatisch von den bayerischen Reichszerstörern hätte getrennt fühlen müssen; so entglitt ihr die Gefolgschaft, die sich um lärmendere Trommler scharte. Die schroffen Gegensätze, die sich in Bayern zwischen der schwarz-weiß-roten und weiß-blauen Reaktion aufzutun, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß nahezu das gesamte bayerische Bürger- und Bauerntum sich zur Reaktion, also gegen die Republik, bekannt hat.

Die einzig zuverlässige Stütze der Republik in Bayern ist die Arbeiterschaft. Es ist in Bayern gefährlich, Sozialist und Republikaner zu sein; Gefängnisse winken und Verfolgungen drohen. Dazu haben fast alle Reichsregierungen bisher den bayerischen Stützen der Weimarer Verfassung Hilfe versagt. Das hat sicher der Sozialdemokratie Abbruch getan; zahlreiche Ungeduldige und Enttäuschte mögen da in das Lager der Kommunisten abgewandert sein, deren gewonnene Mandate, wie die Dinge in Bayern liegen, verlorene politische Größen sind. Auf Mitläufer hat auch sicherlich die Parole: „Gegen den Marxismus!“ Wirkung geübt, jene Parole, die raffiniert an die Eigentumsinstinkte des politisch kurzsichtigen Bürgers und Bauern anknüpft und die Sozialdemokratie verdächtigt, dem fleißigen und sparsamen Staatsbürger „sein Letztes“ aus der Tasche zu rauben. Nichtsdestoweniger ist die sozialdemokratische Fraktion noch stark genug, um sich Aufmerksamkeit erzwingen zu können, wenn sie auch weiterhin angesichts schwärzester Reaktion für Reichseinheit und Republik ficht.

Wohl wird sich die Bayerische Volkspartei in der Verfolgung ihrer separatistischen Politik für absehbare Zeit starke Mäßigung auferlegen müssen. Die schwarz-weiß-rote Konkurrenz hat ihr gelegentlich des Volksentscheides fühlbar gemacht, daß sie bereit ist, sogar im Verein mit der Sozialdemokratie, allzu weitgehende weiß-blaue Wünsche zu Fall zu bringen. Noch bleibt uns ein bayerischer Staatspräsident erspart, der sich lediglich als Statthalter Rupprecht Wittelsbachs fühlen und als Opponent gegen den Reichspräsidenten betragen würde; auch die zweite bayerische Kammer, die als ein gefügiges Organ bayerisch-separatistischer Politik und als sprengender Keil für das parlamentarische System gedacht war, tritt nicht ins politische Dasein.

Der Kampf zwischen den beiden Richtungen der bayerischen Reaktion, der weiß-blauen und der schwarz-weiß-roten, wurde durch die Wahlen nicht entschieden; die Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen den Nebenbuhlern wird vermutlich noch zu manchen Verschärfungen der Gegensätze führen. Das freilich kann unter allen Umständen gesagt werden: beide Richtungen werden sich sofort zusammenfinden, wenn es gilt, die republikanische Staatsform zu zerstören und alle freiheitlichen Einrichtungen Deutschlands zu zertrümmern.

Wie kann und wird der Sozialismus zur Verwirklichung gelangen?

Von Eduard Bernstein

(Schluß)

Es heißt also, die Dinge nur sehr äußerlich beurteilen, wenn man sagt, der Kapitalismus sei heute dasselbe wie ehemals. Er ist es auf wichtigen Gebieten nicht mehr, und die Linie der Entwicklung, die sich da vollzogen hat und vollzieht, weist trotz aller unter den Rückwirkungen des Krieges zeitweilig möglich gewordenen Reaktionserscheinungen deutlich in die Entwicklung zum Sozialismus. Ähnlich auf anderen Gebieten des Wirtschaftslebens. Die vor Ausbruch des Weltkrieges in einem Lande nach dem anderen zum Durchbruch gelangte Tendenz, Abteilungen der Produktion, des Verkehrs und des Austauschs, deren Bewirtschaftung durch Privatunternehmer aus dem einen oder anderen Grunde als dem Allgemeininteresse zuwiderlaufend erkannt wurde, in öffentlichen Betrieb zu überführen oder unter verschärfte öffentliche Kontrolle zu stellen, konnte wohl während des Krieges eine zeitweilige Ablenkung auf für Kriegszwecke notwendige Zusammenfassungen erleiden, kann aber keine dauernde Beeinträchtigung erfahren. Denn das Wachstum der kapitalistischen Unternehmungen und deren Tendenz zur Kartellierung und Fusionierung kennt unter dem Druck der Zwangsgesetze der kapitalistischen Konkurrenz keine Unterbrechung. Und die Staaten ertragen, je mehr sie unter den Einfluß der Arbeiterklasse geraten, um so weniger die Beherrschung durch die Monopole der Industrie, des Handels und der Finanzen.

Was den Einfluß der Arbeiterklasse, die die Hauptträgerin, wenn auch nicht die einzige Lieferantin von Trägern des sozialistischen Gedankens ist, in den von der kapitalistischen Industrie stärker erfaßten Ländern ferner zunehmend steigert, ist, daß die Ausbreitung dieser Industrie die wachsende Verstadtlichung des sozialen Lebens zur Folge hat. Die Städte wachsen an Zahl und Umfang, sie steigern die Kulturbedürfnisse ihrer Bewohner, unter denen die Arbeiterklasse einen immer größeren Raum einnimmt, und ihre Verwaltung erfordert daher immer größere Mittel, was sie dazu treibt, Verkehrs- und andere Unternehmungen, die vom Verbrauch der Allgemeinheit Erträge abwerfen, in kommunalen Betrieb zu übernehmen. Früher oder später geht in diesen Ländern der Staat denselben Weg. In gleicher Weise entziehen die Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter, sobald sie zu einiger Stärke gediehen sind, Produktions-, Austausch- und Verkehrsunternehmungen der kapitalistischen Ausbeutung.

Das sind im wesentlichen die Wege, auf denen der Sozialismus zur Verwirklichung gelangen kann und wird. Das Kann ist gegeben, wo die Arbeiterklasse stark genug geworden ist, maßgebenden Einfluß auf das öffentliche Leben auszuüben, ihren sozialen Begriffen allgemeine Geltung zu erkämpfen, ihre Rechtsauffassung dem öffentlichen Geist aufzuprägen. Das Wird aber wird nur dort eintreten, wo die Arbeiterklasse mit der zahlenmäßigen Stärke den Willen, die moralische Kraft und die politische Fähigkeit verbindet, diese Aufgaben zu erfüllen. Einzelne Maßnahmen sozialistischer Natur, das heißt, die die Herrschaft der Kapitalisten einschränken, Monopole für die Allgemeinheit in Anspruch nehmen und ähnliches mehr, können auch ohne das zur Verwirklichung gelangen, soziales Fühlen und Handeln ist kein Alleingut der Arbeiter. Aber in dem weiten Umfange, der nötig ist, der ganzen Gesellschaft ein anderes Gesicht zu verleihen, sie mit jener sozialen Auffassung zu durchdringen, die wir oben als die Idee der Arbeiterklasse kennengelernt haben, wird der Sozialismus nur verwirklicht werden, als Ergebnis unausgesetzter politischer Arbeit der sich ihrer geschichtlichen Aufgabe bewußten und sich als ihr gewachsen bewährenden Arbeiterklasse.

Dies die unerläßliche Bedingung. Das Wie der Erfüllung hängt von einer ganzen Reihe von Vorbedingungen ab, die sich im einzelnen nicht vorausbestimmen lassen. Und keineswegs wird sie das Werk eines Tages sein und sich nach einem fix und fertigen Schema abwickeln. Von den verschiedensten Seiten her wird sich die Umwandlung des gesellschaftlichen Wesens vollziehen. Und es ist eine Utopie, zu glauben, daß die sozialistische Gesellschaft auch in Kürze mit allen wirtschaftlichen Unternehmungen, sei es auf dem Gebiet der Produktion, des Austauschs oder des Verkehrs aufzuräumen werde, die in ihrem Wesen der Gesellschaftsepoche der freien Konkurrenz und des Privateigentums an den Produktionsmitteln angehören. Niemals, seit es eine Geschichte von Staaten gibt, hat in einem Staat ein Gesellschaftsprinzip in absoluter Reinheit das Leben der Bevölkerung geregelt. In dem Staatswesen des Altertums haben sich viele Generationen hindurch Reste der früheren Stammeseinrichtungen erhalten. Und als das größte Staatswesen der alten Welt, Rom, zusammenbrach, hatten sich in seinem Schoße schon die Elemente einer neuen Gesellschaftsform, des Feudalismus, entwickelt und Wurzel geschlagen. Die Staaten jedoch, in denen; nach dem Einbruch der nordischen Barbarenvölker und der großen Völkerwanderung, jener herrschende Gesellschaftsform wurde, weisen noch lange Ueberbleibsel der antiken, auf der Haus- und Familienwirtschaft beruhenden Produktionsweise auf und sehen dann auf ihrem Boden eine neue Produktionsweise sich ausdehnen, die bürgerliche, später kapitalistische Produktion, die wieder eine sehr starke Ausbreitung erlangt, ehe

die feudale Gesellschaftsordnung der bürgerlichen die Rolle der herrschenden Gesellschaftsform abtritt. So ist es der bürgerlichen Gesellschaftsordnung ergangen und wird es voraussichtlich auch der sozialistischen Gesellschaftsordnung ergehen. Nur utopistische Schwärmer und Doktrinäre können dieser eine strenge Uniformität voraussagen und wünschen.

Eindrücke von Paris

Von Hedwig Wachenheim

Licht empfängt. Vor den kleinen, an Italien erinnernden Cafés sitzen die Menschen im Freien und trinken ihre Grenadine. Die Straße ist in unaufhörlicher Bewegung. — Wir fahren durch Montmartre. Licht flutet von den Straßen, Dächern, Häuserwänden. Moulin Rouge, Bal Tabarice, Units blanches, grüne und rote Lichträder rufen in die Nacht. Autos kommen, wie die Köpfe der Hydra, verschwindet eins, tauchen zehn neue auf.

Der Tag erhält den Eindruck nicht endender Bewegung. Man sieht die Straße gar nicht, sie selbst ist in Bewegung. Kleine Autos flitzen in Reihen nebeneinander. Omnibusse trampeln einer immer hinter dem andern. Manchmal läßt die Vorsehung eine Lücke, dann fluten die Menschen durch. An den großen Plätzen und Uebergängen hält mit großer Geste der becapte Schutzmann die Flut auf. Dann stauen sich die Vehikels 100 Meter weit. Und diese Bewegung ist nicht nur auf den Boulevards und den Straßen der inneren Stadt, sie ist auf Montmartre, auf Montparnasse, im Quartier Latin, am Place de la Republique, in den andern Vorstädten. Am schönsten ist der Place de la Concorde, der in seiner ganzen Größe in solcher Bewegung ist. Herrlich ist er abends, wenn über dem surrenden Verkehr tausend Birnen glühen in geheimnisvoller Symmetrie und dieser irgendwie rhythmisch gefesselte Lichterglanz im breiten Streifen durch die Champs Elysées aufsteigt. Alles, was der parisfremde Deutsche beim Wort „Paris“ fühlt, nervöse Bewegung, Eleganz, Düfte schöner Frauen, Nachtleben, 1789, Weltstadt, Hauptstadt des Kontinents, Siegestaumel, Machtwillen, ist dann in diesem Platz, wo einst die Guillotine stand, in dessen Licht die Deputiertenkammer über der Seine und hinter dem Anstieg der Champs Elysées der Arc de Triomphe leuchtet.

Die Weite der Plätze, die Breite der Straßen, das sind Schönheiten dieser Stadt. Welch souveräne Raumverschwendung durch die Boulevards, die Plätze und Parks. Von dieser Raumfülle rührt die Wirkung des Concordeplatzes, auch des Invalidenhotels her. Und diese Stadt hat noch eine Schönheit, die sonst nur der Vorzug alter Städte und dem heutigen Städtebau fremd ist, und die Paris Napoleon und der Zeit vor ihm dankt: Straßenführung und Straßenabschlüsse sind prachtvoll.

Aber manchmal zuckt der Deutsche zusammen, so, wenn er durch eine Seitenstraße der Boulevards die Kirche Sacré-Coeur von Montmartre leuchten sieht, und fragt sich: sollte etwa hier, hier in Paris Wilhelm II. künstlerisch tätig gewesen sein? Wer in Italien war, weiß, daß der wilhelminische Stil nicht allein wilhelminisch und deutsch ist. Wilhelm II. war schließlich nur der Prototyp einer directionslosen Bourgeoisie, die auch anderer Länder Kunst ihr Signum gab und gibt. Der Pariser Kitsch ist graziöser, legerer als der deutsche, dafür süßlich und zahlreicher. In der modernen Malerei und Skulptur wird er von Genies überwunden, in Architektur und Kunstgewerbe ist kaum Wille dazu zu finden. Durch welchen Wust von Süßlichkeit und Mittelmäßigkeit muß man sich im

Luxembourg und im Petit Palais durcharbeiten, um die Rodins, Courbets, Cezannés, Gauguins zu genießen. Welche Greulichkeit an falscher Pathetik das Revolutionsdenkmal im Chor des Pantheon vor den herrlichen Genovevafresken Puvis de Chavannes. Wie zuckersüß das Maupassantdenkmal im Parc Monceau. Der Umbau des Warenhauses Printemps hat die grandiose Raumverschwendung übernommen. Um einen Riesenlichthof liegen die Galerien. Die Anlage ist gut, aber mit welch entsetzlichen Verzierungen hat man das Ganze übergossen! Die Kulissen der Theater sind etwa Deutschland 1900 vor der Shakespeare-Bühne und all den Versuchen, zu neuen Formen zu kommen. Das Kunst- und Gebrauchsporzellan, das ausgestellt wird, ist mit deutschem nicht zu vergleichen. Aber in einem Kunstgewerbe läßt Paris Deutschland weit zurück. Das ist die Frauenkleidung. Da ist alles unübertroffen. Und fast alle die Läden, die wie unausgesetzt, nur von Cafés und Restaurants unterbrochen, die Boulevards, die großen Straßen alle, die Rivoli, die de la Paix, die Royale, die St. Honoré, die Avenue de l'Opera und all die hundert andern umranden, sind der Schönheit und dem Luxus der Frau gewidmet. Da liegen in schöner Anordnung feine handgenähte Crêpe de Chine- und Batistwäsche, liegen Parfüms, Seifen, Pelze, Spitzen, Schmuck, Hüte und in endloser Variation die gradlinigen Kleider der Mode von vornehmer Einfachheit und unerhörtem Charme.

Jede Stelle dieser Stadt, deren modernes Leben so fasziniert, ist historischer Boden. Sie war Mittel- und Ausgangspunkt der Geschichte des Landes, die, unaufhörlich in Bewegung, immer wieder die ganze, alte Welt in ihren Strudel zog. Wie lebendig mahnen Bastilleplatz und Tuileries an die große Revolution! Der Invalidendom enthält Napoleons Grab. Der Hügelfriedhof Père-Lachaise birgt stolze große Männer der Nation. Aber viel ältere Zeugen erinnern an eine stolze Vergangenheit. Da sind die Thermen aus der Spätantike, da Paris einen römischen Kaiserpalast hatte, da ist die köstliche Sainte Chapelle, für die auf den Kreuzzügen erworbenen Reliquien von Ludwig dem Heiligen gebaut, da ist die stolze, schöne Notre Dame, die Mutter aller gotischen Kirchen. Da sind reiche Kunstschatze vom frühen Christentum bis zur Barockzeit im ehemaligen Absteigehotel der Cluniazenser Mönche, dem Musée de Cluny. Da sind Kirchen in den reizvollen Mischformen überalterter Gotik und junger Renaissance. Und am Louvre haben die Könige seit Franz I., haben Empire, 3. Kaiserreich und die Republik gearbeitet. Und zur Anhäufung der unermesslichen Schätze dieses Museums, das viel zu weit ist, um bei 10 Tagen Pariser Aufenthalt ruhigen Kunstgenuß zu gestatten, haben alle Epochen französischer Geschichte seit der Renaissance beigetragen. Von den Aegyptern bis zu den Impressionisten sind Skulptur und Malerei, und auch das Kunstgewerbe hier vertreten. Wer München, Rom, Süditalien und Griechenland nicht kennt, empfängt hier das erste Bild von griechischer Kunst. Und sonderbar, das große Museum dieser Stadt, deren modernes Bild die Frau beherrscht und deren politische und Kulturgeschichte stärker als die anderer Länder Frauen beeinflußt haben, ist beherrscht von zwei Frauenbildern. Wie viel ist von diesem Lachen der Gioconda geschrieben worden, wie unheimlich und erregend ist es immer wieder. Und wie erregend die Bewegtheit der Venus von Milo, die nur beim Original ganz zum Ausdruck kommt.

Der Triumph höfischer Prachtentfaltung ist Versailles. Wie lebendig wird hier Geschichte. Wie lebendig wird, daß ein Volk, das jahrzehntelang an Steuern verblutete, damit dies geschaffen werden konnte, kalt blieb, als Marie Antoinette mit dem Dauphin auf den Balkon trat, der in den verbauten und doch weiten Hof und auf die pathetische breite Avenue de Paris mit ihren exakten Baumreihen blickt. Die Mittelfront des Schlosses nach dem Garten zu, ist schön, aber die Seitenflügel erdrücken sie. Und wieviel schöner ist doch eigentlich die Würzburger Residenz!

Und es drängen sich, wie könnte es an dieser, für Deutschlands heutiges Schicksal symbolischen Stelle anders sein, Vergleiche auf. Hier steht das Königsschloß — in dessen Theater sich noch jetzt die französische Nationalversammlung, Kammer und Senat, zur Präsidentenwahl einfinden —, Denkmal der glorreichsten Zeit französischen Königstums und wichtigster Ereignisse einer Revolution, deren Ideen die ganze Welt befruchtet haben. Im deutschen Land liegt ein in kleinerem Umfang nicht minder königliches Schloß, aus derselben Kunstepoche, Sitz eines auch in weltlichen Dingen für seine Domäne souveränen Kirchenfürsten. Keine stolze historische Erinnerung knüpft sich daran — es ist ja auch so wenig bekannt —, sondern die an die Zerrissenheit deutschen Volkes. Hier ist ein sonniger und reicher Boden, der ein in kriegerischen und geistigen Leistungen gleich erprobtes Volk mit stolzer nationaler Geschichte trägt, dort das viel kältere Heimatland mit seiner schwerer ertragreich zu gestaltenden Erde, dessen Volk viel weniger vom Römer empfangen, dessen Geschichte ewige Zerrissenheit und Qual gewesen ist, und dessen höchste geistige Leistungen, mit Ausnahme der modernen technischen, beinahe nur es selbst ganz zu verstehen, zu würdigen vermag. Pathetik, Geist, Präzision und Rhythmus der französischen Sprache, die sich wunderbar in der viergliedrigen Fassade der Notre Dame und den Schnörkeln der Fayencen von Rouen wiederholen, zeugen von der lateinischen Verwandtschaft, deren Reiz sich kein abendländisches Volk zu entziehen vermag.

Und immer wieder dringt die Klarheit des Geistes dieses Volkes durch. Hier findet Dostojewski keinen Boden. Ich sah nur eine russische Buchhandlung in Paris. Und in den vielen Kunstsalons der Boulevards und der Rue de La Boétie krampft sich kein Expressionismus. Nachfolge der Manet und Cezané, in modernen, leuchtenden Farben, hat diese Ansätze offenbar überwunden.

Die Franzosen selbst ziehen die Folgerung, daß es historische Gerechtigkeit ist, daß sie uns wieder überlegen sind. Und sie wollen, daß das so bleibe. Darum unterstützen sie den bloc national. Darum geben sie sich jetzt dem von Engländern und Amerikanern eingeführten Sport hin. Und darum sehen sie auch die Reparationsleistungen auf Jahrzehnte, ob sie nun außerdem bewußt oder unbewußt wirtschaftlich an ihr interessiert sind, als eine angemessene Leistung an. Dabei ist die Behandlung einzelner Deutscher durchaus anständig und liebenswürdig.

Trotzdem gibt es jetzt in Frankreich eine starke Bewegung gegen Poincarés Außenpolitik. Schon die enormen Wahlanstrengungen des bloc national sind ein Zeichen dafür, daß er den Gegner fürchtet. Ueberall, auch in der Provinz, ist ein Plakat: *Le boche paie*. Es folgt dem Wort der Sammelaufzuruf der Internationale, von Wels und Adler unterschrieben, aus dem Vorwärts, der schon bei den englischen Wahlen eine Rolle spielte. Und dann: *Le boche paie le bloc des gauches*. — Interessant ist, wieviel ungenierter als bei uns an den Egoismus des einzelnen appelliert wird. Der bloc des gauches tritt für Vermögenssteuer ein. Damit soll das Defizit im Etat gedeckt werden. Da sieht man Plakate der Union d'Interêts économiques mit einem Bauer, auf den eine große Hand greift, und darunter steht: *Impôt sur le capital*. *Ce qui se voit, sera frappé. L'argent seul pourra se cacher*. (Vermögenssteuer. Was man sieht, wird getroffen werden. Das mobile Kapital kann sich verstecken.)

Der bloc des gauches kämpft mit dem Hinweis darauf, daß Poincarés Politik teuer gewesen und nichts eingebracht habe. Der Franc sei seit der Ruhrbesetzung dauernd gefallen, der deutsche Widerstand gegen die Reparationslösung gewachsen, die Engländer seien in der Sicherheitsfrage unzugänglicher geworden. Die erste Pariser Kundgebung gegen den bloc national, ich nahm an ihr teil, war überfüllt, desgleichen eine Versammlung Marc Sangniers in einer Schulaula, die den Deputierten für die Rechenschaftsberichte vor ihren Wählern unentgeltlich zur Verfügung steht.

Marc Sangniers will auch, daß der boche zahle, aber er fand warme Worte für die deutsche Freiheit und teilte Ausführungen, die ihm Würth über die Schuld Frankreichs am Anwachsen der Reaktion in Deutschland gemacht hat, mit. In den französischen Volksversammlungen war vom Valutaproblem (nur mit weniger schmerzlicher Erfahrung), der Reparation und der wachsenden Reaktion in Deutschland so viel die Rede wie in unseren. Pazifisten und Sozialisten stehen dem deutschvölkischen Zauber, der ihre Politik in Frankreich so erschwert und Poincarés Wahlen machen wird, mit Entsetzen gegenüber und begreifen die Ursachen schwer. Sie haben nicht miterlebt, wie dieses deutsche Volk nach vier Jahren fürchterlichster Entbehungen in seiner Niederlage sich an die Hoffnungen der Revolution und Demokratie klammerte, und dann wieder sich enttäuscht abwandte, als unter dem fürchterlichen außenpolitischen Druck die Demokratie nichts zu leisten vermochte. „Poincaré hat Hitler groß gemacht. Wie würdet Ihr gegen solches Los angehen, Franzosen,“ man kann es ihnen nicht oft genug wiederholen. Ob der bloc des gauches siegen wird? Als der Franc fiel und die Teuerung beinahe eine bei den gutes Leben beanspruchenden Franzosen aller Klassen revolutionäre Stimmung hervorrief, sah es so aus. Nun steigt der Franc, seit dem 1. April wird alles billiger. (Der Arbeiter verdient übrigens etwa 25 frcs per Tag bei niedrigeren Preisen als bei uns.) Außerdem hat Poincaré Millerand getrotzt und sein Kabinett nach links ausgebaut.

Die französische Partei macht den Linksblock bei den Wahlen mit, will aber offenbar im Falle des Sieges nicht in die Regierung gehen. Ihre Organisation — sie hat etwa in Frankreich so viel Mitglieder, wie wir in Berlin — ist für uns schwer verständlich. Sie spielt wohl im geistigen Leben des Arbeiters eine geringere Rolle als bei uns. Er ist mehr Individualist, weniger klassenbewußt, dabei politisch ebenso geschult, wohl durch die nationale Ueberlieferung und eine gute Schule. Das Ideal des Franzosen, als Rentner ohne Berufsarbeit zu leben, verträgt sich schlecht mit dem Marxismus. (Wieviel Provinzrentner, Spießer mit dickem Bauch, langem Bart und großer Geste wie von Daumier oder wie des Dr. Bovary sieht man übrigens zwischen allen Lebendigen in dieser Stadt!) Trotz allem verfügt die Partei über eine bedeutende Anhänger-schaft in der Intelligenz.

*

Ich fahre am Tage zurück. Hinter Compiègne beginnen die zerstörten Häuser, noch unbebaute Feldstrecken, schwarze Wiesen sichtbar zu werden. Vom großen Noyon stehen nur noch wenig Straßen. Neugebaut ist wenig. Die meisten Bewohner der Départements devastés sind mit ihrer Abfindung nach Paris oder in andere Städte gezogen. Die neuen Häuser sind Holz- oder Steinbauten. Die letzteren erinnern an unsere neuen Siedlungen, sind aber häßlicher. Einmal sieht man große eingebaute Kanonen. Zerschossene Häuser umgeben den Bahnhof von Saint Quentin, die große gotische, die Stadt überragende Kirche hat offene Fensterhöhlen. Bis Maubeuge ziehen sich die Zerstörungen des Krieges. Aber fürchterlicher als was das Auge sieht, ist der Gedanke, über ein Feld zu fahren, auf dem vier Jahre wahnsinnige Qualen aus Wahnsinn erlitten werden mußten, über einen Friedhof zu fahren, in dessen ungeschmückten Gräbern beinahe die ganze lebende Menschheit ihre Toten beweint.

Aneinandergefesselt sind Deutschland und Frankreich und ihre beiderseitige Geschichte ist Feindschaft, Krieg und Leid. Totentanz nennt Strindberg seine fürchterliche Ehe. Totentanz war immer diese Nachbarschaft. Es ist die große historische Mission der Demokratie, in beiden Ländern endgültigen Frieden zu machen. Möge unvorhergesehene Vernunft auf beiden Seiten im Maß durchbrechen, um dahin zu führen:

Zu Ernst Tollers Hinkemann

Von Arthur Eloesser

Der Schutzverband Deutscher Schriftsteller sowie die Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger haben einige Wochen vor der Berliner Aufführung des „Hinkemann“ ein Gesuch der Direktion Beyerle an den bayerischen Justizminister unterstützt, daß er den Häftling Ernst Toller für diesen Tag beurlauben möge. Die Direktion hatte sich sogar erbeten, die Reisekosten für zwei Kriminalbeamte zu übernehmen, die den Häftling während der Reise überwachen und in Niederschönenfeld wieder abliefern sollten. Aber der bayerische Staat läßt sich nichts schenken, der überhaupt ein merkwürdiger Staat ist. Dem einen fällt es so schwer, aus der Festung herauszukommen, wie dem anderen, in sie hineinzukommen, so brünstig es auch den Hochverräter nach dem Martyrium einer ehren- und rücksichtsvollen Haft verlangt. In der Eingabe des Schutzverbandes hatte ich auf die furchtbare Entbehrung eines Dichters aufmerksam gemacht, der noch nie ein Stück von sich sehen durfte, auf die Beraubung eines Vaters, den man fünf Jahre lang nicht zu seinen Kindlein kommen ließ. Auch wenn Tollers Strafzeit im Juli ihr Ende erreicht, kann er kaum darauf rechnen, noch eins von ihnen leibhaftig auf den Brettern vorzufinden. Es gibt auch für verwöhnte Autoren wenig Theatererfolge, die von einer Saison in die andere reichen. Von dem Stück bleibt dann nur das Buch übrig, über den Figuren wird der Pappdeckel zugeschlagen. Aus Papier bis du, zu Papier wirst du. —

Carissima veritas. Mehrere Kritiker, auch bürgerliche, die aber auf der Bühne gern rot sehen, sind von dem menschlich-schönen Gesichtspunkt ausgegangen, daß Tollers Persönlichkeit als Bürgschaft für seine Werke genügen müsse. Es verhält sich natürlich umgekehrt, daß die Werke für die Persönlichkeit zu bürgen haben. Wedekind war keine reine, Strindberg keine edle Natur, und wer den Dichter der Weber für einen grundgütigen und immer mitleidigen Kerl halten will, der hat den bösen Zug um einen ungeheuer erfahrenen Mund übersehen. Ernst Toller hat in seinen bisherigen Werken die leidende Menschheit sehr direkt angesprochen aus seinem schönen Temperament heraus, das sich gerade, weil es lyrisch ist, eines rhetorischen Sprachrohrs bedienen mußte. Mit dieser Drommete vermaß er sich, die Mauern des Unverstandes, der Selbstsucht, der menschlichen Unduldsamkeit und Grausamkeit umzublasen. Die neue Tragödie „Hinkemann“ bezeichnet seinen energischsten Versuch, die Masse Mensch aufzulösen, den bisherigen Chorus in Gestalten zu gliedern, die konflikthaltige Handlung aus Gegensätzlichkeit, aus streitenden Selbstberechtigungen zu türmen, kurz, dramatisches Leben zu schaffen. Hinkemann ist auch nicht mehr die Menschheit an sich. Der arme Kerl, der im Kriege durch einen unglücklichen Schuß sein Geschlecht verloren hat, soll der besonders deutsche Mensch in seiner besonderen seelischen Lage nach dem Kriege sein. Der arme Kerl, der vor unsern Augen Züge von Weichheit und Zartheit sehr deutlich angelegt hat, wird ganz symbolhaft; wenn er vor einer Schaubude Ratten und Mäusen den Kopf abbeißt; wenn er von geilen Frauenzimmern seine Muskulatur bewundern und betastern läßt, ein Herkules, der kein Mann mehr ist, ohne Ernst und ohne Ehre. Ein Spott für den wiehernden Klassengenossen, der sich mit Hinkemanns Frau vor der Schaubude belustigt, nachdem er sie verführt hat. Das Proletariat läßt sich auch durch andere Figuren vertreten, durch einen Kommunisten, einen Anarchisten, einen Sozialisten, einen Betbruder, aber wie sie nur Parteimeinungen vertreten oder Programme hersagen, so scheinen sie auch von dem Dichter recht beispielmäßig hergestellt. Einmal gelingt ihm eine hübsche, auch humorhaltige Szene zwischen einem Schiefer- und einem Ziegeldecker, die um den Vorrang ihres Handwerks

streiten. Toller will jetzt gestalten, will auch das vegetative Leben wachsen lassen. Aber er gehört doch immer noch zu den Rhetorikern, die das Wort für ihre Figuren führen, statt es aus ihrer Wesenheit, aus ihrer unbewußten Bedingtheit, aus ihrer Stummheit entstehen zu lassen. Hinkemann und sein Freund Großhahn, der ihn mit wenig Skrupeln verrät, handeln schon in der ersten Szene sehr theoretisch über die Beziehungen des Proletariats zu Krieg und Frieden, zu Gott, zur Maschine, zur Liebe, und Grete Hinkemann beginnt ihre Lebensgeschichte mit der grundsätzlichen Einleitung: Was ein Proletariermädchen ist usw. So sprechen Zeitungen, aber nicht Menschen, und auch die Vollständigkeit der Rollenverteilung versichert uns nicht einer sinnlichen Gegenwart von Volksleben und Volkswesen. Ernst Toller ist offenbar bei Georg Büchner in die Schule gegangen, was ihm nur zur Ehre gereicht, aber er hat sich gegen ihn nicht so selbständig gemacht, wie es dem jungen Wedekind gelang. Sein Papier ist schon einmal bedruckt gewesen; die großartige Vorlage des „Wozzek“ schimmert wie auf einem Palimpsest durch den Text seiner Tragödie. Der brutale Großhahn verbirgt kaum den Tambourmajor, der schon dem armen Wozzek sein Mädchen genommen hat, und Hinkemann selbst, gerade wenn er anfängt zu spinnen, wenn seine Einfalt und Dumpfheit Erkenntnis erahnen wollen, wiederholt mit recht feststellbaren Schritten das Martyrium des Söldners Wozzek, der der Arme an sich ist, der Beraubte, Erniedrigte in jeder Hinsicht, der immer der Letzte gewesen ist und sein wird.

Es gibt nun einmal, und darüber hilft keine künstlerische Theorie hinweg, verräterische Stoffe, die den Dichter im Stich lassen, allzu gewollte Konflikte, die sich aus objektiv unechtem Gefühlsmaterial zusammenkonstruiert haben. Die Entmannung des Hinkemann, des traurig-lächerlichen Eunuchen, eignet sich zur rhetorischen Verwertung in spitzen oder bitteren oder melancholischen Antithesen. Aber sein besonderer Verlust ist doch schließlich nichts als ein Unfall, ein Zufall, ein ausgesuchtes Pech, da man im Kriege sehr nach Belieben ein Paar Augen, ein Paar Arme, ein Paar Beine oder alles zusammen und den Kopf dazu verlieren konnte. Die brave Bertha von Suttner, unsere selige Seniorin des Pazifismus, hatte sich schon vor Jahrzehnten mit dieser bösen Eventualität befaßt, als sie die kriegsmunteren, für Paraden, Fanfaren und hohe Stiefel eingenommenen Frauen fragte: Wie werdet ihr euren Mann empfangen, wenn er als Held wiederkommt, und gerade um das beraubt, was eine Frau an einem Mann zu schätzen weiß? Man kann solche Frage in einem Roman stellen, der tendenziös sein will und der Punkt für Punkt eines umfassenden Programms erledigt. Aber man kann die Eventualität nicht zu einer dramatischen Aktion machen, die ziemlich peinlich bleiben muß, und die als ein Zufälliges keine Antwort enthält. Mit welchem theatralischen Schmiß auch Toller sein Motiv aufreckt, mit welchen sehr bühnenfest gewordenen Händen er Szene um Szene von der Realität bis zur Vision aufeinandertürmt, er endet schließlich doch im Allegorischen, mit einer nur erdachten, seelisch nicht erwiesenen Illustration. Der arme Krüppel und Proletarier kauft sich zum Schluß einen Priapus und er stellt die heidnische Antiquität auf den Herd seines zerstörten Heims: das ist euer Götze, den betet ihr an! Was soll der Proletarier mit dem heidnischen Symbol, und was besserte sich für den Krüppel, wenn er Bourgeois-Bankier, Großindustrieller wäre! Man braucht nicht Professor Freud zu fragen, um sich vorzustellen, daß auch der Komplex der Kriegspsychose an die erotische Sphäre rühren kann. Ein sehr geistreicher und noch viel mutigerer amerikanischer Schriftsteller hat die Kriegswut seiner Landsleute und noch viel mehr seiner Landsmänninnen aus einem Mangel an sexueller Befriedigung erklärt. Aber diese Art von Prohibition hatten wir uns im alten Europa gewiß weniger vorzuwerfen, und noch weniger ließ sie sich im Proletariat — schon der Name besagt es — als im

Bürgertum vermuten. Ich sehe oder vielmehr ich fühle keinen Zusammenhang zwischen dem Priapus auf dem Herd des Proletariers und dem tragischen Erlebnis eines Volkes, mit welcher Ueberzeugtheit sich hier auch Zusammenhänge erreden, Anklagen konstruieren lassen. Ernst Toller hat sehr redlich zu gestalten versucht, aber seine lyrische Empfindsamkeit, sein rhetorisches Temperament haben ihn doch über erlebbare Wahrheit hinweggerissen. Die schönste menschliche Gesinnung kann diese Erfindung nicht zu Macht und Würden des Symbols erheben.

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

Die Preise für Eisen und Stahl.

Am Eisen- und Stahlmarkt macht sich eine Preisgestaltung bemerkbar, die geeignet ist, die lebhafteste Beunruhigung hervorzurufen. Die Preisentwicklung bei der sogenannten Standardproduktion: Eisen, Kohle, Lebensmittel usw. ist deshalb so bedenklich, weil sich übersetzte Preise bei diesen Rohstoffen in mannigfachen Variationen und in immer neuen Wiederholungen bis herab zum letzten Verkaufsprodukt auswirken. Eisen und Kohle sind Produkte, die fast in jedem Gegenstand des täglichen Verbrauchs in Erscheinung treten. Man denke ferner daran, wie der Verkehr belastet wird, wenn die zur Bewältigung des Verkehrs notwendigen Produkte (hier ebenfalls Eisen und Kohle) im Preise weit über den Vorkriegsstand hinausgehen.

Es ist in der Tat zu befürchten, daß nicht nur unser Preisgebäude, sondern auch die Währungsstabilisierung ins Wanken geraten muß, wenn es mit der Preisentwicklung der oben benannten Produkte so weiter geht. Soweit die Steinkohle in Betracht kommt, wird allerdings eine fühlbare Preisreduktion außerhalb der Möglichkeit liegen, solange das System der Micumverträge den westdeutschen Kohlenmarkt unter Druck hält, obwohl auch hier die von den Produzenten aufgemachten Berechnungen mit Vorsicht zu genießen sind. Entlastend wirkt auf dem Kohlenmarkt allerdings die in den letzten Jahren erfolgte Umstellung zahlreicher Werke auf Braunkohle. Von der Braunkohle sind neue Abbaugelände in letzter Zeit erschlossen worden, so daß eine Verbilligung der Braunkohle eintreten kann, wenn nicht Kartell- und Syndikatsmaßnahmen diese unterbinden. Des ferneren mag hierbei die Entwicklung mitspielen, die dahin geht, durch den Bau großer Ueberlandzentralen, an Stelle der Kohle einen anderen, weit konzentrierten Rohstoff, die Elektrizität, treten zu lassen.

Der Milderungsgrund, den man bei der Kohle ins Feld führen könnte, ist bei der Eisenerzeugung nur insoweit vorhanden, als die Kohle hier zur Verwendung gelangt. Die Eisenpreise liegen heute um durchschnittlich hundert Prozent über den Vorkriegspreisen. Für Stabeisen wird ein Preis von 200 Goldmark für die Tonne gemeldet, gegen 97,5 Mk. 1914. Ein solcher Preis für ein Standardprodukt, wie das Stabeisen, wonach sich alle anderen Eisensorten richten, ist eine Angelegenheit, die die ernsteste Beachtung finden muß. Nun ist es interessant, die Begründung zu solcher Preisentwicklung zu hören. In der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 28. März wurde eine Rechnung aufgemacht, die folgendermaßen aussieht (zur Erzeugung einer Tonne Walzeisen ist eine Kohlenmenge von 2,75 Tonnen zugrunde gelegt):

„Der heutige Preis für Fettförderkohlen, welcher auch damals der Berechnung zugrunde gelegt wurde, beträgt 20,60 Goldmark pro Tonne. 2,75 Tonnen ergeben also einen Betrag von 56,65 Goldmark.

Der Schrottpreis beträgt heute rund 80 Goldmark pro Tonne frei Werk. Da mit einem Abbrand von 12% gerechnet werden muß, so

stellt sich der Wert des Schrottes für eine Tonne Stabeisen auf 80 Goldmark + 12% = 9,60 Goldmark, zusammen 89,60 Goldmark.

Die Kosten lediglich für Brennstoff und Rohstoff stellen sich also bei der Herstellung von Siemens-Martin-Stabeisen auf 146,25 Goldmark. Demgegenüber steht ein Stabeisenpreis von 150 Goldmark als der zurzeit höchst erzielbare Preis.“

Zu dieser Aufmachung ist folgendes zu bemerken: Ungefähr 70% der Kohlenförderung des Ruhrbergbaus werden von den großen Industriekonzernen kontrolliert. Da nach den Micumverträgen 12% der Förderung als Eigenverbrauch der gemischten Werke erklärt und somit von jeder Abgabe befreit sind, so ergeben sich für diese Werke weit geringere Kohlenpreise als in obiger Berechnung angegeben. Da ferner diese Konzerne als gemischte Betriebe zu 60% die Eisen- und Stahlproduktion kontrollieren und somit ihre zur Eisenerzeugung benötigten Kohlenmengen aus eigenen Zechen zu einem weit geringeren Satz als den allgemeinen Marktpreis beziehen können, so genießen diese Werke einen ungeheuren Vorteil. Die hohen Preise für Eisen sind aber auf der Produktionsbasis reiner Eisenwerke berechnet, die in Deutschland nur noch in geringem Prozentsatz vorhanden sind. Bei dem Schrottverbrauch verhält es sich ähnlich. Die vertikal gegliederten Konzerne der Eisenindustrie sind in solchem Umfange Schrotterzeuger, daß sie nur geringe Mengen auf offenem Markt zu decken gezwungen sind. Es ist also zum mindesten ein Trugschluß, die hohen Schrottpreise voll in die Eisenpreise bei allen Werken einzukalkulieren, wenigstens soweit die Siemens-Martin-Werke der Konzerne in Frage kommen.

Die deutschen Eisenpreise liegen weit über den Weltmarktpreisen, und dies trotz niedriger Löhne und der verlängerten Arbeitszeit. Um auf dem Weltmarkt konkurrieren zu können, müssen die Weltmarktnotierungen von den deutschen Eisenwerken nicht unwesentlich unterboten werden. Die deutschen Eisenkonsumenten sind also gezwungen, einen weit höheren Preis für Eisen bezahlen zu müssen, als ihre ausländischen Konkurrenten. Die Devisennot verhindert die Einfuhr ausländischer Roh- und Walzeisenprodukte, sie wirkt hier als eine Art Schutzzoll für die eisenerzeugenden Werke. Wenn dies aber so weiter geht, dann ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo außer der allgemeinen Wirkung unsere Maschinenindustrie auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig werden müßte.

Ueberraschend schnell hat sich unsere Schwerindustrie erholt. Die Werke sind auf Monate hinaus mit Aufträgen versehen. Diese günstige Konjunktur gestattet ihr, fast allwöchentlich die Preise zu erhöhen. Und dies, um es noch einmal zu betonen, bei Löhnen, die mit den der englischen oder gar amerikanischen Eisenarbeiter gar nicht in Vergleich gebracht werden können. Auf dem Gebiete der Roheisen- und Stahlerzeugung macht sich eine Entwicklung bemerkbar, die für die Gesundung der deutschen Wirtschaft außerordentliche Gefahren heraufbeschwört. Bei der Einstellung unserer Regierung ist leider nicht damit zu rechnen, daß hier einmal nach dem Rechten gesehen wird.

Umwälzungen auf dem Berliner Grundstücksmarkt.

„Nirgends hat die Inflation so katastrophal gewirkt, wie auf dem Grundstücksmarkt unserer großen Städte. Für ein Butterbrot schlugen die Besitzer ihre Werte los. Kaufkräftige Inflationshyänen und namentlich Ausländer wurden über Nacht zu mehrfachen Hausbesitzern. Gab es doch sogar Ausländer und ausländische Konsortien, die ganze Straßenviertel in Berlin aufkauften. Bei dem katastrophalen Markverfall im vergangenen Jahre zogen große Schwärme von Aufkäufern aus Oesterreich, Holland, Polen, der Tschechoslowakei usw. nach Berlin und nach

den übrigen Großstädten, um hier Grundstücke zu erwerben. Leider fanden sie nur allzu willige Angebote.

Bei der Stabilisierung der deutschen Währung und der Steigerung der Mieten gewinnen auch die deutschen Wohnhäuser wieder an Wert. Deshalb kann man ein steigendes Angebot von Grundstücken aller Art beobachten. Charakteristisch hierfür war die vor kurzem erfolgte Meldung, daß der schwedische Zündholztrust seine erworbenen Grundstücke in Berlin abzustoßen beginne. Nach Abschluß des Krieges hatte dieser nach Deutschland große Mengen minderwertiger Zündhölzer verkauft und den Erlös hierfür in Grundstücke angelegt. Auch hatte der Zündholztrust durch Tochtergesellschaften Kapital in Grundstücke investiert. Jetzt beginnt der Trust diese Häuser abzustoßen. Er hofft, einen Erlös von 40 Millionen Kronen dafür zu erhalten. Bezeichnend sind auch die zahlreichen Häuserangebote in den Tageszeitungen. So las man vor einigen Tagen folgendes Inserat: „Syndikat verkauft 40 Berliner Häuser — Zentrum, Westen, Südwesten (Aktiengesellschaft) — nur direkt an seriöse Käufer prompt gegen Barzahlung.“

An der Umwälzung im städtischen Grundbesitz, der jetzt vor sich zu gehen beginnt, werden Gewinne realisiert, die aus der Inflation her-rühren und in die Hunderte von Goldmillionen gehen werden.

Mercur.

RANDBEMERKUNGEN

Kleine Wahrheiten

I.

An den Berliner Litfaßsäulen hängt ein Plakat: Obligater Königsadler, die Klauen blau-weiß-rot zusammengeschnürt, das Gefieder zornig aufgeblasen, mit Hackschnabel und Glühäugen und Aureole: Fort mit der Fessel! Wählt Deutsche Volkspartei!

Gustav Stresemann, der Führer der Deutschen Volkspartei, wahlredete in Hannover: „Deshalb traten und treten wir ein für die alte Reichsflagge.“ Er sagte noch manches andere, was den „Temps“ veranlaßte, zu schreiben: „Stresemann, dessen Intelligenz ebenso lebhaft ist wie seine Sprache, erkennt sehr gut, daß auf internationale Notwendigkeiten Rücksicht genommen werden muß, Notwendigkeiten, an denen der Ausgang der deutschen Wahlen nichts ändern kann. Deshalb spricht er davon, daß Deutschland sich den Forderungen der Sachverständigen zum Teil anbequemen müsse. Aber als Chef der Partei hält er es für

nötig, zu gleicher Zeit einige Phrasen hinauszuschmettern, die sich nicht im geringsten den internationalen Notwendigkeiten anpassen.“ Danach hat also der Parteichef dem Außenminister einen erheblichen Schaden bereitet. Der „Temps“ indessen weiß die Phrase zu schätzen und richtig einzuschätzen. Bleibt zu fragen, ob auch die Staatsbürger, die in der Deutschen Volkspartei ihre Vertretung sehen, den notwendigen Inhalt von dem nationalistischen Zuckerguß zu unterscheiden vermögen; daß sie des Kandis bedürfen, spricht schon gegen sie und darum muß man dem „Temps“ beinahe recht geben, wenn er fortfährt: „Die Gefahr liegt nicht in der Rede Stresemanns, es kommt darauf an, was das deutsche Volk von den Erklärungen seines Außenministers in sich aufnehmen wird.“ Es bleibt jedenfalls bedauerlich, daß Deutsche, die angeblich fleischgewordene Sachlichkeit sein sollen, und gar so prominente Deutsche, wie die Deutsche Volkspartei sie zusammenzufassen vorgibt, der

schwarz-weiß-roten Dumpingspritze bedürfen. Immerhin: nach Stresemanns Vorbild wird künftighin jeder sozialdemokratische Minister vor versammeltem Volk singen dürfen: Und unsere Fahn' ist rot!

II.

Zur Trauerparade hatten einige der Burgen, in denen Macht von Hugo Stinnes residiert, Flaggen halbmast gesetzt. Das Esplanade-Hotel: schwarz-rot-gold; die Deutsche Allgemeine Zeitung: schwarz-weiß; die Druckerei von Büxenstein: schwarz-weiß-rot. Das Reich des Hugo Stinnes war groß; aber es scheint nicht ganz einheitlich gewesen zu sein.

III.

Herr Paul Lensch wird von nun an wieder ein wenig mehr vor seinem häuslichen Schreibtisch sitzen müssen. In der Redaktion der „Deutschen Allgemeinen“ will man versuchen, ohne ihn und seine Geistesgaben fertig zu werden. Vielleicht beschafft sich Herr Lensch einen Wandergewerbeschein: Redakteur auf Rollschuhen.

Herr Max Maurenbrecher hat es besser; er darf im Moniteur aus Wafalla, in der „Deutschen Zeitung“, verbleiben, obgleich er öffentlich Fehler zugeben muß, die jedem Redaktionsleuten für alle Zeit den Aufenthalt bei Gummiflasche und Schneideschere unmöglich gemacht hätten. Herr Maurenbrecher hat den Artikel, wegen dessen sein Blättchen verboten wurde, den Artikel, der die Reichswehr des Eidbruchs bezichtigte, der von der Reichswehr erklärte, sie würde schon, wenn es nur erst soweit wäre, schwarz-weiß-rot überläufem — der Redakteur Maurenbrecher hat diesen Artikel nur aus Versehen in den Satz gegeben. Nie hat er gedacht, daß die Reichswehr sich ihm zur Verfügung stellen könnte. Hel-

den dürfen mancherlei Eigenschaften haben, nur dürfen sie nicht konfuse sein. Andernfalls nennt man sie: Don Quichote. Doch ist dies eine Ungerechtigkeit, der Sprachfaulheit gegen den köstlichen Ritter. Herr Maurenbrecher wird nicht so langes Leben haben, wie des Cervantes traumreicher Sohn.

IV.

Der Fliegenpilz, der bekanntlich ein Rauschgift enthält, soll seine Farbe gewechselt haben. Er prunkt heuer schwarz-weiß-rot. R. Br.

„Neopatriarchalismus“

Die deutsche Wirtschaft, die sich rasch von der Stabilisierungskrise zu erholen beginnt, wird von scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften und dem Unternehmertum bedroht. Zweifellos geht ein reaktionärer Zug durch die maßgebenden Kreise der Unternehmer. Hand in Hand mit der politischen Reaktion bereiten sie eine Offensive vor, die sich die Beseitigung der letzten Reste der sozialen Errungenschaften zum Ziel gesetzt hat. Die langen Kämpfe auf den Seeschiffwerften und anderswo beweisen, daß es hart auf hart geht.

Die letzte Tagung der Industriellen zeigte zweifellos ein reaktionäres Gesicht. Wurden doch selbst die Ausführungen des Reichsarbeitsministers, der sicher nicht im Geruch allzugroßer Nachgiebigkeit gegenüber den Forderungen der Arbeiter steht, von den versammelten Führern der Industrie mit deutlich wahrnehmbarer Kälte aufgenommen. Sogar aus dem Referat des Herrn v. Borsig, der sonst nicht zu den größten Scharfmachern gehört, war ein scharfer Ruck nach rechts erkennbar. So wird die Zukunft im Zeichen schwerer Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit stehen.

Im Ausland ist das Wort vom „sozialen Dumping“ geprägt wor-

den. Man argumentiert: Nach Stabilisierung der deutschen Währung sei das Dumping, das von der Inflation ausging, verschwunden, aber ein anderes weit gefahrlicheres Dumping sei von der sozialen Seite im Anzuge. Die durch lange Arbeitszeit und niedrige Löhne hergestellten deutschen Produkte würden den Weltmarkt überschwemmen. Es ist äußerst bedauerlich, daß solchen Vorwürfen eine innere Berechtigung nicht abzusprechen ist.

Daß sich in der Ideologie des deutschen Bürgertums ein großer Wandel vollzogen hat, und dieses den Wünschen und Bedürfnissen der Arbeiterklasse weit khler gegenüber steht, als selbst in der Vorkriegszeit, ist bekannt. Man denke nur an die jetzige Einstellung der Kathedersozialisten, deren sprechendstes Beispiel Professor Herkner ist. Auch hier eine scharfe Entwicklung nach rechts und namentlich eine nicht gerade mannhaft anmutende Umschmeichelung der Herren der Industrie. Doch gibt es noch aufrechte Männer. So erlassen die Professoren der Staatswissenschaften an badischen Hochschulen einen Aufruf, worin es u. a. heißt:

„Die furchtbarste Belastung und Spannung unseres Volkes, die von unserem äußeren Schicksal ausgeht, wird seit einiger Zeit durch innere, auf sozialem Gebiet liegende Vorgänge gesteigert, Vorgänge, die von großen Teilen des Volkes als sozialpolitische Reaktion empfunden werden. Damit bahnt sich erneut eine Entwicklung an, die schon einmal in Deutschlands besseren Tagen den inneren Frieden und die Zusammenfassung der Volkskraft in entscheidener Weise gestört hat. . . . Wir warnen davor, daß wichtige sozialpolitische Einrichtungen, die die Sozialpolitik aller Industrieländer seit Generationen als Mittel des sozialen Friedens und zur gesellschaftlichen und nationalen Ein-

gliederung der Arbeiterschaft erkannt hat, in der Gunst der Gelegenheit von Arbeitgeberseite aus dem Wege geräumt werden. . . . Es verletzt unsere Auffassung von dem Gerechten und Sittlichen in dem Zusammenleben des Volkes, daß der Ruf zum „freien Spiel der Kräfte“ der in Wirklichkeit ein Aufruf zum wirtschaftlichen Machtkampf ist, am lautesten von denen erhoben wird, die sich in der Not von Staat und Volk unerhörte Machtpositionen geschaffen haben. Wir sind überzeugt, daß dieser Aufruf zum Wirtschaftskampf unvermeidlich breiteste Schichten des Volkes radikalisiert und damit den letzten Rest von Volkszusammenhalt gefährdet.“

Wenn dieser Aufruf auch in der demokratischen Luft des badischen Musterlandles geboren wurde, so macht es doch seinen bürgerlichen Urhebern alle Ehre, daß er in einer Zeit erschien, in der das Bürgertum vor den wirtschaftlichen und politischen Reaktionären auf dem Bauche liegt.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft, die im Oktober 1918 gegründet wurde, hat längst zu existieren aufgehört. Ihrem Verschwinden ist heute keine Träne mehr nachzuweinen. Herr von Borsig bekannte sich auch jetzt noch zu ihr, obwohl es doch gerade die Unternehmer waren, die ihre Wirksamkeit unterminierten. In der Deutschen Bergwerkszeitung Nr. 78 wird nun eine neue „Arbeitsgemeinschaft“ zwischen den Unternehmern und Arbeitern empfohlen. Nachdem in dem betreffenden Artikel „Die Werkgemeinschaft, ein Weg zum sozialen Frieden“ die bisherige Arbeitsgemeinschaft als ungeeignetes Instrument zur Sicherung des sozialen Friedens in Grund und Boden gedonnert wird, fährt das Blatt fort:

„Hier sollen durch Mittel, die man zusammenfassend mit „Neopatriarchalismus“ bezeichnet hat,

Werksgemeinschaften entstehen; gleichsam eine horizontale Kombination von Arbeitgebern und Arbeitnehmern an Stelle der bisherigen, als vertikal zu bezeichnenden Gemeinschaft, von örtlichen Verbänden bis zur Spitze. Schlagwortartig zusammengefaßt kann man das Programm dieser Richtung als „Sozialpolitik innerhalb der Betriebe“ bezeichnen. Daraus ergeben sich von selbst die Forderungen:

1. Freier Arbeitsvertrag an Stelle des Kollektivvertrages.
2. Ersetzen des staatlichen Apparates der Sozialpolitik durch sinnentsprechende Einrichtungen im Betriebe unter staatlicher Kontrolle.
3. Abbau aller sonstigen Zwangsvorschriften, freie Wirtschaft, unbedingte Vertragsfreiheit in jeder Beziehung.

... Aus den beiden Polen im Betriebe, hier Arbeitgeber, hier Arbeitnehmer, soll durch geeignete Maßnahmen, die jedem Arbeitgeber im Gefühl liegen sollen, eine Gemeinschaft entstehen, ein geeignetes Sichverstehen und Sichhelfen ... Kurz zusammengefaßt, gilt es die Seele des Arbeitnehmers zu gewinnen, den Arbeiter auch an der ideellen Seite zu fassen. ...“

Also die Seele des Arbeiters soll gewonnen werden. Nun wohl-auf! Für die Arbeiter und ihre Vertreter sollten solche Auffassungen, die jetzt in allen Tonarten propagiert werden, ein Ansporn sein, daß die Seele des Arbeiters wieder von den Gewerkschaften gewonnen wird. Wir brauchen keinen „Neopatriarchalismus“, sondern eine einige und geschlossene Arbeiterbewegung, die sich von nebelhaften Zielen fernhält, aber desto wirksamer die sozialen Interessen der Arbeiter zur Geltung zu bringen weiß. Möge der Wahlkampf hierzu ein Auftakt sein!

Alberich.

Schieferdecker und Ziegeldecker

Schieferdecker:

Und wenn hundertmal Revolution war! Da kann keine Revolution was ändern! Dekorationsmaler ist was Besseres als Tüncher, Buchdrucker was Besseres als Tapeten-drucker, Zeitungsetzer was Besseres als Tabellensetzer, Kupferschmied was Besseres als Kesselschmied. herrschaftlicher Kutscher was Besseres als gewöhnlicher Fuhrmann. Wir bleiben Schieferdecker und ihr bleibt Ziegeldecker.

Ziegeldecker:

Dumme Eitelkeit! Lächerlich! Dünkel! Wir setzen uns an einen Tisch mit euch! Wenn wir auch nur lumpige Ziegeldecker sind und keine wohlgeborenen Schieferdecker. Ziegeldecker sind wir! Mit Stolz! Jawohl! Ziegeldecker!

Schieferdecker:

Mit Schiefer arbeiten, das ist Kunst! Mit Ziegel arbeiten, das ist Tagelöhnerdienst!

Ziegeldecker:

Wir müssen geradesoviel schuften wie ihr. Da ist kein Unterschied.

Schieferdecker:

Leistung machts! Wie war es denn vor dem Krieg? War unser Tariflohn nicht fünf Pfennig höher als der eurige? Heißt das kein Beweis? Schieferdecker, bleib' bei deinen Leisten! Wenn du heute von mir verlangtest, ich soll Ziegeldeckerarbeit tun ... mein jüngster Sohn würde sich schütteln vor Lachen! An meine Ehre kann keiner ran! Auch keine Revolution!

(Beide zahlen und gehen. Im Hinausgehen)

Ziegeldecker:

Aufgeblasener Schieferdecker!

Schieferdecker:

Simpler Ziegeldecker!

Ziegeldecker:

Herr von Schieferdecker!

Schieferdecker:

Der Neid! Der Neid! Du Ziegelbachulke!

Aus Tollers „Hinkemann“. Verlag Gustav Klepenheuer, Potsdam

Die Tschechoslowakei

ist, trotz ihres fünfjährigen Bestehens, der großen Mehrheit ihrer reichsdeutschen Nachbarn immer noch sehr wenig bekannt. Man hat schon vor dem Krieg in Deutschland in sehr geringem Maß für Oesterreich-Ungarn sich interessiert, und seither haben materielles Elend, geistige Verwüstung und nationalistischer Irrwahn dies- und jenseits der Grenzen uns noch mehr vom Ausland abgesperrt. Nun gibt ein ausgezeichnetes Buch der Pertheschen Kleinen Völker- und Länderkunde, Friedrich Weils „Tschechoslowakei“, Gelegenheit, die Lücken im Wissen über die Nachbarrepublik auszufüllen, sowohl auf geographischem, geschichtlichem, staatsrechtlichem und kulturellem wie auf wirtschaftlichem Gebiet. Der Verfasser übt als Deutschböhme zwar unterschiedene Kritik an der inneren Einrichtung des Staates als Herrschaftsinstrument einer Nation über alle anderen, an dessen Stelle man einen Bundesstaat freier Völker hätte errichten sollen; zumal die Tschechen nur durch die (von den Deutschböhmen als erkünstelt bezeichnete) Einbeziehung der Slowaken in das Tschechentum zu einer, überdies geringen Mehrheit über die Gesamtheit der anderen Völker im Staat gemacht wurden; er stellt auch fest, wie nachteilig gerade der Tschechoslowakei die Absperrung von den anderen Nachfolgestaaten Oesterreich-Ungarns gewesen ist, auf deren Gebiet der allergrößte Teil der Industrie Altösterreichs betrieben wird und der jene unwirtschaftliche Nationalistenpolitik den Absatz und die Konkurrenz sehr erschwert hat. Aber wenn der Verfasser auch die Ursachen der Dauerkrise der tschechoslowakischen Industrie darstellt, so beeinflusst seine oppositionelle Gesinnung zum jetzigen Kurs im Staat doch keineswegs die sachliche Güte seiner überaus reichhaltigen Darstellung.

Ri. Bn.

**Zwei Sprachen
Ein Wort**

Das einzige größere
Konversationslegikon
n. Kriegsschl. in 4 Großlegikonbänden

6. gänzlich umgearb. und wesentlich vermehrte Auflage von Brockhaus kleinem Konversationslegikon. Umfaßt das gesamte Wissen bis zur Gegenwart.

Etwas 3000 zweispaltige Textseiten	178 einfarbige und 88 bunte Tafeln und Kartenseiten mit insges. etwa 10000 Bild- u. Karten auch im Text
100000 Stichw.	
87 Übersichten u. Seitentafeln	

Band 1-4 elegant in Halbpergament je 18 Goldmark, in Halbpergament je 25 Goldmark.

Legter Band 4 soeben erschienen.

Aus der Besprechung d. Frankfurter Zeitung: „Es ist in der Tat fast unglaublich, mit welcher Vielseitigkeit dieses Werk hergestellt ist. Man mag in ein Wissensgebiet greifen, in welches man will, überall findet man das Wichtigste u. Neueste verzeichnet.“

Spezialprospekt kostenlos.
Schickere jeden Band einzeln auf Wunsch auch gegen Monatszahlungen von nur **4 Gmk.** oder 5 Gmk. für die Bände in Halbpergament gebunden. Alle vier Bände zusammen monatlich 16 Gmk. oder 20 Gmk. Bei Bezug gegen Teilzahlungen wird ein Zuschlag von 10 Prozent erhoben.

**Buchhandlung
Karl Block
Berlin SW 68
Kochstraße 9**

Der Neue Brockhaus

Bestelle bei der Buchhandlung **Karl Block**, Berlin SW 68, laut Inserat in der **Glocke** den neuen Brockhaus in 4 Bänden., Bb. 1, 2, 3, 4 in Halbpergament geb. je 18 Gmk., in Halbpergament geb. je 25 Gmk. Der Betrag — die erste Rate — folgt gleichzeitig — ist nachzunehmen. Der Betrag wird durch 5 Monatszahl. unt. Anrechnung eines Teilzahlungszuschl. v. 10% beglichen. (Nichtgewünschtes gest. zu durchstreichen.) Erfüllungsort Berlin.

Bestellschein

Ort u. Datum:

Name u. Stand:

Postscheckkonto 20749

Für die Wahlagitation!

Philipp Scheidemann: Wollen wir einen Kriegs-Reichstag?

Abrechnung mit Helfferich und Ludendorff
(Reichstagsrede vom 11. März 1924) 4. Auflage. Preis M. 0,50

Der Hitler-Ludendorff-Prozeß

Geschickte Gruppierung des Materials, schlagfertige Bereitschaft der Verhandlungsergebnisse, präzise Darstellung der Vorgeschichte, Auslandsstimmen 68 Seiten. 4. Auflage
Preis M. 1,-

Der Sieg war zum Greifennah!

Authentische Zeugnisse zum Frontzusammenbruch
Gesammelt und neu herausgegeben von ERICH KUTTNER, M. d. L.
8. Auflage. Preis M. 0,50

Nieder mit den Beamten!

Von einem höheren Beamten geschrieben, jeden Beamten über die Quellen seines Elends aufklärend und ihn den Weg der Hilfe weisend
Mit zweifarbigem Umschlag
2. Auflage. Preis M. 0,30

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68

In wenigen Tagen erscheint
nach langer Vorbereitung:

STINNES

UND SEINE KONZERNE

Eine auf zuverlässiges
Material gestützte Darstellung
der riesenhaften Verzweigung
dieses großen Machtkomplexes

von

PAUL UFERMANN
und **CARL HÜGLIN**

100 Seiten Text und
100 Seiten Tabellen
Steif kartoniert mit Leinenrücken
Preis M. 8,-

Berlin SW 68
Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.

Die Glocke

HERAUSGEBER PARVUS

Inhalt:

Robert Schmidt:

Die Sachverständigen zur Reparationsfrage 97

* * *

Ministerium Stauning 101

Philipp Scheidemann:

Die gute alte Zeit 105

Ernst Reuter:

Von Klara Zetkin zu Max Hölz . . . 109

R. Br.:

Die Völkischen und das Zentrum . . 112

Dr. Hermann Hieber:

Richard Wagner als Antisemit . . . 114

Robert Breuer:

Deutsche Maler 117

Wirtschaftlicher Rundblick 119

Ludendorff und Hölz — Der Bazillenadmiral — Fascistenwahlen — Befreiungskrieger — Die Furcht vor den Völkischen

Tut-ench-Amun — Das Kuriositäten-Kabinett

Verlag für Sozialwissenschaft

Berlin SW 68, Lindenstraße 114

Preis 30 Pfennige

Spezialgeschäft für
**RECHTS- und STAATS-
WISSENSCHAFTEN**

1. Sortiment:

Größtes, übersichtlich geordnetes Lager,
Besichtigung ohne Kaufzwang

2. Antiquariat:

Herausgabe von Spezial-
katalogen und von
Verzeichnissen
der Neuerwer-
bungen

3. Verlag:

Erschienen oder in
Vorbereitung befindliche
Neuigkeiten:

**1. DEUTSCHLAND U. FRANK-
REICH. Ihre Politik 1923/24.** Mit
Beiträgen von Deutschen u. Franzosen
Hrsg. v. Kuczynski, ca. 350 Seit., ca. 10 Gm.

LENIN. Eine Bio-Bibliographie von **E. Drahn**
1.20 Gm.

MARX-ENGELS-LASSALLE. Katalog u. Bibliographie.
Mit Aufsatz v. **Gust. Mayer** üb. „Marx' Aufenthalt in Berlin“
und Einleitung von **E. Drahn**, ca. 50 Seiten 1.- Gm.

R. L. PRAGER BERLIN NW 7
21, MITTELSTRASSE

Die Arbeit

Organ der zionistisch-volkssozialistischen Partei Hapoel-Hazair

*Das einzige Organ des zionistischen
Sozialismus in deutscher Sprache. Berichtet
fortlaufend über die Versuche des soziali-
stischen Aufbaus des jüdischen Arbeiters in
Palästina, wie kollektivistische Siedlungen,
Baugilden, Arbeiterbank, Konsumvereine usw.*

Erscheint monatlich ■ Bezugspreis Mark 4,— im Jahr

Zu beziehen durch den

HITACHDUT-VERLAG G.m.b.H., Berlin-Charlottenburg
Carnarstraße 6 Postscheck-Konto: „Die Arbeit“, Berlin NW, Nr. 111 421

Die Sachverständigen zur Reparationsfrage

Von Robert Schmidt

Es hat sich schon viel geändert in der Beurteilung der Leistungsfähigkeit Deutschlands, die das Versailler Diktat vorsah. Zwar war auch hier keine feste Summe genannt, die uns den Umfang der Leistungen erkennen ließ, aber es war der Rahmen gezeichnet, der uns sehr üble Aussichten eröffnete. Die Alliierten konnten lange zu keiner Einigung über die uns aufzulegenden Verpflichtungen kommen, und es gelang erst in langwierigen Verhandlungen, Ende Januar 1921 in Paris einen Abschluß zu finden. Man verlangte von uns eine Gesamtschädigung von 226 Milliarden Goldmark. Im Hinblick auf unsere Finanz- und Wirtschaftslage erschien diese Anforderung geradezu ungeheuerlich. Der Widerstand, der von deutscher Seite gegen diese Anforderung sich erhob, veranlaßte im März 1921 die Alliierten, auf einer Tagung in London ihren Anspruch auf 132 Milliarden herabzusetzen. Ein Angebot des deutschen Außenministers Dr. Simon, die deutsche Regierung wolle eine Verpflichtung von 50 Milliarden übernehmen, wurde als nicht ernst zu nehmender Vorschlag beiseite geschoben und dem Ministerium Fehrenbach das sogenannte Londoner Diktat als unänderlich übergeben.

Die Forderungen gingen darauf hinaus, daß Deutschland jährlich einschließlich der Sachleistungen rund 3 Milliarden Goldmark aufbringen sollte, daneben aber noch die nicht unerheblichen Lasten der Restitutionen, der Ausgleichsforderungen, die Besatzungskosten und die Finanzierung der vielen Kommissionen der Alliierten tragen sollte. Hinter diesem Diktat standen die Alliierten geschlossen, und es bestand für uns keine Hoffnung, der Gewaltandrohung, nämlich der Besetzung des Ruhrgebiets, zu entgehen, wenn wir nicht wenigstens den Versuch unternahmen, die Anforderung zu erfüllen, soweit es in unseren Kräften stand. Das war der Standpunkt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die durch den Eintritt in das Kabinett Wirth verhinderte, daß die Ruhrbesetzung mit Zustimmung aller Alliierten betrieben wurde. Daß wir den Ernst der Situation richtig gewertet haben, hat die Folgezeit uns hart und bitter dargetan.

Nun hat sich manches geändert. Die Einsicht, daß Deutschlands Leistungsfähigkeit zu hoch von der Gegenseite eingeschätzt war, gewann im Ausland immer mehr an Boden. Vor allem zeigte sich aber auch, daß bei der wirtschaftspolitischen Bedeutung, die Deutschland trotz der Losreißung wichtiger Produktionsgebiete immer noch für die Weltwirtschaft besaß, der Verfall seiner Währung und damit die Schwächung und die Unordnung in seiner Volkswirtschaft, nicht ohne

Rückwirkung auf die übrigen Industrie- und Handelsstaaten blieb. Diese Erkenntnis ist sehr teuer erkauft, aber es war der einzige Weg, der zum Ziel führte.

Wir stehen vor einem bedeutsamen Wendepunkt in der Reparationsfrage. Aber es ist nicht nur die Reparationsfrage, wir sind in unserer ganzen außenpolitischen Stellung engagiert. Die deutsche Regierung hat von unparteiischen Sachverständigen im Ausland ein Gutachten über unsere Leistungsfähigkeit gefordert. Dieses Gutachten liegt vor; von unserer Seite ist gegen die Auswahl der Sachverständigen kein Einspruch erhoben. Die Ablehnung eines solchen Gutachtens würde im Ausland den denkbar ungünstigsten Eindruck erwecken und das französische Prestige gewaltig stärken, während wir nicht nur die letzte Sympathie verlieren, sondern auch den Vorwand zur Fortsetzung und neuen Bedrückungen unseres Volkes geben würden. Keine Hand würde sich mehr für uns rühren. Wir würden auf das Niveau der deutschnationalen völkischen Phraseure herabsinken, die mit Schwerterklang und Schlachtgesang durch die Lande ziehen, um den Wahn im deutschen Volke zu nähren, als ob die Lösung der schweren politischen Probleme nur der Gewalt überantwortet werden könne. Und der Trab, der hinter ihnen hertrödelt, die kommunistischen Bänkelsänger, fühlen sich als die Verkünder der Diktatur ganz wohl in diesem Heerbann, der mit nationalem, chauvinistischem Kling-Klang mit Hakenkreuz und Stahlhelm einherstolzert. Diese Mannen führen nun den Kampf gegen die Anerkennung der Sachverständigenvorschläge. Ueber das, was nach dieser Ablehnung kommt, machen sie sich keine Sorge, solange sie keine Verantwortung zu tragen haben. Wendet sich das Blatt, dann können die Deutschnationalen auch eine Schwenkung vornehmen, wie die Ministerpräsidenten von Thüringen und Mecklenburg in ihrer Zustimmung zu der Entscheidung des Kabinetts Marx sie zum Ausdruck brachten.

Sehr beachtlich ist auch, daß der Reichsverband der Industrie, der es sonst verstand, sehr kräftige Töne gegen die Erfüllungspolitik anzuschlagen, recht kleinlaut geworden ist. Vor zwei Jahren erklärten die Herren, die Regierung solle ihnen nur die Verhandlung über die Reparationsfrage, vor allem über die Sachlieferungen, überlassen, sie würden schon die Sache in Ordnung bringen. Die Ordnung sah so aus, daß sie mit dem Zurückbleiben der Kohlen- und Holzlieferung an Frankreich Herrn Poincaré eine Begründung für den Einmarsch ins Ruhrgebiet gaben. Nichts ist von jener Seite zustande gekommen, als eine jämmerliche Unterwerfung unter die Bedingungen der französischen Ingenieurkommission beim Abschluß der Micumverträge. Und der Kampf gegen die Erneuerung der Micumverträge hatte nicht zuletzt das Ziel, die finanziellen Lasten der Verträge von der Industrie auf die deutsche Finanzverwaltung zu übertragen.

Der Vorschlag der internationalen Sachverständigen löst die Micumverträge in einer für die Industrie vorteilhaften Weise. Die Sachlieferungen sollen in den nächsten Jahren durch eine Auslandsanleihe finanziert werden. Damit ist besonders der Bergbau von einem sehr übel empfundenen Druck befreit, und man beeilte sich von dort, die Vorschläge als annehmbar zu bezeichnen. Allerdings soll nach dem Vorschlag der Sachverständigen der gesamten Industrie, dem Handel und Verkehr eine Belastung in Form von Schuldverschreibungen in Höhe

von 5 Milliarden Goldmark auferlegt werden. Die Belastung ist sehr gering und sie hätte gut zur Entlastung des Sonderpfandes, das aus den Einnahmen der Zölle, der Abgaben auf Alkohol, Tabak, Bier und Zucker gebildet werden soll, erhöht werden können.

Im Jahre 1913 verzeichneten die deutschen Aktiengesellschaften und die Unternehmungen in anderer Rechtsform einen Umlauf an Schuldverschreibungen von 4 605 710 000 Goldmark. Nicht eingeschlossen sind die Hypothekenkreditinstitute. Diese Schuldverschreibungen dürften so ziemlich restlos gegen Papiermark abgelöst sein, und damit die Neubelastung, da die Sachwerte der Unternehmungen in ihrem Goldwert unvermindert erhalten blieben, keine unbillige Zumutung enthalten. Die Verteilung der Schuldverschreibungen wird natürlich auf einer viel breiteren Grundlage vorgenommen, als aus den hier nur zum Vergleich herangezogenen Schuldverschreibungen der genannten Körperschaften erkennbar ist. Allerdings wird eingewendet werden, daß die dritte Steuerverordnung von der Tilgung der Schuldverschreibungen durch Aufwertung und Besteuerung der Gewinnquote der Gesellschaften einen Betrag vorweg nimmt. Dennoch, dieser Betrag ist so gering, daß eine Aenderung gar nicht in Frage kommen kann.

Wichtig für die Beurteilung der Vorschläge der Sachverständigen ist, daß in dem Gutachten mit Nachdruck betont wird, Deutschland könne bei den gegenwärtig bestehenden fiskalischen und wirtschaftlichen Beschränkungen in den besetzten Gebieten das Budget nicht balancieren und die Währung nicht dauernd stabilisieren. Das würde die freie Verfügung über die besetzten Gebiete bedeuten, ohne die, wie ganz richtig erkannt wird, eine Gesundung der deutschen Verhältnisse nicht möglich ist und eine Reparationsleistung undenkbar wäre. Wird dieser Bann gelöst, so ginge damit auch die Leidenszeit der Rhein- und Ruhrbevölkerung einem Ende entgegen, denn die Besetzung dieser Gebiete durch alliierte Truppen würde sich sehr bald als unhaltbar erweisen.

Weniger erfreulich wird vom Standpunkt der Sozialdemokratie die Umwandlung der Verwaltung der Eisenbahnen in eine Aktiengesellschaft sein. Man beabsichtigt, einen Kapitalbetrag flüssig zu machen, der für dieses große Verkehrsunternehmen wohl tragbar erscheint. Es soll die Eisenbahn mit 11 Milliarden Goldmark erststelliger Obligationen belastet werden. Die Verzinsung soll 6%, davon 1% zur Tilgung betragen. Die jährliche Leistung von 660 Millionen Mark fließt in die Reparationskasse. In voller Höhe ist diese Zahlung erst vom vierten Jahre zu leisten, sie beträgt im ersten Jahre 330, im zweiten 465, im dritten 550 Millionen Goldmark. Das Aktienkapital der Eisenbahn von insgesamt 15 Milliarden soll in 2 Milliarden Vorzugsaktien und 13 Milliarden Stammaktien zerfallen. Dem Reich gehören die gesamten Stammaktien sowie 500 Millionen Mark der Vorzugsaktien, während 1,5 Milliarden dieser Vorzugsaktien für die eigenen finanziellen Zwecke der Eisenbahn Verwendung finden. Der Generaldirektor der Gesellschaft soll ein Deutscher sein, ebenso der Vorsitzende des Verwaltungsrates. Die befürchtete Internationalisierung der Eisenbahn ist mithin nicht eingetreten, die deutsche Verwaltung und der Einfluß der Regierung bleiben gesichert. Damit wäre die französische Verwaltung im besetzten Gebiet nicht mehr vereinbar; aber ebenso entschieden muß das Verlangen der bayerischen Regierung abgelehnt werden, die Eisenbahnverwaltung

auseinanderzureißen, um wieder eine eigene bayerische Bahn zu schaffen. Hier drohen uns Gefahren, die nicht zu unterschätzen sind; denn wir geben den Franzosen nur den Vorwand, nun ihrerseits aus dem Gutachten auch einige Steine herauszunehmen, die dann das ganze Gebäude ins Wanken bringen.

Wenn das Kabinett Marx seine Aufgabe richtiger faßt, dann wird es sich ganz einstellen müssen in eine restlose Aufrechterhaltung des Gutachtens und in die Abwehr der Versuche, die an dem Werke ändern wollen. An solchen Absichten wird es auf der Gegenseite nicht fehlen, und zu ihnen gesellen sich dann im eigenen Lande die Klugen und Weisen, die ihre Ratschläge recht aufdringlich mit urteutonischer Brauour zum Vortrag bringen, unbeeinflußt von einer Würdigung der politischen Konstellation der Gegenwart.

Die Abmessung der Leistungen ist sicherlich der für uns schwierigste Teil des Gutachtens. Zwar kommen wir endlich zu einer festen Umgrenzung aller Anforderungen, die in eine Summe aufgehen; aber die jährliche Belastung ist reichlich hoch eingesetzt. Sie beginnt im Jahre 1924/25 mit einer Milliarde, davon sollen 800 Millionen Mark durch eine ausländische Anleihe aufgebracht werden, und steigt dann in den folgenden Jahren bis 1928/29 auf eine Jahresleistung von 2,5 Milliarden Goldmark.

Auf die Art der Aufbringung, Verzinsung der Eisenbahnschuld, Belastung der Industrie und des Handels, Zugriff aus Zolleingängen und Verbrauchsabgaben ist schon hingewiesen. Die Summen werden bei einer intakten Währung und Wirtschaft tragbar sein. Aber es besteht für unsere Währung die große Gefahr, daß diese 2,5 Milliarden, die wir aus der deutschen Wirtschaft herausziehen sollen und die ihren Weg nach dem Ausland nehmen, den Kurs der Mark in Gefahr bringen. Die Notenbank, die in Anlehnung an die Reichsbank errichtet werden soll, die die Rückkehr zur Goldwährung beabsichtigt, ist durchaus annehmbar, aber sie allein schützt uns nicht gegen eine Entwertung der Mark, wenn im Ausland die Mark sich aufsammelt, ohne wieder in die deutsche Wirtschaft zurückzufließen. Dieser Rücklauf kann nur geschehen durch entsprechende Warenausfuhr. Können wir aber diese Warenausfuhr so gewaltig steigern? Das ist die Frage, die mit einem Ja nicht zu beantworten ist. Die Sachverständigen haben zwar hierauf Bezug genommen und Maßnahmen in Vorschlag gebracht, die einen neuen Verfall der Mark verhindern sollen. Die Nachprüfung ist mir nicht möglich, da bisher dieser Teil des Gutachtens meines Wissens nicht im Wortlaut bekanntgegeben ist. Da in der Gesamtsumme auch die Sachlieferungen enthalten sind, so würden die Beträge, die hierfür aufgewendet werden, der deutschen Volkswirtschaft wieder zugute kommen, sie würden eine inflationistische Wirkung nicht ausüben, sofern sie durch Steuern aufgebracht werden. Aber es wird immer noch ein erheblicher Teil als Barleistung in Betracht kommen, der einen Druck auf den Markkurs an den Börsenplätzen hervorrufen kann, sofern nicht diese Markbeträge für den Ankauf deutscher Waren angelegt werden.

Daß die Reparationsleistungen vor den Sachverständigen bis an die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit gehen würde, war vorauszu- sehen. Der verlorene Krieg legt uns harte Verpflichtungen auf, von

denen wir uns nicht befreien können weder durch eine Kampfmethod, die unsere Kräfte vollständig erschöpft, noch durch eine tatenfeurige Kriegsstimmung, die uns weiter ins Verderben stürzt. Betreten wir jetzt nicht die Brücke, die uns geschlagen wird, um zu einer Lösung der Reparationsfrage zu gelangen, dann zerstören wir für lange Zeit die Aussicht auf ein Einlenken in die Bahnen steter Entwicklung. Hüten wir uns vor den Feinden draußen und im Innern, die, sei es aus Bosheit oder Unverstand, den Weg des Verderbens beschreiten wollen. Die Entscheidung über diese Frage hat das deutsche Volk am 4. Mai.

Ministerium Stauning

Von * * *

Allen Völkischen, Rassefanatikern und ihren Nachbetern bis in die volksparteilichen Angsttaktiker hinein, muß es ein bitteres Erlebnis geworden sein, daß schon wieder ein germanisches Brudervolk dem jüdischen Gift des Marxismus erlegen ist. Nachdem sich Schweden nun schon zweimal die roten Ketten hat anlegen lassen, ist auch Dänemark dieses Schicksal widerfahren. Die Folketingswahlen vom 11. April haben unsre dänische Bruderpartei zur stärksten des Landes anwachsen lassen, und ihr damit die Pflicht auferlegt, die Regierung zu übernehmen, für die keine andre Partei oder Parteikombination die parlamentarische Basis gefunden hätte. Es ist dies neben dem vielleicht größten historischen Wendepunkt des Kriegsjahrzehnts, dem Siege der englischen Arbeiterpartei, nur ein bescheidenes Wahrzeichen, aber dennoch allen Lauen und Flauen bei uns in letzter Stunde eine stärkende Mahnung.

Gerade vor vierzig Jahren, 1887, zogen die ersten beiden Genossen in den dänischen Reichstag ein. Seitdem hat sich in ununterbrochenem Aufstieg die Zahl ihrer Wähler und mit ganz geringen Rückschlägen (1887 und 1892) die ihrer Mandate vermehrt. Damals wählten kaum 7000 Wähler die beiden Volksvertreter, heute mustert die Partei bei 470 000 Stimmen 55 von den insgesamt 149 Sitzen des Folketings, der Zweiten Kammer. Parlamentarische Unterstützung wird ihnen seitens der 20 Radikalen (Demokraten) zuteil, die ihrerseits von 1913—1920 unter dem Ministerium Zahle-Scavenius eine entsprechende Unterstützung durch die Sozialdemokratie genossen hatten, ohne daß diese im Kabinett vertreten war. (Erst in der letzten Zeit gehörte ihm Stauning, ebenso wie je ein Vertreter der Konservativen und der Bauernlinken, als „Kontrollminister“, d. h. ohne Portefeuille, an.) Ebenso bleiben diesmal die Radikalen außerhalb des Kabinetts, das — mit Ausnahme des unpolitischen Außenministers, des bisherigen Berliner Gesandten Graf Carl Moltke — rein sozialdemokratisch ist.

Die Niederlage bei den Wahlen hat die Bauernlinke unter dem bisherigen Ministerium Neegaard zu tragen. 7 Mandate hat sie an die Sozialdemokratie abgeben müssen, und ist damit auf 45 zusammengeschmolzen. Diese Partei, offiziell „Moderate Linke“, und die Demokraten, offiziell „Radikale Linke“ genannt, bildeten einst gemeinsam die große liberale Bürgerpartei, die sich gegen die feudal-militaristische Kabinettsregierung der sogenannten „Provisorienzeit“ — der Konservative Estrup regierte mit selbstbewilligten Finanzprovisorien, ganz wie Preußen in der Konfliktzeit, da der Reichstag den Militäretat verweigert hatte — 1901 durchsetzte, und damals den „Systemwechsel“ mit dem ersten liberalen Kabinett Deuntzer schuf. Bald aber (1905) trennten

sich die heterogenen Elemente dieser Linken nach wirtschaftlichen Linien in die moderate, wie sie sich nach einigen Verschiebungen, Abspaltungen und Wiedervereinigungen nannte, und die radikale; jene umfaßte in der Hauptsache den mittleren bäuerlichen Grundbesitz, diese den städtischen Mittelstand, die Intelligenz, einen Teil der Beamten, aber auch Kleinbauern und Häusler. Die Trennungslinie wurde immer schärfer. Schon bei der Sezession 1905 waren es Militärfragen, die den Bruch schufen, die Moderaten näherten sich immer mehr den Konservativen, die Radikalen dagegen, namentlich in den Kriegs- und Krisenjahren, der Sozialdemokratie.

Als im Jahre 1920 der dänische König, in der nationalistischen Stimmung der Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark, dem radikalen Kabinett Zahle auf sagte, ohne daß der Reichstag ein Mißtrauensvotum ausgesprochen hatte, und Radikale wie Sozialdemokraten gegen diesen als Staatsstreich interpretierten Schritt gemeinsam den Generalstreik propagierten — der übrigens ins Wasser fiel — schlug die nationalisch-antisozialistische Welle über beide Parteien, die Radikalen geradezu halbierend, hinweg und trug die Bauernlinke, diesmal um eine Menge Mitläufer vermehrt, mit Hilfe der Konservativen hoch. Diese vier Jahre der Macht hat die Bauernlinke staatspolitisch nicht nur nicht zu nutzen verstanden, sondern hat vielmehr durch ängstliche Interessenpolitik und kleinliche Selbstüberhebung das Land der bedrohlichsten Wirtschaftskrise zusteuern lassen. Der sichtbarste Ausdruck dafür ist der fortschreitende Fall der Krone, die nur noch zwei Drittel ihres Wertes besitzt, und zu deren Aufbesserung das Kabinett Neergaard keine Einigkeit oder auch nur Mehrheit unter den Parteien erreichen konnte.

Jede Partei hatte einen andern Sanierungsplan vorgelegt. Unter den Maßnahmen, die die Regierung selbst im letzten Augenblick geplant hatte: Zollerhöhungen, Luxussteuern, Zwangsanleihe, Valutazentrale, Krediteinschränkung der Nationalbank, Steuererhöhung für ausländische Geschäftsreisende, fanden nur die drei letzteren die Zustimmung des Reichstags und wurden in die Wirklichkeit umgesetzt. Aber damit allein kann auf die Dauer keine grundlegende Besserung geschaffen werden. In dieser Erkenntnis wird das Kabinett Stauning zum Schutz der Industrie, zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und zur Vermeidung unnötiger Devisenabgabe an das Ausland, Schutz- und Luxuszölle einführen müssen, gegen die sich die Bauernlinke bisher aus behaglichem Klasseninteresse gesträubt hatte, während die Konservativen, die mehr noch als die Partei des Großgrundbesitzes die der Industrieherrn ist, eher dafür zu haben waren. Ferner wird man nicht um den Versuch herumkommen, merkliche Abgaben von allen Vermögen über 50 000 Kronen zu erheben, um hierdurch in absehbarer Zeit einen erheblichen Teil der Staatsschulden tilgen zu können. Schließlich wird man auch unter weiteren allgemeinen Sparmaßnahmen vor allem an Heereinschränkungen denken müssen, sobald man erkannt hat — was bis jetzt noch kaum in der öffentlichen Debatte Dänemarks, dagegen von vielen schwedischen Finanzkritikern, nach den Erfahrungen des eigenen Landes, ausgesprochen worden ist —, daß die unerläßliche Voraussetzung für eine Stabilisierung der Krone auf Friedensparität die Balancierung des Staatshaushalts ist, die zurzeit durchaus nicht besteht.

Bei allen diesbezüglichen Entschlüssen und Maßnahmen ist die Sozialdemokratie notgedrungen durch die Rücksicht auf die Radikalen gebunden, die ihr bürgerliches Programm, z. B. in Fragen des Freihandels, nicht leichten Herzens aufgeben dürften, während sie andererseits sicherlich für Heereinschränkungen zu haben sind. Diese Rücksichtnahme, ohne die Stauning praktische Arbeit nicht wird leisten können, ist viel gefährlicher für seine Existenz, als die Geringfügigkeit der Stimmenmehrheit, über die er im Folketing verfügt. Dieser sozialdemokratisch-radikalen Mehrheit von 75 Stimmen stehen 28 Konservative und 45 der Bauernlinken, also insgesamt 73 gegenüber. Außerdem hat der Vertreter der Deutschen

oder der Schleswigschen Partei, wie sie offiziell heißt, Schmidt-Wodder, seinen Platz wieder einnehmen dürfen. Dieses Verhältnis verdient neben der Genugtuung über den allgemeinen Aufschwung der Partei und der Aussicht auf eine verbesserte Lage der arbeitenden Massen unsres nördlichen Nachbarlandes deswegen unsre ganz besondere Aufmerksamkeit; weil es die schleswigsche Frage in ein ruhigeres Fahrwasser bringen könnte.

Zunächst muß, schon rein zahlenmäßig gesehen, der deutsche Vertreter sein Interesse bei der neuen Regierungsmehrheit suchen. Er muß dies aber auch aus sachlichen Gründen. Unleugbar ist die ganze schleswigsche Frage ihrer Natur nach zu einem Musterbeispiel für die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts angetan, allmählich zu einem recht unbehaglichen Brandherd geworden. Das weitgehende loyale Entgegenkommen des deutschen Revolutionskabinetts, das alte, von Preußen an den dänischen Schleswigern geübte Unrecht wieder gutzumachen, wurde durch den Versailler Vertrag und gewisse darauf drückende annexionistische dänische Elemente verschlimmbessert; man legte von vornherein in der sogenannten ersten Zone ein so großes Abstimmungsgebiet fest, daß das Stimmrecht erheblicher deutscher Minderheiten — rund 30 000 Köpfe — unterdrückt werden mußte. Dieser Umstand ist von deutscher Seite immer wieder als Handhabe für die Behauptung benutzt worden, daß ein wirkliches Selbstbestimmungsrecht der schleswigschen Grenzbevölkerung hätte erreicht werden können, wenn diese erste Zone ebenso wie später die zweite nicht en bloc, sondern gemeindeweise abgestimmt hätte. Dann hätte sich eine etwas nördlicher gelegene Grenzlinie, die sogenannte Tiedjelinie, ergeben, die besonders im Westen die Stadt Tondern und benachbarte Landbezirke bei Deutschland belassen hätte. So berechtigt der Einwand ist, darf man nicht vergessen, wie die Situation vor fünf Jahren war. Das damalige radikale Kabinett wollte sicherlich kein Land für Dänemark beanspruchen, dessen Bevölkerung sich nicht selbst freiwillig dazu bekannte. Aber die annexionistischen Elemente des Landes fanden damals ungehörlich williges Gehör in Paris. Die Machtpfusercher des Versailler Vertrages waren jeder Schmälerung deutscher Macht und deutschen Besitzes geneigt, und es erforderte demgegenüber ein hohes Maß von Selbstentäußerung und besonnener Kraft, bei dem damaligen Kabinett Zahle-Scavenius, diese annexionistischen Tendenzen bis auf den nicht ganz idealen Abstimmungsmodus in der ersten und dem von keiner Seite umstrittenen Abstimmungsmodus in der zweiten Zone herabzudrücken. Ein Kabinett Neergaard 1919 an ihrer Stelle hätte diese staatsmännischen Tugenden sicher nicht walten lassen und damit die schleswigsche Frage in das völlige Gegenteil einer Selbstbestimmungslösung verkehrt.

Das Kabinett Neergaard hat aber nicht nur nichts getan, um das Ergebnis dieser staatsrechtlich zwar festgelegten, gefühlsmäßig aber umstrittenen Grenzsetzung für die Benachteiligten erträglich zu machen, sondern geradezu der dänischen Expansion, die südlich über die neue Grenze hinausverlangt, stillschweigend geduldet und mittelbar gefördert. Es muß hier vor allem an den berühmten Fonds von 200 000 Kronen jährlich erinnert werden, den der dänische Reichstag ausschließlich für kulturelle Zwecke unter den bei Deutschland verbliebenen Dänen bewilligt hat. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß auch politische Propaganda aus diesen Mitteln auf reichsdeutschem Boden getrieben worden ist. Auch die deutschsprachigen Blätter dänischer Gesinnung im deutschen Schleswig, die das Stettiner Wehrkreiskommando im November v. J. auf Grund des Ausnahmezustandes aus nichtigen Gründen verbot, sind, wenn nicht aus diesem Fonds, so bestimmt eine Zeitlang aus öffentlichen dänischen Mitteln gespeist worden. Das haben die Urheber des Verbots, die in Flensburg und Schleswig sitzen

müssen, und viel lauter schreien als die Deutschen nördlich der Grenze, sicherlich nicht gewußt; aber auch wenn es ihnen bekannt gewesen wäre, hätte es niemals ein Zeitungsverbot gerechtfertigt, das nur scheinbare Märtyrer und weitere Verstimmung geschaffen hat, und doch nach allen Erfahrungen der politischen Geschichte niemals imstande sein kann, irgendwelche Ideen niederzuhalten, wofern diese wirklich lebenskräftig sind.

Die ganze Atmosphäre im Grenzgebiet ist auf Grund solcher Vorkommnisse, wie begreiflich, mit starker Spannung geladen, aber es muß leider bekannt werden, daß auch von deutscher Seite so gut wie nichts getan wird, um diese Spannung zu mildern. Die deutschen Wortführer diesseits und jenseits der Grenze stehen meist im deutschnationalen Lager; sie begreifen nicht, daß der Köller-Kurs Bankrott gemacht und uns der Verlust Nordschleswigs beschert hat, nicht, daß wir den Krieg verloren haben, nicht, daß wir zunächst zufrieden sein müssen, wenn man sich jetzt in Dänemark an unseren ehemaligen Landsleuten nicht wegen der Sünden des alten preußischen Regimes rächt. Diese unbelehrten und unbelehrbaren Köpfe, diese lauten, aber nicht sonderlich wohltonenden Stimmen, auf die man jedoch in Berlin immer noch viel zu viel zu hören scheint, wenden ihre Angriffswaffen nicht nur gegen die dänische, sondern auch gegen die deutsche Regierung, der selbstverständlich Schlappeit und Mangel an nationaler Gesinnung vorgeworfen wird. Auch die deutsche Presse im abgetretenen Gebiet scheint die Verpflichtung zur nationalen Einheitsfront, die innerpolitisch nicht oft genug verkündet werden kann, nicht zu fühlen. Sie stellt sich gegen Reichsregierung und innerdeutsche Parteien mit einer Gegensätzlichkeit, die im Inland berechtigt, ja geboten sein kann, bei einer Irredenta jedoch wohl kaum von einer anderen Nation der Erde öffentlich zum Ausdruck gebracht würde.

Auf dem Hintergrund dieser Figuren und Vorgänge muß das Grenzabkommen verstanden werden, das im Oktober v. J. zwischen Stauning und Wels namens der dänischen und deutschen Sozialdemokratie abgeschlossen worden ist, und das bei uns so starke Anfeindung nicht zuletzt von sozialdemokratischer Seite erfahren hat. Sprach doch Severing in öffentlicher Landtagssitzung dem Abkommen das Urteil, als er erklärte, die Vertragschließenden auf beiden Seiten hätten damit nicht ihren Befähigungsnachweis als zünftige Diplomaten erbracht. Dieses Urteil schien damals berechtigt. Das Abkommen hatte einerseits nicht den Wert staatsrechtlicher Bindung, und wenn es andererseits eine praktische Wirkung gehabt hätte, wäre damit eine gefährliche Präjudiz für andere, z. B. antirepublikanische Parteien, geschaffen worden, entsprechende Verbindungen mit Gesinnungsgenossen nach dem Auslande anzuknüpfen. Dazu kam die böswillige Unterstellung der lokalen Nationalisten, das Abkommen wäre deutscherseits die verlangte Quittung für die der deutschen Parteipresse gewährte internationale Arbeiterhilfe, die in Wirklichkeit ganz unabhängig davon war. Die ungünstigen Folgen zeigten sich in der bewegten Landtagsdebatte vom Jahresanfang, die der nationalistischen Propaganda einen willkommenen Anlaß, der ihr sonst gefehlt hatte, gab, sich zu entfalten, und in dem Echo nicht nur der dänischen, sondern auch der schwedischen Presse, die einhellig feststellte, Deutschland erkenne die doch so gerechte schleswigsche Grenze nicht an, ja drohe mit Revanche.

Mit dem Augenblick, in dem Stauning die Verantwortung für die dänische Gesamtpolitik übernimmt, bekommt auch das umstrittene Abkommen ein ganz anderes Gesicht. Jetzt legt es nämlich der dänischen sozialdemokratischen Regierung Verpflichtungen auf, die man bisher nur dem deutschen Partner auferlegt glaubte, die aber die dänischen Genossen jetzt sicherlich bewußt und willig erfüllen werden. Der oberste

Grundsatz: die festgelegte Grenze könne nicht debattiert werden, schließt von vornherein alle politischen Expansionsbestrebungen, die offen oder versteckt von seiten der dänischen Regierung gefördert werden könnten, aus. Der berühmte Kulturfonds von 200 000 Kronen, wenn anders für einen so hohen Betrag, der trotzdem der Rentenmark gegenüber zusammenschrumpft, in dem kranken dänischen Staatshaushalt noch genügend Platz ist, wird unter einem Kabinett Stauning jedenfalls nicht mehr politischen Zwecken dienen dürfen. Die für später in Aussicht genommenen Heereinschränkungen an dem jetzigen Stande, der im Mobilmachungsfalle in diesem 3 $\frac{1}{2}$ -Millionenlande 100 000 Mann aufstellt, und bei der Neugarnisonierung das Gros der Truppen in Jütland konzentriert, dürften ebenfalls zu einer Entspannung Deutschland gegenüber beitragen. Und schließlich scheint eine Hauptfrage, die neben der eigentlichen Grenzziehung bisher die wichtigste und umstrittenste in dem Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark war, nämlich der gesetzliche Schutz der Minderheiten in beiden Ländern, wozu Deutschland, jedoch Dänemark bisher nicht bereit war, ihrer Lösung entgegenzureifen. Wie Stauning nämlich einem deutschen Ausfrager erklärt hat, sei er bereit, in diesbezügliche Verhandlungen einzutreten, sobald ein solcher Antrag von der deutschen Regierung gestellt werde.

Für die Gesundung der deutsch-dänischen Beziehungen, die gerade in den letzten Monaten so starken Anfällen ausgesetzt waren, scheint das Kabinett Stauning die besten Aussichten zu verheißen. Daß er den bisherigen Berliner Gesandten auf den Außenministerposten berufen hat, beweist, daß ihm die Beziehungen zu Deutschland als wichtigste außenpolitische Aufgabe erscheinen, daß er aber in dieser Außenpolitik nicht ohne Not die Grundsätze der Partei opfert, sondern sie im Gegenteil nach Möglichkeit zur Geltung bringt, beweist immer wieder solchen, die es noch nicht haben lernen wollen, daß die sozialistischen Grundsätze in der Außenpolitik nicht nur durchgeführt werden können, sondern müssen.

Die gute alte Zeit

Von Philipp Scheidemann

Deutschlands Handel und Wandel blühten. Die Tüchtigkeit der deutschen Industrie und des deutschen Handels waren allgemein anerkannt. Deutsche Kunst und Wissenschaft, deutsche Ingenieure, Techniker, Werkmeister, Monteure und Handwerker waren in aller Welt geschätzt. Gehälter und Löhne waren freilich in Deutschland selbst mehr als kläglich. Es gab kein Kulturland, in das deutsche Waren nicht eingeführt worden wären. Wir lebten mit aller Welt in Frieden. Unliebsam empfunden wurden nur — je länger, je mehr — die unsinnigen Reden des Kaisers und ebenso die Produkte der schriftstellernden Offiziere, die von deutscher Weltherrschaft phantasierten; die der gar nicht kranken Welt fortgesetzt einzublauen versuchten: Am deutschen Wesen wird die Welt genesen!

Die Telegramme und Interviews des Kaisers erregten immer mehr Aufmerksamkeit; das immer wiederkehrende Verlangen, noch mehr Kriegsschiffe zu bauen, noch mehr Kanonen zu gießen und noch mehr Soldaten einzustellen, verstärkten das Mißtrauen unserm Lande gegenüber. Das Ueberhandnehmen militärischer Allüren in den Behörden, der Aeh-Aeh-Ton, der von den Reserveleutnants, die als Commis voyageurs die ganze Welt bereisten, beliebt wurde, machten Deutschland erst lächerlich, dann verhaßt. Als dann 1914 der Krieg ausbrach, standen wir, abgesehen von zwei bankerotten Ländern, allein. Italien, unser Bundes-

genosse, lief zu den Gegnern über. Alle Welt stand schließlich gegen uns. Trotzdem verkündeten die „toll gewordenen Kadetten“ nicht nur, sondern auch die Organisationen der großen Industrie und der Landwirtschaft die irrsinnigsten Eroberungspläne und rechtefertigten dadurch geradezu die Lügenpropaganda der Franzosen gegen uns. Wenn wir jetzt die Eroberungspläne, die die sechs Wirtschaftsverbände*) an den Reichskanzler gerichtet haben, lesen, so kommt uns dieser politische Irrsinn nahezu unfaßbar vor.

Das Ende war schrecklich, das ganze verarmte Volk trägt heute die furchtbare Last, während die Reichsten von damals noch reicher geworden sind. Ganze soziale Schichten von früher, z. B. existenzlos gewordene jüngere Offiziere, die sich mit dem Wandel der Dinge nicht abzufinden vermögen, rasseln aber schon wieder in sinnverwirrender Weise mit den Zungen und Schwertern, so daß Herr Poincaré es leicht hat, für seine schändlichen Unterdrückungsmaßnahmen — Besatzung und Kontrollen! — immer neue Begründungen zu finden. Wohin muß die „völkische“ Hetze führen? Zu einem Kampfe aller gegen alle im Inlande, d. h. zu einer Auflösung verhängnisvoller Art; aber zu einem neuen Zusammenschluß aller jenseits unserer Grenzen gegen das deutsche Volk. Statt Erleichterungen, statt der Völkerversöhnung, wird es neue Bedrückungen geben, wenn diesem wahnsinnigen Treiben nicht bald Einhalt geboten wird.

An unserem Unglück sind in erster Linie die selbtherrlichen Zustände schuld, die vor dem Kriege bei uns geherrscht haben. Und doch gibt es viele gedankenlose Menschen, die das alles vergessen haben, die sich, verwirrt durch das Treiben törichter oder gewissenloser Führer, scheinbar geradezu sehnen nach der Wiederkehr der Zustände, die die ganze Welt gegen uns aufgebracht haben. Herr Ludendorff, der größte Kriegsverlierer aller Zeiten, möchte alles zerschlagen sehen, was nach seiner kläglichen Flucht nach Schweden in Deutschland geworden ist. In der Errichtung eines „Direktoriums“ sieht er eine „Patentlösung“, aus der dann der Diktator hervorgehen müsse. Diese Patentlösung wäre ein blöder Verstoß gegen ein zwar nicht geschriebenes, aber historisch unantastbares Patentgesetz: Das Direktorium mit dem nachfolgenden Diktator ist eine „Patentlösung“ aus der französischen Revolution! Aber Ludendorff ist nicht einmal ein kleiner Finger Napoleons, wie er für alle, die es bis dahin nicht gewußt haben, in den Possen am Brandenburger Tor mit Kapp, in München mit Hitler selbst demonstriert hat.

Was uns einzig und allein retten kann, weil es uns vor dem Bürgerkrieg bewahrt und das Ausland mit uns aussöhnen könnte, ist eine ehrliche starke Demokratie. Auf ihr kann das neue Deutschland aufgebaut, und nur auf dem Wege über sie auch der Sozialismus erreicht werden.

Wie es früher bei uns zugegangen ist, das hat ein Mann geschildert, der zwölf Jahre lang Tag für Tag mit dem Kaiser umgegangen ist, der uns „herrlichen Zeiten entgegenführen“ wollte. Und wenn es uns auch nicht imponiert, daß ein Mann, der alles, was er jetzt aus seinen Tagebüchern veröffentlicht, zwölf Jahre lang geduldig mitgemacht hat, so kommt es doch in der Hauptsache darauf an, was er schildert und daß, was er schildert, absolut richtig ist, denn es ist bisher niemand von den vielen, die die Dinge kennen, aufgetreten, um irgendeine Angabe zu bestreiten. Es handelt sich um das Buch des Freiherrn v. Zedlitz-Trütschler „Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof“ (Verlag von Cotta in Stuttgart).

*) Bund der Landwirte, Deutscher Bauernbund, Christlicher deutscher Bauernverein, Zentralverband deutscher Industrieller, Bund der Industriellen, Reichsdeutscher Mittelstandsverband.

Freiherr v. Zedlitz-Trützschler ist ein Sohn des früheren preußischen Staatsminister gleichen Namens, der später in Cassel und Breslau Oberpräsident gewesen ist. Er erhebt schwere Anklagen gegen die Umgebung des Kaisers, die ihm stets nach dem Munde geredet, niemals aber den Mut aufgebracht habe, auch nur den bescheidensten Widerspruch zu erheben. Es kommen nicht nur die Minister, hohe Offiziere, Hofschranzen aller Art, sondern auch besonders die Geistlichen sehr schlecht weg. Ganz nackt aber sehen wir den Kaiser in seinem größtenwahnsinnigen Gehaben: beschränkt, brutal und — ängstlich.

Wie ein Motto für sein Buch klingt der Seufzer des Freiherrn v. Zedlitz-Trützschler:

„Es lebt doch etwas von sklavischer Unterwürfigkeit in uns, und darum hat uns das Schicksal ein Sklavenlos auferlegt.“

Das sollten sich namentlich alle die vor Augen halten, die sich jetzt schon wieder zu der lächerlichsten Soldatenspielererei mißbrauchen lassen, namentlich also höhere Schüler, junge Angestellte usw. Frontmachen, Honneurs, Hackenzusammenschlagen vor ehemaligen Leutnants, die ohne Drill nicht leben können, das sind Erscheinungen, die widerlich sind. Sie wirken um so komischer, wenn die Herren Jungen auf ihren Windjacken und Mützen allerlei Abzeichen tragen, die bei jedem ernsthaften Beschauer, dem sklavische Unterwürfigkeit ein Scheuel und Greuel ist, doch zwangsläufig die Frage auslösen: und wo ist der Ring durch die Nase?

Doch nun wollen wir ausschließlich Herrn von Zedlitz-Trützschler zu Worte kommen lassen mit einer kleinen Blütenlese aus seinen Erlebnissen am Hofe Wilhelms II.

. . . Es gab jedoch auch Momente, in denen es selbst diesem Meister der Causerie (dem Fürsten Bülow als Reichskanzler) passierte, daß er sich in seinen Aeüßerungen zu weit vorgewagt hatte, ein durchdringender Blick des Kaisers traf ihn, und bald oder sofort erfolgte eine scharfe Unterbrechung, in der Seine Majestät brüsk, keinen Zweifel und keinen Widerspruch duldende Ansichten aussprach. Sowie dieser Blick sichtbar und dieser Ton hörbar ward, begann der Vielgewandte devot zu schweigen, um sich dann später unauffällig wieder in das Gespräch einzufädeln.

. . . als gerade einige Scharfmacher die günstige Gelegenheit ergriffen hatten, in ihrem Sinne zu wirken . . . sagte er: „Ja, ohne einen ordentlichen Aderlaß mit Dazwischenschießen wird es wohl in der nächsten Zeit nicht abgehen.“ Gerade während diese Worte fielen, war die Dienerschaft im Zimmer beschäftigt, so daß sie jedes Wort hören konnte. . .

. . . Aehnlich muß es wohl zugegangen sein, als es hetzerischen Einflüssen gelang, die Stimmung des Kaisers so zu beeinflussen, daß, gelegentlich des Streiks der Straßenbahnangestellten im Jahre 1900 und der damit verbundenen Unruhen auf dem Dönhoffsplatz, an das Generalkommando des Gardekorps folgendes Telegramm erging: „Ich erwarte, daß beim Einschreiten der Truppen mindestens fünf hundert Leute zur Strecke gebracht werden.“ . .

. . . Beim Gespräch (Wahlrechtsdemonstration im Januar 1908) über die etwa dreißig Verletzten sagte der Kaiser: „Ich bin durchaus zufrieden mit der Haltung der Polizei, aber das nächste Mal soll sie nicht mit der flachen, sondern mit der scharfen Klinge zu hauen.“ . .

... „Wenn ich am Sonntag gewußt hätte, daß die Unordnung so groß, dann hätte ich das Alexanderregiment alarmiert und hätte selber mit dem Regiment die Straßen gesäubert. Wenn solche Verhältnisse wieder eintreten, dann will ich sofort die allergenaueste Meldung haben, um sogleich eingreifen zu können.“

... Nur wer die intimen Vorgänge am Hofe ganz kennt, der kann die unglaubliche Liebedienerei der schmeichlerischen Predigten, die ich von den Hofpredigern gehört habe, ganz ermessen. Ich bin über diese Predigten häufig auf das äußerste erschüttert gewesen, denn sie wirken unheilvoller, als man es sich nur im entferntesten vorstellen kann. . .

... Sehr sonderbar ist es, daß der Kaiser vor einigen Tagen erwähnte, die Jesuiten hätten die ganze Katastrophe mit der Kronprinzessin von Sachsen herbeigeführt, weil die Gesinnung der Kronprinzessin zu loyal reichstreu gewesen sei. . .

... Es scheint mir aus alledem eine gewisse Animosität und ein Mißtrauen gegen die katholische Kirche hervorzugehen, das früher in dem Maße nicht vorhanden war und also erst kürzlich auf mir unbekannte Weise genährt sein muß. . .

... Bei der Besichtigung des von Bari (Italien) einige fünfzig Kilometer entfernten, sehr merkwürdigen und vollständig erhaltenen Castel del Monte sagte er: „Ja, wenn man denkt, was dieser große Kaiser (Friedrich II.) alles geleistet! Aber wenn ich euch ebenso peitschen und köpfen lassen könnte wie er, dann würde ich auch mehr schaffen können.“

... Kürzlich sprach der Kaiser von dem neuen Flottengesetz, mit dem er das Parlament absolut hereingelegt habe. Sie wären sich bei der Annahme desselben über die dehnbaren Konsequenzen absolut nicht klar gewesen; denn das Flottengesetz bestimme, daß bewilligt werden müsse, was er nur irgend verlange. Schon im vorigen Winter wäre dem Zentrum diese Erleuchtung gekommen, und es hätte ihm eine ganze Linienschiffsddivision angeboten, wenn er nur auf dies Flottengesetz verzichtete. Der Kaiser aber fuhr fort: „Ich danke sehr, denn gerade mit diesem Flottengesetz bekomme ich ja jede Linienschiffsddivision, die ich haben will. Das ist ein Korkenzieher, mit dem ich die Flasche unter allen Umständen aufziehen kann. Mag auch der Schaum bis an die Decke spritzen. Die Hunde sollen zahlen, bis sie blau werden. Jetzt habe ich sie völlig in der Hand, und keine Macht der Welt soll mich davon abhalten, so viel herauszuziehen, als möglich ist.“

... Der ganze Groll des Kaisers über das Verhalten der Volksvertretung kam zum Durchbruch, als er das Gespräch eines Tages abbrach und im Fortgehen, gewissermaßen zu sich selbst, aber doch so laut, daß es deutlich zu verstehen war, sagte: „Und ein solches Lumpenpack soll man nun regieren. Sie sind eben absolut nicht reif für eine Verfassung.“

... „Die Verfassung habe ich nie gelesen und kenne sie nicht.“

... kam die feindliche Stimmung gegen den Reichstag zum Ausdruck: „Natürlich, noch vor vierzehn Tagen haben die Schaafsköpfe

bei Erwähnung der ersten Nachrichten alles für unmöglich gehalten, und nun sieht man, was für dummes Zeug diese Nachtwächter reden.“

... „Zeitungen lese ich überhaupt nicht.“ Er sagt dies in einem verächtlichen Tone und fügt dann noch gelegentlich hinzu: „Was diese Schafsköpfe (Journalisten) schreiben, ist mir ganz gleichgültig.“

... Beim Gespräch über Steuern äußerte der Kaiser: „Steuern müssen sie zahlen, bis sie schwarz werden.“

... Seine (des Kaisers) tatsächliche Macht war eigentlich eine ganz unbegrenzte, dadurch entwickelte sie sich nach und nach zu einem rein persönlichen und willkürlichen Regiment. . .

„Welche Gefahr ist es daher, wenn viele Millionen Menschen vertrauensvoll ihr Schicksal in eines einzelnen Hände legen müssen, dem nur der Zufall der Geburt diese ungeheure Macht verleiht!“ —

Von Klara Zetkin zu Max Hölz

Von Ernst Reuter

Im Kampf der Sozialdemokratie um die Zukunft und den Aufstieg der Arbeiterklasse ist es wichtig, den Gegner richtig einzuschätzen, seine Kräfte und Entwicklungsmöglichkeiten zu kennen und zu wissen, welche Haltung ihm gegenüber möglich und notwendig ist. Die Kommunistische Partei erscheint vielen als eine große, manchen als die größte Gefahr für die Sozialdemokratie. Wir neigen nicht dazu, sie zu unterschätzen. Die Kommunisten geben ihre Mitgliederzahl auf 300 000 an. Es besteht kein Grund dazu, diese Zahl zu bezweifeln. Ihre Organisation ist bis zu einem gewissen Grade gefestigt, und bei der verhältnismäßig stärker durchgeführten Parteidisziplin immerhin ein Faktor. Sie bleibt ein Faktor auch dann, wenn um diese Organisation als Kern sich nicht mehr Tausende oder auch Hunderttausende von Arbeitern gruppieren, die gefühlsmäßig — aus welchen Gründen auch immer — mit der K.P.D. sympathisieren. Die Organisation der Kommunisten ist in stände, die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften bei Lohnkämpfen schwer zu beeinträchtigen, und da die Hebung des Lebensniveaus der Massen eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft sein wird, so kann die K.P.D. immer noch stark hemmend wirken.

Schon deshalb ist es notwendig, die Entwicklungslinien zu kennen, auf denen diese „proletarische“ Organisation marschiert. Der letzte Parteitag der K.P.D. hat das Bild vereinfacht. Er brachte einen entscheidenden und sicher für lange Zeit, wenn nicht für immer, anhaltenden Sieg der radikalen Linken. Der Geist dieser Linken und der Taktik, die sie zu befolgen gedenkt, wird am besten dadurch charakterisiert, daß die neue Parteileitung Max Hölz zum Listenführer auserwählt hat.

Wenn wir sagen, daß der Sieg der Linken in der K.P.D. ein entscheidender und ein voraussichtlich andauernder ist, so bedeutet das nicht, daß der Krisenzustand bei den Kommunisten überwunden wäre. Der kann nicht überwunden werden, weil er auf objektiven Ursachen be-

ruht, die nicht nur nicht beseitigt sind, sondern die höchstwahrscheinlich noch viel schärfer sich auswirken müssen. Die Krise begann mit der Niederlage der Roten Armee vor Warschau. Damals hatte die Welle des Bolschewismus ihren Höhepunkt erreicht. Die bald darauf folgende Spaltung in Halle war schon eine geistige und organisatorische Niederlage des bolschewistischen Einflusses in Mitteleuropa, und keineswegs „ein Sieg über die Bourgeoisie“. Ende 1920, Anfang 1921 mußte die neue Leitung der „Vereinigten K. P. D.“ in der Parole des „Offenen Briefes“ in reichlich roher Form zum Ausdruck bringen, daß die Spaltung von Halle eine Sinnlosigkeit gewesen war, daß nicht revolutionäre Eroberungskämpfe, sondern Verteidigung täglicher Arbeiterinteressen im Mittelpunkt des Interesses auch der radikalen Arbeitermassen stand. Der mitteldeutsche Aufstand von 1921 war ein vergebliches Anrennen gegen diesen Zwang der Tatsachen. Die geistige Desorganisation der kommunistischen Bewegung führte zum Dritten Weltkongreß, zur Losung „Heran an die Massen“, zu krisenhaften Auseinandersetzungen, zum Ausscheiden einer ganzen Reihe führender Funktionäre, zum Versuch der Kommunisten, so etwas wie eine Art loyaler Einheitsfront zum Schutze der Republik durchzuführen. Der Leipziger Parteitag vom Januar 1923 stand ganz im Banne dieser Rechtsentwicklung. Er zeigte mit deutlicher Schärfe Bruchstellen in der K. P. D., die so stark waren, daß beinahe von einer Spaltung zwischen rechts und links geredet werden konnte.

Die Folge dieser Entwicklung war die Unterstützung der sozialdemokratischen Regierung in Sachsen. Eine normale Entwicklung der deutschen Innenverhältnisse hätte die Kommunisten über diese Taktik zur vollkommenen Zerspaltung führen müssen. Die Auswirkung der Cuno-Politik des Ruhrkrieges hat dann die K. P. D. eine Zeitlang an die Spitze einer revolutionär scheinenden Bewegung gestellt. Allen Ernstes haben die guten Leute, die diese Partei damals führten, und keineswegs etwa nur Sinowjew in Moskau, geglaubt, sie stünden unmittelbar vor der Machteroberung. So kam es, daß die Ansätze zu einer vernünftigeren Politik umschlugen in einen ebenso kindlichen wie kurzsichtigen Versuch, einen Generalaufstand zu inszenieren, der der Reaktion in Deutschland die allerbesten Dienste geleistet, der den gewaltigen Vorstoß, namentlich der Schwerindustriellen, gegen die Arbeiterschaft im Herbst vergangenen Jahres ungemein erleichtert hat. So geräuschvoll wie die „Rote Fahne“ die nahende Revolution im Oktober vergangenen Jahres ankündigte, so spurlos, ohne jeden Widerstand verschwanden die Kommunisten, als das Verbot der K. P. D. ausgesprochen war.

Der Widerspruch zwischen Wollen und Können, zwischen bemitleidenswert naiver Einschätzung objektiver Kräfte und Möglichkeiten und der nüchternen Wirklichkeit, der nach dem geräuschlosen Rückzug der Kommunisten vom Kriegsschauplatz nur allzu deutlich offenbar wurde, ist die Ursache der Krise, die die Kommunistische Partei monatelang in Fesseln hielt. Wenn man jahrelang nichts anderes getan hat, als Führer verantwortlich zu machen, wenn man von Hetze und Pogromstimmung geistig gelebt hat, ist es kein Wunder, wenn der Wind, den man gesät, als Sturm sich gegen einen selber wendet. So verschwinden jetzt die Böttcher und Genossen, die in Sachsen seinerzeit sich rühmten, in der Sozialdemokratie „ganze Führergarnituren abgesägt“ zu haben, spurlos von der Bildfläche. Die Linke hat die Führung der Kommunistischen Partei erobert. Ihre Parole und ihre Losung heißt: Organisation der Revolution. Ausgeschifft werden Klara Zetkin und alle Rechten, an die Wand gedrückt die schwankenden Gestalten des „Sumpfes“, es triumphieren diejenigen, die glauben, in Deutschland mit einer „reinen“, „zuverlässigen“, „erprobten“, zu jeder Aktion bereiten K. P. D. die Welt aus den Angeln heben zu können.

Wir haben nicht die Absicht, ihnen ihren Glauben streitig zu machen. Ueber diesen Glauben werden die Tatsachen entscheiden. Wichtig sind für uns nur die Folgerungen, die aus dieser Entwicklung für die Arbeiterbewegung entstehen. Der Linkskurs der K. P. D. ist für die innere Situation in der Sozialdemokratie nicht unwichtig. Die Wiederholung sächsischer und thüringischer Experimente mit Unterstützung der Kommunisten erscheint ausgeschlossen, die K. P. D. bietet niemand mehr Flügeldeckung, Zwitterstellungen sind unendlich viel schwerer geworden. Sozialismus und Kommunismus stehen sich jetzt nicht mehr als feindliche Brüder, sondern als vollkommen wesensfremde Bewegungen gegenüber. Auf die Gewerkschaften muß die Entwicklung ebenfalls von Einfluß sein. Die linke Führung der K. P. D. gibt zwar noch nicht die Parole des Austritts aus den Gewerkschaften, aber ihr Kampf gilt offener, unzweideutiger und sichtbarer der Zerstörung der Wirtschaftsorganisationen. Sie wiederholen alte Betriebsräteexperimente, sie machen durch Veranstaltung von Kongressen Unorganisierter, Gelber usw. ihren organisatorisch zerstörenden Kampf gegen die Gewerkschaften sinnfälliger und erleichtern dadurch — ob gewollt oder ungewollt — die Abwehr. Es herrscht Klarheit! Dem Banditismus und Putschismus steht die demokratische Millionenbewegung der Arbeitermassen gegenüber, die ihre geschichtlich-revolutionäre Funktion mit anderen Mitteln zu erfüllen wissen, als sie Max Hölz und auch Arkadi Maslow dem deutschen Proletariat anpreisen.

Die Zersetzung des Kommunismus ist bei dieser Entwicklung unausbleiblich. Zu prophezeien hat wenig Sinn, aber sicher ist, daß der Linkskurs die Zersetzung beschleunigen muß. Der „Opportunismus“, der „Reformismus“, der tägliche Kampf um Arbeiterinteressen ist so sehr Lebensnotwendigkeit der proletarischen Klasse, daß, wer ihn leugnet, an ihrem Leben nicht teil hat und zerfallen muß, weil er sich selbst jede Lebensmöglichkeit entzieht. Natürlich werden die Kommunisten bei den Wahlen Erfolge haben. Natürlich bleiben sie eine gewisse Gefahr. Aber Leistungen werden sie nicht aufweisen, und so wird die Welle, die sie vorübergehend hochtrug, wieder abebben. Eine Macht konnten sie nur werden, weil sie eine Zeitlang sich den Bedürfnissen der Arbeiterklasse anpaßten oder anzupassen vorgaben. Der offene Verzicht auf diese ihre Taktik, die in Sachsen und Thüringen sicher auf manchen Arbeiter Eindruck gemacht hat, muß dazu führen, daß sie sich selbst das Wasser abgraben.

Es bleibt nur noch zu bemerken, daß auch die neue Leitung offen bekennt, daß die Kommunistische Partei im Innern nicht gesund ist. Sie gibt zu, daß die Sozialdemokratie sich konsolidiert hat und glaubt, das mit Schimpfworten auf die linken Führer erklären zu können. Daß sie selbst am meisten zu dieser von ihr anerkannten Konsolidierung mit beigetragen hat, erkennt sie nicht und wird sie wahrscheinlich nie erkennen. Brandler und Radek waren immerhin noch Gegner, die die Sozialdemokratie und die Arbeitermassen kannten, und weil sie sie kannten, zu bekämpfen verstanden. Von Maslow und Ruth Fischer wird niemand weder das eine noch das andere behaupten können. In ihrem Zeichen werden die Kommunisten nicht siegen.

Die Völkischen und das Zentrum

Die Völkischen verwerfen das Christentum als Judenreligion; sie bekämpfen Zentrum und Bayerische Volkspartei als „jüdisch-jesuitischen Polyp“, der Deutschland das Blut aus den Adern sauge. Der plumpe Vorstoß Ludendorffs während des Münchener Prozesses entsprang nicht der Einzelerkenntnis des Generals. Ludendorffs Ansichten über politische und kulturelle Vorgänge und Erscheinungen waren noch immer abhängig, nie selbständig. Das, was er gegen die katholische Kirche, den Papst und den Kardinal Faulhaber vorgebracht hat, entstammt völkischen Flugschriften. Es gibt deren eine ganze Bibliothek. Jede dieser Agitationsbroschüren, deren Verbreitung sich die Völkischen, aber auch die Deutschnationalen besonders im Wahlkampf angelegen sein lassen, strotzt von einem solchen Haß gegen die katholische Kirche und alle damit zusammenhängenden Organisationen, daß, wenn Sozialdemokraten davon auch nur ein mikroskopisch kleines Teil sich geleistet hätten, sie längst als schamlose Lächerer gebrandmarkt wären. Es ist darum zu verstehen, daß die deutschnationale Presse sich eifrig bemüht hat, Ludendorffs Deklamationen zu dämpfen und in solcher Absicht auch katholische Zeugen auftreten ließ, die bekennen sollten, daß man wohl guter Katholik und doch schärfster Gegner der Zentrums politik sein könne. So war z. B. in der gesamten deutschnationalen Presse die Kundgebung einer „Katholischen Vereinigung für nationale Politik“, die dem Zentrum das Anrecht auf Vertretung katholischer und nationaler Belange absprach, zu lesen. Die Deutschnationalen, deren Taktik ein wenig klüger ist, als die der Völkischen, sehen den aus den Wahlen erhofften Rechtsbürgerblock gefährdet; darum möchten sie die Zentrumsfeindlichkeit der Völkischen, die auch sie (Gustav-Adolf-Verein) vollkommen teilen, ein wenig dämpfen und verstecken. Es wird also richtig sein, dokumentarisch nachzuweisen, daß der Widerwille der sogenannten deutschen Nationalen gegen alles, was zu Rom Beziehungen unterhält, von solcher Heftigkeit und Giftigkeit ist, daß jedem Zusammengehen des Zentrums mit dieser größten Häresie der Gegenwart ein unüberwindlicher Wall gesetzt ist. Wir können in solchem Sinne hier nur Andeutungen geben, aber auch diese werden genügen, um das Zutreffende unserer Meinung zu belegen. Wir zitieren aus zwei (von ungezählten) Flugschriften: „Zentrum und Bayerische Volkspartei als Feinde des deutschen Staatsgedankens“, von Alfred Rosenberg; „Der Jesuitismus als Volksgefahr, eine Betrachtung zu den Münchener November-Ereignissen“, von Alfred Miller. Beide Schriften sind im Deutschen Volksverlag in München erschienen. In der Schrift Rosenbergs heißt es: „Bemerkenswert ist es, daß der Vatikan den Versailler Vertrag als erste neutrale Macht anerkannt hat. Es tat dies derselbe Papst Benedikt XV., von dem das während des Krieges ausgesprochene Wort stammt: Möchten sich die Taten Gottes durch die Franzosen erneuern.“ (S. 11.) „Einen besonderen Fall in der Zentrums politik bildet der Reparationsbrief des neuen Papstes Pius XI. und das Ruhrschreiben des Kardinalstaatssekretärs Gasparri an den Nuntius Pacelli, in welchem — ohne jeden Widerspruch seitens der Zentrums presse — die Verteidiger des deutschen Volkes an der Ruhr als Verbrecher hingestellt werden.“ (S. 11.) „Das deutsche Volk verreckt vor Hunger und Kälte, kampflös verfault es dank Demokratie und dem Christentum des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei.“ (S. 13.) „Heute herrschen Judentum und Zentrum vereint über das deutsche Volk. Aber man täusche sich nicht. Der völkische Staatsgedanke ist schon da.“ (S. 15.) „Das deutsche Zentrum legte in erster Linie mit Hand an, als das Deutsche Reich zerstört wurde durch Juden, Marxisten, Demokraten.“ (S. 16.) „Hat man das Wesen der Zen-

trumpspartei klar erfaßt, so fällt auf die Taten dieser deutschfeindlichen Partei typischer parlamentarischer Korruption hinter fadenscheiniger christlicher Verhüllung ein helles Licht, und sie ergeben sich alle mit Notwendigkeit von der Deutschfeindlichkeit in der Polen- und Kolonialfrage, über die Zersetzungstätigkeit während des Krieges bis zur Erfüllungspolitik des Dr. Wirth und die letzten Unterdrückungen des völkischen Befreiungsgedankens im Reiche.“ (S. 29.) „Wenn die Franzosen nach München marschieren wollen, so können sie dies um so gefahrloser tun, je widerstandsunfähiger das deutsche Volk ist, d. h. je mehr pazifistische Demokraten, Zentrumsmänner und Marxisten über dasselbe bestimmen.“ (S. 32.) ... „Die Tat des Kardinals Faulhaber (Lusitaniarrede in Amerika) ist noch viel schlimmer als die Eisners, weil Eisner bloß ein galizischer Jude war, Faulhaber aber ein Deutscher.“ (S. 40.) „Französische oder italienische Kardinäle, die ähnlich über ihr Vaterland gesprochen hätten wie Faulhaber über das seinige, hätten sich zu Hause nicht mehr sehen lassen dürfen. Sie hätten dies auch nie zu tun gewagt! Das ist der Unterschied. Diese Gesinnung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei ist aber auch der Grund, warum wir keinen völkischen Staat, sondern eine November-Republik, und darin ein Zentrum nebst Bayerischer Volkspartei besitzen.“ (S. 43.)

Aus der Schrift des Alfred Miller: „Zwei Weltanschauungen stehen sich in Deutschland gegenüber: Die völkische und die jüdische und die ihren verschiedenen Spielarten, als da sind: die marxistische, plutokratische und die jesuitisch-ultramontane.“ (S. 4.) „Am 9. November 1923 holte der Jesuitismus zum entscheidenden Schläge aus.“ (S. 4.) „Es liegt in der Natur des jesuitischen Systems, daß von der diplomatischen entscheidenden Beeinflussung weltpolitischer Vorgänge nur noch ein Schritt zum Mord ist.“ (S. 8.) ... „Als am 7. Dezember 1897 der erste Marine-Gesetzentwurf zur Debatte stand, da brachte es der Zentrumsführer Dr. Lieber (ein Rassejude!) fertig, mit unverhülltem Zynismus die Ablehnung der für des Reiches Sicherheit notwendigen Vorlage in Aussicht zu stellen, falls der Bundesrat in Sachen der Gesellschaft Jesu nicht entgegenkomme.“ (S. 10.) „Wo der Jesuit sich national gebärdet, da muß er es mit der bewußten Absicht tun, einer bestimmten Volksstimmung Rechnung zu tragen, d. h. Sand in die Augen zu streuen. Auf der andern Seite aber zerstören hundert andere Mitglieder die nationalen völkischen Grundlagen des Staates.“ (S. 13.) „Der Staat ist verpflichtet, katholisch zu sein, hier haben wir die Gründe, warum seit Bismarcks Gründung des Reiches gegen dasselbe mit den gemeinsten, niederträchtigsten Mitteln gearbeitet wurde, warum vor allem das Preußentum, die Verkörperung des staatlichen Machtgedankens, so erbittert von ultramontan-jesuitischer Seite bekämpft wurde und wird. Die Hetze gegen den Preußen Ludendorff am 9. November 1923 zeigt dies deutlich.“ (S. 16.) „Die meisten ahnen noch gar nicht, was dieser Schlag am 9. November bedeutet, für was er den Weg ebnet, muß! Die jesuitische Fratze enthüllt sich nie auf einmal.“ (S. 17.) „Auf dem Katholikentag in München 1922 predigte Kardinal Faulhaber uns völkische Demut mit dem Hinweis, daß Bismarcks Werk unter deutschem Militarismus nun zerschlagen sei. Zerschlagen von wem? Wo ist der deutsche Kirchenfürst, der sich einsetzt für Deutschlands Macht und Größe? Nirgends! Weil die Sendboten Roms nur ein Interesse an der Ohnmacht des deutschen Landes haben, das doch das Mutterland der Reformation ist.“ (S. 17.) „Fürwahr, Papst Pius XI. kann mit dem, was nun in Bayern erreicht worden ist, zufrieden sein.“ (S. 18.) „Nach Erzbergers Tode Erfüllungspolitik Wirths bis zum Weißbluten! Ihr Wahnsinn wird nur begreiflich in der Annahme, daß dieselben Hintermänner wie bei Erzberger die geistigen Eingeber waren, die dabei ein

kirchenpolitisches Ziel im Auge haben, zu dem sie uns zermürben müssen.“ (S. 29.)

Von keinem vernünftigen Menschen wird verlangt werden, daß wir uns an eine Kritik solcher Wutexzesse vergeuden. Wir gaben diese wenigen Proben völkischer Politik nicht, um sie zu widerlegen, sondern um zu zeigen, daß sowohl für das Zentrum wie für die Bayerische Volkspartei die Schwierigkeiten unüberwindlich sein dürften, mit diesen deutschen Nationalen gemeinsam Politik zu machen.

R. Br.

(Siehe auch „Glocke“ Nr. 60, Jahrg. IX.)

Richard Wagner als Antisemit

Von Dr. Hermann Hieber

I.

Auf Richard Wagner kann man mit besonderem Recht das Wort aus dem Prolog zum „Wallenstein“ anwenden:

Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt,
Schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.

Zunächst ist seine Kunst mit Entsetzen, mit Schmähungen und Verwünschungen aufgenommen worden. Dann erfolgte der Gegenstoß von seiten der begeisterten Anhängerschaft, von den Glasenapp, Wolzogen, Chamberlain und wie sie alle heißen. Die ließen es nicht bei der Beurteilung der Wagnerschen Kunst bewenden, sondern schlossen auch die Persönlichkeit dieses Helden in ihre Lobeshymnen mit ein. Erst seit zehn, fünfzehn Jahren etwa haben einige Eingeweihte, stutzig geworden durch Ereignisse wie Nietzsches „Götzendämmerung“, stutzig geworden auch durch Widersprüche, die sie fanden in Wagners erst dreißig Jahre nach seinem Tode, 1913, herausgegebener Autobiographie „Mein Leben“ mit Behauptungen seiner Propagandisten, aber auch mit denen seiner früheren Briefe und der „Autobiographischen Skizze“ von 1843, die er für Heinrich Laubes „Elegante Welt“ geschrieben hatte. Kurzum: man entschloß sich dazu, Wagners Leben unter die kritische Lupe zu nehmen und machte bei der Gelegenheit allerhand für das Haus Wahnfried recht peinliche Entdeckungen.

Zu den zuverlässigsten Wagner-Biographen ist Julius Kapp zu zählen, der im Oktoberheft der Zeitschrift „Die Musik“ die Beziehungen zwischen Wagner und Meyerbeer auf Grund einer Anzahl bisher unveröffentlichter Briefe an diesen gründlich untersucht und bei dieser Gelegenheit zu ganz andern Ergebnissen kommt als die offizielle Bayreuther Literatenschaft. Der Einzelfall Meyerbeer wiederum erleuchtet scharf und deutlich das Verhältnis Wagners zum Judentum überhaupt und findet in den Beziehungen des Meisters zu Heinrich Heine eine überraschende Parallele; auch über sie sind vielfach noch irrige Meinungen im Umlauf.

Daß Wagner, ehe er sich mit dem „Tannhäuser“ und „Lohengrin“ enger an Weber und die deutsche Romantik angeschlossen hat, stark im Meyerbeerschen Fahrwasser gesegelt ist, braucht kaum mehr erwähnt zu werden. Im November 1838 wählte der junge Theaterkapellmeister in Riga zu seinem Benefiz denselben „Robert der Teufel“, der bei seinem „Rienzi“ Pate gestanden hatte, und 1840 schrieb er einen begeisterten Aufsatz „Ueber Meyerbeers Hugenotten“. Den ersten Brief schrieb Wagner an den gefeierten Pariser Komponisten von Königsberg aus unter dem 4. Februar 1837. Es heißt darin:

„Ich habe mich vor etwa sechs Jahren für die Musik bestimmt; mich trieb eine leidenschaftliche Verehrung Beethovens

dazu, wodurch auch meine erste Produktionskraft eine unendlich einseitige Richtung bekam — seitdem, und besonders seitdem ich in das eigentliche Leben und die Praxis trete, haben sich meine Ansichten über den gegenwärtigen Standpunkt der Musik, und zumal der dramatischen, wesentlich geändert, und soll ich es leugnen, daß gerade Ihre Werke es waren, die mir diese eine Richtung anzeigten? Es wäre hier jedenfalls sehr am unpassenden Orte, mich in ungeschickte Lobeserhebungen Ihres Genius auszulassen, nur so viel, daß ich in Ihnen die Aufgabe des Deutschen vollkommen gelöst sah, der sich der Vorzüge der italienischen und französischen Schule zu eigen machte, um die Schöpfungen seines Genius universell zu machen“

Diese Bewunderungsausbrüche, die in der Bevorzugung Meyerbeers vor Beethoven ihren Höhepunkt finden, sind keineswegs platonischer Natur. Der „universelle deutsche Meister“ sollte für die Partitur der Erstlingsoper „Das Liebesverbot“ interessiert werden, die Meyerbeers Librettist Scribe den Parisern mundgerecht machen sollte. Wagner wird darin auch recht deutlich:

„Wie unendlich viel aber meine ganze Laufbahn, ja mein ganzes Leben von Ihnen abhängt, können Sie leicht ermessen, wenn ich Ihnen eröffne, daß mein glühendster Wunsch und alle meine Anstrengung dahin geht, nach Paris kommen zu können, denn ich spüre etwas in mir, was dort gute Früchte bringen müßte... Ich dachte schon lebhaft an Frankreich und ließ extra deshalb noch nichts in Deutschland drucken. Wäre es denn wohl möglich, das Sujet (des „Liebesverbots“) von einem geschickten Mann französisch umarbeiten zu lassen und so der Opéra comique zur Aufführung anzubieten? Mit einem solchen Glücke, wie Sie es mir bereiten können, hängt nicht nur Ehre und äußerer Wohlstand zusammen, sondern es weckt und bildet oft erst Kräfte in uns aus, die wir in unserer schlimmen Lage im lieben Vaterland oft verkümmern und untergehen lassen müssen. Die bloße Notwendigkeit der Selbsterhaltung trieb mich hierher in das unwirtliche und unbedeutende Ostpreußen und hält mich hier fest ... Künstlerruhm kann Ihnen nicht mehr zuteil werden, denn Sie erreichten schon das Unerhörteste; überall, wo Menschen singen können, hört man Ihre Melodien, Sie sind ein kleiner Gott auf dieser Erde geworden... Von Ihrem Urteil erwarte ich alles. Ihr in glühender Verehrung ergebener Diener
Richard Wagner.“

Mit diesem wohlberechneten Schreiben, das merkwürdigerweise den „glühendsten Wunsch und die Anstrengungen“ des später so urdeutsch gewordenen und allen „welschen Dunst und welschen Tand“ verachtenden Meisters verrät, in Paris festen Fuß zu fassen, weil dort etwas, was er „in sich spürt, gute Früchte bringen müßte“, führt er sich bei Meyerbeer ein. Zwei Jahre darauf, 1839, erscheint Wagner als seefahrender Flüchtling mit seiner Frau und einem großen, gefräßigen Hunde in Boulogne, stellt sich Meyerbeer persönlich vor und erhält von ihm Empfehlungsschreiben an dessen Verleger Moritz Schlesinger in Paris und außerdem an den Direktor des „Renaissance“-Theaters, Joly. Schlesinger hat ihn als Korrektor beschäftigt und übertrug ihm die Anfertigung von Klavierauszügen; außerdem verlegte er seine kleineren Kompositionen, darunter eine französische Uebersetzung der „Beiden Grenadiere“, Schlesingers „Gazette musicale“ schließlich bot dem jungen Künstler willkommene Gelegenheit zur Veröffentlichung musikalischer Aufsätze. An der Verbindung mit Schlesinger hatte übrigens noch ein zweiter Jude Anteil, Heinrich Heine, auf den wir später zurückkommen.

Der „in glühendster Verehrung ergebene Diener“ Richard Wagner wurde mit seinen Hilferufen an Meyerbeer immer dringlicher. Er schreckte dabei auch vor starken Zumutungen nicht zurück:

„Sie allein können helfen, indem Sie Joly eine Oper zu schreiben versprechen. Terrorismus ist das einzige Mittel, und Sie, mein verehrter Selbstbeherrscher aller Töne können ihn allein anwenden ... Mit allen Sünden und Schwächen, Not und Jammer empfehle ich mich Ihnen ehrfurchtsvoll, die Erlösung von allem Uebel durch Gott und Sie erlehend. Bleiben Sie mir hold, so ist mir Gott aber auch nahe.“

Meyerbeer, der fast immer nur auf der Durchreise in Paris weilte, erreicht es durch warme Fürsprache, daß Habeneck, der Kapellmeister der Großen Oper, Wagners Ouvertüre zum „Kolumbus“ in sein Programm aufnimmt, wofür ihm sein Schützling dankt mit den Worten:

„Mein Dankgefühl, das mich gegen Sie, mein hochherziger Protektor, beseelt, kennt keine Grenzen. Ich sehe kommen, daß ich Sie von Aeonen zu Aeonen mit Dankesstammeln verfolgen werde. Die Versicherung kann ich Ihnen geben, daß ich auch in der Hölle noch Dank stammeln werde Ihr mit Herz und Blut ewig verpflichteter Untertan

Richard Wagner.“

Diese Kostproben mögen genügen. Mit weit mehr Beharrlichkeit als der Dank verfolgt den Beherrscher der Pariser Großen Oper Wagners unterwürfige Bettelei. Meyerbeer, den das „Stammeln von Aeonen zu Aeonen“ gewiß angewidert hat, verwendet sich unermüdlich für seinen Schützling. Als das „Renaissance“-Theater, in dem die Proben für das „Liebesverbot“ schon begonnen hatten, plötzlich verkrachte, führte ihn Meyerbeer mit dem Direktor der „Großen Oper“, Pillet, zusammen, dem Wagner den Entwurf zum „Fliegenden Holländer“ einreichte. Er vermittelte außerdem die Bekanntschaft mit Sängern, die für den Vortrag Wagnerscher Lieder in Konzerten in Frage kamen. Meyerbeer, zum königlich preußischen Generalmusikdirektor ernannt, verlegte den Schwerpunkt seines Wirkens von Paris nach Berlin; das bedeutete aber keineswegs ein Erkalten seines Interesses für Wagner, der in Paris zurückblieb. Seinem Eintreten für diesen bei dem Intendanten v. Lüttichau ist die Annahme des „Rienzi“ in Dresden zu danken, der Anfang 1843 die Bestellung Wagners zum Hofkapellmeister und damit die erste würdige Existenz in Deutschland folgte. In seinem Empfehlungsschreiben an den Dresdener Intendanten bezeichnet Meyerbeer Wagner als „jungen Komponisten, der nicht allein eine tüchtige musikalische Bildung, sondern auch viel Phantasie besitze und dessen Lage wohl überhaupt die Teilnahme in seinem Vaterlande in jeder Beziehung verdiene“.

Noch in Paris, im Sommer 1841, hatte Wagner nach dem Scheitern seiner Verhandlungen mit der Großen Oper den „Fliegenden Holländer“ deutsch umgearbeitet. Textbuch und — im November — die Partitur wurden an den Intendanten der Berliner Hofoper gesandt mit Beziehung auf Meyerbeer, „welchem persönlich bekannt zu sein“ der Komponist „das unschätzbare Glück genieße“.

Dieses „unschätzbare Glück“ und die daraus entspringenden Vorteile, vor allem die Aufführung des „Rienzi“ in Berlin, genoß Wagner bis zu seiner Beteiligung an der Mai-Revolution von 1849 — bis Meyerbeers Schutz und Fürsprache aus politischen Gründen für ihn bedeutungslos wurden. Mit diesem Moment setzt seine künstlerische Gegnerschaft, aber zugleich ganz allgemein sein Antisemitismus ein.

(Schluß folgt.)

Deutsche Maler

Von Robert Breuer

Max Pechstein

Blau, grün, gelb, rot schlagen uns in Flammen entgegen. Die Sinne werden machtvoll erregt. Man erlebt Blumen, Frauenleiber, Äpfel, Gewänder. Materie, wie sie gesehen, gerochen und geschmeckt werden kann, feiert ein Bacchanal. Das ist wahrhaft ein Maler. Er frißt die Welt. Er umarmt sie, und so gibt es Kinder. Alle diese Bilder sind wie im Liebesrausch gezeugt. Das nimmt von vornherein für diesen Naturburschen gefangen, für diesen Waldläufer, diesen Indienfahrer. Er ist keinen Augenblick müde zu suchen und an sich zu reißen: alles, was ihm vor den Wurfspieß seiner Augen kommt. Optische Urwaldwildheit. Wenig Intellekt, aber viel Muskelkraft. Etwas vom Piraten, der es nicht so genau damit nimmt, auch einmal Strandgut zu rauben. Einerlei, wenn es nur Spaß macht.

Selbstverständlich, in diesem Pechstein steckt Cézanne und Hodler und Matisse. Wie Gauguin ist er in die Tropen gefahren; das Insulanerhafte hatte ihn schon zuvor gepackt. Manches von dem, was Pechstein erlebt, ist schon einmal erlebt worden; aber die Heftigkeit, mit der er den Vorgang jetzt wieder sich vollziehen läßt, wirkt wie eine Offenbarung unter Blitz und Donner. Dabei bleibt ein gewisser Rest von akademischer Schulung, von gelernter Dekorationsmalerei nicht verborgen. Er ist nicht so raffiniert naiv wie eben jene, Gauguin oder Matisse, die Pariser, weil ein Deutscher niemals solch amüsante Mischung aus Kindlichkeit und Verderbtheit, aus Animalität und Klassik darzubieten vermag. In Pechsteins Bildern sind darum zuweilen Trübungen enthalten.

Noch tastet er; er experimentiert. Aber eins ist gewiß: er wird immer Bilder malen. Das ist eine seiner besonderen Fähigkeiten: jede einzelne dieser vielen bemalten Leinwände ist eine in sich geschlossene, als Wohlklang gedachte und als Harmonie erstrebte Einheit. Er weiß ganz genau, daß das Kunstwerk etwas völlig anderes ist als die Natur. Er will ein Werk schaffen, ein Werk, das in sich selber lebt. Jedes seiner Bilder ist ein Organismus, eine Lebenseinheit, der Kräfte entströmen, die ringsherum den Raum mit Lust erfüllen.

Pechstein ist ein Freudebringer. Noch kein Vollendeter, aber einer, der sich durchboxen wird, so wie er sich während des Krieges aus japanischer Gefangenschaft nach Deutschland durchgeboxt hat. Zuletzt als Kohlentrimmer auf einem Dampfer, der von Amerika abfuhr. Von solcher furchtlosen Entschlossenheit ist viel in diesen Bildern, und das macht es, daß sie eine glückliche Befreiung von Erdensorgen, von Großstadtenge und von Altersgrau sind.

Ludwig Meidner

„Aber heut bin ich sehr verwirrt, beschämt und gedemütigt, da ich euch hinaustrug auf eine offene Tribüne, ihr Genossen der Leidenschaft und des Grams. Werdet ihr Wort halten und auch dem Zuschauer ein wenig von der Kraft vermitteln, die ich damals in euch hineinstampfte? werdet ihr die Grabgesänge echen dem willigen Horcher, ihr kochenden Flächen an den Wänden?!“ Das sind Worte Ludwig Meidners. Sie reichen hin, um diesen Menschen in seinem Wesentlichen zu erfassen: ein Demütiger, der unter dem furchtbaren Erlebnis des Daseins zusammenbricht und doch ein Himmelsstürmer, einer, der in Tränen erstickt und doch ein Tanzender ist, ein Psalmensingender, ein ewig Schöpferischer. Ganz Leidenschaft, ganz Brand, Gewitter und Vulkan. Der Raum, an dessen Wänden seine Bilder hängen, scheint zu explodieren.

Seine Bilder stürzen sich auf uns und werfen uns um. Sie halten, was der Maler von ihnen erwartet: sie vermitteln nicht nur ein wenig,

nein viel, sehr viel von der Kraft, die er, als er, sie sich aus der Seele riß, in sie hineinstampfte. Sie sind voll rasender Gebärde, alles in ihnen ist Schrei nach Erlösung, ist Angst, Sehnsucht und Triumph. Es sind da Landschaften, die aus den Tiefen der Erde hervorbrechen, die von berstenden Abgründen verschlungen werden. Der Tod ist in diesen Landschaften, Berge stürzen, Bäume brennen, Menschen hetzen, von Schrecken gepeitscht. Es sind da Straßen und Plätze der großen Stadt; die Häuser wanken, als würden sie von rächenden Fäusten geschüttelt, Dächer fahren auf, das ganze wüste Leben einer Großstadtstraße schlägt wie ein Wirbelwind aus der Leinwand heraus. Die grauenvollen Schatten des Todes steigen aus den Winkeln der Gassen und all das Ekelhafte; was dem Tode vorangeht, das Erbrechen der Cholerakranken, das sinnlose Gebrüll der Verfolgten, das Wahngestammel der Hilflosen.

Dann sind da Bildnisse, Bildnisse von Menschen, die mit Bewußtsein leben, die selbst dort, wo das Tierische geschieht, prophetisch glühen. Menschen mit großen, die Welt einfangenden Augen, mit Augen, aus denen Erschütterung stürzt, ein alles verstehendes Mitleid und kindliche Andacht. Menschen der Revolution, die ein neues Land sehen, von dem sie aber wissen, daß sie es nie erreichen werden. Dichter, Phantasten, Umpflügler, leer ausgehende Erntebinger. Auch über diese Menschenmalerei und das, was ihn dabei treibt, hat Meidner Erschöpfendes gesagt, in einem Kriegstagebuch: „Sich eingraben in die zerlöchernde Mondlandschaft einer männlichen Physiognomie. Man gewahrt bald den Grund einer Seele und erschrickt vor so viel Bösem, Lasterhaftem und Gewaltsamem. Dennoch freut sich die Feder, denn das Böse ist pittoresk, und alle fiebernde, krächzende Unruhe eines Antlitzes, alle Ornamentik zerpockter Backen stillt einen unbekanntem dämonischen Drang in mir.“

Ist das nun Malerei? Meidner selbst gesteht, daß seine Arbeiten ein edles, vollkommenes Handwerk noch vermissen lassen: „Ihr mögt,“ so sagt er, „es verzeihen, ich muß noch würgend mit zähen Farben ringen, die den unbehenden Fingern nicht gehorchen wollen. Ich möchte immer meinen Strichen, die ich zehnmal wegweise, ehe sie richtig sitzen, ein letztes, verzweifertes Lebewohl zurufen.“ Es ist schon Malerei, Malerei, wie sie die ersten Christen, vom Blutdunst ihrer Leiden umwittert, dem Dunkel der Katakomben anvertrauten. Malerei, die in jedem Strich Erkenntnis und Mission ist. Jeder Konventionelle wird sich abwenden; der Unverdorbene aber, der Naive, das Kind im Manne wird es miterleben, wie hier aus farbigem Stoff, aus reiner Farbe, aus tiefer Nacht und jäh hervorstoßendem Licht eine eigene Welt erschaffen ist. Es ist die Malerei eines geistigen Raubtiers, es ist die Malerei eines Gütigen, der sein Volk segnen möchte. Das Menschliche ist in dieser Malerei durchaus das Entscheidende, und so konnte es kommen, daß dieser Maler, dem nicht das Kleinste zu gering ist, um es zu gestalten, still zur Seite trat, als ihm ein Erlebnis begegnete, das den Vielen und Vielzuvielen Stoff für billige Illustrationen lieferte, das diesen von Liebe und Weltsinn ganz Erfüllten ratlos machte: „Der Stift fiel mir aus den Fingern. Des Zeichnens bin ich müde, denn die Berge der Leichen um mich nehmen mir das letzte, frohe Atmen. Der Sommer wird seine Posaunen blasen. Er wird klappern wie die Aasgeier. Er wird krächzen wie die alten Mühlen. . . . Jetzt ist es an der Zeit, unter die Menschen zu gehen. Jetzt müßtest du deine Pflicht lassen und unerkannt unter die Menschen gehen. Denk nicht mehr an dich. Laß den Pinsel den Leichten und Gewissenlosen. Das Elend der Menschen umschreit dein Herz. Hilf ihnen wieder zu Gott zu kommen. Hilf ihnen, daß sie wieder beten können.“

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

Opfer der Krise

Im letzten Vierteljahr erlebten wir in Deutschland einen Aufschwung der Konjunktur, wie man ihn in solchem Ausmaß nach dem furchtbaren Niedergang nicht für möglich gehalten hätte. Es gibt Industrien in Deutschland, die eine ausgesprochene Hochkonjunktur zu verzeichnen haben. In scheinbarem Widerspruch hierzu stehen die zahlreichen Meldungen über Zusammenbrüche von Handelsfirmen und Produktionsunternehmen. Massenhaft erfolgen jetzt die Anträge auf Liquidation von solchen Firmen, die in der Inflationsperiode entstanden sind. Doch gibt es auch größere Firmen und solche von gutem Ruf, die gezwungen sind, den Antrag auf Geschäftsaufsicht zu stellen. Wir wollen in nachstehendem versuchen, die Krisen in Oesterreich und Deutschland mit wenigen Worten zu beleuchten.

In Oesterreich vollzieht sich jetzt ein interessanter Kampf zwischen dem alten und dem neuen Reichtum. Dort ist es die Frankenspekulation, die noch immer nachwirkt. Die Wiener Börse steht seit Wochen unter einem noch nie dagewesenen Druck. Die Aktienkurse haben einen Tiefstand erreicht, der innerlich nicht gerechtfertigt ist. Die Frankenspekulation mag auch hier ihre Wirkung getan haben, denn zahlreiche Besitzer von Industripapieren waren gezwungen, ihre Bestände abzustößen, um Mittel zur Einlösung ihrer Frankenschuld freizubekommen. An der Wiener Börse wurde nun ein Clearing errichtet, um größere Zusammenbrüche zu vermeiden und die gegenseitigen Forderungen miteinander auszugleichen. Die Wiener Großbanken haben sich zur Leistung eines Garantiefonds bereiterklärt. Auch die österreichische Regierung hat die Notwendigkeit einer Stützungsaktion eingesehen und dem Bankensyndikat einen Kredit in Höhe von 300 Milliarden Kronen zur Verfügung gestellt. Außerdem wollen die Banken 200 Milliarden zur Auffüllung dieses Interventionsfonds beitragen. Somit ständen zur Rettung der Wiener Börse 500 Milliarden bereit. Der Zinsfuß, den die Regierung für ihr Darlehen beansprucht, soll nur gering bemessen sein. Daß die Regierung aus öffentlichen Mitteln, und zwar unter Zustimmung des Generalkommissars Zimmermann, zur Stützungsaktion sich entschloß, kann als ein Beweis dafür gelten, wie weit der Niedergang der Börsenkurse gediehen ist. Es mag auch mit den beruhigenden Mitteilungen bezüglich der Verluste bei der Frankenspekulation nicht ganz stimmen. Vielmehr ist anzunehmen, daß katastrophale Zusammenbrüche per Ultimo April und Mai vor der Tür stehen, zumal die französische Valuta eine außerordentliche Festigkeit zeigt. Und diese Zusammenbrüche, die das bisher so große Vertrauen des ausländischen Kapitals in die österreichische Wirtschaft erschüttern würden, müssen im Interesse der Stabilisierung der österreichischen Valuta vermieden werden. — Mit dieser Katastrophe in Oesterreich vollzieht sich ein tiefgehender Prozeß der Umwälzung. Waren doch in Oesterreich am Börsenspiel Personen interessiert, die früher von der Existenz einer Börse kaum etwas wußten. Manche von diesen Spekulanten konnten es im Laufe der letzten fünf Jahre zu ansehnlichem Reichtum bringen, teilweise stiegen sie bis zur höchsten Sprosse der gesellschaftlichen Leiter. Diese Schicht war es besonders, die sich auf die Spekulation des französischen Franken warf. Auf ihrem Rücken wird die Krise der Spekulation zum größten Teil ausgetragen. Sie kommen zu Hunderten unter den Wagen. Daß diese Umschichtung von den Organen des alten Reichtums, z. B. den Großbanken, nicht ungerne gesehen wird, versteht sich von selbst. Aber auch angesehene Firmen sind in den Strudel der Deroute, wie sie seit 1873 in solcher Heftigkeit an der Wiener Börse nicht zu verzeichnen war, ge-

zogen worden. Die eingeleitete Stützungsaktion soll nun deren vollständigen Zusammenbruch verhüten. Man kann auf den Ausgang des großen Umwertungsprozesses in Oesterreich gespannt sein.

In Deutschland ist aus Anlaß der Frankenspekulation eine allgemeine Stützungsaktion noch nicht notwendig gewesen. Wohl besteht eine stille Uebereinkunft, insolvente Firmen von allgemeinem Ansehen nicht zusammenbrechen zu lassen. Da die Spekulation auf den Niedergang des französischen Franken hierzulande nicht in dem Maße wie in Wien geübt wurde, muß der Zusammenbruch zahlreicher Firmen in andern Ursachen begründet liegen. Im großen und ganzen kann man wohl sagen, daß ein Reinigungsprozeß auch bei uns einsetzt. Dieser muß durchgekostet werden, wenn wieder eine vollständige Gesundung eintreten soll. In der Kriegs- und Inflationszeit sind Firmen und Unternehmungen wie Pilze aus der Erde geschossen, deren Daseinsberechtigung in einer gesunden Volkswirtschaft zum mindesten fragwürdig ist. Namentlich Bankwesen und Handel haben einen großen Zufluß von neuen Firmen erfahren. Soll die Volkswirtschaft gesund sein, dann müssen gerade in diesen Zweigen die Absorbierung von Arbeitskräften und Kapital auf das geringste Maß beschränkt sein. Wenn, um nur ein Beispiel anzuführen, in Köln 1913 die Zahl der Händler 5000 betrug und Ende 1923 20 000, dann ist es eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, daß mindestens zwei Drittel davon verschwinden. Wie das Bankwesen eine Aufblähung erfuhr, haben wir in Berlin erleben müssen, wo in jedem freigewordenen Parterrezimmer sich ein Bankgeschäft auftrat. Wenn die meisten hiervon auch längst das Zeitliche gesegnet haben, so ist die Zahl der Bankgeschäfte noch immer eine weit über das erträgliche Maß hinausgehende. Doch auch Produktionsunternehmungen und solche allgemeinen Charakters werden den Weg alles Sterblichen gehen müssen, soll die deutsche Volkswirtschaft ein normales Gesicht erhalten. Wir haben uns die Mühe gemacht, aus den Zeitungsmeldungen der letzten Wochen eine Liste der Firmen zusammenzustellen, die in Schwierigkeiten geraten sind. Teilweise wurde Geschäftsaufsicht beantragt, teilweise wurde Konkurs angemeldet. Wir haben nur diejenigen herausgegriffen, die von einiger Bedeutung sind. Von solchen Firmen wären zu nennen:

Bankhaus A. Meyer & Co., Düsseldorf, Berliner Filiale; Bankhaus L. Poensgen; Bankhaus Sachs, Warschauer & Co., Berlin; Privatbank Louis David, Bonn a. Rh.; Produktenfirma Block & Enoch, Berlin; Nahrungsmittelfabrik Simon Rhonheimer, Mannheim-Merchingen; Im- und Exportgesellschaft Bendix Lahann, Hamburg; Hermes-Bank, Akt.-Ges., Chemnitz; Hansa-Bank, Frankfurt a. M., Akt.-Ges.; Im- und Exportfirma Staudt & Co., Altona; Exportfirma Walter Nickel, Hamburg; Bankhaus Landau & Co., Düsseldorf; Rauchwarenfirma Max Belmonte, Akt.-Ges., Leipzig; Bankhaus Schwab, Noelle & Co., Hamburg; Bankfirma Kraus & Co., Düsseldorf; Bankhaus Gries & Co., Düsseldorf; Chemische Fabrik Hanau, A.-G., Hanau; Becker & Steeb, Offenbach; Giotil, A.-G., München; Gioth, A.-G., Hanau. Die letztgenannten vier Firmen gehören zum Seifenkonzern Walter Schott. Die Schwierigkeiten dieses Konzerns sollen entstanden sein infolge Frankenverbindlichkeiten und starken Kapitalinvestitionen innerhalb der Gruppe. Die oben erwähnte, schon 30 Jahre bestehende Bankfirma Louis David, Bonn, wurde in die Tiefe gerissen durch die Verbindlichkeiten der Trierer Spirituosenfirma Leopold Loeb, A.-G., eines der größten deutschen Unternehmen der Sprit- und Weinindustrie. Bei diesem Unternehmen stehen den Gesamtkrediten von 10 792 000 Goldmark Passiven in Höhe von 9 444 000 Goldmark gegenüber. Die Loeb A.-G. hatte von der Saarhandelsbank in Saarbrücken eine Forderung von 11,5 Millionen franz. Frs., die sie der Firma David, Bonn, weitergab und von ihr den Gegenwert erhielt. Die Saarhandelsbank in Saarbrücken blieb aber mit ihren Zahlungen

im Rückstande. Auch die Städtische Sparkasse München-Gladbach war in dieses Geschäft verwickelt. Es soll versucht werden, die Firma Loeb mit einem größeren Konzern der Spirit- und Weinbranche zu fusionieren. Verhandlungen mit Schultheiß-Kahlbaum waren bis jetzt nicht von Erfolg.

Das Sterben teilweise ganz bedeutender Firmen nimmt also seinen Anfang. Ob sich dieses zur allgemeinen Katastrophe auswächst, steht noch dahin. Was die sonstigen Schwierigkeiten nicht zuwege bringen, tut die Geldknappheit, die den Firmen das Leben bei Zinssätzen bis 5 Prozent pro Monat äußerst schwer macht. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Zahlungsschwierigkeiten und Konkurse sich noch gewaltig steigern werden. Die Vorgänge vom Jahre 1873 wiederholen sich. Wir befürchten, daß der große Krach vor 51 Jahren ein Kinder spiel sein wird gegenüber dem, der jetzt sich erst schüchtern bemerkbar zu machen beginnt.

Mercur.

RANDBEMERKUNGEN

Ludendorff und Hölz

Ludendorff und Hölz sind Reichstagskandidaten. Sie werden beide die erforderliche Stimmzahl bekommen. Ludendorff wird davon profitieren und in den Reichstag einziehen; Hölz wird von der Leistung seiner Wähler keinen Erfolg haben und im Zuchthaus verbleiben.

Unwillkürlich fragt man, wie es Ludendorff gegangen wäre, wenn der Marsch nach Berlin sich entwickelt hätte. Wie leicht hätte es dann geschehen können, daß auch er hätte requirieren müssen. Vielleicht hätten sich auch Kämpfe als notwendig erwiesen, und vielleicht wären dabei auch Menschen verwundet und getötet worden. Wenn nun gar der Marsch jenseits der bayerischen Grenze zusammengebrochen wäre, wenn Ludendorffs Armee zur Flucht genötigt gewesen wäre, wenn seine Tapferen nichts mehr zu essen und keine Wohnstätte gehabt hätten, vielleicht hätte dann Ludendorff ganz ähnlich wie Hölz, beschlagnahmen, aufbrechen, herausholen lassen müssen. Ob die hungernden Ludendorffer dann mit Bürgern und Bauern glimpflicher umgegangen wären, als die Hölzianer es getan haben: wer will das mit Sicherheit sagen! Herr Ludendorff hat also Glück gehabt; er ist all den Gefahren entgangen, denen sich Hölz aussetzen mußte und denen er schließlich erlegen ist.

Max Hölz scheint sich übrigens zu seiner Reichstagskandidatur nicht gedrängt zu haben; er tut jedenfalls alles, um zu zeigen, daß seine politische Auffassung und seine Weltanschauung erheblich von dem kommunistischen Dogma abweichen. Es ist mehr als fraglich, ob Ludendorff so klare und so sympathische Worte über sich, seine Leistungen und sein Versagen, seine Absichten und seine Irrtümer schreiben könnte, wie das Max Hölz getan hat.

Eins aber ist gewiß: niemals hätte Ludendorff Sätze wie diese schreiben können: „Zeit und Raum sind die Formen, denen jede erfahrungsmäßige Wahrnehmung erst unterworfen werden muß. Das rohe Material der sinnlichen Wahrnehmung beeinflusst wohl eine Seite des menschlichen Intellekts, aber niemals die entscheidende. Die sinnliche Wahrnehmung bedeutet an sich gar nichts. Sie liefert vor allem niemals eine Erklärung über das Wesen der Dinge. . .“ Dieses sind nämlich Sätze aus einem Aufsatz des Lord Haldane über Immanuel Kant. Lord Haldane ist der Organisator der britischen Armee; er hat führend bei der Aufstellung des Kriegsheeres mitgewirkt. Ludendorffs Berührung mit der deutschen Wissenschaft beschränkt sich auf eine genaue Kenntnis des weltberühmten Buches „Die Weisen von Zion“. Jetzt wird man bestens verstehen, warum Ludendorff das

deutsche Wesen nicht siegreich verteidigen konnte.

Darum ist er Spitzenkandidat der Völkischen. R. Br.

Der Bazillenadmiral

Die Nachricht, daß im französischen Senat ein Senator behauptet habe, Deutschland bereite einen Gas- und Bazillenkrieg gegen Frankreich vor, nimmt ein Kontreadmiral z. D. Glatzel in einer Beilage der „Deutschen Zeitung“, die sich „Deutsche Wehr“ nennt, zum Anlaß, um lang und breit über den „Bazillenkrieg“ und seine Technik allen Ernstes zu schreiben. Gerade weil derartige unsinnige Verdächtigungen von ausländischer Seite von Zeit zu Zeit zu Propagandazwecken erhoben werden, sollte man sich in Deutschland hüten, über solches Thema zu orakeln. Die Behandlung dieser Frage durch einen hohen Militär in einer militärischen oder doch militärisch sein wollenden Zeitung kann Verleumdern nur neuen Stoff geben und solchen Verdächtigungen einen Schein von Wahrscheinlichkeit verleihen, zumal wenn sie im Sinne des erwähnten Artikels geschieht. Herr Glatzel aber schwätzt in unverantwortlicher Weise über den Bazillenkrieg: „Vor andern Kampfmitteln hat er voraus, daß die ‚Truppenzahl‘ die denkbar geringste sein kann, daß die ‚Rüstungskosten‘ gleichfalls minimale sind, daß Wahl des Zeitpunktes und der Oertlichkeit der Verwendung fast ganz im Belieben des ‚Angreifers‘ liegen und die Mannigfaltigkeit der Infektionsstoffe wie ihre Verbreitungsarten eine wirksame Abwehr äußerst schwierig gestaltet. Die verschiedenartige Gefährlichkeit der Infektionskrankheiten ließe sogar eine Staffelung der Bakterienverwendung, also eine allmähliche Steigerung von milderen Drohmitteln zu schärferen Druck- und schärfsten Zwangs- und Strafmaßnahmen zu. Man stelle sich nur ein Dutzend solcher Agenten in Feindesland mit Infektionsmitteln verschiedenster Art ausgerüstet, vor, und man wird zugeben müssen, daß die tatsächliche Epidemieverbreitung wie auch be-

sonders die Beunruhigung der bedrohten Bevölkerung bald eine unerträgliche werden müßte.“ Daß es sich um einen Krieg nicht gegen feindliche Armeen, sondern gegen die Bevölkerung handelt, darüber ist sich der Verfasser durchaus klar; er will sogar das „eigentliche Kriegsgebiet“ von der Anwendung des Bazillenkriegs ausdrücklich ausgenommen wissen, da er dort Freund und Feind gleichermaßen bedrohe.

Gewiß, dieser Bazillenkrieg gegen die Bevölkerung wäre nur eine logische Fortsetzung der brutalen Kriegsschrecknisse, wie wir sie in dieser verruchten Zeit in Gestalt von Luftbombardements gegen hilflose Frauen, Kinder und Greise, wie wir sie in der Hungerblockade gegen Säuglinge und Kinder im Mutterschoß bereits erleben mußten. Soll auf diesem entsetzlichen Wege noch weitergegangen werden? Sollen wirklich Typhus, Cholera und Pest gegen das arme Volk in Städten und Dörfern entfesselt werden als Kriegsmittel? Nur eine ganz entmenschte Phantasie kann diesen Gedanken zu Ende denken, nur ein teuflischer Vernichtungswille kann solche Pläne schmieden. Nur die Beißwut des Zahnlosen kann so geifern.

Dem Bazillenadmiral kommen übrigens doch einige Bedenken. Er meint, daß vom „Utilitätsstandpunkt“ aus zu berücksichtigen sei, daß völkerrechtliche und kriegspolitische Bedenken gegen diese Kampfform beständen und daß deshalb keine Staats- und Kriegsleitung das Odium der erstmaligen Verwendung auf sich nehmen werde. Aber er findet einen Ausweg, und dieser Ausweg zeigt gleichzeitig eine neue Gefahr. Wir blicken in einen Abgrund, wenn wir lesen:

„Nun deuten aber verschiedene Anzeichen — z. B. die irische Sinnfeiner-Kriegsführung gegen England — darauf hin, daß das Kriegführen nicht mehr Privilegium anerkannter Staatsregierungen ist, daß vielmehr zu der Form des — rein innerstaatlichen — Rebellenkrieges auch

gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Staaten und nichtstaatlichen Organisationen — den in neuester Zeit überall in großer Zahl entstandenen Geheimbünden aller Art — hinzutreten werden. In solchen Kämpfen, die immer einen abnorm gesteigerten Fanatismus voraussetzen, spielen auch völkerrechtlich unerlaubte Mittel, wie Meuchelmord und ähnliche Sabotageakte, eine oft ausschlaggebende Rolle. Als Zukunftskampfform solcher Art scheint auch der ‚Bazillenkrieg‘ denkbar und aussichtsvoll.“

Wir haben in Deutschland den Meuchelmord der Geheimbünde als „politisches“ Kampfmittel erlebt und bedanken uns dafür, daß diese Form des Kampfes auch „zum Wohl des Volkes“ auf außenpolitisches Gebiet übertragen wird. Deutschland würde sich außerhalb der Gesetze und außerhalb der Formen jeder großen menschlichen Gemeinschaft stellen, wenn es solche Methoden annehmen und billigen würde. Alles Unrecht, das wir von unsern früheren Kriegsgegnern erlitten haben und noch erleiden, darf keinen Grund zu solchen Ueberschreitungen der Grundgesetze der Menschlichkeit abgeben. Auch auf deutscher Seite würden dann nur die Unschuldigen die Rache der Gegner zu erleiden haben. Eigenartig ist die Moral, die aus dem zitierten Aufsatz spricht. Sie macht den feinen Unterschied zwischen offiziellen staatlichen Mordmethoden und den illegalen Methoden der „nichtstaatlichen“ Organisationen. Das erinnert an manche politischen Kapitalverbrechen aus der neueren Geschichte Deutschlands und die Haltung, die gewisse Parteien und Kreise dazu einnahmen. Man schreibt den Mord nicht auf das Programm, man mißbilligt ihn, wenn es notwendig erscheint, mit halben Worten, aber man unterstützt vom „Militärstandpunkt“ aus die Organisationen, aus denen die Mörder hervorgehen. Doppelte Moral in der Politik. Kein Zufall, daß dieser Aufsatz in der „Deut-

schen Zeitung“ des Herrn Claß erschien! Stichler.

Fascistenwahlen

oder: Wenn Herr Wulle Reichswahlleiter wäre.

Am 6. April hat der Telegraph der ganzen Welt gemeldet, daß die italienischen Wahlen „ruhig“ verlaufen seien. Man hat dann die Kunde von dem großen Wahlsieg Mussolinis vernommen, und die Welt ist darüber zur Tagesordnung übergegangen. Wieder ist in einem europäischen Lande die Demokratie abgewürgt worden, ohne daß die sonst so empfindliche internationale Moral sich verletzt fühlte. Man muß die Wahlen miterlebt haben, um zu wissen, bis zu welchem Grade in Italien Verfassung und Wahlfreiheit bereits zur Karikatur geworden sind. Zunächst gab es Propaganda und Wahlvorbereitung nur für die Fascisten, die sich als Regierungspartei „partita nazionale“ nannten. Als ihr Spitzenkandidat war Mussolini aufgestellt, als ihr Abzeichen in der Propaganda und auf den Wahlzetteln fungierte das bekannte altrömische Rutenbündel mit den Richtbeilen, das fascis. Die Nationalpartei, die als Regierungspartei alle Unterstützung des amtlichen Verwaltungsapparats genoß und sich außerdem auf die weitverzweigte, straffdisziplinierte Organisation der Fascisten stützen konnte, hatte eine ungeheure Propaganda entfaltet. Mit einem außerordentlichen Aufwand von Geld, Arbeit und Papier hatte sie ganz Italien von Nord bis Süd mit einer wahren Flut von Propagandaplakaten übersüttet, die von den Mauern und Zäunen aller Siedlungen der Apenninen-Halbinsel herableuchteten. Diese Anschlagpropaganda, ebensoviel mit Bild wie mit Textplakaten arbeitend, war geradezu musterhaft organisiert, insbesondere die Bildplakate waren künstlerisch gut und sehr wirksam. Die Plakate zeigten ein genaues Eingehen auf die Anschauungen der verschiedenen Volkskreise. Es gab Plakate, die auf die Bauern, andere, die auf die Industriearbeiter berechnet waren,

wieder andere für das städtische Kleinbürgertum. Sehr beliebt war die antithetische Gegenüberstellung von Bildern. Ein Plakat zeigte auf der einen Hälfte einen von wilden Bolschewistenhorden in Brand gesteckten Bauernhof mit erschlagenen Männern und Kindern, auf der andern Seite sah man ein Kornfeld, das von behäbigen bäuerlichen Gestalten in aller Ruhe abgeerntet wurde. Unterschrift: Die Fascisten haben euch gerettet. Ganz besonders verbreitet war das Bild Mussolinis, dessen brutales, ungeistiges Gesicht mit den stechenden Augen einem auf Schritt und Tritt entgegenstarrte. Darunter stand: Dies ist der Mann, der Italien gerettet hat. Ganz besonders wurde an die Frontkämpfer appelliert, und zwar mit allerlei romantischen Darstellungen. Auf einem Bilde wurden einem Soldaten von einer aus dem Nichts herausgreifenden Faust seine militärischen Ehrenabzeichen abgerissen, auf einem andern wurde ein Matrose der Kriegsmarine von wilden Gestalten über eine Brücke in den Fluß hinabgeworfen. Darunter stand jeweils: Italiener, erinnert euch! Es gibt also auch in dem siegreichen Italien so etwas wie eine Dolchstoßlegende. Auch die im Kriege Gefallenen mußten für die fascistische Propaganda herhalten. Ueber einer ganzen Anzahl Wahlplakate stand das Wort: Nel nome dei morti! (Im Namen der Gefallenen.) Selbst bildlich wurden die Geister der Gefallenen auf den Wahlplakaten vorgeführt, wo sie den zögernd vor der Urne stehenden Wähler beschworen, fascistisch zu stimmen, denn seine Stimme werde entscheiden, ob Italien leben oder sterben solle. Auffallend für den deutschen Betrachter war das fast völlige Fehlen des antisemitischen Einschlags in der Propaganda. Soweit die Propaganda negativen Charakter hatte, richtete sie sich immer wieder gegen Bolschewisten und Marxisten, gelegentlich auch gegen Klerikale (Jesuiten). Sehr an die deutsche völkische Propaganda erinnerte ein Bild, in dem ein Fascist der von Schlangen umwun-

denen Italia mit dem Beil zu Hilfe eilt; die Schlangen werden als Demokratie, Parlamentarismus, Kapitalismus und Jesuitismus etikettiert.

In den Tagen vor der Wahl und am Wahltage selbst waren die Fascisten mobilisiert und versahen gemeinsam mit den Polizeiorganen den Ordnungsdienst. Da sah man, geführt von den in koketten Uniformen prangenden Polizeisoldaten und Carabinieri, Gruppen von acht bis zwölf Fascisten, meist 16- bis 18jährigen jungen Burschen in alten Militäruniformen, den schwarzen Fez auf dem Kopf, das Gewehr unter dem Arm, die Straßen abpatrouillieren. Am Wahltage selbst standen in den Städten fliegende Formationen von Fascisten auf Kraftwagen als stille Reserve der Polizei zum Eingreifen bereit. Das Auftreten der Fascisten war außerordentlich herausfordernd und breitspurig. Sie fühlten sich als Herren der Situation. Unter solchen Umständen ist es klar, daß keine der Oppositionsparteien durch Demonstrationen oder Versammlungen im Freien öffentlich in Erscheinung treten konnte. Selbst die Versammlungstätigkeit der Oppositionsparteien war stark eingeschränkt. Man kann sich ähnliche Verhältnisse in Deutschland vorstellen, wenn man etwa unter einer völkischen Regierung den völkischen Turnerschaften und vaterländischen Verbänden die Wahlvorbereitung und den polizeilichen Ordnungsdienst vor und während der Wahlen übertragen würde. Daß im einzelnen, insbesondere auf dem Lande, offene Wahlbeeinflussungen und Wahlkorrekturen vorgekommen sind, wird von vielen Seiten gemeldet und scheint durchaus nicht unglaubhaft. Für die Fascisten ist die Demokratie und der Parlamentarismus nur noch eine lästige Form, die man aufrecht erhält mit Rücksicht auf das Ausland. Der Parlamentarismus ist zur Karikatur geworden, nicht nur durch die Art, wie die Wahlen gemacht wurden, sondern auch durch das famose Wahlgesetz Mussolinis, durch das

er sich eine Mehrheit von vornherein gesichert hat. Die Arbeit des neuen italienischen Parlaments wird nur als Komödie aufzufassen sein. In Wirklichkeit herrscht die Diktatur Mussolinis und seiner Fascisten. Nach menschlichem Ermessen ist für die nächsten Jahre diese Herrschaft felsenfest begründet, lediglich aus der eigenen Bewegung heraus können Mussolini Gefahren kommen. Die Frage wird sein, ob es ihm gelingen wird, die in der fascistischen Partei zusammengefaßten sehr heterogenen Interessen und Richtungen durch seine starke Hand auf die Dauer zu disziplinieren und zusammenzuhalten.

Die Fascisten haben bei den Wahlen etwa 64 Proz. der gesamten abgegebenen Stimmen erhalten, bei einer Wahlbeteiligung, die nicht unter der in Italien bisher festgestellten lag. Man kann den Parteien in der Opposition, insbesondere den Zentrumsvertretern (Popolari) und den beiden sozialdemokratischen Richtungen die Anerkennung nicht versagen, daß sie, unter stärkstem Druck und Einschüchterung arbeitend, trotzdem beträchtliche Stimmenzahlen erreichen konnten. Auf diesen Parteien ruht die Hoffnung für eine künftige demokratische Politik Italiens, wenn die Gewaltherrschaft Mussolinis zusammengebrochen sein wird. Es ist bezeichnend und hoffnungserweckend, daß gerade in denjenigen Teilen Italiens, die intellektuell und kulturell am meisten fortgeschritten sind, in Piemont und in der Lombardei, die Fascisten verhältnismäßig am schlechtesten abgeschnitten haben. In Mailand und Turin herrscht eine alte demokratische Tradition; von jenen Städten aus wird sich das demokratische Italien einst erneuern. *W. St.*

Befreiungskrieger

Die Erfüllung der Phrase, die schwarz-weiß-roten Farben über den Rhein zu tragen, ist, wie jeder Kriegsschüler weiß, schon technisch unmöglich. Der ganze Gedanke des völkischen Befreiungskrieges kann aber diesen vorgeblichen Erbpächtern des deutschen Idealismus in

seiner moralischen und historischen Unwahrheit nachgewiesen werden. Ueber die wirklichen Absichten der Hitler-Ludendorffschen „nationalen Armee“ hat sich ein an hervorragender Stelle Beteiligter folgendermaßen geäußert:

„Ich will noch ein kurzes Wort sagen über das Verführungsspiel mit der nationalen Armee. Wer nicht von allen guten Geistern verlassen ist, muß doch verstehen, daß wir heute nicht eine nationale Armee aufstellen können, womit man unsere gute Jugend verlockt hat, die wir einmal für die wirkliche Befreiung brauchen. Mit diesem Wort unsere brave nationale Jugend herauszulocken für selbstsüchtige Partezwecke, ist ein miserables Verbrechen, das nicht genug an den Pranger gestellt werden kann. Dieses Lockmittel der nationalen Armee war für die Drahtzieher nur ein Mittel, ihren Anhang zu bezahlen und zu verpflegen, und damit ganz in ihre Abhängigkeit zu bringen. Nicht um Krieg gegen Frankreich zu führen, sondern zu ganz andern Zwecken wurden diese braven Kinder, die Söhne von meinen Freunden, von alten Generalen und Beamten, verführt.“

Dieses moralisch vernichtende Urteil trifft nicht nur den armseligen Schwätzer Hitler, sondern mindestens mittelbar auch die Unschuld von München, den kurzfristigen Oberbefehlshaber der nationalen Armee Ludendorff. Wer es gefällt hat? — Der General von Lossow gegenüber Pressevertretern in München am 10. Oktober 1923.

Trotz des Münchener Fiaskos, trotz der Lossowschen Enthüllung, trotz aller Einsicht in die militärische Unmöglichkeit eines Revanchekrieges wird davon und von den verschiedenen neuen Yorcks weiter gefaselt, und immer weitere Kreise nicht nur rechtsstehender, bürgerlicher Parteien lassen sich, wenn auch noch nicht den Willen, so doch mindestens den Wunsch dazu suggerieren. Die Taten und Taten von 1813 sollen sich wiederholen. In Wirklichkeit ist aber Deutschland heute nicht in der Lage Preußens vor 1813, sondern in der Frankreichs nach 1815,

da es besiegt die ganze Welt gegen sich hatte. Einer, der diesen Ereignissen noch näher stand als die Ehrhardts, Roßbachs und wie die politikasternden Landsknechte sonst heißen mögen, hat sich über Preußens Lage und Rolle in den sogenannten Befreiungskriegen recht ernüchternd ausgelassen:

„Es ist . . . durchaus nötig, sich in die Zeiten der Heiligen Alliance und der dieser Alliance vorausgehenden Kriegsjahre zurückzusetzen. Rußland hatte uns gerettet, bei Existenz erhalten. Nicht bloß von anno 6 bis 12, auch noch 13 und 14. Unerträglich ist es, immer noch in so vielen Büchern und Artikeln der naiven Vorstellung zu begegnen, als habe die Provinz Ostpreußen oder das Yorcksche Korps oder die pommersche Landwehr den Kaiser Napoleon besiegt. Durch dies unnatürliche Heraufpuffen hat man — von dem Häßlichen der Unwahrheit ganz abgesehen — nur Aergernisse und Torheiten geschaffen, die sich später gerächt haben. Es war nicht so, wie's in den Klippschulen vorgetragen wird. Die Macht der beiden Kaiserstaaten, Rußland und Oesterreich, so wenig enthusiastisch sie vorgingen, hatte doch schließlich den Ausschlag gegeben, nicht der Todesmut Preußens, der diesem, in allem übrigen, ein unbestrittener Ruhmes-titel bleibt.“

Dies schrieb Th. Fontane in seiner Selbstbiographie („Von Zwanzig bis Dreißig“), ein Mann, dessen vaterländische Gesinnung und persönliche Aufrichtigkeit wohl von keinem noch so rechtsstehenden Gesinnungsgegner in Zweifel gezogen werden kann. Den Völkischen mag er immerhin verdächtig sein: er hatte selbst „welsches Blut“ in seinen Adern und — einen jüdischen Verleger.

Zeno.

Die Furcht vor den Völkischen

Der Reichsregierung wurde seit einiger Zeit von sogenannten außenpolitischen Sachkundigen und Superklugen zugerant, sie solle die Reichstagswahlen vom 4. Mai mindestens auf den 11., den Tag der französischen Kammerwahlen, ver-

schieben. Diesen Rat, aus Panik geboren und erneutes Anzeichen unserer traditionellen passiven Politik, schien man eine Zeitlang befolgen zu wollen; jetzt wird jedoch offiziell aufs bestimmteste bestritten, daß eine Verschiebung der Reichstagswahlen in Frage käme, und zwar mit der offiziösen Rechtfertigung, die Regierung würde damit Furcht von den Völkischen an den Tag legen.

In der Tat war die Begründung für die Vertagung ebenso einfach wie falsch: Da jedermann seit langem mit einem überwältigenden Rechtssieg bei den Reichstagswahlen rechne, werde dies Ergebnis jenseits der Westgrenze als ein Anwachsen der Reaktion, des nationalen Rachegedankens gewertet werden. Ein solcher Sieg und eine solche Bewertung würden den erschütterten Nationalen Block in Frankreich wieder absteifen, wenn das deutsche Wahlergebnis noch in den französischen Wahlkampf als aufpeitschende Parole geworfen werden könne.

Frankreich kann seine Wahlen bestimmungsgemäß nicht weiter aufschieben, das ist richtig; wir dagegen können es. Um aber dem Nationalen Block Frankreichs das Stichwort von der bedrohlich anwachsenden deutschen Reaktion an die Hand zu geben, bedarf es wahrlich keines noch so reaktionären Wahlergebnisses. Dazu genügen die Münchner Ereignisse mit ihrer ganzen weitverzweigten Vorgeschichte und ihrer ganzen Umwelt, die Taten der Reichsminister Jarres und Eminger, die innerpolitischen Wallungen des Außenministers Stresemann, die ins Außenpolitische peinlich entgleiten, der politische Mißbrauch der Rechtsprechung, die Republikanerverfolgungen in der Verwaltung, die Knebelung und Verhöhnung der Pressefreiheit und all jene Tatsachen, die, zwar aller Welt bekannt, die Republik schänden dürfen, aber bei ihrer Erwähnung in der deutschen Öffentlichkeit mit Landesverratsstrafen bedroht sind.

Wenn die Mehrheit der französischen Wähler trotzdem von der

bisherigen Politik abrücken will, so wird sie das aus sehr sachlichen Gründen tun und sich nicht binnen einer knappen Woche darin wieder umstimmen lassen, weil zu den andern Maulwürfen der deutschen Republik, der Völkerverständigung und des Kulturaufbaus noch ein paar völkische Heldenmäuler in den Reichstag einziehen. Dagegen hätten In- und Ausland in einer Verschiebung der deutschen Wahlen durch die Regierung sofort das Eingeständnis ihres eigenen Zurückweichens vor der Putschistendemagogie gesehen, die sie nur mit wohlwollender Unterstützung des Erbfeindes glaubte — nicht bekämpfen, aber einigermaßen dämpfen zu können. Nur die übliche psychologische Sterilität, die böartige Naivität, durch plumpe Finten jeden andern übertölpeln zu

können, und die traditionelle Furcht vor der eigenen Verantwortung — all diese unveränderten Mittelchen unserer Wilhelmstraße — hätten diese Verschiebung gutheißen können; diesmal scheint wirklich reifere und energischere innenpolitische Einsicht diese Bauernfängerei vermieden zu haben. In Frankreich hätte die vertagte Wahl keinen Wähler umgestimmt, hier aber den sieggeschwellten Putschisten das Bewußtsein ihrer politischen Bedeutung amtlich attestiert. Daß man keine Furcht vor ihnen hat, wird ihnen die bitterste Pille sein. Denn da sie mangels geistiger Waffen mit dem Terror kämpfen, müssen sie sich entwaffnet fühlen, wenn man sie allenfalls als öffentliche Ruhestörer einschätzt und nicht als politische Gegner. *Prokurator*

B Ü C H E R S C H A U

Tut-ench-Amun

Der Bericht, den Howard Carter, der Entdecker des Tut-ench-Amun-Grabes, über den ersten Teil seiner Arbeiten veröffentlicht und dessen deutsche Uebersetzung mit zahlreichen Illustrationen der Brockhaus-Verlag herausgibt, fordert unwillkürlich zu einem Vergleich heraus mit einem Buch des gleichen Verlages, das unlängst hier erwähnt wurde: dem Bericht über die Ersteigung des Mount Everest. Hier wie dort Engländer, die mit der ureigenen Zähigkeit ihrer Rasse in jahrelanger systematischer Arbeit auf ihr Ziel losgehen, ohne sich durch Fehlschläge, Enttäuschungen und Mißerfolge beirren zu lassen, bis das Ziel erreicht ist. Und doch — welcher Unterschied! Im Falle Mount Everest wird der Riesenaufwand an Energie vertan aus purem Rekordergeiz: kein Mensch in der Welt wird außer einem befriedigten Sensationskitzel etwas davon haben, wenn wirklich eines Engländers Fuß den 8940 m hohen Gipfel betritt. Dagegen haben Howard Carter und Lord Carnarvon mit der

Entdeckung des Pharaonengrabes, die nach jahrelangen Mißerfolgen glückte, wirklich eine Kulturtat ersten Ranges vollbracht. Noch ist kaum erst ein Viertel der entdeckten Schätze geborgen, aber schon dieses Viertel läßt alle Märchenerzählungen von Ali Babas Berg Sesam und Aladins Wunderlampe verblassen. Erfreulich ist, daß Carter als gewissenhafter Forscher bei der Bergung nach streng wissenschaftlichen Methoden verfährt und nichts zerstört oder vernachlässigt, was irgendwie einmal für die Forschung von Bedeutung sein könnte. Was das an Arbeit und Mühe bedeutet, davon gibt das Buch Carters einen Begriff, aber es zeigt auch die Früchte dieses Fleißes. Im übrigen gehört das Buch Carters zu denen, die durch ihren sachlichen Inhalt höchste Spannung und äußerste Anteilnahme des Lesers erzwingen: die Geschichte des Königsgrabes und seiner Entdeckung ist an sich so wunderbar, daß jede theatralische Make den Reiz des schlichten Berichts, den Carter gibt, herabsetzen würde. Freilich — der Bericht ist

erst ein Vorbericht, der Leser muß sich begnügen, die Schätze der Vorkammer kennen zu lernen. Noch steht der fünffache goldene Schrein mit der Mumie des Pharaos für ihn uneröffnet — ein Schrein von den Dimensionen eines mittleren Zimmers —, noch erfährt er über den Inhalt zweier weiterer Kammern kaum mehr als Andeutungen. Aber trotzdem: was uns dieser Bericht bietet, erfüllt mit Staunen und Ehrfurcht vor einer Kultur, die mehr als drei Jahrtausende vor uns liegt, noch tausend Jahre vor der uns geläufigen Altertumskultur der Griechen und Römer. Nichts ist mehr von ihr übrig, als was jetzt ein vergessenes und nur durch besonders glücklichen Zufall den Räubern entgangenes Grab einer stauenden Nachwelt offenbart. Unwillkürlich denkt man an Oswald Spenglers Theorie vom Altern und Sterben der Kulturen. Zeigt uns dieses Pharaonengrab unser eigenes Schicksal in abermals 3000 Jahren? Wir wissen es nicht, aber die wissenschaftliche Tat Carters enthüllt uns wie jede solche mit voller Deutlichkeit die Sinnlosigkeit des menschlichen Wütens gegeneinander.

Erich Kuttner.

Das Kuriositäten-Kabinett

Dokumente menschlicher Schwächen werden immer ihr Publikum finden; denn Memoiren und Anekdoten, die sich auf das allzu Menschliche berühmter Leute beziehen, sind stets das *ragout fin* für das große Publikum gewesen. Was die Speise an Nährwert enthält und wie sie vertragen wird, das ist eine Frage, die zu untersuchen einer psychoanalytischen Studie angemessen wäre.

Man kneift mit leicht skeptischen Gefühlen die Augen, liest man folgenden Buchtitel: Das Kuriositäten-Kabinett. Begegnungen mit seltsamen Begebenheiten, Landstreichern, Verbrechern, Artisten, religiös Wahnsinnigen, sexuellen Merkwürdigkeiten, Sozialdemokraten, Syndikalisten, Kommunisten, Anar-

chisten, Politikern und Künstlern; gesammelt von Emil Szitty a. (See-Verlag, Konstanz.) — Man durchblättert das Buch und findet in konversationslexikonsachlicher, übersichtlicher Anordnung die Namen von Landstreichern, Wissenschaftlern, Malern, Schriftstellern, Politikern, Verlegern halb Europas. Man liest hier einen Abschnitt über „Politiker-Karriere“, in dem allerhand Persönlichkeiten — Camille Huysmans, Frau Vandervelde, Robert Grimm, Viktor Adler; von Anarchisten: Krapotkin, Landauer, Sena Hoy, Otto Groß, Franz Jung usw. — und auch mancherlei unsaubere Wäsche schüchtern zum Vorschein kommen; liest einige Dutzend Seiten „Zwischen Künstlern“; trifft in Paris Verlaines Sohn, „der zwar auch Gedichte schreibt“, sonst aber Autokutscher ist, spaziert durch das Café de la Rotonde und begegnet allerhand Bekannten. Freddy Eisenlohr, der dichtende Konstrukteur der „Marquise von Croisset“ und der auf demselben Pennal wie ich sich den Hosenboden durchwetzte; trifft Herrn Edschmid, damals noch ein literarisches Baby und Anbeter Georges und Rilkes, Chagall und im Café du Dome die ganze deutsche Künstlerkolonie der Vorkriegszeit. Ein besonderes Kapitel ist der Prinzessin Tino von Bagdad gewidmet, und das verstorbene Café des Westens mit allen seinen Insassen kribbelt lebendig durch die Seiten dieses zweideutigen Buches.

Mehr über seinen Inhalt auszusagen ist unmöglich, da des Verfassers nicht gerade beneidenswerte Menschen „kenntnis“ schätzungsweise nur ungefähr 1000 Namen mehr oder weniger bereits gestorbener Zeitgenossen zusammengetragen hat. Aber: dieses „Kuriositäten-Kabinett“ von indiskreten Porträtzeichnungen enthält immerhin für allzu weltfremde Literarhistoriker manches interessante Material. Alles in allem: das Buch reizt unsere neugierigen Gelüste, doch der Nachgeschmack ist etwas zweifelhaft.

Kurt Offenburg.

Für die Wahlagitation!

Philipp Scheidemann: Wollen wir einen Kriegs-Reichstag?

Abrechnung mit Helfferich und Ludendorff
(Reichstagsrede vom 11. März 1924) 4. Auflage. Preis M. 0,50

Der Hitler-Ludendorff-Prozeß

Geschickte Gruppierung des Materials, schlagfertige Bereitschaft der Verhandlungsergebnisse, präzise Darstellung der Vorgeschichte, Auslandsstimmen 68 Seiten. 4. Auflage
Preis M. 1,-

Der Sieg war zum Greifen nahe!

Authentische Zeugnisse zum Frontzusammenbruch
Gesammelt und neu herausgegeben von ERICH KUTTNER, M. d. L.
8. Auflage. Preis M. 0,50

Nieder mit den Beamten!

Von einem höheren Beamten geschrieben, jeden Beamten über die Quellen seines Elends aufklärend und ihn den Weg der Hilfe weisend
Mit zweifarbigem Umschlag
2. Auflage. Preis M. 0,30

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68

In wenigen Tagen erscheint
nach langer Vorbereitung:

STINNES

UND SEINE KONZERNE

Eine auf zuverlässiges
Material gestützte Darstellung
der riesenhaften Verzweigung
dieses großen Machtkomplexes

von

PAUL UFERMANN
und **CARL HÜGLIN**

100 Seiten Text und
100 Seiten Tabellen
Stell kartoniert mit Leinenrücken
Preis M. 8,-

Berlin SW 68
Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.

Helfferrich

Von Kurt Heinig

In dem Nachruf auf Erzberger, den seinerzeit die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ gegen die Bahre des Ermordeten schleuderte, wurde behauptet, er habe die Waffenstillstandsbedingungen unterschrieben in „zielbewußter teuflischer Absicht, um die Hohenzollern in den Abgrund zu stoßen“ Helfferrich, der den Boden für die politische Schmutzschicht um Erzberger mit bereitet hat, aus dem wie eine Giftblase jene Verleumdung der schwerindustriellen Gazette aufbrach, fand bei seinem Tode eine bessere Presse.

Warum wir das betonen? Weil die reaktionären Blätter sich, einigermaßen künstlich, darüber aufregen, daß nicht jedermann bedingungslos ihr durch das blinde Schicksal zerstörte Ideal wenigstens im Nachruf mit anbetet. Dem größten derartigen Zeitungsschmalzulieferanten, dem Leitartikler des „Berliner Lokal-Anzeigers“, Hussong, genügte es nicht einmal, daß sogar die Redaktion des „Ulk“, also der Narr, sich vor dem Toten ernst verneigte. Nun ja, Größenwahn ist eine Berufskrankheit der Nationalisten.

Sicher ist Helfferrichs Tod für die Deutschnationalen das größte Unglück. Das wird erst richtig eingeschätzt, wenn man Helfferrichs führende Kampfgenossen genauer betrachtet. Was war und ist doch jener zappelnde und in der Erregung der Debatte Gesichter schneidende Hergt für eine preußische Mittelmäßigkeit gegenüber dem andern, der, äußerlich eiskalt und kalkweiß, sich den Zuruf „Mörder“ im Reichstagsplenum ins Gesicht werfen ließ und ihn einsteckte!

In diesem Manne lebte starke Energie, die sich nahezu restlos in Arbeitsbesessenheit und lieblosen Haß umformte. Die Rastlosigkeit des Halbgenialen peitschte Helfferrich durchs Leben. Was ist er doch nicht alles gewesen: Professor und Dozent, Vortragender Rat, Geldtheoretiker, Geschäftsorganisator und Bankdirektor, Staatssekretär und Parteiführer.

Unterstützt wurde Helfferrich auf seiner Laufbahn durch starke natürliche Begabung. Er begriff alles, was er anfaßte. Kamen im Reichstag neue Gesetzentwürfe in die Hände der Abgeordneten, so gehörte er zu den ersten, die sie beherrschten, die ihre eigene Stellung dazu formulierten, journalistisch auswerteten. Als Repräsentant des Privatkapitals hat er überall mit gleich rascher Sicherheit gesehen, verstanden und Vorteile erhandelt. Dazu kam eine starke Kombinationsgabe, die die unentbehrlichste, leider auch die seltenste Begabung unter den Politikern ist. Helfferrich war ein guter Mathematiker, er verstand es wie der Schachspieler, Züge weit voraus in seine Rechnung einzustellen. Den bösesten Beweis für diese Fähigkeit erbrachte er im Prozeß gegen Erzberger. Es war ein grausames Erleben, zuzusehen, wie er dem mit mehr Moral und politischer Anständigkeit belasteten Gegner skrupellos Falle um Falle stellte, weit voraus Schlingen legte und alle sonstigen Imponderabilien jener bekannten Jagd der Frau

Justitia nach Gerechtigkeit bis auf die psychologische Einstellung der Richter kannte und nutzte. Er siegte, weil er durch weniger Charakter der Stärkere war.

Die Bedenkenlosigkeit im politischen Kampf, den Fanatismus des Hasses, keiner hat ihn so kultiviert wie Helfferrich. Er scheute sich ebensowenig, seine Ueberlegenheit, die spielerische Sicherheit der besonderen Befähigung, skrupellos zu konstruktiven, scheinbar restlos fundierten Nachrechnungen, Gegenvorschlägen, Aufstellungen auszunutzen, wie er auch vor unüberwindlichen Hindernissen plötzlich auswich, alles scheinbar vergaß, was von ihm gesagt und getan worden, um eine neue politische Linie einzuschlagen.

Es drängt sich in dieser Hinsicht der Vergleich Helfferrichs mit Stinnes auf. Wir wollen ihn nur nach einer Seite hin ausspinnen.

Die Anhänger von Hugo Stinnes meinen, er sei aus der Arbeit herausgerissen worden in dem Augenblick, wo ihm die Früchte seiner Arbeit entgegenreiften, deren Ernte erst das große, das endgültige Lebenswerk gestalten sollte. Die politischen Freunde Helfferrichs meinen, dieser sei widersinnig ausgelöscht worden in einem Augenblick, da er bald nicht mehr hinter der Reichsbank, hinter dem Wirtschafts- und Finanzministerium, gewissermaßen vom Schnürboden der politischen Bühne aus zu arbeiten nötig gehabt hätte, sondern auf dem Wege war, im Scheinwerferlicht der ganzen Welt, als erwählter Führer und Retter Deutschlands zu regieren und zu leiten.

Wie wenig die Menschen ihr eigenes Schicksal begreifen! Helfferrich und Stinnes sind doch durch den Tod daran verhindert worden, die große Enttäuschung ihres Lebenswerks, die Zertrümmerung ihrer Hoffnungen, den schwarzen Strich durch ihre falsche Rechnung zu erleben. Das wird richtig verständlich, wenn sie beide mit Ludendorff verglichen werden. Dessen Fehler ist doch, daß er für seinen Nachruhm selbst sorgen, daß er selbst von Walhall reden muß, weil sonst niemand daran denkt, daß er sich als Generalstabschef nicht abbauen lassen will, obwohl diese seine Tätigkeit schon längst der Geschichte angehört. Wer Ludendorffs Photographie nach der Münchener Urteils„findung“ genauer betrachtet, dem zwingt jene etwas fett gewordene Physiognomie hundertprozentigen Selbstbewußtseins doch nur noch ein leises Lächeln ab. General Hinlegen ist längst tot, er weiß es bloß noch nicht.

Helfferrich stand vor den größten Enttäuschungen seines Lebens. Er wäre auch durch den 4. Mai nicht der Herr Deutschlands geworden, und wäre er es durch einen eben solchen zusammenhanglosen Zufall, wie sein Tod einer ist, doch geworden, so hätte er — Erfüllungspolitik treiben müssen. Ebenso hätte Stinnes, wäre er am Leben geblieben, seinen Riesenturm einreißen müssen. Weniger im Fundament — Kohle, Eisen, Verkehr —, mehr aber im Gebälk sitzt Ersatz: Papiermark, Inflationsmasse. Es gefährdete bisher schon das ganze Bauwerk. In der Wirtschaftsnot des Jahres 1924 wird sein Konzern zu denen gehören, die die Krise am stärksten fühlen und durch sie unerbittlich zu den Realitäten der Volkswirtschaft zurückgezwungen werden. Innerlich muß er diese Ernüchterung schon erlebt haben, als die Verhältnisse ihn zwangen, die Micum-Verträge anzuerkennen.

Uebereifrige Freunde scheinen es darauf abgesehen zu haben, eine Art Helfferich-Dynastie zu lancieren. Recht geflissentlich wurde betont, daß sein Sohn das Werk des Vaters fortsetzen werde. Dabei haben die Deutschnationalen wieder einmal vergessen, daß das sogar bei Bismarck mißlungen ist. Das Sterben der Havenstein, Stinnes, Helfferich bleibt ja letzten Endes nichts anderes als das Vergehen der Prominenten einer überlebten Zeit. Der grausame Gewalttod Helfferichs unterstreicht uns nur jene Erkenntnis. Verknüpfen wir die Ermordung Erzbergers und Rathenaus mit dem rechtzeitigen Tode Havensteins, dem plötzlichen Auslöschen des Stinnes, dem unheimlichen Ende Helfferichs und legen wir hundert Jahre Entfernung dazu — unsern Enkeln wird das einen spannenden Akt aus dem deutschen Drama von 1918 bis 1950 bedeuten.

Wir Lebenden sind nüchterner, sehen die Erlebnisse, die sich in Reichweite von uns abspielen, nicht so groß und auch nicht in irgendwelchem sinnvollen Zusammenhang; er wird erst durch die Patina der Zeit geschaffen.

Wir buchen: es hat sich gelohnt, mit diesem beachtlichen Mann zu kämpfen, er war ein Feind, mit dem die Sozialdemokratie sich sehen lassen konnte. Die Mannen, die Helfferich zurückläßt, sind Fabrikware. Daß ihre geistlose Masse nicht die Zukunft erstickt, dafür muß am 4. Mai gesorgt werden!

Wohin steuert Deutschland?

Von Henri Lichtenberger, Professor an der Universität von Paris

Von Henri Lichtenberger, dem verdienstvollen französischen Forscher und Politiker erscheint soeben in deutscher Uebersetzung (Ernst Oldenburg, Leipzig) das bedeutsame Werk „Deutschland und Frankreich in ihren gegenwärtigen Beziehungen“. Zu diesem Buche hat Lichtenberger ein bisher unveröffentlichtes Nachwort geschrieben; dessen resümierenden Schlußsätze seien hier wiedergegeben. Der französische Text des Nachwortes erscheint demnächst im Journal de Genève. Eine Würdigung des Lichtenbergerschen Werkes durch Eduard Bernstein bringt unser nächstes Heft. (Die Redaktion.)

Wir sehen das furchtbare Problem, das die gegenwärtige Stunde stellt.

In Deutschland wie in Frankreich fühlt ein jeder, daß der augenblickliche Spannungszustand unmöglich länger dauern kann, ohne auf beiden Seiten eine wirtschaftliche und soziale Krise herbeizuführen, deren Heftigkeit und Umfang schwer vorauszusehen sind. Wir haben gesehen, welche drohenden Wolken über Deutschland hängen; wir wissen, welche beunruhigenden Symptome in Frankreich in die Erscheinung getreten sind. Zu welchem Entschluß wird sich Deutschland aufraffen?

Wir glauben nicht, daß der Kommunismus für dieses Land eine beachtenswerte Gefahr bildet. Die Erfahrungen der letzten Monate scheinen überreichlich zu beweisen, daß die amtlichen und geheimen Militärorganisationen für den Augenblick imstande sind, jede revolutionäre Bewegung, die bedenklich oder gefährlich erscheinen sollte, mit Gewalt zu ersticken, ja im Notfalle in Blut zu ertränken. Es ist ebensowenig besonders wahrscheinlich, daß wir etwa von der andern Seite in naher Zukunft einen monarchistischen Staatsstreich und eine amtliche Wiederherstellung der alten Ordnung erleben müssen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Republik bestehen bleiben, zum mindesten dem äußeren Schein nach, was aber keineswegs den tatsäch-

lichen Triumph der Reaktion und die Einsetzung eines fast diktatorischen Regiments ausschließt.

Die Hauptfrage, die sich hieran knüpft, ist die, ob Deutschland seine Konzentration mehr nach rechts oder etwa möglicherweise auch mehr nach links vollziehen wird.

Wenn sich die Kristallisation nach rechts vollzieht, wenn es den Heißspornen des Nationalismus gelingt, die Vertreter der Wirtschaft und die Massen der Land- und Arbeiterbevölkerung, die der Losung der Industrie- oder Agrar-Aristokratie folgen, fest an sich fesseln, dann wird sich die deutsche Regierung unwiderstehlich dazu getrieben fühlen, Frankreichs finanzielle Schwierigkeiten und seine politische Isolierung auszunutzen, um den Versuch zu machen, an ihm Revanche zu üben: sie wird danach streben, sich England und Amerika anzunähern, um die Franzosen zu einem mehr oder weniger deutlichen Rückzug zu zwingen. Je mehr die deutsche Regierung sich auf diese Bahn begeben wird, um so mehr wird sich auch bei den Franzosen die üble Legende von den systematischen Feindseligkeiten Deutschlands behaupten, das zur Verleugnung seiner Unterschrift entschlossen sei und nach blutiger Revanche dürste. Frankreich wird dazu getrieben werden, sich von da an noch strenger in der Erfüllung des Vertrages und noch rigoros in seinen finanziellen Forderungen zu zeigen. Es wird noch mehr darauf bestehen müssen, Bürgschaften für seine Sicherheit zu erlangen. Der deutsche Widerstand wird in dem gleichen Verhältnis unwiderstehlich wachsen, wie Frankreich versuchen wird, einen verstärkten Druck auszuüben. Der Gegensatz wird sich verschärfen: er wird in Europa den Zustand des Unbehagens erhalten, in dem dieser Weltteil nun schon seit Monaten lebt; er wird seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau hemmen; er wird mit Schicksalsnotwendigkeit die Wiederkehr der inneren Schwierigkeiten Deutschlands und die Verschlimmerung der finanziellen Nöte Frankreichs im Gefolge haben. Er wird schließlich fast notwendig in einem gegebenen Augenblick mit einer Explosion und mehr oder weniger gewaltsamen Krise endigen, deren Form voraussagen zu wollen müßig ist, und die zwar wahrscheinlich hauptsächlich Deutschland in Mitleidenschaft ziehen wird, deren Nachwirkung aber höchstwahrscheinlich auch Frankreich bedenklich zu spüren bekommen würde.

Es würde sicher für Frankreich vorteilhafter sein, wenn sich in Deutschland die Kristallisation mehr nach links vollzöge, und man kann nicht sagen, daß so etwas völlig unmöglich sei. Es wäre allerdings dazu notwendig, daß die zur Versöhnung neigenden Elemente in den Industriekreisen über die andern den Sieg davontrügen, daß die gemäßigten Elemente der Rechten über ihre Heißsporne die Oberhand gewönnen, daß die Anhänger der Erfüllungspolitik wieder eine gewisse Autorität über die Massen erlangten. Damit sich die Ereignisse in diesem Sinne entwickelten, wäre es unseres Dafürhaltens ganz wesentlich, daß sich Frankreich und England über ein bestimmtes Programm der Reparationen, des Wiederaufbaus und der Bürgschaften ins Einvernehmen setzten. Wenn sich dieses Einvernehmen nicht verwirklichen, wenn sich die französisch-englischen Unstimmigkeiten verschlimmern sollten und wenn sich Frankreich gezwungen fühlen sollte, sein Recht allein, ohne oder auch gegen seine einstigen Bundes-

genossen verteidigen zu müssen, dann gilt es jede Wette, daß sich die deutsche öffentliche Meinung mit wachsender Stärke gegen uns wenden wird, daß sie sich zwar vielleicht augenblicklich der Gewalt weichen wird, daß sie sich aber immer entschlossener von der Idee einer ehrlichen Wiederversöhnung abwenden, sich offen oder insgeheim mit den Heißspornen verbinden und ungeduldig die Stunde erwarten wird, die ihr günstig erscheinen wird, um eine neue Entscheidung der Gewalt heraufzubeschwören. — Mit welchem Preise Frankreich die Beibehaltung des Einvernehmens mit England bezahlen muß, das ist ein Problem, in dessen Prüfung der Verfasser dieses hier nicht eintreten will. Es genügt ihm, die außerordentliche Bedenklichkeit zu betonen, die unter dem Gesichtspunkt eines französisch-englischen Gegensatzes ein Bruch oder auch bloß eine allzu bemerkliche Lockerung des französischen Einvernehmens mit England haben würde.

So wird denn so recht fühlbar, welche außerordentliche Bedeutung die Besprechungen und Verhandlungen haben, die sich um Lösungen von Fragen drehen werden, die noch morgen die Sachverständigen-Kommissionen abschließen werden, deren Beratung gerade in diesem Augenblick zu Ende geht. Noch einmal wird eine Vergleichsformel gesucht, die erlauben würde, so gut als nur irgend möglich den deutschen Bankrott zu liquidieren und einen erträglichen *Modus vivendi* zwischen den europäischen Großmächten herzustellen. Wird es gelingen? Wird der Versuch wieder einmal scheitern? Beinahe werden die tieferen Gründe erkennbar, die in letzter Hinsicht den Ausschlag dafür geben werden, daß sich die Wage nach der einen oder nach der andern Seite neigt. Die Verständigung kann nur durch gegenseitige Zugeständnisse erfolgen. Die große Frage, die für die beiden Kontrahenten entstehen wird, ist die, wie weit ein jeder von beiden in seinen Opfern zum Zwecke der Durchsetzung eines allgemeinen *Konsensus* gehen kann. Ist es besser, zwecks Erreichung eines Ergebnisses etwas mehr nachzugeben, wenn auch auf die Gefahr hin, sich in weniger günstiger Position zu befinden für den Fall, daß allem zum Trotz ein neuer Ruf an die Gewalt erfolgen sollte? Ist es besser, etwas weniger nachzugeben, auf die Gefahr hin, die Entente unmöglich zu machen und die Aussichten der Zufluchtnahme an die Gewalt zu erhöhen? Im Grunde wird ein jeder in dem einen oder dem andern Sinne antworten, je nachdem er nach Temperament, nach Vernunft oder nach Berechnung glauben wird, daß es entweder mehr Gefahr in sich birgt, zu viel zum Zwecke des Friedens zu opfern, oder auch mehr Gefahr in sich birgt, sich zu sehr zum Kriege zu rüsten. Die Ansichten und die Gefühle können bei so heiklen Problemen stark auseinandergehen. Der Verfasser will sie hier etwa nicht anschneiden. Er bittet nur die verständigen Köpfe, ihre Entscheidung bei vollem Bewußtsein und in voller Ermessung der Verantwortlichkeit zu treffen, die ebensogut diejenigen auf sich nehmen, die sich im Sinne unbedachter Vertrauensseligkeit täuschen, wie diejenigen, die durch ein Uebermaß pessimistischen Mißtrauens sündigen sollten.

In welchem Sinne wird Deutschland seine Entscheidung treffen? In welchem Sinne wird sich die Komponente der mannigfaltigen Kräfte bewegen, die sich hier gegenseitig stoßen und reiben? Der Verfasser dieses Werkes wagt nichts darüber vorauszusagen. Er glaubt einfach,

daß die Würfel noch immer nicht gefallen sind. Er stellt bloß fest, daß sehr viele Deutsche den ganzen Ernst der Stunde fühlen. Einer der glänzendsten Schriftsteller des neuen demokratischen Deutschland, Heinrich Mann, hat diesem Gefühl in seiner Streitschrift „Diktatur der Vernunft“ einen beredten Ausdruck gegeben:

„Die Wage steht, und, wer sie ansieht, atmet nicht. Unwiederbringlicher Augenblick! Bis morgen haben die beiden wichtigsten Länder des europäischen Festlandes sich frei entschlossen, einzulenken, oder die ehemals großen Mächte, die Europa waren, werden nie mehr freie Entschlüsse fassen. Dieser Weltteil, der noch jüngst Weltherrschaft beanspruchte, wird nicht einmal mehr eine selbständige Geschichte haben. Abhängig vom Willen der angelsächsischen Reiche und des russischen, erdrückt von der Masse aller dieser dichten Körper, wird das zerrissene Europa ein Spott selbst der vierten sich schließenden Größe, des mongolischen Reiches, sein. Was hat uns denn, gegen alle Wahrscheinlichkeit, so lange erhalten — klein und benachteiligt an natürlichen Hilfsmitteln, wie unser Erdteil ist? Unsere wache Tatkraft allein, die ständige Bereitschaft, Wissen und selbst Traum in Handlung zu verwandeln. Seit einer Weile bleiben wir zurück hinter den neuen Mächten, die heranwachsen. Zum erstenmal im Dasein Europas sind wir unzeitgemäß. Das ist am wenigsten uns erlaubt, nur für uns ist es das Ende. Entweder wir einen Europa, hören auf, das geeinte Europa für Utopie, Liebhaberei und fernes Zukunftsbild zu halten, erfassen endlich seine dringlichste Lebensnotwendigkeit, — oder dieser Ausläufer Asiens, der so viel lärmenden Aufruhr gewagt hatte, wird still zurückgeholt werden von der großen Mutter.“

Wir wollen nur wünschen, daß das Abendland diese Mahnung verstehe und die Kraft finde, die drohende Wolke zu verscheuchen, die über ihm schwebt.

Ramsay Mac Donald

Von Dr. Walter Zechlin

In seinem Buch „Unsere Politik“*) bespricht Mac Donald im wesentlichen drei Probleme: Was ist die britische Labour Party, vermag sie zu regieren und welches sind ihre Methoden und Ziele? Soweit die uns in erster Linie interessierende Außenpolitik in Frage kommt, sind die Anschauungen des britischen Premiers in Nr. 2 der „Glocke“ besprochen und durch seine eigenen Worte erhärtet worden; es bleibt aber noch ein kurzer Rückblick übrig auf die prinzipielle Stellungnahme der Labour Party zum britischen Staatswesen und eine Darstellung ihrer inneren Politik. Die Worte Mac Donalds „Kann ein Mitglied der Arbeiterpartei ein Vertreter nationaler Interessen sein? Was muß die Arbeiterschaft für eine unbedingte Bejahung dieser Frage tun?“ geben darauf klar die Antwort. Wenn man diese wie eine Selbstverständlichkeit ausgesprochene Zusicherung Mac Donalds liest, nationale Politik treiben zu wollen, dann klingt uns im Ohre die in Wahlversammlungen immer wiederkehrende Behauptung über den Gegensatz der nationalen Politik des englischen

*) E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin 1924.

Sozialismus und der „internationalen“ Politik der deutschen Sozialdemokratie. Aber Mac Donald gibt darauf gleich selbst die richtige Antwort: „Die andern Parteien glauben selbstgefällig, sie seien national. Die Arbeiterschaft kam durch Erfahrung zur Ueberzeugung, daß jene nur ihre eigenen Klasseninteressen vertreten, und ihre Opposition geht von einer großzügigeren Auffassung der nationalen Bedürfnisse und des Volkswohles aus, als es bei ihnen der Fall ist.“ Genau so ist es in Deutschland. Wenn das demagogische Treiben der Rechten gegen das Sachverständigengutachten, um nur ein Beispiel anzuführen, national sein soll, so werden die deutschen Marxisten sich nach der Definition des wahrhaft nationalen durch Mac Donald für eine derartige Interpretierung bestens bedanken. Die Labour Party lehnt eine angeblich nationale Politik wie sie die Konservativen, die darunter die Herrschaft des Feudalismus oder der Liberalen, die damit die Freiheit zum unbeschränkten Kapitalismus meinen, ab, sie will nicht wie die konservative und liberale Partei eine Klassenpartei sein, sondern, „meine Zuversicht, daß wir schließlich eine feste Grundlage einer nationalen Politik erreicht haben, gründet sich darauf, daß, während die jetzigen Grundsätze und Ansichten der Koalitionspolitiker und der Liberalen einzig und allein als eine Klassen-einstellung angesehen werden können und ihrer Natur nach unfähig sind, die Interessen der großen Masse der Arbeiter einzubeziehen, die Ideen der Arbeiterbewegung auf das Verständnis der Interessen aller Klassen auszuweiten, die der Allgemeinheit Dienste leisten“. Und das läßt sich nicht durchführen und „die Gesellschaft wird nie den Frieden finden, solange die Arbeitermassen an der Verantwortung für ihre eigene Lage nicht beteiligt sind; ihre Interessensphäre muß erweitert und ihre Verantwortungslast erhöht werden. Eine nationale Politik im wahren Sinne kann nur von der Labour Party, die keiner Klasse, sondern der Allgemeinheit dienen will, getrieben werden“. Mac Donald wendet sich gegen die Bedenken, die angeblich die Unfähigkeit der Arbeiterbewegung zur Regierungsübernahme dartun sollen, und geht nach ihrer Widerlegung zu der Methode über die allein Anwendung finden soll. Sie ist das revolutionistische Prinzip. „Die Gesellschaft ist keine Maschine, die nadergerissen und durch ein gänzlich neues Modell ersetzt werden kann; die Gesellschaft muß organisch verändert werden.“ Zurückgewiesen werden daher alle bolschewistischen Experimente, deren Unzweckmäßigkeit und Unmöglichkeit Mac Donald im einzelnen speziell für England darlegt. Dabei hat er aber keine besondere Sorge über die Radikalen im eigenen Lager. „Wir brauchen nicht vor dem sogenannten Ultraradikalen Angst zu haben, er ist das Füllen, das bald im Gespann laufen wird, sein Feuer wird bald verpufft sein und er wird in der wesenlosen Masse der geduldig Klagenden untertauchen.“ Aber er fügt auch hinzu: „Wir müssen jedoch vor dem Demagogen Angst haben. Die Geschichte ist belastet mit dem Schutt der Völker, deren Untergang er bereitete.“ So grenzt Mac Donald nach rechts und links klar die Grenzlinien der Labour Party ab, die allein unter allen das Gesamtinteresse im Auge hat und statt des Flickwerks einzelner Lösungen über die konstruktive Idee des Sozialismus als feste Grundlage für die zukünftige Politik verfügt. Hierbei spielt neben der Idee der Befreiung der Menschheit vom Militarismus und allen seinen Folgen im Buche Mac Donalds naturgemäß die These von der Verstaatlichung eine ausschlaggebende Rolle. Er sieht in der Entziehung der Produktionsmittel aus den Händen der Trusts, in die sie allmählich gelangt sind, und ihre Ueberführung in den Dienst der Allgemeinheit, genau wie der kontinentale Sozialismus, ein Hauptstück des Zukunftsprogramms der Labour Party. Er widerlegt die dagegen vorgebrachten Argumente und weist u. a. darauf hin, daß selbst die bürgerlichen Parteien, die im staatlichen oder kommunalen Besitz befindlichen Anlagen wie Telephon und Straßenbahnanlagen nicht mehr in die

Hände von Privaten zurückgehen lassen würden und setzt positiv auseinander, was die Verstaatlichung bedeutet: „Die Verstaatlichung ist aus zwei wichtigen Gründen eins der leitenden Prinzipien der Labour Party. Es ist in erster Linie das einzige Mittel, das der Allgemeinheit zur Verfügung steht, um sich gegen Monopolkonzerne zu schützen und sich vor der Herrschaft des Kapitals zu retten. Die Verstaatlichung ist die Umsetzung des neuen intellektuellen und moralischen Aufwachens der Arbeiterschaft in politische Programme; ein Aufwachen, das, solange man es von der Verantwortung ausschaltet, unsterblich und revolutionär wirken muß, das jedoch eine neue Epoche des sozialen Friedens und des Aufschwungs der Menschheit herbeiführen wird, sobald es zur Befreiung der Arbeiterschaft in den Bergwerken und in den Werkstätten benutzt werden wird. Die Verstaatlichung ist eine notwendige Voraussetzung dieser einheitlichen sozialen Mentalität, nach der jeder seufzt und für die nur die Labour Party, als einzige der politischen Parteien, ein politisches und wirtschaftliches Gehäuse geschaffen hat.“

Wir haben vom Standpunkt des deutschen Sozialismus zu diesen treffenden Ausführungen nichts hinzuzusetzen und verweisen auf die eingehende Darstellung selbst, in der Mac Donald sich über das Tempo und Ausmaß der Sozialisierung äußert.

Die Methoden der Labour Party in der praktischen Politik sind die der Demokratie. „Sie erkennt die Fehler der parlamentarischen Maschine, sie gibt jedoch das Parlament als Verkörperung des bürgerlichen Lebens der Allgemeinheit nicht auf, sie sieht in dem Staatsbürger die Einheit, die vertreten werden muß, und in der öffentlichen Meinung den alleinigen Schöpfer einer sozialen Veränderung von bleibendem Werte.“ Und auf der anderen Seite „das Kampfmittel der Arbeiterschaft gegen die reaktionäre Revolution ist nicht die bewaffnete Gewalt, sondern ein Streik, mit der Regierung an der Spitze, wie es in Deutschland der Fall war, als Kapp nach Berlin einmarschierte“. Mac Donald zieht aus seinen Darlegungen, in denen er den Aufbau der Labour Party, ihre Ziele und ihre Methoden schildert, folgenden Schluß, und den er den Massen, die ihr noch fern stehen, ihr aber ihrem Wesen nach angehören, zuzurufen: „Keine der grandiosen moralischen Erwartungen der Kriegsernte hat sich erfüllt. Die Welt blieb als Beute einer größeren Bitterkeit zwischen Klassen und Völkern, eines größeren Hasses nationaler wie internationaler Art zurück. Will man denn abseits stehen, während diese Ernte von Dummen, von Schwachen oder von Schlechten eingeheimst wird?“ Dagegen kommt die Arbeiterpartei nach dem Kriege nicht nur um zu heilen, sondern zu stählen — nicht um Frieden, Frieden als eine sentimentale Lehre zu predigen, sondern Fortschritt, Fortschritt als eine männliche Doktrin. Die Gesellschaft, die ihre Lenden gürtet, zu einer neuen Pilgerfahrt der Lebensfreude und der Lichtfülle entgegen, die ihren Fuß wieder auf den Weg setzt, der aufwärts führt, hat die Arbeiterbewegung zu ihrer Hilfe gerufen, und hat der Labour Party die Ideenklarheit und die Politik verliehen.

„Wird das Volk ihr die Wahrheit gewähren?“

Mit dieser Frage schließt Mac Donalds reifes und starkes Buch. Eine Bejahung findet die Frage in der Tatsache, daß der, welcher sie stellte, die Geschicke des britischen Imperiums und seiner Völker leitet. Mehr aber noch als für sein Weltreich ist es für Deutschland und sein geknechtetes Volk die Zukunftsfrage, ob es auf neuen Wegen, die nur denen hier geschilderten gleichen können, Rettung sucht oder zu denen zurückkehrt, die es in der Vergangenheit beschritt mit einem Ergebnis, unter dessen Folgen wir alle noch auf Jahrzehnte hinaus zu leiden haben.

Der Mai-Gedanke im Versailler Vertrag

Abschnitt I.

Organisation der Arbeit.

Da der Völkerbund die Begründung des Weltfriedens zum Ziele hat, und ein solcher Friede nur auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit aufgebaut werden kann,

da ferner Arbeitsbedingungen bestehen, die für eine große Anzahl von Menschen mit so viel Ungerechtigkeit, Elend und Entbehrungen verbunden sind, daß eine den Weltfrieden und die Welteintracht gefährdende Unzufriedenheit entsteht, und da eine Verbesserung dieser Bedingungen dringend erforderlich ist, zum Beispiel hinsichtlich der Regelung der Arbeitszeit, der Festsetzung einer Höchstdauer des Arbeitstages und der Arbeitswoche, der Regelung des Arbeitsmarkts, der Verhütung der Arbeitslosigkeit, der Gewährleistung von Löhnen, welche angemessene Lebensbedingungen ermöglichen, des Schutzes der Arbeiter gegen allgemeine und Berufskrankheiten sowie gegen Arbeitsunfälle, des Schutzes der Kinder, Jugendlichen und Frauen, der Alters- und Invalidenunterstützung, des Schutzes der Interessen der im Ausland beschäftigten Arbeiter, der Anerkennung des Grundsatzes der Freiheit gewerkschaftlichen Zusammenschlusses, der Gestaltung des beruflichen und technischen Unterrichts und ähnlicher Maßnahmen,

da endlich die Nichtannahme einer wirklich menschlichen Arbeitsordnung durch irgendeine Regierung die Bemühungen der andern, auf die Verbesserung des Loses der Arbeiter in ihrem eigenen Lande bedachten Nation hemmt,

haben die Hohen vertragschließenden Teile, geleitet, sowohl von den Gefühlen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit als auch von dem Wunsche, einen dauernden Weltfrieden zu sichern, folgendes vereinbart:

Artikel 387.

Es wird eine ständige Einrichtung gegründet, die an der Verwirklichung des in der Einleitung dargelegten Planes zu arbeiten berufen ist.

Abschnitt II.

Artikel 427.

Die Hohen vertragschließenden Teile haben in Anerkennung dessen, daß das körperliche, sittliche und geistige Wohlergehen der Lohnarbeiter vom internationalen Standpunkt aus von höchster Bedeutung ist, zur Erreichung dieses erhabenen Zieles die in Abschnitt I vorgesehene und dem Völkerbund angegliederte ständige Einrichtung geschaffen.

Sie erkennen an, daß die Verschiedenheiten des Klimas, der Sitten und Gebräuche, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und industrielle Ueberlieferung die sofortige Herbeiführung der vollständigen Einheitlichkeit in den Arbeitsverhältnissen erschweren. Aber in der Ueberzeugung, daß die Arbeit nicht als bloße Handelsware betrachtet werden darf, glauben sie, daß Wege und Grundsätze für die Regelung der Arbeitsverhältnisse sich finden lassen, die alle industriellen Gemeinschaften zu befolgen sich bemühen sollten, soweit ihre besonderen Verhältnisse dies gestatten.

Unter diesen Wegen und Grundsätzen erscheinen den Hohen vertragschließenden Teilen die folgenden von besonderer und Beschleunigung erheischender Wichtigkeit:

1. Der oben erwähnte, leitende Grundsatz, daß die Arbeit nicht lediglich als Ware oder Handelsartikel angesehen werden darf;
2. das Recht des Zusammenschlusses zu allen nicht dem Gesetz zuwiderlaufenden Zwecken sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber;

3. die Bezahlung der Arbeiter mit einem Lohn, der ihnen eine nach der Auffassung ihrer Zeit und ihres Landes angemessene Lebensführung ermöglicht;
4. Annahme des Achtstundentages und der 48-Stunden-Woche als zu erstrebendes Ziel überall da, wo es noch nicht erreicht ist;
5. die Annahme einer wöchentlichen Arbeitsruhe von mindestens 24 Stunden, die nach Möglichkeit den Sonntag einschließen soll;
6. die Beseitigung der Kinderarbeit und die Verpflichtung, die Arbeit Jugendlicher beiderlei Geschlechts so einzuschränken, wie es notwendig ist, um ihnen die Fortsetzung ihrer Ausbildung zu ermöglichen und ihre körperliche Entwicklung sicherzustellen;
7. der Grundsatz gleichen Lohnes ohne Unterschied des Geschlechts für eine Arbeit von gleichem Werte;
8. die in jedem Lande über die Arbeitsverhältnisse erlassenen Vorschriften haben allen im Lande sich erlaubterweise aufhaltenden Arbeitern eine gerechte wirtschaftliche Behandlung zu sichern;
9. jeder Staat hat einen Aufsichtsdienst einzurichten, an dem auch Frauen teilnehmen, um die Durchführung der Gesetze und Vorschriften für den Arbeiterschutz sicherzustellen.

Die Hohen vertragschließenden Teile verkünden nicht die Vollständigkeit oder Endgültigkeit dieser Grundsätze und Wege, erachten sie jedoch für geeignet, der Politik des Völkerbunds als Richtschnur zu dienen und, im Falle ihrer Annahme durch die dem Staatsenausschuß als Mitglieder angehörenden industriellen Gemeinschaften sowie der Sicherstellung ihrer praktischen Durchführung durch eine entsprechende Aufsichtsbehörde, dauernde Wohltaten unter den Lohnarbeitern der Welt zu verbreiten.

Zur Arbeitszeitfrage

Von Reichs- und Staatskommissar Mehlich (Dortmund)

In einem viereinhalbjährigen Kriege wurde die Gütererzeugung fast ausschließlich auf die Vernichtung eingestellt, die Produktions- und Transportmittel heruntergewirtschaftet, die Summe der verfügbaren Arbeitskräfte durch Hunger, Tod und Krankheiten erheblich vermindert, so daß sich volkswirtschaftlich eine riesige Verarmung ergab. Das Diktat von Versailles bedeutete den Verlust wichtiger landwirtschaftlicher und industrieller Produktionsgebiete und brachte außerdem Belastungen von einem untragbaren Gewicht. Die Inflation konnte einige Jahre darüber hinwegtäuschen, wie groß die eingetretene Verarmung war. Daß sie bestand, darüber gab es kaum Meinungsverschiedenheiten. Aus dieser Erkenntnis die richtigen Folgerungen zu ziehen, dazu bestand allerdings in den weitesten Kreisen keine Bereitschaft. Erst nach dem Zusammenbruch des Ruhrwiderstandes trat die wirtschaftliche Bilanz Deutschlands mit erschreckender Deutlichkeit in Erscheinung. Der Produktionsausfall während des Krieges war nicht durch eine gesteigerte Erzeugung ausgeglichen, vielmehr war eine weitere Verminderung der Produktivität eingetreten. Die Gründe dafür liegen gewiß nicht allein bei der Verkürzung der Arbeitszeit. Die ungeheuren Entbehrungen, die seelischen Spannungen während des Krieges, die durch die Inflation hervorgerufene Not, die Sorge, von einem Tage zum andern zu kommen, nicht zuletzt auch die politische Erregung, wie sie bei den Spartacus-kämpfen, dem Kapp-Putsch, dem mitteldeutschen Aufstand, der Ermor-

derung von Erzberger und Rathenau usw. zum Ausdruck kam, — das alles wirkte sich in den Betrieben aus, und war nicht geeignet, die Arbeitsleistungen zu heben.

Daß aber ihre Steigerung über kurz oder lang, mindestens auf den Friedensstand, zwangsläufig erfolgen mußte, konnte für niemanden zweifelhaft sein, der auch nur eine entfernte Ahnung von den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen hat und Verpflichtungen aus dem Diktat von Versailles erfüllen möchte. Mit Steuern allein kommt man der Erfüllung der Reparationen nicht näher; zuerst müssen die Grundlagen der Steuerkraft sichergestellt sein. Mit andern Worten: Die Werte, die in Gestalt von Steuern an den Staat fließen, müssen zunächst geschaffen werden. „Arbeit ist die Quelle alles Reichtums“ sagte das Gothaer Programm der Sozialdemokratie. Mit der Abgabe von Vermögensteilen kann man sich vorübergehend helfen, auf die Dauer aber können die Mittel für Verwaltung, Wohlfahrtsunternehmungen, Reparationen usw. nur aus der Gütererzeugung gewonnen werden.

Dabei ist es durchaus möglich, da über die Frage, wie eine Steigerung der Gütererzeugung herbeizuführen ist, vielerlei Meinungen bestehen. Als nächstliegende Maßnahme wird in der Regel die wirtschaftliche Führung der Betriebe betrachtet. Dabei denkt man in erster Linie an technische Verbesserungen, übersieht allerdings häufig, daß diese selten ohne neue Kapitalien zu schaffen sind. Zum mindesten setzen sie eine gewisse Flüssigkeit des Anleihemarktes voraus. Sie sind aber auch nicht von heute auf morgen durchzuführen. Wie sehr allerdings vor allem auf diesem Wege eine Erhöhung der Produktivität möglich ist, lehrt das Werk des amerikanischen Automobilindustriellen Ford. In einem verarmenden, mit drückendsten Lasten belegten Lande, dessen Absatzmärkte größtenteils verloren gegangen sind und dessen Kredit zerrüttet ist, dürfte aber die planmäßige Verwirklichung der Fordschen Grundsätze auf Schwierigkeiten stoßen. Immerhin darf man hier bei allem Mißtrauen nicht übersehen, daß auch die Industrie ein sehr erhebliches Eigeninteresse an einer rationelleren Gestaltung ihrer Betriebe hat.

Eine weitere Möglichkeit einer produktiven Wirtschaft liegt in der Einschaltung aller bisher unproduktiven Kräfte in den Wirtschaftsprozeß. Man denkt dabei nicht nur an die Erwerbslosen, sondern besonders auch an die Leute, die sich in den letzten Jahren zum Schaden der Verbraucher trotz Verminderung des Güterumlaufs in die Warenverteilung eingeschoben haben, weiter an das wachsende Heer der in der Verwaltung Tätigen usw. Voraussetzung einer produktiven Beschäftigung ist aber der Absatz der erzeugten Güter. Wenn die Produktion vom Markte nicht aufgenommen wird, läßt sich die Verminderung der unproduktiven Elemente nicht bewerkstelligen. Daß letzteres mit allen Kräften angestrebt werden muß, darüber ist kein Wort zu verlieren.

Schließlich kann auch die Steigerung der individuellen Arbeitsleistung zu einer vermehrten Produktion führen. Dabei aber ist man wesentlich vom Willen des Arbeitenden abhängig. Wo Pflichtgefühl und Arbeitsfreude besteht, kann der Wirkungsgrad stärker sein als bei schärfster Antreiberei oder bei der Anwendung des Taylorsystems. Leider ist die Kriegezeit der Entwicklung der Arbeitsamkeit nicht gün-

stig gewesen, und für die Steigerung der Arbeitsfreude ist wenig getan worden. Durch politische und wirtschaftliche Vorgänge hat man den Widerstand der Arbeiter häufig geradezu herausgefordert, und auch die Arbeitsgemeinschaften haben größtenteils direkt versagt. Die Nichtbeachtung der psychischen Einstellung weiter Kreise der Arbeitnehmerschaft einerseits und die Außerachtlassung wirtschaftlicher Notwendigkeiten andererseits haben die Spannungen vergrößert, wo eine verständnisvolle Zusammenarbeit (trotz unvermeidbarer Gegensätze) auf der Grundlage der Gleichberechtigung unfehlbar zu verstärkten Leistungen führen mußte. Leider bleibt wenig Raum für die Hoffnung, daß sich dieses Verhältnis in der nächsten Zukunft ändert.

Berücksichtigt man weiter, daß sich beim Aufhören der Inflation die fast vollständige Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Industrie klar enthüllte und sie außerdem in ihrem Schwerpunkt an Rhein und Ruhr mit geradezu erdrückenden Lasten belegt wurde, so versteht man, daß zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der nächstliegende Weg der Verlängerung der Arbeitszeit beschritten wurde. Inwieweit dabei auch politische Motive mitwirkten, kann hier außer acht gelassen werden, da die wirtschaftliche Notwendigkeit einer billigeren Erzeugung klar auf der Hand lag, so daß sich selbst die Gewerkschaften diesen Gründen nicht zu entziehen vermochten. Allerdings hat die Einleitung der ganzen Aktion durch das bekannte Diktat des Zechenverbandes, als dessen Urheber der verstorbene Hugo Stinnes anzusprechen ist, erneut eine Verkenntung der Einstellung der Arbeiterklasse bewiesen, die geradezu erstaunlich ist und daher von vornherein zur Annahme gewisser Nebenabsichten führen mußte. Wenn es trotz alledem sowohl im Bergbau wie in der Grobeisenindustrie zur Vereinbarung einer mehrmonatigen Uebearbeitung kam, so ist das zweifellos ein Beweis für die vorurteilsfreie Haltung der Gewerkschaften und ihr wirtschaftspolitisches Verantwortlichkeitsgefühl. Es entspringt ihrer Einsicht, daß ohne die stärkste Anspannung aller Kräfte eine wirtschaftliche Wiedergesundung nicht denkbar ist.

Wenn es trotz alledem gewisse Schwierigkeiten bei der Durchführung gegeben hat, so ist das darauf zurückzuführen, daß erhebliche Teile der Arbeiterschaft die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht klar übersehen. Besonders widersinnig erscheint die längere Arbeitszeit, weil sie zunächst zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit führte. Dabei wird der Zweck der Mehrarbeit übersehen, der eine Preisverbilligung anstrebte, um den Absatz der Produktion zu vermehren. Jede Erweiterung der Absatzmärkte schafft neue Arbeitsmöglichkeiten und vermindert die Zahl der Erwerbslosen. Die vorübergehende Steigerung der Arbeitslosigkeit ist für die Betroffenen sicher ein großes Unglück. Aber das Unglück ist größer, wenn eine unproduktive Wirtschaft selbst die notdürftige Erhaltung der industriellen Reserve-Armee nicht mehr leisten kann. Die Erkenntnis dieser Zusammenhänge läßt die Arbeitszeitfrage in anderm Lichte erscheinen. Daneben besteht noch die Befürchtung, daß die Mehrarbeit den Kapitalgewinn vergrößern und die Machtstellung des Kapitalisten verstärken könnte. Diese Befürchtung wird vielfach (besonders im unbesetzten Gebiet) begründet sein. Hier muß es dem Staat zur Pflicht gemacht werden, durch entsprechende Besteuerung ungerechtfertigte Gewinne zu erfassen. Die verlängerte Arbeitszeit soll nicht zu

neuen Bereicherungen der Kapitalisten führen, sondern sie muß die Lebensmöglichkeiten des ganzen Volkes verbessern.

Mit Rücksicht auf die seit Beginn des Krieges stark geschwächte Arbeitskraft, die das kostbarste Gut einer Nation sein muß, erscheint es dringend notwendig, die technischen Fortschritte, die wissenschaftliche Betriebsführung, die Verminderung der unproduktiven Arbeitskräfte, die Erhöhung der Arbeitsfreudigkeit planmäßig in den Dienst der Steigerung der Gütererzeugung zu stellen. Nichts darf unversucht bleiben, um so rasch als möglich die Dauer der Arbeitszeit herabzusetzen.

Dafür aber wird immer die Gesamtleistung des Volkes entscheidend sein. Kein Volk kann dauernd mehr verzehren, als es erwirtschaftet. Und von der Gesamtmenge der erzeugten Güter hängt der Wohlstand, das Ausmaß der sozialen Erleichterungen und der kulturellen Genüsse des ganzen Volkes, also auch der werktätigen Schichten, ab.

Die Wahlen in Finnland

Von Wilhelm Grotkopp (Kiel)

Schweden war das erste Land, das eine rein sozialdemokratische Regierung gehabt hat; nunmehr ist ihm Dänemark gefolgt. Ueber solchen, den internationalen Weg der Sozialdemokratie absteckenden Erfolgen sollte nicht vergessen werden, daß die finnländische Sozialdemokratie zur Zeit des Krieges über eine absolute Mehrheit im Parlament verfügte. Der Zar verstand es aber als Großfürst von Finnland meisterhaft, sich gegen diese „rote Gefahr“ zu schützen: er berief das Parlament nicht ein. Nach Ausbruch der russischen Revolution war den finnländischen Sozialdemokraten die Möglichkeit gegeben, in ihrem Sinne die Politik des Landes maßgeblich zu beeinflussen. Es kann hier, wo das Wahlergebnis vom April 1924 zu würdigen ist, auf diese Zeit nicht näher eingegangen werden. Es sei nur kurz erwähnt, daß der sozialdemokratische Führer Tokoi für kurze Zeit zwecks Schaffung eines unabhängigen, freien Finnland eine Einheitsregierung bildete. Da dieser Versuch mißglückte und die Sozialisten und Bürgerlichen sich infolge kurzsichtiger Politik und schwerer Fehler stark entfremdeten, da ferner auf beiden Seiten die nun an die Gewalt der Waffen appellierenden Radikalen die Richtung der Politik bestimmten, war der Ausbruch der Revolution unvermeidlich. Es ist beachtenswert, daß schon ein halbes Jahr nach Beendigung der Revolution, auf dem Parteitag im Dezember 1918, die Führer scharf gegen die Radikalen, die „Militaristen“ innerhalb der Partei, Front gemacht haben. Die Folge war der Austritt der Kommunisten aus der Partei. Erfreulicherweise sagte sich auch die Mehrheit des Bürgertums von der Scharfmacherpolitik der Revolutionszeit los und forderte ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie. Besonders war es der demokratische Innenminister Ritavuori, der für die Mitarbeit der Sozialdemokratie eintrat und den Geist von 1918 austilgen wollte. Gegen ihn entfaltete die Rechte aber eine so starke Hetze, daß Ritavuuris Ermordung am 14. Februar 1922 ebenso wenig überraschte wie die seiner deutschen Gesinnungsgenossen Rathenau und Erzberger. Einig war sich aber das Bürgertum in der Frage der Bekämpfung der Kommunisten, die besonders im Herbst 1923 in starkem Maße betrieben wurde und u. a. zur Verhaftung der 24 kommunistischen Abgeordneten führte. Es herrschte also in Finnland ein von den Kommunisten „befreites“ Rumpfparlament. Um diesen unhaltbaren Zu-

ständen ein Ende zu bereiten, löste der Präsident Ståhlberg auf Grund der Forderung der Sozialdemokratie gegen den Willen der bürgerlichen Regierung und der bürgerlichen Parteien den Reichstag auf und schrieb Neuwahlen aus.

Die Wahlen haben keinerlei Ueberraschung gezeitigt, sondern vielmehr gezeigt, daß die politischen Verhältnisse sich in Finnland stabilisiert haben und daß andererseits die Gefahr des Bolschewismus für Finnland keineswegs so groß ist, wie die Bürgerlichen es immer zur Rechtfertigung ihrer reaktionären Maßnahmen darzustellen belieben. Die Kommunisten haben ein Drittel ihrer Mandate eingebüßt. Von den 200 Sitzen — diese Gesamtzahl der Abgeordneten hat sich seit Bestehen des Einkammersystems, seit 1906, nicht geändert — werden die Kommunisten 18 besitzen. Die Sozialdemokraten gewannen auf Kosten der Kommunisten und erhöhten die Zahl ihrer Mandate auf 60. Beide Arbeiterparteien zusammen haben also 78 Plätze inne, d. h. zum erstenmal verfügen im finnländischen Parlament die Vertreter der Arbeiter über weniger als 80 Sitze, d. h. ferner: seit 1917 hat die Zahl der Arbeitervertreter im finnländischen Parlament ständig, und zwar im Verhältnis zum Gesamtparlament um mehr als 10 Proz. abgenommen. Genau so wie nach dem unglücklichen Ausgang des Bürgerkrieges wird es auch jetzt nach dem im Wahlergebnis klar hervorgetretenen Rückgang der sozialdemokratischen Anhängerschaft die Aufgabe eines Parteitages sein müssen, die Ursachen aufzudecken und Maßnahmen zur Abhilfe vorzuschlagen. Aber die sozialdemokratische Partei ist dennoch die stärkste des Landes geblieben. Aus diesem Grunde wird sicherlich der demokratische Präsident des Landes, Ståhlberg, den Führer der Sozialdemokratie, Tanner, mit der Bildung einer Regierung beauftragen. Tanner ist in seiner Handlung durch folgenden Parteitagbeschuß gebunden: „Die Sozialdemokraten lassen sich nicht in einer bürgerlichen Regierung vertreten, außer, wenn es durch Umstände unbedingt erforderlich erscheint, so, um einen Krieg zu verhindern, Frieden zu schließen oder einer Reaktion vorzubeugen, die einen Krieg hervorrufen, die Bürgerrechte einschränken und die Organisationstätigkeit der Arbeiter verhindern könnte. In solchen Fällen dürfen Mitglieder der Partei in die Regierung eintreten, um bestimmte Aufgaben zu erfüllen, vorausgesetzt, daß ein Parteitag oder die Partei durch eine Abstimmung diesen Schritt billigt.“ Ohne Zweifel sind die deutschen Verhältnisse mit den finnländischen nicht identisch, so daß irgendein „Rat“ überflüssig erscheint. Aber auf zwei Momente sei doch hingewiesen. 1. Die Handlungen der letzten bürgerlichen Regierungen Finnlands deuten zum mindesten darauf hin, daß die Gefahr einer Reaktion droht. 2. Die Verhältnisse in Bayern und Preußen haben jedem klar gezeigt, welche günstigen Wirkungen die Teilnahme von Sozialdemokraten an der Regierung zeitigen kann. Zum mindesten sollte die Partei sich von jeder agitatorischen Rücksicht auf die Kommunisten freimachen, denn dies würde einen Rückfall in die Ideologie von 1918 bedeuten.

Bei einer Würdigung der bürgerlichen Parteien Finnlands ist zunächst auf den Gegensatz zwischen dem schwedisch- und dem finnisch-sprechenden Teil der Bevölkerung hinzuweisen. Die ungefähr 12 Proz. der Bevölkerung ausmachende nationale Minderheit hat sich zwecks Erhaltung ihrer Kultur und Sprache in der schwedischen Volkspartei zusammengefaßt. Einzig und allein durch diese Fragen wird die Partei zusammengehalten; denn in anderen innen- und außenpolitischen Problemen gehen die Meinungen der Mitglieder oft weit auseinander. Die Mehrheit dieser Abgeordneten steht aber, wie bei den Traditionen der alten schwedisch-finnländischen Herrenklasse nicht anders zu erwarten ist, weit rechts und bildet das eigentlich konservative Element im

finnländischen Reichstag. Eine wesentliche Schwenkung ist aber in der letzten Zeit im Rahmen dieser Partei eingetreten. Unter Führung des finnländischen Stinnes, des Abgeordneten Andersson, fordern die „Neuen“, daß die Partei nicht mehr doktrinär nur die Forderungen der nationalen Minderheit verkünde, sondern vielmehr das alle Bewohner Finnlands verbindende Gemeinsame in den Vordergrund stelle. Es ist noch nicht zu übersehen, ob diese „Neuen“ die Mehrheit der Fraktion bilden werden. Aber es ist doch zum mindesten zu erwarten, daß die „Neuen“ eine Beteiligung der schwedischen Partei an einer bürgerlichen Regierung durchsetzen werden.

Das Ideal des finnischsprechenden Bürgertums, die absolute Mehrheit im Reichstag, ist nicht erreicht worden, da sie es nur auf 99 Sitze brachten. Die stärkste bürgerliche Partei ist die Agrarpartei, die aus der Mitte ihrer 44 Abgeordneten sicherlich den Ministerpräsidenten stellen wird. Einst, als es galt, die Agrarreform durchzudrücken, die Pächter zu Eigentümern zu machen und den Besitzlosen Land zu verschaffen, war sie oft radikaler als die Sozialdemokraten. Jetzt schwenkt sie aber nach rechts ab und nähert sich immer mehr den finnländischen Stresemännern, der 38 Mann starken Einheitspartei, die seit ihrer 1918 erfolgten Gründung ständig an Einfluß und Stimmen gewonnen hat. Sie ist die Vertretung der Industrie, des Großgrundbesitzes und der höheren Beamten. Für die Schar ihrer Anhänger gilt das bekannte Wort: Was ich nicht definieren kann, sehe ich als Einheitspartei an. Die eigentliche Stütze der Demokratie, der Republik und des Fortschritts innerhalb des Bürgertums bildet die mit unseren linksstehenden Demokraten zu vergleichende Fortschrittspartei, die, ähnlich wie in Deutschland, auf Kosten der Einheitspartei zurückgegangen ist und jetzt mit 17 Abgeordneten die schwächste Partei bildet. Zum Verhängnis wurde ihr nicht so sehr ihre innen-, sondern vielmehr ihre außenpolitische Einstellung, die oft stark antideutsch war. Diese ehrlichen Republikaner haben es leider noch nicht vergessen können, daß man ihr Vaterland einst mit einem deutschen Prinzen beglücken wollte.

Es liegt in der Hand der finnländischen Sozialdemokratie, ob sie zusammen mit den Demokraten und Kleinbauern eine Regierung bildet oder das Regieren dem rechtsgerichteten Bürgertum überläßt. Von besonderer Bedeutung wird die Entscheidung deswegen sein, weil der Reichstag wesentliche wirtschaftspolitische Fragen zu regeln und eine stabile Währung für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes zu schaffen hat. Neuordnung der Währung, Freihandel oder Schutzzoll, Verminderung der Steuerlast, Abrüstung, all diese Probleme hat der neue Reichstag zu behandeln. Wäre es nicht eine dankenswerte Aufgabe, hierbei im sozialistischen Sinne aktiv mitzuarbeiten?

Ergebnisse der spanischen Diktatur

Ein Beitrag zur Generalpolitik

Von Albin Michel

Als im September vergangenen Jahres Primo de Rivera in Barcelona seinen Militäraufstand inszenierte und die Militärdiktatur errichtete, sahen unsere Völkischen und Deutschnationalen in diesem meuternden General den starken Mann Spaniens und wünschten, daß auch in Deutschland so ein Held aufstehen möge, der das Parlament auseinanderjagt. Wie Primo de Rivera die „Wiederaufrichtung der Größe Spaniens“ als das einzige Leitmotiv seines Handelns verkündete, so ersehnen sich unsere Nationalisten einen Diktator, der den „alten Glanz Deutschlands“ wiederherstellt. Sehen wir zu, wieweit der spanische Militärdiktator seine groß-

spurigen Reden in Taten umgewandelt hat. Als Rivera — mit oder ohne Einverständnis des Königs, soll hier nicht entschieden werden — sein Willkürregiment begann, posaunte er in die Welt hinaus, daß Spanien spätestens in drei Monaten regeneriert sein werde, daß für das Land in der Innen- und Außenpolitik eine neue Epoche begonnen habe, ein Zeitabschnitt, in dem es nur noch ein Aufwärts, keinen Stillstand und kein Abwärts mehr geben könne.

Weit mehr als der doppelte Zeitraum ist bereits seit dem Tage des Pronunziamentos vergangen, aber von all den großen Voraussagen ist noch nichts eingetroffen. Rivera wollte den Feldzug in Marokko siegreich beenden, den Augiusstall der staatlichen Verwaltung reinigen, das spanische Wirtschaftsleben heben, die Armee reorganisieren usw. Aber so gut wie nichts ist erreicht worden. Noch immer drückt das Marokkoabenteuer auf das spanische Wirtschaftsleben; dadurch, daß in die Zivilbehörden überall Offiziere eingeschoben worden sind, ist die Verwaltung noch verworrener und ideenloser geworden, als sie vorher war. Rivera hat die Untersuchungen niederschlagen lassen, die sich gegen die Offiziere richteten, denen die Schuld an der großen Niederlage zugeschoben wird, die Spanien im Jahre 1921 eine ganze Armee mit allem Kriegsmaterial kostete. Wenn von Erfolgen Riveras gesprochen wird, so können sie nur nach der Richtung gesucht werden, daß er alle Einrichtungen und Vereinigungen verboten hat, in denen noch irgendwie freiheitliche und republikanische Anschauungen hervortraten. Der Diktator hat den alten, mehr als 60jährigen Rektor der Universität Selemanca verbannt und Republikaner ausgewiesen, er hat Gewalttaten gegen Gerichtshöfe begangen und es dahin gebracht, daß sich viele Politiker vom politischen Leben zurückgezogen haben. Damit dürften aber auch die „Erfolge“ Primo de Riveras so ziemlich erschöpft sein; denn die Separationsbewegung in Katalonien und der Regionalismus in Navarra, Biscaya und Valencia sind nur an der Oberfläche unterdrückt.

Von den Offizieren, von einem großen Teil der spanischen Bourgeoisie und auch von einem Teil des unwissenden „niedereren“ Volkes ist die Aufrichtung der Diktatur mit Freude und Hoffnung begrüßt worden, aber bereits jetzt, nach sieben Monaten, ist der Stern Primo de Riveras verblichen. Die Bourgeoisie Barcelonas, die reichste Spaniens, sah in Rivera den Retter des Landes und den Vertreter ihrer Interessen, unter den Platanen der Rambla, der breiten und eleganten Hauptstraße Barcelonas, hat der Diktator seine ersten Triumphe gefeiert. Aber als dieser aus Barcelona fortgezogen war, drängten sich bei ihm andere als industrielle Interessen hervor, galt ihm die Förderung der spanischer Industrie nur noch als eine Frage dritten Ranges. Um in Barcelona Anhänger zu gewinnen, scheint Rivera zunächst auch mit der katalonischen Autonomiebewegung geliebäugelt zu haben. Um so größer war dann in dieser Stadt, wie in ganz Katalonien, die Enttäuschung, als er gegen die Autonomiebestrebungen mit Gewaltmaßnahmen vorging. Wirtschaftlich hat sich nicht das geringste gebessert, nirgends ist auch nur ein Ansatz zu erblicken, wo die Diktatur wirtschaftlich und politisch, nach innen oder nach außen eine Konsolidierung erreichen könnte. Seit rund 15 Jahren führt Spanien Krieg in Afrika, und noch immer ist kein Ende zu sehen. Spanisch-Amerika aber, auf dessen Meinung in Spanien sehr viel gegeben wird, hat sich fast ausnahmslos gegen Rivera gewandt.

So ist in ganz Spanien Ernüchterung und Enttäuschung eingekehrt, und der Anhang des Diktators schwindet zusehends zusammen. Rivera wollte seine Macht nach Art Mussolinis aufrichten durch Schaffung einer faschistischen Armee. Er hat auch ein faschistisches Heer von mehr als 100 000 Mann errichtet, aber Riveras Somaten, seine Bürgerwehren, sind nur eine schlechte Parodie zu dem Faschistenheer in Italien. In Spanien ist der Militärdienst verhaßt, Spanien war am europäischen

Krieg nicht beteiligt, im spanischen Volke sind daher auch nicht jene psychologischen Verheerungen angerichtet worden wie in andern europäischen Völkern; die Militärspielerei reizt dort nicht sehr zur Nachahmung. So strömten den Somaten keine jungen, abenteuerlich gesinnten Leute, keine auf Gewalttaten eingestellten Männer zu, sondern fast ausschließlich ältere, bequeme, meistens schon dickleibige Leute, in den Städten kleine Beamte, die dazu gepreßt wurden, Krämer, Handwerker und Gastwirte, auf den Dörfern Bauern, Pächter, Dorfvorsteher und Schullehrer. Unsere Einwohnerwehren seligen Angedenkens waren straffe Organisationen gegen die spanischen Somaten; mit ihnen wird Rivera keine großen Aktionen unternehmen können. Ganz unmöglich ist es, mit ihnen Unternehmungen durchzuführen oder auch nur zu beginnen, die sich auf das ganze Land ausdehnen.

Herrn Primo de Rivera ist wohl auch schon aufgedämmert, daß sein Glanz zu erbleichen beginnt und daß Spanien seiner Regierungskünste überdrüssig wird. Deshalb geht er jetzt darauf hinaus, seine Diktatur „legalisieren“ zu lassen. Er will eine Partei gründen, die ihm und seinem Direktorium Stütze und Hilfe sein soll. Der Name dafür ist bereits gefunden, sie soll die „Patriotische Einigkeitspartei“ heißen und in sie sollen alle wirklich gutgesinnten Spanier aufgenommen werden. Aber der Nimbus Primo de Riveras hat sich verdunkelt, und so wird auch die Patriotische Einigkeitspartei für den Diktator kein Schutz mehr sein. Schon jetzt läßt sich voraussehen, daß Primo de Rivera in nicht allzu langer Zeit mit weit weniger Geräusch verschwinden wird, als er gekommen ist.

Gegen die unsoziale Aufwertung

Von Ottfried Vogel

Es ist hier und da vergessen worden, daß der Wahlkampf nicht zuletzt auch um die Steuer-Notverordnungen geführt wird. Die Auflösung des alten Reichstags erfolgte, weil die Anträge der Sozialdemokratie zur Beseitigung oder zur Besserung der Regierungsverordnungen nicht beraten, noch abgestimmt werden sollten. Unter diesen Anträgen war der für die Beseitigung der plumpen Ungerechtigkeiten in der Aufwertungsverordnung nicht der geringste. Es lohnt sich darum, noch einmal, kurz vor der Wahlentscheidung, das ungeheuerliche Unrecht der Aufwertungspolitik, gegen die sich die Sozialdemokratie mit aller Schärfe gewandt hat und noch wendet, zu kennzeichnen.

Die 3. Steuer-Notverordnung hat uns die gesetzliche Aufwertung und die Besteuerung des Entwertungsgewinns (Inflationssteuer) beschert — noch in letzter Stunde vor Ablauf des Ermächtigungsgesetzes. Aufgewertet auf Goldmark soll werden ein Teil der auf Reichsmark (also Friedens- oder Papiermark) lautenden Schulden. Es kommt aber hierbei nur ein Teil der Schulden in Frage. Der andere Teil, insbesondere aus alten, erloschenen Rechtsverhältnissen, also bei denen die Schulden getilgt, die Hypotheken gelöscht sind, wird nicht nachträglich aufgewertet. Die Aufwertung selbst beträgt nur höchstens 15 Proz. des Goldmarkbetrages der Schuld. Der nicht aufgewertete Teil der Schuld, also bei Friedensmark 85 Proz., wird mit Inflationssteuer belegt. Wird überhaupt nicht mehr aufgewertet, so fällt der ganze, mit Papiermark getilgte Schuldbetrag unter die Inflationssteuer.

Die Aufwertung selbst soll in sehr verschiedenem Maße erfolgen. Zu 15 Proz. sollen nur die Hypotheken und ähnliche in das Grundbuch eingetragene Lasten aufgewertet werden. Andere Vermögensanlagen, wie Pfandbriefe, Schuldverschreibungen (darunter auch die Industrie-Obligationen), Sparkassenguthaben, Lebensversicherungen, sollen nur in dem Maße aufgewertet werden, wie diese wieder durch die Aufwertung von Hypotheken und durch andere Vermögensanlagen gedeckt sind.

Dazu soll der Schuldner aus seinem sonstigen Vermögen einen Zuschuß leisten. Dieser wird aber bei den öffentlichen Kreditanstalten, z. B. Hypothekenbanken und Sparkassen, nicht wesentlich ins Gewicht fallen, da von diesem Zuschuß noch ein Betrag zu den Verwaltungskosten abgezogen wird. Von den Sparkassenguthaben werden zuerst die Mündelgelder aufgewertet, aber auch nur auf höchstens 15 Proz., der Rest verbleibt für die übrigen. Nicht unter die Aufwertungsverordnung fallen ausdrücklich Ansprüche aus gegenseitigen Verträgen, soweit Vermögensanlagen nicht in Betracht kommen, aus Gesellschaftsverträgen, sowie Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen, die auf Abfindungsverträgen beruhen, ferner aus Saldo und Kontokorrent. Also hier wird das Ermessen des Gerichts zu entscheiden haben.

Ueberhaupt nicht aufgewertet sollen die öffentlichen Anleihen werden. Ihre Verzinsung und Einlösung wird bis zur Erledigung sämtlicher Reparationsverpflichtungen — also ad calendas graecas — eingestellt. Damit wird der durch die Entwertung der Reichswährung schon lange ersichtliche Bankrott von Reich, Ländern und Gemeinden sozusagen hier öffentlich erklärt. Damit sind aber Hunderttausende von Mündeln, für die alle auf Veranlassung der Regierung Kriegsleihe gezeichnet worden ist, und Millionen von Kleinrentnern zu armen Leuten gemacht. Millionen haben ihre letzten Ersparnisse als Kriegsleihe dem Reich geliehen. Nun hat ihnen das Reich ihr Letztes genommen.

Ebenso ungleichmäßig wie die Aufwertung wirkt sich auch die Inflationssteuer aus. Es soll hier nur die Rede sein von Mietssteuer und Landabgabe.

Mietssteuer muß auf jedes Haus erhoben werden, und zwar kann die Belastung der Mieter bis zu 70 Proz. der Friedensmiete betragen. Landabgabe kann erhoben werden, und zwar nur auf Landbesitz, der mit einer auf Reichsmark (Papiermark) lautenden Hypothek (und dergleichen) belastet ist, oder bis zum 1. Januar 1919 belastet gewesen ist. Die Höhe beträgt hier nur höchstens 2 Proz. des Geldentwertungsgewinns, d. h. des Betrags, um den der Landwirt durch Nichtaufwertung bereichert ist. Ob überhaupt die Landabgabe, und in welcher Höhe die Mietssteuer erhoben werden soll, ist in das „Ermessen“ der Länder bzw. Gemeinden gestellt. Das muß aber zu ganz ungerechten Unterschieden in der steuerlichen Belastung führen. Insbesondere sind die Mieter — denn auf diese muß die Mietssteuer abgewälzt werden — durch die hohe Mietssteuer gegenüber den Landwirten ungeheuer im Nachteil.

Dazu kommt, daß bei der Bemessung der Landabgabe „auf die Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe“ natürlich „Rücksicht“ zu nehmen ist. Ähnliches ist zwar auch bei der Mietssteuer gesagt. Aber die Leistungsfähigkeit der als Mieter in Betracht kommenden Bevölkerungskreise soll eben nur als Ganzes, nicht aber die Leistungsfähigkeit des einzelnen berücksichtigt werden. Daneben ist bei der Festsetzung der Miete ebenso Rücksicht zu nehmen auf die steuerlichen Bedürfnisse der Länder und Gemeinden, wie auf die ordnungsmäßige Unterhaltung der Häuser. Die Rücksichten bei Landabgabe und Mietssteuer sind also zu verschieden, um auch nur miteinander verglichen werden zu können. Das Ziel der Verordnung muß jedem deutlich in die Augen springen: Landwirte entlasten und Mieter belasten!

Dabei soll nach Möglichkeit die ganze Landabgabe zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung, dagegen nur („mindestens“) 10 Proz. der Mietssteuer zur Förderung der Neubautätigkeit verwandt werden, — obwohl das Wohnungselend zum Himmel schreit, also auch hier Verwendung der Steuer nur einseitig zum Nutzen der einen Bevölkerungsschicht, der Landwirte.

Aber damit nicht genug. Die Mietssteuer wird vom Hauswirt eingetrieben und abgeführt. Unter Umständen kann diese dem Hauswirt erlassen werden, wenn er nämlich in der glücklichen Lage gewesen ist, für seinen Hausbesitz Kredit zu finden und eine wertbeständige (Gold-)Hypothek aufgenommen hat. Dann soll aber keineswegs die Mietssteuer auch dem Mieter erlassen bleiben. Dieser hat sie im Gegenteil an den Hauswirt auch ferner zu zahlen. Man traut seinen Augen nicht. Das geht aber aus § 28 Abs. 6 der Verordnung klar hervor. Das ist wohl der erste Fall im neueren Staatsrecht, daß ein Bürger Mietssteuer, die andere Bürger aufgebracht haben, für sich einbehalten darf!

Das hat sein Seitenstück nur bei den römischen Steuerpächtern, die doch wenigstens etwas, wenn auch oft nicht viel, dem Staate abliefern. Diese Einbehaltung der Mietssteuer wäre nur dann gerechtfertigt, wenn der Hauswirt nachweisen könnte, daß er den ganzen Betrag der Goldhypothek zur Unterhaltung des Hauses gebraucht hat. Wie oft wird jedoch die Goldhypothek zu persönlichem Nutzen des Hausbesitzers, also nicht zum Nutzen des Hauses und damit der Mieter verwandt sein!

Die Steuer-Notverordnung ist so großzügig, daß sie die Länder für berechtigt erklärt, Landabgabe bis zu 100 Goldmark abgabefrei zu lassen. Damit sind aber viele Mittelbauern steuerfrei, alle, die einen Geldwertungsgewinn bis zu 5000 Goldmark haben! Denn diese erst würden bei der Höchststeuer von 2% 100 G.-M. Abgabe ergeben. „Die erste Zahlung auf die Abgabe darf nicht vor dem 1. November 1925 fällig sein“ (§ 36). Hat ein Landwirt seine Hypothekenschulden mit Papiergeld-Lumpen abbezahlt, so „kann“ die Abgabe um den Betrag erhöht werden, den er nach der Aufwertungs-Verordnung eigentlich hätte zahlen müssen. Das gäbe eine sehr ergiebige Inflationssteuer. Aber ja sachte, sachte! Nur die größte Schonung für die notleidende Landwirtschaft! Diese Erhöhung ist in jährlichen Teilbeträgen von 2 — buchstäblich: zwei — Proz. zu entrichten, der erste nicht vor dem 1. November 1925, der letzte nicht vor dem 1. November 1975. Die Ratenzahlung kann aber unter Umständen noch weiter hinausgeschoben werden. Wer aber hierauf im voraus zahlt, bekommt 20 Proz. Rabatt. Man lese § 36 der 3. St.N.V.! Ja, ja, Rabatt in Steuer-Notzeiten!

Die ganze Verordnung ist ein wunderbares Kunstwerk — woraus ein Laie überhaupt nicht geschickt wird und womit ein Jurist nichts anfangen kann. Es hat auf Schritt und Tritt große Mängel und Lücken. Aber vor allem muß das ungeheure Steuer-Unrecht in der maßlosen Verschiedenheit der Besteuerung der verschiedenen Klassen der Oeffentlichkeit klagemacht werden. Hier weitestgehende Entlastung der Landwirte und Hausbesitzer, und hier schärfste Belastung der Mieter, also im wesentlichen der Arbeitnehmer, also der Bevölkerungsschicht, die Reich, Länder und Gemeinden 4 Jahre lang fast allein erhalten haben durch die Vorwegnahme eines Teils des Einkommens (Einkommensteuer). Wer hat diesen je Rabatt gegeben?

Es darf auch nicht unerwähnt bleiben, daß für die Verteilung der aufgewerteten Beträge bei den Geldinstituten (z. B. Sparkassen, Hypothekenbanken, Lebensversicherungsgesellschaften, Ausgebern von Industrie-Anleihen) ein neuer großer Behördenapparat, nämlich die „Treuhand“ und „Aufwertungsstellen“ aufgebaut werden muß, während in dieser Notzeit überall abgebaut werden soll.

Es wäre besser gewesen, man hätte die Finger von jeder Aufwertung gelassen. Das Reichsgericht wollte aufwerten nach billigen Ermessen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse beider Parteien. Die Verordnung will nur nicht in Höhe von 15 Proz. aufwerten, wenn es

eine grobe Unbilligkeit für den Haus- und Landbesitzer ist. Daß aber eine ebenso grobe Unbilligkeit für den Hypothekengläubiger vorliegen kann, wird in der Verordnung nicht berücksichtigt. Das widerspricht Treu und Glauben und jeder Gerechtigkeit. Man hat den armen Hypotheken- und Sparbuch-Inhaber nur Sand in die Augen gestreut. Sie kriegen entweder gar nichts oder so gut wie nichts, und das Wenige erst frühestens 1932. Oder ist das nicht so gut wie nichts, wenn man z. B. für seine sauer ersparten 10 000 Friedens-Goldmark im Jahre 1932 höchstens ganze 1500 M. wiederbekommt, mag es einem auch noch so schlecht gehen? Das ist doch schlimmer als beim Zwangswergleich. Dabei „gelten rückständige Zinsen als erlassen“. Bis 1924 brauchen überhaupt keine Zinsen gezahlt zu werden. Von 1925 ab wird gütigst 2 Proz. Zinsen des Aufwertungsbetrags, also ganze drei Zehntel Prozent des Hypothekenbetrages (gegenüber 48 Proz. Bankzinsen!) gewährt, der dann jährlich um 1 Proz. bis zu 5 Proz steigt.

Richtig wäre es m. E. gewesen, wenn man die Aufwertung überhaupt verboten hätte, weil sie doch niemand gerecht werden kann, und einer immer Unrecht leidet, und weil sie auch nach den Grundsätzen des Reichsgerichts praktisch kaum durchführbar wäre. Besser wäre gewesen, wenn man statt der Aufwertung eine um so kräftigere Inflationssteuer erhoben hätte zum Nutzen der Sozial- und Kleinrentner, und zwar von allen in gleicher Weise, die sich durch die Inflation auf Kosten des Volksvermögens bereichert haben, insbesondere auch von den zahllosen Parasiten, die üppig gelebt und Luxus aufgehäuft haben und die heute noch frei ausgehen.

Richard Wagner als Antisemit

Von Dr. Hermann Hieber

II.

(Schluß)

In die sieben Jahre seines Dresdener Aufenthalts, 1842 bis 1849, fällt die Entwicklung Wagners vom Meyerbeerianer zum deutschen Romantiker im Sinne Webers und zum Begründer des Musikdramas eigenen Gepräges: vom Schöpfer des „Rienzi“ und „Fliegenden Holländers“ zu dem des „Tannhäuser“ und „Lohengrin“. Man könnte es demnach begreiflich finden, wenn er sich in dieser Zeit innerlich von seinem Vorbild freigemacht und seinem künstlerischen Antagonismus deutlichen Ausdruck gegeben hätte. Dann hätte sich aber diese Loslösung klar und unzweideutig vollziehen müssen — und gerade das vermißt man im Verhältnis des Schülers (wie er sich selber bezeichnet hat) zum Meister. Vielmehr treibt während dieser ganzen Jahre bis zur Flucht aus Deutschland Wagner ein unwürdiges Doppelspiel. Ende Dezember 1840 mahnt er Schumann von Paris aus: „Lassen Sie doch Meyerbeer nicht mehr so herunterreißen, dem Mann verdanke ich alles, und zumal meine baldige Berühmtheit.“

Das „Herunterreißen“ besorgte Wagner schon selber, aber nur — heimlich. Kurz nachdem er sich „mit Bewunderung und Verehrung“ für die „unschätzbaren Freundschaftsdienste“ bedankt hatte, um die er, der „so Erwidierungsunfähige“, Meyerbeer angesprochen, schreibt er an denselben Schumann unter dem 5. Januar 1842: „Halévy ist offen und ehrlich und kein absichtlich schlauer Betrüger wie Meyerbeer. Daß Sie aber auf diesen nicht schimpfen! . . .“ Was ihn veranlaßt haben kann, Meyerbeer als Betrüger hinzustellen, ist schwer zu sagen. Erst im April 1842 scheint dem überaus langmütigen Maestro die Zudringlichkeit des inzwischen nach Deutschland übergesiedelten Wagner lästig geworden zu sein — wenigstens schreibt dieser an seinen

Schwager Avenarius (den Vater des späteren „Kunstwart“-Begründers): „Ich verlor gestern einen ganzen Tag, um M. anzutreffen, den ich dann erst am Abend flüchtig zu sprechen bekam.“ In der Autobiographie „Mein Leben“ bemerkt er über seinen ersten Besuch in Berlin: „Ich fand, daß ich Meyerbeer mit meiner Reise nach Berlin mich offenbar zu feurig erwiesen hatte. Immerhin zeigte er sich mir freundlich und geneigt, nur bedauerte er, soeben „auf der Abreise begriffen zu sein — ein Zustand, in welchem ich ihn später stets antraf, so oft ich ihn in Berlin wieder besuchte“.

Wagner verstand diesen Wink nicht oder wollte ihn nicht verstehen. In einem Schreiben, das die „herzlichsten Glückwünsche“ zum Erfolg von Meyerbeers neuester Oper „Ein Feldlager in Schlesien“ und die Bitte um Empfehlung des „Rienzi“ zur Aufführung an der Berliner Hofoper und die Wiederaufnahme des „Fliegenden Holländer“ enthält, verspricht er „seinem“, Meyerbeers, „Zwerchfell die herrlichste und wohlthuendste Erschütterung“, nämlich einen Bericht über Spontinis, Meyerbeers Rivalen und Todfeind, Durchfall in Dresden. In den Jahren 1844 und 1845, während der Vorbereitung des „Fliegenden Holländer“ in Berlin, genoß Wagner wiederholt Gastfreundschaft im Meyerbeerschen Hause: „Die Meyerbeer“ hat ihn in Abwesenheit ihres Mannes, wie er an seine Gattin Minna schreibt, „durch große Herzlichkeit und Teilnahme überrascht“. Noch im Januar 1846 schreibt er an den „absichtlich schlaunen Betrüger“:

„Mein hochverehrter Herr und Freund! In leidenschaftlicher Sorge um mein nächst zu gebärendes Kind, dem ich im voraus ein möglichst bestes Los auf Erden bereiten möchte, lege ich Ihnen die schon in meinem kürzlichen Schreiben berührte einfache, aber vielsagende Bitte ans Herz, bei dem König den Auftrag zu erwirken, diese Dichtung (es handelt sich um den „Lohengrin“) für sein Hoftheater in Berlin zu komponieren. Sollte es zweckmäßig sein, dem König die Dichtung selbst vorzulesen, so würde ich mich dazu schleunigst in Berlin einfinden ... Für ewig Ihr hochverpflichteter Richard Wagner.“

Aber Friedrich Wilhelm IV. konnte sich ebensowenig wie der neue Theaterintendant v. Rustner für die Wagnersche Muse begeistern. Das mag ein gut Teil dazu beigetragen haben, aus dem sehr königstreuen und unterwürfigen Hofkapellmeister einen blutrünstigen Revolutionär zu machen, der noch zweimal, 1850 und 1860, sein Glück in Frankreich probierte, trotzdem er nach dem ersten Pariser Fiasko „seinem deutschen Vaterland mit hellen Tränen im Auge ewige Treue geschworen“ hatte. Endgültig und unwiderruflich deutsch ist er bekanntlich erst nach dem Durchfall des „Tannhäuser“ in Paris geworden. An seinem Berliner Mißerfolg mit dem Angebot des „Lohengrin“ machte er nach Art aller Judenfresser einen Unschuldigen verantwortlich. Den Verdacht, daß Meyerbeer, der nicht den geringsten Grund zu Neid oder Ehrfurcht hatte, gegen ihn in Berlin intrigiere, hat Wagner schon 1843 in einem Brief an seinen Freund Lehms ausgesprochen:

„Man sieht es ja, was so ein Hans Narre, wie der Meyerbeer uns für Schaden macht — halb in Berlin, halb in Paris, bringt er nirgends etwas zustande, am allerwenigsten in Berlin. . . das kommt davon, wenn man den Mantel so nach allen Winden hängen lassen muß wie Freund Giacomo.“

Noch mehr wurmt es ihn, daß man ihm künstlerische Abhängigkeit von diesem „Freund Giacomo“ vorwirft. Im selben Jahre schreibt er deshalb an Schumann:

„Das eine hat mich erschreckt und — ich gestehe es Ihnen — der Sache selbst wegen erbittert: daß Sie mir so in aller Ruhe hinsagen, manches in meinem „Holländer“ schmecke oft nach — Meyerbeer. Vor

allem weiß ich gar nicht, was überhaupt auf dieser weiten Welt Meyerbeerisch sein sollte, außer vielleicht raffiniertes Streben nach seichter Popularität . . . Gäbe es aber wirklich etwas Vorhandenes, Konsistentes, was Meyerbeerisch zu nennen wäre, wie man etwas „Beethovenisch“ oder meinetwegen „Rossinisch“ nennen kann, so gestehe ich, mußte es ein wunderbares Spiel der Natur sein, wenn ich aus dem Quell geschöpft hätte, dessen bloßer Geruch aus weiter Ferne mir zuwider ist; es wäre dies ein Todesurteil über meine Produktionskraft.“

Alle Gerüche aus diesem Quell haben ihn nicht von Versicherungen der wahrsten und dankbarsten Hingebung und Verehrung abgehalten, noch weniger davon, es sich bei Meyerbeers — bis in den Oktober 1847 hinein! — trefflich schmecken zu lassen, ja, dem „Hans Narre“ und „schlaunen Betrüger“ durch einen Bekannten — anpumpen zu lassen. An einen gewissen Frommann schreibt er unter dem 9. Oktober 1846 wörtlich:

„Außerdem könnte er mir auch tausend Taler borgen, für die ich ihm gern 4 bis 5 Prozent Zinsen zahle.“

Erst 1850 konnte Wagner endlich die lästige Maske fallen lassen. In dieses Jahr fällt seine satirische Schilderung des Propheten; den er in Paris gehört hat, und im September dieses denkwürdigen Jahres erscheint in der „Neuen Zeitschrift für Musik“ in Leipzig das Urbild aller Dinteriaden, der Aufsatz „Das Judentum in der Musik“, in dem die echt demokratischen Sätze vorkommen:

„Wie all unser Liberalismus ein nicht sehr hellsehendes Geistespiel war, indem wir für die Freiheit des Volkes uns ergingen ohne Kenntnis dieses Volkes, ja mit Abneigung gegen jede wirkliche Berührung mit ihm, so entsprang auch unser Eifer für die Gleichberechtigung der Juden viel mehr aus der Anregung eines allgemeinen Gedankens als aus einer realen Sympathie; denn bei allem Reden und Schreiben für Judenemanzipation fühlten wir uns bei wirklicher, tätiger Berührung mit Juden von diesen stets unwillkürlich abgestoßen . . . Noch jetzt belügen wir uns in dieser Beziehung nur absichtlich, wenn wir es für verpönt und unsittlich halten zu müssen glauben, unsern natürlichen Widerwillen gegen jüdisches Wesen öffentlich kundzugeben.“

Man fragt sich verwundert: wie hat es dieser vorsichtige Held und Bekenner, der seine Judenhetze unter dem Pseudonym „Karl Freigedank“ veröffentlicht hat, über sich gebracht, seinen instinktiven Widerwillen gegen die jüdische Rasse in den Fällen Lehrs, Porges, Zansig, Schlesinger neun Jahre lang und noch länger so täuschend zu meistern?!

Ueber Meyerbeer aber schreibt er ganz unschuldig:

„Wir glauben wirklich, daß er Kunstwerke schaffen möchte und zugleich weiß, daß er sie nicht schaffen kann: um sich aus diesem peinlichen Konflikt zwischen Wollen und Können zu ziehen, schreibt er für Paris Opern und läßt diese dann leicht in der übrigen Welt aufführen. — Heutzutage das sicherste Mittel, ohne Künstler zu sein, doch Kunst ruhm sich zu verschaffen.“

Was mit diesem Schmutzurteil über den „täuschenden Komponisten“ Meyerbeer wieder einigermaßen aussöhnt, ist die — offenbar doch unbewußte — Selbstpersiflage. Nicht anders verfährt der Meister von Bayreuth, Karl Freigedank, mit Heine, von dem er sagt, er habe „sich selber zum Dichter gelogen, und dafür auch seine gedichteten Lügen von unsern Komponisten in Musik gesetzt erhalten“. Nicht allein, daß er selber eine klägliche französische Uebersetzung der „Beiden Grenadiere“ komponiert hat — er verdankt Heine (eine Tatsache, die er später selber geflissentlich verdunkelt hat

und nachdem seine Trabanten) die Ideen, ja selbst das szenische Gerüst zum „Fliegenden Holländer“ und zum „Tannhäuser“, die sich in den „Memoiren des Herrn von Schnabelewopski“ und in den „Göttern im Exil“ finden.

Wagner hatte — ich spreche immer vom Menschen, nicht vom Künstler — das unverdiente Glück, an einen durch und durch nobel gesinnten Gegner zu geraten. Meyerbeer hat nämlich von ihm Waffen, die ihm Karl Freigedank einst selbst in die Hand gelegt, überhaupt keinen Gebrauch gemacht: der Jude verstand sich offenbar nicht auf die „echt deutsche“ Kampfweise. Der Sturm der Empörung entlud sich zunächst über den Redakteur der „Neuen Zeitschrift für Musik“, den Professor Brendel in Leipzig, den die Veröffentlichung des Freigedank-Artikels um ein Haar seine Existenz gekostet hätte. Wagner selber schleuderte aus sicherem Exil noch weiter antisemitische Giftpfeile, z. B. „Deutsche Kunst und deutsche Politik“, worin die schöne Bezeichnung „politischer Bunkelsänger“ für Heine vorkommt, und „Aufklärungen über das Judentum in der Musik“, 1869 geschrieben in Tribschen bei Luzern. Darin gibt sich Wagner, der sich immer vortrefflich auf diese Rolle verstanden hat, für einen Märtyrer aus, und zwar für ein Opfer des jüdischen Kesseltreibens gegen ihn. „Dies ward durch einen Wiener Juristen erreicht, welcher großer Musikfreund und Kenner der Hegelschen Dialektik war, außerdem aber durch seine, wenn auch zierlich verdeckte, jüdische Abkunft besonders zugänglich befunden würde . . . Dieser schrieb nun ein Libell über das „Musikalisch-Schöne“, in welchem er für den allgemeinen Zweck des Musikjudentums mit außerordentlichem Geschick verfuhr . . . so gelang es, die moderne jüdische Musik als die eigentlich „schöne“ Musik aufzustellen . . . wenn er nun im gelesenen politischen Blatte auch als Rezensent auftrat . . .“

Man wird gemerkt haben, wer und was gemeint ist: Eduard Hanslick und die „Neue freie Presse“, der er seit 1864 angehörte. So wurde mit dem antisemitischen Rezept weiter gearbeitet, um sich die Gegner bequem vom Halse zu schaffen. Das Ganze, von jenem ersten Bettelbrief aus Königsberg von 1837 an bis in die letzten Phasen des unsauberen Kampfes Richard Wagners gegen das Judentum ist jedenfalls ein ungemein lehrreiches, geradezu typisches Beispiel für die deutsch-nationale antisemitische Kampfweise überhaupt. Um seines symptomatischen Wertes willen so gut wie aus musikhistorischem Interesse übergebe ich diesen Fall der Öffentlichkeit.

Der Reichstag geht um — Knüppel aus dem Sack

Von Josef Maria Frank

Um einen dich offenbar drückenden Mangel abzuhefen,
den du bisher bitter beklagt hast, besahst du deine Parteien,
überrascht man dich nun, um dich von deinem „Minus“ zu befreien,
mit statt bis dato „nur“ elfen
mit — 23 Parteien!

(Siehst du, wie man an dich denkt! Hast du aber Schwein!

Verflucht und zugenäht! Au backe! Mensch! Ist das aber fein!

Lieb' Vaterland, nu kannste aber wirklich beruhigt sein!

Soviel Auswahl gibt's ja nicht einmal in der „Weißen Woche“!

Das ist der Anfang der definitiven Epoche!)

Also nu ran an den Speck: Ihr braucht nur an den Knöpfen abzuzählen (jetzt ist alles so einfach!) und dann nur den betr. Knopf zu wählen. Hoch deutscher Familiensinn! Du hast's erreicht! Dir wird nichts schwer! Es lebe der betr. Abzählknopf! (Vielleicht kommt sogar ein „Knopf“ hinterher?)

Wer aber immer noch nicht zufrieden ist, unterlasse das Geschrei und warte bis zur nächsten Wahl; denn vermutlich wird diese aller menschlichen Berechnung nach abgelöst durch die Devise: „Jeder Deutsche seine eigene Partei!!!“

Eines ist merkwürdig symbolisch, daß die teutsche Zunft sich zur-Wahl-vorbereitenderweise mit Revolvern und Messern versammelt und sich gegenseitig mit Maßkrügen und Stuhlbeinen die Hirne verrammelt am Geburtstage des Kritikers „Der reinen Vernunft“.

Das ist doch entschieden auffällig und allerhand, daß man sich mit routinierten Jiu-Jitsu-Tricks und Schimpfkloaken die betr. Parteiprogramme eintrichtert (nicht zu vergessen die Kinnhaken!), gewissermaßen eine Ehrung für Immanuel Kant!

(Ein Beweis, daß der Teutsche wie immer aufgepaßt hat und den „Kategorischen Imperativ“ richtig aufgefaßt hat, nämlich so: „Will er nicht dein Bruder sein, dann schlag ihm nur den Schädel ein!“)

In hoc signo vinces! Sic est! In dem Zeichen muß man siegen! Da muß sogar Kant staunen und seine „Vernunft“ unterliegen! Heil dir (im Volksliedton), du Land, so hehr und groß! Hier ist was los!!!

Sogar des Zeitgeists Kritikaster wird erregt, wenn er sich ausmalt, was im Hohen Haus: „Dem Deutschen Volk geweiht!“ sich, wenn es vull ist, nächstens abspielt (Meine Zeit . . .!) und was sich tut sich — macht sich und bewegt.

Er sieht schon visionär Herrn Ludendorff die Blitze spritzen und hört die Orden klirren, weil eine Faust sich auf die Heldenbrüste schlug, und den Messias Louis Häußer (M.d.R. u. barfuß) brüllen: „O du Höllentrug! ICH! O, ihr Satansbrut! Will euch den Hinteren zerfitzen!“

Zerbeulte Hakenkreuze, Sowjetsterne werden durch die Lüfte mit Tintenfassern sich ergießen, lieblich wird die Glocke läuten, Zwischenrufe, Kindertuten werden schmetternd (O du Volk mit der bew. geistig hohen Stufe!) und Indianerkrach! Stinkbombendüfte!

Und zum Amüsemang der dabei nichtbeteiligten p. t. M. d. R.'s wird die Tribüne Kampfarena, Haare werden fliegen und noch andere Sachen, dufte Rufe: „Jib' ihm knorke!“, „Haut die Juden!“! Man wird — lachen! (Mach du dir selber man hierauf den Vers!)

Die KPD wird in der Ecke dazu eine Orgel drehen; sie läßt als Rundfunk tönen: „Auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich (trotz aller teutschen Oichen) nücht zu hölfen weiß!“ und „Kinder! Ihr könnt ruhig heme gehen!“

(O Teutscher, wenn du nicht selber hierbei ruhig bleibst und das Delirium tremens vorher aus den Schädel treibst, wirst du's erleben: „Panem nicht, jedoch Circenses! Das wird sodann die Frucht sein deines Lenzes!“)

Des Zeitgeists Kritikaster packt dich drum am Ohr
 und flüstert dir: „Mein Freund, schieb' einen Riegel vor!
 Zähl' nicht die Knöpfe ab und wähl' nicht wild,
 sonst wird die Vision ein Zukunftsbild!
 Sei vernünftig, sei — egoistisch!
 Wähl' mit Verstand und wähl nicht mistisch!
 Wähl' so, daß es keine Tragödie wird!
 So kostet dich der Spaß dein Fell!
 Also, Teutscher: Sei — wach und hell!

Leben und Werk des Hans Baluschek

Von Erich Kuttner

Sklavenketten sind schwer abzustreifen. Innere noch schwerer als äußere. Nur Weltfremdheit vermag zu glauben, daß eine revolutionär emporstrebende Schicht Unterdrückter sofort alles Revolutionäre in Kunst und Literatur begeistert umjubeln werde. In Geschmacksdingen ist der Unterdrückte weit konservativer als die geistig beweglichere Unterdrückerschicht. Selbst wenn der Unterdrückte sich von der Ideologie, mit der ihn seine Beherrscher einfangen wollten, schon längst losgerungen hat in seinem politischen, religiösen, moralischen Denken, — am zähesten und längsten hängt er an seinem kitschigen und altmodischen Kunstgeschmack, oft schon deshalb, weil ihm hier eine Revision seiner Ansichten überflüssig erscheint. Lassalle hatte gut reden, wenn er am Schlusse seines „Arbeiterprogramms“ mahnte:

Es ziemen Ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die müßigen Zerstreungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinne der Unbedeutenden . . .

Sie ziemen nicht, aber — sie sind da, weil sich eben die „Laster der Unterdrückten“ nur durch geduldigste Erziehung ausrotten lassen.

So hat auch das Verhältnis zwischen Partei und moderner Kunst lange Zeit etwas vom „kleinen Manne“ an sich gehabt. Gewiß, man hat in Feuilletons und Artikeln den konsequenten Naturalisten seine Verbeugung gemacht. Man hat einen Arno Holz gelobt, man hat den Dichter der „Weber“ gepriesen, man hat einen Baluschek ermutigt. Aber wenn nun die Partei selber etwas herausgab, ein Plakat, eine Festschrift, ein illustriertes Blatt, dann erschien es oftmals so, als ob die gepriesene moderne Kunst gar nicht für die Partei existierte. Gar zu oft wurde das hohle Pathos eines Anton v. Werner oder Joseph Lauff ins Proletarische übertragen und der Mangel an jeglichem Kunst- und Stilgefühl durch Tüchtigkeit der Gesinnung ersetzt, die im rein Stofflichen sich demonstrierte.

Aehnlich war das Verhältnis des Parteibuchhandels zur Kunst. Neben der offiziellen und offiziösen, wissenschaftlichen und politischen Parteiliteratur blieb der Kunst kaum Raum. Warum, könnte man heute fragen, warum mußte Arno Holzens „Buch der Zeit“, warum mußten Hauptmanns „Weber“ usw. in bürgerlichen Verlagen anstatt in einem sozialistischen erscheinen? Im letzten Grunde: weil für nicht streng parteimäßig Abgestempeltes kein Interesse da war. Und erschien wirklich mal ein belletristisches Buch in einem Parteiverlag, so war die Aufmachung eine derart „proletarische“, d. h., technisch-buchhändlerisch kümmerliche, daß der Sortimentsbuchhandel schon aus diesem Grunde solche Ware nicht gerne weitervertrieb. (Das war viel wesentlicher als der „Boycott“, auf dem sich die sozialistischen Verleger herausredeten.) Allerdings, eins kam hinzu: da sich auch hier künstlerisch minderwertige,

nur in der Tendenz, nicht in der Kunstform revolutionäre Produkte vorzudrängen, so festigte sich die Meinung, ein Werk schon deswegen nicht als ein literarisches zu werten, weil es in einem Parteiverlag erschien. Was wiederum jeden Künstler abschrecken mußte, einem sozialistischen Parteiverlag seine Produkte anzuvertrauen.

Aus diesem Circulus vitiosus scheint jetzt unter einer mutigen Leitung der J. H. W. Dietz-Verlag hervorzustreben. Die Ankündigung einer Gesamtausgabe des Werkes von Arno Holz bedeutet einen Bruch mit bisherigen — einseitigen — Traditionen. Vorher aber erscheint, gleichsam als Auftakt des neuen Kurses die Baluschek-Biographie Friedrich Wendels. Ein Wort des Lobes zunächst über die Ausstattung: sie zeugt für das vernünftige Bestreben, nicht hinter dem Besten zurückzustehen, was der bürgerlich Verlagsbuchhandel auf diesem Gebiet leistet. Dieses Buch werden die Sortimentler nicht boykottieren.

Zur Sache: Für einen ersten Schritt auf unbetretene Gebiete war unter den innerlich abgeschlossenen Vertretern der modernen Malerei kaum eine geeignetere Persönlichkeit zu finden als Hans Baluschek, bei dem in seltener Harmonie Liebe zur Kunst und Liebe zu den Ausgestoßenen des Daseins konform gehen. Freilich mit „l'art pour l'art“ Methoden, mit Theorien, denen nur das „Wie“, nicht das „Was“, nicht der Gegenstand des Dargestellten gilt, mit ihnen ist dieser Erscheinung nicht beizukommen. Das Lebenswerk Baluscheks höhnt geradezu den Erklärer, der da behaupten wollte, daß Baluschek bestimmte Methoden der Malerei „zufällig“ an proletarischen Menschen als Modellen angewandt habe. Nein, Baluschek wollte, wollte sehr absichtlich ein Bild dieser Klasse geben, und Wendel ist als Darsteller dieser Kunst durchaus im Recht, wenn er des Meisters Willen und seine Verwirklichung mit materialistischen Methoden prüft und eine soziologische Analyse des Gesamtwerkes durchführt. In dieser Hinsicht dürfte sich die Wendelsche Monographie grundsätzlich von allen bisherigen unterscheiden. Sie ist der erste Versuch einer sozialistischen Kunstbetrachtung in der Malerei mit Beziehung auf das gesamte Werk eines Künstlers. Ein wackerer Versuch, — aber noch kein volles Gelingen. Denn mir scheint, daß neben dem „Was“ der Baluschek'schen Malerei auch ihr „Wie“ eine eingehendere Analyse erfordert hätte. Was ich vermisste, ist der Nachweis, warum Baluschek kein sozialistischer Anton v. Werner ist, sondern wo seine — beträchtlichen — künstlerischen Qualitäten liegen. Vielleicht hätte sich da manch interessanter Zusammenhang zwischen der Weltanschauung des Künstlers und seinen künstlerischen Ausdrucksmitteln aufzeigen lassen. Denn so wenig ich das Stoffliche gering schätze, — in ihm allein liegt die Weltanschauung des Künstlers nicht. Es kann sich schließlich selbst hinter proletarischen Stoffen ein spielerischer Aesthet oder — wie ich das häufiger mit Entsetzen erlebte — ein gedankenarmer Stümper verstecken. Baluscheks Reichtum, seine Kämpfernatur — nur ein Kämpfer ist innerlich reich — offenbaren sich erst völlig, wenn man auch den „Timbre“ seiner malerischen Stimme aus dem einheitlichen Komplex einer in sich geschlossenen Weltanschauung begreift.

Jedoch, das Buch als ersten mutigen Versuch würdigen, heißt, über dem Unvollkommenen das Geglückte betonen. Geglückt ist die Darstellung in ihrem einheitlichen, zielsicheren und klarverständlichen Aufbau. Geglückt ist die Vermittlung eines künstlerischen Eindrucks in 120 anständigen Reproduktionen. Nur kann ich hier einen Wunsch für eine hoffentlich bald notwendige Neuauflage nicht unterdrücken: zwischen Text und Reproduktionen einen stärkeren Konnex herzustellen.

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

Das Kartellproblem

„Die wesentliche Ursache der Schwierigkeiten liegt in einer in der Inflation hervorgerufenen und immer noch künstlich aufrechterhaltenen falschen Organisation unserer Wirtschaft. Es werden die gänzlich unwirtschaftlichen Betriebe in Handel, Gewerbe und Bankwesen künstlich durchgehalten. Dadurch wird die Lebensweise der breiten Volksmassen in unproduktiver Weise verteuert und das Preisniveau gesteigert.“ Mit diesen Bemerkungen machen die deutschen Gewerkschaften in ihrer Eingabe an den Reichskanzler vom 11. April auf das Problem der falschen Wirtschaftsorganisation aufmerksam. Diejenigen Organisationen, die eine Einwirkung auf die Preisgestaltung haben und es den unwirtschaftlichen Betrieben ermöglichen, sich zu halten, sind die Kartelle und Syndikate.

Diese stehen seit längerer Zeit im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Von den lebhaften Klagen der Verbraucher veranlaßt, erließ die Reichsregierung die vom 2. November 1923 datierte „Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen“ und versuchte dadurch, eine rechtliche Grundlage für das Einschreiten gegen die in so großem Maße überhandnehmende Kartellwillkür zu schaffen. Die Regierung hatte — ihre Initiative ging namentlich von dem Genossen Hilferding als damaligem Finanzminister aus — die Absicht, gegen die Kartelle vorzugehen, wenn es das öffentliche Interesse erforderte oder wenn die einzelnen Kartellbestimmungen für die Kartellmitglieder als lästige Fesseln ihrer Bewegungsfreiheit empfunden würden. Paragraph 8 der Verordnung räumt jedem Kartellmitglied das Recht zur fristlosen Kündigung von Kartellverträgen ein, wenn die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit bei der Erzeugung, der Preisgestaltung oder dem Absatz wesentlich eingeschränkt wird.

Mit den Kartellen steht ein Wirtschaftsproblem zur Debatte, das in den letzten dreißig Jahren den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland wesentlich beeinflußte. Die in dieser Zeit mächtig aufstrebende Industrie bediente sich der Kartelle und Syndikate, um ihre Machtstellung vollständig zur Geltung zu bringen. Mit den Kartellen wurde in Deutschland die Manchestertheorie endgültig zu Grabe getragen, mit ihrer Hilfe wurde der durch die Schutzzollgesetze abgesperrte deutsche Innenmarkt zum großen Teil monopolisiert und eine Konzentration der Industrie gefördert, die ohne deren Bestehen nicht zu verzeichnen gewesen wäre. Die Kartelle waren die mächtigsten Waffen der deutschen Industrie in der Vorkriegszeit, auf der Geschlossenheit ihrer Organisation beruhte ihre Exportfähigkeit. Denn nur durch das Bestehen eines teilweisen oder vollständigen Monopols im Innern konnten deutsche Waren im Ausland billig abgesetzt werden. Teilweise wurde der Schleuderelexport im Auslande unangenehm empfunden und führte zu lebhaften Klagen gegen die deutsche Industrie. Man denke nur an die Machinationen des deutschen Stahlwerksverbandes, dieses in der Vorkriegszeit mächtigsten aller deutschen Kartelle.

Schon einmal, vor 20 Jahren, fühlte die deutsche Reichsregierung sich veranlaßt, gegen die Kartelle einzuschreiten. Sie veranstaltete in jahrelangen Verhandlungen und unter Aufwand riesiger Kosten eine Kartellenquete, deren Resultate in dem umfangreichen Werk „Kontradiktorische Verhandlungen über deutsche Kartelle“ niedergelegt sind. Diese Schrift ist auch heute noch lesenswert.

Im Kriege und in den nachfolgenden Jahren, jener Zeit typischer Warenknappheit, trat die Wirksamkeit der Kartelle in der Hochhaltung der Preise sehr unliebsam hervor. Ihre Macht und die Möglichkeit, den inländischen Markt rücksichtslos auszubeuten, wurde künstlich gesteigert durch die Inflation, die jede ausländische Konkurrenz fernhielt. Deutsch-

land war durch die Geldentwertung wie mit einer unübersteigbaren chinesischen Mauer umgeben. Die sich überschlagenden Preissteigerungen der Inflationsperiode waren im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß fast jeder Zweig der deutschen Wirtschaft straff kartelliert und das verbrauchende Publikum oder die weiterverarbeitende Industrie diesen Methoden einer unökonomischen Wirtschaftsführung auf Leben und Tod ausgeliefert waren.

Während der Regierungszeit des Genossen Robert Schmidt als Reichswirtschaftsminister und seines Staatssekretärs Professor Hirsch wurde auf verschiedenen Wegen versucht, der schädlichen Wirkung der Kartellpolitik zu Leibe zu gehen. Wir erinnern an die Bildung des Reichskohlenrats, des Eisenwirtschaftsbundes und andere Maßnahmen. Der leidenschaftliche Kampf der Industrie gegen diese Männer war nicht zuletzt auf ihre Tätigkeit gegen die schädlichen Wirkungen der Kartelle zurückzuführen.

Die Kartellverordnung vom 2. November hat ihre Wirkung bereits teilweise getan. Namentlich ist das durch die Verordnung geschaffene Kartellgericht in ausgedehnter Weise in Tätigkeit getreten. Zahlreiche Firmen haben das ihnen durch die Verordnung gegebene Recht der Kündigung ausgeübt. Bis Anfang April wurden beim Kartellgericht 135 Kündigungen von Kartellverträgen anhängig gemacht, die sich gegen 73 Kartelle richteten. Ein Beweis, daß ein großer Teil der kartellierten Firmen unter dem Druck der Not eine Befreiung wünscht, um unter günstigeren Bedingungen frei verkaufen zu können. Diese Flut von Kündigungen hat aber auf die Kartelle selbst günstig eingewirkt. Sie sind dazu übergegangen, die Bedingungen über den Absatz, die Preise, die Lieferungsbedingungen usw. zu mildern, so daß die Mitglieder nicht in allen Teilen an die harten Paragraphen ihrer Kartelle oder Syndikate gebunden sind. Diese Vorbeugungsmaßnahmen sind sicher zu begrüßen, und man wundert sich eigentlich immer wieder, daß erst gesetzliche Eingriffe notwendig sind, um bei den Führern der Industrie das Verständnis für eine der Allgemeinheit Rechnung tragende Wirtschaftsgestaltung wachzurufen.

Eine restlose Beseitigung der Kartelle und Syndikate wäre auch vom Standpunkt der Arbeiter nicht zu begrüßen. Sie tragen teilweise noch in ausgedehnter Weise zur Regelung der Produktion, zur Normalisierung und Typisierung der Erzeugung usw. bei. Ihre schädlichen Wirkungen jedoch müssen mit allen Mitteln unterbunden werden; sie äußern sich im allgemeinen im folgenden:

Die inländischen Preise liegen noch weit über dem Weltmarktpreis. Die niedrigen Löhne rechtfertigen eine derartige Preisüberspannung keineswegs. Eine Herabsetzung der Preise wird aber so lange verhindert, wie die scharfen Kartellbestimmungen bestehen. Devisennot und Mangel eines deutschen, im Auslande zu verwendenden Zahlungsmittels beschränken die Einfuhr, die als Preisregulator wirken könnte. Es ist eine unbedingte Notwendigkeit, zu verhindern, daß die bestehenden anormalen Zustände von den Kartellen rücksichtslos ausgenutzt werden. Die in allen Zweigen der Industrie und des Handels bestehende übersetzte Zahl von Betrieben wird durch die Maßnahmen der Kartelle unnützerweise aufrecht erhalten. Mit Recht wird in der Eingabe der Gewerkschaften an die Regierung auf die Uebersetzung der Betriebe mit folgenden Worten hingewiesen: „Es ist die Ausscheidung der zahlreichen parasitischen Zwischenglieder aus der Wirtschaft notwendig, die heute durch den übermäßigen Gewinn bei einem relativ kleinen Umsatz künstlich gehalten werden.“ Die verkleinerte deutsche Volkswirtschaft ist nicht in der Lage, die zahlreichen Betriebe und Unternehmungen durchzuschleppen, die in einer Zeit hemmungsloser Konjunktur entstanden. Ein Reinigungsprozeß, wahrscheinlich schmerzvoller Art, muß einsetzen, damit eine geregelte Volkswirtschaft, auf genauester Kal-

kulation eingestellt, vorhanden ist. Dies ist solange unmöglich, als Gebilde vorhanden sind, die durch übermäßig gehaltene Monopolpreise eine Ausmerzungen der überflüssigen Wirtschaftsglieder verhindern.

Das Kartellproblem, das die Blütezeit der deutschen Industrie befruchtete, steht am Wendepunkt einer neuen Epoche. Auf der einen Seite die großen Konzerne, die jede Bindung als eine Fessel empfinden und von sich aus stark genug sind, den Preiskampf durchzuhalten. Auf der andern Seite verlangt die durch mannigfache Umstände beeinflusste Entwicklung der letzten Jahre eine Neuorientierung, die auch von der Industrie Opfer fordert. Hat sich die deutsche Volkswirtschaft auf die durch den Krieg gegebenen Verhältnisse vollständig umgestellt, dann wird sich übersehen lassen, ob Kartelle und Syndikate im allgemeinen Interesse notwendig sind oder nicht.

Mercur.

RANDBEMERKUNGEN

Ufa-Diplomatie

„Es gibt in der Weltgeschichte keine tückischeren Gesellen, keine rücksichtsloseren Wortbrecher, keine kälteren Mörder als die Germanen, aber, und das ist der springende Punkt, es waren allezeit Menschen, die zu ihrem Wort und zu ihren Taten standen und die mit derselben unerhörten Nichtachtung, mit der sie fremdes Gut, fremdes Leben, fremde Ehre zerbrachen, die Folgen ihrer Taten auf sich nahmen und auf eine so trotzig Weise zu sterben verstanden, daß ihr Tod meistens glorreicher und ruhmwürdiger war als ihr Leben.“

Diese Charakterisierung germanischen Wesens stammt nicht etwa aus der Schmiede haßerfüllter Ententepropaganda noch aus dem hirnlosen Großmaul eines völkischen Stahlbademeisters, sondern aus der Feder einer poetischen deutschen Frau. Thea von Harbou, die auf Grund ruhmreicher Vergangenheit als Ullsteinromanschreiberin bemüht ist, dem Film zu geben, was eigentlich der Literatur ist, im besonderen Falle das Nibelungenlied im Bildstreifen verstummen zu lassen, hat sich in einem, dem größten Teil der Berliner bürgerlichen Presse beigelegten illustrierten Reklame-Waschzettel diese kulturgeschichtliche Betrachtung entgleiten lassen. Dem Ausland, soweit es immer noch skeptisch und

böswillig ist, muß dieses Selbstbekenntnis deutschen Wesens ein gefundenes Fressen sein, um die huns und boches wieder in ihrer ganzen viehischen und aufgebläsen Scheusälligkeit auferstehen zu lassen. Die Herrschaften vom Fiimgeschäft, die ja doch sonst durch so geschäftige Pressegehilfen allenthalben beraten und gedeckt werden, haben diese Wirkung nicht sehen können oder wollen.

Solche kulturmoralische, psychologische Rechtfertigung ist im Grunde nur eine Maske, um für Vorgänge, Charaktere und Stimmungen Reklame zu machen, die den sadistisch überreizten Geschmack des Filmpöbels stacheln kann. Die atemraubenden Brutalitäten und physischen Roheiten, die der Krieg den Massen aufzwang, sind in eine bestimmte Klasse von Filmen unter historischer Verkleidung wieder eingeschmuggelt worden. Daß die Reklame der Filmindustrie das unterstreicht und darauf lüstern macht, ist selbstverständlich. Sie darf nur nicht glauben, daß man ihr das weltgeschichtliche Pathos dabei abnimmt, oder daß man ihr plummes Anreißertum in seinen politischen Wirkungen für gleichgültig hält. Daß aber die bürgerliche Presse sich zum Mitwisser und Mittäter dieser unbedenklichen Geschäftsreklame macht, setzt sie dem Verdacht aus, daß sie die ihr für die Verbreitung der illu-

strierten Reklameblätter gemachten Zuwendungen als einen Fingerzeig für die kritische Behandlung der Film-Aufführung betrachten könnte, einem Verdacht, den sie schon wegen der verhängnisvollen politischen Wirkungen vermeiden müßte.

Prokurator.

Wahl-Kunst

Darunter ist nicht die Kunst zu wählen verstanden, sondern die künstlerischen oder so gemeinten Kundgebungen, deren sich der Wahlkampf bedient. Es sind allerdings, um es gleich zu sagen, meistens nur „so gemeinte“ Kundgebungen, und zwar sind es hauptsächlich die Rechtsparteien, bis in die Demokraten hinein, die mit der geschwungenen Linie und dem gehämmerten Wort durch sachliche Argumente nicht erreichbare Wirkungen anstreben. Die Plakate stehen kellertief unter den Neurruppiner Bilderbogen. All die großen Schlagetots der preußischen Militärgeschichte müssen aufmarschieren, um denen teils um Hergt, teils um Stresemann die nötige Ahnenweihe zu geben: der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg mit langem Zottelhaar und Bierbacken, Blücher, der wie der General Mackensen aussieht und uns „den Rhein so freigemacht“ hat, wie es jetzt wieder die Volkspartei tun wird. Die Völkischen lassen eine Karte Mitteleuropas von der schwarz-weiß-roten Flagge überfluten, an deren Nordostende ein etwas deklasierter Bismarckkopf, an dessen Südwestseite ein grinsender Totenschädel tiefere, wenn auch nicht erfassbare Symbolik vortäuschen.

Die Rentenmark ist ja nun wirklich etwas, dessen sich niemand zu schämen hat. Infolgedessen haben alle Parteien sie „geschaffen“. Am freigebigsten, in dem was geleistet ist und versprochen wird, ist jedoch die Volkspartei. Am Potsdamer Platz arbeitet sie mit ihren Meriten in Leuchtschrift. Zwischen Kavalier-Zigaretten und Edellikören, zwischen intimen Bekleidungs- und heiklen Gebrauchsgegenständen leuchten die Kraftworte auf, wie

die Zehngebote, die die Partei des republikanischen Außenministers in das Volk schleudert. „Wer schuf die Rentenmark? — Die Deutsche Volkspartei!“ — „Schulzediktiner, der deutsche Edellikör!“ — Die Deutsche Volkspartei: gegen den Marxismus“. — „Suleima, die vornehme Orientzigarette! — „Wer brachte den deutschen Kronprinzen in die Heimat? — Die Deutsche Volkspartei!“

Nebenan wird mit Schwarz-Weiß-Rot und ähnlichem Plunder aus der wilhelminischen Garderobe für Kahl, Raumer usw. Stimmung gemacht, und man muß sagen, daß der Geist von Weimar herrlich durch den von Potsdam hier verdrängt erscheint.

Aus den einprägsamen Kurzzeilern, die zumeist an den verstorbenen Straßen- und Gelegenheitsdichter Matthias Weber erinnern, verdient einer angenagelt zu werden — der allerdings nur gut erfunden sein dürfte:

Wer sichert das Zwölf-Pfennig-Ei?
Allein die Deutsche Volkspartei!

Max.

Das Faulbett der Opposition

Genosse Paul Levi veröffentlicht in seiner Korrespondenz einen vortrefflichen Artikel über die Erstarrung der kommunistischen Geheimlehre und über die Schematisierung der kommunistischen Propaganda. So schreibt er: „Man kann getrost sagen: die kommunistische Lehre ist auf dem Wege, eine Kabbala zu werden, die schließlich nur einem kleinen Kreis Eingeweihter verständlich wird . . .“ Des weiteren wendet sich Levi gegen die krampfhaft Bemühung, die deutschen Verhältnisse nach russischem Maßstab zu messen, Hitler zum deutschen Pulischkewitsch, Seeckt zum deutschen Kolttschak, Scheidemann zum deutschen Kerenski zu machen. „Alle deutschen Verhältnisse werden,“ sagt Levi, „offenbar, um ihr Verständnis denen zu erleichtern, die über die deutsche Revolution zu Gericht sitzen, auf russische Typen reduziert“.

Besondere Beachtung verdient, daß Genosse Levi sich in solchem Zusammenhang gegen die Oppositionshysterie der deutschen Kommunisten wendet; mit treffendem Hohn spricht er: „Vom vergnüglichen Brot der Opposition“, von dem die kommunistische Partei in Sachsen gelebt hat, und von „dem vergnügten Faulbett der Opposition“, von dem die sächsischen Kommunisten, sehr gegen ihren Willen, durch ein Moskauer Diktat aufgeschreckt wurden.

Das Faulbett der Opposition: Genosse Levi wird für dieses klare Wort Dank verdienen, besonders dann, wenn das Wahlergebnis der Sozialdemokratie Möglichkeit gibt und Pflicht diktiert, wieder die Verantwortung der Aktivität zu übernehmen. *R. Br.*

Kommunistische Fälschung

Die KPD. veröffentlicht eine Propagandaschrift „Zehn Jahre Sozialdemokratie“. Wenn in dieser Broschüre alles so wahr ist, wie das, was darin von meinen, von mir längst vergessenen Germanicus-Aufsätzen wiedergegeben ist, so wird man die kommunistische Wahlschrift ein klassisches Beispiel übelster Fälschermethode nennen dürfen. Ich begnüge mich heute mit zwei Feststellungen. Auf Seite 11 behauptet die kommunistische Broschüre, ich hätte geschrieben: „1914 wurde das deutsche Volk in seiner Ganzheit aufgerufen. Der Frieden darf diesem Heerbann keine Entlassung bringen.“ Es soll also der Eindruck erweckt werden: ich hätte die Verewigung der Kriegsbereitschaft des deutschen Heeres oder irgend etwas ähnliches gefordert. In Wirklichkeit habe ich verlangt, daß dem deutschen Volke endlich die volle Demokratie und den Preußen im besonderen das allgemeine Wahlrecht gesichert werde. In der betreffenden Nummer der „Schaubühne vom 21. März 1918“ heißt es: „Die Kopffzahl der Verantwortlichen vergrößert sich. Eine Sicherung für die Zurückdrängung von Willkür und individuellem Ungeschick; eine Erleichterung für die Auswirkung des Determinierten.

Aus solcher Erkenntnis heraus, nicht um der demokratischen Phrase willen, verlangen wir, daß auch, was dieses betrifft, das Ende wie der Anfang sei. 1914 wurde das deutsche Volk in seiner Ganzheit aufgerufen. Der Frieden darf diesem Heerbann keine Entlassung bringen. Insofern müssen die Notgeständnisse bestätigt werden. Nicht etwa aus Dankbarkeit, sondern aus Gründen der Zweckmäßigkeit... Auch hierin wird und muß sich zeigen, daß die politische Entwicklung sich nicht an Formalitäten, nicht an Gemütsphrasen, nicht an Traditionswehmut entscheidet, sondern allein an der Probe der Macht. Solche Machtprobe müssen die preußischen Konservativen erfahren, solche Machtprobe war Niederbarnim.“

Auf Seite 9 der kommunistischen Broschüre wird aus einem Artikel, den ich am 3. Mai 1917 erscheinen ließ, zitiert: „Nur im Zeichen dieser Ströme von Blut, nur im Zeichen des zermalmenden Eisens, das diese Ströme hervorbrennen macht, können wir davon sprechen, daß das Ziel nahe ist. Wir müssen den Kriegswillen der Gegner durch Blut ersticken.“ Unterschlagen wird der Satz, der die beiden soeben zitierten trennt; der lautet: „Wir hassen den Krieg, wir hoffen und sind entschlossen, alles daran zu setzen, daß sich künftighin Möglichkeiten finden, ihn zu vermeiden, ihn durch andere politische Methoden zu ersetzen. Da er nun aber einmal da ist, müssen wir ihn nach den ihm innewohnenden Gesetzen zu Ende bringen. Wir brauchen den Frieden; wir müssen ihn erzwingen.“ Wie willkürlich die kommunistischen Zitate aus meinen Artikeln herausgerissen wurden, mögen übrigens einige andere Stellen des zuletzt genannten Aufsatzes zeigen: „Es ist töricht, einen deutschen Frieden zu erhoffen, da wir im Bündnis den Krieg geführt haben, müssen wir auch mit einem Bündnisfrieden rechnen. Wenn je, so wird sich bei diesem Friedensabschluß die Wahrheit bewähren, daß die Politik die Kunst der Diagonale ist. Es ist darum eine bedenkliche Kurzsichtigkeit, gegen die offen-

kundigen Wünsche und Forderungen der Verbündeten so taub zu sein, wie einige deutsche Zeitungen dies gegen Wien zu sein belieben. Zwar wird sich keiner der verantwortlichen Männer um solche Einseitigkeit der angeblich besten Deutschen kümmern; aber schon als Verstimmungsmoment ist das törichte Geschwätz von einem deutschen Frieden, ist die anmaßende Kritik, die von gewissen Athleten etwa an Oesterreichs Absichten geübt wird, sehr überflüssig. Der Traum vom deutschen Frieden muß ausgeträumt werden Es läßt sich nichts Endgültiges sagen, die Friedensfindung wird ein Balance-spiel mit vielen Kugeln sein ... Alles, was darüber ist, ist Geschwätz. Geschwätz ist die Länder-geometrie der Alldeutschen und aller nationalistischen Makkabäer. Geschwätz ist alles laute Gestöhn über die Schwäche der Regierung, weil sie nicht enthüllt, was verborgen gehalten werden muß. Der Bündnisfriede wird auch ein Verständigungsfriede sein. Vom Kuhhandel nicht gar so sehr verschieden. Aber doch darüber hinaus: Wille zur dauernden Entspannung zum interterritorialen Ausgleich, zur Ausbalancierung möglichst weitgreifender Koalitionen. Niemand wird den Weltfrieden diktieren. Wenn er aber da sein wird, werden die Völker erwachen und werden sehen: die Toten, die Krüppel, die Gewalt, die Scham — und hinter der aufstöhnenden Scham ein neues Land, eine neue Zeit.“

Wenn man bedenkt, daß diese Sätze im Mai 1917 geschrieben wurden von einem Schriftsteller, der unter Vorzensur stand, so wird man verstehen, wenn ich gegenüber den kommunistischen Fälschungen ausdrücklich erkläre, daß ich, der Relativität des Zeitlichen und der Vergänglichkeit solcher Artikel eingedenk, mich meiner Germanicus-Aufsätze keinesfalls schäme.

Robert Breuer.

Wie weit reicht die Berliner politische Intelligenz?

Genosse Hg. schreibt uns: „Die Wahlarbeit verschleppte mich vor einigen Tagen in die Nähe meines geliebten Berlin. Statt des D-Zugs, der uns Redner sonst überall hinwirft, konnte ich gemütlich die Vorortbahn bis Fürstenwalde benutzen und dann einen behaglichen Referenten-Ausflug (immer die Chaussee entlang) machen. Zwei Vororte Fürstenwaldes boten mir eine reiche Erweiterung meiner Kenntnisse politischer Möglichkeiten.“

In dem einen Ort haben die Bürgerlichen für die Kommunalwahlen, die ebenfalls am 4. Mai stattfinden, überhaupt keine Listen aufgestellt. Sie meinen, die Sozialdemokraten bekämen ja doch soviel Stimmen, es lohne sich nicht, dagegen anzukämpfen. Die Kommunisten reichten ihre Vorschlagsliste mit ganzen drei Unterschriften und — einen Tag zu spät ein; sie fallen so ebenfalls aus. Die sozialdemokratische Gemeinderegierung ist damit praktisch schon vor der Wahl gewählt. (Da seht ihr eingebildeten Provinzler, wie weit euch sogar die Umgebung des so oft beschimpften Wasserkopfes Berlin politisch voraus ist!)

Im nahen X., ohne sozialdemokratische Organisation, sprach ich. Dort trampelte mir u. a. ein Draufgänger mit wildesten kommunistischen Zwischenrufen dauernd in meinem Referat herum. Der vom Nachbarort mitgekommene Genosse und Versammlungsvorsitzende flüsterte in mein Ohr: „Es gibt hier am Ort nur eine kommunale Einheitsliste von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten, einer der Kandidaten ist der Zwischenrufer.“ (Da seht ihr eingebildeten Provinzler, wie weit euch sogar die Umgebung des so oft beschimpften Wasserkopfes Berlin politisch — usw. wie oben.)

DIE GRUNDLINIEN DER WELTGESCHICHTE

H. G. WELLS

Einen außergewöhnlichen literarischen und verlegerischen Erfolg bedeutet die Herausgabe dieses epochemachenden Werkes in deutscher Sprache. Er beweist, daß der Spengersche Niedergangs-Pessimismus wie Spreu verweht und dem hoffnungsvollen Glauben an ein Bessermachen nicht standhalten kann

**Die dritte
Lieferung ist erschienen**

Künftiger Inhalt der Lieferungen 64 statt 48 Seiten

Preis je M. 1,50

Verlag für Sozialwissenschaft GmbH., Berlin SW 68

Für die Wahlagitation!

Philipp Scheidemann: Wollen wir einen Kriegs-Reichstag?

Abrechnung mit Helfferich und Ludendorff
(Reichstagsrede vom 11. März 1924) 4. Auflage. Preis M. 0,50

Der Hitler-Ludendorff-Prozeß

Geschickte Gruppierung des Materials, schlagfertige Bereitschaft der Verhandlungsergebnisse, präzise Darstellung der Vorgeschichte, Auslandsstimmen 68 Seiten. 4. Auflage
Preis M. 1,-

Der Sieg war zum Greifen nahe!

Authentische Zeugnisse zum Frontzusammenbruch
Gesammelt und neu herausgegeben von ERICH KUTTNER, M. d. L.
8. Auflage. Preis M. 0,50

Nieder mit den Beamten!

Von einem höheren Beamten geschrieben, jeden Beamten über die Quellen seines Elends aufklärend und ihn den Weg der Hilfe weisend
Mit zweifarbigem Umschlag
2. Auflage. Preis M. 0,30

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68

Die Glocke

HERAUSGEBER PARVUS

Inhalt:

Robert Breuer:

Das Versailles der Deutschnationalen 161

Kurt Heinig:

Kreditschwindel — Unternehmer-Abbau 163

Eduard Bernstein:

*Aufklärung zur Frage Frankreich—
Deutschland 166*

Paul Kampffmeyer:

*Der weißblaue Feldzug gegen die
deutsche Republik 169*

Hermann Wendel:

Ante Starcević 173

H. G. Wells:

*Entstehung und Ausbreitung des Bud-
dhismus 179*

Paul Westheim:

Architektur-Entwicklung 181

Wirtschaftlicher Rundblick 185

*Die Kunst von Tel-Amarna — Der völkische Zirkus —
Mittel gegen Maulsperre*

Verlag für Sozialwissenschaft

Berlin SW 68, Lindenstraße 114

Preis 30 Pfennig

Soeben erschienen:

OTTO KOENIG

Gesichte der Vergangenheit

Preis des 382 Seiten starken gebundenen Bandes M. 5.—

„Weit ab von trockener Darstellung zieht Koenig mit einem sicheren Gefühl für plastische und farbige Darstellung episch und dramatisch reizvolle Stücke aus der Geschichte ans Licht. Ob er nun in biblische Zeiten zurückgreift, ob er aus dem friderizianischen Preußen, aus der Metternichzeit oder aus der französischen Revolution spricht, immer bleibt die Darstellung interessant, verständlich und lehrreich und man möchte nur wünschen, daß auch der Geschichtsunterricht nie anders betrieben werden möge, als in dieser Weise, die als eine neue schöpferische Tat gewertet werden muß.“

Deutsches Volksblatt.

RIKOLA-VERLAG :: MÜNCHEN-WIEN

Eine taktvolle Studie

Das kleine Buch) ist eine taktvolle Studie; es gibt eine Reihe interessanter Hinweise über die Vergangenheit eines Mannes, den die Revolution an die Spitze unseres Staates gestellt hat, und dem in schwierigster Zeit, unter unendlichen Hemmnissen und Anfechtungen, seit den Novembertagen des Jahres 1918, seit dem militärischen Zusammenbruch und der Flucht Wilhelms II., die dornenvolle Aufgabe obliegt, Deutschland die Bahn langsamen Aufstiegs wieder mithelfend emporzuführen. „Berliner Tageblatt“*

) **Paul Kampffmeyer, „Fritz Ebert“
mit Eberts Porträt, 5 Bogen, II. Auflage, Preis 1,50 M.*

*Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.
Berlin SW68*

Das Versailles der Deutschnationalen

Von Robert Breuer

Die Deutschnationalen haben ihren Wählern versprochen, daß sie Deutschland vom Vertrage von Versailles freimachen werden. Sie haben die Mittel, mit denen solche Befreiung erfolgen soll, nicht genau angegeben; aber sie haben reichlich durchblicken lassen, daß auch ein Freiheitskrieg versucht werden könnte. Kaum hat die Körneriade ihre Wirkung getan, so beeilen sich die Deutschnationalen festzustellen, daß sie an Schlachtenabenteuer nie gedacht hätten. Es gäbe auch andere Kräfte, die Versailler Ketten zu zerreißen: die schwarz-weiß-rote Sammlung, den Bismarckblock, die bürgerliche Regierung mit Rechtskurs. Auch die Völkischen sollen in diesen Block hinein. Es ist aber mehr als unwahrscheinlich, daß die Ludendorffer dergleichen werden tun können. Denn die Deutschnationalen wollen, so viel steht wohl schon fest, Erfüllungspolitik leisten, sie wollen nicht nur den Vertrag von Versailles anerkennen, sie wollen auch das Sachverständigen Gutachten, das Helfferich das zweite Versailles genannt hat, annehmen. Dieser Tatbestand kann nicht früh genug festgestellt werden; er enthüllt die eigentliche Absicht der Deutschnationalen und ihres Bismarckblocks: die Zerschlagung der deutschen Demokratie, die Knechtung der breiten Massen, im besonderen der Arbeiterschaft, die Beseitigung der sozialdemokratischen und demokratischen Beamten, die Aenderung der Verfassung, den Angriff auf Preußen und auf den Reichspräsidenten. Die außenpolitische Flagge war eine Korsarenflagge. Angeblich ging es gegen den Vertrag von Versailles, in Wirklichkeit gegen die Verfassung von Weimar. Der Unterschied zwischen der deutschnationalen Außenpolitik und der Außenpolitik der Sozialdemokratie wird nur in der Art der Lastenverteilung bestehen. Als treue Nachkömmlinge der Raubritter und Straßenräuber wollen die Deutschnationalen in schwarz-weiß-roter Sammlung die Ausplünderung des deutschen Volkes besorgen, während sie Herrn Poincaré allen Respekt beweisen werden; da sie genau wissen, daß die Erfüllungspolitik auf der Grundlage des Sachverständigen Gutachtens am allerwenigsten von einer deutschnationalen Regierung verweigert oder auch nur gemildert werden kann, so sind sie schon heute, so waren sie seit langem fest entschlossen, zu erfüllen, aber nicht minder entschlossen sind sie, die ganze Last der Erfüllung abzuwälzen. Um solche Abwälzung aber vollziehen zu

können, brauchen sie im Innern Deutschlands die hochgelobte Kirchhofsrufe, den Gehorsam von Kadavern, brauchen sie Reaktion in breitester Front. Die Franzosen können sich schon heute zu Herrn Hergt gratulieren; sie werden von ihm mehr bekommen, als sie von uns bekommen hätten, denn das Portemonnaie der Deutschnationalen wird viel größer sein, als es das Portemonnaie irgendeiner Koalitionsregierung gewesen ist. Wir mußten erfüllen, mußten uns aber zugleich mühsam den Weg zu den Geldschränken des Besitzes suchen und bahnen. Die Deutschnationalen wollen und werden erfüllen, indem sie den breiten Massen das Blut abschöpfen; den Weg zur Schlagader des Volkes wollen sie sich durch innere Gewaltmaßnahmen sichern. Das ist die Lage. Im Zeichen der schwarz-weiß-roten Fahne jubelt Paris, soll die deutsche Republik nebst ihrer Demokratie dem alten Feudalismus geopfert werden.

*

Die Größe der Gefahr müßte das deutsche Volk zusammenschweißen. Die Gefahr wäre überhaupt nicht vorhanden, wenn die Möglichkeit bestände, die beiden Arbeiterparteien zusammenzuführen. Es wird schnellstens zu prüfen sein, ob nicht vielleicht doch Voraussetzungen zu schaffen sind, die solcher Möglichkeit Verwirklichung geben könnten. Schon heute kann jedenfalls gesagt werden, daß es Besitz gibt, der gegen jeden Angriff mit allen Mitteln wird geschützt werden. Zu solchem Besitz gehört die vom Vertrauen des Proletariats getragene Beamtenschaft. Greift der nationale Polyp nach diesen letzten Stützpunkten des neuen Staates, werden alle Räder stillstehen.

Die Bismarckblöcker halten eine Einigung des deutschen Proletariats für undurchführbar; man darf indessen doch wohl annehmen, daß, nachdem nunmehr die Kommunisten zu einer bemerkenswerten Partei geworden sind, sie anfangen werden zu überlegen, ob es nicht doch zweckmäßiger ist, statt ihrer flunkernden Wahlparole zu folgen, statt die Verhandlungen des Reichstags nur zu stören — praktisch mitzuarbeiten. Praktische Arbeit gegen die Absichten der Nationalen aber ist nur möglich, wenn der proletarische Apparat breit und fest genug gefügt wird, um die Sturzwolven der nationalen Erfüllungspolitik zu zertrümmern.

*

Zunächst muß alles versucht werden, um den Deutschnationalen den Weg zu einer Erfüllungspolitik, wie sie sie verstehen, zu versperren. Außenpolitisch bedeutet die Erfüllungspolitik des Herrn Hergt nur eine noch stärkere Belastung Deutschlands; im Innern wäre sie der Anfang unübersehbaren Verhängnisses. Jeder andere Versuch wird darum das kleinere Uebel sein; dem Bismarckblock ist jede Koalition vorzuziehen, die dagegen Sicherungen bietet, daß das Innenziel der Nationalen erreicht wird. Auch die

meisten der übrigen bürgerlichen Parteien können nur sehr bedingt am Block der Nationalen reine Freude haben. Zentrum und Demokraten werden an Kulturkampf und daran denken müssen, daß im sogenannten Ordnungsstaat auch der Nachtwächter schwarz-weiß-rot tuten muß.

*

Jetzt ist die Stunde gekommen, da das deutsche Volk aufmerken muß, daß ihm nicht durch den Sieg des angeblich nationalen Gedankens das eigentliche Versailles beschieden werde. Das Versailles, das uns Herr Hergt diktieren möchte, wird noch unerträglicher sein als das des Herrn Poincaré. Und demgemäß wird unsererseits verfahren werden müssen.

Vor Herrn Poincaré werden die Nationalen bald das Kuschen lernen, schneller jedenfalls als die Ruhrbergleute, und um so besser, je hemmungsloser ihnen der trockene Putsch gegen die deutsche Arbeiterschaft gelingt.

Kreditschwindel — Unternehmer-Abbau

Von Kurt Heinig

Die Golddiskontbank gibt Pfund- und Dollarkredite, der Arbeitsmarkt bessert sich weiter — also, freuen wir uns: es wird schon wieder werden! Etwa in dieser Art wird allgemein unsere wirtschaftliche Lage beurteilt.

Auf dem Arbeitsmarkt sieht es nach den amtlichen Berichten tatsächlich beinahe rosig aus. Damit wird nicht behauptet, daß die ermittelnden oder die veröffentlichenden Behörden Hoffnungen und Wünsche zwischen die langweiligen Zahlenreihen pflanzen. Wenn unsere Wirtschaft nur unter dem Gesichtswinkel des Beschäftigungsgrades betrachtet wird, dann muß ein gewisser Optimismus entstehen. Er wird unterstützt dadurch, daß seit Monaten immer erneut große Kreditmengen in die Wirtschaft gepumpt worden sind. Die derzeitige Sperre bei der Reichsbank unterbricht jene Entwicklung ja doch nur unter dem Gesichtspunkt, daß der kreditgebelustige Dr. Schacht merkte, wie auf seinen offiziellen Reichskrediten recht ertragreiche — private Kreditgeschäfte aufgebaut wurden.

Untersuchen wir, wieviel Leute bei uns heute Kredit brauchen und wo die während der jüngst vergangenen fünf Monate in den Verkehr geflossenen Kredite aktiv tätig geworden sind.

Die Zahl der U n t e r n e h m u n g e n entwickelte sich in Deutschland wie folgt:

	1913	1923
Aktiengesellschaften	5 486	16 472
Gesellschaften m. beschr. Haftg.	26 790	74 576
<i>Handelsgewerbe und Banken allein:</i>		
Aktiengesellschaften	835	4 629
Gesellschaften m. beschr. Haftg.	9 409	31 822

Bei diesen Ziffern ist zu beachten, daß Deutschland inzwischen kleiner geworden ist.

Am Einzelbeispiel zeigt sich jene Inflationswassersucht noch drastischer. So ist z. B. die Zahl der Berliner Banken von 150 auf 750

gestiegen; in der Offenbacher Lederindustrie wuchs die Zahl der handelsgerichtlich eingetragenen Firmen von 100 auf 235, dazu kommen in der Nachkriegszeit weitere 200, die ihr Geschäft ohne Eintragung betreiben.

Wir haben in Deutschland viele tausend kapitallose Kapitalisten und arbeitslose Unternehmungen! Sie schreien sämtlich nach Kredit — wie ihre „kurzarbeitenden“ und sonstigen Kollegen. Mit Kredit ist eine solche Wirtschaft aber überhaupt nicht in Ordnung zu bringen. Wir haben 25 000 Unternehmer und wahrscheinlich mehrere hunderttausend sogenannte selbständige Gewerbetreibende zu viel! Die Gesundheit ist noch weit im Felde. Die Bankrotte haben bisher noch nicht einmal den Umfang der Vorkriegszeit erreicht! Vor dem Kriege (1913) hatten wir rund 10 000 Konkurse, 1923 dagegen ganze 253; im November 1923 hatten wir nur acht Konkurse! Seither ist die Zahl erst bis auf 133 (im April 1924) gestiegen. Die Unternehmungen verdreifachten sich in ihrer Anzahl seit 1913, die Konkurse sanken auf Mindestgrößen. Wir brauchen mehr Zusammenbrüche, oder meinetwegen Pleiten, sonst kann keine Gesundheit eintreten. Der Produktionsmechanismus muß vereinfacht werden. Unternehmer-Abbau und rücksichtslose Beseitigung der unproduktiven Betriebe wäre jetzt die Aufgabe praktischer Wirtschaftspolitik. Das Reich wird natürlich dennoch nichts tun — der neue Reichstag hat keine Kraft —, es wird auch dies jener bekannten „natürlichen Entwicklung“ überlassen werden, die den Sauberen umbringt und den Bedenkenloseren siegen läßt.

Eine andere Frage ist, ob das Reich nicht wenigstens als Kreditgeber Einfluß nehmen kann und muß. Bisher ist es so gewesen, daß die der Wirtschaft zufließenden Kredite kaum in die Produktion, sondern mehr in die Lager oder direkt in den Verbrauch übergegangen sind, soweit sie nicht an der verfehlten Spekulation in französischen Franken verloren wurden.

Die Reichsbank hat bekanntlich Anfang April ihre Kreditgewährung limitiert, sie will über die bis dahin gewährten Summen nicht mehr hinausgehen. Wir deuteten schon an, daß erst sehr trübe Erfahrungen gemacht werden mußten, ehe es zu dieser Umstellung kam. Bis vor 14 Tagen war die gesamte „amtliche“ Kreditgewährung im wesentlichen auf jenem Wunder, das bekanntlich die Rentenmark darstellt, und auf dem — Neudruck „wertbeständigen“ Papiergeldes basiert. Echter, gesunder Kredit kann aber nur aus Ueberschüssen, aus Ersparnissen, erwachsen, die auf dem Wege über aller Art Guthaben und Depositen ausgeliehen, in Kreditkraft umgewandelt werden. Daneben entsteht echter Zufluß an Kredit, also an vermehrter Kapitalkraft, nur noch, wenn das Ausland Geld leiht. Das geschieht jetzt über die neue Golddiskontbank, während Ersparnisse, die als Kredit sich auszuwirken vermögen, überall wie echte Goldstücke in allen Straßen gesucht und ebenso selten gefunden werden. Darin liegt letzten Endes unsere echte Kreditnot.

Ueber Amerikas Interesse, Deutschlands Kreditgeber zu spielen, machen sich viele Leute grundfalsche Vorstellungen. Die U.S.A. haben zwar seit dem Waffenstillstand rund 4,5 Goldmilliarden Mark allein nach Europa geliehen — sie flossen bis nach Finnland und Jugoslawien —, nach Deutschland ist davon aber kein Pfennig begeben worden. Kürzlich sind die ersten Dollars als vorsichtige Rediskontkredite zugunsten Deutschlands in Bewegung gesetzt worden.

Was ist aber mit jenen rund zwei Milliarden Goldmark in Deutschland künstlich geschaffenen Krediten geschehen, die seit November 1923 in den Verkehr gepumpt worden sind?

Der Handel hat damit im In- und Ausland groß gekauft, häufig mehr, um die Lager wieder zu füllen, als um in Betrieb zu kommen. Dabei ist stets mit Vergnügen der hohe Kurs der Mark (die Gefahr der Bindung an den Dollar!) genossen worden, ohne daß beachtet

wurde, wie die Rentenmark nur dann Einfuhrmöglichkeit gibt, wenn sie zuvor in — Devisen umgewandelt worden ist. (Die Rentenmark ist ja eine innerdeutsche Vertrauenssache, aber keine Währung mit internationaler Gültigkeit.)

Die Industrie hat versucht, mit dem neuen Kredit die verschwundenen Reserven oder, richtiger, die zusammengeschrumpften Vermögen wieder aufzufrischen, statt mehr zu produzieren und die Preise herabzusetzen, zu ihrem Teil die Wirtschaft anzukurbeln.

Die Banken haben, soweit sie zu den klügeren gehörten, mit den ihnen billig zufließenden Reichsbankkrediten gute Geschäfte gemacht. Heute ist Geld im freien Verkehr rund drei- bis viermal so teuer als Reichsbankkredit.

Die Landwirtschaft behauptet, daß die ihr zugedachten rund 600 Millionen Goldmark-Kredite bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften und sonstigen „gemeinnützigen“ Unternehmungen als so lange entbehrte Substanz sofort festgefroren und so im wesentlichen gar nicht in ihre Betriebe geflossen seien.

Weiterhin ist der Kredit in starkem Ausmaße im Verbrauch von Luxusgütern draufgegangen; die Einfuhr von notwendigen Bedarfsprodukten, wie Baumwolle usw., hat sich dagegen fortgesetzt vermindert; unsere Handelsbilanz war im Februar und März d. J. mit je rund einer Viertel Milliarde passiv. Außenhandel und innere Wirtschaft Deutschlands sind heute planloser als je!

So muß zusammenfassend gesagt werden, daß die durch die Stabilisierung geschaffenen und ausgegebenen Kredite kaum zur Gesundung unserer Wirtschaft, sondern mehr der Erhaltung vieler überflüssiger Unternehmer, zur Steigerung der Kaufkraft (ohne eigene Leistung und Ueberschüsse) im Inland, zur Umkehrung unserer Handelsbilanz, kurz, zur Unterstützung und Erhaltung aller Inflationswirkungen, statt zu deren Ausschaltung gedient haben.

Das tollste Beispiel für jene widersinnige, dem Vorteil und der privategoistischen Beschränktheit des einzelnen entgegenkommende Kreditpolitik — die in ihren Grundlagen schon falsch ist und deswegen in allen Auswirkungen vergiftend wirkt — ist doch, daß sie in erster Linie die große Spekulation gegen den Franken finanziert hat! Sie schlug in eine „freiwillige“ Reparationsleistung um. Jene amerikanischen Kreise, die an der Mark viel verloren hatten, haben sich jetzt aus Deutschland eine kräftige Wiedergutmachung geholt!

Zuerst — als der Frank scheinbar plötzlich umkehrte — kamen recht schüchtern üble Gerüchte aus dem Metallhandel. Da Paris der internationale Bleimarkt ist, war dort gegen Franken viel von diesem Metall für spätere Lieferung gekauft worden, in der Hoffnung, daß beim weiteren Frankfall ein schöner Gewinn herauskommen werde. (Das wäre zudem auch noch schwarzweiß patriotisch gewesen.) Bald erfuhr der aufmerksamer Hinhörende, daß auch in Baumwolle, in Kammgarn, in Wein (Bordeaux und Burgunder), ja sogar in Zinkweiß und sonstigen Chemikalien große Engagements liefen. Ihre Glattstellung ist täglich zehnmal als vollzogene Tatsache proklamiert und ebensooft widerrufen worden. Nach vielem Hin und Her, das nicht gerade erfreulich anmutete, fand ein gewisses Clearing statt. Damit begannen die Verluste in etwas sichtbar zu werden. Wobei zu beachten ist, daß noch erhebliche Engagements laufen. Gute Sachkenner schätzen, daß durch jene verfehlt Frankenspekulation nur in Deutschland mindestens 500 Millionen Goldmark verloren worden sind. Sie müssen zu einem erheblichen Teil in irgendeiner Form von den Krediten abgerechnet werden, die unter großen Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft zugebracht worden sind, um sie zu beleben.

Der neue Reichstag hat die Aufgabe, unsern inneren Kredit raschestens in Ordnung zu bringen; es drohen ohnedies genügend äußere Gefahren für die Wirtschaft. Ob er die Kraft und den Willen dazu haben wird? Wir befürchten, daß ihm die nötige Energie abgeht; es scheint ihm nach der Art seiner Zusammensetzung der Charakter zu fehlen. Die privategoistischen Interessen wollten und wollen ja auch nichts anderes. Grundsatz der praktischen Kapitalisten ist ja, immer mit dem Gelde anderer zu arbeiten. Wenn sie das weiter bekommen, um sich zu retten, werden sie mit dem Reichstag zufrieden sein.

Aufklärung zur Frage Frankreich-Deutschland

Von Eduard Bernstein

Im hinter uns liegenden Wahlkampf für den deutschen Reichstag hat die Frage Frankreich-Deutschland keine geringe Rolle gespielt. Es ist keine Uebertreibung, zu sagen, daß sie die Debatten auch da maßgebend beeinflußt hat, wo sie nicht ausdrücklich genannt wurde. Denn von ihrer Gestaltung hängen für die nächsten Jahre Deutschlands Finanzlage und damit zugleich auch wirtschaftliche Möglichkeiten und ebenso seine Stellung in der Weltpolitik ab. Freilich ist das den Wählern nur in der Minderheit der Fälle in seiner vollen Tragweite klar zum Bewußtsein gebracht worden. Ganz besonders die Parteien, die sich mit den Beiworten national oder völkisch schmücken, haben zwar sehr viel von Frankreichs Verhalten und Absichten gegenüber Deutschland gesprochen, aber nicht, um Klarheit über das wirkliche Verhältnis der Völker zueinander in die Köpfe zu bringen, sondern um diese tendenziös für die nationalistische Politik des Essetai Hemar: „Einst wird kommen der Tag“, zu bearbeiten. Aber auch die mittelparteiliche Presse läßt es an objektiver Kennzeichnung des Problems Frankreich-Deutschland sehr fehlen.

Unter diesen Umständen ist das Erscheinen der in der vorigen Nummer der „Glocke“ angezeigten deutschen Ausgabe von Professor Henri Lichtenbergers Schrift „Deutschland und Frankreich in ihren gegenwärtigen Beziehungen“ in hohem Grade zu begrüßen*).

Professor Lichtenberger, wenn ich nicht irre, elsässischer Herkunft, ist Professor der germanischen Sprachen und Literaturen an der Universität Paris und hat neben Werken über deutsche Denker und Dichter auch Schriften über Deutschlands neuere allgemeine und wirtschaftliche Entwicklung veröffentlicht. Die gegenwärtige Schrift bildet, wie er im Vorwort schreibt, „die Prolegomena zu einer von dem Musée social angestellten Untersuchung über das heutige Deutschland“, und er fügt hinzu, daß

„diese unabhängig von jeder politischen oder sozialen Parteinahme und von jedem Propagandastreben geplante Untersuchung Fachmännern anvertraut worden ist, die sich vermöge ihrer amtlichen Funktionen in Deutschland aufhalten oder die sich durch wiederholte Reisen die unmittelbare Berührung mit der deutschen Wirklichkeit bewahren und die sich alle bemühen werden, uns mit voller Objektivität das zu sagen, was sie persönlich beobachtet und nachgeprüft haben“.

Es liegt kein Grund vor, an der Ehrlichkeit dieses Programms zu zweifeln, das vielmehr völlig den Ueberlieferungen des Jahre vor dem

* In deutsch r Bearbeitung von Dr. Rudolf Berger (Berlin). Leipzig, Ernst Oldenburg. 203 S. 8.

Weltkrieg von Philanthropen ins Leben gerufenen Musée social entspricht. Man darf dem als unmittelbar bevorstehend angekündigten Erscheinen der ersten Bände des Untersuchungswerks mit Interesse entgegensehen.

Von dem vorliegenden Einleitungsband erklärt Lichtenberger, er habe sich unter diesen Bedingungen, d. h. angesichts der Tatsache, daß die Untersuchungsbände erst herauskommen sollen, weniger darum bemüht, Lösungen zu bringen — diese „müssen sich aus der Untersuchung entwickeln und nicht ihr vorangehen —, als Probleme aufzustellen und deren wesentliche Gesichtspunkte stark hervortreten zu lassen. Er habe versucht, die Psychologie der französisch-deutschen Beziehungen zu zeichnen und „die Entwicklung eines Gegensatzes zu beschreiben, der eine dauernde Gefahr für den Frieden der Welt ist und mit einem immer schwereren Druck auf dem ganzen europäischen Leben lastet“. Er habe sich bemüht, die französische Anschauungsweise Ausländern verständlich zu machen, aber auch für das französische Publikum die deutsche so treu wie möglich wiederzugeben“. Das ist sicher ein sehr verdienstvolles Unternehmen, und man kann Professor Lichtenberger das Zeugnis ausstellen, daß er dabei mit großer Gewissenhaftigkeit vorgeht. Aber die Methode, die er dabei beobachtet, fordert doch an verschiedenen Stellen zu Einwänden heraus. Er beschreibt sie wie folgt:

„Wer dies Buch liest, möge nicht vergessen, daß ich meistens in einer ganz unpersönlichen Weise, im allgemeinen in den nämlichen Ausdrücken, in die sie in der Presse oder in Büchern gekleidet werden, Thesen wiedergebe, die gar nicht die meinen sind, und auf deren möglichst ausdrucksvolle Reproduktion ich mich in einer Weise beschränke, daß ich sie häufig nicht einmal kritisiere.“

Wenn das immer so geschieht, daß der Leser ohne weiteres merkt, es werden Ansichten Dritter vorgeführt, läßt sich dagegen gewiß nichts sagen. Das ist aber nicht durchgängig der Fall. Wiederholt erhält man bei Vorführung der französischen These den Eindruck, man bekomme es mit Lichtenbergers eigener Ansicht zu tun, und wird dann, wenn jene gar zu einseitig lautet, ziemlich verstimmt.

Damit soll natürlich den Gegenüberstellungen selbst ihr Wert nicht bestritten werden. Ganz im Gegenteil. Sie veranschaulichen oft aufs greifbarste, daß man es bei nationalen Streitigkeiten, solange man sie in bestimmter Formulierung festhält, wie mit Kantischen Antinomien zu tun hat, für die es überhaupt keine Lösung gibt.

Als eine solche politische Antinomie erscheint bei Lichtenberger die Frage Elsaß-Lothringen. Er geht bei Schilderung der Zuspitzung des deutsch-französischen Gegensatzes vor Ausbruch des Krieges auch auf sie ein, und was er hinsichtlich ihrer ausführt, ist recht bemerkenswert. Es zeigt, wie recht Karl Marx hatte, als er am 17. August 1870 an Friedrich Engels schrieb, die gewaltsame Annexion Elsaß-Lothringens an Deutschland würde ein Unglück für Deutschland und für Europa sein. Danach hatte das Volksempfinden in Frankreich sich auch 1914 noch nicht in jene Abtrennung von Frankreich gefunden. Gab es indes für die Wunde wirklich keine andere Heilung als die gewaltsame Zurücknahme, die ja nun auf der andern Seite ähnliche Empfindungen ausgelöst hat? Ein Wort, das Jean Jaurès bei unserm letzten Zusammentreffen an den Schreiber dieses gerichtet hat, spricht dagegen. Es war auf der Baseler Tagung der deutsch-französischen interparlamentarischen Konferenz, die in den Pfingsttagen 1914 stattfand. Am ersten Tage dieser Zusammenkunft kam kurz vor Beginn der Sitzung Jaurès aus dem Beratungszimmer der französischen Delegation heraus, suchte mich auf und sagte zu mir: „Ich habe in unserer Delegation Ihre Reichstagsrede vom 15. Mai verlesen. Können Sie mir zusichern, daß das, was Sie dort über die Frage Elsaß-Lothringen gesagt haben, der Standpunkt Ihrer ganzen Delegation

ist? Dann sind wir über den Berg hinweg!“ Er hatte damit eine Bemerkung in einer Rede von mir zum Haushalt des Auswärtigen Amtes im Auge, worin ich die Verleihung einer Verfassung an Elsaß-Lothringen als einen Schritt auf der richtigen Linie anerkannt und hinzugefügt hatte, die Vollendung des Schrittes würde in der Gewährung der vollen Selbstverwaltung an Elsaß-Lothringen bestehen, die wir Sozialdemokraten deshalb forderten und die nach den von den Vertretern der Elsaß-Lothringer abgegebenen Erklärungen Deutschland auch gewähren könne. Nun, Jaurès, dieser von allem Chauvinismus freie Franzose, hatte damals so wenig wie die Masse seiner Landsleute den Verlust Elsaß-Lothringens verschmerzt, und zwar, weil 1871 die Annexion erfolgt war, nicht nur ohne die Volksbefragung, sondern im direkten Widerspruch gegen eine unzweideutige Willenskundgebung der Bevölkerung Elsaß-Lothringens, die sechs Wochen vorher, bei den Wahlen zur Nationalversammlung in Bordeaux, zu einer Zeit, wo die Absicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen schon bekannt war, ausschließlich Gegner der Angliederung an Deutschland — 26 an der Zahl — zu ihren Vertretern gewählt hatte und im Namen derer die 26 denn auch in Bordeaux feierlich Protest gegen die Annexion erhoben haben. Und trotz alledem war Jaurès zu der Ueberzeugung gelangt, daß schon die Verleihung der Selbstregierung im Rahmen Deutschlands an Elsaß-Lothringen hinreichen würde, die Mehrzahl der Franzosen dazu zu bringen, sich mit dem 1871 Geschehenen abzufinden. Denn das bedeutete das „Dann sind wir über den Berg!“

Ich konnte ihm damals nur antworten: „Für meine Parteigenossen, ja. Was aber die Vertreter bürgerlicher Parteien betrifft — es waren außer Sozialdemokraten noch einige Deutsche Freisinnige, zwei Zentrumsleute und zwei Nationalliberale anwesend —, so müßte ich doch erst bei ihnen anfragen, ich bin da nicht aller ihrer sicher!“

Tatsächlich war mir bei einigen die Sache recht zweifelhaft. Zu stark war ja bei der großen Mehrheit meiner guten Landsleute die militärische Denkweise eingewurzelt, die sich mit der auf Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker beruhenden Politik nur schlecht verträgt. Allerdings hat das Versailler Diktat ihnen eine Entschuldigung geliefert, indem es bei der Entscheidung über die Landeszugehörigkeit Elsaß-Lothringens über dieses wie über eine Sache verfügt hat, statt es als eine Bevölkerung zu behandeln. Daß die Verfasser des Diktats die große Mehrheit der Elsaß-Lothringer mit der Zurückgabe an Frankreich einverstanden wußten, ist keine genügende Rechtfertigung der gewählten Form der Prozedur. Es kam nicht nur eine Frage des politischen Rechts, sondern auch eine wichtige Frage der Völkerbeziehung, die Versöhnung der Deutschen mit dem Geschehenen, in Betracht. Die war in ausreichendem Maße nur durch die Vornahme einer Abstimmung vor der Uebergabe an Frankreich zu erwirken. Es galt, auch jedes Mißverständnis über die Legitimität der Zurücknahme auszuschließen, auch die nicht unterrichteten Deutschen — und sie sind die übergroße Mehrheit der Nation — davon zu überzeugen, daß die Elsaß-Lothringer keine deutschen Reichsangehörigen mehr sein wollten.

Daß das nicht geschah, ist eine der Ursachen des Anschwellens der nationalistischen Strömung in Deutschland, und die Ursache, daß es nicht geschah, ist in dem Umstand zu suchen, daß in fast allen Ländern noch in mehr oder weniger starkem Grade militaristische Erinnerungen das politische Denken beeinflussen.

Das Hineinwuchern der Urteile früherer Geschichtsepochen in eine neuere Zivilisation und mangelnde Kenntnis der Geschichte und Lebensverhältnisse des anderen Landes sind Quellen der großen Mißverständnisse, die es zu einem wirklichen Verstehen der Völker untereinander, dieser Vorbedingung der Erzielung guter Beziehungen von Volk zu

Volk, nicht kommen lassen. Hier leistet nun das Buch Lichtenbergers überaus wertvolle Aufklärungsarbeit. Wie viele Deutsche gibt es, die ein klares Bild davon haben, wie sich die Frage Elsaß-Lothringen von 1871 ab bis weit in das zwanzigste Jahrhundert hinein in den Augen von Franzosen gestellt hat und stellen mußte, die nur nicht weniger für ihr Land und sein Recht empfanden, als sie selbst für das ihrige, ohne deshalb schon Chauvinisten zu sein? Am meisten war der Franzose schon ein solcher, der von der Rückgewinnung der beiden Provinzen an sein Land träumte, aber daß sie oder ihre Väter nichts anderes taten als jener, wenn sie vor 1864 „Schleswig-Holstein, meerumschlungen“ sangen, wäre ihnen nie in den Kopf gegangen. So wird es denn manchen Deutschen sehr gut tun, die Stellen in Lichtenbergers Buch zu lesen, die von dieser Frage handeln. Allerdings müssen sie dabei auch einige Fehler des Buches übersehen. Dahin ist die den Franzosen naheliegende Neigung zu rechnen, von der verallgemeinernden Ausdrucksweise Gebrauch zu machen und „die Deutschen“ zu sagen, wo eine Politik gekennzeichnet wird, für die eine Regierung oder eine herrschende Klasse verantwortlich war. Manchmal übernimmt er auch gar zu leicht in gewissen Kreisen umlaufende Schlagworte, ohne sie auf ihre innere Berechtigung zu prüfen. So spricht er auf Seite 40 von einem „durch die Brutalitäten eines Noske entfesselten Zorn“. Ich weiß nicht, wie er über Louis Cavaignac denkt. Aber Noske war in keiner anderen Lage als der Besieger des Juni-Aufstandes und hat nicht den zehnten Teil so viel der Geschlagenen zu verzeichnen gehabt wie jener.

Indes, diese und andere Fehlgriffe sind Kleinigkeiten im Verhältnis zum Aufklärungswert des Buches als Ganzes. Es löst die Aufgabe, Deutschen und Franzosen die Entwicklung der Spannung zu schildern, welche die beiden Nationen in immer stärkeren Gegensatz zueinander brachte, immer stärkeres Mißtrauen zwischen ihnen aufsprießen ließ, und zu zeigen, wieviel gegenseitiges Verkennen der Beweggründe und Absichten dazu beitrug, in den Punkten, auf die es ankommt, ganz vortrefflich. Mit großer Klarheit kennzeichnet er die Probleme, die es zu lösen gilt, wenn die beiden Nationen, die an der Spitze der Zivilisation des Festlandes von Europa stehen, in ein erträgliches Verhältnis zueinander gebracht werden sollen, und wenn er nicht auch zugleich die Lösungen selbst anzeigt, so läßt er doch schon deren Möglichkeit erkennbar durchblicken.

Der weißblaue Feldzug gegen die deutsche Republik

Von Paul Kampffmeyer

Am 28. April 1924 sind vom Münchener Volksgericht die Ludendorff-Hitler-Banditen, die in gewalttätigster Form den Münchener Bürgermeister Schmid und mehrere sozialdemokratische Stadträte als „Geiseln“ festnahmen und die „Münchener Post“ vandalisch verwüsteten, zu lächerlich geringen Festungsstrafen verurteilt worden. Das Gericht billigte den Angeklagten überdies ein Jahr und drei Monate Bewährungsfrist zu, so daß sie zumeist sofort auf freien Fuß gesetzt wurden. Der Hauptangeklagte Gehring entzog sich seiner Verurteilung durch die Flucht. Er hatte bereits am 23. Oktober 1923 nach einer Besprechung mit den militärischen Führern der nationalsozialistischen Bewegung für den Fall der Reichsdiktatur Ludendorff-Hitler an die „Stoßtrupps“ folgende Weisung ausgegeben:

„Die Führer haben in ihren Bezirken Aufrufe zur Uebernahme der Gewalt sofort vorzubereiten. Es muß mit dem schärfsten Terror vorgegangen werden. Wer die geringsten Schwierigkeiten macht, ist zu erschießen. Es ist notwendig, daß die Führer sich jetzt schon die Persönlichkeiten herausuchen, deren Beseitigung notwendig ist. Mindestens einer muß zur Abschreckung nach Erlaß des Aufrufs sofort erschossen werden.“

Durch diese „Weisung“ wird tageshell die politische Bedeutung der Verhaftung der sozialdemokratischen „Geiseln“ und des förmlichen Haftbefehls gegen den „Novemberverbrecher“ Ehrhard Auer beleuchtet. In dem sozialdemokratischen Führer Auer, in dem Bürgermeister Schmid und in den sozialdemokratischen Stadträten Münchens sollte die deutsche Republik getroffen werden. Es war in München ein offenes Geheimnis, daß auf der Proskriptionsliste der Hitlerianer an erster Stelle der Name Ehrhard Auer stand. Öffentlich konnte ein Hitler seine Mannen auffordern, in ihren Notizbüchern die Namen aller der „Novemberverbrecher“ aufzuzeichnen, mit denen abgerechnet werden müßte. Herrn Hitler wurde aber kein Härchen gekrümmt, obwohl er bei einer öffentlichen Parade seiner nationalsozialistischen Stoßtrupps diese Aufforderung erließ. Der nationalsozialistische Häuptling ist eben von leitenden Männern der bayerischen Regierung offen begünstigt worden, weil sich die Spitze aller seiner hochverräterischen Unternehmungen gegen die deutsche Republik richtete. Gegen die Anhänger dieser Republik schwangen die Kahr, Pöhner, Roth, Frick die Ordnungsplempel, die wohl etwas abkühlenden, angenehmen Winde den überhitzten nationalsozialistischen Faschisten zuwehte, mit erbarmungsloser, grausamer Härte aber auf alle sozialistischen, kommunistischen und republikanischen Elemente niederfuhr, die sich dem reaktionär-monarchistischen Geiste der weißblauen „Ordnungszelle“ widersetzen.

Die Herren Kahr, Pöhner und Roth haben sich in den Märztagen 1920 zu Helfershelfern der Kapp-Putschisten gemacht, die offen die militärische und polizeiliche umstürzlerische Verschwörung gegen die Regierung Hoffmann am 14. März begünstigt und unterstützt und schließlich dem Ministerium dieses Sozialisten, der zu den eifrigsten Verteidigern der Weimarer Verfassung zählt, selbst den persönlichen Schutz entzogen haben. Am 14. März 1920 erschien während des Ministerrats im offiziellen Auftrage des politischen Abteilungschefs der Münchener Polizeidirektion ein Beamter vor dem versammelten Ministerrat, um offiziell mitzuteilen, daß die Polizeidirektion es ablehne, angesichts der Stimmung der Truppen dem Ministerium Schutz zu garantieren.

Herr Pöhner hat sich im Prozeß Hitler-Ludendorff offen seiner fünfjährigen hochverräterischen Tätigkeit gerühmt, die eben mit den Vorbereitungen des Kapp-Putsches begann, und Herr Frick gestand freimütig ein, in welchem Umfange die Münchener Polizei die nationalsozialistische Propaganda begünstigte. Er hat damit übrigens nur das gesagt, was alle Welt bereits wußte. In den Tagen des Kapp-Putsches wurde mit Erlaubnis des Herrn Pöhner ein hochverräterisches deutschvölkisches Flugblatt verbreitet, das den Staatsumsturz der Kapp-Lüttwitzschen Rebellenbande in der frechsten, unverfrorensten Weise und den pöbelhaftesten Ausfällen gegen die „Judenregierung“ förmlich verherrlichte. Herr Pöhner ließ bei der Plakatzensur direkt aufreizende öffentliche Anschläge der Nationalsozialisten zu und erregte dadurch lauten Widerspruch bei fast allen Parteien des bayerischen Landtags. Der Inhalt bestimmter Polizeiakten ging in die Spalten des „Deutschvölkischen Beobachters“ über. (Bekundungen im Prozeß Baßler.) Kurz, die Begönnerung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei durch die

Münchener Polizeidirektion war für alle, die sehen wollten, mit Händen greifbar. Und Herr Pöhner konnte die skrupellos zu gemeinen Verbrechen aufreizende Sprache der Plakate und Zeitungen der Deutschvölkischen direkt begünstigen, weil hinter ihm schützend und schirmend der Ministerpräsident des bayerischen Staates, Herr v. Kahr, stand, der bei der hochverräterischen Meuterei der Münchener Polizeidirektion und bei allen Umsturzaktionen gegen den Minister Hoffmann gemeinsame Sache mit Pöhner gemacht hatte.

Im Hitler-Ludendorff-Prozeß prahlte der Rechtsanwalt Hemmetter mit seinen hochverräterischen Anschlägen gegen die sozialistische Regierung. Er hatte ja auch am 14. März 1920 die Zeitfreiwilligen Münchens zum raschen und entschlossenen Handeln gegen das Ministerium Hoffmann aufgefordert. Ueber alle diese Tatsachen, die schon in den Tagen des Kapp-Putsches bekannt wurden und die heute offen eingestanden werden, hat die bayerische Justiz planmäßig hinweggesehen und damit systematisch die Hochverräter begünstigt, die nun den bewaffneten Umsturz der deutschen Reichsverfassung fast gewerbsmäßig betreiben konnten. Am 22. Oktober 1922 erhob in der „Münchener Post“ der Abg. Alwin Sängler diese Anklage gegen die bayerische Justiz, die am Gängelband des deutschnationalen und späteren deutschvölkischen Ministers Roth hing:

„Die bayerische Justiz ist gegen Artikel der nationalistischen Presse, die im März 1920 zum Anschluß an die Kapp-Regierung aufforderte, nicht eingeschritten. Die bayerische Justiz ist gegen diejenigen, die mit offener Aufforderung zum Ungehorsam gegen Reichsgesetze und Verordnungen den Tatbestand des § 110 R.St.G.B. eindeutig erfüllten, nicht eingeschritten. Die bayerische Justiz hat sich für die allgemeine Begnadigung der Kapp-Hochverräter eingesetzt; eine entsprechende Amnestie für die Räterepublikaner hat sie entschieden abgelehnt. Die bayerische Justiz ist nicht gegen diejenigen eingeschritten, die in den Märztagen 1920 in den Münchener Kasernen zum Sturz des Kabinetts Hoffmann aufforderten; sie hat es bewußt unterlassen, die Personen zu vernehmen, die den Sachverhalt aufklären konnten.“

Das waren die schwerwiegendsten Angriffe gegen Ehre und Gewissen der bayerischen Justiz, Anklagen, die eine sich schuldlos führende Gerechtigkeitspflege sofort mit einem Prozeß gegen den Abg. Sängler beantworten mußte; aber die Justiz des Herrn Roth ließ diese furchtbare Beschuldigung einfach unwidersprochen ins Land hinausgehen.

Und weshalb? Weil der Abg. Sängler als Mitglied der Regierung Hoffmann zum Teil Augen- und Ohrenzeuge aller der hochverräterischen Ereignisse gewesen war, deren offene Duldung und Begünstigung er der bayerischen Justiz vorwarf.

Diese Justiz hätte es in der Hand gehabt, alle die Verschwörerzirkel, die ihr durch die Bekanntschaft mit den Briefen und Aufzeichnungen des Kapp-Putschisten Berthold bekanntgeworden waren, aufzulösen und deren tätige Mitglieder, die u. a. in Briefen zu einer Massenabschlachtung der Juden aufforderten, einer empfindlichen Bestrafung zuzuführen. Sie tat nichts, rein gar nichts gegen die Verschwörer, die ihre verbrecherische Tätigkeit fortsetzten und direkt Geheimorganisationen mit Femgerichten gründeten, um die Vollziehung wichtiger Reichsgesetze und Reichsverordnungen zu verhindern. Am 11. Februar 1921 veröffentlichte die „Münchener Post“ bereits die Statuten der Geheimorganisation „Reichsfahne Oberland“. Diese Organisation verstieß gegen die §§ 126, 128 und 129 des R.St.G.B. Sie drohte in ihren Statuten ein gemeingefährliches Verbrechen („Verräter und Wortbrüchige verfallen der Feme) an, sie suchte die Vollziehung

von Gesetzen zu verhindern und verpflichtete zu unbedingtem Gehorsam gegen unbekannte Obere. Bayern wurde nun systematisch mit Geheimorganisationen durchsetzt, von denen aber die Polizei und Justiz Bayerns nichts sah und hörte, bis endlich nach der Ermordung Erzbergers die Organisation C. in München entdeckt wurde — und zwar nicht von bayerischen, sondern von badischen Justizbeamten! Der Prozeß Killinger im Juni 1922 brachte das Statut der Geheimorganisationen in die breite Öffentlichkeit. Es wurde weiter bekannt, daß die Mörder Schulz und Tillessen von der Organisation C. ein Monatsgehalt von 1200 und 2000 Mark bezogen hatten.

Weshalb sind die Geheimorganisationen nicht in München von der Münchener Polizei ermittelt und sofort unschädlich gemacht worden? Nur weil der Ministerpräsident Kahr und der Polizeipräsident Pöhner direkt in enger Verbindung mit den Geheimorganisationen standen. Diese Tatsache trug der Abg. Hans Dill im bayerischen Landtag am 6. Juli 1922 vor: „Ich will nur so viel sagen,“ so führte Dill aus, „als ich vor Gericht unter Eid aussagen könnte, und das ist, daß Herr v. Kahr von dem Bestehen der Geheimorganisationen wußte und daß eine Mittelsperson zwischen den Geheimorganisationen und ihm, nämlich Herr Pöhner, da war. Als Zeuge für diese Aussage kann ich ein sehr prominentes Mitglied aus diesem Hause nennen.“

Nach dem offenen Geständnis Pöhners über seine fünfjährige hochverräterische Tätigkeit braucht man auch dieses sehr prominente Mitglied gar nicht mehr zu vernehmen. Ueberdies liegen ja massenhaft Beweise für die unablässige Duldung und Förderung der Geheimverbände durch die Polizei Pöhners vor. Hier sei nur eine einzige, allerdings diese Polizei sehr schwer belastende Tatsache vorgetragen. Am 11. Juli 1922 veröffentlichte die „Münchener Post“ u. a. diese Zeilen:

„Im Frühjahr 1921 fand eine Ausschußsitzung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei statt, in der Pläne zur Ermordung Erzbergers beraten wurden. Die Tat sollte ausgeführt werden anlässlich eines Vortrages, den Erzberger während seiner damaligen Vortragsreise in München halten sollte. Ueber die Rollenverteilung wurde man sich jedoch nicht einig. Die größten Hetzer, darunter auch der 2. Vorsitzende der Partei, Oskar Körner (derselbe, der den Ueberfall auf den Abgeordneten Saenger ausübte), versuchten andere vorzuschicken. Die beiden Angestellten Frank, Lindwurmstr. 51, München, und Schübler, Zieblandstr. 41, München, erklärten das als eine ‚feige, niederträchtige Handlung‘ und lehnten ab, bei der Sache mitzutun. An dieser Sitzung nahmen teil der damalige 1. Vorsitzende Anton Drexler, der 2. Vorsitzende Körner, die Ausschußmitglieder Emmer, Angermeier, Michl, Riedl sowie Schübler. Ebenfalls wurde ein Plan beraten zur Ermordung des Reichsministers Rathenau. Dazu sollten einige Leute nach Berlin fahren. Der Treiber bei diesen Verhetzungen war Adolf Hitler. Er wandte die Vorsicht an, seinen Freund Körner vorzuschicken und als Sprachrohr zu benutzen. Der Polizei wurde hiervon Mitteilung gemacht; was ist geschehen?“

Die Münchener Polizei hat niemals auch nur eine Zeile bekanntgegeben, daß sie eine Untersuchung gegen die hier angeführten Nationalsozialisten eröffnet oder ein Verfahren gegen die „Münchener Post“ eingeleitet hätte!

Hitler fand bei der Polizei immer die eifrigsten Fürsprecher, wenn ihm die bayerische Regierung einmal zu Leibe gehen wollte..

Unter den Augen des bayerischen Ministeriums konnten sich die Hitlerianer bewaffnen, mit ihren Stoßtrupps manövrieren und sich als

öffentlich-rechtliche Organe ausspielen. Im Sommer 1921 hielten die nationalsozialistischen Sturmtrupps massenhaft Generalappelle und Kontrollversammlungen ab. In dieser Zeit schien München schon putschreif zu sein. Deshalb sandte der Präsident des bayerischen Landtags, der bayerische Volksparteiler Königsbauer, dieses Telegramm an den Ministerpräsidenten v. Kahr, der ruhig in Berchtesgaden die kommenden Ereignisse erwartete und sich offenbar vor vollendete Tatsachen stellen lassen wollte:

21. September,

Herrn v. Kahr, Berchtesgaden.

Ich habe amtliche Mitteilung, daß morgen oder in den nächsten Tagen Rechtsputsch gegen Landtag beabsichtigt. Ersuche, sofort diesen Bestrebungen öffentlich entgegenzutreten und unverzüglich als verantwortlicher Minister des Innern nach München zu kommen.

Landtagspräsident Königsbauer.

Herr v. Kahr mußte daraufhin notgedrungen eine öffentliche Warnung an alle Teile des Volkes vor unüberlegten Schritten und „etwaigen Versuchen gewaltsamen Eingreifens in den verfassungsmäßigen Gang der öffentlichen Ereignisse“ erlassen. Immerhin war die Stellung Kahrs nun nach und nach unhaltbar geworden, und er und seine Gehilfen Pöhner und Roth mußten sich von ihren leitenden Posten zurückziehen. Der Graf Lerchenfeld wurde Ministerpräsident; das System Kahr-Pöhner blieb aber im wesentlichen bestehen.

Als einmal bekannt wurde, daß die Regierung vielleicht die Ausweisung des wegen Landfriedensbruch bestraften Hitler in Erwägung ziehen wolle, warf der Nationalsozialist Esser in einer öffentlichen Versammlung dem Ministerium diese Drohung an den Kopf: Es wird im Ministerium erwogen; gut! Wir werden auch erwägen, und dann auch handeln. (Rufe: Rache!) Graf Lerchenfeld wurde von dem gleichen Redner als „ein Eckstein für internationale Börsenjuden-Hunde“ bezeichnet. Nach dieser pöbelhaften Beschimpfung riefen die fanatisierten Zuhörer: „Der Lerchenfeld mit seinem Judenmensch!“ Als kurz nach diesem Vorfall ein Hitlerianer bei einer militärischen Parade dem Minister Schweyer die Beschimpfung ins Gesicht rief: „Dieser Schweinehund“, wurde er im Mandatswege zu sechs Wochen Haft verurteilt. Er legte gegen das Mandat Einspruch ein und erklärte in der schöffengerichtlichen Verhandlung: Er sei ausgesprochener Monarchist und Hitlerianer. Er habe den Ausdruck nur in der Erregung darüber gebraucht, daß Schweyer im Landtag die Ausweisung Hitlers in Erwägung gezogen habe. Und nun sühnte das Gericht die unflätige Ministerbeleidigung mit 500 Mark Geldstrafe, eine bei der damaligen Markentwertung lächerlich geringe Strafe!

(Schluß folgt.)

Ante Starčević

Von Hermann Wendel

Ein sehr großer Teil dessen, was heute kroatische Frage heißt, wird dem nur vollkommen verständlich und durchsichtig, der sich in Wesen und Wirken Ante Starčevićs versenkt.

Seine Wiege stand vor einem runden Jahrhundert in einem bäuerlichen Hause zu Zitnik bei Gospić, in der Lika genannten südwestlichen Gebirgsgegend Kroatiens, die durch das Massiv des Velebit von der nahen Adria abgeriegelt ist. Sein Onkel Sima Starčević, ein literarisch beflissener geistlicher Herr, der in der Zeit der *Provinces Illyriennes* eine

Grammatik der heimischen Sprache und ein französisch-illyrisches Wörterbuch herausgegeben hatte, warf auf den geweckten Knaben ein Auge und sorgte, daß er von der dörflichen Ziegenweide 1839 aufs Agramer Gymnasium und sechs Jahre später aufs Pester Priesterseminar kam. Aber als das Jahr 1848 losbrach, schien dem jungen Dr. phil. das Messelesen kein erstrebenswerter Beruf mehr. Er schlüpfte aus dem geistlichen Gewand, doch sein Vorhaben, an der Rechtsakademie zu Agram Philosophie und Geschichte zu lehren, vereitelte der ob seines Austritts erboste Bischof. So hockte er sich in die Advokaturkanzlei eines seiner Freunde und wetzte nebenbei mit mancherlei schriftstellerischen Versuchen seine Feder, bis ihn 1861 seine Wahl zum *Ordinarius notarius*, zum Hauptbeamten des Komitats Fiume, und zum Sabor-Abgeordneten auf die Bühne öffentlicher Wirksamkeit rief.

Schon aus seinen ersten politischen Äußerungen klang das: Hier bin ich! einer neuen Schicht im öffentlichen Leben Kroatiens. Bis 1848 hatte sich in dem starren Feudalstaat der Begriff der *natio croatica* mit Adel und Geistlichkeit erschöpft, die allein als bevorrechtete Stände auf dem Rücken von Bauernschaft und Bürgertum die Staatsangelegenheiten besorgten, die Revolution war wie ein kurzer Traum vorübergeflogen, und danach hatten die Giftgase der absolutistischen Aera Bach jedes politische Atmen unmöglich gemacht. Jetzt aber, da die Nachwirkung der habsburgischen Niederlagen von 1859 in dem vergreisenden Kaiserstaat neue Kräfte entband, wandte sich ein junges Geschlecht der Politik zu, Städter, die gestern noch Dörfler gewesen waren, der ganze Intelligenz-Nachwuchs, der in diesem Lande ohne eingewurzelt saftvolles Bürgertum unmittelbar aus den Bauernhütten in die Aemter und Hörsäle strebte. Diesen sich verstädternden Bauernsöhnen, deren seelische Entwicklung später sein Anhänger Ante Kovačić in seinen Romanen zu erfassen suchte, schickte Starčević seinen aufstürmenden Weckruf zu. Er sprach zu ihrem Verstand und mehr noch zu ihrem Gefühl so, wie zu Menschen zu sprechen war, die von den strategischen Feinheiten politischen Schachspiels nichts ahnten: derb, deutlich, eindeutig; er hackte seine Formeln mit der Holzaxt zurecht, und ob er auch anfangs einsam unter befremdeten Zeitgenossen stand, erwarb ihm doch rasch die Leidenschaft seiner Sprache, der Ernst seiner Ueberzeugung und die Kraft seiner Persönlichkeit Anhänger um Anhänger.

Wie es seiner eigenen Abkunft und der sozialen Wesenheit der ihm zuströmenden Schicht entsprach, ragte er mit der Stirn in die liberale Gedankenwelt des Bürgertums und stemmte die Füße fest auf den Boden der patriarchalischen Anschauungen der Bauernschaft. Der den Satz prägte: „Das Gesetz ist der ausgedrückte Volkswille, der Landtag ist ein Ausschuß des Volkes, die Regierung ein Ausschuß des Landtags und der Herrscher der erste Staatsbürger“, erwies der Demokratie nicht nur seine Reverenz, wenn er sich für die allgemeine und die Verhältniswahl einsetzte; er entdeckte auch keinen Schaden darin, so morgen alle „Herren“ verschwänden: aus den Grundsätzen von 1789 leitete er so sehr alles Glück der Menschheit ab, daß einer seiner literarischen Jünger, August Harambašić, ihm einen Band politischer Verse mit dem Motto: *Liberté! Egalité! Fraternité!* widmete, und auch ein unwirscher Antiklerikalismus war sein Teil, der Trennung von Staat und Kirche heischte und die Wahl der Geistlichen durch das Volk forderte. Aber zu gleicher Zeit lebte und webte Starčević so im bäuerlichen Patriarchalismus, daß ihm, der selbst in einer *Zadruga* geboren und aufgewachsen war, die von Alters überlieferte dörfliche Hausgenossenschaft, eine der sozialen Formen der Urzeit, als Quell jeglichen Wohlstands und Herd aller Tüchtigkeit der Erhaltung und Bewahrung wert erschien. Wenn er sah, daß sich in Kroatien der Adel um nichts scherte, das Bürgertum

arm, die Intelligenz kümmerlich und jenes wie diese verderbt war, dünkte ihm einzig der Landmann zu allem Guten und Erhabenen fähig. Ein Land, in dem der Bauer so Rückgrat von Volk und Staat war wie in Kroatien, durch Anlage von Eisenbahnen fremden Einflüssen aufzuschließen, empfand er schon als bedenkliches und verwerfliches Unterfangen, ja, als er am 28. Februar 1895 zweiundsiebzigjährig starb, mußte er in Sestine beigesetzt werden, denn in seinem letzten Willen hatte er sich verboten, in Agram als einer „Großstadt“ und Stätte der Entsittlichung sein Grab zu finden.

Aber im Grunde war für ihn das allgemein Politische und Soziale keine Frage erster Ordnung; im einzelnen ein politisches Programm auszuarbeiten, lehnte er stets ab, da es unter den herrschenden Verhältnissen zwecklos sei, und die Kroaten, einmal zu ihrem Recht gelangt, alles nach ihrem und ihres Königs Gutdünken trefflich einrichten würden. Vielmehr war er ganz auf das Nationale, das Kroatische eingestellt. Hatte genau ein Menschenalter vor Beginn seiner politischen Tätigkeit die „Göttin des kroatischen Landes“ in Strophen von Pavao Stooß geklagt:

Andres Volk erfreut sich seiner,
aber mein Sohn schämt sich meiner.
Da schon seine Sprache der Kroat vergißt,
möcht' er, daß er andern Volkes ist.
Viel' verschmäh'n ihr Volkstum; Scham sie brennt,
wenn der Fremde sie Kroaten nennt,

so waren für Starčević keine Buchstaben groß genug, um das stolze Wort Kroat hinzuschreiben. Kroatien hieß er ein klassisches Land, Zwillingsschwester Italiens; unaufhörlich hämmerte er den Seinen in die Köpfe, daß in der Vergangenheit kein Volk in Europa die Kroaten an Größe übertreffe. Er redete sich in Hitze dafür, daß noch niemand die Kroaten mit den Waffen überwunden habe, er legte die Hand dafür ins Feuer, daß nur die Kroaten Oesterreich groß gemacht hatten, er hielt es für selbstverständlich, daß die Kroaten viermal mehr Verstand hatten als viele andere Völker, und als ganz lächerlich wies er den Gedanken ab, daß Kroatien, nachdem es fünf Jahrhunderte dem Morgenland und dem Abendland getrotzt hatte, nicht für sich allein bestehen könne — Kroatien über alles, über alles in der Welt!

Mußte dieses stete schmetternde Bekenntnis zur Fürtrefflichkeit des Kroatentums in einem sehr notwendigen Maße das kroatische Volksbewußtsein beleben, so standen doch nicht genügend starke soziale Kräfte hinter Starčević, als daß er mit dem bloßen Dasein der kroatischen Volksmasse ihre politische Existenzberechtigung begründet hätte. Wohl übersah er das natürliche Recht nicht, aber der höhere, der höchste Titel war ihm das historische Recht. Nicht nur, weil er mit dem österreichischen Legitimitätssystem rechnen mußte, das nur Verträge, keinen Volkswillen kannte, sondern auch, weil er an der Ueberlieferung der Altvordern haftete, die sich gegen die magyarischen Ansprüche auf vergilbte Pergamente und Eselshäute berufen hatten, pflanzte er wie ein mittelalterlicher Jurist die Standarte des kroatischen Staatsrechts auf. In die Folianten der Historie wühlte er sich ein, daß der Staub der Jahrhunderte aufwirbelte, und von 1526 und 1712, von „historischem Standpunkt“, „historischem Rechtsbewußtsein“ wie „altehrwürdiger Verfassung“ floß mitten im hellen Sonnenschein des neunzehnten Säculums seine Rede. Da das Wort Kompromiß in seinem Wörterbuch fehlte, vermochte er, den Blick starr auf die dreihundertvierzigjährige Geschichte der Kroaten unter dem Hause Habsburg gerichtet, die Gesetzlichkeit aller Landtage von 1865 ab und die des kroatisch-magyarischen Ausgleichs von 1868 zu leugnen. Der kroatische Sabor mit dem gesetzlichen König, das war: einem König, der sich auf „historischer Grund-

lage“ feierlich in Agram hatte krönen lassen, war für ihn die einzig legitime Obrigkeit des Königreichs, und da es weder einen solchen Landtag noch einen solchen König gab, verneinte er Banus, Sabor und ihre Tätigkeit in Bausch und Bogen — für ihn bestanden sie nur *de facto*, nicht *de jure*, und was war das *de facto* für ein Spinnweben neben dem Trutzbau des *de jure*! In einem Staate, in dem der nackte Absolutismus kaum ein Feigenblatt vornahm, bildete eine so beharrliche und inbrünstige Betonung des Recht- und Verfassungsmäßigen einen un-leugbaren moralischen Kraftquell, aber eine Anschauung, die, zu ohnmächtig, aus Wirklichkeiten Stärke zu schöpfen, Mittelalterlichkeiten in den Nachmärz verpflanzte und von Lassalles Erkenntnis: Verfassungsfragen gleich Machtfragen! weit abirrte, züchtete doch auch einen überholten Formalismus und Romantismus in der Politik groß.

Da Starcević Ziel und Weg also umschrieb: „Ich will nicht für die Magyaren noch gegen die Magyaren, nicht für Oesterreich noch gegen Oesterreich, sondern für Kroatien arbeiten“, vermied er in der Tat, je für eine der beiden im Habsburgerreich herrschenden Mächte auch nur einen Finger zu rühren. Dennoch stand er anders zu den Magyaren, anders zu Oesterreich. Die einst bestehenden Bindungen Kroatiens an Ungarn hielt er durch das Jahr 1848 für gelöst, doch war er bereit, mit Budapest Staat zu Staat, Volk zu Volk zu verhandeln und auf internationaler Grundlage ein Schutzbündnis abzuschließen; weit entfernt, ein grundsätzlicher Feind Ungarns zu sein, beteuerte er sogar, daß nirgends zwei Völker so aufeinander angewiesen seien wie Magyaren und Kroaten. Aber gegen Oesterreich fraßen sich schon in seiner Jugend andere Gefühle in seine Brust. Geboren und aufgewachsen nicht in „Zivilkroatien“, das dem harten Anprall der Magyarisierung ausgesetzt war, sondern in der Militärgrenze, wo er Oesterreich die Schuld gab, daß aus einem fruchtbaren Lande eine Wüstenei, aus einem stolzen Volk ein Haufe Sklaven, Räuber und Bettler geworden sei, hatte er zwischen 1850 und 1860 zähneknirschend mit angesehen, wie die germanisierende Peitsche des schwarzgelben Absolutismus den Kroaten um die Beine knallte. Eine weiße Stichflamme, brach darum der Haß gegen Oesterreich aus seinem Herzen. Der leidenschaftlichsten „*Nekavci*“ einer, der „Verneiner“, die jede Verknüpfung zwischen Kroatien und Oesterreich außer dem gemeinsamen Herrscher durchschneiden wollten, machte er Wiens Politik für alles Unheil in der Welt verantwortlich; Oesterreich war für ihn das böse Prinzip an sich, und Gladstones späteres Wort: Kein Fleck auf der Landkarte, auf den man den Finger legen und sagen könnte: Hier hat Oesterreich Gutes getan! schien so recht aus der Seele schoß des jungen Starcević gesprochen. Erwog er anfangs noch die Möglichkeit eines freien Bündnisses zwischen Kroatien und Oesterreich, so verwarf er bald schroff jeden Vertrag mit einer Regierung, der nichts als ihre eigene Selbstsucht heilig sei. Das Oesterreich, dem er ohne Unterlaß sein: Nein! Niemals! ins Gesicht schleuderte, war für ihn ein Haufe Frömmel und Kriecher, „die unsern König gegen seine Völker verhetzen“, und daß ihm die Person des Monarchen, daß ihm „das erlauchte Haus Habsburg“ heiliger sei als irgendwem, bekannte er ohne Stocken. Aber dann wieder donnerte er, daß die Dynastie durch Eidbruch und Gewalttat jedes Recht „auf unsere Heimat“ eingebüßt habe, spöttelte über die „Habsburschen“, und oft mußte nach seinen rücksichtslosen Reden der Landtagspräsident „im Namen des kroatischen Volkes“ für die Regierungsbank ein loyales Beruhigungspulverchen anrühren. Manchmal schärfte dem „Alten“, wie er von seinen Anhängern nicht vertraulich, sondern ehrfürchtig genannt wurde, der Haß den Blick; prophetisch klang sein Wort: „Wenn Oesterreich nicht seinen Despotismus für immer begräbt und mit Zustimmung des ganzen aufgeklärten und fortgeschrittenen Europa und mit Hilfe seiner

Völker die orientalische Frage löst, dann bin ich überzeugt, daß Europa Oesterreich und seinen Despotismus ins Grab senken und an diesem Grab die orientalische Frage lösen wird.“ Aber nicht selten ließ ihn auch die eifernde Verblendung über jedes Ziel hinausschießen, so, wenn er seinen Haß vom österreichischen Herrschaftssystem auf das deutsche Volk oder gar auf die deutsche Sprache übertrug; er wettete gegen die Einführung des Deutschen als Pflichtfach in den kroatischen Schulen und verschwor sich, er wolle lieber Flöhe jagen, als sich aus der deutschen Literatur unterrichten.

Ein Likaner, deren harter Schädel im ganzen Volke sprichwörtlich war, offenbarte der Vater der kroatischen Rechtspartei die Starrheit und Unbedingtheit eines Jakobiners von 1793. Der ungesellig und unbeweibt, stachlig und abweisend dahinlebte, in einem ärmlichen Gelaß, dem es an Sitzgelegenheit gebrach, wenn sich zwei Besucher zugleich einstellten, verachtete leiblichen wie geistigen Luxus, und fast dünkte es ein Rätsel, daß der Amusische einst Reime und Szenen geschrieben und das leichte Versgetändel eines Anakreon liebevoll nachgedichtet hatte. Jetzt jedenfalls wollte er von allen Gütern und Gewährungen der Welt nichts als den Kampf für seine Idee. Die Gegner hängten ihm und den Seinen den Spottnamen „Stekliš“, „Tollwütiger“, an, er griff ihn als Ehrennamen auf; die Machthaber legten ihn in Ketten und hetzten seine Anhänger aus Amt und Brot, er stand sonder Wank. Diese katonische Reinheit der Gesinnung und des Gehabens flammte fanalgleich in einer Umgebung, in der das: Hand wird nur von Hand gewaschen! oft einzige Richtschnur der Politik war; das herbe Wort: Im Grundsätzlichen gibt es keine Versöhnung! mußte einem durch den Zwang der Umstände kompromißsüchtigen Geschlecht die Seele brennen. Aber da ihm das Verständnis für Realitäten nicht nur im schlechten Sinne und das Gefühl für das ewig Relative der Dinge ganz und gar abging, gelangte er nie aus den Eishöhen der absoluten Negation in die Fruchtgefülde der praktischen Arbeit. Im Landtag tummelten sich vornehmlich zwei Parteien, von denen sich im Schaukelspiel zwischen Wien und Budapest die eine mehr Oesterreich, die andere mehr Ungarn zuneigte. Starčević aber verwarf die Unionisten oder Magyaronen, die sich meist aus dem Adel ergänzten, und verfolgte die Volkspartei, die aus Beamtenschaft, Geistlichkeit und Handelswelt ihren wesentlichsten Anhang holte, als vermeintlichen Helfershelfer der Wiener Ränke mit seinem grimmsten Haß, obwohl eine so klare und erhabene Stirne über ihr leuchtete wie die des Bischofs Stroßmayer. Mit diesem großen kroatischen Patrioten verkehrte er wohl bis 1866, und auch in den neunziger Jahren legten die beiden, die man als Kopf und Herz des kroatischen Volkes feierte, noch einmal die Hände ineinander, doch von Dauer war solche Annäherung nicht, denn die Volksparteiler wollten mit kluger Taktik Schritt für Schritt zum Ziele kommen, und der „Alte“ heischte, phantastisch nicht nur auf „die Heiligkeit unseres Rechts“, sondern auch auf „das Gerechtigkeitsgefühl Europas“ bauend, mit Barschheit alles oder nichts.

Vor allem aber war es Stroßmayers umfassendes Südslawentum, was Starčević abstieß, obschon er selbst in jungen Tagen dem Illyrismus Gajs begeistert gehuldigt hatte. Nachdem 1849 die schwache Front der serbisch-kroatisch-slowenischen Einheit auseinandergebrochen war, gebot es vielleicht die historische Notwendigkeit, daß sich zunächst einmal die Stammesgedanken, um später dem Ganzen Bestand zu leihen, mit frischer Lebenskraft erfüllten. In der Lehre der kroatischen Rechtspartei jedenfalls gedieh der kroatische, der allkroatische, der nurkroatische Gedanke bis zur Monomanie und fletschte nach allen Seiten bedrohlich die Zähne. Nicht nur waren für Starčević die Kroaten ein Edelreis am Baum der Menschheit und hatten ein heiliges Recht auf vollständige Herstellung

ihres alten Landes, Kroatien, Slawonien, Dalmatien, Militärgrenze und Medjumurje, sondern auf der ganzen Länge und Breite des südslawischen Stammesgebiets sah er überall Kroaten und nichts als Kroaten. Die Slowenen? Waren Bergkroaten, und die Vereinigung ihrer Gaue mit den kroatischen Landen „auf Grund des nationalen und des historischen Staatsrechtsprinzips“ erschien ihm selbstverständlich. Die Serben? Waren Kroaten! Die Nemanjiden des Mittelalters hießen ihm eine „herrliche kroatische Dynastie“, und Zar Stefan Dušan erschien ihm als Herrscher „der nordöstlichen Teile Kroatiens“! Aber da es seinem dogmatischen Geist nicht einging, daß ein echter Kroat seinem intransigenten und integralen Kroatentum die Gefolgschaft weigern konnte, knetete er sich eine schrullige „rassische“, „völkische“ Lehre zurecht. Danach bestand der nach seinem Begriff schlechtere Teil der „orthodoxen Kroaten“ aus Nachkommen von Albanern, Ratzen, Walachen, Griechen, Illyrern und Zigeunern, die vor einem halben Jahrtausend vor den Türken auf kroatisches Gebiet geflüchtet waren und die kroatische Sprache angenommen hatten. Diese sogenannten „Slawoserben“ bildeten für ihn eine ethnische, soziale und psychische Kategorie, denn wie ihm Serbe mit *servus*, Slawe mit Sklave zusammenfiel, redete er ihnen alle üblen Eigenschaften der Knechtseligkeit nach. Aus dem feilen Gemüt dieses „Volkskehrichts“ entsprang ebenso das Gefasel von allslawischer Brüderlichkeit, da doch Russen, Polen, Tschechen, Bulgaren und Kroaten nicht besser auf einen Nenner zu bringen waren als die Begriffe Pfeife, Mütze, Messer, Stab und Wasser, wie auch das Gerede vom Illyrertum und Südslawentum, dessentwegen er auch die Volkspartei samt Stroßmayer zu den „Slawoserben“ in die Wolfsschlucht warf. Mit dem komischen Zorn, mit dem einst Vater Jahn seinen Knotenstock gegen das Welsche schwang und heute ein „völkischer“ Apostel gegen das Jüdische seinen Speichel verspritzt, wettete der „Alte“ seine Lebtag gegen den verderbenden Einfluß des „Slawoserbischen“ im kroatischen Volk, und unkte, daß in hundert Jahren in Belgrad Rumänisch herrschen werde, da die Serben für sich keine nationale Lebenskraft besäßen und nur durch Besinnung auf ihr Kroatentum bestehen könnten. Aber da er nicht allein in der Zusammenfassung der Rumänen, Slowaken, Ruthenen, Magyaren, Griechen, Bulgaren, Albaner und Kroaten in einen Staat die rechte Lösung der orientalischen Frage sah, in der grotesken Hoffnung allerdings, daß diese ganz verschiedenen Völker mit der Zeit zu einer Nationalität verschmelzen würden, sondern da er auch zwischen Donau und Adria, von Kärnten bis zur Bojana „nach Geschichte, Blut, Sprache und Interessengemeinschaft ein Volk“ sitzen, da er „zwischen Deutschland und Makedonien“ eine einheitliche und zusammengehörige Masse siedeln sah, sprang auch in der Vermummung seines Allkroatentums der südslawische Gedanke rüstig auf. Vom Triglav bis zum Timok ein Volk — was tat der Name zur Sache, Name war Schall und Rauch!

Als sich 1871 sein Freund Kvaternik in der Militärgrenze unter dem Namen Eugen I. zum König von Kroatien ausrief und die Sturmglocke eines Aufstandes läutete, der närrisch-heroisch begann und nach achtundvierzig Stunden kläglich-tragisch endete, da war dieser unlogische Phantasiestreich eines mystischen Karbonari doch die logische Ausführung von Starcevićs Gedanken; einzig so konnte sich seine Lehre, wollte sie sich nicht selbst untreu werden, der politischen Passivität entrafen, denn sonst war sie, die man rühmend wegen ihrer Gradlinigkeit mit der Mathematik verglich, auch steril wie Euklids dürre Wissenschaft: vor und nach dem Tode ihres Gründers erlebte die Rechtspartei Spaltungen und Wandlungen, ohne je, selbst bei stattlicher Abgeordnetenzahl im Landtag, den Gang der Dinge bestimmen zu können. Aber der lebendige Hauch von Starcevićs Wesen verwehte darum nicht. Obwohl ein „bour-

reur de crânes“, der mit einem Wust von Bedenklichkeiten: Staatsrechtelei, Allkroantentum und Serbenhaß die Köpfe seiner gläubigen Volksgenossen vollstopfte, zog er doch auch die Schleusen der nationalen Energie auf, goß Eisen in das opportunistisch dünne Blut der kroatischen Politik und arbeitete auf seine Art der endlichen Befreiung und Einigung vor. Ante Starcevičs ganzes Wirken war eines jener Extreme, durch die man nach einem Wort Emersons zur Wahrheit gelangt.

Entstehung und Ausbreitung des Buddhismus^{*)}

Von H. G. Wells

Die Grundlehre Gautama-Buddhas, wie wir sie jetzt aus den Originalquellen erkennen, ist klar und einfach und mutet völlig modern an. Ohne Zweifel ist sie die Schöpfung eines so durchdringenden Verstandes, wie ihn die Welt nur je gekannt hat.

Wir besitzen — höchst wahrscheinlich — die authentischen Hauptteile seiner vor den fünf Schülern gehaltenen Reden, die den wesentlichen Inhalt seiner Lehre verkörpern. Er führt alles Unglück und alle Unzufriedenheit des Lebens auf unersättliche Selbstsucht zurück. Das Leiden, so lehrt er, kommt von der Begierde des einzelnen, von der Qual gieriger Wünsche. Solange der Mensch nicht jede Art persönlicher Gier überwunden hat, ist sein Leben Mühsal und sein Ende Schmerz. Es gibt drei Hauptformen, die die Begierde des Lebens annimmt, und alle sind von Uebel. Die erste ist der Wunsch, die Sinne zu befriedigen, die Sinnlichkeit. Die zweite ist der Wunsch nach Wohlstand, die Weltlichkeit. Die dritte ist der Wunsch nach Wohlstand, die Weltlichkeit. Alle diese Begierden müssen überwunden werden, das heißt der Mensch darf nicht mehr für sich selbst leben wollen — erst dann kann sein Leben eintheiteres werden. Wenn diese aber überwunden sind und das Leben des Menschen nicht mehr beherrschen, wenn das Fürwort der ersten Person aus seinen geheimen Gedanken verschwunden ist, dann hat er die höhere Weisheit erreicht, das Nirwana, die Heiterkeit der Seele. Denn Nirwana bedeutet nicht, wie viele Leute zu Unrecht glauben, das Verlöschen an sich, sondern nur das Verlöschen des flüchtigen persönlichen Strebens, durch das unser Leben niedrig, jämmerlich, schrecklich werden muß.

Hier nun finden wir ganz gewiß das Problem des Friedens der Seele auf das vollkommenste analysiert. Jede Religion, die diesen Namen verdient, jede Philosophie rät dir, dich in etwas zu verlieren, das größer ist als du selbst. „Wer sein Leben retten will, wird es verlieren.“ Das ist genau dieselbe Lehre.

Die Lehren der Geschichte, wie wir sie in diesem Buche darlegen, stimmen mit der Lehre Buddhas vollkommen überein. Wie wir sehen, gibt es keine Gesellschaftsordnung, keine Sicherheit, keinen Frieden, kein Glück, keine gerechte Leitung oder Herrschaft, ohne daß Menschen sich in etwas Größeres verlieren, als sie selbst sind. Das Studium des biologischen Fortschritts enthüllt einen analogen Vorgang: der Erfahrungskreis des einzelnen geht in einer größeren Einheit auf. Sich selbst in höherem Interesse vergessen, heißt einem Gefängnis entrinnen.

Die Selbstentsagung muß vollständig sein. Vom Gesichtspunkt Gautamas war die Furcht vor dem Tode, die Sucht nach einer unendlichen Fortsetzung des gemeinen, kleinen, individuellen Lebens, die die Aegypter

^{*)} Aus der vierten Lieferung des epochemachenden Werkes „Die Grundlinien der Weltgeschichte“, dessen deutsche Uebersetzung im Verlag für Sozialwissenschaft in Berlin SW.68 erscheint.

und ihre Schüler zu Sühnopfern und Zauberei in die Tempel trieb, ebenso vergänglich und häßlich und schlecht wie Wollust oder Geiz oder Haß. Die Religion Gautamas widerspricht stracks den Unsterblichkeitsreligionen, und seine Lehre verdammt unerbittlich jede Askese als einen bloßen Versuch, durch persönliche Schmerzen persönliche Macht zu gewinnen.

Wenn wir aber zu den Regeln des Lebens kommen, zu dem „Arischen Pfad“, durch den wir dem dreifachen niedrigen Begehren entgehen sollen, das unser menschliches Leben schändet, dann ist die Lehre nicht mehr so klar, kann es aus einem einleuchtenden Grunde nicht sein: Gautama hatte keine Kenntnis und kein klares Bild von der Geschichte; er hatte keine rechte Vorstellung von dem weiten und vielfältigen Geschehen des Lebens, das Zeit und Raum erfüllt. Sein Geist war in diesem Punkte beschränkt auf die Ideen seiner Zeit und seines Volkes, und diese stützten sich auf den Glauben an die ewige Wiederkehr; Welt folgte auf Welt, Buddha folgte auf Buddha, ein unfruchtbares Kreisen des Universums. Die Auffassung der Menschheit als einer großen Bruderschaft, die einem unendlich fernen Ziel unter der Führung eines gerechten Gottes zustrebt, eine Idee, die zu jener Zeit dem Bewußtsein der Semiten Babylons schon aufdämmerte, war in seiner Welt noch unbekannt. In dieser Begrenztheit jedoch ist seine Darstellung des achtfachen Weges von tiefer Weisheit.

Wir wollen die acht Elemente des „Arischen Weges“ kurz aufzählen:

Erstens: *Rechte Anschauung*; Gautama forderte von seinen Jüngern vor allem ernstes Prüfen der Anschauungen und Begriffe, unbedingte Wahrhaftigkeit. Man dürfe sich in keiner Weise an billigen Aberglauben halten. Er verurteilte zum Beispiel den herrschenden Glauben an die Seelenwanderung. In einem wohlbekannten älteren Dialog Buddhas wird die Idee einer unsterblichen, persönlichen Seele analysiert und zerstört. Nach der Rechten Anschauung der *Rechte Wille*; weil die Natur ein Vakuum verabscheut und weil niedriges Verlangen ausgetrieben werden soll, müssen andere Wünsche gestärkt werden: Freude, anderen zu dienen, der Wunsch, Gerechtigkeit zu üben und zu fördern, und ähnliches. Der primitive und unverdorbene Buddhismus trachtete nicht, den Willen zu zerstören, sondern nur ihn zu verändern. Hingabe an Wissenschaft und Kunst oder an die Verbesserung der Dinge steht offenkundig im Einklang mit dem rechten Willen in Buddhas Lehre, vorausgesetzt, daß solches Trachten frei ist von Eifersucht und Ruhmbegierde. *Rechte Rede*, *Rechtes Betragen* und *Rechtes Gewerbe* bedürfen keiner weiteren Erörterung. An sechster Stelle in dieser Liste steht *Rechtes Bemühen*, denn Gautama gab nichts auf guten Willen, wenn dabei das Tun lässig blieb; der Schüler sollte strenge Kritik an seinen eigenen Taten üben. Das siebente Element des Weges, *Rechte Aufmerksamkeit*, ist der ständige Wächter gegen ein Herabgleiten in das Ich-Gefühl oder in eitlen Stolz auf das, was man tut oder läßt. Und endlich kommt die *Rechte Begeisterung*; hier scheint sich Gautama gegen die grundlose Verzückerung der Gläubigen zu wenden, gegen die sinnlose Anbeterei, wie sie etwa in den Alexandrinischen Tempeln geübt wurde.

Wir wollen hier auf die buddhistische Lehre des *Karma* nicht näher eingehen, denn sie gehört einer Gedankenwelt an, die heute im Verschwinden ist. Das Gute oder Schlechte eines jeden Lebens bestimme, so dachte man, das Glück oder das Unglück eines nachfolgenden Lebens, das auf irgendeine unerklärliche Weise mit dem vorhergehenden identisch sei. Heutzutage begreifen wir, daß ein Leben in seinen Konsequenzen unendlich weit reicht, aber es liegt uns fern, zu glauben, daß ein individuelles Leben als solches von neuem beginne. Die indische Denkweise war erfüllt von der Idee der zyklischen Wiederkehr; alles, meinte man, komme im Kreislauf der Dinge wieder. Es liegt der mensch-

lichen Natur nahe, solches anzunehmen; so scheinen die Dinge, ehe wir sie analysieren. Modernes Wissen hat es uns klargemacht, daß es keine genaue Wiederkehr gibt, jeder Tag ist um einen unendlich kleinen Bruchteil länger als der vorhergehende; keine Generation wiederholt das Bild der früheren genau; die Geschichte wiederholt sich niemals; Veränderung, das begreifen wir jetzt, ist unerschöpflich, und jedes Ding ist ewig neu. Aber diese Unterschiede zwischen unsern Ansichten und denen Buddhas sollen uns in keiner Weise hindern, die nie zuvor dagewesene Weisheit, die Güte und die Größe des Planes für ein befreites Leben anzuerkennen, den Gautama irgendwann im sechsten Jahrhundert v. Chr. entwarf.

Und wenn es ihm auch in der Theorie nicht gelang, alles Wollen der Bekehrten zu einem einzigen, wenn auch vielgestaltigen Streben des Menschengeschlechtes zu vereinen, damit es ankämpfe gegen das Tote, das Unlebendige in Zeit und Raum, so hat er doch praktisch seinem eigenen Leben und dem aller seiner unmittelbaren Jünger das eine weitgesteckte Ziel gesetzt, die Lehre und die Methoden des Nirwana, der Seelenheiterkeit über unsere von Fiebern geschüttelte Welt zu verbreiten. Für sie mindestens war seine Lehre vollkommen. Aber nicht alle Menschen können predigen oder lehren; diese Tätigkeit ist nur eine von den vielen Lebensaufgaben, die als durchaus recht gelten müssen. Unsere moderne Denkungsart wird es mindestens ebenso anerkennen, wenn ein Mann — obwohl dies schwerer sein mag — in vollkommener Selbstvergessenheit und Heiterkeit den Boden bearbeitet, eine Stadt verwaltet, Straßen anlegt, Häuser baut, Maschinen konstruiert oder Wissen sucht und verbreitet. All das war in Gautamas Lehre mit enthalten; aber das Hauptgewicht wurde sicherlich auf den Unterricht gelegt und eher auf das Fernhalten von gewöhnlichen menschlichen Geschäften als auf ein Erheben dieser Geschäfte über das Gemeine.

Auch sonst unterschied sich dieser primitive Buddhismus vielfach von allen Religionen, die wir bisher betrachtet haben. Er war in erster Linie eine Religion des Betragens, nicht aber eine Religion der Gebräuche und Opfer. Es gab keine Tempel, keine Priester-Orden, keinerlei Theologie. Der Buddhismus bestätigte weder, noch verleugnete er die Existenz der unzähligen und oft grotesken Gottheiten, die damals in Indien angebetet wurden. Er ging an ihnen vorbei.

Architektur-Entwicklung

Von Paul Westheim

Der Ausbruch der Revolution fand die junge Architektenschaft in Deutschland vor einer eigentümlichen Situation. Vier Jahre lang, die ganze Kriegszeit, hatte man sich fast ohne Baumöglichkeit durchgeristet. Erst hielt das Kapital sich zurück, nachher fehlte es in dem blockierten Deutschland an Material und Arbeitskräften. In größerem Stil baute nur die Industrie, die ihre Fabrikanlagen erweiterte. Diese Industriebauten, gewaltige Anlagen von einer oft überraschenden Modernität, über die die zahlreichen Abbildungen eines kürzlich bei Wasmuth, Berlin, erschienenen Bandes: „*Ingenieurbauten*“ einen guten Ueberblick geben, sind zweifellos die gewichtigste Architekturleistung des neuen Deutschland. Wobei es allerdings für die jungen Baukünstler kaum eine Betätigungsmöglichkeit gab; sie waren verdammt, ihr Talent auf dem Papier zu verausgaben. Als ein eigenartiges Beispiel sei die (späterhin vom Folkwang-Verlag als Buchwerk herausgegebene) „*Alpine Architektur*“ von Bruno Taut genannt. Eine architektonische

Durchgestaltung, einen Umbau der alpinen Welt. Eine Art phantastischer Spielerei, Spielerei, die etwas von E. Th. Hoffmannscher Dämonie hat. Man kann auch sagen, es stecke etwas Chinesenhaftes in diesen Meditationen eines Baumeisterhirns ... Auch mit ihrem pazifistischen Einschlag, mit ihrer Weltbeglückungstendenz, die eminent charakteristisch sind für einen Schlag Geistesarbeiter, der sich in seine Utopien flüchtet, nachdem Wirklichkeit und Wirksamkeit ihm unter der Hand zerbröckelt sind.

Es ist kein Zufall, daß Taut (der übrigens jetzt in Magdeburg Leiter eines städtischen Bauamtes ist, wo er Proben eines disziplinierten Schaffens abzulegen vermochte) als der Schöpfer dieser „Alpinen Architektur“ eine führende Rolle spielen konnte innerhalb der jungen Architektenschaft der ersten Revolutionszeit. Flucht aus dieser Wirklichkeit: für wie viele war das Sehnsucht, und schließlich, war nicht alles, was man über diesem Chaos planen konnte, utopisch? Von je waren solche Umsturzeiten Zeiten der utopischen Hoffnungen, der apokalyptischen Sehnsüchte, der sternweiten Ziele, der Apostel und Reformen gewesen. Und gar eine Architektur-Jüngerschaft, die eine Zeit des Neuaufbauens, ihre eigentliche Zeit gekommen wähnte, deren tragisches Schicksal zugleich war, in der Phantasie die kühnsten Projekte zu tragen und nirgends die Möglichkeit zu sehen, auch nur einen einzigen Stein oder einen Kubikmeter Boden zu bewegen, mußte sich ins Unbändige verschweifen. So erließ man Proklamationen und Manifeste, stellte man die ausschweifendsten Reformprogramme auf, versprach eine großartige Erneuerung aller Künste. Man tat sich zusammen zu Konventikeln. Eine dieser Gruppen, die besonders viel von sich reden zu machen verstand, war ein unter Führung von Taut und Gropius nach russischem Muster organisierter „Arbeitsrat für Kunst“. Dieser „Arbeitsrat für Kunst“, der allerlei Ehrgeize zu mobilisieren verstand, der vor allem Zulauf hatte von denen, die ihrer Meinung nach nicht genügend zur Geltung zu kommen vermochten, wollte all und jedes auf radikale Weise reformieren: das Kunstschaffen, die soziale Stellung des Künstlers, die Kunstschulen, die Museen, das Ausstellungswesen. Man proklamierte eine neue Zusammenfassung aller Künste in der Architektur; das Endziel aller bildnerischen Tätigkeit sei der Bau; Architekten, Bildhauer und Maler, alle müßten zum Handwerk zurück; die Schulen müßten in der Werkstatt aufgehen usw. So vernünftig das auch klingen mag, so sehr verdammte man doch gleichzeitig auch jegliche Einstellung auf die praktischen Aufgaben der Wirklichkeit. Man schwärmte — sehr romantisch — von einer utopischen Architektur, von verwegenen Phantasiegebilden, Glas- und Kristallhäusern. Den Malern und Bildhauern rief Gropius zu: „Zerschlagt die Rahmen der Salonkunst um eure Bilder, geht in die Bauten, segnet sie mit Farbenmärchen, meißelt Gedanken in die nackten Wände und — baut in der Phantasie, unbekümmert um technische Schwierigkeiten. Gnade der Phantasie ist wichtiger als alle Technik.“ Und damit auch von der Seite eines politischen Radikalismus die Begründung nicht fehlte, erklärte ein literarischer Adlatus: „Nein, wir können uns nicht daran beteiligen, für unsere Mitmenschen Höhlen und Zellen zu bauen, Massenquartiere und Menschenställe.“ Wir wären „doch nur Werkzeuge der Schieber und Ausbeuter“. So schloß man sich auch noch selbst und prinzipiell aus von den praktischen Fragen, die nach Verwirklichung drängten, z. B. von der damals dringlichsten Aufgabe, in Kleinhaussiedlungen — die eigenwilliger Architektenpersönlichkeit allerdings großartige Betätigungsmöglichkeiten nicht bieten können — mitzuhelfen, die vielen wohnungslos Gewordenen nach Möglichkeit menschenwürdig unterzubringen. Man zog es vor, auf dem Papier gigantisch phantastische Luftschlösser zu entwerfen, die freilich alles andere denn — Architektur waren. Man hatte sich dazu auch eine

Asthetik oder, richtiger: ein romantisches Glaubensbekenntnis zurechtgemacht, indem man die Schriften des eben verstorbenen Paul Scheerbart, den man hinzustellen versuchte als einen „Vitruv der neuen utopischen Baukunst“, kanonisierte. Dieser Scheerbart war ein Lyriker mit reger Phantasie, noch mehr aber mit skurrilen Einfällen. Mit hurtiger Dichterphantasie bewegte er sich im Kosmos, von Stern zu Stern springend. Er phantasierte von einem neuen Menschen, der ein neues Leben führte in Glas- und Kristallhäusern, Buntglashäusern, die wie die Schiffe gotischer Kathedralen durch die Buntheit farbiger Gläser durchleuchtet wären. Auf das „Glashaus“, einen Reklamebau, den Taut auf der Kölner Werkbund-Ausstellung errichtet hatte, hat er einen Hymnus geschrieben und den Architekten gepredigt, der Nutzarchitektur zu entsagen und – „das Ausschweifende endlich in die Architektur zu bringen“. Auf junge Leute, die weder Möglichkeit noch Aussicht hatten, ihr Talent an praktischen Aufgaben zu betätigen, die durch die äußeren Verhältnisse während ihrer besten Entwicklungsjahre völlig lahmgelegt gewesen waren, mußte das verwirrend wirken. Sie machten aus dem „Ausschweifen“ ein Programm, phantasierten utopische Architektur, wobei, wie sich von selbst versteht, einer den andern in der Skurrilität der Einfälle zu überbieten suchte. „Unsere Luftschlösser“, deklamierte man pathetisch großmannsüchtig, „sind zähere Arbeit als das eilige Tageswerk, das angeblich so fest auf der Erde steht“; aber das alles, aus der Psychose der Zeit geboren und aus ihr zu verstehen, war wie ein Rausch, nach dem der Katzenjammer kommen mußte und – sehr bald gekommen ist. Der Arbeitsrat ging den Weg aller Kunstkonventikel, er zerfiel in sich. Die „utopische Architektur“, jene Luftschlösser, die angeblich so fest auf der Erde standen, zerstoben auf einmal wie Seifenblasen. Jener Wortführer des Arbeitsrats schrieb nun: „Als nach Kriegsende die Welle des Utopischen und Romantischen auch die jungen Architekten ergriff (Ausstellung unbekannter Architekten), war das als Folge der langen Isolierung, als Reaktion des Gefühls auf die Nutzlosigkeit der geopfert Jahre verständlich. Aber wohl alle Utopisten haben sich inzwischen vom Kult des Phantastischen zum Lebendigen und zur Selbstbesinnung zurückgefunden ...“ Inzwischen hatte man, nachdem die Grenze nach Osten, nach Rußland sich geöffnet hatte, eine neue Orientierung gefunden: den Konstruktivismus. Man begeisterte sich für Tatlin, man begann Wright und die jungen Holländer zu studieren. Predigte Sachlichkeit und verfiel von der utopischen Romantik in die andere: die Ingenieur- und Maschinenromantik.

Das Gewaltsame und Zwitterhafte dieser Entwicklung offenbarte sich deutlich, als nach längerem eine wirklich bedeutsame Bauaufgabe an die Architekten herantrat: das Hochhaus. Die Zusammendrängung des Geschäftsverkehrs in den Großstadtzentren, die Raumnot, das Bedürfnis des Handels, auf dem beengten Raum der City in größter Zahl Betriebe zusammenzudrängen, führte in den meisten deutschen Großstädten: in Berlin, Breslau, Frankfurt, Köln, Leipzig, zur Projektierung von Wolkenkratzerbauten. Wettbewerbe wurden ausgeschrieben, an denen die Architekten sich lebhaft beteiligten. Diese Hochhausprojekte erbrachten vielleicht nicht die – trotz Amerika – noch ausstehende Lösung des Wolkenkratzerbaues; immerhin war das Niveau – bei dem Berliner Wettbewerb von Poelzig und den Brüdern Luckhardt repräsentiert – ein ganz anderes als das einigermaßen komisch anmutende Ergebnis des Wettbewerbs der „Chicago Tribune“, wengleich, wie zu erwarten war, sowohl die Richtung des Utopischen wie die der Konstruktivisten versagte. Leider sollten diese Hochhauspläne wiederum nur eine Enttäuschung, eine neue Entmutigung für die deutsche Architektenschaft ergeben, denn, nachdem man unendliche Mühe für die verschiedenen Wettbewerbe aufgewendet hatte – war die wirtschaftliche Ver-

elendung Deutschlands so weit fortgeschritten, daß das Kapital für solche Großbauten nicht mehr aufzubringen war. Ausgeführt konnte in all den Jahren, von den Industrieanlagen abgesehen, eigentlich nur ein Großbau werden: der „Einstein-Turm“ des Potsdamer Observatoriums. Arbeit eines begabten jungen Architekten: Erich Mendelsohn, der freilich, von dem allgemeinen Theoretisieren verwirrt, sich gerade dieser dankbaren Aufgabe nicht gewachsen zeigte.

Ein interessantes Experiment nur konnte zur Durchführung gelangen: die Einrichtung einer neuartigen Kunstschule: des Staatlichen Bauhauses in Weimar, das 1919 begründet wurde und vorigen Sommer in einer Ausstellung zum erstenmal ein Bild von seiner Entwicklung bot. In Weimar hatte van de Velde eine Kunstgewerbeschule vorbildlich organisiert, er hatte ihr eine Reihe Werkstätten angegliedert, der künstlerische Handwerker im Geist van de Veldes entwachsen sind. van de Velde war — eine Folge der Kriegsverhältnisse — von der Leitung der Schule zurückgetreten und hatte Deutschland verlassen. Als nun auch noch die Leitung der Weimarer Kunstakademie verwaist war, entschloß sich die neue republikanische Regierung des Freistaates Thüringen zu einem kühnen Schritt: nämlich, die Akademie im alten Stil nicht wieder aufleben zu lassen; sondern einmal einem der jungen Reformer die Möglichkeit zu geben, seine Ideen zu verwirklichen und auf neue Art einen künstlerischen Nachwuchs zu erziehen. So entstand unter Leitung des Architekten Walter Gropius' das „Staatliche Bauhaus“, an das Gropius junge radikale Künstler: Feininger, Klee, Kandinsky, Schlemmer, Itten, Muche, Moholy-Nagy als „Meister“ berief. Das Experiment verdient die höchste Beachtung. Es dürfte nirgends in der Welt — selbst in Rußland nicht — noch eine Kunstschule geben, die in so diametralem Gegensatz zu allen seitherigen akademischen Kunstschulen, so ausschließlich als eine Schule der radikalen Kunstbewegung organisiert ist.

Freilich ist auch zu sagen, daß das Experiment noch nicht gelungen ist. Das Bauhaus steckt noch bis über die Ohren in den Kinderkrankheiten. Zunächst hatte es schwer zu schleppen an einer Ideologie, die der des Arbeitsrats für Kunst nur zu sehr entsprach. Man verkündete zwar, daß Kunst nicht lehrbar sei, daß der junge Mensch wieder in die Werkstatt müsse und ein Handwerk von Grund auf zu erlernen habe, zugleich aber berauschte man sich an Programmen und Manifesten, in denen man vom Bauhaus aus eine Erneuerung aller Künste aus dem Geist der Architektur, eine neue Kultur, vielleicht gar eine neue Menschheit versprach. Und obgleich man die von van de Velde vorzüglich organisierten Handwerkerwerkstätten besaß, machte man, innerlich unsicher, auf einmal die Schwenkung zum Konstruktivismus mit. Jetzt waren nur noch streng geometrische Formen tolerabel, nach den Thesen Malewitschs wurde nun eine ganze Schülerschaft bemüht, Quadrate zu stilisieren, das Handwerk wurde plötzlich angesehen als veraltete Wirtschaftsform und, der aktuellen Maschinenromantik folgend, suchte man nun Anschluß an die Industrie. Was zu einer neuen Art von Dilettantismus, einem Ingenieur-Dilettantismus, zu führen droht, mit dem die Industrie wohl kaum etwas anfangen kann. Das Positive der seitherigen Bauhaus-Arbeit war die Arbeit der Werkstätten, der Töpferei, der Weberei, der Druckerei, wo unter Leitung von qualitätvollen Handwerkern eine Erziehung zu gediegenem Handwerk erfolgt. Positiv war auch die sogenannte „Vorlehre“, ein Elementarunterricht, der die Schüler durch die Beschränkung auf die ursprünglich abstrakten Formelemente einstellt, auf die Grundelemente des Form-, Farb- und Materialgestaltens. Daß man so den Schüler unerbittlich hinführt zu den Urelementen allen Gestaltens, ist überaus einleuchtend. Freilich weiß man im Bauhaus aus dieser Vor-

lehre noch nichts zu machen; wo es nunmehr gilt, die Schüler zu Ergebnissen, zum eigenen Gestalten zu bringen, da wirkt sich unheilvoll ein sogenannter „Bauhausgeist“ aus, eine doktrinäre, vom Kulturreformertum angekränkelte Gesinnung, die sich im Stilisieren von Quadraten u. dgl. erschöpft. Was so weit geht, daß dieser Pseudo-Konstruktivismus, diese Spielerei mit Maschinenformen, schon wieder zu einem neuen akademischen Schema geworden scheint. Es ist anzunehmen, daß das Kinderkrankheiten sind, daß gerade die Ausstellung des vorigen Sommers, der Widerstand, der aus ernsten Kunstkreisen heraus einsetzte, dazu beitragen wird, diese Schule, die ein wenig in das Genre einer mit Radikalismus jonglierenden Kunstgewerbeschule geraten ist, hinzuführen zu einer sachlichen Erziehungsarbeit, die von allergrößter Bedeutung werden könnte, nämlich als eine Stelle, von der aus im Gegensatz zu der falschen Erziehungsweise des Akademismus ein künstlerischer Nachwuchs hervorgehen könnte, der den Aufgaben, die dem Kunst- und Architekturschaffen der Zukunft gestellt werden, gewachsen sein wird.

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

Ausfuhrblockade.

Die erschreckend ungünstige Handelsbilanz für den Monat Februar hat mit aller Deutlichkeit erkennen lassen, wie schmal die Basis unserer Wirtschaftsgesundung ist. Ein errechneter Einfuhrüberschuß von 252 Goldmillionen ist für Deutschland mit seinen provisorischen Währungsverhältnissen keine Kleinigkeit. Der Ruf zur Steigerung der Ausfuhr und einer analog hierzu anzustrebenden Beschränkung der Einfuhr für entbehrliche Artikel war beim Bekanntwerden des Februarergebnisses ganz allgemein. Wie haben sich demgegenüber die Verhältnisse entwickelt?

Die Zahlen für die Handelsbilanz des Monats März sind in den nächsten Tagen zu erwarten. Vorläufige Schätzungen lassen erkennen, daß die Ausfuhr gegenüber dem Monat Februar gleich geblieben und nur die Einfuhr eine geringfügige Senkung erfuhr. Doch soll diese Senkung der Einfuhr nicht auf Genußmittel, Luxusartikel und Fertigfabrikate sich erstrecken, sondern auf die bei uns zur Verarbeitung kommenden Rohstoffe. Ein sehr bedenkliches Symptom einer Wirtschaftsgestaltung.

Forscht man nach den Ursachen dieser über kurz oder lang zur Katastrophe führenden Verhältnisse, so kommt man zu dem Resultat, daß das hohe Preisniveau hierzulande jede Gesundung der Handelsbilanz verhindert. Die weit geringeren Löhne der deutschen Industriearbeiterschaft gegenüber den in Frage kommenden Konkurrenzländern erwiesen sich als unwirksam, um die Ausfuhr zu beleben. Die geduldige Arbeiterschaft begnügt sich mit Kulilöhnen, und der Erfolg in Gestalt von niedrigen Warenpreisen und Steigerung der Ausfuhr bleibt aus. Die Lohndifferenz versickert in den Kanälen der Produktion und des Handels.

Neben geringfügigeren Ursachen liegt die Lähmung einer Gesundung der Konjunktur in den übersetzten Monopolpreisen der Schlüsselindustrien. Kohle und Eisen liegen nach wie vor über den Weltmarktpreisen und hindern jeden Versuch, das Preisniveau im ganzen herabzudrücken. Vor allem die Kohle. Die Preispolitik der Brennstoffsyndikate wirkt sich nachgerade zur Katastrophe aus. Die

Bergarbeiter haben schweren Herzens in eine Verlängerung der Arbeitszeit gewilligt. Die Leistung dieser Arbeiterkategorie hat überraschend schnell zugenommen und hat diejenige der Vorkriegszeit bereits erreicht oder ist ihr ziemlich nahe gekommen. Und doch merkte man nichts von einer Kohlenpreisermäßigung; im Gegenteil erfolgte eher noch eine Erhöhung. Die gegenwärtig in den Bergbau-Revieren ausgebrochenen Konflikte mit der Arbeiterschaft entstanden, weil diese einen Erfolg ihrer gebrachten Opfer nicht zu ersehen vermag.

Selbst wenn man vom Ruhrbergbau, infolge der Belastung durch die Micum-Verträge, absehen wollte, ist eine Rechtfertigung der Preishöhe in den unbesetzten Revieren nicht einzusehen. Namentlich die Braunkohle, deren Verwendung heute in viel stärkerem Maße erfolgt als früher, ist hierfür charakteristisch. Die an Heizwert bedeutend bessere Braunkohle der Tschechoslowakei ist um 35 Proz. billiger als die deutsche. Da nun eine weit größere Menge Braunkohlen, infolge des geringeren Heizwertes, zur Verwendung kommt, treten die um 60 Proz. höheren Frachtsätze hinzu. So ist dieses Produkt, an seinem Bestimmungsort angelangt, so teuer, daß der ganze Warenmarkt empfindlich belastet wird. Aber auch die Steinkohle von Oberschlesien, Waldenburg und Zwickau zeigt einen weit über die Verhältnisse gehenden Preisstandard. Durchschnittlich beträgt hier die Preissteigerung gegenüber der Vorkriegszeit 40—50 Proz. Wenn die Produkte der deutschen Wirtschaft bereits bei der Verwendung der Brennstoffe in dieser Weise vorbelastet werden, dann ist natürlich mit einer Preissenkung trotz niedriger Löhne nicht zu rechnen.

Was hier bei der Kohle gesagt wurde, gilt natürlich auch vom Eisen. Der Roheisenverband hat sich erst in den letzten Tagen bemüht gesehen, eine abermalige Preiserhöhung vorzunehmen. Die deutschen Roheisenpreise liegen 15 Proz. über denen der englischen Konkurrenz. Und dennoch sollen nach Aeußerungen des Roheisenverbandes diese neuerlich erhöhten Preise unter den Selbstkosten liegen. Zum Teufel auch, wann hören endlich einmal diese durch keine Zahlenangaben bewiesenen Klagen über hohe Selbstkosten auf?! Der Roheisenverband ist im Besitze eines lückenlosen Monopols. Einige in den letzten Jahren aufgetretene Handelsfirmen, die sich im Westen zwecks Verkauf von lothringisch-luxemburgischem Roheisen gebildet hatten, wurden in kurzer Zeit zu Tode konkurriert. Die Devisenknappheit, die unsere eisenverarbeitende Industrie am Bezug von ausländischem Roheisen verhindert, kommt dem Roheisenverband zu Hilfe. Auch der Roheisenverband begründet seinen Beschluß mit den hohen Brennstoffpreisen. Wie wir schon in einem früheren Heft der „Glocke“ nachweisen konnten, trifft diese Begründung hier weniger zu, weil die meisten roheisenerzeugenden Werke im Besitze von Kohlenzechen sind und somit als Selbstverbraucher mit niedrigeren Kohlenpreisen rechnen können.

Soll also die Handelsbilanz ein besseres Aussehen bekommen, soll in erster Linie eine Steigerung des Exports einsetzen, dann muß von Reichs wegen mit aller Entschiedenheit für eine Senkung der Preise bei den Schlüsselindustrien gesorgt werden. Die so vielgepriesene Freiheit der Wirtschaft, deren Wiedereinführung so lebhaft gefordert wurde, hat sich in eine hemmungslose Zwangswirtschaft der Syndikate verwandelt, deren Preisdiktatur jede Gesundung verhindert. Alle Kreditrestriktionen der Reichsbank, so notwendig sie sind, nutzen nichts, wenn nicht eine fühlbare Senkung der Standardprodukte eintritt. Das Volk hat am letzten Sonntag gesprochen. Die neue Regierung möge beweisen, daß sie die passive Handelspolitik in eine aktive zu verwandeln vermag. Auf dem Gebiete der Preisbildung der Schlüsselprodukte muß sie beginnen. Hic Rhodus, hic salta!

Doch uns scheint, als müßte noch ein anderes Moment hinzutreten, um die so äußerst schädliche passive Handelsbilanz zu beseitigen: die schöpferische Initiative der deutschen Industriellen. Nach allgemeiner Ansicht soll sich der deutsche Export in Gestalt von Arbeitsprodukten, in denen menschliche Arbeitskraft in hohem Maße gebunden ist, auswirken. Dieser Standpunkt soll von uns nicht bestritten werden. Doch sind es u. a. nicht in erster Linie Qualitätsprodukte, nach denen der Weltmarkt verlangt, sondern billige und doch qualitativ hochstehende Massenartikel. Die deutsche Automobilindustrie gerät in nicht geringe Erregung, weil Ford mit seinen billigen Kraftwagen wie Hannibal vor den Toren steht. Warum fürchtet man das Eindringen dieses Mannes, der durch eine vorzügliche Arbeitsteilung das Auto zu einem billigen Volksverkehrsmittel machte? Auch die deutsche Automobilindustrie ist so konzentriert, daß eine preisdrückende Serienfabrikation eingeführt werden könnte. Der amerikanische Maschinenbauer verdient 10 bis 12 Dollar pro Tag, während der deutsche nicht einmal den achten Teil erhält. Und trotzdem die Preisunterschiede gegenüber einem Fordwagen! Ist die deutsche Technik so ideenarm, daß sie ähnliche, den Massenkonsum anreizende Produkte nicht hervorzubringen vermag? Diese müßten nach genauester Kalkulation auf der Basis feinsten Arbeitsteilung hergestellt werden. Notabene: Wir haben nicht den Wunsch, billige Schundartikel in Deutschland hergestellt zu sehen, sondern brauchbare und hochwertige Produkte, die zum Massenverbrauch geeignet sind. Welche Perspektiven würden sich hier eröffnen! Die deutschen Unternehmer sind durch die Kriegs- und Inflationsgewinne verwöhnt. Ohne Anstrengung fielen sie ihnen zu. Sie mögen beweisen, daß sie auch noch schöpferisch-produktive Pläne in die Praxis umzusetzen vermögen. Dann wird die passive Handelsbilanz auch in Deutschland zur aktiven werden.

Mercur.

RANDBEMERKUNGEN

*Die Kunst von Tel-Amarna
Zur Neuaufstellung im Ägyptischen
Museum zu Berlin*

Von Dr. Oskar Beyer

Seit einigen Jahren geschieht es, daß immer weitere Kreise von Kunstliebhabern in den Bann einer Stilepisode gezogen werden, die zwar tief in der nach Jahrtausenden zählenden ägyptischen Geistkultur verankert, in ihrer Tendenz jedoch von dieser sehr scharf unterschieden ist. Wem wäre nicht einmal der Name Echnaton, der Name des vierten Amenophis, des berühmten „Ketzerkönigs“, der um 1370 v. Chr. lebte, zu Ohren gekommen? Erst kürzlich wieder, im Zusammenhang mit der alle Welt in Aufregung setzenden Entdeckung des Grabes

Tut-anch-amons, seines Schwiegersohnes, hat man ihn häufig nennen gehört.

Es war ein durchaus revolutionärer Geist, der einsam in der Geschichte seines Reiches dasteht. Wer von den gewaltigen, starren Lebensordnungen ägyptischer Kultur eine auch nur einigermaßen sichere Vorstellung hat, wird ermessen können, was es bedeutet, wenn ein König den allgemein verehrten Göttern den Rücken kehrt zugunsten eines einzigen, wenn ein König die politischen Ziele seines Reiches hinter religiöse Angelegenheiten stellt, wenn ein König die alte heilige Residenz verläßt und eine neue, fern von ihr, Tel-el-Amarna, zu gründen wagt.

Der eine Gott des Amenophis ist der Sonnengott (Re). Er schuf ihn nicht, erlebte ihn nur so zentral, daß das Lebensrecht der übrigen in seinen Augen dahinsank. Dieser Sonnengott hatte schon seit jeher im Denken der Ägypter eine ungewöhnliche Rolle gespielt, zahllose Hymnen und Gebete sind ihm gewidmet worden. Ohne ihn ist die ägyptische Seele gar nicht denkbar. Er gehört zu ihr in seiner ganzen Herrlichkeit, genau so wie der Totengott mit der magischen Dunkelheit des Grabes, — hellstes gleichendes Licht und tiefe, einsame Schattenwelt, Leben gegen Tod, oder besser: dicht nebeneinander.

Der seelischen Religiosität, dem Monotheismus von Tel-Amarna entspricht die Kunst, die um den König herum entstand und unter seinem bewußten Einfluß gedacht werden muß. Sie hat ausgesprochenen Lichtcharakter. Die düstere Strenge, die übermenschliche Monumentalität, das, was viele vor der Kunst Ägyptens fröstelnd zurückschauern macht, ist hier aufgelöst in eine Formensprache von frühlingshafter Milde und Lieblichkeit. Das seelische Moment, die individuellen Züge werden wichtiger als je. Kunst spiegelt leisere, intimere Regungen wider. Der Kopf des jünglingshaften Königs, der Kopf und Leib der holden Gattin Nefretete, die Köpfe ihrer Kinder, der Prinzessinnen, das häusliche Leben der Königsfamilie und ihre kultische Beziehung zum Gotte — das ist vor allem Gegenstand der neuen Kunst.

Ihre Dauer freilich war die eines Frühlingstages. Sie war nur eine leichte Welle in der Flut ägyptischer Gesamtentwicklung. Der König scheint in jungen Jahren — das Wie ist dunkel, vielleicht gewaltsam — ums Leben gekommen zu sein. Die Sonnenstadt verödete oder ward zerstört. Das Volk, so-

fern es geistig wirklich auf der Seite des Königs gestanden haben sollte, fand' automatisch zu den alten Formen der Verehrung und deren bildmäßiger Symbolik zurück. Man kann dieses Schicksal kaum bedauern, denn das Streben des Königs war absonderlich, war in der Richtung durchaus unägyptisch. Es versuchte abzulenken in jene gefährliche Bahn, die später von den Griechen mit Konsequenz beschritten wurde. Die Gewalt ägyptischen Geistes aber setzte sich fort und herrschte bis tief in die griechische und römische Zeit des Landes hinein, um schließlich in der Verbindung mit dem Christentum, in der koptischen Epoche würdig auszuklingen.

Das Berliner Museum ist in der glücklichen und beneideten Lage, eine ziemlich beträchtliche Zahl von Fundstücken aus Tel-Amarna zu besitzen. Sie entstammen vor allem den Grabungen der „Deutschen Orientgesellschaft“ und waren jahrelang — mit Ausnahme des weltbekannten Amenophis-Kopfes — unsichtbar. Dann tauchte, ziemlich abgelegen aufgestellt, ein Bruchteil davon auf, bis schließlich vor wenigen Wochen eine neue Abteilung eröffnet wurde, in der der ganze Schatz allen Augen zugänglich gemacht worden ist, u. zw. in einer höchst eindrucksvollen, ja unvergeßlichen Weise.

Die räumliche Gestaltung dieses „Tel-Amarna-Hofes“, von Baurat Wille stammend, ist von wahrhaft vorbildlichem Feingefühl. Während der bunt bemalte (gegenüberliegende) „Tempelhof“ als ein Beispiel für die Anmaßlichkeit einer vergangenen Generation von Restauratoren jeden ernsthaften Besucher mit peinlichen Gefühlen erfüllt, herrscht hier bei aller stilistischen Entschiedenheit die größte sachliche

Zurückhaltung. Die architektonischen Formen sind streng kubisch, es fehlt jede Ornamentik, jede Farbigkeit. So wurde ein würdiger und unaufdringlicher Rahmen geschaffen, der nichts als Rahmen sein sollte, zufolge der Einsicht, daß wir eben nichts „nachmachen“ können.

Und doch wirken diese nackten, hellen, strengen Bauformen unendlich viel stärker als die Beispiele sklavischer Imitation. Durch einen engen, niedrigen Gang geleitet, tut sich der helle, mit einem Glasdach abgedeckte Raum auf, der von einer Mittel- und einer Querachse beherrscht wird. Deren Pfeiler sind beiderseitig durch eine Flucht von dunklen plastischen Hauptakzenten betont: stehende und sitzende Tiergottheiten. In der Mitte der Obelisk Ramses' II. mit dem betenden Pavian. In der kürzeren Querachse Werke von noch größerem Format: zwei mächtige Widder, das Oberteil einer Königsstatue und der Abguß einer herrlichen Hathorsäule in rosigem Granit.

In den niedrigen, offenen Seitenräumen ist die Tel-Amarna-Sammlung aufgestellt, sehr übersichtlich und mit großem Verständnis, wie es eines bedeutenden Museums würdig ist. Der Lichthof mündet in einen quergelegenen dunkleren Raum, den Ort der riesigen spätägyptischen Sarkophage. Auch an Pfeilern und Wänden stehen große mumienförmige Sarkophage, z. T. aus Holz, dumpf und gespenstisch wirkend, während sauber gerahmte Abreibungen von Sarkophagreliefs makellose Formen, besonders große, göttlich schöne Einzelgestalten zeigen.

Der Zustrom zu all' diesen Dingen ist begreiflicherweise jetzt besonders stark. Doch nicht nur etwa aus Gründen der Sensation. Unsere Zeit beginnt ägyptenreif zu werden. Sie fängt an, das riesige, breite

Leben zu ahnen, das in der Versteinerung der Dokumente schlummert. Am leichtesten mag der Zugang dazu durch die „zartfingrige“ Kunst von Tel-Amarna sein, da sie den naturalistischen Kunstvorstellungen der Menge am weitesten entgegenkommt. Nur soll man hier nicht stehen bleiben, sie vielmehr als Durchgang benutzen zu einer Geist- und Formwelt, deren Zeugnisse, für die Ewigkeit bestimmt, menschliche Herzen erschüttern müssen, solange es Menschen geben wird.

Der völkische Zirkus

Von Richard Bernstein

Der Einzug der Völkischen wird für den Reichstag eine Metamorphose bedeuten: im Wallot-Haus wird sich der Zirkus Busch mit seinen Stallwitzen und Clownplattfüden etablieren. Es wird Roßäpfelregen und andere Kinderscherze geben. Wie die Völkischen sich im Parlament lausbuben, das konnte man (Inzwischen ist der Spuk verfliegen) damals im österreichischen Abgeordnetenhaus erleben. Einige Erinnerungen an jene nationalistischen Rüpelspiele mögen auf die Schlammasbrüche des Wulle-Gully vorbereiten.

Das altösterreichische Abgeordnetenhaus hatte lange Zeit eine Monopolstellung unter den Parlamenten. Sind diese nach dem treffenden Wort Friedrich Naumanns Hallen der Wiederholungen, so barg der griechische Palast auf dem Franzensring zu Wien die Halle, in der wiederholt „die Esel und Ochsen durch die Luft flogen“. Der kleinbürgerliche Radikalismus hatte gegen die neunziger Jahre begonnen, die vornehmeren alten Parteien zu verschlingen; er mußte sich aber nach seinem Sieg gegen die Sozialdemokratie verteidigen und auch dies vollzog sich in dem altgewohnten, ehemals erfolgreichen Kampffargon. So kann man in einer alten Kultusdebatte, die die Sozialdemokratie als Broschüre herausgegeben hatte, folgendes kleine Zwiegespräch verewigt finden:

„... (Zwischen den Christlich-sozialen und den Sozialdemokraten entsteht eine lebhaft Auseinandersetzung.)

Abg. Prochazka (chr.-soz.)
zum Abg. Dr. Ellenbogen (Sd.):
Oberjud!

Abg. Schuhmeier (Sd.) zum
Abg. Prochazka: Obertepp! Abg.
Soundso (fortfahrend): . . .“

Der Präsident griff da gar
nicht erst ein.

In der großen deutschbürgerlichen
Obstruktion von 1897 gegen die
Regierung des Grafen Badeni, gab
es oft Schimpfszenen mit den Christ-
lichsozialen, die die Obstruktion
nicht mitmachten. Dem alldeutschen
Abg. Iro aus Eger hefteten sie
einmal wegen seiner böhmischen
Mehlspeisenheimat und seinem
bäckerlichen Privatberuf den
Schmucknamen „Gollatschen-
bäck!“ dauerhaft an, während der
überaus korpulente Wiener Vize-
bürgermeister Strobach, der
einstige Platzhalter Luegers, von
Schuhmeier als „Vizefettleck“
populär gemacht wurde.

Der christlichsoziale Abg.
Schneider betrieb als Spezial-
gebiet die Ritualmordhetze. Seine
Reden und Anträge liefen darauf
hinaus, daß ein staatliches Schuß-
geld auf Juden eingeführt und der
geschlechtliche Verkehr mit ihnen
als Unzucht mit Tieren bestraft
werden sollte. Wenn er aber nach
seinen Reden mit der Bonbontüte
durch die Bänke ging und auf
einen Juden traf, lud er auch den
herablassend mild ein: „No Jud,
nimm Dir halt aa a Zucker!“ In-
dessen verblaßte Schneiders Ruf im
gleichen Maß, wie die christlich-
soziale Rathausherrschaft Geschäfte
mit Juden machte. Man sagte ihr
sogar nach, daß sie die Straßen-
reinigung der Firma — Regen &
Sonnenschein übertragen habe. Als
Lueger „die englisch-jüdische Gas“
(die Geiß heißt im Dialekt auch Gas,
ebenso gedehnt gesprochen wie das
Leuchtgas) durch die städtischen
Gaswerke ersetzt wurde, erhielt
Schneider, der im Privatleben Me-
chaniker war, eine große Bestellung
an Gasmessern. Daraufhin löschte
der sozialdemokratische Zuruf „Die
Gasuhr!“ sein Licht aus.

Von einem anderen Christlich-
sozialen, dem Wäschehändler Gre-
gorig, der sonst gern den „Juden-
sori“ Zerstörung der Familie und
der „Moräul“ nachsagte, wurde gar
ein galantes Abenteuer ruchbar, das
im Lokal Wimberger und bei dem
eine Syphonflasche eine Rolle ge-
spielt hatte. „Sodawasser
beim Wimberger!“ — die
drohende Andeutung verfolgte fort-
an den streitbaren Pfadler und
machte ihn schließlich der Politik
überdrüssig.

Böse war's für die antikorrup-
tionistische Lueger-Partei, als eine Af-
färe Hatzl auftauchte und einer
ihrer Koryphäen der ganzen Partei
Anbetung des Gott Nimm atte-
stierte. Den wurde sie nicht mehr
los und der schadete ihr viel mehr
als die berühmten Offenherzigkeiten
Bielohlaweks, der Leo Tolstoi vor
allem Volk einen alten Teppen nann-
te und die gegnerische Heranzie-
hung von Büchern als Beweismittel
mit dem Ausruf entwaffnete: „U-
jegerl, scho wieder a Buach, dös
hab i scho gfressen — schreibt eh'
mer a Jud vom andern ab!“ Seine
Anzweiflung der Darwinschen Ab-
stammungslehre trug dem guten Bio-
lawek ein, daß er im Arbeiter-
witzblatt stets als Affe abgebildet
wurde — und das erst recht, nach-
dem der Verantwortliche deswegen
vier Wochen gebrummt hatte.

Vorkämpfer gegen die Christlich-
sozialen war Franz Schuh-
meier, ein typischer Wiener Ar-
beiter — fesch, witzig, energisch,
lebenslustig. 1913 wurde er heim-
tückisch erschossen. Der Bruder des
christlichsozialen Führers Leopold
Kunschak war der Mörder. Schuh-
meiers schlagfertiger Witz hat ihn
oft mit Adolf Hoffmann vergleichen
lassen. Als er z. B. einmal im
Wiener Gemeinderat fortwährend
Zwischenrufe machte und der vor-
sitzende Bürgermeister ihm das
urtersagte, antwortete Schuhmeier
gemütlich: „Aber, Herr Borga-
mesta, i red ja nur mit mir selber!“
Von seiner Art, zu polemisieren
nur ein Beispiel aus einer Debatte
über die Stolagebühren der Pfarrer:
„Meine Herren, mir ham in der

Schul glernt, daß Jesus Blinde sehend und Lahme gehend gemacht hat. Aber steht was im Evangelium, daß er si' dafür hat a Stolgebühr zahln lassn?"

Soviel Witz hatte und brauchte der Aldeutsche Schönerer nicht, der Abgott der Studenten und selbstherrliche „Herrgott von Zwettl“. Als die Nichtdeutschen anfangen, den Namensaufruf bei den namentlichen Abstimmungen, die eben wegen des zeitraubenden Namensaufrufs das Hauptkampfmittel der Obstruktion waren, in ihrer Muttersprache zu beantworten, sagte Schönerer, als die Reihe an ihn kam, in dröhnendem Bierbaß: „Oh yes.“ Da jedoch Englisch nicht zu den nach Artikel 19 der Verfassung gleichberechtigten Sprachen der „im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“ gehörte, gab es unendliche Weiterungen und schönste Zeitvertrödelungsgelegenheiten, aus diesem „oh yes“. Aber auch die Herrlichkeit der Schönerer-Partei verging. Ihrem Mitglied, dem schlesischen Tierarzt Türk wurde nachgewiesen, daß er einmal das „Kampfersationslexikon“ verlangt hatte!

Der Jung-Siegfried der Aldeutschen, der später abtrünnige Karl Hermann Wolf, gebrauchte zur Erledigung gegnerischer Argumente gern, sozusagen in Anlehnung an die mächtigen Galerieträger des Saals, den Zuruf: „Da lachen ja die Karyatiden!“

Im böhmischen Landtag trat Wolf gegen die Tschechen so auf, daß er schließlich nur unter Polizeieskorte die Prager Straßen betreten konnte. Als der Landtag, den die Tschechen mit „Slaony sneme“ (Hohes Haus) anredeten, mitten im tschechischen Obstruktionstoben vom k. k. Statthalter geschlossen wurde, rief ihm Wolf höhnend böhmakelnd zu: „Slaony sneme, pack me zamm und geme!“

Auch das Wiener Abgeordnetenhaus verfiel der Schließung. Karl Kraus schrieb in der „Fackel“ dazu im Anschluß an damals viel erörterte Börsenmanöver, daß nun die parlamentarischen Drucksachen als

Makulatur von den Abgeordneten dem Greisler (d. i. Lebensmittelhändler) verkauft werden, (der Greisler) Bielohlawek mache dieses Geschäft in sich.

Mittel gegen Maulsperre

Sie werden jetzt sehr gesucht. Nämlich: die Mittel gegen Maulsperre. Gegen die Maulsperre, die sich der eine oder der andere in der Wahlschlacht geholt hat. Einige Fälle scheinen allerdings hoffnungslos zu sein. So etwa, wenn das Maul sich sperrte: „Nieder mit diesen Verrätern! Nieder mit diesen Betrügnern! Kein revolutionärer Arbeiter, kein ehrlicher Klassenkämpfer stimmt am 4. Mai für die VSPD. Nieder mit der VSPD.: dieser Hure des Kapitals! Wählt USPD.“ Wie solche Maulsperre des „Weckruf“ geheilt werden soll, heute, wo auf weiter Flur kein USP. zu sehen, das zu beantworten, wird wohl ein medizinischer Kongreß einberufen werden müssen.

Auch die Deutschnationalen haben ihre Maulsperre gehabt, und sie werden sich selbst tüchtige Kinnhaken geben müssen, bevor der den schwarz-weiß-roten Block gar gefährdende Wortschwall gebremst ist, der noch gestern ungehemmt entströmte: „Die Deutsche Volkspartei? Sie wollte uns doch so schön von roten Ketten freimachen. Sie hat uns doch den glanzvollen Außenminister Stresemann geliefert, der mit Erzberger sich am schnellsten mit unsern Feinden verständigen wollte. Sie macht alles mit, vom Republikschutzgesetz über die bedingungslose Aufgabe des passiven Widerstandes bis zum Sachverständigen-Gutachten. Die Deutsche Volkspartei ist mitschuldig. Ade, Deutsche Volkspartei.“

Die Deutsche Volkspartei höchstselbst hat auch das Maul mehr aufgesperrt, als ihr gut sein könnte. Stresemann, Kardorff und Luther stehen unter einem Flugblatt, das wie folgt sich der Koalitions politik erinnert:

„Schulze: Müller, det haste fein jesagt, aber det mit die Sozi — det jefällt mir nich.

Müller: Wat denn „mit die Sozi“? Erst hat Stresemann mit die Sozi anjefangen, den schematischen Achtstundentag abzubauen und mit die Sozi den Kronprinzen nach Deutschland rinjelassen und mit die Sozi die Reichswehr nach Sachsen jeschickt, um dort Ordnung zu schaffen, und als die Sozi dann Angst kriegten vor ihrer eigenen Courage, hat er se loofen lassen und seine Politik ohne sie weiter gemacht — wat willst du noch?

Schulze: Na, warum sitzt denn dann die Volkspartei immer noch mit Severing zusammen in die preußische Regierung?

Müller: Oller Dussel, det könntste Dir ooch selber sagen! Ausgerechnet jetzt, wo der Beamtenabbau durchgeführt werden muß, soll die Volkspartei aus die preußische Regierung raus? Damit Sozi, Zen-

trum und Demokraten die Sache allein fingern können? Willste vielleicht Hänisch'en wieder als Minister für Schule und Kirche haben oder gar Adolf Hoffmann? Nee, die Volkspartei muß jetzt noch drin bleiben! Solange, bis Demokraten und Zentrum Vernunft annehmen und ooch in Preußen zu einer rein bürgerlichen Regierung bereit sind. Weebte, ick gloobe, det is gar keene leichte Uffgabe, so immer mit die Sozi an eenen Tisch zu sitzen und uffzupassen, det se keenen jar zu jroßen Quatsch machen. Dafür muß man der Volkspartei dankbar sein.“

Maulsperre ist Begleiterscheinung beim Wahlkampf. Ist besonders tückisch für schwankende Gestalten. Heilbar ist sie durch Injektion mit P. V. sp. Koa. (Politische Vernunft spezialiter Koalition.)

R. Br.

CARL LUDWIG SCHLEICH ES LÄUTEN DIE GLOCKEN

Phantasien über den Sinn des Lebens. 400 Seiten auf feinem Papier mit 212, teils zweifarbigen Abbildungen im Text und einer farbigen Drucktafel • 27. Auflage • Halbleinenband 10 Goldmark

Arbeiter-Zeitung, Wien: . . . Von verklärender Phantasie durchhauchte Deutungen der Rätsel des Weltalls. — Besonders verschönt wird der Gesamteindruck des Werkes durch den sittlichen Ernst, der es vermag, das wiedergegebene Wissen zur Religion zu machen. Ein Lebensbuch mit unerschöpflichem Gewinn. Ein ganz einzigartiges Buch in unserer Literatur.

KURT GEUCKE GOETHE UND DAS WELTRÄTSEL

Von künftigen Dingen • Gebunden 1½ Goldmark

„Dem Dichter Geucke dient der große Verkünder des ‚Stirb und Werde‘ als Kronzeuge an die künftige Wiedergeburt und das Büchlein bietet poetisch wertvollen Ausdruck solcher Ueberzeugung.“
Georg Witkowski, der Goethe-Biograph.

DER TOD DES MATERIALISMUS UND DER THEOSOPHIE

DIE RELIGION DER TATSACHEN

Gemeinverständlich dargestellt von . . . • Geheftet 1,— Goldmark

Ein Meer von Licht leuchtet aus dieser Schrift. Wer Klarheit, absolute Klarheit will, der greife sich das Büchlein. Was es zum Beispiel über die Mystik zu sagen weiß, gehört zu den großartigsten Bestätigungen und Erklärungen dieses Götterlebens, die es gibt.
Carl Rußwurm.

CONCORDIA DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
ENGEL & TOECHE, BERLIN SW 11

DIE GRUNDLINIEN DER WELTGESCHICHTE

H. G. WELLS

Einen außergewöhnlichen literarischen und verlegerischen Erfolg bedeutet die Herausgabe dieses epochemachenden Werkes in deutscher Sprache. Er beweist, daß der Spenglersche Niedergangs-Pessimismus wie Spreu verweht und dem hoffnungsvollen Glauben an ein Bessermachen nicht standhalten kann

**Die dritte
Lieferung ist erschienen**

Künftiger Inhalt der Lieferungen 64 statt 48 Seiten

Preis je M. 1,50

Verlag für Sozialwissenschaft GmbH., Berlin SW 68

In wenigen Tagen erscheint
nach langer Vorbereitung:

STINNES

UND SEINE KONZERNE

Eine auf zuverlässiges
Material gestützte Darstellung
der riesenhaften Verzweigung
dieses großen Machtkomplexes

von

PAUL UFERMANN
und **CARL HÜGLIN**

100 Seiten Text und
100 Seiten Tabellen
Steif kartoniert mit Leinenrücken
Preis M. 8,-

Berlin SW 68
Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.

Die Glocke

HERAUSGEBER PARVUS

Inhalt:

Robert Breuer:

Der nationale Regenwurm 193

Herman Kranold:

Die Vorabstimmung in Hannover . . . 198

Ernst Reuter:

Rußland oder England? 204

Erich Kuttner:

Coßmanns 10000 Heubündel 207

Paul Kampffmeyer:

*Der weißblaue Feldzug gegen die
deutsche Republik (Schluß) 211*

Bruno Schönlank:

Reisebrief an Berlin 214

Josef Maria Frank:

*Zum 1924sten Male nach Christo:
Frühling 217*

Wirtschaftlicher Rundblick 218

§ 218 — Die Nationalen wollen also doch den Krieg
Volkswirtschaftliche Jugendbücher — Deutsche Kunst und
Art — Grummet

Verlag für Sozialwissenschaft
Berlin SW 68, Lindenstraße 114

Preis 30 Pfennig

In den nächsten Tagen erscheint:

Paul Ufermann

Könige

Hugo Stinnes

Otto Wolff

J. Michael

Siegmund Bosel

Camillo Castiglioni

Rudolph Karstadt

Friedrich Minoux

Richard Kahn

Alfred Ganz

Hugo Herzfeld

*Kleinere Empor-
kömmlinge*

der

Inflation

Berlin SW 68

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.

Der nationale Regenwurm

Von Robert Breuer

„Die Deutschnationalen können in keine Regierung eintreten, keine Regierung unterstützen, die heute sich noch gebunden fühlt durch Rücksichten auf den äußeren Feind . . . Deutschland und die Welt leiden unter dem Fluch von Versailles . . . Deutschland will keine Sklavenarbeit für fremde Machthaber leisten.“ Das war die Erklärung, mit der am 15. Oktober die Deutschnationalen den Wahlkampf einleiteten. „Nun aber Schluß mit Nachgiebigkeit und den Angeboten. Wir fordern: ein entschiedenes, ausdrückliches Nein auf das französisch-belgische Verlangen der Kapitulation, der Aufgabe des passiven Widerstandes . . . wir fordern entschlossenen, verschärften Widerstand gegen die Gewalt der Feinde. Nur eine Regierung, die das deutsche Volk auf diesem Wege kraftvoll und mutig führt, kann auf unsere Unterstützung rechnen. Das deutsche Volk steht im letzten Entscheidungskampf um Dasein und Zukunft. Darum heißt es: Nun erst recht.“ So erklärten am 8. Juni die Deutschnationalen, nachdem die Regierung Cuno monatelang den schärfsten Widerstand gegen die Ruhrbesetzung geleistet hatte. Niemand konnte daran zweifeln, daß die Deutschnationalen den Uebergang vom passiven zum aktiven Widerstand verlangten; niemand konnte voraussetzen, daß letzten Endes die Deutschnationalen sich dem Vertrage von Versailles beugen und ihn erfüllen wollten. „Ich sage mit derselben unbedingten Gewißheit, mit der ich seinerzeit das Londoner Ultimatum für unerfüllbar erklärt habe, daß die von den Experten vorgeschlagenen Jahresleistungen schlechthin unerfüllbar sind. Werden sie trotzdem von einer deutschen Regierung als bindende Verpflichtungen übernommen, so muß sich das deutsche Volk darüber klar sein, daß es mit allen an die Nichterfüllung in dem Expertenbericht geknüpften Folgen heute schon als mit von ihm selbst anerkannten Rechtswirkungen zu rechnen hat . . . Man wird uns von der französisch-belgischen Regie im besetzten Gebiete ‚befreien‘, indem man die gesamten Reichseisenbahnen auf Gnade und Ungnade einer internationalen Regie ausantwortet . . . Das von den Experten vorgeschlagene System, als dessen Zweck die Schonung der deutschen Valuta verkündet wird, ist also die Organisation der Ueberführung der deutschen Wirtschaft in die Hände der Reparationsgläubiger, die Organisation der Ueberfrem-

derung der deutschen Wirtschaft von innen heraus . . . Der Bericht der Experten mutet dem deutschen Volke die Verstümmelung seiner Souveränität und die Unterwerfung unter eine wirtschaftliche Fremdherrschaft zu . . . Der Expertenbericht verlangt von uns ungeheure und unerfüllbare materielle Opfer, er verlangt die Preisgabe vitaler Hoheitsrechte und die Auslieferung der deutschen Wirtschaft an die Fremdherrschaft der Reparationsgläubiger . . . Er läßt das Damoklesschwert weiterer Sanktionen über uns in Schwebelage . . . Er schafft für diese Politik der rohen Gewalt eine Rechtsgrundlage . . . Der Fluch der Unterzeichnung unerfüllbarer Verpflichtungen und der Fluch der Sünde wider den Geist nationaler Selbstbehauptung hat fünf Jahre lang auf Deutschland gelastet und das deutsche Volk hart an den Rand des Unterganges geführt. Das deutsche Volk ist ohne Rettung verloren, wenn es heute diesen Fluch von neuem auf sich läßt . . .“ So schrie Helfferich am 18. April 1924 in einer Kritik der Sachverständigenvorschläge, die er das zweite Versailles überschrieb. Niemand konnte daran zweifeln, daß für die Deutschnationalen die Expertenvorschläge unannehmbar und undiskutierbar waren. Gegen diese Vorschläge, gegen den Frieden von Versailles haben die Deutschnationalen den Wahlkampf geführt, und ganz folgerichtig betitelte die „München-Augsburger Abendzeitung“ ihren am 6. Mai erschienenen ersten Bericht über den Ausgang der Volksabstimmung: „Die Reichstagswahl gegen die Erfüllungspolitik“.

Und nun soll das alles nicht gewesen sein, nun soll hinter all solchem Wortschwall sich eine Politik verborgen haben, die von der Politik der verschiedenen Koalitionen und ganz gewiß von der Politik der Herren Fehrenbach, Cuno und Marx durch nichts, es sei denn durch einige Phraseologie, zu unterscheiden ist. Man darf sagen: Welche Wendung durch die Fügung, die Regierung übernehmen zu können. Aus dem Lindwurm ist ein Regenwurm geworden. Die Nationalen drehen sich und wenden sich; aber sie wollen erfüllen. Sie wollen erfüllen, weil sie wissen, daß keine Regierung auch nur acht Tage zu bestehen vermag, die dem deutschen Volke die Folgen der Nichterfüllung auf den Hals hetzt. Sie wollen erfüllen, weil sie höher als den deklamierenden Widerstand gegen die Erfüllung die Abwälzung des Unvermeidlichen auf die breiten Massen und höher noch die Zertrümmerung des Volksstaates, des Parlamentarismus und der Demokratie erachten. Außenpolitisch werden die Nationalen den bisher gesteuerten Kurs weiter steuern; nach innen, dem Volke, den Arbeitern, werden sie die gepanzerte Faust zeigen.

Darum muß alles getan werden, um eine Regelung der Außenpolitik durch die Nationalen zu verhindern. Wenn die Nationalen etwa darauf rechnen sollten, daß die Sozialdemokratie, weil sie grundsätzlich die Sachverständigenvorschläge angenommen hat, auch

zustimmen wird, wenn die Regierung der Volksfeinde dieses Sachverständigengutachten unterschreibt, dann sollen sich die Nationalen darin getäuscht sehen. Wir hoffen, daß die neue französische Kammer, in der die sozialistische Fraktion keinen unwesentlichen Einfluß haben dürfte, gleich uns der Auffassung sein wird, daß eine wirkliche Garantie für eine endgültige Friedensfindung zwischen den beiden großen Völkern von vornherein schwer belastet sein würde, wenn unter ihr an erster Stelle die Unterschrift der Deutschnationalen stände, während die der deutschen Arbeiterschaft fehlte.

Wir dürfen überzeugt sein davon, daß die neue französische Kammer die Sicherung des Friedens vor allem in dem Bloek der deutschen Arbeiterschaft, in der Sozialdemokratie, und in einer Regierung, an der die Sozialdemokratie beteiligt ist, sehen wird!

Die Deutschnationalen wollen zur Regierung. Vor den Ministersesseln steht das kaudinische Joch der Erfüllung. Unter dieses Joch sollen die Nationalen sich stellen. Ob sie hindurchgehen müssen, das wird dann wesentlich von uns abhängen. Eine Neuwahl, die stattfindet, nachdem die Nationalen sich mit der Erfüllungspolitik so kompromittiert haben wie die Sozialdemokratie aus vaterländischen Beweggründen heraus, um der Ganzheit des Staates willen, durch die Ermächtigungsgesetze, durch die Unterschiedlichkeit der Politik gegen Bayern und der gegen Sachsen und viele andere politischen Maßnahmen sich (wenn man so sagen will) kompromittieren mußte, wird zeigen, wie vergänglich der Erfolg einer Wahl war, die damit geschlagen wurde, daß Versailles zerrissen werden sollte, und die sich wiederholen soll an der Frage, wer den, auch durch die Nationalen nachträglich unterschriebenen Versailler Vertrag bezahlt. Der entpanzerte Lindwurm, der zum Regenwurm wurde, wird leicht zu zertreten sein.

*

Selbst in Halle hatte sich der nationale Drache in harmloses Lämmerschwänzchen verwandelt. Keine Revanche, kein Tragen der schwarz-weiß-roten Fahne über den Rhein. Gestern las man das noch anders. Und die Schulbuben, die man in allerlei bunte Uniformen gekleidet, mit Blechornamentik behangen und grellen Lappen ausgerüstet hat, sie dürften zum ersten Male solche Sprache vernommen haben. So ungefähr hätten das wohl Stresemann und selbst Scheidemann sagen können. Deutschland wieder frei, Deutschland wieder groß, Deutschland wieder gesund. Darüber gibt es keinen Streit. Der Weg zu solcher Gesundheit, zu solcher Freiheit, zu solcher Größe war umstritten, und die vaterländischen Verbände, Werwolf und Bismarckbund, Stahlhelm, und wie die Dutzende dieser Sturmtrupps und Rollkommandos heißen mögen, haben gewiß bis zum Tage der Hallenser Denkmalsenthüllung sich bereits im Schatten Schills und Körners in Paris einziehen

sehen. Ob alle diese Verbände zustande gekommen wären, wenn man ihnen erzählt hätte, daß Erfüllungspolitik gemacht werden solle? Wozu die militärische Aufziehung, die Nachahmung der glorreichen Armee, wozu Fahnen, Heerpauken und Gummiknüppel, wozu Felddienstübungen und Waffenverstecke, wenn immer wahr war, was im Namen der vaterländischen Verbände der Graf von der Goltz veröffentlicht: Keine Möglichkeit eines neuen Krieges, Aussichtslosigkeit eines Verzweiflungskrieges, völlige Vernichtung Deutschlands im Fall eines neuen Krieges. Wozu der Lärm? So war alles nur Schwindel? So hat man die Jugend gefoppt, so hat man sie unter der Parole, „es ginge demnächst gegen den Erbfeind“, eingefangen, um sie zunächst einmal und hoffentlich für alle Fälle, fest in die Hand zu bekommen. Gegen Frankreich dressiert und zum Anrennen gegen deutsche Mitbürger bestimmt. Das also ist die große Gesundung, die die Nationalen dem deutschen Volke bescheren wollen. Schlageter ist von der heiligen Säule herabgekommen. Man will Kant, Goethe und Beethoven anbeten, aber man zählt zugleich die Banner, auf denen Totenköpfe, Hakenkreuze und manche andere Symbole der Schlachtengötter prangen. Und mit solchem Doppelspiel glauben die Nationalen auf die Dauer das deutsche Volk betören zu können. Sie werden, wenn sie die rotbehoste Zielscheibe in die Versenkung fallen lassen, den aufgestachelten Verbändlern eine andere Zielscheibe weisen müssen: das zerlumpte Gewand des Proletariats. Vielleicht aber werden doch so manche dieser Werwölfe, wenn sie aus der Illusion erwachen und den Vertrag von Versailles durch ihre glorreichen Führer erfüllt sehen, sich doch noch eines Besseren besinnen. Und auch darum: die Nationalen müssen unter das Joch.

*

Für eine geistige Bewegung haben also in Halle die Generale, hat dort Herr Ludendorff, hat der Prinz Oskar demonstriert. So erklärt es sich wohl, daß der Reichswehrminister auch eine der famosen Traditionskompagnien der Reichswehr nach Halle entsandt hat. So erklärt es sich wohl, daß dieser Mummenschanz und Unfug überhaupt vor sich gehen konnte. Der erste Mai, das ist die Orgie des Materialismus, es ist aber gewissermaßen die Vorstufe geistiger Erziehung, die Stufe der Selbsterkenntnis, wenn geschlagene Generale, und im besonderen solche, die auch nach dem verlorenen Krieg nur Torheiten begangen und sich immer wieder als ebenso dumm wie taktlos und feige erwiesen haben, öffentlich Paraden abnehmen und Huldigungen sich zu Füßen legen lassen. Die Sprengung des Moltke-Denkmal war sicherlich eine verwerfliche Albernheit; und die Kommunisten sollten auch aus solcher Episode lernen, wie gegenüber der deutschen Reaktion ihre Gewalttaten zerspritzen und genau das Gegenteil bewirken von dem, was sie bewirken möchten. Aber das muß man doch sagen: gemessen an

*

der Verlogenheit dieser Hallensischen Komödie, die den Revanche-Aufmarsch der vaterländischen Verbände in eine Defiliercour vor geistigen Gütern umbiegen wollte, gemessen an diesen Generalen, die sich nicht entblöden, die Republik, von der sie gefüttert werden, öffentlich zu verhöhnen, gemessen an dem Reichswehrminister, der sich dazu vergißt, die republikanischen Soldaten vor der Fahne der Rebellen stramm stehen zu lassen, an solchen Halbheiten und Grotesken gemessen, sind die Kommunisten, die im Kampf für eine zwar falsche, aber doch ehrlich gemeinte Idee gefallen sind, wahrhaft Helden.

*

„Das Ziel, das wir in unserem Drängen auf die Wahl und im Wahlkampf verfolgten, war, die Macht des Marxismus über die Geister zu schwächen und der Herrschaft der Sozialdemokratie ein Ende zu machen. Wir halten die Zeit noch nicht für gekommen, unsere letzten Wünsche im Reichstage durchzusetzen. Wohl wäre es aber am Platze, im Anschluß an die bayerische Denkschrift und darüber hinaus schlimmste Fehler des demokratischen Parlamentarismus und Unitarismus — diesen Fremdgewächsen gebührt das Fremdwort — zu beseitigen.“ Für solch Geständnis des Grafen Westarp würden wir dankbar sein, wenn wir es nötig gehabt hätten. Wir aber können des Gebells dieses freßgierigen Hundekopfes entbehren. Wir wissen, wohinaus die Nationalen wollen. Vor Herrn Poincaré — um es immer wieder zu sagen — würden sie kuschen, und das deutsche Proletariat würden sie regieren, regieren, so wie sie das verstanden haben: Dreiklassenwahlrecht, Gesindeordnung und Getreidezölle. Das muß vereitelt werden. Wenn nun schon die Nationalen erkannt haben, daß Erfüllungspolitik gemacht werden muß, so ziehen wir doch vor, diese Politik selbst zu machen. Wir glauben, daß, wenn die schwarz-weiß-roten Rattenfänger nicht mehr das Lied der Revanche werden blasen können, daß dann die Vernunft und der Selbsterhaltungstrieb des deutschen Volkes sich gegen den Feudalismus der Raubritter angemessen verhalten werden. Und darum: die Nationalen müssen unter das Joch (schon stehen sie halb darunter) und dann muß die Tür zur Regierung vor ihnen zugeschlagen werden.

Gesichert aber sollte die Tür werden durch einen Block der Vernunft, gefügt aus den Parteien, die willens sind, mit dem England Macdonalds und dem verjüngten Frankreich eine Politik der ehrlichen und allen Beteiligten gerechtwerdenden Verständigung zu treiben, europäische Politik, eine Politik, die den Forderungen des in der westlichen Welt machtvoll vorstoßenden Sozialismus, den Forderungen der Menschlichkeit gegenüber allen, die Werk verrichten, Erfüllung gibt.

Die Vorabstimmung in Hannover

Von Herman Kranold (Hannover)

In der Provinz Hannover wird am 18. Mai eine Volksabstimmung stattfinden, die vermutlich nicht gerade als Erziehung zur Ausübung des Stimmrechts wirken wird. Mit Ausnahme einer einzigen Partei haben alle Parteien und, im Bunde mit ihnen, die preußische Staatsregierung nämlich die Parole ausgegeben, daß jeder Staatsbürger seine Pflicht tun solle, indem er der Abstimmung fernbleibt.

Dieser etwas seltsame Vorgang hat seinen Grund darin, daß in der Provinz Hannover die politischen Verhältnisse selbst so seltsam sind, wie wohl in keinem andern Teile des Deutschen Reiches. Wenn gleich auch im übrigen Deutschland an Parteien ein eigentlicher Mangel nicht besteht, so leistet sich die Provinz Hannover doch schon seit langen Jahren den Luxus einer eigenen Partei, die ihr kein anderer Teil Deutschlands nachmachen kann. Es handelt sich um die Deutschhannoversche Partei, die sich lediglich mit der Bearbeitung hannoverscher Spezialangelegenheiten befaßt. Sie ist eine Eigenbrötlerpartei im krassesten Sinne des Wortes. Schon als Partei ist sie ein seltsames Gebilde. Schon lange, ehe die Völkischen diesen reizvollen Witz erfunden hatten, erklärte diese Partei, sie wäre eigentlich gar keine Partei, sondern vielmehr eine Bewegung, nämlich eine Bewegung, die sich die Verwirklichung des Heimatgedankens zum Ziel gesetzt habe und als solche über allen Parteien stehe. Der Heimatgedanke aber besteht nach den Veröffentlichungen der Presse dieser Partei politisch in der Schaffung eines neuen Staatsgebildes im Rahmen des Reiches in Nordwestdeutschland, wirtschaftlich in der Loslösung der hannoverschen Wirtschaft aus der Verstrickung in den gesamtdeutschen Kapitalszusammenhang, kulturell in der Pflege heimischer Art und Sitte, womit in erster Linie wohl die Pflege des niedersächsischen Schrifttums und die Zulassung des Plattdeutschen als zweite Amtssprache neben dem Hochdeutschen gemeint sind.

Um so mehr gerät man in Erstaunen, wenn man — allerdings nach Ueberwindung einiger Schwierigkeiten, da die Partei diese Tatsache gern schamhaft verschweigt — herauskriegt, daß diese Partei ein Programm besitzt, das sich keineswegs auf die genannten drei Fragenkomplexe beschränkt, sondern so ziemlich alle Dinge in sehr entschiedenem Sinne behandelt, die zwischen Himmel und Erde überhaupt Gegenstand der Arbeit einer politischen Partei werden können. Wenn man sich dieses Programm ansieht, so findet man, daß die Partei zu charakterisieren ist als eine grundsätzlich monarchistisch eingestellte Partei, die aber bereit ist, auch in der Republik nicht draußen in der Kälte zu sitzen, sondern die Vorteile eines republikanischen Regimes gemächlich und in Sicherheit zu genießen. Wirtschaftspolitisch sieht man, daß die Partei darauf ausgeht, den Großbauernstand vor Enteignung zu schützen, innere Kolonisation, soweit sie nicht durch Zerschlagung von Domänenland betrieben werden kann, zu verhindern, in den Städten der industriell-großkapitalistischen Entwicklung sich entgegenzustemmen und handwerklich-mittelständlerisches Wesen nach Kräften zu fördern. Sozialpolitisch ist die Deutschhannoversche Partei reaktionär eingestellt, sie ist gegen den Achtstundentag, gegen Fortschritte in der Sozialversicherung, sie widersetzt sich der wirtschaftlichen Betätigung des Staates und der Gemeinden und hat gegen alle Formen öffentlich-rechtlicher Verwaltungswirtschaft erbarmungslos gekämpft und kämpft noch heute so. Im Grunde ist das Ideal, auf das diese Partei aufgebaut ist, das eines mittelalterlichen Ständestaates, in dem oben ein von den Ständen abhängiger König thront, dann ein hochgeborener Adel die Staatsverwaltung beschlagnahmt, und nur zu den wenigen Aemtern, zu deren

Bekleidung Fachkenntnisse bedauerlicherweise unentbehrlich sind, bürgerliche Gelehrte zuläßt. Unterhalb dieser Schichten der Hochmögenden liegt dann eine breite Masse von Handwerkern und Bauern, evtl. auch Landarbeitern und Pächtern; eine soziale Frage gibt es nicht, weil die Entstehung eines städtischen Proletariats nicht geduldet wird; da, wenn einmal Industrie auftritt, auch Proletarier unvermeidlich sind, so wird Industrie nicht geduldet.

Eine Partei, die in mehr oder weniger ausgesprochener Weise solchen Idealen nachgeht, ist in der so ganz anders gestalteten Welt der Tatsachen heute natürlich verraten und verkauft. Den Problemen der Gegenwart freilich kann sie sich nicht entziehen. Denn das kann niemand, der sich nicht auf kürzestem Wege in ein Kloster oder in eine Irrenanstalt oder sonst ein sicheres Asyl für geistig Obdachlose begibt. Alle Fragen, die die Gegenwart ihr entgegenwirft, sucht die Deutschhannoversche Partei daher unter dem Gesichtspunkt der Rückkehr zu diesen Idealen zu beantworten. Das wichtigste Mittel dazu ist ihr die Zerschlagung der großen staatlichen Einheitsgebilde und die Wiederherstellung des staatlichen Kleinbetriebes in vollem Umfange. Deshalb wird gegen den Zentralismus gedonnert, deshalb wird versucht, das sogenannte Unrecht von 1866 wieder gutzumachen, deshalb werden täglich in den Betätigungen der Partei lebende Beispiele für die Wahrheit des Satzes produziert: im engen Kreis verengert sich der Sinn.

Kulturgeschichtlich ist es interessant, zu sehen, wo denn dieser Kantönligeist seine stärkste Ausprägung gefunden hat. Es ist in jenen Gegenden Hannovers der Fall, in denen die Menschen einsam leben. Die Provinz Hannover besteht zum großen Teil aus Gebieten, in denen Industrie kaum eine natürliche Grundlage hat, und Landwirtschaft, wenn man von den allerneuesten Methoden absieht, mit Vorteil nur außerordentlich extensiv betrieben werden kann. In der Heide und im Moorgebiet liegen als weitmaschiges Netz Einzelgehöfte ausgebreitet oder, wo slawische Siedlungsgewohnheiten eingewirkt haben, wie z. B. im hannoverschen Wendlande, kleine Dörfer, aus fünf oder sechs mäßig großen Gehöften bestehend, die um einen gemeinsamen Dorfhof herumgebaut sind. Erst in neuerer Zeit sind die Verkehrsverhältnisse besser geworden; es ist noch nicht lange her, daß der größte Teil der Einwohner dieser Siedlungen, sofern er nicht militärpflichtig war, während seines ganzen Lebens kaum über einen Umkreis von 10 oder 20 km um seinen Wohnort herauskam, — einen Umkreis, in dem vielleicht 15 bis 20 Familien im ganzen aufzutreiben waren. Daher Engzucht, feste Anheftung an die Scholle und jene Verengung des Horizonts, die den Menschen unfähig macht, in größeren Verhältnissen sich zurechtzufinden, wenn das Schicksal ihn in sie hineinschleudert. Daher die Neigung zur Sektenbildung, zum Fanatismus, zur Starrsinnigkeit, zum Festhalten an den seltsamsten Ueberlieferungen und Gewohnheiten in Wirtschaft und Kultur und im Zusammenhang mit der Kärglichkeit des Ertrages der Wirtschaft eine Ausprägung des Sinnes für Privateigentum, wie sie selten nur anderswo in solcher Schärfe und Tiefe beobachtet werden konnte. Daher auch ein Rechtsempfinden, das im allerengsten Kreise immer wieder sich herumdreht. 1866 hat Preußen die Kriegserklärung an Hannover ausgesprochen. Also ist Preußen der Friedensbrecher und Räuber. Das königlich hannoversche Heer ist unbesiegt, denn 1866 wurde es von den Preußen bei Langensalza angegriffen und schlug am ersten Tage diesen Angriff ab. Hannover hat niemals Frieden mit Preußen geschlossen, sondern Hannover ist annektiert worden, seine Bevölkerung zu irgendwelcher Staatsbürgertreue gegen Preußen also nicht verpflichtet, der preußisch-hannoversche Krieg ist für diese Auffassung 1866 nicht beendet worden, sondern dauert heute noch an usw.

Daher auch die dem Fanatismus entspringende fabelhafte Fähigkeit, faustdicke Tatsachen ein Leben lang nicht zu sehen. Daß 1866 Hannover ein Bündnis mit Oesterreich abgeschlossen hatte und gerüstet Preußen im Rücken bedrohte, daß am Tage nach Langensalza das hannoversche Heer vor den Preußen die Waffen strecken mußte, daß König Georg V. 1867 durch den Vertrag von Hietzing sich seine Ansprüche auf Hannover von Preußen für ein paar Millionen Taler in preußischen Konsols hatte abkaufen lassen, daß 1892 durch den Hammerstein-Vertrag der Vertrag von Hietzing feierlich erneuert war, das alles sind Tatsachen, die als Beispiele dienen mögen, was diese Fanatiker gutgläubig zu ignorieren vermögen.

Um diesen Kern gruppiert sich nun eine Vielheit von Schalen. Ideologien, ökonomische Interessen, Führerehrgeiz, Gelehrtenmarotten, das Selbsterhaltungsinteresse einer Parteibürokratie: alles dies hat zusammengewirkt, um aus der Deutschhannoverschen Partei ein Sammelsurium von Aristokraten und Demokraten, Monarchisten und Republikanern, Militaristen und Pazifisten, Staatskirchlern und Atheisten zu machen, in dem aber immer jener Kern die leitende Rolle spielt, dessen überragender Charakterzug *fanatische Feindschaft gegen Preußen* ist.

Von der Stärke dieses Fanatismus kann man sich nur einen Begriff machen, wenn man etwa folgende Proben genießt. Die „Uelzen-Isenhagener Zeitung“ vom 27. Februar 1924 beschwört die hannoverschen Bauern folgendermaßen:

„Her eure Hand! Helft! Es geht um die Heimat, es geht um dein und deiner Kinder Geschick! Willst du stumpf beiseite stehen, daß einst die in Not und Elend versinkenden kommenden Geschlechter dir fluchen, weil du in der Stunde der Entscheidung deine Pflicht nicht erfüllt hast? Die Heimat ruft! Gedenke der Väter vom Teutoburger Walde, aus Wittekinds Heldenringen, aus den Tagen von Minden, Waterloo und Langensalza! Die Heimat muß frei werden! Das Rettungswerk beginnt mit der Abstimmung! Ein Verräter oder ein bezahltes Subjekt ist, wer für Preußen eintritt.“

Oder man sehe sich aus einem andern Blatte, dem „Nordhannoverschen Landesboten“ (Zeven) folgende Probe an. Ein biederer Landbewohner schickte diesem Blatte eine Zuschrift, die es am 29. November 1923 quietschvergnügt abdruckte:

„Endlich sollst du, niedersächsisches Volk, die Möglichkeit haben, dein Schicksal selbst zu bestimmen und dich nach 57jähriger Bedrückung aus den Krallen des preußischen Adlers zu befreien. Nicht leicht läßt sich der Adler, dies gefräßige Tier, seine Beute entwinden. Aber er mußte in den letzten Jahren schon manchen Brocken fahren lassen. Auch Hannover, dieser fette Bissen, wird ihm entrissen werden, wenn ihr alle auf dem Posten seid.“

Diese Partei, die so agitiert, weiß nicht genau, was sie will. Selbst in der wichtigsten Frage, nämlich in der, wie denn nun eigentlich die Grenzen des zu bildenden neuen Landes aussehen sollen, herrscht keinerlei Einigkeit. In holder Eintracht drückt die Presse der Deutschhannoverschen Partei die widersprechendsten Auffassungen hierüber ab. Die Forderungen schwanken zwischen zwei Extremen. Das Minimum ist das jetzige Abstimmungsgebiet, nämlich die preußischen Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade und Osnabrück; das Maximum wird anscheinend bezeichnet durch einen Aufsatz, der in der „Hannoverschen Landeszeitung“ vom 8. April 1924 erschien und in dem ein Gebiet gefordert wurde, das die preußischen Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover sowie Teile der preußischen Provinzen Sachsen, Hessen-Nassau und Westfalen, ferner die Länder Hamburg, Bremen, Oldenburg, Braunschweig, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe und evtl. auch beide Mecklen-

burg für das neuzubildende Land Groß-Niedersachsen forderte. Man kann sich also aussuchen, was einem mehr zusagt. Es wird sich aber niemand darüber beklagen dürfen, der der Deutschhannoverschen Partei angehört, wenn man ihm sagt, daß man nicht wisse, ob die Unbedenklichkeit ihres Fanatismus oder die Unklarheit ihrer Ziele größer ist.

Die Agitationsmittel der Deutschhannoverschen Partei sind zum Teil rationaler Natur. Dahin gehört vor allem die Behauptung, daß Preußen sich seit 1866 dauernd auf Kosten der Provinz Hannover bereichert habe und noch bereichere. Wenn der Kampf vorüber ist, wird es ein interessanter Beitrag zur Soziologie politischer Kämpfe sein, den Gang dieser Auseinandersetzung einmal genau zu untersuchen. Heute dürfen nach Ueberwindung unendlicher Schwierigkeiten folgende Sätze als wissenschaftlich feststehendes Ergebnis der Diskussion verzeichnet werden:

1. Das Königreich Hannover war 1866 wirtschaftlich im Verhältnis zum Durchschnitt des übrigen Deutschland ein verwaorlostes und zurückgebliebenes Wirtschaftsgebiet. Es brachte in die Vereinigung mit Preußen keinerlei bemerkenswerte Reichtümer ein, aber allerdings auch keine wesentlichen Staatsschulden, da sehr viele normale Staatsausgaben im Königreich Hannover einfach unbesorgt geblieben waren.

2. Während der Zeit der Zugehörigkeit zu Preußen hat sich Bevölkerung und Wohlstand der Provinz Hannover schneller entfaltet als im übrigen Preußen, und zwar deshalb, weil nun erst die Vorteile eines Staatsgroßbetriebes der Provinz zuteil wurden, weil Preußen einen immerhin nennenswerten Teil der Staatsverwaltungsausgaben der Provinz Hannover aus Ueberschüssen anderer Teile Preußens bezahlte und weil Preußen für die Förderung der Wirtschaft, namentlich der Bergwerke, Eisenbahnen, Wasserstraßen, Häfen und der inneren Kolonisation jene Riesenkapitalien aufbrachte, an die für ein selbständiges Gebiet von der Art des Königreichs Hannover gar nicht zu denken war.

3. Trotzdem ist 1914 der Vorsprung Preußens vor der Provinz Hannover noch nicht ganz eingeholt gewesen. Die Bevölkerungsvermehrung und der Steuerertrag standen noch immer unter der Höhe des preußischen Durchschnitts, und für die Staatsausgaben, die auf Hannover entfielen, war ein preußischer Zuschuß noch immer erforderlich. Er betrug im Jahre 1913 2,25 Millionen Goldmark.

4. Die Verselbständigung der Provinz Hannover zu einem deutschen Lande würde eine wesentliche Verteuerung der Verwaltung zur Folge haben. Auch müßte der Zuschuß Preußens dann von Hannover selbst aufgebracht werden. Eine weitere Verschlechterung würde sich ergeben, wenn dieses neue Land zu einem Lande Niedersachsens durch Anschluß von Bremen, Oldenburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe und Lippe-Deilmold ausgeweitet würde. Auf Grund der Zahlen des preußischen Staatshaushalts für 1922 ergibt sich, daß ein solches selbständiges Hannover ungefähr 50 Proz., das selbständige Niedersachsen sogar 70 Proz. mehr Steuern erheben müßte, als bisher staatliche Steuern in der Provinz Hannover erhoben werden.

5. Alle Träume sich selbst genügender Wirtschaftsgestaltung für ein selbständiges Hannover sind nichtig. Hannover ist ein Land, in dem Ueberschüsse der einen und Zuschüsse der anderen Produktionszweige einander ungefähr die Wage halten. Die hauptsächlichsten Ueberschußprodukte sind Kali, Kartoffeln, Vieh und Torf; in gewaltigen Mengen zugekauft werden müssen, von allem anderen abgesehen, Kohle, Brotgetreide, Stickstoffdünger und Futtermittel. Die wirtschaftliche Abhängigkeit Hannovers von anderen Gebieten könnte also durch die Verselbständigung zum Land sich gar nicht ändern.

Einsichtige Führer der Deutschhannoverschen Partei haben denn auch erkannt, daß die Dinge so stehen. Der Parteivorsitzende, der frühere Reichstagsabgeordnete Graf Bernstorff-Wehningen, hat vor

einiger Zeit in öffentlicher Versammlung erklärt, daß er seinen Landsleuten nicht versprechen könne, daß sie von einer Vonselbständigung ihres Landes wirtschaftliche Vorteile haben würden. Trotzdem wird mit der Parole: „Hannovers Reichthum den Hannoveranern!“ nach wie vor im Lande weiter gehetzt und die nackten Tatsachen in seltsamer Verschämtheit nicht zur Kenntnis genommen.

Versteht es die deutschhannoversche Agitation, auf diese Weise selbst ein Gebiet rationaler Erörterungen zum Tummelplatz von Gemütsausbrüchen zu machen, so kann man sich ungefähr vorstellen, was auf dem eigentlichen Hexentanzplatz dunkel strudelnder Gefühle herumwirbelt. Da wird von Herrschaft und Freiheit pathetisch deklamiert, da wird der Name Gottes für die Sache der Freiheit angerufen, da müssen die weißen Sachsenrosse aufmarschieren, da wird der angebliche tückische Verrat des Hohenstaufen Barbarossa an Heinrich dem Löwen Preußen zur Last geschrieben, da wird des englischen Königs hannoversche Legion in die Erinnerung gerufen, da stolziert man in königlich hannoverschen Uniformen, die Gott sei Dank von Georg V. wieder den englischen Vorbildern angepaßt waren, nachdem Ernst August sie in unbegreiflicher Verblendung den preußischen Waffenröcken nachgebildet hatte, da werden Heimmattfeste mit weißen kleinen Ehrenjungfrauen gefeiert, Feldgottesdienste in Kirchen abgehalten (daher der Name Feldgottesdienst!), da wird das Ehrhardt-Lied für deutschhannoversche Zwecke „umgedichtet“ („weißes Roß am Kragen, gelb und weißes Band, Niedersachsens Söhne werden wir genannt . . .“), kurzum, da wird auf allen dumpfen Instinkten kleinlichster Spießbürger mit einer Unbedenklichkeit und Geschmacklosigkeit herumgeorgelt, die in der Geschichte politischer Agitation ihresgleichen suchen.

Alles dies sind nur andeutende Striche. Ein einigermaßen vollständiges Bild der ganzen Sache zu geben: dazu würde ein ganzes Heft der „Glocke“ nicht groß und die Geduld ihrer Leser nicht lang genug sein.

Die Abstimmung, die am 18. Mai stattfinden soll, ist eine Vorabstimmung auf Grund des Artikels 18 der Reichsverfassung. Dieser sieht eine solche Volksabstimmung vor, falls ein Antrag auf Neubildung eines Landes gestellt wird und eine beteiligte Regierung eines bestehenden Landes damit nicht einverstanden ist. Das Gelingen einer Volksabstimmung hat zur Folge, daß zu der Umbildung nicht mehr ein verfassungsänderndes Reichsgesetz mit qualifizierten Mehrheiten in Reichsrat und Reichstag erforderlich ist, sondern nur ein einfaches Reichsgesetz. Ob eine Abstimmung, die dies zum Ziel hat, stattfinden soll, das wird entschieden durch eine Vorabstimmung. Die Abstimmung bedarf zu einem Gelingen der Erreichung eines doppelt bestimmten Minimums. Die Zahl der bei der Abstimmung für den Antrag abgegebenen Stimmen muß mindestens drei Fünftel der überhaupt abgegebenen Stimmen und gleichzeitig mindestens die Stimmenmehrheit der Stimmberechtigten des Abstimmungsgebiets erreichen.

Die Vorabstimmung ist anders beschaffen. Bei ihr wird auf Stimmenthaltung und auf Neinstimmen keine Rücksicht genommen. Entscheidend ist nur, ob Ja stimmen abgegeben werden, daß ihre Anzahl ein Drittel der Stimmberechtigten ausmacht. Wird dies Drittel erreicht, so findet die Abstimmung statt. Wird es nicht erreicht, so unterbleibt sie, einerlei, wieviel Neinstimmen abgegeben sind.

Die Vorabstimmung ihrerseits ist anzusetzen auf schriftlichen Antrag von mindestens 5000 reichstagswahlberechtigten Personen aus dem Gebiet, um das es bei der Abstimmung sich handelt.

Die Deutschhannoversche Partei hat einen solchen Antrag zweimal gestellt, einmal Ende 1922, wenige Tage vor dem Einmarsch der Franzosen und Belgier ins Ruhrgebiet und zum zweiten Male, nachdem sie den ersten Antrag unter dem Druck der öffentlichen Meinung zurück-

gezogen hatte, im Spätherbst des Jahres 1923. Die Notwendigkeit, dieses Verfahren bereits in der Vorabstimmung möglichst zu ersticken, läßt sich nicht von der Hand weisen. Denn naturgemäß ist eine vielleicht noch Monate fortdauernde Agitation der hier gekennzeichneten Art nicht nur eine dauernde, tiefe Beunruhigung der Bevölkerung des Abstimmungsgebietes, sondern auch ein absoluter Hemmschuh für jede sachlich eingestellte Verwaltungsarbeit. Deshalb bemüht sich der preußische Staat und bemühen sich die mit ihm gehenden Parteien, die Sache am 18. Mai zu Ende zu bringen. An einen Erfolg in der Hauptabstimmung ist schon gar nicht zu denken, das mindeste, was die Deutschhannoveraner in ihr aufbringen müßten, wären 915 000 Stimmen (die Zahl der Stimmberechtigten berechnet sich, soweit bisher bekannt, auf 1 830 000 Personen). Für die Vorabstimmung müßten von deutschhannoverscher Seite mindestens 610 000 Stimmen aufgebracht werden. Die Reichstagswahl vom 4. Mai ergab nicht ganz 298 000 deutschhannoversche Stimmen. Diese Zahl müßte also zum Gelingen der Vorabstimmung mehr als verdoppelt, zum Gelingen der Hauptabstimmung mindestens reichlich verdreifacht werden. Das zweite ist ganz ausgeschlossen. Das erste ist jedenfalls sehr unwahrscheinlich, wenngleich natürlich unter Völkischen, Kommunisten und Zentrumsleuten allerlei Treibholz herumschwimmt, das der Strom der Gemütsbewegungen vielleicht am 18. Mai dem deutschhannoverschen Antrag zuschwemmen wird.

Die preußische Staatsregierung wehrt sich mit allen gesetzlich und verfassungsmäßig zulässigen Mitteln gegen den Antrag. Ihr gutes Recht dazu ist durch den Reichskanzler ausdrücklich anerkannt worden. Alle Parteien der Provinz Hannover, mit Ausnahme der Deutschhannoveraner, leisten ihr Gefolgschaft. Auch die Sozialdemokratische Partei bekämpft den Antrag mit Einsatz ihrer ganzen Machtmittel und mit der unermüdlchen Anstrengung aller ihrer getreuen freiwilligen Helfer. Die Sozialdemokratie der Provinz Hannover folgt dabei hauptsächlich folgenden Erwägungen:

1. In der gegenwärtigen Notzeit sind Umbildungen von solcher Tragweite innerhalb Deutschlands eine nicht tragbare Belastung unserer staatlichen Widerstandsfähigkeit.

2. Bis auf weiteres ist Preußen der beste Rückhalt gegen Reaktion im Reich, während ein selbständiges Hannover ein norddeutsches Bayern sein würde; erklären doch die Führer der Deutschhannoverschen Partei ausdrücklich, daß sie in dem „freien“ Hannover eine norddeutsche „Ordnungszelle“ schaffen wollen.

3. Die Beseitigung der Reste des Partikularismus kann nur geschehen, indem die Gesetzgebungs- und Verwaltungsmacht des Reiches gegenüber den Ländern systematisch ausgebaut und so die Eigenstaatlichkeit der Länder zielbewußt unterhöhlt wird, nicht aber durch Neubildung von Ländern, die schon aus Selbsterhaltungstrieb Kristallisationszentren eines neuen Partikularismus werden müßten.

4. Jede Sprengung Preußens muß den Verlust des Rheinlandes, Ostpreußens und Schlesiens auf die Dauer zur Folge haben, ein Verlust, der nicht nur Preußen, sondern auch Deutschland treffen würde.

Man wird der kommenden Abstimmung mit Spannung entgegensehen dürfen. Ihr Ausfall wird zeigen, ob törichte Gemütswallungen weitgehende Entscheidungen schädlichster Art dem deutschen Volke aufzwingen können, oder ob die Vernunft allmählich wieder auf dem Wege ist. Die vernünftige Haltung sonst recht verschrobener radikaler Flügelparteien berechtigt zu der Hoffnung, daß der deutschhannoversche Spuk am 18. Mai endgültig zu Grabe getragen wird.

Rußland oder England?

Von Ernst Reuter

Seitdem die englische Arbeiterregierung die Geschichte des britischen Imperiums beeinflußt, vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die offizielle russische Regierungspresse ebenso wie die kommunistische Parteipresse in Moskau und in allen andern Ländern die schärfsten Angriffe gegen diese englische Arbeiterregierung richtet. Die deutschen Kommunisten, auch in dieser Beziehung die folgsamsten Lakaien, haben die neue Parole des Kampfes gegen die Regierung Macdonald eifrig aufgegriffen. Sie veranstalten Versammlungen unter dem Thema „Rußland oder England“ und benutzen diese Versammlungen, um ihren Anhängern Wundermärchen über die „proletarische“ Politik der Sowjetregierung und die kapitalistischen Gemeinheiten der Labour Party zu erzählen. Objektiv ist für die russische Regierung diese Kampagne nur eins der zahllosen Mittel der geschickt geleiteten Auseinandersetzung zwischen dem englischen und dem russischen Imperialismus. Die Expansion Rußlands stößt in Asien überall an die Interessensphären des britischen Imperiums. Die revolutionäre Agitation unter den Völkern des Ostens soll der Schwächung Englands und damit von selbst der Stärkung Rußlands dienen. Der bedeutende Apparat, der in Rußland selbst für diese Propaganda seit dem ersten „Kongreß der Völker des Ostens“ aufgeboten wurde, soll vom Standpunkt der russischen Machthaber durch die parallele Kampagne in den europäischen Ländern nur unterstützt werden. Die imperialistische Tendenz ist das Primäre. Die revolutionäre Agitation ist die Begleitmusik, die über den objektiven Charakter so wenig hinwegtäuschen kann, wie das Gerede von der proletarischen Revolution irgendwie zu verdunkeln vermag, daß Rußland in Wirklichkeit eine verspätete bürgerlich-bäuerliche Revolution durchlebt, die nur infolge einer ganzen Reihe besonderer historischer Umstände von den bolschewistischen Jakobinern subjektiv als proletarische empfunden und dargestellt wird.

Es fehlt dem objektiven Gegensatz der beiden Weltreiche Rußland und England, der in dem Kampf um die Völker des Ostens sich äußert, nicht die Parallele im subjektiven Empfinden der miteinander ringenden Kräfte. Seitdem die bolschewistische Revolution an sich die deutlichen Züge des Zerfalls und der Zersetzung zu tragen beginnt, seitdem Lenin mit heroischer Energie das Rad rückwärts riß, haben die führenden Bolschewiki um so schärfer ihre subjektive Ideologie herauszuarbeiten gesucht. Schon vor dem Tode Lenins, seit seinem Abgang aber in steigendem Maße, stellen sie in den Mittelpunkt ihrer Propaganda in Rußland wie im Ausland den Begriff des Leninismus, als der besonderen, durch Lenin geprägten und entwickelten Form der marxistischen Lehre, mit der der Marxismus angeblich von einer bloßen Wissenschaft zur Tat geworden sein soll. Der überragende und in seiner Art geniale Realpolitiker ist tot, an seine Stelle tritt die Herrschaft der Männer; die bestimmte Formen der bolschewistischen Entwicklung zum Inhalt einer neuen Heilslehre zu machen versuchen.

Die russische Entwicklung wird bald genug zeigen, daß gerade dort den Bolschewiki sehr reale wirtschaftliche und politische Probleme zur Lösung gestellt werden, die sich durch bloße Beschwörung der Zauberformel „Leninismus“ leider nicht lösen lassen. In Europa aber geht die Entwicklung der kommunistischen Parteien immer mehr in der Richtung, die durch dieses Schlagwort allenfalls gekennzeichnet werden kann. Das zeigt sich nicht nur in Deutschland, wo die Linksentwicklung ein deutliches Symptom dafür ist, das zeigt sich genau so gut in allen andern Ländern in der inneren Entwicklung der kommunistischen Parteien.

Eine Geschichte des Leninismus ist noch nicht geschrieben. Das zahlreiche Material, das die Kommunisten, zum Teil bergehoch, darüber veröffentlicht haben, ist wenig brauchbar. Sie schreiben in der Regel nicht, um der Wahrheit zu dienen. Trotzdem kann man den Leninismus charakterisieren, wenn man sagt: er ist die spezifische Anpassung einer revolutionären politischen Bewegung an die besonderen Bedingungen eines unter dem Absolutismus und dem Fehlen jeder politischen Freiheit leidenden Landes, in dem die Hundertmillionenmasse einer noch fast geschichtslosen Bauernschaft zusammen mit der Unentwickeltheit des Bürgertums und des Proletariats die Voraussetzungen für eine jakobinische Revolution schufen. In den Schriften Lenins, die der ersten Spaltung der russischen Sozialdemokratie vorausgehen, wird immer wieder auseinandergesetzt, daß das Proletariat als solches, von sich aus, kraft der spontanen, immanenten Entwicklungsmöglichkeiten seiner Massenbewegung sich nicht zum Sozialismus entwickle. Es bedarf dazu der bewußten Leitung und Führung, die nur durch eine Partei von Berufsrevolutionären gewährleistet werden kann. Wenn bei den berühmten 21 Bedingungen, die zur Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie führten, zum Erstaunen aller derer, die in der deutschen Arbeiterbewegung groß geworden waren, auch der Mitglieder des Spartakusbundes, die Annahme bestimmter organisatorischer Forderungen zum Spaltungsgrund gemacht wurde, so hatte das in der Geschichte der bolschewistischen Bewegung durchaus sein Vorbild. Die bolschewistische Partei ist als solche über organisatorische Meinungsverschiedenheiten beim Parteaufbau entstanden. Der ersten entscheidenden Spaltung von 1903 sind Dutzende von weiteren Absplitterungen, Gruppierungen, Umbildungen gefolgt, die in langen Jahren der bolschewistischen Partei ihr Gepräge gegeben haben. Man kann dabei nicht verkennen, daß ein ähnliches Gepräge, wenn auch nicht in gleich prononzierter Form, die übrigen russischen sozialistischen Parteien trugen und bei den Bedingungen, unter denen sie arbeiten mußten, auch wohl nicht gut anders tragen konnten.

Die Entwicklung der deutschen kommunistischen Partei zeigt in den letzten Jahren die Spuren der Auseinandersetzung mit dieser von den Bolschewiki gestellten organisatorischen Seite des revolutionären Problems. Die Erfahrung hat zur Genüge bewiesen, daß die Uebertragung der bolschewistischen Organisationsform auf deutsche und europäische Verhältnisse nicht möglich ist. Die ganze Geschichte der deutschen kommunistischen Partei zeugt von den tiefen Wunden, die der Radikalismus in Deutschland immer wieder dadurch erlitt, daß die Bedürfnisse breiter proletarischer Massen mit organisatorischer Schulung und mit Verlangen nach demokratischer Selbstverwaltung in den Organisationen immer wieder in einen Gegensatz zu den spezifisch bolschewistischen Methoden der Parteiorganisation geraten mußten. Karl Radek gibt diesen Gegensatz in seiner Skizze über Leo Jogisches an einem besonderen persönlichen Einzelfall charakteristischen Ausdruck. Jogisches war — so wenig er Leninist im engeren Sinne war — doch als Typus des Organisators der berufene Führer einer illegalen Verschwörerorganisation. Radek schreibt über ihn:

„Als ich (Dezember 1918) nach Berlin kam, da waren es Lobeshymnen und Verwünschungen, die ich über Leo Jogisches vernahm, der wieder einmal in seiner Löwentatze die ganze Parteiarbeit hielt und sich bei einem Teil der Partei tiefste Liebe und Verehrung erwarb, während die andern von seinen oft wenig sanften Manieren nicht sprechen konnten, ohne einen roten Kopf zu kriegen. Durch seine Zimmer im Büro des Spartakusbundes marschierte täglich die ganze Partei durch. Jeder Delegierte wurde in diese Retorte gebracht und kam mit der Meinung, je nach seinem Temperament, heraus,

daß entweder die Parteiorganisation sich in ausgezeichneten Händen befinde oder daß sie unter einer Diktatur ächze. Würde die Kugel eines Noske-Schergen nicht seinem Leben ein Ende gemacht haben, seine Krafternatur hätte ganz gewiß noch einen schweren Kampf auszufechten gehabt, bis er verstanden hätte, daß eine breite revolutionäre Bewegung anders organisatorisch behandelt werden muß als eine kleine, illegale Partei.“

Nicht umsonst verbrennen die deutschen Kommunisten jetzt auch Rosa Luxemburg, die von Anfang an über die Notwendigkeiten und Möglichkeiten proletarischer Organisationen anders gedacht hat als die bolschewistischen Jakobiner. Gewiß ist Rosa Luxemburg in der alten deutschen Sozialdemokratie die Persönlichkeit gewesen, die am meisten den Einfluß der russischen Revolution von 1905 auf die deutsche Bewegung zu übertragen gesucht hat. An ihren Differenzen, die sie mit Kautsky und andern über die Bedeutung russischer Kampfmethoden für die deutsche Arbeiterbewegung hatte, zeigen sich die ersten Bruchstellen, an denen später sich die Abspaltung der Spartakusbundes von der Sozialdemokratie vollzog. Aber so sehr Rosa Luxemburg die spontanen Massenbewegungen, die in dem undemokratischen zaristischen Rußland die erste Rebellion von 1905 kennzeichneten, als geschichtlich bedeutend ansah, so wenig verkannte sie die ganz anders gearteten Bedingungen, die das hochentwickelte Industrieland Deutschland der aufsteigenden Arbeiterbewegung gebot. Rosa Luxemburg stand insofern zwischen den Führern der deutschen Arbeiterbewegung und den Russen, und die heutigen Kommunisten haben nicht ganz unrecht, wenn sie sie in diesen Fragen als „Zentristin“ bezeichnen.

Der Absolutismus und die verhältnismäßig starke politische Einflußlosigkeit gaben vor dem Kriege manche Berührungspunkte zwischen Deutschland und Rußland. Erst die Beseitigung des wilhelminischen Regimes hat die Fesseln gesprengt, die einer organischen Aufwärtsentwicklung der Arbeiterbewegung bisher entgegenstand. Seitdem muß auch die deutsche Arbeiterbewegung sich der politischen Formen bedienen, die in England mustergültig herausgearbeitet worden sind. Wie England, so ist auch Deutschland als hochentwickeltes Industrieland nicht lebensfähig ohne eine in allen Zweigen des öffentlichen Lebens zum Ausdruck kommende demokratische Kultur. Gewiß haften uns die Rudimente des monarchistischen Regimes an, gewiß leiden wir unter mangelnder politischer Erfahrung ebenso der Arbeiterklasse wie des Bürgertums. Aber hinter den November 1918 führt kein Weg mehr zurück. Bei den Bedingungen, unter denen die Arbeiterbewegung heute sich entfalten kann, verliert das Bekenntnis zur revolutionären Mission der Arbeiterklasse seinen primitiven Sinn, der verständlich war, solange es absolutistische Staatsgewalten zu stürzen galt. In dem Gegensatz, der von den Bolschewiki gegen die Methoden der englischen Arbeiterbewegung ideologisch herausgearbeitet wird, gehört die deutsche Arbeiterbewegung heute, nach 1918, an die Seite der Engländer. Nur die Entfaltung der Demokratie, nur ihre volle Entwicklung, nur die volle Ausnutzung aller ihrer Möglichkeiten, der Ausbau breiter Millionenorganisationen garantiert im geschichtlichen Entwicklungsprozeß den Sieg der Arbeiterklasse. Der Aufstieg zur Macht ist nicht mehr ein einmaliger Akt, er wird zu einem Umwälzungsprozeß, in dem Schritt für Schritt das Proletariat die Staatsgewalt anzuwenden, die Wirtschaft erst zu beeinflussen, dann zu verwalten und zu lenken lernt. Die primitiven Formen zurückgebliebener Länder konnten nur so lange anziehend wirken, als künstliche Mauern diesen Aufstieg zu hindern schienen.

Die deutschen Kommunisten haben in dem offenen Bekenntnis zur Sektenpartei, zum Leninismus sich selber die Wurzeln fruchtbarer Wirk-

samkeit abgeschnitten. Was übrigbleibt, wird — sehr unbekümmert um den Erfolg von Verärgerungswahlen — ebenso absterben und zerfallen, wie in Rußland das phrasenhafte Bekenntnis zum Revolutionarismus gegenüber den ungeheuren Aufgaben des Wirtschaftsaufbaus versagt. Nicht Rußland wird der Lehrmeister sein, in England entwickeln sich die Formen und Methoden des Aufstiegs, die auch die deutsche Arbeiterklasse annehmen wird.

Coßmanns 10000 Heubündel

Von Erich Kuttner

Bevor ich mich der Aufgabe unterziehe, die beiden Dolchstoßnummern der „Süddeutschen Monatshefte“ (Nr. 7 und 8) einer kritischen Würdigung zu unterziehen, muß ich den Leser flugs an eine launige Geschichte erinnern, die er in der „Insel der Pinguine“ des unsterblichen Anatole France findet. Man erinnert sich, wie dort die Dreyfuß-Affäre als „Fall der zehntausend Heubündel“ parodiert ist, erinnert sich an die prächtigen Gestalten des Kriegsministers und seines Generalstabschefs, die über die Durchführung des Justizmordes verschiedener Ansicht sind. Der Klügere von beiden will den Fall in seiner großen monumentalen Einfachheit erhalten, indem er auf alle Fragen nach Beweisen sich in ein verächtliches Schweigen hüllt oder mit einer tönenden patriotischen Phrase antwortet. Der Törichtere aber verdirbt ihm das Konzept, indem er sich auf das Sammeln von Beweisen verlegt. Er sammelt Aktenständer voll, Zimmer voll, schließlich einen ganzen Speicher voll, der unter der Last des Beweismaterials zusammenbricht. Er rühmt sich stolz, quadratische, runde, elliptische Beweise zu haben, sein größter Beweis ist über 17 Meter lang, der kleinste dagegen nur einen einzigen Quadratmillimeter groß. Aber der Kriegsminister, der von Anfang an dem ganzen Beweissammeln mißtrauisch gegenüberstand, soll recht behalten. Ein harmloser Richter, der bisher von der Schuld des Angeklagten fest überzeugt war, läßt sich eines Tages einfallen, das Beweismaterial zu studieren. Und da findet er denn alte Kalender, Modejournale, geschäftliche Makulatur usw. usw., nur kein einziges Dokument, das auf den „Fall der 10 000 Heubündel“ irgendwelchen Bezug hätte

Nach dieser Erinnerung erübrigt es sich eigentlich, noch viel über Herrn Coßmann und seine „Süddeutschen Monatshefte“ zu schreiben. Der „Dolchstoß in den Rücken des siegreichen Heeres“ war eine schöne Angelegenheit, solange er in monumentaler Beweislosigkeit aus den Lippen eines Hindenburg oder Ludendorff quoll. Hindenburg und Ludendorff haben bekanntlich nicht nötig, ihre Behauptungen mit Tatsachen zu belegen, dieweil eine auf den „Führerbegriff“ eingeschworene völkische Jugend sich feierlich aller Menschenrechte auf eigenes Nachdenken begeben hat. Als markiges Hindenburg- oder Ludendorff-Zitat war die Dolchstoßlegende unwiderleglich, denn was nicht begründet wird, kann auch nicht widerlegt werden.

Nun aber kommt der Unglücksmensch Coßmann auf den Gedanken, die Beweise für die Dolchstoßlegende zu sammeln. Und da ergeht es ihm genau wie dem übereifrigen Generalstabschef im Falle der 10 000 Heubündel: Er hat zwei dickleibige Nummern seiner Monatshefte mit „Beweismaterial“ vollgeladen, nur findet sich unter all seinen wirklichen und angeblichen, echten und falschen Dokumenten nicht ein einziges, das einen Beweis zur Dolchstoßlegende liefert.

Wenn es wahr ist, daß ein Narr mehr fragt, als zehn Weise beantworten können, so trifft in noch höherem Maße zu, daß sich auf zehn Seiten mehr zusammenschwindeln, denn auf 100 Seiten widerlegen läßt. Allein um Herrn Coßmann nur die ganz handgreiflichen Unwahrheiten und Fälschungen seines „Materials“ nachzuweisen, brauchte man ein Heft von dem dreifachen Umfang der „Süddeutschen Monatshefte“. Hat es aber überhaupt Zweck, sich mit einem Zitierkünstler zu unterhalten, der z. B. „aus einer ihm leider nicht vorliegenden Nummer“ der „Leipziger Volkszeitung“ zitiert oder der zahlreiche Kapitel mit der mysteriösen Ueberschrift „Nach unveröffentlichten Akten“ versieht, ohne im geringsten zu sagen, was das für Akten sind, und wieviel von seiner rein erzählenden Darstellung aktenmäßig festliegt? Hat es weiter Zweck, sich mit einem Autor auseinanderzusetzen, der kritiklos die verdächtigsten Quellen benutzt und beispielsweise irgendeinen völlig obskuren Autor gläubig nachplappert, daß Karl Kautsky sich selber als einen „tschechischen Nationalisten“ (!) bezeichnet habe?! Mit einem Autor, dem jedes gedruckte Wort, sobald es in seinen Kram paßt, unumstößliche Wahrheit ist, selbst wenn für das bescheidenste Denken feststeht, daß es tendenziöse Unwahrheit enthält?! Mit einem Autor, der einfach alles ignoriert, was bereits zur Widerlegung seiner Quellen publiziert worden ist?!

Ich greife aus dem Wust ein paar beliebige (und unendlich vermehrbare) Beispiele heraus, um die Methode der ganzen Beweisführung zu kennzeichnen: Durch die Zeitschrift des Grafen Reventlow wurde vor mehreren Jahren als angeblicher Beweis des Dolchstoßes ein Brief veröffentlicht, wonach im Sommer 1918 fliehende Truppen dem vorgehenden Ersatz das Wort „Streikbrecher“ zugerufen hätten. Nun würde zunächst diese Tatsache gar nichts beweisen, außer der unbestrittenen Kampfmüdigkeit und Verdrossenheit, die im Sommer 1918 bei zahlreichen Truppenteilen herrschte. In dem Ausdruck „Streikbrecher“ den Beweis einer vorangegangenen planmäßigen Unterwühlung zu sehen, ist Kinderei. Das Wort „Streikbrecher“ ist weitesten Arbeiterkreisen geläufig, und alles spricht dafür, daß der Ruf ganz spontan bei der fliehenden Truppe entstanden ist. Ferner muß man sich fragen, wieviel denn in einer solchen Situation (im Schlachtgetümmel!) der einzelne sehen und beobachten kann. Wahrscheinlich genügt schon der in der Nähe ertönende Ruf aus zwei oder drei Kehlen, um dem, der ihn gerade hört, zu der Suggestion zu verhelfen, daß der ganze fliehende Truppenteil rufe. Nun aber das Schönste: Es ist für diesen Ruf gar kein Ohrenzeuge da! Der Briefschreiber hat die Szene selber gar nicht erlebt, sondern sie ist ihm von einem alten Geheimrat, der sie seinerseits von seinem (angeblich krank im Lazarett liegenden) Sohn gehört haben will. Ich habe damals sofort im „Vorwärts“ darauf hingewiesen, wie wertlos solche aus dem Hörensagen entstandene Mythologie (auf Soldatendeutsch: Latrinen- oder Kantinegewäsch) für ernsthafte Geschichtsforschung ist. Wie recht ich damit hatte, erhellt aus der Tatsache, daß der angebliche Ohrenzeuge, der Geheimratssohn, sich bis heutigen Tages noch nicht zu der Sache gemeldet hat, obgleich er doch kaum auch jetzt noch, nach vier Jahren, im Lazarett liegt. Trotzdem ist der „Streikbrecherruf“ als eisernes Inventarstück in die deutschnationale Dolchstoßbrüstkammer übergegangen, und Herr Coßmann verwertet diesen „vollgültigen“ Beweis, ohne sich im mindesten daran zu stoßen, daß trotz meiner dringenden öffentlichen Aufforderung an den Grafen Reventlow der angebliche Gewährsmann und Ohrenzeuge bis heute nicht namhaft gemacht ist.

Oder ein anderer „Beweis“: Nach der „Kreuzzeitung“ soll ein sozialdemokratischer Gewerkschaftssekretär Gampich in einer Versammlung im entlegenen Städtchen Steinau gesagt haben: „Ich gebe

zu, daß die Front von hinten erdolcht worden ist.“ Wirklich, selbst wenn ein Herr Gampich dies gesagt hat, was beweist es?! Wer ist Gampich, was hat er für konkrete Kenntnisse über diese Dinge, auf welche Tatsachen gründet gerade er seine Wissenschaft? Erst wenn wir über alles dieses den bescheidensten Anhaltspunkt hätten, könnten wir uns über den Wert des Gampichschen Zeugnisses ein Urteil bilden. Aber hat Gampich überhaupt gesagt, was Herr Coßmann ihm hier in den Mund legen möchte? Wohlweislich wird uns der kurze Satz (ganz abgesehen von der Unzuverlässigkeit der Quelle — eines gegnerischen Zeitungsberichts) ohne jeden Zusammenhang serviert. Nun, ich will Herrn Coßmann verraten, daß auch ich oft diesen Satz in Versammlungen gesprochen habe: „Ich gebe zu, daß die Front von hinten erdolcht worden ist ...“, nämlich, um dann etwa fortzufahren: „sie ist erdolcht worden von den Agrariern, den Schiebern, den Etappenhengsten usw. usw.“ Ich führe das an trotz der offensichtlichen Gefahr, hier den Anhaltspunkt zu einer neuen deutschnationalen Fälschung zu bieten, weil ich als sehr möglich und wahrscheinlich annehme, daß Gampich — falls überhaupt — etwas ganz Ähnliches gesagt hat, was hinterher umgefälscht worden ist.

Natürlich müssen auch die berüchtigten Vaterschen Renommistereien wieder erhalten. Auch hier habe ich längst den öffentlichen Nachweis erbracht, daß Vater mit seiner Behauptung, er und seine Leute hätten Deserteure mit gefälschten Pässen an die Front geschickt, um die Truppe zu zerwühlen, ganz offensichtlich geschwindelt hat, um sich (unmittelbar nach dem 9. November) mit revolutionären Verdiensten zu schmücken. Gerade Herr Coßmann müßte dies einsehen. Denn in seiner Einleitung sucht er selbst einen Entschuldigungsgrund für die Spärlichkeit seines Materials. Er meint dort: Würde durch die Revolution ein Weltfrieden der allgemeinen Abrüstung und sozialen Gerechtigkeit erzielt worden sein,

so würden die Führer jeden Tag erzählen, mit welchen Mitteln sie diese Ziele erreicht hätten, wie sie von Anfang an auf Sabotierung des Sieges, auf Streik des Heeres, der Flotte und der Waffenschmiede hingearbeitet haben.

Nun, und es würden zweifellos eitle Renommisten, wie sie nach der Revolution haufenweise an die Oberfläche kamen, zur Erhöhung ihres Ansehens solche Taten erdichtet haben, wie das Herr Vater (ein ganz unbedeutender Mensch, dem jetzt die deutschnationalen Dolchstoßlegendisten durch allerhand Titel Relief zu geben suchen) am 12. November in Magdeburg getan hat. Dabei läßt sich gerade im Falle Vater der strikte Beweis der Schwindelei führen. Vater behauptete nämlich (auch nach Coßmann), daß diese Arbeit sehr gefährlich gewesen sei und daß viele seiner Helfershelfer ihre Tätigkeit mit langen Zuchthausstrafen bezahlt hätten. Nun, das müßte sich doch feststellen lassen! Wer sind diese mit Zuchthaus Bestraften, wo sind ihre Akten, wo ihre Richter? Wenn es wirklich Strafakten von Leuten gäbe, die zu Zuchthaus verurteilt worden sind, weil sie Deserteure mit gefälschten Pässen an die Front schickten, um diese aufzuwiegeln, — dann würden doch längst statt der haltlosen Reden des Herrn Vater diese Akten bzw. die Aussagen der Richter im Dolchstoßarchiv sich angefundener haben. Doch man stelle sich bitte einmal den Nonsens vor: ein Deserteur (als ein Feigling, der vor der Gefahr wegläuft) läßt sich mit gefälschten Pässen an die Front zurückschicken, — also in die dreifach größere Gefahr, außer vom Feinde nun auch noch standrechtlich von der eigenen Truppe erschossen zu werden! Wie vernagelt muß ein Mensch sein, der so etwas — und

nun gar noch in einer großen Reihe von Fällen — für psychologisch möglich hält!

Aus Unzähligem noch eins: was die Methoden Cobmannscher Beweisführung in hellstem Licht erstrahlen läßt. In Akten aus der Eisnerschen Ministerzeit ist nach Behauptung der heutigen bayerischen Regierung eine Zusammenrechnung über Schecks gefunden worden, die einen Gesamtbetrag von 167 Millionen Goldmark ergibt. Niemand weiß, was diese Zusammenrechnung bedeutet, wie sie in die Akten gelangt ist, wer sie geschrieben hat, ob sie mit Eisners Person überhaupt etwas zu tun hat (vielleicht ist sie eine posthume Fälschung!). Herr Cobmann weiß es auch nicht. Dies Nichtwissen stellt sich ihm gleich mit dem Beweis, — — daß Eisner dieses Geld von der Entente erhalten und für die Anzettelung der Revolution in Bayern verwendet habe. Hier erstickt denn doch einmal der Schwindel an seinen eigenen Dimensionen. 167 Goldmillionen sind schließlich kein Pappenstiel, Cobmann selbst zeigt an einigen Vergleichszahlen die Riesengröße des Objekts. 100 000 M. kann man ausgeben, ohne daß jemand etwas davon merkt. Bei einer Million dürfte das schon sehr schwer sein. Aber 167 Millionen, etwa der Wert des gesamten Kruppschen Vermögens?! Man stelle sich einmal vor, daß ein einzelner diese Unsummen bezogen und verausgabt haben soll, ohne daß bis heute ein Mensch auch nur ein Atom davon gemerkt hat! Genau so könnte man behaupten, daß Eisner unbemerkt München habe niederreißen und an einer andern Stelle wieder habe aufbauen lassen. Irgendwo müßten doch die Spuren des goldenen Regens nachweisbar sein. Aber wo man hinblickt, bei Eisner selbst und seiner Umgebung findet man nichts als geflickte Anzüge und chronischen Geldmangel. Aber nach Cobmann könnte das Geld für — — Lokalmieten und Flugblätter draufgegangen sein. Vielleicht hat Eisner auch für 167 Millionen Mark Tinte gekauft?!!

So läßt sich jedes einzelne Beweisstück widerlegen, und es würde, wenn Zeit und Raum für genaue Nachprüfung ausreichten, ein absolutes Nichts übrigbleiben. Zumal Herr Cobmann selbst nicht weiß, was er eigentlich beweisen will. Unter „Dolchstoß“ kann man doch nur die absichtliche Herbeiführung der Niederlage durch irgendeine deutsche Partei oder Gruppe verstehen. Alles andere fällt nicht unter den Begriff. Herr Cobmann aber setzt uns, da es für dieses Beweisthema eben keine Beweise gibt, lange Kapitel über die englische und französische Propaganda vor. Das heißt dann doch unglaubliche Anforderungen an die Naivität des Lesers stellen. Zumal, wenn Herr Cobmann gleich auf der ersten Seite seiner Vorrede die kühne Behauptung aufstellt:

„Während die deutsche Regierung es niemals gewagt hat, über die feindlichen Regierungen hinweg sich an die feindlichen Völker zu wenden, haben die feindlichen Regierungen sich fortgesetzt an das deutsche Volk gewendet ...“

„Während die deutsche Regierung es niemals gewagt hat ...“, das schreibt Herr Cobmann, der in einem späteren Kapitel in aller Behaglichkeit schildert, wie die deutsche Regierung den Iren ein ganzes Schiff von Waffen und Munition zu senden suchte. (Notabene, um aus der Tatsache, daß dieses Schiff — schon im irischen Hafen — von den Engländern entdeckt wurde, einen neuen „Beweis“ für den Dolchstoß zu gewinnen, obwohl sein Gewährsmann zugibt, daß man auf deutscher Seite ziemlich unvorsichtig in der Sache verfahren sei!)

Aber Logik ist überhaupt die schwächste Seite dieser Beweisführung, die sich ja nur durch fortwährende Verschiebung des Beweisthemas halten kann.

Doch gerade darin liegt ein starker negativer Beweis: wenn es trotz Ameisen- und Bienenfleißes Herrn Coßmann nicht gelungen ist, auch nur einen einzigen schlüssigen Beweis dafür zu finden, daß irgendeine deutsche politische Partei die Niederlage Deutschlands im Weltkrieg gewollt, auf sie hingearbeitet oder absichtlich herbeigeführt hat, — dann ist dies das stärkste Argument dafür, daß es weder einen solchen Beweis, noch die zu beweisende Tatsache des Dolchstoßes gibt.

Der weißblaue Feldzug gegen die deutsche Republik

Von Paul Kampffmeyer

(Schluß)

Die Hitleraner hatten ihre eifrigsten Verteidiger bei der Polizei und beim Gericht. Die Polizei war von Pöhner planmäßig mit Rebellen der Ehrhardt-Brigade durchsetzt worden, und in der Justiz gewannen deutschvölkische Heißsporne wachsenden Einfluß. Bezeichnenderweise waren zwei Beamten des „Obersten Gerichts“ aktiv am Hitler-Ludendorff-Putsch beteiligt!

Die bayerische Regierung enthielt sich auch unter dem Ministerium Lerchenfeld jedes Eingriffs in das gemeingefährliche Treiben der hochverräterischen Geheimverbände. Am 19. Oktober 1921 hatte bereits die „Münchener Post“ die Fäden der Geheimorganisation Oberland aufgedeckt. Die „Mordkommission“ dieser Geheimorganisation fungierte in Oberschlesien unter der Bezeichnung des „Wurfkommandos“ und in München unter der des „Rollkommandos“. Die „Münchener Post“ zog die Ermordung des Freiwilligen Stefan und die förmliche Hinrichtung „Verurteilter“ durch die „Nachrichtenzentrale“ Oberland an das Tageslicht. Sie stellte den Verbindungsmann zwischen „Oberland“ und der Münchener Polizeidirektion namentlich fest. Abermals blieben Polizei und Gericht untätig. Gefährlichsten Geheimverbändlern des „Oberland“ wurde kein Härchen gekrümmt. Die öffentlich Angeschuldigten wagten nicht, die „Münchener Post“ zu verklagen. Die Skandale der Organisation „Oberland“ häuften sich. Oberländer überfielen ein Fremdenautomobil der Firma Schenker, Oberländer wurden öffentlich beschuldigt, den Befehl zur Ermordung des Kapitäns Ehrhardt gegeben zu haben, Oberländer unterstützten die Münchener „Neue Zeitung“ der kommunistischen Richtung mit erheblichen Summen.

Angesichts aller dieser Schwindelblüten des geheimbündlerischen Korruptionssumpfes hätten sich doch nun endlich die bayerischen Regierungsbehörden entschließen müssen, den politischen Boden Bayerns gründlich zu reinigen. Sie ließen abermals die Hände im Schoße ruhen, obwohl Hitler sich offen zu der hochverräterischen Taktik Mussolinis bekannte, den Sturz des Parlamentarismus und die Aufrichtung der Diktatur betrieb. Ende Januar 1923 stand die bayerische Regierung vor einem neuen Hitler-Putsch. Von einer großen allgemeinen nationalsozialistischen Parteitagkundgebung fürchtete damals die bayerische Regierung das Schlimmste. Sie verbot deshalb am 26. Januar 1923 den Organisatoren dieses Parteitags alle Veranstaltungen und Festlichkeiten unter freiem Himmel. An diesem Tage herrschte eine direkt verzweifelte Stimmung in den Regierungskreisen. Diese Stimmung ist sehr anschaulich von einem Städtevertreter in der „Fränkischen Tagespost“ geschildert worden, der sich zu einer Sitzung im Landwirtschaftsministerium in München eingefunden hatte. Er berichtete nämlich:

„Zirka 60 Personen waren nachmittags im Sitzungssaal des Landwirtschafts-Ministeriums versammelt, als der Vertreter des Ministers, Herr Ministerialrat Hänlein, die Sitzung eröffnete mit ungefähr folgenden Worten:

Der Herr Minister ist verhindert, an der heutigen Sitzung teilzunehmen. Er ist seit frühester Morgenstunde im Ministerrat. Wir durchleben zurzeit schwere, sorgenvolle Stunden; es ziehen sich schwere Gewitterwolken über uns zusammen, die sich jeden Moment entladen können. Die Regierung weiß nicht, ob sie in den nächsten Stunden noch die Macht in Händen hat. Sie werden begreifen, daß bei der Sachlage über eine Milchpreiserhöhung nicht verhandelt werden kann. Die Regierungsvertreter ziehen sich deshalb von den Beratungen zurück. Der Abgeordnete Eichner, der über die Lage unterrichtet ist, wird vielleicht hierüber Bericht erstatten.“

Hierauf haben sich die Regierungs- und Städtevertreter zurückgezogen. Die Teilnehmer hatten zuerst den Eindruck, daß die angedeutete Gefahr mit der Ruhrbesetzung der Franzosen zusammenhänge. Erst durch den Abgeordneten Eichner wurde berichtet, daß ein ernstlicher Umsturz von seiten der Nationalsozialisten drohe. Man hat dann über die Maßnahmen gesprochen, die ergriffen werden sollen, falls der Zugverkehr schon in den nächsten Stunden eingeschränkt werde. Die Landwirte haben sich nach Bekanntwerden der geplanten Umwälzung schleunigst zum Bahnhof begeben und sind heimgefahren. Die Städtevertreter unterhandelten in der Vorhalle mit den Vertretern des Ministeriums des Innern, der Landespreis- und Landeswucherabwehrstelle. Auch diese Herren waren alle der Meinung, daß schon nach wenigen Stunden Hitler die Macht an sich gerissen haben wird, und daß die Auflösung des Landtags und die Beseitigung der jetzigen Regierung unmittelbar bevorstehe. Es wurde auch schon davon gesprochen, daß Herr v. Kahr zum Staatspräsidenten und Hitler zum Ernährungsdiktator ausersehen sei.

Ich selbst hatte nach den Erklärungen der Regierungsvertreter den Eindruck, daß die Hitlergarde schon im Anmarsch sei. Auf dem Wege zum Bahnhof mußte ich mich wundern, daß das Leben und Treiben genau so ruhig war wie in den Vormittagsstunden und daß keinerlei Anzeichen für einen Aufruhr zu sehen waren. Herr Oberbürgermeister Knorr, der Syndikus des Städtebundes, erklärte mir, daß er heute vormittag mit Herrn Geheimrat Held verhandelt habe, und dieser sei sehr pessimistisch gewesen. Er habe auch die Ansicht vertreten, daß diesmal der Umsturz unvermeidlich sei.“

Die Hitlerianer rebellierten direkt gegen das Verbot, ihre Festlichkeiten unter freiem Himmel abhalten zu dürfen. Das Staatsministerium stellte Ende Januar 1923 fest: Die Nationalsozialisten „lehnten aber diese Anordnungen ab und drohten, daß der staatlichen Gewalt Gewalt entgegengesetzt werde. Damit hat die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei den gesetzmäßigen Boden verlassen und der verfassungsmäßigen Regierung den Kampf angesagt.“

Ueber den Kopf der bayerischen Regierung hinweg aber unterhandelte der Münchener Polizeipräsident Nortz mit den rebellischen Häuptlingen der Nationalsozialisten, trug ihren Wünschen Rechnung und erlaubte die bereits verbotenen Demonstrationen in München. Mit Herrn Nortz im Bunde hatten, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schrieben, „die bewährten und verehrten Führer“ der nationalen Bewegung den „Ausgleich in die Hand genommen“ und „die aufs äußerste zugespitzte Situation“ gerettet. Diese „bewährten und verehrten Führer“ sind in erster Linie die Förderer der faschistischen Bewegung in München, die Herren v. Kahr und Roth, gewesen.

Die Nationalsozialisten kehrten sich aber selbst nicht an die Abmachungen mit dem Polizeipräsidenten Nortz, sie veranstalteten ihre Fahnenweihe unter freiem Himmel auf dem Marchfelde. Am Tage nach dieser Fahnenweihe buchte die „Münchener Post“ als sehr ernstes politisches Ereignis die vollkommene Niederlage der bayerischen Regierung, die mit Hitler Handelsgeschäfte abgeschlossen hatte.

Am 1. Februar 1923 mußte der Ministerpräsident v. Knilling wohl oder übel die Rolle des öffentlichen Anklägers gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung übernehmen. Ihre „Forderungen der Diktatur“ und „der Beseitigung des Parlamentarismus hätten die Gemüter aufgepeitscht“. Er verurteilte scharf „ihre Greuelthaten und Hausfriedensbrüche“. Die Bewegung sei in „ein für die öffentliche Ordnung außerordentlich bedenkliches Fahrwasser“ getreten.

Was hat Herr v. Knilling getan, um diese rebellische Bewegung unschädlich zu machen? Nichts! Er unterdrückte nicht einen nationalsozialistischen Geheimbund — auch nicht nach dem Fuchs-Machhaus-Prozeß!

Als die ersten Tatsachen über den Landesverrat der Machhaus, Fuchs und Kühles bekannt wurden, da suchten offiziöse bayerische Berichte diese bestimmten Regierungskreisen sehr peinliche Affäre als die aufgebauschte Erfindung einiger abenteuerlichen und sensationslüsternen Phantasten hinzustellen. Die öffentliche Meinung jedoch beruhigte sich nicht, die drang auf die öffentliche Behandlung dieses tückischen Verrats deutscher Reichsinteressen. Nun fiel helles Tageslicht auf das dunkle Treiben der Geheimverbände, die sich mit französischen Geldern vollgesogen hatten, nun wurden geplante Mordanschläge auf politische Persönlichkeiten enthüllt, nun wurde ein nationalsozialistischer Vertrauensmann und früherer Redakteur des „Deutschvölkischen Beobachters“, der vielgewandte Machhaus, als französischer Söldling entlarvt.

Herr v. Knilling kennt die Gewaltcharakter der Hitler-Banden sehr gut: die Anschläge auf Magnus Hirschfeld, Auer und Saenger. Er weiß auch, daß der Schleier zum Teil gelüftet ist, der die Ermordung des Abgeordneten Gareis umhüllt. Welche brutalen nationalsozialistischen Ausschreitungen trugen sich allein vom September 1922 bis September 1923 in Bayern zu! Ich habe sie einmal kurz im „Vorwärts“ verzeichnet: Im September 1922 begehen die Nationalsozialisten allein vier grobe Ausschreitungen in München. Im Dezember 1922 sind zehn schwere Ueberfälle der Nationalsozialisten in München zu buchen. Im Januar 1923 ereignen sich vier blutige Ausschreitungen der Nationalsozialisten. Sie erstürmen z. B. am 24. Januar das Hotel Grünewald in München. Am 12. März 1923 eröffneten nationalsozialistische Sturmtrupps ein lebhaftes Feuer auf das Ingolstädter Gewerkschaftshaus.

Am 23. März 1923 fallen nationalsozialistische Sturmtrupps über die sozialdemokratische Arbeiterjugend her. Am 25. April 1923 entwickelte sich in München-Neuhausen eine förmliche nationalsozialistische Straßenschlacht gegen die unbewaffnete sozialdemokratische Arbeiterjugend. Sie wiederholt sich am 27. April 1923 in München-Schwabing. An diesem Tage wird die bürgerlich-demokratische Frau Dr. Rosa Kempf angepöbelt. Am 23. April 1923 wird der Eisenbahner Hammerschmied in Mittelfeld durch Nationalsozialisten erschossen. Am 29. April 1923 wird von diesen der Maschinist Merkl in Schwandorf ermordet. Am 1. Mai 1923 ziehen die Nationalsozialisten bewaffnet in München auf und zahlreiche Arbeiter werden mißhandelt. Am 3. Mai 1923 erfolgt ein Feuerüberfall auf die sozialdemokratische Arbeiterjugend Südost-München. Am 21. Juni 1923 schlagen Nationalsozialisten auf den Kommerzienrat Fränkel brutal ein. Im Juli 1923 sind drei schwere Mißhandlungen der Nationalsozialisten in München zu verzeichnen. Am 29. Juli 1923 erstürmen nationalsozialistische Hakenkreuzler das Gewerkschaftshaus in

Rosenheim. Bei den nationalsozialistischen Ueberfällen in Nürnberg am 1. und 2. September wird ein Arbeiter ermordet. Fünf schwere nationalistische Gewalttaten sind überdies noch im September zu buchen. Großes Aufsehen erregte im Sommer 1923 die Ermordung des Studenten Bauer, der vorübergehend eine Vertrauensstellung in den bayerischen Geheimbünden einnahm.

Gegen die sozialdemokratische „Münchener Post“ sind allein vier Anschläge ausgeführt worden.

Und einen Teil dieser brutalen Anschläge muß man direkt auf das Kerbholz des Hauptangeklagten des Münchener Hochverratsprozesses, Adolf Hitler, stellen. Dieser hat unablässig die schlechtesten Instinkte der Masse gegen die sogenannten Novemberverbrecher aufgepeitscht, er ordnete in Ansprachen an seine „Stoßtrupps“ die förmliche Aufstellung von Proskriptionslisten an. Sein Münchener Organ schrieb triumphierend von der Vernichtung der „Giftküche“, als seine fanatisierten Anhänger in den Räumen der „Münchener Post“ wie Vandalen in der Nacht vom 8. zum 9. November 1923 gehaust hatten. Die blutigen Ausschreitungen, die barbarischen Sachbeschädigungen der treuen Jünger Adolf Hitlers sahen die Männer der Münchener Areopags nicht, die in diesem engschädigen Herostraten einen deutschen Nationalheros förmlich verehrten und denen auch die Fäden, nein, die ziemlich dicken Tuae entgingen, die Hitler mit den Verschwörern des weißen Ungarn verknüpften.

Die bayerischen Regierungen haben teils bewußt die hochverräterischen Umtriebe Hitlers gegen die deutsche Republik gefördert, teils diese stillschweigend geduldet. Vor dem Gericht der Weltgeschichte werden sie als Mitschuldige Hitlers verurteilt werden. Der schwerste Schuldspruch wird aber die Regierung Knilling treffen, die, obwohl sie die politischen Verbrechen Kahrs genau kannte, diesen doch zum Generalstaatskommissar erhob und damit erst den Verfassungsbruch des „Statthalters der Monarchie“, die Meuterei Lossows und den ungehinderten Fortgang der Vorbereitungen für den Marsch auf Berlin möglich machte, fast bis zu dem Augenblick, da das Kommando: Vorwärts marsch! erteilt werden sollte.

Reisebrief an Berlin

Von Bruno Schönlanck

Ueber zwei Wochen schon, daß ich dich verlassen. Der letzte Klang: Sonne, Wind, zaggrünende Sträucher, Aschingerwürstchen. Berlin, ich habe dich lieb; das merke ich erst recht aus der Entfernung. Deine Schnoddrigkeit, dein oft kleinbürgerliches Gehaben, deinen heftigen Herzschlag, den starken Rhythmus deiner Arbeit, die sanfte Wehmut deiner Kiefernwaldungen und Seen. Und je weiter ich mich entferne, um so mehr liebe ich dich; drum entferne ich mich immer weiter, um dich noch mehr zu lieben. Und du wirst mir nicht böse sein, daß ich da und dort Vergleiche ziehe. Du lieber Himmel, ich bin nun einmal polygam.

Also laß dir berichten. Deine kleine Schwester Erfurt habe ich besucht. Der Dom steht noch und die grüntürmige Severi, und beide beherrschen noch immer das Stadtbild. „Die Straßenbahn wird gleich andonnern“, vertröstet einen die Schaffnerin und lacht aus vollem Halse, daß sie nicht vom Fleck kommt. „Sie wollen wohl zum Zuge? Na, da tun Sie besser, wenn Sie laufen.“ Und lacht wieder. Dafür wird vorn gekurbelt, ein Ruck, und der Schaukelkasten rennt bis zum Rathaus mit

einem alten Weib um die Wette. Beinahe wäre er Sieger geworden, doch da kam eine Weiche ... Nun mußte er wieder andonnern. Also ich laufe davon, die Schaffnerin strahlt wie ein Vollmond: Warten Sie doch, es geht gleich weiter! Ich bin längst am Anger, da kommt der Wagen in einem besseren Tempo an. Doch ich verzichte auf die Weiterfahrt, denn ich glaube mich nach Hitlerien versetzt. Hakenkreuzler, mit Sturmjacken und den entsprechenden Mützen, beherrschen das Straßensbild. Kein Lokus, keine Mauerwand, nichts blieb verschont; diese Garde trägt ihre Symbole überall hin. Was ist aus dem roten Erfurt geworden! Die Jugend ist le dernier cri. Paraden. Befehlsausgabe. Bleichgesichter mit Schülmützen und judenmordendem Blick und synagogenfenstereinwerfenden Händen. Hier werden deine Helden gezüchtet. Angestellte, junge Arbeiter, die sich durch Aktivität und militärische Spielerei einfangen lassen.

Und heute noch fahre ich nach München. Wenn das schon in Erfurt geschieht, was soll in München werden? Gebratene Juden auf dem Odeonsplatz, das ist noch das zarteste Bild, was mir vorschwebt.

Leb wohl, Erfurt, bessere dich und fege bald deine größenwahnsinnigen Jünglinge hinaus.

München, du bist besser als dein Ruf. Im Grunde beunruhigt dich all das, was geschieht, gar nicht mehr so. Deine Seele lebt von Bier, Weißwürsten und einem gut bayerischen Katholizismus. Und alle deine Aufregungen sind im Grunde ein wenig gemacht, und es dauert nur ein wenig lange, bis du mit einer Gemütsstimmung fertig bist. Eigentlich bist du schon bei einer anderen, du hast es nur noch nicht ganz weg. Das hat man beim Ausrufen deiner Haltestellen begriffen und sagt sie dir immer eine Station vorher. Nur sind deine Schaustücke zu blutig, und was du als Fetz und Operette ansiehst, ist nur zu oft eine Tragikomödie. Doch deine Hakenkreuzbegeisterung scheint sich gegeben zu haben. Die Jünglinge haben wohl das heilige Dinterland aufgesucht, das neue Paradies. Darum wohl auch diese Ueberschwemmung in Erfurt, das mir im Vergleich zu dir sich viel hakenkreuzlerischer gebärdete. Oder ist es der Reiz der Neuheit. Die politischen Kinder haben ein neues Spielzeug.

Ich liebe deine Via triumphalis, deine Frauenkirche, deinen Englischen Park und den Odeonsplatz. Die Heiligegeistvögel, die Tauben, lassen sich dort so schön füttern, gegen mich aber hatten sie ein Mißtrauen. Unruhig flatterten sie hin und her, zum Schluß aber ließen sie sich so weit herab, daß sie herabflogen und meine Krümlein verspeisten. (In Klammern, den Tag zuvor hatte ich zwei solcher Vöglein verzehrt, vielleicht gibt das den Spiritisten etwas zum Nachdenken.) Als aber Hermann Bahr wie ein langbärtiges Urwaldgespenst vorbeiradelte, flogen sie flatternd davon. Seine Hakenkreuzartikel im jüdischen „Neuen Wiener Journal“, die kann selbst der heilige Geist nicht vertragen.

München, du bist der Gott Bauch, wer in dir speist, der muß sich schier volltränken, und dein schönstes Barock läßt dich deinen echten Dorfappetit nicht vergessen. Dein Menschenschlag ist dunkel und braunäugig, vergeblich suchte ich nach einem blonden, blauäugigen Germanen. Natürlich sind auch daran die Juden schuld, wie an allem, für das diese aparten Sündenböcke in die Wüste oder per Meuchelmord in das himmlische Paradies gesandt werden müssen.

Immerhin, es sitzt sich schön in deinem Bierkeller, und die Resis und die Kathis halten ein gut Regiment. Ja, ich gebe zu, als im Malteserkeller geschrammelt wurde, und das Frühlingbier mich dumpf beseligte und der dicke Rauch von der Sonne vergoldet wurde, es war mir so blödsinnig wohl zumute, daß ich mit Behagen der großen Politik folgte, die verzapft wurde. Also der Kahr, daß der sich überhaupt noch getraut. Mit dem Hitler, wer weiß es, und überhaupts ... Es ist alles

Schwindel, gelt, Herr Nachbar? Und die Rentenmark... Nach drei Maß hätte ich die Frauenkirche umarmen können.

Wien. In einer so nahrhaften Stadt wie München mußte Kalbshaxe und Bier, hier aber Kaffee mit Schlagobers und Heurigem Trumppf werden. Dort Bierkeller, hier Nachtcafés. Und alle Unduldsamkeit der katholischen Kirche, die sie wohl aus der spanischen Weltherrschaft übernahm, konnte nicht verhindern, daß die Sozialdemokraten das Rathaus mit fast Zweidrittelmehrheit regieren. Das Barock dieser Stadt ist bezaubernd, die Gotik des Stephansdomes ist von einer überwältigenden Transzendenz. In keinem Dome noch sah ich ein solches Dämmerdunkel, das in überirdischer Schönheit aufleuchtet, wenn die Sonne durch die bemalten Glasfenster bricht.

Das sterbende Wien, wie es sich vor Jahren noch selbst mit einer etwas koketten Wehmut nannte, lebt und arbeitet und baut. Und was sich die Berliner verscherzten, daß sie sich keine tatkräftige sozialistische Gemeindevertretung wählten, — hier können sie es lernen. Neue Häuser werden gebaut, eine großzügige Wohnungspolitik getrieben, die dem Wiener Wohnungselend energisch zu Leibe geht. Alte Badeanstalten werden erneuert und erweitert, und eine riesige Badeanstalt, die größte in Europa, in dem Arbeiterviertel Favoriten errichtet.

Die Schlösser dienen der Allgemeinheit. So gehört ein gut Teil des Schlosses Schönbrunn den proletarischen Kinderfreunden, die dort im Internat die Kinder arbeitstätiger Ehepaare unterbringen und im sozialistischen Geiste erziehen.

Der stärkste Eindruck aber, den Wien auf mich machte, war sein erster Mai. Diese Stadt gehört dem arbeitenden Volk, das war das Gefühl, was diese Massen erweckten. Auf der Rathausloggia. Massen und immer neue Massen in selbstgewollter Ordnung strömen heran. Musik schmettert. Rote Fahnen wehen. Blaue und grüne Uniformen der Arbeiterordner, weiße Turnerkleider. Radfahrer. Ein Meer von Licht über den schier unübersehbar heranströmenden dunklen Massen. Diese Arbeiterordner wissen auch im Ernstfall ihre Errungenschaft blutig zu verteidigen, das fühlt man ebenso wie die Einigkeit und Zukunftsfreude dieser Massen. Fanfaren. Der erste Mai wird eingblasen. Wie ein Mann entblößt die Masse ihr Haupt, ebenso bei dem Lied der Arbeit. Diese Arbeiterschaft, aufgewachsen auf dem symbolreichen Boden des Katholizismus, schafft sich selbst ihre Symbole und Heiligungen, die ihren schweren Weg zur Zukunft verschönern und erleichtern.

Nie war mir der Parteizwist der reichsdeutschen Arbeiter so bitter zum Bewußtsein gekommen, als an diesem Tage; denn wo könnte die deutsche Arbeiterklasse stehen, wenn sie ihre Kräfte nicht selber aufheben würde?

Die Wiener Arbeiterschaft fühlt Freude und Machtbewußtheit, sie vertraut auf ihre Kraft und ihre Führer, wie ihre Führer auf sie. Was bei uns lähmt und verbittert, das gegenseitige Mißtrauen und Nichtachtung: hier ist kaum ein Bruchteil davon zu finden.

Kein Wunder, daß der Lebensfreude mehr Raum gegeben ist und daß bei diesem Fest das Lied der schönen blauen Donau wie das der Arbeit sich freudig verschwistern konnten.

Es ist wahr, dein Boden ist karger, Berlin, und dein Himmel weniger südlich. Du bist nicht umrahmt von lichtgrün bewaldeten Hügeln und Bergen. Und doch, welche, wenn auch nicht so beschwingte, Freude könnte auf deinem märkischen Sande aufblühen, wenn deine Arbeiterklasse ihre Kraft und ihren Schwung, ihr todesmutiges Begeisternkönnen sich selber weihen würde!

Zum 1924sten Male nach Christo: Frühling

Von Josef Maria Frank

Es plustern an dem Weidenstrauch
die Kätzchen gelb wie Gold sich auf.
Am Haselbusch die Erlen auch —
sie tragen Troddeln weit hinauf.
Die Wiese hat sich bunt gemacht.
Wie neu der Moospelz wieder lacht
mit kunterbunten Streifen.
Es wuchsen ihm als Schleifen
Schneeglöckchen, Krokus vor.
Ein Weilchen noch und dann
blüht blau der Gundermann.
Und überm Veilchenflor
in Busch und Strauch und Rohr
rumtummeln sich und brummeln
die Hummeln!

Im Moor die Frösche murren.
Im Waldbach die Forelle springt.
Die Tauben girren, gurren,
weil alles um sie singt:
Fink, Amsel, Drossel, Stare
und Spechte, Meisenpaare!
Bald hier, bald dort, bald näher
foppt sie der Eichelhäher,
der wunderliche Narr.
Der scheckig bunte Schwätzer
und neckig schlaue Petzer
kreischt feixend sein Gequarr
und ärgert mit Geschnarr,
Trompeten und Miauz
den Kauz!

Warm blüzt die Sonne nieder.
Die Schwalben zwitschern überm Bach.
Die Lerchen trillern wieder
die Schläfer alle wach:
der Hamster schließt vorsichtig
heraus und kratzt sich tüchtig
und grunzt und brummt vor Wonne
und wälzt sich in die Sonne.
Der Dachs wärmt seine Schwarte.
Es tanzt vor Liebe hin
der Igel um die Igelin . . .
Beißt sie auch Terze, Quarte,
er denkt nur: Wirst schon! Warte!
Und tu nicht so! Die Fledermaus
fliegt auch zum erstenmal schon aus
und sucht und sucht sich einen Mann —
wie jedermann doch sehen kann!
Alsdann —!“

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

Bergarbeiterstreik und Wirtschaft Auf die noch keineswegs konsolidierte deutsche Wirtschaft fällt die Schwere des Bergarbeiterstreiks mit voller Wucht. Mehrere Wochen kann diese folgenschwere Auseinandersetzung nicht dauern, da sonst nicht nur die deutsche Wirtschaft, sondern auch die mühselig stabilisierte Währung dem Zusammenbruch entgegengehen würde. Im letzten Heft dieser Zeitschrift versuchten wir darzulegen, daß die hohen Preise für Brennstoffe einen fühlbaren Preisabbau von unten auf verhindern und ungeheuer lähmend auf die so notwendige Forcierung des Exports einwirken. Es ist verständlich, daß nach Ausbruch des Streiks die Frage der Kohlenpreise namentlich in der Unternehmerpresse eine lebhaft erörterung findet. So schreibt der Unternehmersyndikus Dr. Pinkerneil im Berliner Börsen-Courier Nr. 215: „Die Kohlenpreise waren gesenkt, eine weitere Senkung wurde angestrebt. Die Konkurrenz zur englischen Kohle und die Marktlage erzwang ein scharfes Kalkulieren. Die Tendenz, mit den Kohlenpreisen auf den Friedensstand zu kommen, herrschte vor.“ Bezüglich der Wirkung des Bergarbeiterstreiks sagt Pinkerneil: „Soviel darf heute schon festgestellt werden, daß der verursachte Schaden so groß ist, daß längere Zeit an ihm gearbeitet werden muß, d. h., daß das Problem der Kohlenpreissenkung in weiten Fernen ruht.“ Daß du die Nase im Gesicht behältst, würde Fritz Reuter hierauf sagen. Es ist eine vage Behauptung, wenn jetzt seitens der Kohlenindustriellen erklärt wird, daß bereits eine Senkung der Kohlenpreise angestrebt sei. Gerade diese Kreise haben sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Senkung der Kohlenpreise in naher Zukunft ausgesprochen. Immer wieder wurde die unkontrollierbare Behauptung aufgestellt, daß der Kohlenbergbau verlustbringend sei, da die Kohlenpreise kaum die Selbstkosten zu decken vermögen. Eitel Schaumschlägerei ist es, für die nicht erfolgte Kohlenpreissenkung nunmehr die Arbeiter verantwortlich zu machen. Trotz alledem bringt dieser Riesenkampf der deutschen Wirtschaft ungeheure Verluste, der Schaden wird pro Tag auf 10 Millionen Goldmark geschätzt. Politisch wirken sich die Folgen in einer unangenehmen Weise aus: Der bereits totgesagte Separatismus schöpft wieder neuen Mut. Es ist leider so, daß viele Arbeiter in ihrer gewiß nicht unberechtigten Empörung über das Verhalten der Unternehmer geneigt sind, nach den französischen Kommandostellen zu pilgern, um sie zum Eingreifen zu bewegen oder die Uebernahme der Gruben durch die Belegschaft zu gestatten. Dadurch wächst leider der Appetit der Franzosen, noch mehrere Zechen in eigene Regie zu nehmen. Die Ausdehnung der Regiezechen sollte von keinem, mag er stehen wo er wolle, gewünscht werden. Allerhand trübe Quellen fangen im Ruhrgebiet wieder an zu fließen, möge diese Tatsache auch von den Arbeitern nicht übersehen werden. Die Wirkung des Streiks auf andere Industriezweige macht sich bereits in der Eisen- und Stahlindustrie des Industriegebiets bemerkbar. Es mangelt vor allem an Koks. Da ein Hochofen pro Tag mit ungefähr 12 000 Tonnen Koks beschickt werden muß, wird einer nach dem andern gedämpft oder stillgelegt. Wer den Hochofenbetrieb kennt, weiß, was dies bedeutet und welche Kosten notwendig sind, um ihn wieder in Gang zu setzen. Die Eisen- und Stahlindustrie ist so eng mit dem Bergbau verbunden — werden doch vielfach die in der Hüttenindustrie benötigten Kohlen mit der Seilbahn direkt von der daneben liegenden Zeche bezogen —, daß diese bereits bei Drucklegung dieser Zeilen ebenfalls zum großen Teil stillliegen wird. Die Wirkung auf die übrige Industrie wird nicht lange auf sich warten lassen. Vom Standpunkt der Wirtschaft ist der Bergarbeiterkampf ein großes

Unglück. Und die Verantwortung für den Ausbruch desselben wiegt deshalb doppelt schwer. Mögen vor allem die Bergarbeiter sich dieser Verantwortung bewußt bleiben und sich nicht von der Gegenseite oder von den Kommunisten in eine Situation hinein manövrieren lassen, die für die Arbeiter sowohl, als auch für deren Organisation zum schweren Schaden ausschlagen kann.

Vom Schlachtfelde der Frankenspekulation Eitel Jubel herrscht in Trojas Hallen — — der französische Frank ist erneut um einige Punkte gefallen! In den letzten Tagen der vergangenen Woche notierte das Pfund 74 Frs. gegenüber dem höchsten Stande nach der Deroute von 66 Frs. Kein Wunder, daß die schwerverwundeten Frankspekulanten wieder neuen Mut schöpfen. Harren doch die Verpflichtungen für Ultimo Mai größtenteils noch der Glattstellung. Bei dem Umfange der Mai-verpflichtungen spielen selbst 8 bis 10 Punkte eine große Rolle. Es ist nicht nur ein sträflicher Leichtsin, sondern die für viele Deutsche so charakteristische Unwissenheit in volkswirtschaftlichen Dingen, wenn bekannt wird, daß bereits nach dieser geringen Senkung des Frank die im Gange befindlichen Liquidationen der Ultimoverpflichtungen gestoppt werden sollen. Was an dieser Stelle immer wieder betont wurde, kann nicht dringend genug wiederholt werden: Die französische Regierung und deren Kreditgeber auf dem Devisenmarkt, Morgan und die englische Lazard-Gruppe haben den Frank so fest im Zügel, daß eine wesentliche Senkung ausgeschlossen erscheint. Der Tribut, den die deutsche Spekulation zu leisten hatte, wird auf 450 Millionen Goldmark geschätzt. Diese für unser armes Land riesige Summe, wurde den reichen Amerikanern in den Hals geworfen. Die Erholung des Franken hat der französischen Regierung nicht nur nichts gekostet, sondern sie machte dabei noch ein Geschäft. Die Kosten der Frankstützung mußten, so absurd dies auch klingt, von der Spekulation getragen werden. Man hat nun auch bei uns, ähnlich wie in Wien, Stützungsaktionen der verschiedensten Art, von der stillen Beihilfe bis zum offiziellen Börsenclearing in die Wege geleitet und es steht zu hoffen, daß die Spekulation, wenn auch mit zerschundenen Knochen, über die Situation hinwegkommt. Allerdings den Reinigungsprozeß der deutschen Wirtschaft, der durch die Frankenverluste nur früher und wesentlich heftiger in Erscheinung trat, wird niemand aufhalten. Diese Absicht scheint bei den Stützungsanstalten auch gar nicht zu bestehen. Auch bei uns vollzieht sich der zähe Kampf des alten gegen den neuen Reichtum. Die alten Unternehmungen des Handels und des Bankwesens sehen es nicht ungern, ja sie helfen mit dabei, wenn ihren jungen Rivalen die Kehle zugeschnürt wird. Es vollzieht sich eine Art natürlicher Zuchtwahl, nur ist man im Zweifel, ob hier, wie in der Kultur, der Tüchtigste am Leben bleibt. Ueber diesen zweifellos interessanten Kampf wird noch manches zu sagen sein.

Geldkrisen bei den Großen Auch an die Tore der Größten unserer Wirtschaft klopft die Geld- und Kapitalnot. In diesen Tagen war die Rede von Geldschwierigkeiten im Becker-Konzern und bei den Kupferbergwerken Mansfeld A.-G. Beides sind Unternehmungen, die in der deutschen Wirtschaft einen guten Klang haben. Wie andere Konzerne, hatte sich auch der Becker-Konzern eine eigene Bank zugelegt. Diese, die Industrielle Bankgesellschaft m. b. H. in Düsseldorf, schien der Situation nicht gewachsen zu sein. So mußte sich der Becker-Konzern nach einer stärkeren Hilfe umsehen. Diese fand sich in dem angesehenen Privatbankhaus Lazard, Speyer-Ellissen & Co. in Frankfurt, die damit Einfluß bei Becker gewann. Bekanntlich ist bei Becker in starkem Maße schweizerisches Kapital beteiligt, und muß man

sich eigentlich wundern, daß Becker eine zweite fesselnde Bankverbindung eingehen mußte. Das Schweizer Kapital scheint doch mit der Kreditgewährung an Deutschlands Industrie vorsichtiger geworden zu sein.

Ziemlich viel Aufhebens wurde von den Schwierigkeiten der Mansfeld A.-G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb gemacht. Mansfeld ist bekanntlich der einzige Kupferproduzent in Deutschland. Von den industriellen Gesellschaften verfügt sie wohl über den reichsten Grundbesitz. Außerdem ist sie im Besitze von Braunkohlengruben in Mitteldeutschland und der vorzüglichen Steinkohlenzeche „Sachsen“ bei Hamm. Und wenn man dazu noch in Betracht zieht, daß außer der Stadt Leipzig, Großaktionäre wie Otto Wolff, die AEG und die Gruppe Metallbank das Heft bei der Mansfeld A.-G. in der Hand haben, dann ist schlecht einzusehen, daß ausgerechnet die notleidende Reichskasse hier einspringen soll. Weshalb stehen die Großaktionäre hier abseits? Oder soll es sich um ein Manöver handeln, sei es, um die Reichsbank gegenüber der Industrie gefügiger zu machen oder den Kupferpreis in Deutschland nach wie vor über den Weltmarktpreis zu halten. Man muß von der Reichsregierung erwarten, daß sie in der Kreditgewährung selbst bei den Großen vorsichtig ist, und die Reichsbank an den Kreditrestriktionen festhält, denn was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Reichsbank bleibe hart! *Mercur*

R A N D B E M E R K U N G E N

§ 218

Ein medizinischer Pfuscher, unter der Anklage, sich gegen das keimende Leben, in gewissen Fällen mit Tötung der Mutter, vergangen zu haben, gesteht zu, elfhundert Fälle behandelt zu haben, gesteht das unumwunden zu, um die Notwendigkeit der Abschaffung dieser mittelalterlichen Strafbestimmung der breitesten Oeffentlichkeit darzutun, er wird trotz Pfuscheri und Tötung für eine größere Gemeinschaft zum moralischen Vorkämpfer.

Aus diesem Anlaß hat sich wieder eine Anzahl angeblicher Sachkenner und Fachleute, Mediziner vernehmen lassen, die sämtlich gegen Abschaffung des einschlägigen Strafgesetzsparagraphen sind. Sie reden dabei von Dingen, die sie entweder nichts angehen oder die sie nicht verstehen. So belehrt etwa der Oberarzt der Berliner Universitäts-Frauenklinik Warnekros: „Nach einer Beseitigung des Paragraphen würde keine Frau mehr

Lust haben zu gebären. Die Frauen mit der freudigen Betätigung ihres natürlichen Mutterschaftstriebes würden verschwindende Ausnahmen sein. Damit wäre das Aussterben der Nation in absehbare Nähe gerückt und dem deutschen Volke die Möglichkeit genommen, jemals wieder ein Machtfaktor zu werden.“ Das ist das Raisonement eines Stabsarztes: unpsychologisch und militaristisch. Es gibt einen Begattungstrieb und einen Fortpflanzungstrieb, wenn sich auch beide in derselben physischen Form manifestieren und zugegebenermaßen der erstere stärker und häufiger ist. Der reine Lusttrieb der Begattung, der für das Individuum ebenso berechtigt bleibt wie jeder andere Lusttrieb, unbeschadet der Erhaltung der Art, kann gewiß durch Zwangsmaßnahmen eingeschränkt, verheimlicht, abgelenkt werden; aber er kann niemals in den Fortpflanzungstrieb — „die freudige Betätigung des Mutterschaftstriebes“ — umgewandelt werden.

Der Fortpflanzungstrieb aber, der unverlierbare Instinkt des Individuums, des männlichen ebenso wie des weiblichen, sich die materielle Unsterblichkeit durch leibliche Nachkommenschaft gegen große persönliche Opfer zu erkaufen, ist allenthalben, wo er sich Bahn bricht, ebenso stark und bedarf keiner strafgesetzlichen Bestimmungen zu seiner Erfüllung.

Absterben oder Kräftigung einer Nation durch verhinderte oder geförderte Nachkommenschaft ist aber nicht nur eine rein physiologische oder statistische Angelegenheit (im Sinne der stärksten Bataillone), sondern vor allem eine sehr zusammengesetzte soziale Frage. Die schrankenlose Vermehrung ist Barbarei, die Beschränkung der Nachkommenschaft ist Sache der Zivilisation, einfach weil sie Auslese und Qualität berücksichtigt*). Der rein militaristische Einwand ist außerdem durch das Beispiel des französischen Zweikindersystems, das, wenn auch nicht buchstäblich, so doch grundsätzlich besteht, widerlegt. Deutschland mit seinen immer noch unterernährten, unter dem Existenzminimum frönenden Massen kann sich den Luxus unbeschränkter Nachkommenschaft nicht leisten. Die Elterngeneration beraubt sich in der Erhaltungspflicht für die Nachkommenschaft der letzten Möglichkeit eigener karger Daseinsfreude, und diese wächst unter materiellen und geistigen Bedingungen auf, die sie von vornherein im Daseinskampf unterliegen lassen müssen. Wie Gerhart Hauptmann einmal sehr richtig im Kriege sagte: lieber das ehrwürdige Kunstdenkmal vernichtet als auch nur ein Menschenleben, so heißt es auch hier: erst gilt das Recht der lebenden Generation, dann das der kommenden, Kinder in die Welt zu setzen, denen

man nicht das Existenzminimum im weitesten Sinne sichern kann, ist kein geringeres Verbrechen, als einer im Leben stehenden Menschen des menschenwürdigen Daseins zu berauben.

Der zivilisierte Staat, der die Sklaverei verdammt und die Wehrpflicht abschafft, hat kein Anrecht auf den Körper seiner Bürger. Die Unterbrechung der Schwangerschaft durch operativen Eingriff muß daher Recht des einzelnen verbleiben, wenn er sich vor lebensunfähiger Nachkommenschaft bewahren will. Allerdings ist da die „Abtreibung“ der äußerste Notbehelf; das gebotene Mittel ist die Vorbeugung. Hier mag allerdings der Mediziner wieder zu Wort kommen, wenn er sich dabei der Verkündung überholter moralreligiöser oder militärpolitischer Dogmen enthalten kann.

Humanus

Die Nationalen wollen also doch den Krieg

Die „Deutsche Tageszeitung“ zerbricht sich den Kopf über die Ursachen, die zu dem Linksabmarsch der französischen Wähler beigetragen haben. Sie stellt folgendes fest: „Verstärkt wurde diese Tendenz (nach links zu gehen) zweifellos durch den Eindruck der deutschen Reichstagswahlen. Die große Mehrheit der französischen Bürger ist zwar an sich gern bereit, zum Ruhme Frankreichs jede Art von imperialistischer Politik mitzumachen, solange es nicht auf Kosten ihres Sparkapitals geht, und solange diese Politik nicht ganz offenkundig in naher Zukunft neue schwere internationale Konflikte heraufbeschwören muß, die neue Blutopfer verlangen.“ Das darf also wohl heißen, die Franzosen, soweit sie Vernunft gezeigt haben, haben Angst vor neuen, in naher Zukunft bevorstehenden Blutopfern, die ihnen

*) Vgl. „Glocke“ 8, 29.

durch ein nationalisiertes Deutschland, durch den „Sieg der Deutschnationalen bei der Reichstagswahl“, auferlegt werden könnten. Man darf sagen, daß diese Argumentation, den Franzosen öffentlich zu erklären, daß Feigheit und nationale Unehrenhaftigkeit sie dazu veranlaßt haben, Herrn Poincaré den Abschied zu geben, die richtigste Methode ist, das französische Wahlergebnis als einen Fortschritt zur internationalen Verständigung

und zur endgültigen Befriedung Deutschlands auszunutzen. Man darf sagen, daß diese infame Verleumdung der französischen Wahlsieger unser nationales Gesindel trefflich kennzeichnet. Man darf sagen, daß dieses eine, dem Giftmaul eines Nationalen entrutschte Wort besser als vieles andere kennzeichnet, wie notwendig es ist, diese Verderber Deutschlands so schnell wie möglich unschädlich zu machen.
R. Br.

B Ü C H E R S C H A U

Volkswirtschaftliche Jugendbücher

Die Arbeiterjugend-Bewegung ist seit dem Jahre 1918 mit großem Eifer an die Aufbau-Arbeit gegangen, eine wahre Gemeinschaft junger Menschen zu schaffen, die wissensdurstig in die feine Mechanik des Staates eindringen und sich Kenntnis verschaffen wollen vom ungeheuren Apparat der wirtschaftlichen und politischen Kräfte. Sie hat, um das reiche Material der Wissenschaft, das für die Jugend meist unverständlich und somit wertlos ist, brauchbar zu machen, eine kleine Reihe wirtschaftlicher und politischer Schriften herausgegeben, die als Einführung in die Probleme der Volkswirtschaft, Politik und Kultur gelten können.

Johannes Schult hat diese Reihe ergänzt durch drei Hefte, die allgemein faßlich die Begriffe Geld, Valuta, Kapital und Kapitalismus umreißen sollen.

Das eine Schriftchen „Geld und Valuta“ — alle drei sind im Verlage der Arbeiterjugend, Berlin, erschienen, und können auch in der Hand eines Erwachsenen wertvoll sein — behandelt Begriff und Funktion des Geldes, und gibt eine Darstellung des Kredites und des modernen Bankwesens. Dem akuten Problem „Die Valuta“ ist das letzte Kapitel gewidmet, das die wirtschaftlichen Zusammenhänge der einzelnen Staaten, ausgedrückt durch den Wert ihrer Valuta, erläutert.

Das zweite Heftchen soll die Schlagwörter „Kapital“ und „Kapitalismus“, mit denen seit der Revolution viel Mißbrauch getrieben worden ist, verständlich machen. An Beispielen aus dem täglichen Leben entwickelt er die Grundbegriffe der Volkswirtschaft, im besonderen die Begriffe Kapital und Kapitalismus. Der Wißbegierige erhält eine feste Grundlage, auf der er weiterzubauen und sich in die volkswirtschaftlichen Verästelungen einzuleben vermag.

Als Ergänzung zu beiden Heften, hat Johannes Schult viel gebrauchte „Schlagwörter“, wie sie im politischen und wirtschaftlichen Tageskampf immer wieder ausgesprochen, meist aber falsch angewandt werden, zusammengestellt. Wer sich eine festumrissene und unverklausulierte Erklärung der vielen im politischen und wirtschaftlichen Gespräch benutzten speziellen Worte geben lassen will, der hat in diesem Vokabular den gegebenen Leitfaden gefunden. Sz.

Deutsche Kunst und Art

E. K. Fischer will in „Deutsche Kunst und Art“ (Sibyllen-Verlag, Dresden, 1924) von den Künsten als Ganzes sprechen; von der Kunst als Ausdruck ihrer Zeit und des Ueberzeitlichen, das in jeder Kunst liegt. Das Buch ist keine Kunst-

geschichte im gebräuchlichen Sinn. Es vollzieht Querschnitte durch das ganze breite, lebendig hin und herströmende Gesellschaftsleben der verschiedenen Zeitepochen und versucht die Entwicklung von Zeit zu Zeiten derart in ihrer Vielgestalt aufzufangen.

Der Verfasser ist bestrebt, das lebendige Lebensgewebe darzubieten, in dem Kunst nur ein (freilich sehr wesentlicher) Einschlag ist. Die Nerven, die Leben und Kunst untrennbar verknüpfen, sollen nicht zerschnitten werden, um das Herüber und Hinüber des sozialen Stoffwechsels nicht zu töten.

Bildende Kunst und Musik, Dichtung und Tanz, Kunstgewerbe und Vulgärkunst, das Gesellschafts-, Arbeits- und Geistesleben des deutschen Menschen vom frühen Mittelalter bis in unsere Gegenwart, wird beleuchtet. Man sieht, wie in den verschiedenen Epochen und der allgemeinen Kultur folgend, spezifische Kunstarten blühen und welken. Je weiter zurück in der Zeit die betrachtete Epoche liegt, desto klarer wird die Erscheinung, desto zwingender die Deutung des Autors. —

Die Geschichte der Musik, besonders der mittelalterlichen Tonkunst, und des Theaters, die Entwicklung des Rhythmus, der Tonformeln, der Gestaltung der Melodie geben einen aufschlußreichen Hintergrund für die Stilentwicklung und die Empfindungswege in der großen bildenden Kunst der Gotik. Deutsche Renaissance und Barock spiegeln ihr Abbild im Gesellschaftsleben.

Die Romantik ist tief erkannt in ihrer Mischung aus Skepsis und Ewigkeitssehnsucht; in ihrem Drang nach dem Absoluten und ihrer individualistischen Unfähigkeit, das Werk zu runden. — Die Kapitel über die moderne Entwicklung, über Impressionismus und Expressionismus, sind naturgemäß weniger geschlossen. Die Nähe verwischt die Klarheit des Bildes; des Verfassers begrifflich subjektive Einstellung verführt ihn zu wertmessenden Entscheidungen, die nach unserem Gefühl der Zukunft vorbehalten bleiben müssen. — Aus-

gezeichnet zusammengenommen ist das Schlußkapitel über das besonders Nationale der deutschen Seelenanlage und ihrer Einstellung zur Kunst.

Die in ihrer Anlage erstmalige Arbeit Fischers ist fruchtbar, auch da, wo sie naturgemäß fragmentarisch bleiben muß, da der Autor sich auf keine vorausgegangenen ähnliche Synthesen stützen kann. Fischer sagt selbst: „Die Grenzen der Aufgabe liegen in ihrer Unermeßlichkeit. Kunst wird und lebt ja nicht an einzelnen Punkten der Erde, sie ist der schlechthin allerorten vorhandene Niederschlag einer bei aller Mannigfaltigkeit im einzelnen im Letzten doch übereinstimmenden Erlebnisform.“

Die Ausstattung des Buches, die zugleich vornehm und aktuell ist, entspricht dem Gedanken des Werkes, das sich an weite Kreise wendet. Das Reproduktionsmaterial, 44 Tafeln, ist vielseitig ausgewählt; Typen und Druck sind schön und klar.

Kurt Offenburg.

Grummet

Roman von Konrad Beste, Verlag von Franz Schneider.

Der Roman ist für gewisse Dichter immer noch das Zauberkabinett, in dem sie geschehen lassen können, was im wirklichen Leben leider nie geschieht.

Ich nehme einmal an: Als fremder Wanderer passiere ich eines schönen Herbsttages ein Dorf, sehe, wie ein prächtig-resolutes Bauernmädchen einen Ochsen notschlachtet, verliebe mich Hals über Kopf in sie und mache noch am Abend einen Antrag. Dann passiert folgendes:

a) Entweder sie ist längst mit einem Burschen des Ortes offen oder heimlich verlobt (das wahrscheinlichste),

b) oder sie lacht mich fremden Vagabunden aus, wobei es günstigenfalls ohne, ungünstigenfalls mit Mauschellen abgeht.

Bei Beste aber wird der Antrag nach einer kleinen Verzögerung,

ohne die jede Spannung ausbliebe, angenommen, denn die Jungfrau hat — gottlob! — die Gabe des zweiten Gesichts, das ihr den Liebsten schon im voraus gezeigt hat, justament genau in der gleichen Stunde, als diesen dreißigjährigen Dichterknaben rätselhafter Trieb aus Berlin in das weltentlegene Weserdorf trieb. (In Kleists Kätchen von Heilbronn kommt etwas Ähnliches vor.) Damit aber die Mesalliance zwischen Bäuerin und Dichter nicht zu grob wird, hat die Dame doch, bevor sie Ochsen schlachtete, das Pensionat besucht — also höhere Tochter mit agrarischer Praxis —, was willste mehr? Nun kann die Erzeugung eines neuen deutschen Geschlechts losgehen, dessen Stammutter die besagte Dame, dessen Stammvater aber der Dichter sein wird, der

zwar bisher sich dieser Rolle nicht ganz würdig zeigte, indem er mit Unterhöschenliteratur seinen Lebensunterhalt verdiente, der aber nun erklärt, sittlich geläutert zu sein usw. usw.

Dies die Handlung, mit der Herr Konrad Beste den Ehrgeiz verbindet, die Groß- wie Kleinstadt, die literarische Dekadenz wie das beschränkte Spießertum und nebenbei auch noch die materialistische Arbeiterbewegung (den Marxismus!) zu überwinden. So einfach ist denn das doch nicht, und es bleibt nur die Frage, warum der seriöse Verlag Franz Schneider diesen Roman verlegt hat. — Der Illustrator Rudolf Schlichter weiß, wie man George Grosz kopiert. Aus der germanischen Stammutter macht er ein Tippfräulein.

E. K.-r.

Eine taktvolle Studie

Das kleine Buch) ist eine taktvolle Studie; es gibt eine Reihe interessanter Hinweise über die Vergangenheit eines Mannes, den die Revolution an die Spitze unseres Staates gestellt hat, und dem in schwierigster Zeit, unter unendlichen Hemmnissen und Anfechtungen, seit den Novembertagen des Jahres 1918, seit dem militärischen Zusammenbruch und der Flucht Wilhelms II., die dornenvolle Aufgabe obliegt, Deutschland die Bahn langsamen Aufstiegs wieder mithelfend emporzuführen. „Berliner Tageblatt“*

***) Paul Kampffmeyer. „Fritz Ebert“**
mit Eberts Porträt, 5 Bogen, II. Auflage, Preis 1,50 M.

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.
Berlin SW 68

In wenigen Tagen erscheint
nach langer Vorbereitung:

STINNES

UND SEINE KONZERNE

Eine auf zuverlässiges
Material gestützte Darstellung
der riesenhaften Verzweigung
dieses großen Machtkomplexes

von

PAUL UFERMANN
und **CARL HÜGLIN**

100 Seiten Text und
100 Seiten Tabellen
Stoff kartoniert mit Leinenrücken
Preis M. 8,-

Berlin SW 68
Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.

DIE GRUNDLINIEN DER WELTGESCHICHTE H. G. WELLS

Einen außergewöhnlichen literarischen und verlegerischen Erfolg bedeutet die Herausgabe dieses epochemachenden Werkes in deutscher Sprache. Er beweist, daß der Spengersche Niedergangs-Pessimismus wie Spreu verweht und dem hoffnungsvollen Glauben an ein Bessermachen nicht standhalten kann

**Die dritte
Lieferung ist erschienen**

Künftiger Inhalt der Lieferungen 64 statt 48 Seiten

Preis je M. 1,50

Verlag für Sozialwissenschaft GmbH., Berlin SW 68

Die Glocke

HERAUSGEBER PARVUS

Inhalt:

Rudolf Breitscheid:	
<i>Das andere Frankreich</i>	225
Samson:	
<i>Vor dem Putsch?</i>	228
* * *	
<i>Der deutsch-russische Zwischenfall.</i> . .	231
Herman Kranold:	
<i>Ein Sieg der Vernunft</i>	234
Albin Michel:	
<i>Britisch-Südafrika</i>	237
Dr. Georg Berger:	
<i>Krisis der Gewerkschaften</i>	239
Staatsanwalt Marx:	
<i>Sozialdemokratie und Akademiker</i> . .	241
Josef Kliche:	
<i>Niederdeutsches Schrifttum</i>	244
Hermann Hieber:	
<i>Des Bürgers Seele im Film</i>	247
Wirtschaftlicher Rundblick	249

*Aus dem Bau locken / Kompromittieren / Verwirren / Ausschalten
Das Gewissen fordert Mord — Radikalisierung der deutschnationalen
Fraktion — Aktion gegen Ludwig Hoffmann*

Verlag für Sozialwissenschaft
Berlin SW 68, Lindenstraße 114

Preis 30 Pfennig

Paul Ufermann:

Könige

Hugo Stinnes

Otto Wolff

J. Michael

Siegmund Bosel

Camillo Castiglioni

Rudolph Karstadt

Friedrich Minoux

Richard Kahn

Alfred Ganz

Hugo Herzfeld

*Kleinere Empor-
kömmlinge*

der Inflation

Berlin SW 68

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.

Das andere Frankreich

Von Rud. Breitscheid

Paris, den 15. Mai 1924.

Gestern abend war ich in einem kleinen Kabarett in der Nähe der großen Boulevards. Das Programm bot nichts Außergewöhnliches. Ein paar sogenannte Sketchs, Zwei- und Eindeutigkeiten, wie sie hier nicht fehlen dürfen, Anspielungen auf die Wahlen, spöttische Bemerkungen auf das Parlament, die man in allen Kabarett und allen Varieté-Theatern hören kann und die meiner Meinung nach doch nur das starke Interesse der Bevölkerung an den politischen Dingen beweisen. Aber zum Schluß kam etwas, was für mich eine Ueberraschung war. Einer der Künstler trug ein Gedicht vom „unbekannten Soldaten“ vor. Der „unbekannte Soldat“ verläßt in der Nacht sein Grab unter dem Triumphbogen und geht zu Millerand, dem Präsidenten der Republik. Er dankt der Nation für die Ehren, die sie ihm erweist, aber er möchte ein paar Fragen an den Präsidenten richten: „Was wird aus den Müttern, aus den Frauen und Kindern der Gefallenen?“ Millerand antwortet mit tönenden Phrasen. Doch der Soldat fährt fort: „Habt ihr uns nicht versprochen, daß dieser Krieg der letzte sein soll? Habt ihr uns nicht, bevor wir in den Tod gingen, gesagt, daß dies der Kampf für den dauernden Frieden sei? Und nun? Wo ist der Friede? Ich sehe, wie immer neue Kriegswerkzeuge hergestellt werden, neue Kanonen, neue Waffen, die Menschheit zu vernichten.“ Millerand erstarrt. Der Soldat verläßt ihn mit einem Fluch.

Und der Beifall des Publikums ist weit stärker als der, mit dem man die vorhergehenden Darbietungen aufgenommen hat. Er kommt aus dem Herzen.

Frage: Wäre in Berlin, wäre irgendwo in Deutschland Ähnliches möglich? Ich fürchte, die Hakenkreuzjünglinge würden das Theater stürmen, und weil man Angst vor diesen Helden hat, ist man bei uns „patriotisch“, singt von vergangenen Herrlichkeiten und der großen Zukunft.

Ich gestehe es, die Tränen waren mir nahe am gestrigen Abend. Ich hätte dem Künstler die Hand schütteln mögen, um ihm zu danken. Und wenn es nicht gar so „unnational“ gewesen wäre, so hätte ich gerufen: „Vive la France!“ Es lebe jenes bessere Frankreich der Republik, der Demokratie und der großen Menschheitstraditionen.

Und ein anderes Erlebnis. Ich war in dem Salon einer Dame, deren Bemühungen um die deutsch-französische Verständigung von allen hoch geschätzt werden, die an der Versöhnung der Völker arbeiten. Ich traf dort Gelehrte von Weltruf, und wir sprachen über das, was immer im Mittelpunkt der Unterhaltung steht, wenn Deutsche und Franzosen einander begegnen. Welches Maß von Vernunft fand ich dort! Welche Bereitwilligkeit, das eigene Land und seine Politik zu kritisieren! Mit welchem Eifer suchte man nach den Wegen, die zu einem wirklichen Frieden führen können! Und ich dachte an deutsche Professoren, und fragte mich, ob es möglich sei, daß sie mit einem Franzosen sprechen könnten, wie ihre Pariser Kollegen mit einem Deutschen? Die Antwort, die ich mir selbst gab, brauche ich hier nicht zu wiederholen.

Nun bin ich natürlich weit davon entfernt, zu glauben oder glauben machen zu wollen, daß diese beiden Erlebnisse bezeichnend seien für die Stimmung des ganzen französischen Volkes. Ich weiß zu genau, daß es Kreise gibt, die man weder zu den Pazifisten des Gefühls, noch zu den Verständigungspolitikern der Vernunft rechnen kann. Diese Kreise hatten bis zum 11. Mai die Macht. Aber wir haben in den bitteren Jahren, die hinter uns liegen, in Deutschland immer die These verfochten, daß es neben dem Frankreich des nationalen Blocks ein anderes Frankreich gibt, daß Paris nicht das Land ist, und daß die große Presse der Hauptstadt nicht die wahre Meinung der Masse der Bevölkerung widerspiegelt.

Nun gut, dieses andere Frankreich hat sich am 11. Mai erhoben und dem Poincarismus ein Ende bereitet. Es hat einen Sieg errungen, wie ihn wenige vorausgesehen oder erwartet hatten. Die materielle Macht war auf der Seite seiner Gegner. Man spricht von 15 bis 16 Millionen Franken, die der Wahlkampf dem Bloc national gekostet hat. Sie sind nutzlos verausgabt worden. Oder vielleicht auch nicht nutzlos, denn die Kandidaten der Linken haben den Wählern zugerufen: „Seht, man will euch kaufen“, und der Appell an die Reinlichkeit hat gewirkt.

Wir sprechen vom andern Frankreich. Aber am Ende ist es richtiger, vom wahren Frankreich zu reden. In der französischen Geschichte hat es immer wieder Epochen gegeben, in denen das Volk zu schlummern schien, bis es sich dann plötzlich den Schlaf aus den Augen rieb und sich auf sich selbst und seine Ueberlieferungen besann. Wir brauchen nur an die Periode des Boulangismus und an die Zeit der Dreyfus-Wirren zu denken. So hat sich sein besseres Selbst auch jetzt von den Fesseln befreit. Die Wahlkampagne verlief, abgesehen von Zusammenstößen mit den Kommunisten, in Paris und seiner Umgebung ruhig, fast langweilig. Die Versammlungen waren mäßig besucht. Vielfach klagte man über Interesselosigkeit und rechnete mit einer sehr geringen Wahlbeteiligung. Aber die Wähler brauchten keine Belehrung

mehr. Sie wußten, was sie wollten, und handelten dementsprechend. Selbst der Ausfall der deutschen Wahlen beirrte sie nicht mehr. Sie votierten für die Demokratie und für den Frieden.

Sieger sind die Sozialisten und die Radikalen. Die beiden Parteien hatten sich in den meisten Kreisen auf gemeinsame Listen geeinigt, was bei dem herrschenden Wahlsystem eine Notwendigkeit war, wollte man der Reaktion Herr werden. Hier und dort marschierten die Sozialisten auch allein; vielfach auch so erfolgreich, hier und da freilich auf diese Weise den Sieg verscherzend. Aber die Partei bleibt einig, ohne Rücksicht darauf, wie die einzelnen zum „Cartel des Gauches“ gestanden haben.

Sie muß und wird auch einig bleiben, ganz gleichgültig, wie die Entscheidung über die jetzt brennendste Frage, die der Beteiligung an der Regierung, ausfällt. So gut wie sicher ist es, daß Herriot, der Führer der Radikalen, mit der Bildung des Kabinetts beauftragt wird, und nun gibt es bei den Sozialisten zwei Strömungen. Die eine, geführt in der Hauptsache von Moutet und Paul Boncour, die die Mitwirkung in der Regierung fordert, die andere unter der Leitung von Blum, Renaudel, Paul Faure, Bracke, die draußen bleiben und Herriot von außen her unterstützen will. Beide bringen gute Gründe vor. Die einen befürchten ein Abgleiten der Radikalen nach rechts, wenn die Partei sich der Mitarbeit versagt, die andern schätzen diese Gefahr geringer ein und meinen im übrigen, daß die Partei für den Ministerialismus noch nicht reif sei, und daß die Arbeiter noch immer unter dem Eindruck der bösen Erfahrungen mit den Millerand und Briand ständen. Die Frage wird außerdem kompliziert durch das Problem des Präsidenten der Republik. Man fordert auf der Linken energisch den Rücktritt Millerands, weil er auf den Nationalen Block eingeschworen sei und bei mehr als einer Gelegenheit — man erinnert vor allen Dingen an den Sturz Briands während der Konferenz von Cannes — die ihm durch die Verfassung auferlegte Zurückhaltung durchbrochen habe. Nicht ganz einig ist man sich einstweilen über den Weg, der zum Ziel der Beseitigung des Präsidenten führen kann. Soll man jeden Auftrag zu einer Regierungsbildung ablehnen, solange Millerand auf seinem Platze bleibt, oder soll man annehmen und ihn nachher unmöglich machen? Was die Sozialisten betrifft, so werden sie ihre Stellung zu all diesen Dingen auf einem für den 1. Juni, den Tag des Zusammentritts der Kammer, einberufenen Kongreß präzisieren.

Für uns deutsche Sozialdemokraten gibt es bei alledem nur zweierlei. Sie müssen wünschen, daß hier eine wirklich links gerichtete Regierung zustandekommt und daß eine Spaltung der französischen Partei unter allen Umständen vermieden wird. Ob die Sozialisten in das Kabinett eintreten oder es draußen stehend stützen sollen, ist eine Frage, über die sie allein zu entscheiden

haben. Darüber müssen wir uns freilich klar sein, daß im einen wie im andern Falle sich die Basis der Verständigungsmöglichkeiten nicht ändert. Mit einem Wort: das Sachverständigengutachten muß bedingungslos akzeptiert werden, und wir müssen den Beweis erbringen, daß wir der deutschen Nationalisten Herr zu werden imstande sind. Die Vorgänge von Halle haben hier einen fürchterlichen Eindruck gemacht. Eine Wiederholung solcher Kundgebungen wäre katastrophal.

Dabei ist es interessant und belustigend zugleich, daß die Deutschnationalen hier Fühler ausstrecken. Es gibt hier jemanden, der, offenbar im offiziösen Auftrag dieser Partei, versichert, man sei zu einer Verständigung mit Frankreich bereit. Soviel ich höre, begegnet man diesem Abgesandten nicht gerade mit Vertrauen, und man hat ihn insbesondere wissen lassen, daß man einer nationalistisch durchgesetzten Regierung besonders in der Frage der Militärkontrolle sehr viel schärfer noch auf die Finger sehen werde, als irgendeiner andern.

Als irgendeiner andern — das bedeutet, daß auch eine deutsche Regierung, in der die Deutschnationalen nicht vertreten sind, sich keinen zu weitgehenden Hoffnungen hingeben darf. Sie wird nicht erwarten können, daß die militärische Besetzung der Ruhr sofort aufgehoben wird, — und was die Militärkontrolle betrifft, so muß sie sich damit abfinden, daß die Kontrolle im besten Fall zu einer Aufgabe des Völkerbundes gemacht wird. Auch sonst wird es an Schwierigkeiten nicht fehlen. Aber das eine ist sicher: die Atmosphäre der Verhandlungen ist eine andere und bessere geworden. Die Tore zur Verständigung und zur Schaffung des Friedens sind geöffnet. Es gilt, alles zu tun, daß sie von Deutschland nicht zugeschlagen werden.

Vor dem Putsch?

Von Samson

Deutschland steht wieder einmal vor schweren Tagen. Es kann kein Zweifel mehr bestehen, daß die nationalen und völkischen Parteien und Verbände auf einen Putsch hintreiben. Der Wahlerfolg, so unvollkommen er auch war, hat das Selbstgefühl von Führern und Mitläufern der schwarz-weiß-roten monarchistischen Bewegung sehr gestärkt. Die parlamentarischen Regeln gelten für diese Gruppen und ihre Führer nur so weit, als sie für ihre Pläne nützlich sind. Man beruft sich auf die Grundsätze des Parlamentarismus, um die parlamentarische Verfassung zu stürzen. Man betrachtet alle politischen Fragen nur als Machtfragen, Recht und Verfassung sind Nebensache. Man ist weit davon entfernt, das Wahlergebnis, das ja eine Entscheidung zugunsten der Rechtsparteien nicht gebracht hat, als Entscheidung hinzunehmen. Der Wahlerfolg ist bei der Rechten lediglich als Beweis gewertet worden, daß die Konjunktur günstig ist; er wird weiter als Propagandamittel für die nationale Bewegung ausgenützt. Endlich aber soll er eine legale Basis oder doch wenigstens einen legalen

Vorwand für das illegale Vorgehen, für den Putsch schaffen. Kennen wir das nicht vom Kapp-Putsch her? Damals hieß es doch, der Zweck des Putsches sei lediglich, die Neuwahlen zum Reichstag zu erzwingen, weil die Nationalversammlung nach der Verfassung ihre Aufgabe erfüllt habe und nicht mehr gesetzmäßig sei. Dieselben Leute, die damals diesen Dreh gefunden haben, sind jetzt dabei, das gleiche Spiel nochmals zu spielen. Daher die immer wieder betonte, dreimal unterstrichene Forderung der Deutschnationalen Partei, ihr müsse als der stärksten Partei die Regierungsbildung übertragen werden. Zu welchem Zweck? Die Deutschnationalen wissen ganz genau, daß sie im neuen Reichstag niemals eine Mehrheits-Koalition unter ihrer Führung zusammenbekommen. Haben sie erst den Auftrag zur Regierungsbildung, so werden sie allein oder mit den Völkischen zusammen eine Minderheitsregierung bilden. Daß schon in der ersten oder zweiten Sitzung des Reichstags eine solche Regierung ein kräftiges Mißtrauensvotum einheimsen würden, ist ihnen völlig klar. Darauf rechnen sie sogar! Denn sie bilden die Regierung nicht, um mit dem Reichstag zu arbeiten, sondern sie bilden sie, um die Macht in die Hand zu bekommen und um Neuwahlen zu machen, die selbstverständlich unter kleinen Änderungen der Verfassung und des Wahlrechts stattfinden würden. Diese Änderungen werden so zugeschnitten sein, daß sie eine Mehrheit für die schwarz-weiß-roten Parteien sicher ergeben. Mussolini hat ja mit seinem Wahlgesetz vorgemacht, wie man so etwas fingert. Der nach solchem Rezept gewählte zukünftige „Reichstag“ soll dann alles nachträglich legalisieren, was inzwischen von der deutschnationalen Reichsregierung verordnet worden ist.

Aber wie ist es nun, wenn die Parteien der Mitte die Gefahr erkennen und wenn der Reichspräsident sich weigert, den Anspruch der Deutschnationalen auf Uebertragung der Regierungsbildung anzuerkennen? Recht und Verfassung stützen diesen Anspruch in keiner Weise. Zunächst ist bis jetzt nicht die Deutschnationale, sondern die Sozialdemokratische Partei die stärkste Partei. Die 10 Abgeordneten der Landbundliste sind auf ihrer eigenen Liste gewählt. Die Erklärung, daß sie der Deutschnationalen Partei beitreten, können sie erst dann bindend abgeben, wenn der Reichstag begonnen hat zu arbeiten. Der Reichspräsident ist zudem nach der Verfassung durchaus frei, die Regierungsbildung dem Führer der einen oder der anderen Partei, oder auch einem Manne, der außerhalb jeder Parteibindung steht, zu übertragen. Wir haben in Deutschland nicht das Zwei-Parteien-System wie früher in England. Aus Zweckmäßigkeitsgründen dürfte es sich in normalen Fällen empfehlen, an den Führer der größten Partei heranzutreten, weil er am leichtesten imstande sein dürfte, eine die Mehrheit im Parlament verbürgende Parteienverbindung zusammenzubringen. Aber einen Parteiführer mit der Regierungsbildung zu beauftragen, von dem nach der Gesamtlage nicht zu erwarten ist, daß er eine Mehrheit finden wird, wäre Torheit. Soll man auf Grund eines nicht bestehenden und niemals niedergelegten Rechts, auf eine reine Rechtskonstruktion hin, die Bildung der neuen Reichsregierung den Deutschnationalen ausliefern? „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage!“

Nicht bloß innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch würde die Uebertragung der Regierungsbildung an die Deutschnationalen das Reichsinteresse aufs schwerste gefährden. Hergt, der in einer Rede die Möglichkeit der Annahme des Sachverständigengutachtens durch die Deutschnationalen in Erwägung gezogen hat, ist von der Presse seiner Partei aufs schärfste desavouiert worden. Es ist klar, die Partei, zu deren Hauptprogramm und zu deren Hauptagitationsmittel der Kampf gegen die Erfüllungspolitik gehört hat, kann nicht über Nacht plötzlich Erfüllungspolitik treiben, ohne ihre Wähler vor den Kopf zu stoßen. Zumal dann nicht, wenn sie selbst auf Neuwahlen hinarbeitet! Die Zuspitzung des Problems der Regierungsbildung auf die Frage: Nehmen die Deutsch-

nationalen das Gutachten an oder lehnen sie es ab? ist dieser Partei sehr unangenehm. Innenpolitisch ist das Bekenntnis zur Annahme für sie schlechterdings unmöglich, denn die von ihr gegen die Erfüllungspolitik gehetzten Massen ihrer Anhänger würden niemals mitgehen. Aber auch eine Ablehnung schafft der Partei innenpolitisch die größten Schwierigkeiten und macht zudem die Stellung jeder kommenden deutschnationalen Regierung dem Ausland gegenüber unmöglich. Deshalb sucht die Deutschnationale Partei mit aller Macht das Problem von der Reparationsfrage auf das innenpolitische Gebiet zu verschieben, deshalb sucht sie den innenpolitischen Konflikt. Wird die Deutschnationale Partei, wie dies nach den Gesetzen der Logik und Vernunft zu erwarten ist, vom Reichspräsidenten nicht mit der Regierungsbildung betraut (und zwar, weil die Regierung Marx-Stresemann selbst die von ihr betriebene Außenpolitik den neuen Reichstag zur Entscheidung vorlegen wird), so werden die Deutschnationalen dies als einen Bruch der Verfassung und als einen Verstoß gegen das parlamentarische System hinstellen und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln eine „Volksbewegung“ entfesseln. Es wird versucht werden, durch äußeren Druck, durch verhüllte oder unverhüllte Gewaltanwendung das zu erzwingen, was auf dem gesetzlichen Wege nicht zu erreichen ist. Der schwarz-weiß-rote Block der Völkischen oder Deutschnationalen will es auf eine Machtprobe ankommen lassen. Der Putsch steht vor der Tür!

Die Tage bis zum Zusammentritt des Reichstags bringen die schwerste innenpolitische Krisis, die Deutschland bisher erlebt hat; sie werden über das Schicksal Deutschlands entscheiden.

Die der Deutschnationalen Partei nahestehenden Tageszeitungen haben ihre Absichten bisher nur dunkel angedeutet. Ihr Ton ist in den letzten Tagen immer drohender geworden. Der Berliner Lokalanzeiger hat von der Möglichkeit gesprochen, daß „das Volk aufstehen werde“, die Deutsche Zeitung hat schwerste innenpolitische Schwierigkeiten in Aussicht gestellt. Man muß auf die kleineren, für einen engeren und zuverlässigeren Leserkreis berechneten Blätter zurückgreifen, wenn man die in den nationalen Kreisen verfolgten Pläne deutlicher kennen lernen will. In der „Deutschen Treue“, einem Wochenblättchen, das vom „Nationalverband Deutscher Offiziere“ herausgegeben wird, schreibt Major v. Sodenstern, der im Nebenberuf noch politischer Schriftleiter der Deutschen Zeitung ist, folgendes:

„Eine ausreichende parlamentarische Mehrheit zur Regierungsbildung ist im Reichstag so gut wie nicht vorhanden. Die zu bildende Regierung wird daher wahrscheinlich eine Minderheitsregierung sein. Daß sich als solche nicht die Regierung Marx betrachtet, muß unter allen Umständen verhindert werden.“

Nach parlamentarischem Brauch betraut nach den Neuwahlen das Staatsoberhaupt den Führer der stärksten Partei mit der Regierungsbildung. Die stärksten, nämlich gleichstarken, Parteien sind unter Hinzurechnung der Landliste die Deutschnationalen und dann ziffernmäßig die Mehrheitssozialisten. Herr Fritz Ebert wird natürlich daran denken, den letzteren diesen Auftrag zu erteilen. Aber auch hiergegen gibt es ein Mittel, und es darf kein Mittel, die Machtmittel des Staates in die Hand zu bekommen, unversucht gelassen werden, aus Gründen, die nur angedeutet werden können.

Das ausschlaggebende Element im Staate ist die Wehrmacht; sie muß in die Hände eines national und völkisch unbedingt zuverlässigen Mannes gelegt werden und dieser Mann muß angesichts der uns bevorstehenden Aufgaben ein Fachmann sein. Den General Ludendorff im Reichstage haben, ohne dafür zu sorgen, daß ihm sofort das Amt des Reichswehrmi-

nisters übertragen wird, würde tatsächlich ein Verbrechen am deutschen Volke bedeuten.

Weiter: mit diesem Reichstage ist auf die Dauer nicht zu arbeiten. Entweder er wird baldigst wieder aufgelöst und es werden Neuwahlen ausgeschrieben oder die neue Regierung muß unter Ausschaltung des Reichstages mit Hilfe des Artikels 48 regieren. Jeder einigermaßen politisch Weitblickende wird zugeben, daß weder das eine, noch das andere in Händen einer Marx-Regierung liegen darf.

Schließlich kommt es darauf an, daß im Hinblick auf die außenpolitischen Fragen, die etwaige Wahl eines neuen Reichstages so erfolgt, daß ohne Rücksicht auf falsch verstandene Liberalität der Zersplitterung vorgebeugt wird. Die neue Wahl muß eine Art Stichwahl sein. Man sollte festsetzen, daß Wahlvorschläge nur von solchen Parteien zugelassen werden, die bei der Wahl am 4. Mai (Vorwahl zum neuen Reichstag) mindestens 5 v. H. Stimmen auf sich vereinigt haben; dann bleiben nebenbei immer noch 7 Parteien übrig. Es ist das hart für manche wertvolle Kreise, wie die Deutschsoziale Partei und die Nationalliberale Vereinigung, aber bei einer Wahl mit dem ausgesprochenen Zweck, Klarheit zu schaffen, muß es Leidtragende geben.“

Es ist nicht zu bezweifeln, daß es bei solchen Wahlen viele Leidtragende geben würde. Das ganze deutsche Volk würde dabei der leidtragende Teil sein. Läßt dieses Programm an Klarheit zu wünschen übrig? Erst deutschnationale Minderheitsregierung, in die durch Ernennung Ludendorffs zum Reichswehrminister (welche Schamlosigkeit nach dessen Münchener Entblößung) die Völkische Freiheitspartei einbezogen würde; dann entweder Neuwahlen unter dem Druck der faschistischen Verbände oder noch besser die Diktatur auf Grund des § 48 der gebrochenen Verfassung.

Erkennt man die Gefahr? Deutschland steht vor einer Katastrophe. Nur höchste Energie, größte Besonnenheit und rasche Entschlußkraft der Männer, die heute noch die Regierungsgewalt in der Hand haben, kann das Reich retten. Deshalb: Höchste Bereitschaft, alle Mann auf Deck.

Der deutsch-russische Zwischenfall

Von * * *

Der dem deutsch-russischen Zwischenfall zugrunde liegende Sachverhalt erscheint als eine Wiederholung der Heldentat des Hauptmanns von Köpenick. Man höre (Anlage zur Verbalnote des Ausw. Amts vom 3. Mai): „Zwei Beamte der württembergischen Kriminalpolizei (was später dementiert und dahin richtiggestellt wurde, daß es sich um zwei Stadtpolizisten des württembergischen Oertchens Waiblingen handelte) Grüner und Kässer, hatten den Auftrag, den Untersuchungsgefangenen Bozenhardt von Stuttgart über Berlin nach Stargard zu transportieren. Da sie infolge von Zugverspätung den Anschluß nach Stargard versäumt hatten, beabsichtigten sie in der Stadt eine Erfrischung einzunehmen. Auf Anraten des Bozenhardt betreten die beiden Beamten das Gebäude Lindenstr. 3 (stimmt ebenfalls nicht, denn das wäre die Vorwärtsredaktion), in dem sich nach Angabe des Bozenhardt ein geeignetes Erfrischungslokal befinden sollte, ohne zu wissen, daß in dem betreffenden Gebäude eine russische Handelsvertretung untergebracht ist. In einem Empfangsraum, in den sie geführt wurden, rief Bozenhardt den Anwesenden zu: Ich bin Bozenhardt und hier angestellt. Dies sind zwei Polizeibeamte aus Württemberg, die mich

in Württemberg wegen Landesverrats festgenommen haben und nach Stargard bringen, worauf er die Flucht ergriff. An der Verfolgung des Gefangenen wurden die beiden Polizisten durch die anwesenden Mitglieder der russischen Handelsvertretung gehindert und außerdem genötigt, mit ihnen zu einem von ihnen als „Direktor“ bezeichneten Herrn zu kommen. Als die Beamten in dem Zimmer des Direktors angekommen waren, wurde die Tür hinter ihnen verschlossen. Erst nachdem die Beamten genötigt worden waren, ihren Namen aufzuschreiben, wurde die Tür wieder geöffnet und den Beamten gestattet, das Haus zu verlassen.“ Herr Krestinski, der hiesige Botschafter der Union der Sowjetrepubliken, hat es sich natürlich nicht entgehen lassen, auf diese geradezu hahnebüchene Leistung deutscher Polizeiorgane ironisch hinzuweisen und in seiner Note vom 5. Mai sich an den Kopf fassend zu fragen, wie es möglich sei, daß Polizeibeamte ihren Aufenthalt in Berlin dazu verbringen können, um sich unter Führung ihres Gefangenen in Cafés führen zu lassen, anstatt sich auf ein Polizeiamt zu begeben. Er läßt sich auch nicht die Folgerung entgehen, daß „sich anderweitige, mir unbekannte Beweggründe aufdrängen, die die Schritte der beiden Beamten in unsere Räume gelenkt haben“. Das ist natürlich offensichtliche Demagogie, aber ebenso offensichtlich ist der wirklich unmögliche Zustand, in dem sich das deutsche Polizeiwesen und speziell die Organisation der deutschen politischen Polizei befindet. Bei einem solchen Wirrwarr, solchem Nebeneinander und Gegeneinander der verschiedenen Länderbehörden ist eine einheitliche Politik, und noch dazu Außenpolitik, ein komplettes Unding und muß zu unerträglichen Konsequenzen führen und das Reich neben allen andern tiefgreifenden Schädigungen mit Recht dem Gelächter der ganzen Welt preisgeben. Wir sind leider nicht die angeblich so berühmten Organisatoren. Im kleinen gewiß, aber in der Organisation eines politisch einwandfrei funktionierenden Mechanismus könnten die Botokuden unsere Lehrmeister sein.

Die Konfusion geht dann weiter. Die politische Abteilung der Berliner Polizei nimmt ohne vorherige Benachrichtigung des Auswärtigen Amtes eine Haussuchung im zwar nicht exterritorialen, aber immerhin doch privilegierten Gebäude der Handelsvertretung vor, um den entflohenen Bozenhardt festzunehmen und dabei festzustellen, wie es kommt, daß dieser deutsche Staatsangehörige ausgerechnet in der Handelsvertretung der Sowjetregierung Schutz sucht. Diese Inspektion, die sicherlich nichts Neues ergeben und nur bestätigt hätte, was jedes Kind bereits weiß, daß sich in der Handelsagentur eine großartige Propagandazentrale befindet, von der aus Deutschland und seine Nachbarländer für den Bolschewismus reif gemacht werden sollen, wird, ohne ernstlich in Angriff genommen zu sein, abgebrochen. Herr Krestinski reagiert dann auf das polizeiliche Vorgehen, als er erfährt, daß die Polizei bei der Haussuchung natürlich nicht gerade mit Samthandschuhen vorgegangen ist, durch Noten, die in der Schärfe und Dreistigkeit ihres Tones in der Geschichte des diplomatischen Verkehrs zu den Sehenswürdigkeiten gehören.

Soweit handelt es sich um einen Zwischenfall, der gewiß bedauerlich ist, den der Wirrwarr im föderalistischen Deutschland und das Fehlen einer reibungslos arbeitenden Verwaltungsmaschinerie zu diesem Ausmaß hat anwachsen lassen, der aber doch dadurch verschuldet ist, daß Rußland durch seine „Handelsvertretung“ dauernd versucht, seine Staatsform auf illegale Weise bei uns einzuführen und uns mit den Segnungen des kommunistischen Systems zu beglücken. Davon, wie es möglich war, daß ein deutscher Kommunist Asylrecht in der Lindenstr. 25 beanspruchen und finden konnte, schweigt sich die russische Botschaft aus. Immerhin, wenn man entgegenkommend sein will, ist hier Schuld und Sühne gleichmäßig verteilt. Gegenüber dem offensichtlichen Vergehen der russischen Regierung, über das im Ausland nur eine Meinung herrscht, trat eine

polizeiliche Aktion, die ihrerseits wieder die richtige Form verfehlte. Es müßte also leicht sein, diesen Zwischenfall zu beenden und ihn in der Weise unter die Erde zu bringen, wie dies bei allen derartigen Dingen zu geschehen pflegt.

Aber was sehen wir? Die russische Vertretung und die Sowjetregierung machen aus einem lokalen Ereignis eine politische Frage erster Ordnung. Die maßlose Polemik der hiesigen russischen Vertretung, mit der die deutsche Presse bombardiert wird, die Verschweigung der Ursache der ganzen Geschichte, die Drohung mit Abreise (also beinahe Abbruch der diplomatischen Beziehungen), die Schließung aller Handelsvertretungen, die Sperrung aller geschäftlichen Transaktionen, die Inszenierung eines Entrüstungs- und Demonstrationsrummels durch unsere deutschen Moskowiter, ziemliche Brandreden offizieller, russischer Persönlichkeiten nebst fürchterlichen Invectiven der *Istwestija*, ... alles das läßt erkennen, daß Rußland anscheinend die Berliner Köpenickiade zu einer politischen Aktion größeren Stils auswerten will. Will es von Deutschland abrücken und eine neue Politik einleiten?

Die deutsche Presse hat die politische Seite dieses russischen Rummels so gut wie gar nicht behandelt, und sie hat recht daran getan, denn Deutschland hat gewiß kein Interesse daran, daß Rußland seine grundsätzliche freundliche Einstellung zu Deutschland ändert und daß es uns wirtschaftlich seine Türen verschließt. Deutschland hat vielmehr alles Interesse daran, politisch und wirtschaftlich so gut mit Rußland zu stehen, wie das nur möglich ist. Aber andererseits ist man in Deutschland auch von jeder Illusion frei. Rußland wird nur soweit politisch mit Deutschland gehen, wie es seine eigenen Interessen erfordern und gebieten und wir brauchen daher seine Freundschaft nicht mit Opfern zu erkaufen, die uns in eine unerträgliche, unmögliche Lage hineinbugsieren würden. Und diese Opfer heißen: Einführung des Bolschewismus in Deutschland. Freund Rußlands und des russischen Volkes von Herzen gern, aber wenn wir etwaige politische Dienste, die es doch nur tut, soweit sie seinen politischen Zwecken dienen, erkaufen sollen, mit dem Uebergang zum kommunistischen System, dann sagen wir ganz ruhig: wir danken und müssen dann versuchen, unsern Weg auch ohne russischen Beistand zu gehen, von dem, wenigstens in der Öffentlichkeit, allzuviel bislang auch noch nicht sichtbar geworden ist. Und was die wirtschaftliche Seite anlangt, so liegen die Dinge noch viel einfacher. Gewiß ist uns der russische Markt ein willkommenes Betätigungsfeld, aber Rußland braucht uns mindestens ebenso nötig, wie wir Rußland.

Also was soll der ganze russische Spektakel? Es wäre erwünscht, wenn von unserer Regierung den Russen ruhig, aber klar gesagt würde: Wollt ihr den Zwischenfall in der Lindenstraße erledigen, so sind wir zu jedem Entgegenkommen bereit und der Weg dazu, sei es ein Schiedsgericht, sei es eine neutrale Kommission, sei es gegenseitige Revozierungen und Deprezierungen, wird leicht zu finden sein. Wollt ihr aber den von euch erregten Tam-Tam benutzen, um von Deutschland abzurücken, eurer Politik eine andere Grundtendenz geben, dann in Gottes Namen, wir können euch daran nicht hindern und wollen es auch nicht durch eine unterwürfige Haltung in der schwebenden Angelegenheit erkaufen und alle Backpfeifen in stiller Ergebenheit hinnehmen.

Wie der Fall aber auch ausgeht, ob er ein Zwischenfall bleibt, was wir hoffen, oder ob er eine Etappe in unseren politischen Beziehungen zu Rußland bilden wird, was wir bedauern, aber nicht fürchten würden, eins muß nicht nur gelernt, sondern auch geändert werden: Der jammervolle Zustand, daß Lokalbehörden in hoher Politik machen und daß jede Außenpolitik von dem Willen einzelner Ressorts, oder Landesbehörden abhängig bleibt.

Ein Sieg der Vernunft

Von Herman Kranold (Hannover)

Die Vorabstimmung, die am 18. Mai in den fünf Regierungsbezirken Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade und Osnabrück stattgefunden hat, hat der Deutschhannoverschen Partei eine entscheidende Niederlage gebracht. Ihr Erfolg ist in allen fünf Regierungsbezirken weit hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben. Im ganzen Abstimmungsgebiet hätte sie 589 600 Stimmen aufbringen müssen, sie hat aber nur 448 961 Stimmen aufgebracht, und also fehlen ihr 140 639 Stimmen an der erforderlichen Zahl. Im einzelnen stellt sich das Ergebnis so, daß einer erforderlichen Anzahl von Ja-Stimmen von 177 403 im Regierungsbezirk Hannover gegenüberstanden 144 818 tatsächlich abgegebene Ja-Stimmen, im Regierungsbezirk Hildesheim waren es statt 122 589 nur 82 691, im Regierungsbezirk Stade statt 89 569 nur 70 882, selbst im eigentlichen deutschhannoverschen Kerngebiet, im Regierungsbezirk Lüneburg, kamen sie nur auf 116 704 Stimmen, während sie 121 226 Stimmen gebraucht hätten; im Regierungsbezirk Osnabrück stand einer erforderlichen Zahl von 79 633 nur eine aufgebrachte Zahl von 33 866 gegenüber. In keinem Regierungsbezirk kam also das erforderliche Drittel zusammen.

Gegenüber den Ergebnissen der Reichstagswahl hat die Deutschhannoversche Partei eine Vermehrung ihrer Stimmenzahl aufzuweisen. Denn am 4. Mai brachte sie nur 298 016 Stimmen auf. Der Zuwachs ist hauptsächlich, wie eine Analyse der Einzelergebnisse zeigt, zurückzuführen auf folgende Umstände:

1. In Hannover und Hildesheim sowie auf dem Eichsfeld hat das Zentrum den Deutschhannoveranern erheblich Stimmen zugeführt. In diesen Gebieten hatte das Zentrum am 4. Mai ungefähr 40 000 Stimmen. Davon sind ungefähr drei Viertel (mindestens) für die Deutschhannoveraner abgegeben worden. In diesen Gebieten hat das Zentrum eine offizielle Parole öffentlich überhaupt nicht ausgegeben, während einer seiner angesehensten Führer, das frühere Mitglied der Deutschen Nationalversammlung Pastor Dr. Maxen, auf eigene Hand öffentlich aufgefordert hatte, mit Ja zu stimmen. Dagegen hat das Zentrum im Regierungsbezirk Osnabrück öffentlich Parole gegen die Deutschhannoveraner ausgegeben und den Antrag mit Einsatz des ganzen Parteiapparats entschieden bekämpft. Das Ergebnis ist, daß von den rund 70 000 Stimmen, die das Zentrum in diesem Regierungsbezirk am 4. Mai aufweisen konnte, nur ein ganz kleiner Bruchteil dem deutschhannoverschen Antrag zugute gekommen ist, den man mit 10 000, also einem Siebentel, wahrscheinlich schon etwas zu hoch ansetzt.

2. Eine zweite Quelle des Zulaufs sind die Deutschnationalen und die Völkischen gewesen. Beide haben zwar Parole gegen den deutschhannoverschen Antrag ausgegeben, die Völkischen allerdings erst im allerletzten Augenblick. An den Kampf haben sich die Völkischen aber überhaupt nicht beteiligt, und die Deutschnationalen haben ihn in den einzelnen Gegenden mit sehr verschiedener Energie geführt. Im Regierungsbezirk Osnabrück haben sie geschlossen ihren ganzen Apparat gegen die Deutschhannoveraner eingesetzt, für das übrige Abstimmungsgebiet dagegen gilt dies nicht durchweg. Namentlich in der Lüneburger Heide haben sie es an Energie stark fehlen lassen. Bemerkenswert ist, daß die Deutschnationalen dort sehr energisch gegen die Deutschhannoveraner vorgegangen sind, wo die Landräte es verstanden, einen entsprechenden Einfluß auf die Deutschnationalen auszuüben; dagegen haben offenbar viele Deutschnationalen ihre Unzufriedenheit mit

politisch links orientierten Landräten durch Stimmabgabe für die Deutschhannoveraner ausgedrückt.

3. In dem bedenkenlosen Bestreben, aus allen Blüten Honig zu saugen, haben die Deutschhannoveraner in den letzten sechs Wochen eine Noske-Hetze unglaublichsten Stils entfaltet. Einzelne törichte Aeußerungen sozialdemokratischer Blätter und Redner über Noskes Person sowie die Absägung Noskes von der Reichstagskandidatur durch den Parteivorstand haben sie dabei kräftig ausgenutzt. Sie spekulierten dabei offensichtlich auf die Instinkte der Kommunisten. Diese haben zwar als Partei sehr entschieden Parole gegen den deutschhannoverschen Antrag ausgegeben, einen eigentlichen Kampf aber nicht geführt, und offenbar ist eine ganze Anzahl ihrer Anhänger denn auch wieder richtig der Noske-Psychose erlegen. Trotzdem kann auch von einem geschlossenen Abschwenken der Kommunisten zu den Deutschhannoveranern nicht die Rede sein. Allerhöchstens ein Drittel ihrer Leute ist auf den Leim gekrochen.

4. Die Demokraten haben Parole gegen den Antrag ausgegeben und sich, soweit ihr organisatorischer Apparat reichte, an dem Kampf gegen den Antrag tätig beteiligt. Eine Ausnahme machte nur der frühere demokratische Reichstagsabgeordnete Heile, der es fertigbrachte, in den letzten Tagen des Kampfes gegen den ausdrücklichen Willen seiner Partei für den deutschhannoverschen Antrag agitierend durchs Land zu ziehen. Es scheint aber nur eine ganz kleine Minderheit der Demokraten ihm gefolgt zu sein.

5. Als absolut giftfest gegen die deutschhannoverschen Bestrebungen haben sich die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokratische Partei erwiesen. Ihre Presse, ihr Organisationsapparat, ihre Redner sind die Hauptträger des Kampfes gewesen und dürfen den Erfolg vom 18. Mai in der Hauptsache sich zugeute rechnen. Daß sie als Flügelparteien der Großen Koalition mit dem heutigen Preußen im großen ganzen innerlich einverstanden sind, hat ihrer Arbeit einen Schwung und eine Stoßkraft verliehen, gegen die selbst der Fanatismus der deutschhannoverschen Scheuklappenträger nicht aufkommen konnte.

Dieses Abstimmungsergebnis darf als ein Sieg der Vernunft gebucht werden — ein erfreuliches Ereignis in einer Zeit, die uns mit Göttergeschenken dieser Art sonst recht spärlich bedenkt. An sich schien der Kampf gegen die deutschhannoverschen Bestrebungen zunächst beinahe aussichtslos. Denn er war ein Kampf der sachlichen Argumente gegen die Macht der Gemüter. Die Neigung eines großen Teils der hannoverschen Bevölkerung, alle Dinge großen Ausmaßes in Splitterchen zu zerlegen und dadurch der sehr geringen Weite ihres geistigen Horizonts anzupassen, fand einen Bundesgenossen in all der Not, in all dem Elend, in all den Unbequemlichkeiten und tagtäglich wiederholten Misereen dieser letzten zehn Jahre. Berlin, aus den Zeiten des königlichen Preußentums namentlich durch seine Ungeschicklichkeit in der Menschenbehandlung bei weiten Kreisen der hannoverschen Bevölkerung gründlich unbeliebt, wurde nun die Ablagerungsstätte für allen Mißmut, alle Trauer, alles Mißtrauen, allen Zorn und Groll von Leuten, die es schwer hatten in diesen Jahren, und die dem Riesenformat des weltgeschichtlichen Geschehens dieser Zeit geistig nicht gewachsen waren. Der enge Sinn dieser Leute ließ sie an sich selbst, an ihre Sippe, an ihren Stamm wie an etwas Besonderes glauben; die inbrünstige Ueberzeugung, ein auserwähltes Volk zu sein, verschärfte durch verletzen Hochmut alle objektiven Leiden dieser Jahre zu schweren persönlichen Kränkungen. Der echte Deutschhannoveraner nahm Berlin die Kümernisse der Jahre 1914 bis 1924 persönlich übel. Dagegen

mit Vernunftgründen anzukommen, schien schwierig, ja es mußte hoffnungslos scheinen in einer Zeit, in der auch sonst im politischen Leben geistige Seuchen die Massen vielfach zu besonnener politischer Leistung unfähig gemacht haben.

Selbst der, der demokratische Staatsorganisationen für eine Forderung des Rechts hält, hat in den letzten Jahren allmählich eingesehen, daß sie jedenfalls, vom Standpunkt politischer Technik betrachtet, in den Händen eines solcher Freiheit ungewohnten Volkes ein zweiseitiges Schwert ist. Auch der Blindeste ist durch die Verhinderung des Sozialismus in Deutschland durch das Stimmrecht der Frauen und Jugendlichen darüber völlig aufgeklärt worden. Dazu kam die ebenfalls in der Hauptsache an das Gemüt, ja an noch viel bedenklichere Instinkte noch appellierende Agitation aus Anlaß der Reichstagswahlen. Alles dies machte den Kampf außerordentlich schwierig. Daß er trotzdem gelungen ist, ist im wesentlichen den folgenden Umständen zu danken, und es ist ein für allemal lehrreich, das hier festzuhalten:

1. Die seelische Neigung zum Kleinbetrieb ist auch bei den Deutschen heute im Rückgang. Der Kapitalismus und der Weltkrieg haben den Blick der Menschen geweitet und sie an größere Verhältnisse gewöhnt. Der Nebel des Unheimlichen, der große Staatswesen wie große Wirtschaftsbetriebe umgab, beginnt zu weichen, und Tageslicht fängt an, in bis dahin sehr dunkle Winkel der politischen Seele zu dringen.

2. Der Fanatismus der deutschhannoverschen Agitation hat sich überschlagen und sich dadurch zum guten Teil um seine Wirkung gebracht. Rücksichtslos haben die Deutschhannoveraner ungefähr zwei Dutzend Paragraphen des Strafgesetzbuchs verletzt, gewissenlos haben sie andere zur Verletzung der Gesetze verführt. Dagegen lehnt sich auch das Gefühl der Volksmassen allmählich auf in einer Zeit, in der die praktische Bedeutung der Rechtssicherheit für das Leben jedes einzelnen den großen Volksmassen klar zu werden beginnt.

3. Die ökonomischen Interessen der Bevölkerung Hannovers stehen allzu deutlich gegen die deutschhannoverschen Bestrebungen. Nichts hat auf die Dauer den Deutschhannoveranern mehr geschadet als ihr unverantwortliches Spiel mit dem Gedanken der Loslösung Hannovers von der übrigen deutschen Wirtschaft. Die Gesundung der Währung in den letzten Monaten hat den Menschen neue Hoffnungen erschlossen. Der deutschhannoversche Antrag war im Grunde an dem Tage verloren, an dem der erste Rentenmarkschein in Umlauf gesetzt wurde. Und allzu deutlich für das Gedeihen der deutschhannoverschen Agitation kam diesmal die wirtschaftliche Rettung aus Berlin.

4. Die Deutschhannoveraner haben versucht, in allen Wassern gleichzeitig zu fischen. Völkisch und kommunistisch, sozialdemokratisch und deutschnational wollten sie zu gleicher Zeit sein, und so verdarben sie es mit allen. Nie hat das Wassertragen auf beiden Schultern an einer Partei sich bitterer gerächt als an dieser.

5. Schließlich ist es die Parteidisziplin gewesen, die Preußen gerettet hat. Die Parteien, die das heutige Preußen beherrschen, haben das Wichtigste aufzuweisen gehabt, was es im politischen Leben gibt: den Erfolg. Hohnlachend konnten sie die deutschhannoverschen Agitatoren heimschicken, die der Masse versprochen, aus dem „freien“ Hannover eine Ordnungszelle machen zu wollen. Denn in Hannover funktionierte der Verwaltungsapparat, herrschte Ordnung und galten Verfassung und Gesetz.

Dieser Erfolg, der Erfolg der staatsmännisch schaffenden Vernunft, hat die Abstimmungsschlacht vom 18. Mai entschieden. Und damit hat die Demokratie in Deutschland ihr erstes Reifezeugnis erworben. Mögen bald weitere ihm folgen! Wir können es brauchen.

Britisch-Südafrika

Von Albin Michel

Seit vor jetzt 270 Jahren holländische Ansiedler an der Tafelbai die erste Ansiedlung gegründet haben, hat Südafrika eine sehr wechselvolle Geschichte durchgemacht. Wie jede koloniale Eroberung, hat auch die Eroberung Südafrikas und die Vorschiebung der Grenze viel Blut gekostet. Den Kampf gegen die eingeborenen afrikanischen Völker haben die holländischen Ansiedler, ebenso die miteingewanderten Franzosen und die Deutschen, die als Soldaten der Holländisch-Ostindischen Kompagnie hier zurückgeblieben waren, mit besonderer Grausamkeit geführt, denn im Kapland wurde eine Ansiedlungskolonie für Weiße geschaffen; hier kam es in erster Linie nicht darauf an, die farbigen Eingeborenen zu beherrschen und auszubeuten, sondern sie zu verdrängen und zu vernichten, das Land einzunehmen. Aber der Kampf in Südafrika ging nicht nur gegen die eingeborenen Volksstämme, gegen Hottentotten, Kaffern, Zulu, Basutos, Betschuanen usw., hier entwickelten sich auch sehr hartnäckige Kämpfe zwischen den Engländern und den Nachkommen der andern europäischen Völker, die zuerst Einwanderer gestellt und das außertropische Afrika zu einer Ackerbau- und Viehzuchtkolonie umgewandelt hatten. Ein Teil dieser Kämpfe, die Errichtung der Englisch-Südafrikanischen Gesellschaft durch Cecil Rhodes, die Gründung Rhodesias, der Krieg zwischen den Burenstaaten und England, schließlich die Einverleibung Transvaals und des Oranje-Freistaats in das englische Gebiet, ist vielen noch im Gedächtnis.

Von der Mitte des 17. Jahrhunderts bis in die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts, also in einem Zeitraum von mehr als 200 Jahren, blieb das ganze bekannte südafrikanische Gebiet eine Kolonie, in der fast ausschließlich Ackerbau und Viehzucht getrieben wurden. Politisch war zwar insofern eine Aenderung eingetreten, als England das Kapland im Jahre 1806 endgültig seinem Kolonialgebiet eingegliedert hatte, aber in der wirtschaftlichen Struktur des gesamten Gebietes zeigten sich nicht die geringsten Aenderungen. Auch die Buren, die sich der Beherrschung durch die Engländer entzogen und „trekkten“, sich neue Niederlassungen schufen, haben wieder Ackerbaukolonien gegründet. Dieser Periode hat das Jahr 1866 ein Ende gemacht.

Nachdem in den folgenden Jahren im Griqualand Diamanten, im Maschonaland und in Transvaal Gold gefunden worden war, begann eine Zeit der Hochfinanz und der Gründungen, die ganz Südafrika in einem halben Jahrhundert völlig umwandelte. Zwar blieben Ackerbau und Viehzucht noch immer wichtige Produktionsgebiete, aber die Jagd nach dem Gold und nach den Diamanten brachte doch ein Element der Unruhe und der Umwälzungen in das ganze Gebiet. Hatten die Länder Südafrikas vorher langsam, aber stetig an Wohlstand zugenommen, allerdings oft unter grausamer Vernichtung der Eingeborenenvölker, so begann jetzt eine Jagd nach dem Reichtum, wie sie in gleicher Heftigkeit, in gleicher Nichtachtung von ethischen, moralischen und humanitären Hemmungen nur noch auf den Gold- und Diamantenfeldern anderer Erdteile beobachtet worden ist. Bald zeigte sich eine starke Einwanderung. Johannesburg, im Jahre 1886 gegründet, wurde rasch Großstadt und hat heute mehr als 300 000 Einwohner. Es wuchs die Zahl der weißen Bevölkerung, aber noch mehr nahmen die Farbigen an Zahl zu. Nicht nur Schwarze, auch Gelbe wurden zur Minenarbeit herangeschafft.

Im Jahre 1909, mit Wirkung vom 31. Mai 1910, wurde die Südafrikanische Union (Union of South Africa) geschaffen, ein Staatenbund, dem die Kapkolonie, Natal, Transvaal und der Oranje-Freistaat angehören. Der wichtigste Staat dieser Union ist immer noch die Kapkolonie mit einem Umfang von 717 000 qkm und mit einer Bevölkerung

von 2 782 000 Personen, darunter 652 000 Weißen. Dann folgt Transvaal mit einem Umfang von 286 000 qkm und mit einer Bevölkerung von 2 088 000 Personen, darunter 544 000 Weißen. Insgesamt hat die Südafrikanische Union einen Umfang von 1 225 000 qkm. Die Gesamtbevölkerung stellt sich nach der letzten Zählung auf 6 926 000, darunter sind 1 522 000 Weiße. Das übrige Britisch-Südafrika, Betschuanenland, Rhodesia, Swasiland und Basutoland, ist 1 898 000 qkm groß und hat 2 524 000 Bewohner, darunter aber nur 42 000 Weiße. Rechnet man dem britischen Besitz in Südafrika noch Deutsch-Südwestafrika mit 835 000 qkm und mit 237 000 Bewohnern hinzu, so hat dieser eine Ausdehnung von 3 958 000 qkm und eine Einwohnerzahl von 9 689 000, und zwar 8 106 000 Farbige und 1 583 000 Weiße. Auf je 100 Bewohner kommen 16 Weiße. Für den letzten Krieg stellte die Südafrikanische Union allein mehr als 136 000 weiße Soldaten, wovon allerdings die meisten in Afrika selbst verwendet wurden. Nur rund 27 000 Mann wurden auf den europäischen Kriegsschauplatz geworfen.

Die Nachwirkungen des Krieges waren auch für das südafrikanische Gebiet schwer. Einfuhr und Ausfuhr waren bedeutend zurückgegangen. Wolle war schwer verkäuflich und brachte nur einen geringen Preis, für Häute und Felle bestand zunächst nur wenig Bedarf, für Gold und Diamanten war ein ganz gewaltiger Preissturz eingetreten, der Etat des Südafrikanischen Staatenbundes zeigte ein enormes Defizit. Die Folge waren große Lohnherabsetzungen, eine Verdrängung der weißen durch die billiger arbeitenden farbigen Arbeiter und eine starke Beunruhigung und Unzufriedenheit in allen Bevölkerungskreisen. So kam es im Frühjahr vor zwei Jahren in Transvaal zu einer ziemlich gefährlichen Revolte.

Heute dürfte die wirtschaftliche Krise in Südafrika zum größten Teil überwunden sein. Was speziell die Industrie Südafrikas anbetrifft, so ist für die letzten Jahre eine starke zahlenmäßige Zunahme der Betriebe und der Industriearbeiter festzustellen. Seit dem Jahre 1916 hat die Zahl der gewerblichen und industriellen Betriebe zugenommen von 4000 auf 7000. Die Zahl der Industriearbeiter hat sich vermehrt von 100 000 auf 180 000. Die farbigen Arbeiter haben jedoch weit mehr zugenommen als die weißen. Einer Vermehrung der weißen Arbeiter von 40 000 auf 60 000 stand eine Zunahme der farbigen Arbeiter von 60 000 auf 120 000 gegenüber. Eine rasche Zunahme zeigt in Südafrika die Eisenindustrie. Schon im Jahre 1919 wurde der Wert des erzeugten Roheisens mit 8,5 Mill. Goldmark angegeben. Seit diesem Jahre hat die Eisenindustrie weitere Fortschritte gemacht. Das Ziel ist darauf gerichtet, diese Industrie so auszubauen, daß für ganz Britisch-Südafrika, einschließlich des Bedarfs an Eisenbahnschienen, keine Stahl- und Eiseneinfuhr mehr notwendig ist. Aber nicht nur in der Industrie hat Südafrika noch große Zukunftsmöglichkeiten, auch Ackerbau und Viehzucht, namentlich die Schafzucht, stehen noch in der Vorwärtsentwicklung.

Der Geburtenüberschuß, hauptsächlich in der Südafrikanischen Union, ist ziemlich hoch, jedenfalls höher als in andern englischen Kolonien. Wenn die Einwohnerzahl im letzten Jahrzehnt nicht noch viel stärker gestiegen ist, so ist dies auf die Kriegswirren und auf den Umstand zurückzuführen, daß während der wirtschaftlich ungünstigen Jahre die Einwanderung durch die starke Auswanderung so ziemlich ausgeglichen worden ist. Falsch dürfte die Annahme sein, daß ein Aufhören der Gold- und Diamantenfunde für Südafrika wieder ein Zurückwerfen um Jahrzehnte bedeuten würde. Das könnte höchstens für einige Orte, wie für Johannesburg und noch einige Minenbezirke, zutreffen, als landwirtschaftliches Kolonialland wird Südafrika auch ohne Gold- und Diamantenfelder noch weiter an Wichtigkeit zunehmen. Vielleicht würde sogar ein Aufhören der Gold- und Diamantenfunde die Erschließung Südafrikas beschleunigen.

Krisis der Gewerkschaften

Von Dr. Georg Berger, Bochum.

Die Zeit der großen Gärung, in der wir leben, löst sich in eine Reihe von Teilkrisen in fast allen Lebensbeziehungen unseres Volkes auf. Die Gewerkschaften konnten von den Stürmen, die an den Grundmauern unseres materiellen Daseins und geistigen Lebens rütteln, nicht verschont bleiben. Zweifacher Art ist die Krisis, einmal äußerlich im Apparat und dann in der Sinnggebung dieser äußeren Form: der Zielsetzung der Massensehnsucht. Form und Inhalt bedingen sich gegenseitig, werden aber auch bedingt durch von außen hereingetragene Impulse. Der Niedergang unseres Volkes nach dem verlorenen Kriege, leiblich und seelisch, hat auch das Gesicht der deutschen Gewerkschaften entscheidend verändert. Sie wurden zur Retorte, in der Grimm und Leidenschaft, jahrelang gespeicherter Groll und geschwellte Hoffnungen Millionen Enterbter, Entwurzelter, Glückarmer brodelten und sich in staats- und wirtschaftspolitische Forderungen umzusetzen trachteten. Ehedem im wesentlichen Kontrahent des freien Marktverkehrs in der Ware Arbeitskraft, oder wie man sonst ihre volkswirtschaftliche Funktion definieren mag, sahen sich die Gewerkschaften nach dem Kriege vor Aufgaben umfassenderer Art gestellt. Staats- und wirtschaftspolitische Massenwillensprägung und Willensdurchsetzung wurde ihnen als Zusatz —, zeitweise als beherrschendes Problem gestellt, nachdem die Umwälzung den Start dazu freigegeben hatte. Die Massen, denen die politische Entscheidungsgewalt vorübergehend zugefallen war, wollten nunmehr auch das volle Bestimmungsrecht über die Wirtschaft besitzen. Diktaturpläne und Räteaufbau waren der Ausdruck dafür. Entwicklung ist in der Richtung der Kräftediagonale verlaufen, die politisch in der Errichtung der demokratischen Republik mündete, wirtschaftlich in dem Gedanken der Mitbestimmung und Mitverantwortung. Uebrigens war durch die Bildung der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern dieser Weg andeutend vorgezeichnet. Diese Problemstellung hat die Gewerkschaft in ihrem innerlichen Wesen umgeformt — einige meinen, denaturiert.

Ein Quellpunkt der gegenwärtigen Krisis liegt hier zweifellos; fraglich, ob insofern, daß jenes Problem nicht in den Wesenskreis der Gewerkschaften gehört, vielmehr zur ureigensten Domäne der politischen Parteien, oder insoweit die Technik der versuchten Problemlösung in Betracht kommt. Man weiß, daß Nebenerscheinungen, Nebeneinflüsse und Nebenwirkungen das Problem verzerren, oft bis zur Unkenntlichkeit. Die Inflation, die kommunistische Agitation, der Kampf der Wirtschaftsleiter gegen den demokratischen Staat, außenpolitische Demütigungen, innere Unruhen und nicht zuletzt der zusammengeschrumpfte Nahrungsmittelspielraum schufen Zwangsläufigkeiten auch für die Einstellung der Gewerkschaften — Reflexe an Stelle von Eigeninitiative. Es ist die große Frage, ob die volkswirtschaftliche Funktion der Gewerkschaften als Organisationen zur Beeinflussung des Arbeitsmarktes als Lohnkartelle mit dem Ziel: Lohn und Arbeitsverhältnisse materiell, sozial-rechtlich und kulturell möglichst günstig zu gestalten, zu verbinden ist, mit der höheren Aufgabe der Formung und Erfüllung des Massenwillens, der Massensehnsucht. Die Frage ist nicht neu, sie wurde schon 1864 in der Inauguraladresse der internationalen Arbeiter-Assoziation von Marx aufgerollt: „Abgesehen von ihren ursprünglichen Zwecken müssen die Gewerkschaften nunmehr lernen, bewußterweise als Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse zu handeln, im großen Interesse ihrer vollständigen Emanzipation.“ Setzt man für „vollständige Emanzipation“ als nicht konkret zu beschreibendes Endziel das dynamische

Prinzip der Höherentwicklung der Arbeiterklasse, so erhält man die gleiche Fragestellung, und zwar bejaht. Allerdings rückt Marx an der gleichen Stelle die Kategorie der Quantität in den Vordergrund: „Die einzige soziale Macht auf der Seite der Arbeiter ist ihre Masse“ — eine Anschauung, die nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht zu halten ist, die aber tief in die Gedankenwelt der Gewerkschaftler eingegangen ist, wie der ehrliche und unehrliche Ruf der Einheitsfront zeigt. Der Umschlag der Quantität in die Qualität ist zwar erfolgt, aber nicht in dem zukunftsfrohen Sinne der Marxschen Deduktion. Hier ist der springende Punkt zum Verständnis der Nachkriegsentwicklung der Gewerkschaften und ihrer jetzigen Nöte.

Scharen neuer Mitglieder strömten den Gewerkschaften nach der Umwälzung zu, und mag auch die Zahl der höchsten zahlenmäßigen Blüte vorbei sein, so ist doch nach den letzten Ziffern wahrscheinlich, daß trotz aller Abspaltungen das Gros des Zuganges gehalten wurde. Der Rückgang hat sich hauptsächlich auf Kosten der neuen Elemente der Bewegung vollzogen. Damit hat aber die oben gestellte Frage nichts an Bedeutung eingebüßt.

Die Arbeiter, die sich neu den Gewerkschaften anschlossen, waren heterogene Elemente von ungleicher Psychologie. Unberührt von dem Erfahrungskreis, vom Wissen um das Wesen und die Wirksamkeit der modernen Gewerkschaften kamen sie zu den Verbänden und wurden gleichsam über Nacht zu klassenbewußten Proletariern. Der Sprung, von dem individuellen Niveau auf das soziale kam für die meisten zu unvermittelt. Es war ein Sprung nach oben. Die Eigenschaften, die in der Stammenschaft der Gewerkschaften — Verantwortungsgefühl des einzelnen um das Ganze, positive, soziale Bewußtseinsinhalte — längst ausgebildet waren, fehlten den Novizen. Sie kamen erlebnisdurstig; die Vitalität des Individuums wie der Masse war nach dem Abwerfen der Kriegsfessel mächtig gesteigert. Das Tempo der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung dünkte ihnen zu langsam, ihre Ungeduld wollte die nahe geglaubte Erfüllung langgehegter Wünsche und individueller Vorstellungen greifen, — ohne zu begreifen. Hier ist die Hauptwurzel des Radikalismus, der durch die Novizen in die Gewerkschaften hereingetragen wurde. Der nüchternen praktischen Tagesarbeit standen sie ohne Verständnis gegenüber, sie, die nur auf kurze Perspektiven eingestellt waren. Der Zusammenbruch der Spartakusbewegung im Januar 1919 war der Bankrott des politischen Radikalismus, der sein Feld dann in die Gewerkschaften verlegte, um diese zu revolutionieren, also in der Wirtschaft das zu erreichen, was ihm in der großen Politik versagt blieb. Mit dem Kriege war der Gedanke der Autorität zusammengebrochen und so trat auch in den Gewerkschaften der Einfluß der hervorragenden Persönlichkeiten stark zurück. Der Apparat der Gewerkschaften, zugeschnitten auf eine auserlesene Zahl von Anhängern, denen die Organisation kein Zweckverband zur Verfolgung von Klasseninteressen war, sondern Ausdruck schicksalhafter Verbundenheit, war der Regulierung dieses wild pulsenden Stromes nicht gewachsen. Man erweiterte ihn, so wie es die augenblicklichen Bedürfnisse erforderten — mehr ein Schwellen, denn planmäßiger Ausbau. Die Zusammenhänge der einzelnen Glieder lockerten sich; leicht verloren die Zentralen den Ueberblick und die Zügel. Die Wiederherstellung der notwendigen Verknüpfungen stieß auf mannigfaltige Schwierigkeiten. Die Instanzen wurden Kampfobjekte, um sie, aber weit mehr gegen sie, die der Ausdruck der entpersönlichten Funktionen waren, begann ein Ringen und Revoltieren. Vor rücksichtslosen Disziplinierungen schreckte man zurück; man war befangen vom Evangelium der Zahl, der Zahl der Mitglieder als Voraussetzung des Erfolges. So schlich die Krisis dahin. Die ungünstige politische und ökonomische Gesamtlage verstärkte sie. Die Arbeit für den Tag nahm gefangen,

aneinandergereihte Tarifverhandlungen machten bald den Hauptinhalt der Gewerkschaftsarbeit aus, die aber doch der Mehrzahl der Mitglieder fremd bleiben mußte. Der Massenfürher wurde zum Tarifroutinier, Führerqualitäten mußten in der mechanisierten Technik der Lohnbewegungen verkümmern. Der Führer wurde *M a n d a t a r* der Masse und nicht selten wurde das in den Gewerkschaftsversammlungen von den Mitgliedern besonders unterstrichen.

Es waren nicht wenige, die erkannten, daß damit die Gewerkschaftsbewegung auf eine schiefe Bahn gedrängt war. Durch Kurse, Entsendung zu Wirtschaftsschulen, Veranstaltung von Vorträgen, Herausgabe belehrender Literatur suchte man das einzuholen, wozu die Tageslasten keinen Raum ließen: *Formung des Massenwillens*. Nicht immer ging man mit dem erforderlichen pädagogischen Geschick zu Werke — die Schwierigkeiten dabei liegen auf der Hand. Erziehung zur *Sachlichkeit*, *Nüchternheit* und *Ritterlichkeit* ist notwendig; *Tatsachenübermittlung*, *wirtschaftliches Sehen üben*, sind die Wege dazu. Der Ausbau des *Bildungswesens* ist keine Angelegenheit nebenbei. Berechtigt erscheint die Frage, ob *Kenntnisvermittlung* zur *Entspannung* der in den Gewerkschaften selbst vorhandenen *Gegenkräfte* führt und die *Kampfkraft* nach außen erhöht. Positive Erfahrungen lassen diese Frage bejahen — der Schluß aus dem Negativen liegt nahe. Den Großteil der Gewerkschaftsarbeit der nächsten Zeit wird der innere Ausbau durch *Bildungsarbeit* einnehmen. Das ist das wirklich Entscheidende für gewerkschaftliche Erfolge, eine *Gefolgschaft* zu haben, die geschult ist am *Tatsächlichen*, orientiert an den großen Idealen, die der Arbeiterbewegung von jeher *Schwungkraft* verliehen haben und sich fassen lassen in dem Wort: *Wiederaufbau der Menschlichkeit*. Die Gewerkschaften müssen, und hierbei können sie sich im guten Sinne auf Marx berufen, die ganze Welt zur *Ueberzeugung* bringen, daß ihre Bestrebungen, weit entfernt, *engherzig* und *selbstüchtig* zu sein, *Freiheit*, *Gerechtigkeit* und *Würde der arbeitenden Menschen* zum Ziele haben. Nicht die Zahl, der Geist der Mitglieder ist entscheidend. Die im Grunde *kleinbürgerliche* Auffassung der Gewerkschaften als *Interessengemeinschaften*, als *Standesbewegung* verkennt ihre historische Aufgabe. Auch die Gewerkschaften sind durch eine *Inflation* gegangen, die man etwa so definieren kann: *Mitgliederzuwachs ohne inneren Gewinn*. Jetzt ist die Zeit der *Stabilisierung*, der *Festigung der Organisationen*. *Kleiner*, aber *geschlossener* und darum *stärker* werden die Gewerkschaften aus ihr hervorgehen und damit einen guten Teil zur *Gesundung* unseres Volkslebens beitragen.

Sozialdemokratie und Akademiker

Von Staatsanwalt Marx (Heidelberg)

Die Schriftleitung nimmt an, daß der nachstehende Aufsatz mancherlei Widerspruch erwecken wird; sie ist selbst nicht mit allem, was Marx sagt, einverstanden. Aber in vielem hat der Verfasser recht. Wer ihm entgegentreten oder ihn ergänzen will, kann hier zum Wort kommen.

Die Zahl ist im politischen Leben von außerordentlicher Bedeutung. Insbesondere gilt dies in einer Zeit, in der das Majoritätsprinzip über die Machtverteilung im Staate entscheidet. Jede Partei wird daher notwendig zu dem Streben geführt, die Zahl ihrer Anhänger nach Möglichkeit zu vermehren. Indessen kann es doch zu verhängnisvollen Folgen führen, wenn eine Partei die Bedeutung der Masse als solcher überschätzt und deren Zusammensetzung keine oder wenig Beachtung schenkt. Die große Zahl der Anhänger ist nur eine Voraussetzung für partei-

politische Macht. Sie genügt aber nicht allein, um die Macht zu erringen, noch weniger, um sie zu erhalten. Macht ist Beherrschung des Staates, ist Durchdringung des gesamten Organismus, des Staates mit einem bestimmten Willen, der der Wille eines einzelnen, einer bestimmten Richtung, einer bestimmten Partei sein kann. Im modernen, mit einem komplizierten bürokratischen Apparat ausgestatteten Staatswesen kann der Wille einer Partei nur dann Aussicht haben, sich auf die Dauer bestimmend durchzusetzen, wenn die Partei in der Lage ist, geistige Kräfte in den Apparat einzusetzen, die in ihrem Sinne wirken. Noch aus einem anderen Grunde ist Masse allein ungenügend. Masse und vor allem proletarische Masse bedeutet nicht ohne weiteres geistige, insbesondere schöpferische Kräfte. Es ist ein glückliches Schicksal, dem man dankbar sein muß, wenn sie naturhaft daraus entstehen. Jede Partei muß daher bestrebt sein, sie sich heranzuziehen, damit sie nicht durch die negativen Kräfte, die in der Masse liegen, Starrheit und Doktrinarismus, die Unfruchtbarkeit und Zersetzung im Gefolge haben, erdrückt werde.

Mit dem bescheidenen Maß von Einseitigkeit, die auch der maßvollsten Kritik eigen ist, glaube ich sagen zu können, daß es zu tiefst in einer generellen Personenfrage begründet liegt, wenn die Sozialdemokratie nicht alle Hoffnungen, die auf sie gesetzt wurden, zu erfüllen in der Lage war. Ihre Einstellung zu den geistigen Arbeitern, den sog. Intellektuellen, die in Deutschland mehr als in anderen Ländern in der Akademikerschaft zu Hause sind, war fehlerhaft.

Die Väter der deutschen Arbeiterbewegung waren Akademiker, die von den Hochschulen kamen und — aus den sog. bürgerlichen Schichten hervorgegangen waren, wie überhaupt die deutsche Arbeiterbewegung ein gut Stück Wegs mit dem bürgerlichen Liberalismus zusammengegangen ist. Erst Lassalle führte die grundsätzliche Scheidung herbei. Mit dem Wachsen der Bewegung, vor allem der sozialdemokratischen Partei wurde der Einfluß der Akademiker immer mehr zurückgedrängt. Ganz im Gegensatz zu den Verhältnissen in der Arbeiterbewegung anderer Länder, insbesondere Oesterreichs und Englands. Psychologisch ist der Zustand in Deutschland wohl daraus herzuleiten, daß der Kampf für die Partei unter dem Sozialistengesetz vornehmlich von dem Handwerksmann im eigentlichen Sinne des Wortes zu erfolgreichem Ende geführt wurde und daraus die Anschauung erwuchs, daß man der hochschulmäßig vorgebildeten Kräfte nicht dringend in der Partei bedürfe. Dieser Auffassung entgegenstehende Bestrebungen wurden auf dem Dresdener Parteitag von 1903 in einer für die weitere Entwicklung der Partei entscheidenden Weise geschlagen. Nicht als ob man in der folgenden Zeit geistige Kräfte von Bedeutung, die zur Partei kamen, zurückgewiesen hätte. Aber der durchschnittliche Akademiker hatte in der Partei nichts zu erwarten, er wurde in der Regel dem Gewerkschaftsführer, der von der Pike auf gedient hatte, hintangesetzt. Was aber noch wesentlicher war: man warb von seiten der Partei nicht um die Akademiker. Sozialismus, das war die weitverbreitete Ueberzeugung, werde vom Proletariat allein erreicht werden, um so mehr als er ja nach der Marxschen Lehre, so wie sie von den meisten verstanden wurde, dem Proletariat auf Grund der im Gange befindlichen Entwicklung eigentlich als reife Frucht ohne weiteres Zutun in den Schoß fallen mußte. Der Akademiker andererseits, dem zu den Schwierigkeiten, die ihm aus einer Zugehörigkeit zu der sozialistischen Partei vor dem Kriege erwachsen, durch die Haltung der Partei die politische Laufbahn fast unmöglich gemacht wurde, verzichtete, selbst wenn er gesinnungsmäßig der Partei sehr nahe stand, lieber auf politische Betätigung und war bei einer bürgerlichen Fortschrittspartei, bei der ihm die geistigen Interessen besser gewahrt zu sein schienen, als Mitglied eingetragen. So kam es, daß der Sozialdemokratie der akademische Nachwuchs so gut wie vollständig fehlte. Das mochte gerade noch

erträglich sein, solange sich die Partei ausschließlich in Opposition befand, obwohl es sich auch da je länger je mehr unangenehm fühlbar machte. Es wurde aber verhängnisvoll, als die Partei vor der Notwendigkeit stand, die Regierung des Reiches und der Länder zu übernehmen.

Als die Staatsumwälzung über Deutschland hereinbrach, hatte die Sozialdemokratie zwar eine Menge von Leuten, die sie als Minister präsentieren konnte, aber keine Ministergehilfen, d. h. Männer, die in der Lage gewesen wären, durch Uebernahme der leitenden Beamtenstellen den Behördenapparat zu übersehen und zu beherrschen. Es drängten sich zwar eine Menge ehrgeiziger Streber schnell heran, die die Konjunktur, Karriere zu machen, nicht ungenutzt vorüber gehen lassen wollten. Darunter befanden sich viele Leute, deren Gesinnung ihrer politischen Parteinahme nicht entfernt entsprach. Sie haben — allerdings unter schwerer Schädigung des Ansehens der Akademiker in den Augen weitester Parteil Kreise — ihren Novemberirrtum längst wieder berichtigt.

Jedenfalls befanden sich die sozialdemokratischen Minister, zum mindesten die im Reich, in den Händen einer dem neuen Staate wie den Regierenden innerlich durchaus ablehnend gegenüberstehenden Bürokratie, die um so mächtiger war, je öfter die Minister wechselten. Es gab Ministerien, in denen ganz rechts stehende Beamte ausschlaggebend waren. Noch schlimmer als in den Ministerien war es häufig, ja, man kann wohl sagen meist, in den Außenstellen. In dem Gegeneinander der Bestrebungen hatten in aller Regel, insbesondere nachdem Koalitionsministerien gebildet wurden, die sozialdemokratischen Minister die schwächere Position. Unter ihren Händen glitt, durch die Verhältnisse bedingt, nicht durch ihre Schuld, die Richtung der Regierung im Reich — und das ist jetzt entscheidend — immer mehr nach einer ihrem Willen entgegengesetzten Seite. Ein Minister ohne einen Stab von Mitarbeitern, die seine politischen Ziele unterstützen, kann zwar regieren, aber den Staat zu beherrschen, wird er nicht vermögen. Nur so ist es verständlich, daß der neue Staat nie mehr sabotiert wurde als in den Zeiten unmittelbar nach der Staatsumwälzung, als die sozialistischen Parteien auf dem Höhepunkt ihres Erfolges zu stehen schienen. Wir befänden uns jetzt nicht einer so heftigen sozialen Reaktion gegenüber, die in den Kreisen der Arbeiterschaft die starke Erbitterung gegen die Sozialdemokratie hervorruft, wenn die Partei zur Zeit, als ihr die Macht zufiel, über einen Stamm zuverlässiger, akademisch vorgebildeter Kräfte verfügt hätte. Damals war allerdings selbst in akademischen Kreisen der Partei so wenig Verständnis für das Wesen der Struktur des deutschen Staates vorhanden, daß man Mahnungen, das Beamtentum auf das man angewiesen war, wenigstens nicht unnötig vor den Kopf zu stoßen, mit dem Einwand abtat, es lohne sich nicht, sich um das Beamtentum zu bemühen, das ohnehin bald verschwinden werde. Es war dies vor allem im Hinblick auf die akademisch geschulten Beamten gesagt. Kein Wunder, daß in andern Schichten der Partei die Urteile noch viel schiefer waren.

Für jedes Handwerk wird eine gründliche Schulung verlangt. Auch die Staatsverwaltungstätigkeit ist eine Art Handwerk, für die man ein gewisses geistiges Rüstzeug, das einem zur Zeit im wesentlichen die Hochschulen vermitteln, mitbringen muß. Leute zu haben, die dieses Rüstzeug besitzen, ist für eine Partei nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Stellung von Beamten von Bedeutung, sondern auch für die Auswahl der Abgeordneten. Man staunt oft über den Einfluß kleiner parlamentarischer Gruppen. Er beruht in aller Regel auf der ausgezeichneten fachlichen Schulung der ihnen angehörenden Abgeordneten und ihrer besonderen Fähigkeit zur Mitarbeit in den Kommissionen, wo heute das Schwergewicht der parlamentarischen Arbeit liegt. Je mehr Sachkenntnis eine Partei hier zu produzieren vermag, desto mehr wird sie die Entschlüsse der Regierungen und der gesetzgebenden Körperschaften bestimmen können.

Die Frage der Auswahl der Abgeordneten im Hinblick auf ihre Sachkenntnis gewinnt mit der Verminderung ihrer Zahl natürlich erheblich an Bedeutung. Eine Arbeiterpartei wird in erster Linie Arbeiterabgeordnete in die Parlamente senden müssen. Das ist durch die Natur der Sache bedingt. Sie wird aber den akademisch Vorgebildeten nicht ungestraft in dem Maße beiseite schieben dürfen, wie dies bisher die deutsche Sozialdemokratie getan hat. Es ist richtig; die meisten Akademiker stammen aus den bürgerlichen Schichten. Es wäre aber durchaus verfehlt, wenn die Partei darauf verzichten wollte, auf andere Kraftquellen als die aus dem Proletariat fließenden zurückzugreifen, wenn sie diese ihren Zwecken dienstbar machen kann. Ich gehe soweit, zu sagen, daß das Ideal des Sozialismus nicht verwirklicht werden kann, wenn es der Sozialdemokratie nicht gelingt, wesentliche Teile der geistigen Kräfte aus dem Bürgertum zu sich hinüberzuziehen. Es gibt Menschen, die in die Arbeiterparteien gewissermaßen hineingeboren werden, und solche, die durch ihre Gesinnung zu ihnen geführt werden. Der Zustand, daß die letzteren von vornherein mit einem Mißtrauen belastet werden, muß im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung beseitigt werden. Hier eine Aenderung herbeizuführen, ist Sache der Parteileitung. Hier wie in so manchen anderen Dingen der Organisation muß das Zentrum der Sozialdemokratie vorbildlich sein. Die Personalpolitik des Zentrums ermöglicht ihm, jederzeit einen genauen Ueberblick über die ihm zur Verfügung stehenden akademischen Kräfte zu haben und demgemäß seine Auswahl zu treffen. Wenn die Sozialdemokratie dem Beispiel des Zentrums folgt, wird dies nicht nur der Parteiorganisation als solcher, sondern auch der Lehre zugute kommen.

Die Wahlschlacht ist geschlagen. Der Kampf um die Geister, den Staat und die Wirtschaft geht weiter. Es geht um Neuaufbau nicht nur des Staates und der Wirtschaft, sondern in einem gewissen Sinne der Partei. Dafür wird sie alle Kräfte benötigen, nicht zuletzt die der Akademiker. Videant consules!

Niederdeutsches Schrifttum

Von Josef Kliche

Im niederdeutschen Sprachbezirk feiert man Gedenktage. Am 9. Mai schaute der besinnliche Heidepoet Friedrich Freudenthal in seinem stillen Lüneburger Dorf auf fünfundziebzig Jahre seines von Einsamkeiten umrauschten Lebens zurück, und am 1. Juni aber sind fünfundzwanzig Jahre vergangen, seit Klaus Groth, achtzigjährig, seine immer schaufrohen Augen schloß. Und für den 12. Juli rüstet man allseitig zu würdiger Fest- und Volksfeier; rundet sich doch an diesem Tage ein halbes Jahrhundert, seit Fritz Reuter im Schatten der Wartburg in die besseren Jagdgründe hinüberschlummerte. Der einstige oppositionelle Burschenschaftler und „Demagoge“ aus den Silberberger Kasematten gilt unwiderrprochen als der eigentliche Klassiker der neuzeitlichen plattdeutschen Literatur, weswegen man ihm auch in allen Landsmannkreisen huldigen wird. Vom biedertreuen mecklenburgischen Instmann, dem sein angestammter Dorf- und Gutsjunker noch immer den Schweinestall als „Hüsung“ zumutet, bis zum reaktionär gesinnten Ministerium Brandenstein, das derzeit die Volksgeschicke im seebespülten Ochsenslande leitet.

Indes, nicht von Fritz Reuter, sondern von plattdeutschem Schrifttum unserer Tage wollen diese Zeilen berichten. Wobei es zu be-

achten gilt, daß, trotz allem Alt- und Neumundartlichem im deutschen Nord und Süd, in diesem Zusammenhang nur der Sprachbezirk des alten Niedersachsen zu Bericht steht, und daß weiter der Begriff Plattdeutsch nicht mit dem der Platttheit verwechselt werden darf:

Der lediglich hochdeutsch eingestellte — und so manchem geschätzten Sprachverhunzer getreulich folgende — Leser sieht nur allzu oft in der plattdeutschen Schilderkunst, in der Erzählung wie im Drama, eine lediglich scherzhafte Sache, an der man in launiger Mußestunde gelegentlich einen kleinen amüsanten Gefallen findet. Sonst aber: nich in die Hand! Freilich, die sprachlichen Schwierigkeiten tragen das ihre dazu bei, aus welchem Grunde ja auch „Freunde“ der Sache und geschäftstüchtige Verleger längst den alten Reuter und jüngst den jungen (leider sehr früh gestorbenen) Boßdorf ins Hochdeutsche „übertragen“. Aber eben: mehr zu eigenem als zu allgemeinem Nutz und Frommen. So daß es schon seine Berechtigung hatte, wenn der wackere Klaus Groth einmal schrieb, daß das Uebersetzen von plattdeutschen Werken ins Hochdeutsche nichts anderes bedeute, als die Farbe von echten Gemälden fortzuwischen. Zumal es hier wie bei jeder anderen Dichtung in der Regel mehr auf das Wie als auf das Was ankommt. In letzterem ist es auch begründet, daß die plattdeutschschreibenden Schriftsteller von Rang fast durchweg als echte Heimatkünstler zu werten sind. Die Alten wie die Neuen, die Enkel wie die Väter.

Ein knapper geschichtlicher Rückblick ist nicht uninteressant: Mit der später nach und nach sich vollziehenden Durchsetzung der niedersächsischen Sprachbezirke mit landfremden Elementen mußte ein gewisser Niedergang des einstmals jahrhundertlang völlig ungestörten Plattdeutschen eintreten. Das Eindringen des Hochdeutschen entfremdete vor allem das gebildete Publikum den Schöpfungen der plattdeutschen Literatur. Plattdeutsch begann in den Augen verschiedener eine Geschmacklosigkeit zu werden. Vor jetzt neunzig Jahren zog gar der vormärzliche jungdeutsche Fechter Ludolf Wienbarg, weiland Professor in Kiel, mit einer scharfen Streitschrift gegen die plattdeutsche Sprache zu Felde. Wienbarg sah in dieser nicht allgemein verständlichen Sondersprache ein partikularistisches Hemmnis für die Einigung der verschiedenen deutschen Landesteile und führte aus diesem Grunde seine Fehde. Ludolf Wienbarg und sein gutgemeinter Don-Quichotte-Ritt sind heute vergessen, aber das Plattdeutsch lebt. Es lebt als Dichtung, insbesondere, seit Klaus Groth seine „Quickborn“-Sammlung in die Welt schickte, seit Fritz Reuters poetische Erinnerungen und sein „Kein Hüsung“ Einlaß heischend an die Türen aller Gebildeten pochten und seit John Brinckmans geradezu klassisch gewordenes Erzählungsbuch vom „Kasper Ohm“ im Winterflockengestöber auf die Weihnachtstische von jung und alt schneiden.

In neuerer Zeit sind freilich diese Schöpfungen mit ihrer originellen Urwüchsigkeit nicht wieder erreicht worden. Eine ganze Reihe von niederdeutschen Dichtern und Erzählern von Bedeutung hat sich dazu nur vorübergehend des Plattdeutschen bedient. So die Verstorbenen Gustav Falke, Timm Kröger, Georg Ruseler, Theodor Storm, Hinrich Fehrs und der noch lebende Wilhelm Poeck. Selbst dem doch wirklich „weich und behäbig“ plaudernden Otto Ernst schien es in den plattdeutschen Sprachbezirken nicht geheuerlich genug, als daß er sich lange in ihnen getummelt hätte. Zudem dürfte auch der finanzkräftige Herr Staackmann in Leipzig wenig Wünsche nach solchen Sachen äußern. — Anders der Hamburger Landsmann von Ernst, Gorch Fock, dessen Element das Milieu der Finkenwärder Fischer war, und dessen Erzählungen fast immer mit Hamburgischer Wesensart durchtränkt sind. Im selben Geiste plaudert der seit vielen Jahren erblindete

Bremer Georg Droste in seinen plattdeutschen Romanen und Erzählungen aus dem Kaufmannsleben seiner Weserheimat. Ein bedeutender Erzähler ist auch der Bruder des seinerzeit in der Skagerak-schlacht umgekommenen Gorch Fock: Rudolf Kinau. Aus dessen Feder liegt ein halbes Dutzend Bücher vor, die sehr beachtenswerte Auflageziffern erreichten.

Gewiß wäre noch dieser und jener andere Gestalter aus plattdeutschem Bezirk zu nennen. Hier und da sind sie vorhanden. Man nennt die Bücher, kennt die Namen. Doch gar vieles ist darunter, was sich in Harmlosigkeiten und Belanglosigkeiten anspruchslosen Gemütern präsentiert. Immerhin scheint es notwendig, neben Kinau noch die beiden Westfalen Wibbelt und Wagenfeld zu erwähnen.

Bedeutend jüngeren Datums als die plattdeutsche Erzählung ist die Bühnendichtung, das Drama. Hier haben wir in Fritz Stavenhagen (1876—1906) den ersten niederdeutschen Bühnenautor von wirklicher Bedeutung. Stavenhagen (Hamburger und armer Leute Kind) war ein Dichter, dem es um sein künstlerisches Schaffen heiliger Ernst war. Seine vor mehr als zwei Jahrzehnten erschienenen Dramen „Mudder Mews“, „De ruge Hoff“ und „Der dütsche Michel“ verraten einen starken Seelenzergliederer, der in seinen Charakterstudien nicht ohne Ibsenschen Einfluß geblieben ist. Zu seinen Lebzeiten wenig gewürdigt, scheint es unserem heutigen Blick, als wäre Stavenhagen berufen gewesen, der niederdeutschen Bühne die schwere, ernste Schicksalstragödie zu bescheren.

Ein gleich frühzeitiger Tod war dem Hamburger Briefträgersohn Hermann Boßdorf beschieden, der in wuchtiger, symbolisch eingestellter Holzschnittmanier einige Dramen geschaffen hat, die hochgespannten Ansprüchen genügen. So den „Fährkroog“ und „Bahnmeister Dood“. Mit wenigen Worten sei der Inhalt angedeutet: Im „Fährkroog“ kehrt nächtlich ein Gast ein, dem man des Geldes halber ans Leben will. Ein reines Mädchen warnt und rettet den jungen Fremdling. Der innere Sinn der Geschichte berührt sich mit dem Faustmotiv: Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen. Dem „Fährkroog“ folgte die lebensvolle, unheimliche Tragödie „Bahnmeister Dood“. Die Frau betrügt ihren Mann, dieser wirft sich vor die Lokomotive. Schließlich schenkte uns der Autor auch noch eine Komödie, die zwar keine literarischen Qualitäten aufweist, jedoch von unverfälschtem Hamburger Volkstum erfüllt ist. Hermann Boßdorf war ein Sieger auf den niederdeutschen Bühnenbrettern, doch in elegischer Stimmung nahm er die ihm dargebrachten Ruhmeskränze entgegen. Seit langem stand er mit Gevatter Tod, dem unheimlichen Gast aus seinen Stücken, auf Duz- und Bruderfuß. Der hat ihn denn auch zu sich hinabgezogen. Das niederdeutsche Drama aber ist wieder verwaist; denn die kleinen Mächtgern-Poeten zählen nicht mit; so viel Geräusch sie auch hier und dort zu machen versuchen.

Bleibt die hier festzuhaltende Tatsache: ein wirklich überragendes Talent, einen Dichter vom Schlage der Reuter, Groth und Brinckmān gibt es gegenwärtig in den Bezirken der plattdeutschen Literatur nicht. Weder in der Epik, noch im Drama. Kam aber einmal ein Talent (in den letzten Jahrzehnten ständig aus der Armseligkeit häuslicher Enge), dann blieb auch zumeist die Tragik nicht aus. Stavenhagen, Boßdorf, Fock: sie alle starben jung, wurden gefällt, als der Duft der ersten Sommerblumen ihres Schaffens kunstverständige Nachbarn herbeilockte und zu sachlicher Anerkennung zwang. Die Tragik des Einzelfalles ward so zu einer solchen für die niederdeutsche Literatur überhaupt.

Und die „hochdeutsch“ orientierte Umwelt? Es ist nun einmal so: ein allgemeiner Bildungsfaktor ist das Niederdeutsche bei uns, fernab

seiner Quellen und Heimatgebiete, erfahrungsgemäß nicht. Von Berlin und Wien aus summen so viel hochdeutsch „schaffende“ dichtende oder in zuweilen gar sonderbarer Prosa machende Eintagsfliegen ins Reich hinein, daß der ob solcher Produktivität baß erstaunte Zeitgenosse vor lauter Fliegengebrumme kaum noch die ragenden Denkmäler sieht, als die die Schöpfungen eines Reuter, eines Brinckman, eines Fehrs ganz gewiß anzusehen sind. Gar erst von den Jüngeren ist kaum einer wesentlich über die heimatliche Grenze hinausgedrungen. Und doch sind sie da. Sind da und suchen und finden ihre Leserschaft unter ihren engeren Stammesgenossen, unter den Sprachkundigen, denen neben dem sprachlichen Genuß der innere Gehalt der plattdeutschen Dichtung Gefühlssache ist und bleibt. Das Gefühlsmoment aber ist ein sehr wesentlicher Faktor bei diesen Dingen.

Des Bürgers Seele im Film

Von Hermann Hieber

Zunächst einmal muß festgestellt werden, daß der deutsche Bürger sich zum Drama der Gegenwart durchaus ablehnend verhält. Das ist auch weiter nicht verwunderlich, wenn man verfolgt, wie seit fast hundert Jahren, seit Georg Büchner nämlich, die deutschen Dramatiker den Konflikt des Einzelmenschen mit der herrschenden Gesellschaftsmoral, namentlich auf sexuellem Gebiet, zur Tendenz erheben. Selbst dann, wenn sie selber, wie im Falle Friedrich Hebbel und „Maria Magdalene“ in sozialer Beziehung als Bürger angesprochen werden müssen. Das ist die überpersönliche Macht der dichterischen Idee, die ihrerseits dem Zeitgeist verschwistert ist: Ibsen, Wedekind, Strindberg, so verschieden auch ihre soziale Einstellung gewesen ist, haben, genau wie Gerhart Hauptmann in seiner guten Zeit, die Bourgeois-moral mit wütendem Hasse bekämpft. Und Karl Sternheim erst, Georg Kaiser, Fritz v. Unruh! Alles keine Klassenkämpfer im strengen Sinne des Wortes — wohl aber Klassenbekämpfer.

Ach nein, von ihnen hat unser Durchschnittstheaterpublikum, die Wohlsituierten, die jeden Winter ihre Parkettplätze absitzen mit derselben Gewissenhaftigkeit, die sie ihre Ernährungs- und Verdauungsgeschäfte erledigen heißt, — von diesen böartigen Gesellen, den modernen Theaterdichtern, hat es keine Schonung zu erwarten. Was tat also die Wohl-anständigkeit des Bourgeoisgemüts? Es flüchtet sich in den Film. Auf der Filmleinwand findet der Spießer die Sorte Edelmenschentum, mit der die Kapitalkräftigen einen Rudolf Herzog, eine Courths-Mahler umkleiden. Da taucht der Millionär auf, der das Arbeitermädchen um seiner Schönheit und Tugend willen selbstlos liebt und nicht eher rastet, als bis er von Priesters Hand mit ihr vereint ist. Unsere Dichter haben sich seit Zola und Dostojewski mit dem Verbrecher, mit der Dirne liebevoll, psychologisch eindringlich befaßt. So abgeschmackt ist der deutsche Sitten- und Gesellschaftsfilm nicht. Da wird ein scharfer Trennungsstrich gezogen, die „Anständigen“ werden belohnt, die nicht Gesellschaftsfähigen verfallen der verdienten Bestrafung. Justiz und Polizei spielen ebenso wie die Geistlichkeit eine durchaus heroische Rolle. Man muß das erlebt haben, wie das Filmkapital selbst aus dem „Raffke“, den es zu geißeln vorgab, einen Tugendheros und Moralathleten machte. Es ist dasselbe widerwärtige Getue wie in der Operette, wo der Fürst und der zahlungskräftige Lebemann durch allerhand pikante Klippen zum Traualtar und damit zum bürgerlichen Tugenddiplom geführt werden.

Dazu mußte sich — wer kann sich darüber wundern? — der politische Mißbrauch des Films gesellen. Habt ihr die „Königin Luise“ vergessen, zu der das wilhelminische Hofmarschallamt die historischen Kutschen stellte? Vom „Fridericus Rex“ ist der vierte Teil erschienen, und bereits ist Bismarck fällig. Der Film ist ja ein so glänzendes Geschichtsfälschungsmittel. Hatte Lubitsch, der seit seinem Abgang nach Amerika noch nicht ersetzte Regisseur, nicht allein ein großer Köhner, sondern auch ein Mensch von anständiger Gesinnung, die französische Revolution in der „Madame Dubarry“ objektiv, unbestechlich gerecht dargestellt, so versucht man neuerdings mit einem in jeder Beziehung minderwertigen Machwerk „Madame Taillieu“, die bürgerlichen Gemüter gegen die Pöbelherrschaft der Republik und für das Edelmenschentum der Royalisten zu stimmen. Die Gefährlichkeit der historischen Filme, wie sie das Großkapital herstellt, womöglich gar für Schulvorstellungen, ist noch längst nicht genügend erkannt.

Ich halte nicht einmal den Nibelungenfilm für harmlos. Die Verherrlichung des blond gemähnten Siegfried wird bestimmt als Reklame für die Deutschvölkischen ausgeschlachtet, und die Dolchstoßlegende erhält in der Aufspießung des Helden von hinten durch den mit aller nur erdenklichen Scheußlichkeit bemalten Hagen neue Nahrung. Daß der betrügerische Alberich, der Schatzbewahrer, so auffallend semitisch aussieht, ist wohl auch nicht so von ungefähr. Bei der ersten Vorführung des Nibelungenfilms in Berlin war „Gesellschaftsanzug“ vorgeschrieben. Sollte das nicht ein Hinweis auf die Gesellschaftskreise sein, für die der Film bestimmt ist? Aber noch nicht genug der Geschmacklosigkeit — der Regisseur Fritz Lang hat am Tage dieser Erstaufführung am Sarge des alten Fritzen in Potsdam einen Kranz niederlegen lassen mit einer Riesenschleife „Zur Premiere des Nibelungenfilms. Fritz Lang.“ Ein Kommentar würde die Wirkung dieser Handlung vermutlich abschwächen. ...

Dann ist da noch die „Deulig“-Woche. Es scheint in den letzten Wochen nichts Interessanteres in der Welt passiert zu sein, als die Abholung von Dreyers, des Kollegen von Schlageter, Sarg am Bahnhof Friedrichstraße, als die Bismarck-Gedenkfeier der Hakenkreuzjünglinge und affenmäßig aufgeputzten Verbindungsstudenten in Breslau und der triumphierende Heimweg des lieben, guten Onkels Ludwig Ludendorff, der unbebrillten Auges seinen Bismarck-Bauch zwischen Stahlhelmsreitern hindurchschiebt, jeder Zoll ein Lindström. Für solche Ereignisse hat sich der Kinodeutsche zu interessieren. Alles andere geht ihn einen Schmarren an!

Ich werde trotzdem die unpassende Gelegenheit nicht dazu benutzen, um auf den Film im allgemeinen loszuwettern. Es gibt einen Trost, und das ist der amerikanische Film. Nicht, als ob es drüben nicht auch Spießersentimentalität und Frömmerei gäbe. Aber Amerika ist nicht so literaturverseucht und nicht so „künstlerisch“ wie das arme Deutschland. Es hat sich von allen Erinnerungen an das Theater freimachen können und hat seinen Film ganz unvoreingenommen rein von der Technik aus entwickelt. Man hat drüben die Eigentümlichkeit des Filmtempo, die Verwertbarkeit der Kameratricks, entdeckt und schöpft seine Stoffe aus der Welt der Automobile und stählernen Wolkenkratzergerüste, anstatt aus altdeutscher Schimmelromantik.

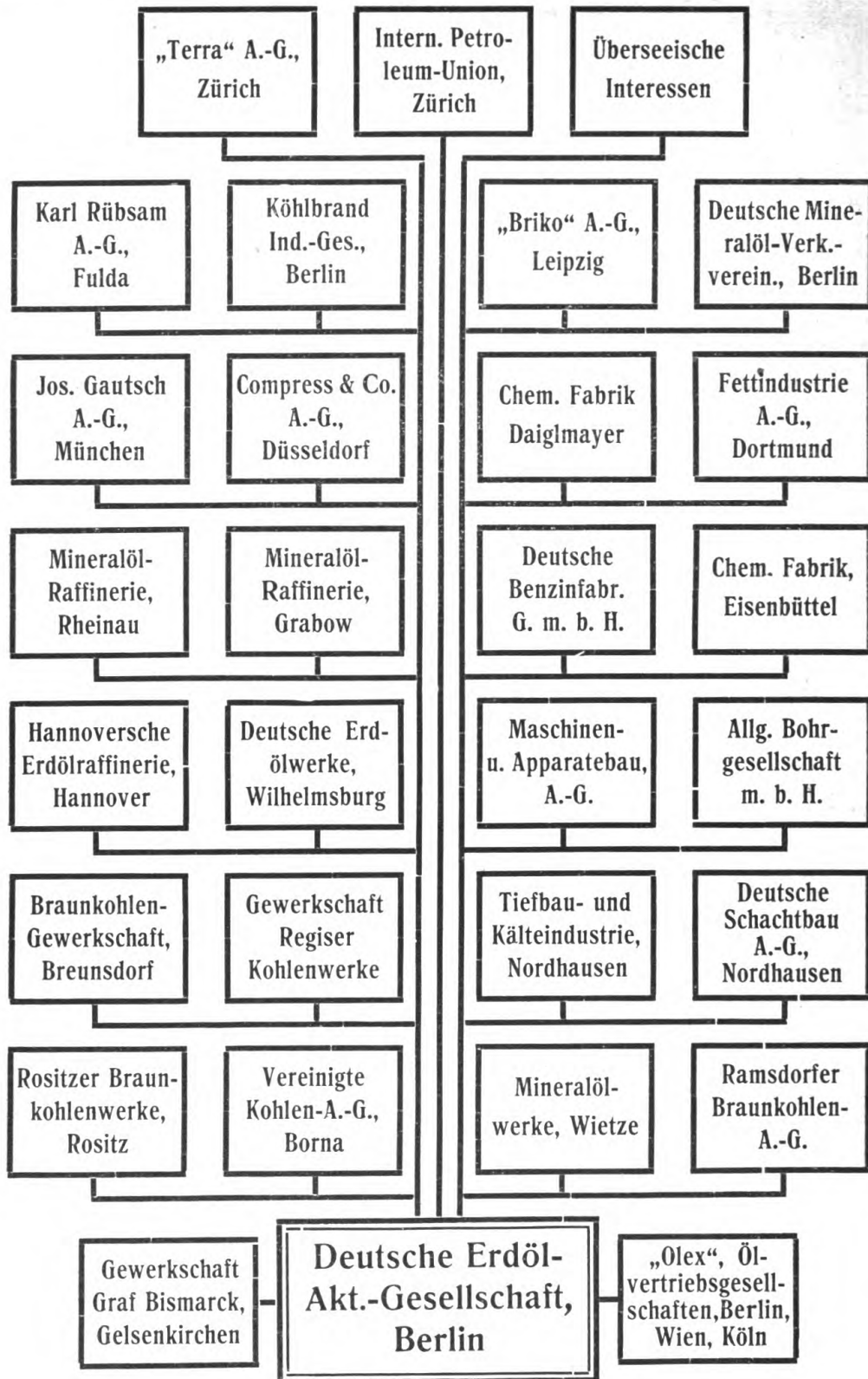
Diese technische Aktualität mußte die Aktualität der Gesinnung mit sich führen. Und siehe da — die amerikanische Filmgroteske hat sich bereits ausgesprochen antibürgerlich entpuppt. Der Bürgermeister und der Friedensrichter, ja selbst der „Reverend“ werden kräftig durch den Kakao gezogen, und was muß sich erst die Polizei gefallen lassen! Unsere Freunde Fatty und Harald Lloyd und

Fix und Fax sind freche Stromer, die bei jeder Gelegenheit der ehrbaren Gesellschaft in die Rippen boxen, und Charlie Chaplin, der vor zehn, zwölf Jahren als „Gent“ angefangen hat, vertauschte längst den Gesellschaftsanzug, der von den Besuchern des Nibelungenfilms verlangt wird, mit Bettlerlumpen. Sollte das etwa Zufall sein, daß der Held der amerikanischen Filmkomödie — sagen wir getrost der Filmkomödie — immer wieder der Proletarier ist? Hier handelt es sich um ein Gesetz. Der deutsche Film wird rettungslos versimpeln, wenn er die bürgerlichen Fesseln nicht abstreift.

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

**Die Deutsche Erdöl-
Aktiengesellschaft** Der Geschäftsbericht der Dea für das Jahr 1923 wird zugleich mit einer Jubiläumsschrift, anlässlich des 25jährigen Bestehens der Gesellschaft, versandt.
(Hierzu die umstehende Tabelle)

Es verlohnt sich, der Gesellschaft an dieser Stelle zu gedenken. Ist sie doch eine der wichtigsten deutschen Aktiengesellschaften und zugleich die erste Repräsentantin der deutschen Erdölindustrie. Sie dürfte ihre früher so mächtige Rivalin, die Deutsche Petroleum A.-G., bereits überflügelt haben. Ist die Deutsche Petroleum A.-G., die sich mit den Rütgerswerken verschmolzen hat, eine Schöpfung der Deutschen Bank, so stellt die Dea ein Tochterinstitut des Finanzkonzerns Diskontogesellschaft-Bleichröder dar. Als Deutsche Tiefbohr A.-G. 1899 gegründet, beschäftigte sie sich zuerst mit Lohnbohrungen auf Kohle und Kali. Später wandte sie sich dem Gebiete des Erdöls zu, was auch in der Firmenänderung zum Ausdruck kam. Den in der Vorkriegszeit allgemeinen Drang nach Expansion machte sie mit und erwarb in Oesterreich, Galizien und Rumänien Petroleumgruben. Sie verstand es, diese geschickt auszunutzen und ihre Produkte durch ihre Vertriebsgesellschaft „Olex“, Wien-Berlin, dem Verkauf zuzuführen. Daneben erbohrte sie die Oelquellen bei Piehlbronn im Elsaß und entwickelte sie zu hoher Blüte. Die Auslandsorganisation der Dea erlitt durch den Ausgang des Krieges einen empfindlichen Stoß. Die galizischen und rumänischen Besitzungen und auch die elsässischen Betriebe gingen verloren. Die Dea wandte sich nunmehr, um Ersatz zu haben, dem Braunkohlen- und später auch dem Steinkohlenbergbau zu. Ihre Braunkohlenförderung erreichte im letzten Geschäftsjahr die Höhe von 4,5% der gesamten Braunkohlenförderung und 6,7% der gesamten Brikettherstellung Deutschlands. Im Steinkohlenbergbau erwarb die Dea 1923 die „Gewerkschaft Graf Bismarck“ in Gelsenkirchen, eine der besten Zechen des Ruhrgebiets, mit einer Syndikatsbeteiligung von 2,3 Millionen Tonnen. Die Kohle von „Graf Bismarck“ ist stark bituminös, so daß mit Hilfe des Verschmelzungsverfahrens Teer und Oel in großen Mengen gewonnen werden können. Die hannoversche Erdölproduktion ergab 34 000 t Rohöl. Dazu tritt noch die in diesem Jahre erbohrte Quelle bei Nienhagen. Die Rohölbetriebe der Dea in Argentinien und Mexiko lieferten 210 000 t Rohöl. Die Raffinerie-, Wachs- und Kerzenfabriken waren ebenfalls sehr produktiv. Die Transporteinrichtungen vom Seedampfer bis zum Kesselwagen entsprechen einem Großbetrieb ersten Ranges, Tank- und Lagereinrichtungen desgleichen. Die „Olex“ verfügt über 141 Tankanlagen, 14 auswärtige Verkaufsabteilungen und 213 Vertretungen. Die Tiefbohrbetriebe und Maschinenfabriken konnten weiter ausgebaut werden. Unsere nebenstehende Zeichnung dürfte einen Ueberblick über das machtvolle Gebilde der Dea geben.



Die Zahl der beherrschten Betriebe geht allerdings nicht vollständig daraus hervor, da die Angaben von einigen Gesellschaften fehlen. Die Internationale Petroleum Union (Ipu) wurde 1920 von der Dea gemeinsam mit der Société de Dabrowa und mit belgischem, schweizerischem, österreichischem und tschechoslowakischem Kapital errichtet. Sie dient heute in der Hauptsache den überseeischen Beziehungen. Die Dea beschäftigt in ihren Betrieben 4000 Beamte und 25 000 Arbeiter. Wenn man den Reichtum einer Gesellschaft wie der Dea überblickt, dann wundert man sich, daß im Geschäftsbericht folgendes zu lesen ist: „Wirtschaftlich ist der Zollschatz ein dringendes Bedürfnis. Wir müssen daher erneut unserer Erwartung Ausdruck geben, daß wir bei den maßgebenden Regierungsstellen in der Frage des Zollschatzes genügendes Verständnis finden . . . Die der deutschen Industrie bevorstehenden Lasten sind nur denkbar, wenn gegenüber der Vorkriegszeit erhöhte Arbeitsleistungen vollbracht werden. In unseren wichtigsten Betrieben ist es uns gelungen, bereits im letzten Viertel des Berichtsjahres wieder zu der Arbeitszeit wie vor dem Kriege zurückzukehren.“ Die Dea kann sich jedenfalls über die Entwicklung nicht beklagen.

**Mansfeld und
Becker** Im letzten Heft der „Glocke“ berichteten wir von den Geldschwierigkeiten der Konzerne Mansfeld und Becker. Was Mansfeld anbelangt, so hat sich die Reichsregierung bereit erklärt, erstens auf die Umsatzsteuer bei dem Rohkupfer der Gesellschaft zu verzichten, und zweitens der Mansfeld einen Kredit in Höhe von eineinhalb Millionen Mark einzuräumen, mit einer Verzinsung von nur 8% pro anno. Durch dieses außerordentlich weitgehende Entgegenkommen hat sich die Regierung in eine Sackgasse treiben lassen, die den Zufälligkeiten Tür und Tor öffnet. Was der Mansfeld recht ist, ist jedem anderen Unternehmen billig. Wie bei Mansfeld, dürfte es in vielen Industrien aussehen. Die Frage ist noch einmal zu stellen: Wo bleiben hier die Großaktionäre Otto Wolff, AEG. und Metallbank? Nach einer Meldung des W.T.B. hat das Stahlwerk Becker Geschäftsaufsicht beantragt. Die im letzten Heft der „Glocke“ gemeldete finanzielle Hilfe des Bankhauses Lazard Speyer-Ellissen dürfte somit nicht zustande gekommen sein. Das Stahlwerk Becker unter Geschäftsaufsicht! Fast klingt es wie ein Märchen. Reinhold Becker würde sich im Grabe herumdrehen, wenn diese Meldung ihm zu Ohren käme. Ist doch Becker-Stahl eines der besten und am modernsten eingerichteten Werke der deutschen Stahlindustrie. Der dort fabrizierte Edelstahl besitzt Weltruf. Nun wird Becker bestimmt nicht bankrott gehen, jedoch ist es nicht ausgeschlossen, daß ein großer Konzern der westdeutschen Industrie von Becker Besitz nehmen wird. Auch ist es nicht unmöglich, daß das Ausland, namentlich Holland, diese günstige Gelegenheit, sich in den Besitz eines Stahlwerkes zu setzen, nicht vorübergehen läßt. Man denke an den Phönix, der ebenfalls kreditbedürftig war und bei dieser Gelegenheit in holländische Hände überging. Die Krisis wälzt sich heran — wer weiß, was wir an dieser Stelle noch zu berichten haben werden. Und dabei tobt der Bergarbeiterstreik in unverminderter Schärfe fort. Trübe Aussichten, wohin man blickt!

Mercur.

RANDBEMERKUNGEN

Aus dem Bau locken / Kompromittieren / Verwirren / Ausschalten

Die Deutschnationalen führten den Wahlkampf unter der Parole: Befreiung von Versailles! Gegen die Erfüllungspolitik!

Daraufhin wurde von Gutgläubigen, Unwissenden und Spießern rund hundert Deutschnationale in den Reichstag gesandt. Das war weit mehr, als die Herren um Hergt erwartet hatten. Den Völkischen hatten ihre schlechten Manieren Abbruch getan. Die hundert Mandate aber zwangen die Deutschnationalen, schneller als sie vermutet hatten, sich zu entscheiden: regieren und die Wahlparole brechen oder die Wahlparole halten und Oppositionspartei bleiben. Klar war: ohne Erfüllung kein Regieren; klar war ferner, erfüllt wird unter allen Umständen, wenn nicht durch die Deutschnationalen, dann durch die andern. Die Erfüllung durch die andern ist für die Deutschnationalen teurer. Die Erfüllung durch die Deutschnationalen bringt die Regierung und damit die Zertrümmerung des Volksstaates und so wiederum die Aufrichtung des ersehnten Untertanenprinzips. Herr Hergt ließ sich Diesbezügliches entchlüpfen. Schon standen die Deutschnationalen unter dem Joch der Erfüllung und die Wähler staunten; es regnete Proteste. Man mußte Beschwichtigung spritzen. Graf Westarp, Professor Hoetzsch trösteten: „Friß, Vogel, oder stirb“. Daran dächten die Deutschnationalen nicht; das Gutachten solle diskutiert werden. Dabei seien Ehrenpunkte, endgültige Lösung selbstverständliche Voraussetzungen. Die Verwirrung bei den Deutschnationalen wuchs. Die „Kreuzzeitung“ vereinsamte; die „Deutsche Tageszeitung“ sprach beinahe wie einst zur Zeit Rathenaus und Wirths. Man mußte demonstrieren; man stieß gegen die Regierung Marx vor. Herrn Baeckers asthmatische Wut schrie nach dem Staatsgerichtshof:

Hergt wurde zum Zappelhergt. Die Völkischen bellten in allen Tonarten. Unter den Hundert meldeten sich die Vertreter der vaterländischen Verbände: wozu haben wir bewaffnet, wozu von Schill gesungen? Eine neue industrielle Fronde organisierte sich. Die Nichterfüllung wurde wieder die große Forderung. Aber nur über die Erfüllung kam man zur Regierung. Die Deutschnationalen erkrankten am Drehwurm. Wie sie sich jetzt auch entscheiden mögen: die schwarz-weiß-rote Phalanx hat ihre Risse abbekommen. Die überschlau Taktik des Herrn Hergt ist im Umkippen. Was fällt, das soll man auch noch stoßen. Die Deutschnationalen haben sich vor ihren Wählern kompromittiert. Das könnte man vielleicht noch ein wenig sich auswirken lassen. Dennoch, sie sollen nicht in die Regierung.

Die Sozialdemokratie wird nicht überlegen dürfen: einer Erfüllungspolitik, an der die Deutschnationalen teilnehmen, kann sie nicht zustimmen. Solche Erfüllungspolitik ist von vornherein verdächtig, kommt der Ganzheit des Volkes und im besonderen der Arbeiterschaft viel zu teuer zu stehen. Der Ganzheit des Volkes, denn die Vertragsgegner werden gegenüber den Deutschnationalen härtere Forderungen stellen; der Arbeiterschaft, denn die Deutschnationalen werden rücksichtslos alle Lasten abwälzen und alle Volksrechte zerschlagen. Eine Regierung, an der die Deutschnationalen teilnehmen, kann darum das Vertrauen der Sozialdemokratie nicht bekommen, auch dann nicht, wenn sie das angenommene Gutachten ausführen will. Auch dann, wenn die Deutschnationalen den anderen bürgerlichen Parteien über die ihnen vorgehaltene Klinge springen, kann die Sozialdemokratie ihr grundsätzliches Mißtrauen gegen die Erfolglosigkeit einer, durch die Deutschnationalen

von vornherein vergifteten Außenpolitik nicht zurückhalten.

Die Deutschnationalen wollten ihrem parlamentarischen Vormarsch noch einigen Nachdruck durch den Marsch der Verbände geben. Im Zeichen der Deutschen Tage sollte das Wahlergebnis sich vervielfachen. Diese Straßenpolitik ist abgebunden worden. Die Nationalen schäumen. Ihre Wut fördert die Absichten der Vernünftigen. Arm in Arm mit Schlageter würde man im neuen Frankreich und bei Macdonald keine besonders herzliche Aufnahme finden. Die Deutschnationalen fühlen Uebelkeit in der Kehle. In der „Kreuzzeitung“ erscheint ein Artikel: Münchener Intrigenspiel: „So kehrt die Regierungskunst Bayerns gerade in dem Augenblick, wo man im Reich ein schärferes Regiment aufrichten will, zum System des Paktierens und Lavierens zurück, unbekümmert darum, ob die ohnehin durch den Hitler-Putsch in der letzten Zeit immer mehr gesunkene Staatsautorität dadurch geschädigt wird...“ Des Lavierens und Paktierens... mit den Völkischen! Ein unangenehmer Bissen. Wer ihn nicht schlucken möchte, dem soll man ihn in den Hals hineinstoßen. Bei den Deutschnationalen kriselt; schon sehen sie einen Teil ihrer Wähler, ja einen Teil ihrer Fraktion, sich den Völkischen zuwenden. Aus dem Bau gelockt, kompromittiert, verwirrt, kann es nicht gar so schwer sein, die Nationalen auszuschalten aus einer Politik, die zunächst das Vertrauen der Vertragsgegner, der Entente, der Welt, verlangt, und zum andern das Vertrauen all der Deutschen, die nicht an den Idealen des preussischen Feudalismus noch an hohen Getreidepreisen interessiert sind.

Aus ihrem reichen Vorrat von Stalljauche gießt die „Deutsche Tageszeitung“ ganze Kübel über mich aus, weil ich hier rechtzeitig darauf hinwies, daß die Deutschnationalen nach der Reichsregierung greifen,

nicht um Deutschland von Versailles zu befreien, vielmehr um die Deutschen den Ostelbiern zu unterwerfen, vielmehr um die Republik, die Verfassung, die preußische Regierung, den Reichspräsidenten, die politische Freiheit des deutschen Volkes und im besonderen die Rechte der Arbeiterschaft zu zertreten. Solche Meinung dürfte heute allgemein sein. Niemand zweifelt wohl mehr daran, daß, wenn die Deutschnationalen ihren Eintritt in die Reichsregierung mit einem tiefen Kotau vor der Erfüllungspolitik und dem Sachverständigengutachten erreichen können, daß sie dann solche Selbstverleugnung sich hoch bezahlen werden. Gelingt es ihnen nicht, die Regierung an sich zu reißen, oder auch nur an ihr teilzunehmen, so werden sie nach wie vor die Ausführung des angenommenen Sachverständigenurteils als Hochverrat stigmatisieren; können sie aber ihre Faust an das Steuer des Reichsschiffes legen, so werden sie lieber vor Poincaré kuschen, als die Republik und die Verfassung unangetastet zu lassen. Wer so wie die Deutschnationalen um das Hineinkommen in die Reichsregierung winselt, wer sich Korb auf Korb geben läßt, Ohrfeige auf Ohrfeige, der wird, wenn er obendrein den Raffcharakter der Raubritternachkömmlinge besitzt, seine Quittung sicher präsentieren. Auf allen Vieren kriechen die Deutschnationalen um die bürgerlichen Parteien herum. Demnächst wird man (Cäsar als großes Vorbild) nach ihnen die Hunde benennen.

Fest muß bleiben: eine Erfüllungspolitik, an der die Deutschnationalen teilnehmen, kann die Zustimmung und das Vertrauen der Sozialdemokratie nicht finden, weil eine solche Erfüllungspolitik sowohl außenpolitisch wie innenpolitisch nur Sabotage sein wird. Die Deutschnationalen müssen gemäß der ihnen durch die Wahlen zugekommenen Bedeutung — nicht vielmehr als ein Fünftel der Volksvertretung — von der Regierung ausgeschaltet bleiben. Wenn sie aber an die vaterländischen Verbände ap-

pellieren und putschen sollten, werden die Standgerichte zu arbeiten bekommen. *Robert Breuer.*

Das Gewissen fordert Mord

In der Zeitschrift „Das Gewissen“, die Doktor Eduard Stadler in enger Gemeinschaft mit Herrn von Gleichen-Rußwurm und dem neuen deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Martin Spahn für den „Ring“ (und in guter Fühlung mit dem Alldeutschen Verband!) herausgibt, lesen wir in der Nummer vom 19. Mai unter der Ueberschrift „Die Zeit erfüllet sich“ folgende Sätze:

„Als Erzberger seine Erfüllungspolitik betrieb, war er munter und guter Dinge und voller Zuversicht. Sein eigenes Schicksal erfüllte sich, da er das Schicksal des deutschen Volkes erfüllte Walther Rathenau erfüllte in London und auch sein Schicksal erfüllte sich... Stresemann kann nicht leugnen, daß die Wahl sich persönlich gegen ihn richtet und über ihn selbst das Urteil gesprochen hat. Das Volk hat sich gegen diesen Außenminister ausgesprochen. Er hat versagt und ist durchschaut! ... Der Boden in der Heimat beginnt heiß zu werden. Im Auslande lebt es sich vielleicht besser und sicherer.“

Und dann wird aufgefordert: „Auf, Ihr deutschen Frontsoldaten! Ihr habt dem Tode ins Antlitz geschaut. Der Tod nimmt jetzt die Front der Nation ab! Die Fahnen und Standarten ducken sich, sie werden nicht mehr lustig im Winde wehen, wie bei Eurem Stahlhelmtage in Halle. Schweigend hebt sich die schwarze Fahne.

Reichstagseröffnung?
Wer lacht da noch? Tretet Ihr Parlamentarier nur ruhig zusammen, Eure Zeit ist erfüllt. Das Wort wird Euch erstarren. Das letzte bleibt jetzt zu tun. Hier schweigt alle Rede.“

Wir erwarten, daß der Staatsanwalt auf diese Leistung hin gegen

Herrn Stadler und gegen Herrn von Gleichen-Rußwurm Anklage wegen Aufforderung zum Mord erhebt. Männer so hohen Bildungsgrades müssen ihre Worte richtig einzuschätzen wissen, sie werden hoffentlich auch den Mut zur Verantwortung haben, zumal sie sich als Vertreter des deutschen Gewissens ausgeben. *Breuer.*

Die Radikalisierung der deutschnationalen Fraktion

Daß die Wahlen zum Reichstag eine Radikalisierung des Parlaments gebracht haben, wird allgemein anerkannt. Die Zunahme der völkischen und kommunistischen Mandate beweist es. Weniger beachtet wird, daß auch innerhalb der deutschnationalen Fraktion eine auffallende Verstärkung der völkisch-radikalen Richtung durch die Wahlen erfolgt ist. Die deutschnationale Partei hat oft betont, daß sie ihren Schwerpunkt nicht im Parlament, sondern außerhalb des Parlaments habe. Sie hat sich schon bisher, nicht zuletzt als parlamentarische Vertreterin der nationalen Bewegung, das heißt also der rechts-radikalen Verbände und Gruppen, betrachtet. Der Wahlerfolg, den die Deutschnationalen bei den letzten Wahlen erzielen konnten, ist vor allem auf die enge Zusammenarbeit dieser Partei mit diesen Verbänden zurückzuführen. Stahlhelmbund, Jungdeutscher Orden, Nationalverband deutscher Offiziere, der Bund der Aufrechten und die zahllosen Regimentsvereine, Kriegervereine, Marinevereine haben der deutschnationalen Partei ihre wohldisziplinierte Anhängerschaft zugeführt und der Partei selbst einen großen Teil der Agitationsarbeit abgenommen. Indem sich die Partei auf diese Verbände stützte, ist sie aber gleichzeitig in hohem Grade von ihnen abhängig geworden. Die Kandidaten der Verbände bevölkerten die Listen der Deutschnationalen; unter den neu gewählten Fraktionskollegen des erfüllungsbereiten Herrn Hergt wimmelt es

n unentwegten Zerreißen des versailer Vertrages und von Renchnern. Zum Exempel: Der benannte Abgeordnete Fritz Geißler, der Vorsitzende der Vaterländischen Verbände Deutschlands, und gleich auch Vorsitzender der gelben „Nationalen Arbeiterberufsverbände“, repräsentiert die völkisch-chtsradikalen Verbände, die unter der Leitung des Aldeutschen Verbandes stehen. Der neugewählte Berliner Rechtsanwalt Dr. Evering ist der Geschäftsführer des bekannten monarchistischen Bundes der Großgrundbesitzer. Der pommersche Großgrundbesitzer Major von Lewitz, Stettin, ist der sehr aktive und sehr radikale Führer des bekannten pommerschen Heimatbundes. Major a. D. Fletcher ist als Vertreter des mächtigen „Heimatbunds Ostpreußen“ gewählt worden, während als Vertreter des Stahlhelmbunds der deutschschweigische Führer des Bundes, Hauptmann Schmidt, in den Reichstag hineinmarschierte.

Der enge Zusammenhang des Landbunds mit den Heimatbünden und dem Stahlhelmbund ist benannt. Der Landbund selbst stellt in den 95 Mandaten der Deutschnationalen Partei nicht weniger als 10, so daß er zusammen mit den Stahlhelm- und Heimatbundvertretern über die Majorität in den Fraktionssitzungen verfügt. Diese Tatsache beweist, was die Ablehnung der Reparationsvorschläge der Reichsverständigen durch den Reichslandbund für die Deutschnationale Partei zu bedeuten hat. Die Hergt'sche Annäherung an die Erfüllungspolitik ist völlig desavouiert worden, überhaupt dürfte die Rolle Hergt's als Parteiführer sehr bald ausgespielt sein. Er ist seiner Fraktion viel zu gemäßigt und wird als „Nationalliberaler“ bezeichnet.

Dem Landbund gleichfalls sehr nahe steht der weiland kölnische Universitätsprofessor Martin Pahn. Er ist ein Sohn des alten Zentrumsabgeordneten Georg Pahn, hat aber schon längst andere Wege eingeschritten als sein Vater. Er gehört zu den Hauptgliedern des völkisch-radika-

len „Rings“ des Herrn Dr. Stadler, der sich die Schaffung einer neuen nationalen Führergeneration als Aufgabe gesetzt hat und dabei im engen Zusammenhang mit dem Aldeutschen Verband arbeitet.

Von anderen sehr radikalen Neuerwerbungen der deutschnationalen Fraktion seien noch erwähnt: der bekannte Gründer des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes Alfred Roth aus Stuttgart und der ebenso radikale wie geschmacklose Breslauer Professor Freitag-Loringhoven. In der neuen Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei tritt das Beamtenelement, das bisher eine beträchtliche Rolle gespielt hat, gegenüber den Landbandleuten und den Organisationsvertretern stark zurück. Immerhin verfügt die Fraktion noch über etwa 25 aktive oder inaktive höhere Beamte, darunter die beiden Exminister Hergt und Wallraf. Zwei Männer von großem Einfluß, die nach der heutigen Zusammensetzung als gemäßigt zu bezeichnen wären, nämlich Helfferich und Roessicke, hat die deutschnationale Fraktion durch den Tod verloren. Der neu hinzutretende Großadmiral v. Tirpitz, der noch aus der Flottenvereinszeit dem Aldeutschen Verband nahesteht, ist demgegenüber kaum als mäßigendes Element zu betrachten.

Bei der Bewertung einer Koalitionsmöglichkeit der übrigen bürgerlichen Parteien mit der deutschnationalen Partei darf die Veränderung in der Zusammensetzung ihrer Fraktion nicht außer acht gelassen werden. Die Deutschnationale Partei ist heute nicht mehr das, was man eigentlich unter einer politischen Partei versteht, sie ist vielmehr ein Konglomerat der verschiedensten völkischen und verfassungsfeindlichen Strömungen im Lande. Die Einstellung von 90% ihrer Vertreter ist zweifellos schroff antiparlamentarisch. Die enge Bindung, in der die Partei zu den vaterländischen Kampfverbänden steht, gibt ihr einen ganz besonderen Charakter. Sie wird diesem Charakter entsprechend immer geneigt sein, parlamentarische Konflikte durch

außerparlamentarische Mittel lösen zu wollen, sie wird immer geneigt sein, aus politischen Fragen Macht- und Gewaltfragen zu machen. Man kann also in der Deutschnationalen Volkspartei als Koalitionspartei oder gar als regierungsbildende Partei niemals eine zuverlässige Hüterin, wohl aber eine stets sprungbereite Meuchlerin der Verfassung sehen. *Procurator.*

Aktion gegen Ludwig Hoffmann

Jetzt endlich ist es — dank Erich Mendelsohns unermüdlicher Energie — zu einer offenen Kampfansage, zu einem ersten Vorstoß der hiesigen Architektenschaft gegen den allmächtigen Bau-Diktator gekommen, dessen Einfluß das Berliner Stadtbild schon seit Jahrzehnten ausgesetzt ist. Am 6. Mai versammelte sich ein zu diesem Zwecke gebildeter Ausschuß von Mitgliedern des „Bundes Deutscher Architekten“ (darunter Namen wie Poelzig, Behrens, M. und Br. Taut, Mendelsohn, Salvisberg, Bartning, Mies v. d. Rohe u. a.) gemeinsam mit den wichtigsten hiesigen Pressevertretern zu einer Protestkundgebung, die den Eindruck hinterließ, daß nun endlich auch für einen Hoffmann die letzte Stunde geschlagen haben werde.

Der erste Vorstoß erfolgt auf Grund zahlreicher aktenmäßiger Belege in Form einer Protestentschließung, die den entsprechenden Behörden, zugeht und gleichzeitig durch die Presse zur Kenntnis der Allgemeinheit gebracht wird. Sie lautet in ihrem Kernstück folgendermaßen:

„Einseitige und bevormundende Entscheidung der Behörden und ihrer fachmännischen Berater haben in letzter Zeit die Tätigkeit der künstlerisch selbständig schaffenden Architekten, die Unternehmungslust der Bauherrn und die Wiederaufrichtung der Bauwirtschaft wiederholt empfindlich gelähmt.

Unter dem Druck dieses unerträglichen Zustandes fordert der B.D.A. (Bund Deutscher Architek-

ten) für alle künstlerischen den Architekten jeder Re- volle Freiheit. Er lehnt jede llerische Diktatur ab und sieht im ungehinderten Wettbewerb Mittel, die charaktervolle Entw- lung des Berliner Stadtbildes zubahnen.“

Daran schließen sich Einzel- derungen, die sich auf Freiheit künstlerischen Schaffens, Aussch- tung pekuniärer und politische Einflüsse bei Prüfung der äs- tischen Seite der Bauprojekte, schleunigung der Genehmigung Bauprojekte und schließlich Aenderung in der Zusammensetz- der begutachtenden Ausschüsse den Behörden und bei Wettbewe- ben beziehen.

Hinter diesen Forderungen ste- die gesamte Körperschaft d- B.D.A., der entschlossen ist, i- Falle der Ergebnislosigkeit sei- Mitglieder aus den hiesigen An- schüssen — es handelt sich dab- um etwa 60 Herren! — zurück- zuziehen. Man wird aus dies- Einstellung die Bedeutung der A- tion sowie die Erbitterung ermesse- können, die in den Kreisen bede- tender, aufstrebender Architek- gegen Person und Praktiken Ludw- Hoffmanns herrscht, der trotz se- nes „Ruhestandes“ von dem neug- schaffenen Ehrenposten aus unb- irrtter und tatkräftiger weiterwir- als je zuvor.

Vielleicht darf man bedauer- daß der Name Ludw. Hoffma- nicht klar und für jeden offe- kundig zum Zielpunkt des A- griffs gemacht wurde, zumal do- eben jeder Satz gegen ihn als d- treibende Macht gerichtet is- Hauptsache aber ist, daß d- Kampf gegen einen der verhängn- vollsten Reaktionäre aus dem alt- Regime eröffnet wurde. Auf sei- weitere Entwicklung darf man g- spannt sein; die Wucht des W- lens, das Schwergewicht der Nam- der Beteiligten bürgen, wie- scheint, für ein Ergebnis, das de- Sturz des tönernen Kolosses in si- schließen wird. *Oskar Beyer.*

STINNES

UND SEINE KONZERNE

Eine auf zuverlässiges
Material gestützte Darstellung
der riesenhaften Verzweigung
dieses großen Machtkomplexes

von

PAUL UFERMANN
und **CARL HÜGLIN**

100 Seiten Text und
100 Seiten Tabellen
Stoff kartoniert mit Leinenrücken
Preis M. 8,-

Berlin SW 68
Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.

DIE GRUNDLINIEN DER WELTGESCHICHTE

H. G. WELLS

Einen außergewöhnlichen literarischen und verlegerischen Erfolg bedeutet die Herausgabe dieses epochemachenden Werkes in deutscher Sprache. Er beweist, daß der Spengersche Niedergangs-Pessimismus wie Spreu verweht und dem hoffnungsvollen Glauben an ein Bessermachen nicht standhalten kann

**Die vierte
Lieferung ist erschienen**

Künftiger Inhalt der Lieferungen 64 statt 48 Seiten

Preis je M. 1,50

Verlag für Sozialwissenschaft GmbH., Berlin SW 68

Die Glocke

HERAUSGEBER PARVUS

Inhalt:

<i>Professor Dr. Veit Valentin:</i>	
<i>Der Abgeordnete von Tirpitz</i>	257
<i>Alfred von Tirpitz: Warum ich nicht</i>	
<i>Reichskanzler werden konnte</i>	260
<i>Kurt Heinig:</i>	
<i>Lohn- oder Preispolitik?</i>	264
<i>Sind Agrarzölle zu rechtfertigen?</i>	267
<i>Ernst Niekisch:</i>	
<i>Niederschönenfeld und Landsberg a. L.</i>	270
<i>Fritz Müller:</i>	
<i>Die Sprache des Volksstaates</i>	272
<i>Alfons Fedor Cohn:</i>	
<i>Berger und Paquet</i>	277
<i>Dr. Oskar Beyer:</i>	
<i>Ordnung in der Nationalgalerie</i>	279
<i>Robert Breuer: Potsdamer Kinderfest</i>	284
<i>Arthur Eloesser: Emanuel Reicher</i>	285
<i>Paul Westheim: Neu-Westend</i>	286
<i>v. Puttkamer: Verschwörer</i>	287
<i>Wirtschaftlicher Rundblick</i>	282

Verlag für Sozialwissenschaft
Berlin SW 68, Lindenstraße 114

Preis 30 Pfennig

Paul Ufermann:

Könige

Hugo Stinnes

Otto Wolff

J. Michael

Siegmund Bosel

Camillo Castiglioni

Rudolph Karstadt

Friedrich Minoux

Richard Kahn

Alfred Ganz

Hugo Herzfeld

*Kleinere Empor-
kömmlinge*

der Inflation

Berlin SW 68

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.

Der Abgeordnete von Tirpitz

Von Professor Dr. Veit Valentin

Staatssekretär im Reich und Staatsminister in Preußen, neugeadelt und Ritter des Schwarzen Adlerordens, Großadmiral und (mit Kapp!) Gründer der Vaterlandspartei von 1917 — heute Mitglied des Reichstages der deutschen Republik und zwei Tage lang Reichskanzlerkandidat der Deutschnationalen Volkspartei: so sieht diese Laufbahn eines Fünfundsiebzigjährigen aus, eine große und etwas bizarre Laufbahn in dieser widerspruchsvollen Zeit, in der man sich außer vielem auch die Fähigkeit abgewöhnt hat, sich zu verwundern.

Wer während des Krieges den Großadmiral v. Tirpitz aus sachlicher Ueberzeugung bekämpft hat, der mußte hoffen, es nach Niederlage und Zusammenbruch nicht mehr tun zu müssen. Denn die Tirpitzsche Flottenpolitik der Großkampfschiffe war einer der Hauptgründe des Weltkrieges, weil sie die Todfeindschaft Englands entschied, und einer der Hauptgründe unserer vollkommenen Niederlage, weil wir nicht genug Unterseeboote in dem Augenblick hatten, als wir sie gebrauchen konnten. Als Staatsmann war also Tirpitz durch den Verlust eines solchen Krieges in einem Grade geschlagen, wie es mit so handfester Eindeutigkeit selten in der Geschichte vorkommt. Mir, der ich ihn sachlich zu einer Zeit bekämpfte, als es noch gefährlich war, tat damals gleich andern der alte Mann leid, der so vollkommen verspielt hatte, und ich habe ihm die Altersruhe in St. Blasien im Schwarzwald, die er nach seiner Flucht in die Schweiz aufsuchte, gegönnt, um so mehr, als es mir bekannt war, daß ihm seitens der philosophischen Fakultät der Universität Freiburg mancherlei geistige Anregung zuteil werden konnte — denn er besaß dort namhafte Freunde.

Und heute? Heute muß ich noch einmal — hoffentlich nun wirklich das letzte Mal! — das Thema „Tirpitz“ vor der großen Oeffentlichkeit behandeln — alle andern Themen wären mir lieber: aber er selbst und die Deutschnationale Volkspartei haben nicht gewollt, daß man das patriarchalische Alter einer schon der Geschichte angehörenden Persönlichkeit durch Schweigen achtet.

„Klappern gehört zum Handwerk“ — diese klassische Prägung Kaiser Wilhelms darf als Motto über jeder Betrachtung des Mannes stehen, der über die größten Klappern der wilhelminischen Zeit verfügte. Was gehörte für ein ungeheuerliches Klappern dazu,

um eine große, zum Teil doch aus Einsichtigen bestehende Nation, wie die deutsche, auf die völlig falsche Bahn der Tirpitzschen Marinepolitik zu lenken, — und was für ein Klappern war erst nötig, um den Schöpfer dieser Politik heute zum Kandidaten für Bismarcks Reichskanzlerstuhl zu machen! Bismarck sagte im Hochsommer 1897: „Ich glaube, daß wir neue Kreuzer brauchen, aber bin mißtrauisch gegen Paradeschiffe, die nur zur Markierung von Prestige dienen sollen, und die man, wenn die Sache ernst wird, mitunter „Lügenschiffe“ nennen muß, weil sie nichts leisten. Auf absehbare Zeit bleibt für uns das Wichtigste ein starkes Heer. Das war auch Moltkes Meinung.“ Der letzte und höchste Wunsch des alten Bismarck war, wie wir jetzt wissen, ein Bündnis mit England — die Tirpitzsche Politik der „Lügenschiffe“ hat es unmöglich gemacht, er selbst brachte es aber in seinen „Erinnerungen“ fertig, sich als Bismarcks Nachfolger und Fortsetzer aufzuspielen.

Darin liegt die tiefste Ursache des Uebels: dieser Staatssekretär mit dem leidenschaftlichen Tätigkeitstrieb, mit dem heißen Ehrgeiz, mit der rastlosen Rücksichtslosigkeit war eigentlich zu groß für das Reichsmarineamt, das nach Lage der Dinge ein Fachministerium zweiter Ordnung bleiben mußte. So machte er auswärtige Politik — gegen Bülow, noch mehr natürlich gegen Bethmann Hollweg. Er besaß einen viel besseren Propaganda-Apparat als das Auswärtige Amt — warum also nicht? Was aus der Wilhelmstraße kam, wurde schlecht gemacht — gewiß: es war nicht alles gut. Besaß aber Tirpitz ein anderes, besseres Programm? Sein Rezept war, angebliche Schlappen der Außenpolitik durch neue Flottenprogramme ausgleichen zu wollen. Und dann: Freundschaft mit Rußland (um gegen England Krieg zu machen!) — viele haben auch später diese Lösung patent gefunden. Einmal hatte der Kaiser genug: er bot nach Agadir Tirpitz den Reichskanzlerposten an. Er sollte nun selber sehen, was es heißt, die große ganze Verantwortung zu tragen. Und Tirpitz — lehnte ab! Fehlte der Mut? Wollte er sich auf eine bessere Stunde aufsparen? Seine Bewunderer glaubten, während des Krieges sei diese Stunde gekommen. Und auch heute noch meinen also manche, nur er könnte es noch machen. Die Klapper-Propaganda hat sich doch gelohnt ...

Klappern gehört zum Handwerk! Hat dieser Mann wenigstens sein Handwerk verstanden — die Marine? Die Schiffe waren zu groß und hatten verhältnismäßig zu kleine, zu wenig und schlecht aufgestellte Geschütze. Die Kaiser-Klasse schlingerte um 3° beim Schießen! — Unterseeboote? Es gab eine Zeit, da sich alle großen Mächte mit dieser neuen Waffe befaßten, befassen mußten — Deutschland hielt sich zurück, weil Tirpitz auf die Großkampfschiffe eingeschworen war. Vizeadmiral Geißler, der Führer der

neuen Schule, die für den Kampf mit England die Abwehr durch die Kleinwaffen empfahl, wurde als unbequem zur Disposition gestellt. Zwar machte ihn die Universität Halle zum Ehrendoktor, aber für Deutschland war die Zeit verpaßt. Als Tirpitz entlassen war, gewöhnte sich die Öffentlichkeit daran, ihn als Märtyrer des rücksichtslosen Unterseebootkrieges zu feiern, der, rechtzeitig begonnen, „England auf die Knie gezwungen“ hätte. Wie war der Sachverhalt? Der Beauftragte von Tirpitz, Kapitän Löhlein, hatte im Bundesrat die Zahl von 203 Unterseebooten genannt (Januar 1916); nachträglich wurde diese Mitteilung dahin korrigiert, daß nur 54 fahrtbereit seien. Später wurde nachgewiesen, daß um diese Zeit tatsächlich nur zwei bis drei Unterseeboote im Kampf gegen England waren!! Das Reichsmarineamt vermied es eben, genaue und wahrheitsmäßige Angaben zu machen, um die früheren Versäumnisse zu verschleiern. Kapitän Löhlein verschwand in die Provinz, das Pressebüro des Reichsmarineamts, das Organ der Tirpitzschen Propaganda, wurde dem Admiralstab zugeteilt, Tirpitz meldete sich krank und erhielt die Aufforderung, seinen Abschied einzureichen.

Schon der konservative Abgeordnete Dr. Oertel hatte lange Zeit vor dem Weltkriege gesagt: „Das Urteil über das Vorgehen des Reichsmarineamts kann nicht anders lauten, als daß es den Reichstag getäuscht hat.“ Eugen Richter sprach von „der Hinterhältigkeit, dem Mangel an Offenheit, dem wir leider bei Herrn v. Tirpitz nicht zum ersten Mal begegnen.“ Noch etwas deutlicher pflegte sich ein Kamerad Tirpitzens auszudrücken, der Admiral Graf v. Baudissin: er bezeichnete ihn als „die personifizierte Lüge“.

Nachdem Tirpitz infolge seiner Entlassung außerstand gesetzt war, zum direkten Verlust des Krieges aktiv beizutragen, bemühte er sich, wenigstens den Abschluß eines einigermaßen erträglichen Friedens zu verhindern: dies war der Zweck der Gründung jener so berühmten Vaterlandspartei, durch die maßlose Kriegsziele dem Volk in die Ohren gebrüllt und alle Gedanken einer rechtzeitigen Verständigung als Verrat gebrandmarkt wurden.

Nie war Tirpitz mehr er selbst: alles andere als ein ritterlicher Seeoffizier (hat er doch nie ein großes Kommando gehabt!). Ein Demagoge, der durch die Lande fährt, Gelder mobil macht und spielen läßt, Hände schüttelt und in bequemen Sesseln flüstert; Biedermann mit Herzenston nach außen, im Innern verzehrt von Machthunger und Eitelkeit.

Kein Wunder, daß er in Bayern deutschnationaler Spitzenkandidat wurde. So wie früher die abgelegten Röcke Westdeutschlands in Bromberg und Insterburg einen Absatz fanden, so hat sich jetzt Bayern zum Markt für Ideen und Menschen entwickelt, die im Südwesten, am Rhein und sonstwo in Deutschland den Kurs verloren haben. Wie kam es aber, daß eine ganze große und so

erfolgreiche Partei wie die deutschnationale nun glaubte, mit dem Namen des Abg. v. Tirpitz alle unbescheidene Opposition niederzwingen zu können? Sie werden wohl nicht alle daran geglaubt haben. Sie haben sich vielleicht gesagt: wir wollen es probieren. Die Wähler verlangen so etwas. Wir können dann auch später sagen: „Der Retter des Vaterlandes, der Langersehnte, Einzige, Letzte ist schöne abgelehnt worden. Die Erbärmlichen, Mittelmäßigen, Eigensüchtigen haben ihn, das große patriotische Genie zurückgewiesen.“

Die Mittel- und Linksparteien waren zu gut geleitet — sie haben kein Wort gegen die Person des Abg. v. Tirpitz gesagt. Die öffentliche Meinung in Deutschland und in der Welt kann sich freilich nicht damit begnügen, sich ihr Teil zu denken. Sie wird immer einen Großadmiral einen Großadmiral und einen Schädling einen Schädling nennen. Die Kaiserliche Marine wird immer unsterblich in der Weltgeschichte bleiben: aus ihrer Mannschaft ging die Spartakusrevolution, aus ihrem Offizierkorps eine Reihe von Attentaten gegen die Republik hervor. Die Reichskanzlerschaft des Abgeordneten v. Tirpitz hätte wahrscheinlich beides gefördert: Kommunismus und Reaktion.

Warum ich nicht Reichskanzler werden konnte

Von Alfred v. Tirpitz

Die Nationalen werden posaunen: Die Demokratie habe den Retter Deutschlands verworfen! Um solcher neuen Parole (auch Wahlparole) willen wurde Tirpitz aus der Versenkung geholt. Auch hierbei siegte Parteitaktik über politische Pflicht. Die Nationalen mußten wissen, daß der empfohlene Retter für England eine Verhandlungslast von exemplarischem Gewicht gewesen wäre. Unannehmbar. Tirpitz war nur ein Manöver. Dessen Frivolität festzustellen, sei der Großadmiral selbst zitiert. Wer schrieb, wie er in seinen „Erinnerungen“ (Verlag K. F. Koehler, Lpzg.) tat, wer sich so grundsätzlich und unbeirrbar als Englands Todfeind enthüllte, kann vielleicht auf den Respekt der englischen Marine rechnen, er ist aber hilflos ungeeignet, um ein Deutschland, das nicht mehr das seine ist, gegenüber einem verjüngten Frankreich und der immer noch (und selbstverständlich) die englische Vorherrschaft währenden Arbeiterregierung Macdonalds zu vertreten. Tirpitz war ein Bluff. Hier etliche Beweisstücke, Beweise zugleich für den Dilettantismus, das Durcheinander und die garantierte Aussichtslosigkeit der kaiserlichen Weltpolitik. Beweis auch gegen die Dolchstoßlüge. Tirpitz hatte Augen und einen politischen Kopf. Aber die Voraussetzung seines Wollens war falsch: Deutschland war nicht berufen, England die Seeherrschaft zu bestreiten.

R. Br.

Man braucht sich nur vorzustellen, was ein englischer Bismarck für eine Politik gegen Rußland und Deutschland treiben würde. Der Kanzler ist vollständig verrannt, verliebt in seine Idee des Werbens um die Gunst des perfiden Albions. Es ist die Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Wir müssen uns coûte que coûte mit Rußland verständigen und den Walfisch gegen den Bären stellen. Alle Sentimentalitäten haben zu schweigen.

(St. 150, Brief, Mitte Juli 1914.)

Ich sah die Zukunft Deutschlands nicht bedroht, auch wenn das russische Kaiserreich wieder zu vollen Kräften gekommen wäre.

Bedroht sah ich sie nur, wenn wir von unserem Ueberseehandel, aus welchem fast ein Drittel der Deutschen lebte, abgeschnitten und bei Nichtwiedergewinn unserer weltwirtschaftlichen Stellung der grauenhaften Verelendung ausgeliefert wurden. Für die von England beabsichtigte Abdrängung Deutschlands von der See gab es keinen Ersatz, selbst wenn Bethmanns Annahmen zutrafen und wir uns eine Durchdringung des Ostens militärisch leisten konnten. Mit allen russischen Leuten, auch mit Kerenskij, hätte ich unter starken Zugeständnissen jegliche Verständigung gesucht, die uns nach anderer Seite wirklich die Hände freigab. Ich weiß

nicht, ob die Weltgeschichte ein Beispiel größerer Verblendung kennt, als die gegenseitige Vernichtung der Deutschen und der Russen in majorem gloriam der Angelsachsen. (St. 151.)

Es war ein Unglück für unser Volk, daß man ihm kein großes Ziel zeigte, und doch lag es so klar vor uns. Als ich vor dem Krieg Herrn von Bethmann gelegentlich sagte: Wir müßten der Nation Ziele zeigen, fragte er mich erstaunt: „Was denn für ein Ziel?“ Ich meine, es hätte darin bestehen müssen, alle freien Völker ohne jede Vormundschaft der Angelsachsen zusammenzuführen. (St. 156.)

Als der Krieg ausgebrochen war, vertrat ich weder im Osten noch im Westen annexionistische Ziele. Auch ein Deutschmachen Belgiens lag nicht in meinen Wünschen. Ich hielt es aber für notwendig, daß die belgische Küste nicht unter britische Oberherrschaft fallen sollte, weil dies die sichere Verkümmern der deutschen Arbeit und des deutschen Arbeiters nach sich zog. Ich wünschte deshalb die Errichtung eines selbständigen Flanderns, in welchem wir das Besatzungsrecht auf Zeebrügge hätten. Während des Krieges begriffen dann Deutsche zuerst die industrielle Zukunft des flandrischen Kempenlandes, und damit trat ein neuer Grund hinzu, die Wirtschaftsfreundschaft zwischen Rheinland und Belgien frei von britischer Hoheit zu erstreben. Meiner Ueberzeugung nach werden die Bewohner des Scheldelandes im Lauf der Zeit erkennen, daß dieser Gedanke auch in ihrem Interesse lag. Die kleinen Staaten Europas werden in dem transatlantischen Machtgebilde der Angelsachsen verschwinden, und die Kraft Europas, die im Ausgleich mannigfaltiger selbständiger Kulturen auf engstem Raum beruht, wird vergehen, und damit Europas Reichtum, sein Uebergewicht und die Möglichkeit einer Weltstellung für die Staaten unseres Festlandes. „The world is rapidly becoming english.“ Unser Krieg war der vielleicht letzte Freiheitskampf Europas gegen den angelsächsischen Weltkapitalismus und vielmehr, er hätte es sein müssen und können, wenn die Reichsleitung die Idee dieses Krieges begriffen und verwirklicht hätte. Unsere Sozialdemokraten, welche in dem Wahne schwelgten, den Kapitalismus zu bekämpfen, haben durch ihr Verhalten im Krieg wie bei seiner Beendigung den Erfolg mit herbeigeführt, daß allerdings das von ihnen verfolgte deutsche Kapital, aus dem auch der deutsche Arbeiter seine Nahrung zog, größtenteils erschlagen liegt. Dafür sind die Deutschen aber als Lohnsklaven dem angelsächsischen Kapitalismus ausgeliefert worden, der weit roher und unsozialer, vor allen Dingen aber Fremdherrschaft ist. (St. 157.)

Die schlechte Gewohnheit dieser effektvollen Eingriffe, von Schimonoseki, der Krüger-Depesche, Manila über die China-Expedition und Tanager bis Agadir u. a. führte zu dem stümperhaften Schlußglied der Methode in dem Ultimatum an Serbien vom Juli 1914. Es ging lange leidlich, dank dem Respekt, welchen der alte preußische Staat und die Tüchtigkeit des deutschen Volkes einflößten. Aber richtiger wäre es

gewesen, in der Stille zu wachsen und weitere Macht anzusammeln; denn wir standen 1914 nahe vor dem Ziel, daß das bloße Vorhandensein unserer Macht genügte, den Frieden ohne Nervosität zu bewahren. Es endete die Tragik, daß die am meisten friedliebende Politik der Welt die Ungunst unserer Lage zu korrigieren gewagt hat durch Gesten, welche böswilligen Feinden den Vorwand lieferten, uns des Kriegswillens zu verdächtigen und damit durch eine der ungeheuerlichsten Verleumdungen der Weltgeschichte unser Bild zu entstellen.

Wir warfen uns den andern in die Arme, stießen dann wieder bei ihnen an und versäumten kaum eine Gelegenheit, ihnen vorzuhalten, wie herrlich weit wir es gebracht hätten. Wir setzten uns nie in die Denkweise der andern. Admiral Seymour, der vom Kaiser das Bild „The Germans to the front“ geschenkt erhielt, hat zu einem deutschen Waffengeführten gesagt: „Ihr Deutschen seid sehr vorangekommen; wenn ihr es uns nur nicht immer unter die Nase reiben wolltet.“ (St. 164.)

Bis zum Anfang der neunziger Jahre hatte Englands alter Wohlstand das weltwirtschaftliche Parasitendasein des Deutschen wenig gespürt. Zwar wurde die Stärke unserer industriellen und Handelsentwicklung schon durch die Aenderung unserer Zollpolitik 1879 eingeleitet, aber erst nach einem Jahrzehnt inneren Aufbaus gegen außen hin so fühlbar, daß sich in England eine allgemeine Stimmungsänderung vorbereitete. Deren erster wirtschaftlicher Rückstoß war das „Made in Germany“, ihr erster politischer Ausbruch folgte der Krüger-Depesche. 1896/97 kam ich aus Asien und Amerika mit dem Eindruck heim, daß England unserer zukünftigen Entwicklung möglichst den Weg versperren würde. Um die Mitte der neunziger Jahre hatten sich die tonangebenden Klubs beider Hauptparteien, die Sachverständigen der englischen Gesellschaft für Außenpolitik, in der Ueberzeugung geeinigt, daß Deutschland der kommende Feind wäre. Das entsprach dem seit Jahrhunderten geübten Staatsgrundsatz der Engländer. (St. 166.)

Ich hatte von der Entsendung des „Panther“ im Augenblick der Abreise in die Sommerfrische außerdienstlich Kenntnis erlangt. War es schon Anzeichen einer gewissen Desorganisation der Reichsleitung, daß der Staatssekretär der Marine vor einer weltpolitisch so schwerwiegenden Schiffsbewegung nicht gehört wurde, so war ich mir andererseits der Fehlerhaftigkeit dieser Demonstration auf dem Atlantik von demselben Augenblick an bewußt, in dem ich erfuhr, daß wir England nicht vorher verständigt hätten. Glaubte Kiderlen, nicht ohne eine militärische Geste auskommen zu können, so mußte diese zu Land und ausschließlich gegen die Franzosen gerichtet erfolgen. Ich wäre zwar grundsätzlich gegen eine solche Geste gewesen. Ein Fähnlein ist leicht an die Stange gebunden, aber es kostet oft viel, es mit Ehren wieder niederzuholen. Einen Krieg wollten wir ja nicht machen. Die größte Fehlrechnung aber bezog die Reichsleitung darin, daß sie sich in den ersten Juliwochen über ihre Absichten in Dunkel hüllte. Kiderlen hat nachträglich versichert,

daß der Kanzler niemals daran gedacht habe, marokkanisches Gebiet zu fordern. Nach Lloyd Georges Drohrede aber sah es so aus, als ob er nur vor dem erhobenen Schwert Englands zurückgewichen wäre. Unser Ansehen erlitt in der ganzen Welt einen Stoß, und auch die deutsche öffentliche Meinung stand unter dem Eindruck der Schlappe. „England stopped Germany“, war das Schlagwort der Weltpresse. (St. 181.)

Die einzige Frage also, deren Beantwortung freilich mehr eine Sache der Gesinnung ist, bleibt also, ob wir überhaupt kein Flottengesetz beschließen und ausführen dürfen. Wer ein friedliches Verdorren der deutschen Ueberseewirtschaft dem Versuch vorzöge, sie durch eine Gleichgewichtspolitik zur See zu schützen, mit dem ist nicht zu streiten, und der unglückliche Ausbruch und Verlauf des Krieges wird ihm vor denen recht geben, welche in diesem Verlauf der Dinge ein unausweichliches Schicksal an Stelle einer Kette vermeidbarer Fehler erblickten. Ich hätte meinem Volk nicht mit ganzer Seele eine Flotte gebaut, wenn ich nicht an seine Eigenschaft, ein wirkliches freies Weltvolk werden zu können, geglaubt hätte. Darin habe ich mich vielleicht getäuscht. Wenigstens legt die Selbstbezeichnung unserer Demokratie die Vermutung nahe, daß ich mich über die inneren Kräfte unseres Volkes getäuscht habe. An ihrer Uneinigkeit, nicht an den äußeren Verhältnissen, ist der weltpolitische Anlauf gescheitert, nach meiner Ueberzeugung, von der mich auch der Lärm der Geschichtsklitterungen niemals abbringen wird. Den Engländern wird, nachdem sie ihr Ziel erreicht haben, dieser innerdeutsche Versuch der Demokratie, sich reinzuwaschen von unserem früheren Streben nach friedlicher Weltgeltung, nur eine gelassene Verachtung abnötigen. Die zukünftigen Geschlechter Deutschlands aber werden die Erfahrung darin nachholen, ob die Angelsachsen es einem zur See ohnmächtigen Deutschland erlauben werden, als Industriestaat zu ge-
eihen . . .

1914 hatte, durch unseren Flottenbau, der die Gefahrenzone fast durchlaufen hatte, gedeckt, Deutschland schon nahezu die Stelle der vierten Weltmacht friedlich erobert, ohne daß England einzugreifen noch Gelegenheit gefunden hatte. Es gehörten außerordentliche Ungeschicklichkeiten unsererseits dazu, ihm diese Gelegenheit so spät noch zu verschaffen. Ein hervorragender deutscher Staatsmann hat diese Leistung charakterisiert als ein diplomatisches Kunststück erster Klasse, freilich nach der negativen Seite hin. Es gab keinen anderen Weg zur Weltmacht als über den Flottenbau. Umsonst wird einem Volk die höchste Wohlfahrt nicht geschenkt. Die Seemacht war eine natürliche und notwendige Funktion für unsere Wirtschaft, deren Welt-einfluß mit England und Amerika um die Palme stritt und die anderen Völker schon überholt hatte. Eine solche Lage ist gefährlich, und sie wird unhaltbar, wenn nicht eine achtbare Seemacht das Risiko des Konkurrenten, bei jedem Versuch, den aufstrebenden Nebenbuhler totzuschlagen, stark erhöht. (St. 197.)

Ich kann noch einen weiteren vollgültigen Beweis dafür anführen, daß unsere Reichsleitung den Krieg nicht gewollt hat. Sie

war nämlich von Anfang an überzeugt, daß wir nicht siegen würden. Nun kann man ihr zwar viel Ungeschick zutrauen, nimmermehr aber das verbrecherische Tun, einen Krieg zu wollen, von dessen Aussichtslosigkeit sie selbst am tiefsten durchdrungen war. (St. 236.)

Als ich (am 6. 8. 14) Jagow (den Staatssekretär des Aeußern) fragte: „Konnten Sie nicht Rußland die Durchfahrt durch die Dardanellen und alles mögliche versprechen, um den Krieg zu verhindern?“ erwiderte Jagow: „Wenn Sie uns ein kleines Flottenagrement mit England gegeben hätten, wäre der Krieg nicht nötig gewesen.“ (St. 246.)

So ist es dem alten Piratenstaat England wiederum gelungen, Europa sich selbst zerfleischen zu lassen und durch Hineinwerfen der eigenen Macht und Anwendung brutalster Mittel den Sieg auf die Seite zu bringen, welche seinen materiellen Interessen entsprach. Die Freiheit und Selbständigkeit der Völker des europäischen Festlandes ist jetzt dahin und ihre Kulturblüte hierdurch vielleicht auf immer vernichtet.

Aber gerade aus diesem Erfolg wird für England selbst geboren werden der Tag des Gerichts. (St. 249.)

Im Hauptquartier war man im Herbst 1914 der Meinung, daß der Krieg gegen Frankreich gewonnen worden wäre, wenn die zwei Armeekorps zur Stelle gewesen wären, welche sich der Generalstab 1911/12 entgegen den Forderungen seiner Fachleute hatte abhandeln lassen. Dazu kam die Unterschätzung der britischen Armee, die man sich in unserem Publikum immer noch gern in der Art der Aldershot-Tommies mit Mützen und Spazierstock vorstellte. Als ich nach Kriegsausbruch den Generalstabschef warnte, diese Truppe, die gewissermaßen aus lauter Sergeanten bestände, zu leicht zu bewerten, antwortete er: „Die arretieren wir“. Er sah bei dieser Hoffnung wohl noch nicht voraus, daß er in den kritischen Tagen Veranlassung haben würde, zwei Armeekorps für die Ostfront gerade vom rechten Flügel herauszuziehen. Noch im Spätherbst 1914 begegnete ich im Großen Hauptquartier Zweifeln an dem Ernst der neuen Kitchener-Armeen. Im August 1914 schrieb ich aus Koblenz: „Die Schwierigkeiten kommen erst, wenn die Armee glaubt, über den Berg zu sein.“ (St. 251.)

Moltke war ein schwerkranker Mann. Die Zügel schleiften am Boden, die Einheitlichkeit in den Operationen der Armeen ging verloren. Zu Moltke hatte ich trotz seines Unglücks als Persönlichkeit volles Vertrauen gehabt. Sein Nachfolger machte nicht den Eindruck, so vorgeschult zu sein, um die Aufgabe zu bewältigen, die nach der Marneschlacht mit der Ausweitung zu einem Erschöpfungskrieg ins Ungemessene stieg. Die Armee hatte bis dahin nur ein einziger Gedanke beseelt: Cannae. Im Erschöpfungskrieg aber mußte die Uebermacht des Feindes dank seiner Seeherrschaft immer stärker zum Tragen kommen. Alle Landsiege versickerten in der beispiellos ungünstigen Gesamtlage Deutschlands. Eingekeilt zwischen Landfeinde, konnten wir uns nicht allein dadurch retten, daß wir uns wie ein Igel rings unangreifbar

machten. Denn unsere Lebensfäden liefen über See. Darum konnten uns nur größte Kühnheit und Geschlossenheit retten. Auch der Landkrieg mußte sich dem Gesamtziel eingliedern. Nach der Marneschlacht mußte die Armee umlernen. Die damalige Oberste Heeresleitung ließ das Suchen nach großen Endzielen vermissen. Hindenburg und Ludendorff aber, welche 1915 die Vernichtung der russischen Armeen durch Ueberflügelung von Kowno her in Aussicht stellten und deshalb mit dem Frontalangriff von Gorlice her nicht übereinstimmten, durften ihren Kriegsplan nicht ausführen. Wenn er glückte, wäre ihre Stellung gegenüber dem Hauptquartier freilich eine überragende gewesen.

(St. 252.)

Die Armee, die in ihrem Sondergebiet nicht darauf gedrillt war, England zu bekämpfen, unterschätzte diesen für die sogenannten unangreifbaren Gegner. Ich war als Schwarzseher verschrien und im „Lion d'Or“ zu Chartville ging die Rede: „Es ist kein Offizier im Großen Hauptquartier, der nicht glaubt, daß der Krieg vor dem 1. April 1915 zu Ende geht, außer dem Herrn Staatssekretär der Marine.“ In der angelsächsischen Welt wurde ich als ein Gegner angesehen, dessen Isolierung innerhalb der deutschen Reichsleitung mit Befriedigung verzeichnet wurde. Denn dies begreifliche Vorwalten festländischer Gesichtspunkte bei der Armee wäre ungefährlich geblieben, wenn nur der Kanzler mit mir ging. Ohne richtige Politik, welche die maritime Lage mitberücksichtigte, war der Krieg auch militärisch nicht zu gewinnen.

(St. 253.)

Am 19. August 1914 sagte ich dem Kanzler in Gegenwart von Moltke und Jagow: Was wir gegen Rußland erreichen können, drückt nicht auf England, sondern entlastet es. Die Verhältnisse haben uns gezwungen, mit einer Front zu schlagen, die nicht unseren politischen Interessen entspricht. Der deutsch-russische Krieg ist in England sehr volkstümlich. Die englischen Staatsmänner sind unbedingt entschlossen, bis zum Ende durchzuhalten. Unsere Zukunft kann nur gerettet werden, wenn wir England bedrängen. Es kommt für die Entscheidung des Krieges einzig darauf an, ob Deutschland oder England länger durchhalten kann. Unbedingt notwendig ist es, Calais und Boulogne zu besetzen.

Dieser Gedankengang schien dem Kaiser nicht einzuleuchten. Er meinte, wir müßten selbst im Fall eines im Westen glücklichen Krieges uns dort einschränken und unsere Kraft nach Osten wenden. Schon in der ersten Augusthälfte hatte der Kanzler einem gemeinsamen Bekannten erklärt: „Der Krieg mit England ist nur ein Gewittersturm, der rasch vorüberbraust. Nachher wird das Verhältnis besser als je.“ Bethmann ging darauf aus, eine Verständigung mit England zu suchen, und er hielt es deshalb für richtig, dieses Land auch mit unseren Kriegshandlungen schonend anzufassen. England wäre „eine Bulldogge, die man nicht reizen dürfte“. Bethmann suchte jetzt nach der Freundschaftshand, die er bei Oreys Konferenzvorschlag nicht gefunden hatte. Er übersah, daß England, nachdem es einmal den Krieg unternommen, nun in klarer und kühler Folgerichtigkeit diesen Krieg auch gewinnen wollte. Der landmilitärische Standpunkt der Armee,

eine gewisse Nachgiebigkeit des Kaisers und die unklaren politischen Vorstellungen weiter deutscher Kreise gaben dem Kanzler die Möglichkeit, sein zusammengestürztes Kartenhaus immer aufs neue aufzubauen. Mit puritanischem Pharisäertum war die praktisch-utilitaristische britische Politik, beherrscht von den Interessen des angelsächsischen Kapitals, ganz einheitlich entschlossen, das Deutschtum um so härter und unerbittlicher zu bekämpfen, je näher bis zum Juli 1914 schon die Möglichkeit gelegen hatte, daß wir uns friedlich durchsetzten. Wie konnte man glauben, daß England die Chance nicht voll ausnützen würde, die ihm jetzt gegeben war, um den ihm beinahe über den Kopf gewachsenen Wettbewerber doch noch, und zwar in letzter Stunde, niederzuschlagen! England steigerte seine Kriegsentschlossenheit, je mehr es sie bei uns vermißte. Lloyd Georges Einfluß wuchs über denjenigen Asquiths empor. Bei uns vollzog sich die umgekehrte Entwicklung; die entschlossene Richtung wurde zurückgedrängt. Dieser Weg mußte mit Sicherheit zur Niederlage führen.

(St. 254.)

Diese im Laufe des Krieges sich steigende Vereinsamung der Marine, welche straffe Staatsgesinnung mit überseeischer, für einen Weltkrieg geeigneter Erfahrung verband, zeigte, daß die Nation oder ihre Oberschicht für einen solchen Krieg nicht reif war.

(St. 256.)

Auch Helfferich sah nur ganz vage Hoffnungen auf eine Verständigung mit England und nirgends etwas Greifbares. Aber diese leeren Wünsche genügten ihm und seinen Gesinnungsgenossen, um während der kostbaren und zur Rettung Deutschlands gegebenen Jahre gerade das Einzige zurückzuhalten, was England zum Einlenken bringen konnte, nämlich unsere Verständigung mit dem Zaren und die äußerste Entfaltung unserer Machtmittel zur See.

(St. 262.)

Die Entente hat uns durch die britischen Linienschiffe besiegt, welche die Hungerblockade ermöglichten und deren Prestige alle Völker der Welt vor den englischen Wagen spannte. Linienschiffe in erster Linie konnten uns retten.

(St. 265.)

Es war nach meiner Auffassung der helle Widersinn, die Flotte in Watte zu verpacken. Die fleet in being hatte Sinn für England, weil dessen Flotte dadurch ihren Zweck, die Meere zu beherrschen, erfüllte. Für Deutschland aber, dessen Ziel es sein mußte, das Meer sich frei zu halten, war der Grundsatz unsinnig. Ferner durften wir den Krieg nicht zum Erschöpfungskrieg ausarten lassen und mußten versuchen, die Sache kurz zu machen. Wie klug es die Engländer angefangen haben müssen, die Entschlußkraft maßgebender Männer in Deutschland zu lähmen, dafür zeugt der Ausspruch, den einer der nächsten Berater des Kaisers nach der Schlacht vor dem Skagerrak getan haben soll und der sich jedenfalls durchaus in die Gesamtstimmung dieser Kreise einfügt: „Schade! Wir waren nahe daran gewesen, von England Frieden zu bekommen.“ Unter solchen Einflüssen ist des Kaisers eigenes Werk zerstört worden.

(St. 266.)

Aus dem Zwiespalt der politischen Weltanschauung zwischen der Kanzlerpartei und

mir entsprang so eine Flut von Verdächtigungen gegen das Material der Flotte, die erst durch die Probe vor dem Skagerrak ad absurdum geführt wurde. Vorher hatte man aber den Kaiser damit im Hintanhalten der Flotte bestärkt und die Tatkraft der Marine gelähmt. Hätte sich der Kaiser anders beraten lassen und wäre er seinem eigenen, innersten Trieb gefolgt, so läge Deutschland heute wohl nicht in Trümmern.

Das altüberlieferte, wenn auch für unsere Zeit erprobte englische Seeprestige hat uns besiegt. Es senkte in die Herzen der bei uns leitenden Männer die Furcht, unsere Flotte einzusetzen, solange es dafür Zeit war. Und so begann mit dem Nichtgebrauch der besten, ja zunächst einzigen Waffe gegen England das Trauerspiel der verpaßten Gelegenheiten. (St. 269.)

Auch die Armee hat zwei Jahre lang auf die von ihr ersehnte Führung warten müssen, und der im Winter 1914/15 vom ersten Vertrauensmann der Armee in dieser Hinsicht geäußerte Wink hat nichts gebessert, sondern

nur ihm selbst die Möglichkeit weiteren Wirkens erschwert. (St. 328.)

Es hat nicht viel gefehlt zu einem guten Frieden. An der Wehrmacht lag es nicht, wenn wir ihn nicht fanden. Als Hindenburg und Ludendorff endlich zur Führung berufen wurden, konnte die Armee ihn freilich nicht mehr schaffen. Die Marine konnte einen brauchbaren Frieden wohl zweimal greifbar nahe bringen, im Herbst 1914 mit der Flotte, im Frühjahr 1916 mit noch größerer Wahrscheinlichkeit durch das U-Boot. Das Furchtbarste, zu wissen, ist, daß unsere heutige Lage nicht nur politisch, sondern auch militärisch vermeidbar war. (St. 386.)

Daß es besser gewesen wäre, den Engländern festen Kampfwillen zu zeigen, bestärkte sich durch immer neue Erscheinungen. Darum zitterte man in England, daß der Kanzler fallen und eine kräftigere Kriegsführung Platz greifen könnte; darum stiegen in London die Kurse, als mein Rücktritt sich vollzog. (St. 259.)

Lohn- oder Preispolitik?

Von Kurt Heinig

Bei kritischer Ueberprüfung der Wirtschaftspolitik unserer Tage behindert grauer Zweifel das gerade Urteil: was ist eigentlich der stärkste Widerstand gegen die Gesundung: Dummheit oder Vergeblichkeit? Die Realpolitiker sind auch hier natürlich die klügeren, sie rechnen mit jenen Tatbeständen als naturgegeben, bauen auf sie und verdienen mit ihnen. Wer aber am Strome der Zeit steht und nach Vernunft angelt, den packt der Stumpfsinn, er bekommt jenes ausdrucksvolle Antlitz, das Philosophen von andern Menschen unterscheidet.

Also: Wir haben eben erst zehn Semester praktischer Währungspolitik hinter uns gebracht. Bis ins letzte Dorf wurden die Lehrbegriffe der Geldtheorie: Golddeckung, Papierwährung, Inflation, Valuta, Geldkreislauf, Stabilisierung erlebt und geschäftspraktisch durchgeprüft, also verstanden. Die Devisentabelle und der Reichsbankausweis, ehemals Berufsgeheimnisse der Arbitrage und der Finanzspezialisten, wurden Unterhaltungsgegenstand für Abc-Schützen; dennoch: kaum scheint die Währung stabil, so ist auch schon alles vergessen.

Die Realpolitiker rechnen mit jenem Tatbestand als naturgegeben, bauen auf ihn und verdienen mit ihm.

Deswegen schickte vor einigen Wochen der sogenannte Tarifausschuß der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Richtlinien zur Lohnpolitik heraus, deren Inhalt jetzt als der Unternehmerweisheit letzter Schluß in ganz Deutschland bei allen Verhandlungen den Gewerkschaftsvertretern entgegenspringt. Sie, die in der Inflationszeit täglich zwischen Tarifabschlüssen und kommunistischen Abendunterhaltungen gegen die freien Gewerkschaften hin- und hergerissen worden sind und denen es heute noch nicht viel besser geht, stehen jenem neuesten Argument, wie der Berliner so schön sagt, häufig machtlos vis-à-vis, denn was wird ihnen gegenüber behauptet? „Die allgemeine Erhöhung des derzeitigen Lohn- und Gehaltsniveaus um einen Pfennig pro Stunde würde für die ganze Wirtschaft eine Mehrbelastung von 500 Goldmillionen im Jahr ausmachen Regierung und Wirtschaft haben die gemeinsame Pflicht, sich gegen die mit einer allgemeinen

Lohnerhöhung für die Währung verbundenen Gefahren mit allem Nachdruck zu stemmen... Wir müssen von dem Reichsarbeitsministerium, den Schlichtern und der Arbeiterschaft verlangen, daß sie diesen Gefahren auch ihrerseits Rechnung tragen, da der erneute Zusammenbruch der Währung auch die deutsche Arbeiterklasse vernichten würde....“

Wie gesagt, diese phantastischen Argumente verfehlen selten ihre Wirkung, sie erscheinen meist in ihrer überlegten Dummheit schlechthin unwiderstehlich. Erst bei ruhiger Nachprüfung, und dazu sind leider Lohnverhandlungen nicht der richtige Augenblick, ergibt sich der groteske Unsinn und damit die bewußte Unehrllichkeit jener Behauptungen.

Die 500 Goldmillionen sind natürlich gar nicht ein nach ihrer Bewilligung sich notwendig machender Zuschlag von $16\frac{2}{3}$ Proz. auf unsern derzeitigen Bargeldumlauf von rund 3 Millionen Goldmark! Wenn das richtig wäre, dann müßte ja auch jede Preissteigerung, z. B. beim Brot um einen Pfennig — in Deutschland werden sicher täglich 20 Millionen Brote verkauft —, die Währung in Unordnung bringen. Oder wenn für Kohle 2 Proz. mehr angelegt werden müssen als bisher, dann hätte die Stabilität ebenfalls in die Binsen zu gehen. Wir erleben seit Monaten, daß trotz vieler Preissteigerungen das noch nicht eingetreten ist. Der Grund ist ja auch ganz klar: Der Geldumlauf, der Zirkulationsprozeß des Bargeldes, hat zwar viel mit dem Warenumlauf, aber nichts mit dem Umfang unseres Zahlungsmittelbestandes zu tun. Dies trifft um so mehr zu, als wir in Deutschland heute, entsprechend der seit der Vorkriegszeit geschrumpften Wirtschaft, durchaus zureichende Mengen Zirkulationsgeldes haben. Der Zusammenhang besteht in Wirklichkeit darin, daß höhere Löhne den Warenumlauf beschleunigen, der geldkräftige Konsument belebt die Wirtschaft, und Steigerung des Lohnanteils im Produkt fördert die technische Entwicklung, erhöht die Intensität des Produktionsprozesses, und dies senkt die Preise! Wir wollen hier nicht auf den Automobilkönig Ford hinweisen, der dieses Experiment praktisch mit Erfolg durchgeführt hat, es sei aber festgestellt: wenn jene Behauptung richtig wäre, dann säßen die Weber im Erzgebirge noch heute am Handwebstuhl, und die Postkutsche wäre rentabler als die Eisenbahn.

Die Fehlerhaftigkeit des derzeitigen Zustandes der Wirtschaft liegt darin, daß sich in den Kreislauf als Hemmung die übergroßen Kreditmengen der Reichsbank eingeschaltet haben; sie verhindern die Gesundung der Wirtschaft. Sie ermöglichen dem Unternehmer, auf seiner Ware sitzen zu bleiben, den Betrieb unverbessert zu lassen, die Preise zu halten, ja sogar zu treiben, statt sie zu senken, den Konsum zu beleben und so die Wirtschaft anzukurbeln. Unsere derzeitige sogenannte Konjunktur versackt in den Lagern des Großhandels und der sonstigen Zwischenglieder der immer noch inflationistisch aufgeblähten Wirtschaft. Wahrscheinlich wird es so kommen, daß die Industrie für ihre jetzt wieder hochgeschraubte Produktion von den Abnehmern nicht einmal Geld bekommt, man treibt förmlich Wechselreiterei, nur um das verschleuderte oder auch nur festliegende Betriebskapital durch neues Kapital aus Wucherverdiensten zu ersetzen, um immer wieder hohe und rasche Eigenverdienste zu erzwingen. Der Privategoismus feiert Triumphe, und die Niedrighaltung des Lohnes und der Gehälter soll ihn verewigen.

Die Arbeitnehmer haben alle Ursache, jene auf Dummheit und Vergeßlichkeit eingestellte Spekulation mit einer Kontermine zu beantworten. Die überall ausbrechenden Lohnbewegungen sind ihre Vorläufer; leider fehlt ihnen noch häufig der Kontakt mit den realen Tatsachen und Möglichkeiten. Dafür sorgen schon unsere lieben Kommu-

nisten, daß den Gewerkschaften eine Korrektur dieser Mängel so schwer wie möglich gemacht wird.

Aber auch Freunde der breiten, notleidenden Massen wirken hindernd dadurch, daß sie die Tatsachen nicht sehen. So hat jetzt eben wieder in der „Sozialen Praxis“ an leitender Stelle Dr. Potthoff, ein Mann, der als Arbeiterrechtler in unsern Reihen viel Achtung genießt, es unternommen, die Arbeitnehmer vor „einem neuen Fiasko“ zu warnen. Er meint, die Ankurbelung der Wirtschaft durch Steigerung der Löhne sei zwar „wirtschaftstheoretisch“ richtig, aber — sozialpsychologisch falsch. Bei der derzeitigen Gemütsverfassung des deutschen Volkes wirke sich jede Lohnerhöhung als Teuerung aus und gefährde die Währung. Potthoff schlägt als Ausweg die Verbilligung der Preise vor. Das klänge nach jener Reuterschen Satire, daß die Armut von der pauvreté kommt, wenn er nicht den Arbeitnehmern zugleich die Mittel des Preisdrucks vorschläge.

Dr. Potthoff propagiert, daß Behörden und Verbraucher gemeinsam die Preise bändigen sollen „Auf Regierungen und Parteien muß ein Druck ausgeübt werden, der sie angst und bange macht.“ Als wirksamstes Mittel des Preisabbaus schlägt er außerdem noch den Käuferstreik vor!

Besonders die hohen Wurstpreise haben es Herrn Dr. Potthoff angetan. Er wünscht allen Ernstes, mit Hilfe der Genossenschaften und Gewerkschaften möchte ein allgemeiner Boykott gegen die Wurst verhängt werden. „Ein einziger Erfolg wirkt Wunder.“ Auch hier sieht er psychologische Wirkungen auf die Preise.

Der „Einfluß der Behörden“ schaut in diesem Zusammenhang sehr nach Zwangswirtschaft, nicht bei der Produktion, sondern beim Endprodukt aus. Damit kämen wir wieder in die schöne Zeit der schwarzen Preise, der Schieberei und Hamsterei hinein. Einheitlichen Einfluß auf die politischen Parteien dieses Reichstags kann man sich nur schwer vorstellen. Und wenn die Genossenschaften den kämpfenden Konsumenten die nötige Wurst zuführen sollten, dann müßten sie erst sämtlich Genossenschaftsmitglieder werden. An Nichtmitglieder dürfen die Konsumvereine nichts verkaufen. Aber wenn alle jene bremsenden Einflüsse verhütet und der Kampf doch möglich würde, dann hätten die Genossenschaften erst noch die mit Boykottbeginn einsetzende Hausse in Hart-, Fest- und Dauerwurst zu überwinden, alles auf dem Rücken auch ihrer neuen Mitglieder. Danach kämen tausend andere Schwierigkeiten, die die wurstlose Zeit endlos machen könnten, das heißt natürlich für die Wenigen, die konsequent blieben. Aber wenn auch die Wurstwucherer überwunden werden könnten, ob vom siegreichen Wurstkrieg auch die Wirkung auf die Textil- und Kohlenpreise eine allzu große wäre?

Nach unserer Auffassung sind gerade bei Beachtung der Sozial- und Massenpsychologie die Potthoffschen Vorschläge völlig undiskutabel. Es ist nicht richtig, daß der Mai 1924 mit dem Mai 1923 verglichen werden könnte. Aber das sind alles Einzelheiten. Entscheidend bleibt die Gesamtlage des Arbeitnehmers. Die Wahlen haben gezeigt, daß er auf die Organisation der Wirtschaft kaum noch einen Einfluß hat, seine Erziehungsmöglichkeiten gegenüber den Behörden sind auch reichlich beschränkt. So bleibt ihm nichts anderes übrig, als seinen „wirtschaftstheoretisch richtigen“ Standpunkt praktisch als Lohnempfänger durch Forderungen zu vertreten. Alles andere wäre Selbsttäuschung. Und Selbsttäuschung gehört zu jenen Tatsachen, die die Gesundung der Wirtschaft verhindern. Deswegen sollte die Gewerkschaftsbewegung ruhig bei ihren alten Grundsätzen bleiben und keine neuen Fehler machen.

Sind Agrarzölle zu rechtfertigen?

Von einem Landwirt

Die Masse der deutschnationalen Wähler will billiges Brot genau so wie die Arbeiterschaft. Das Wirtschaftsrückgrat der Deutschnationalen Partei aber sind die Großagrarien. Die wollen hohe Getreidepreise. Ueber diesen harten Interessengegensatz zwischen Wählern und Gewählten muß Aufklärung geschaffen werden. Wir wollen, wie schon vor der Wahl hier mitgeteilt wurde, diese das deutsche Volk in Konsumenten und Produzenten radikal aufteilende Frage fortlaufend behandeln.

Diese Frage hat in Deutschland eine unübersehbare Literatur gezeitigt, hat in der Politik der Vorkriegszeit eine hervorragende Rolle gespielt und wird in nächster Zeit in der wirtschaftspolitischen Aussprache zweifellos mit an erster Stelle stehen, denn der Wunsch nach Wiedereinführung von agrarischen Schutzzöllen ist bereits vielfach laut geworden. Es ist eben eins der Kardinalprobleme unserer Wirtschaftspolitik, und um zu ihm Stellung zu nehmen, muß man sich über gewisse grundlegende Tatsachen der deutschen Volkswirtschaft Klarheit verschaffen. Die Entscheidung über agrarische Schutzzölle hängt von der Beantwortung folgender Vorfagen ab: 1. Wie verteilt sich die Gesamtbevölkerung Deutschlands auf Landwirtschaft und Industrie, und welche Bedeutung kommt der landwirtschaftlichen und der industriellen Erzeugung im Rahmen der Nationalwirtschaft des Landes zu? 2. Besteht die Möglichkeit, jederzeit eine ausreichende Zufuhr von Agrarerzeugnissen aus dem Auslande zu gewährleisten? 3. Besteht die Möglichkeit, die landwirtschaftliche Produktion so zu steigern, daß die Gesamtbevölkerung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einheimischer Herkunft ausreichend versorgt werden kann, und wie würde sich eine solche Steigerung in den Preisen der Agrarprodukte auswirken? 4. Ist die Aufrechterhaltung der Landwirtschaft bevölkerungspolitisch und volkshygienisch von Wichtigkeit?

Nach der Berufszählung von 1907, der letzten, die wir gehabt haben, waren 72,9 v.H. aller Berufsangehörigen im gegenwärtigen Reichsgebiet in außerlandwirtschaftlichen Berufen tätig, und nur ein Rest von 27,1 v.H., insgesamt rund 15 Millionen, entfiel auf die Land- und Forstwirtschaft. Dieses Verhältnis von Industrie- und Landbevölkerung, das auch für die Gegenwart als zutreffend angesehen werden kann, läßt erkennen, daß fast $\frac{3}{4}$ der deutschen Gesamteinwohnerzahl materiell an niedrigen Lebensmittelpreisen interessiert sind. Jede Steigerung der Lebensmittelpreise, wie sie durch Einfuhrzölle auf ausländische Lebensmittel herbeigeführt werden soll, bewirkt eine Steigerung der Lebenshaltungskosten des weit überwiegenden Teiles der deutschen Bevölkerung und muß, besonders von der Arbeiter- und Angestelltenschaft als schwere Belastung empfunden werden, da es nie gelingt, durch Steigerung der Löhne und Gehälter, diese Mehrkosten von den Lohn- und Gehaltsempfängern in vollem Umfang auf die Preise der industriellen Erzeugnisse abzuwälzen.

Entsprechend der Verteilung der Bevölkerung auf Industrie und Landwirtschaft gliedert sich auch das Nationalvermögen und das Volkseinkommen in der Weise, daß das Gedeihen der Industrie und des Handels von ausschlaggebender Bedeutung für den Wohlstand des Landes ist. Wir sind eben ein ausgesprochener Industriestaat und müssen aus dieser nicht abzuändernden Tatsache die Konsequenzen ziehen. Wir können auch nicht zugleich Industrie- und Agrarstaat sein, bzw. werden, denn hierzu fehlt es uns an räumlichen

Ausdehnungsmöglichkeiten und nur ein Fortschreiten auf dem Wege weiterer Industrialisierung erlaubt es, für unsern Bevölkerungszuwachs, der auch gegenwärtig noch 500 000—600 000 jährlich ausmacht, Betätigungsmöglichkeiten zu beschaffen.

Von den Anhängern agrarischer Schutzzölle wird mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Erfahrungen des Krieges doch gezeigt hätten, wie leicht Deutschland von der ausländischen Zufuhr abgeschnitten werden kann, und welche katastrophalen Folgen diese Abschnürung zeitigen müsse, wenn das Inland nicht imstande ist, die Volksernährung zu gewährleisten. Darauf ist zu erwidern, daß, wenn man die Möglichkeit eines Krieges ins Auge faßt, man nicht von der ungeheuerlichen Voraussetzung ausgehen darf, daß wir ein zweites Mal den Wahnsinn begehen werden, uns in einen Krieg gegen eine Koalition verwickeln zu lassen, die uns von der Lebensmittelzufuhr gänzlich abzuschneiden in der Lage ist. Man kann doch keine unsinnigen Voraussetzungen machen, um die Richtigkeit einer These zu beweisen. Vernünftigerweise muß man doch so viel Vertrauen zu dem eigenen, gesunden Menschenverstand haben, daß nach den Erfahrungen des Weltkrieges unter keinen Umständen eine Politik zugelassen wird, die uns die Lebensmittelzufuhr, sowohl aus dem Osten wie von Uebersee, abschneiden kann. Daß eine Außenpolitik, die stets die Türe nach einer Richtung offen hält, eine gewisse Beengung unserer außenpolitischen Bewegungsfreiheit bedeutet, ist richtig. Aber zu ändern ist an dieser Tatsache nicht, weil sie bedingt wird durch unsere geographische Lage.

Auf die weitere Frage, ob die deutsche Landwirtschaft imstande ist, die Produktion so zu steigern, daß die Gesamtbevölkerung versorgt werden kann, ist unbedingt mit nein zu antworten. Es gibt zwar landwirtschaftliche Enthusiasten, die das Gegenteil behaupten, aber eine nüchterne Erwägung, die einfach von der Erfahrungstatsache des proportionell zu den aufgewendeten Kosten abnehmenden Bodenertrages ausgeht, ergibt, daß das nur bei einem riesigen, volkswirtschaftlich gar nicht zu rechtfertigenden Kostenaufwand vielleicht nach vielen Jahrzehnten zu erzielen wäre. Für die Gegenwart und die nächste Zukunft bleibt es jedenfalls dabei, daß wir mit rund 35% unseres Gesamtbedarfs an Lebensmitteln auf das Ausland angewiesen sind. An dieser Tatsache kann auch die Kultivierung von Moor- und Oedländereien, die aus bevölkerungspolitischen Gründen gewiß anzustreben ist, nichts ändern, denn die auf diese Weise erzielte Ausdehnung der Anbaufläche deckt längst nicht den Bedarf an Lebensmitteln, den die inzwischen eingetretene Volksvermehrung hervorruft.

Was nun schließlich die bevölkerungspolitische und rassenhgienische Bedeutung der Landbevölkerung anbelangt, so ist es unbedingt richtig, daß die Landbevölkerung, bei dem gegenwärtigen Zustand der Großstädte mit ihren unzureichenden hygienischen Einrichtungen und ihrer Bevölkerungskasernierung den Jungbrunnen des Volkes bildet. Aber diese Aufgabe kann die Landbevölkerung nur dann erfüllen, wenn sie wirklich bodenständig und wirtschaftlich selbständig ist. Wir werden aber noch zu zeigen haben, daß die Hochhaltung der Getreidepreise fast ausschließlich den Großgrundbesitz begünstigt, der bekanntlich mit besitzlosem Landproletariat arbeitet.

Ueberlegt man auf Grund all dieser Erwägungen, was für Folgen und Zustände die Einführung von Getreidezöllen zeitigen würde, so ergibt sich ein durchaus unerfreuliches Bild. Vor allem ist auch darauf hinzuweisen, daß längst nicht die Gesamtheit aller Landwirte an Getreidezöllen interessiert ist, sondern nur ein geringer

Bruchteil, nämlich in der Hauptsache die Inhaber von Mittel- und Großbetrieben im ostelbischen Deutschland. Dagegen erstreben die Besitzer von mittel- und kleinbäuerlichen Anwesen, bei denen die Viehzucht eine vorherrschende Bedeutung hat, und die Getreide nur für den eigenen Bedarf anbauen, billige Getreide- und Futtermittelpreise. Der industriellen Arbeiterbevölkerung würde, wie bereits erwähnt, eine kolossale Last auferlegt, die sich letzten Endes in der Steigerung der Preise für Industrieerzeugnisse und in einer Schwächung unserer ausländischen Konkurrenzfähigkeit in verhängnisvoller Weise auswirken müßte. Ferner würden uns allerhand Schwierigkeiten handelspolitischer und außenpolitischer Art erwachsen, denn selbstverständlich würden die Getreidezölle von den getreideexportierenden Ländern mit zollpolitischen Repressalien beantwortet werden, die unseren deutschen industriellen Export sehr empfindlich treffen müssen. Die Einführung von Getreidezöllen hätte ferner, wie die Erfahrung zeigt, eine sehr schädliche Steigerung der Bodenpreise zur Folge, die wohl den derzeitigen Grundbesitzern Vorteile bringen könnte, insofern, als der Kapitalwert ihrer Güter steigen würde. Jeder Besitzwechsel und jede Pächterneuerung hätte aber zur Folge, daß der neue Eigentümer oder Pächter, selbst bei den infolge der Zölle angeschwollenen Getreidepreisen, keine ausreichende Verzinsung bzw. kaum mehr als die ausbedungene Pachtsumme herauswirtschaften könnte, und daher sofort Anspruch auf weiteren Zollschutz erheben — und wir auf diese Weise aus der „Agrarkrisis“ überhaupt nicht mehr herauskommen würden.

Außerdem muß man sich dessen bewußt sein, daß ein einmal eingeführter Agrarschutzzoll nicht so leicht zu beseitigen ist, weil nach Aufhebung der Zölle tatsächlich zahllose Landwirte, die sich auf hohe Getreidepreise eingestellt haben, wirtschaftlich zusammenbrechen müßten. Es ist daher auch nichts mit der sog. Uebergangsperiode, die den Landwirten ermöglichen soll, dank der hohen Getreidepreise, sich wirtschaftlich zu festigen. Nicht hohe, sondern niedrige Getreidepreise zwingen zu wirtschaftlichem Fortschritt. Hohe Preise begünstigen nur den wirtschaftlichen Schlendrian. Haben wir mal Getreidezölle, so werden wir sie überhaupt niemals wieder los.

Ist es aber volkswirtschaftlich nicht sehr bedenklich, wenn unter dem Druck der ausländischen Konkurrenz die Landwirtschaft, die doch unter allen Umständen volkswirtschaftlich und bevölkerungspolitisch von großer Bedeutung ist, ganz unrentabel wird, und die Getreidefelder sich in grüne Triften verwandeln — Jagdgründe für industrielle Rentenbezieher? Die Gefahr, daß die Land- und Forstwirtschaft überhaupt unrentabel wird, ist gar nicht zu gewärtigen. Die deutsche Landwirtschaft mag zum Teil wohl nicht in der Lage sein, zeitweilig mit ausländischem Getreide zu konkurrieren, sie ist aber sehr wohl imstande, auf dem Gebiet der Vieh-, Geflügel- und Obstzucht, der Meierei und durch Weiterverarbeitung ihrer Erzeugnisse zu Fabrikaten wie Spiritus, Haferflocken, Stärke, Holzschliff, Zellulose usw. den Wettbewerb mit der ausländischen Konkurrenz zu bestehen, wenn sie rationell wirtschaftet.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands verlangt, daß Brotgetreide und Futtermittel so billig wie nur irgendmöglich beschafft werden. Diese landwirtschaftlichen Erzeugnisse dürfen unter keinen Umständen durch einen Schutzzoll im Preise hochgehalten oder heraufgesetzt werden. Dagegen wäre gegebenenfalls zu erwägen, ob den durch die ausländische Konkurrenz betroffenen Landwirten die Möglichkeit zu bieten ist, mit Hilfe eines Zolles auf die Erzeugnisse der Viehzucht, der Meierei und einer Reihe landwirtschaftlicher Fabrikate, sich in stärkerem Maße auf

diese Erzeugnisse umzustellen. Es mag sein, daß diese Umstellung für manchen Großbetrieb nicht in ausreichendem Maße durchführbar sein wird. Dann wird an seine Stelle über kurz oder lang ein bäuerlicher Mittelbetrieb treten — eine Entwicklung, die durchaus den Erfordernissen einer stärkeren Besiedlung des platten Landes, die dringend erwünscht ist, entspricht.

Niederschönenfeld und Landsberg a. L.

Zwei Symbole deutscher Gerechtigkeit

Von Ernst Nieksch

In Niederschönenfeld werden schon seit fünf Jahren anständige und ehrenhafte Männer, an denen die bayerische Regierung es rächen will, daß sie nicht aufhören, gesinnungstreue Sozialisten und zuverlässige Republikaner zu sein, unter Mißachtung des Gesetzes und Bruch des Rechtes mißhandelt und gequält. Alle wohlbegründeten Anklagen gegen den Strafvollzug in Niederschönenfeld beantwortete die bayerische Regierung bisher mit kecken Ablehnungen; unter dem Druck ihres schlechten Gewissens vereitelte sie alle Bemühungen, den Tatbestand in Niederschönenfeld objektiv feststellen zu lassen. Die schuldbewußten Regierungsparteien des bayerischen Landtags verhinderten gemeinsam mit dem Justizministerium das Zustandekommen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses; dem Untersuchungsausschuß des Reichstages wurde 1921 bedeutet, daß er verschlossene Tore finden werde, wenn er vermessen genug sein sollte, die Fahrt nach Niederschönenfeld anzutreten. Der Graf Lerchenfeld, der jetzt selbst in den Reichstag einzieht und der allzugern als kultivierter Mensch genommen werden möchte, war es, der nach Niederschönenfeld die Anweisung gab, jenen Untersuchungsausschuß des Reichstags keinesfalls einzulassen. Weder Reichsregierung noch Reichstag konnten nach diesen Maßnahmen der bayerischen Behörden im Zweifel sein, daß es in Niederschönenfeld üble Dinge zu verbergen gebe; sie schöpften daraus jedoch nicht den Ansporn, nun erst recht die Schleier zu lüften, sondern sie entschieden sich für die Tatenlosigkeit. Es siegte die Auffassung, die sich später bei zahllosen ähnlichen Gelegenheiten immer wieder behauptete: daß die Reichsgewalten fatalistisch die Augen zu schließen hätten, wenn Bayern das Recht mit Füßen trat. Der Demokrat Müller-Meinungen war der Vater jener ungesetzlichen Verordnung vom August 1919, durch die der Festungshaftstrafvollzug in Bayern für Sozialisten und Republikaner dergestalt verschärft wurde, daß praktisch die Festungshaftstrafe aufgehoben und nahezu in gewöhnliche Gefängnisstrafe umgewandelt war. Der Graf Lerchenfeld lehnte es ab, das von seinem demokratischen Vorgänger verletzte Recht wieder herzustellen; er unterschrieb sogar jene unerhörte Denkschrift der bayerischen Regierung, in der mit beispielloser Unbedenklichkeit die persönliche Ehre wehrloser Gefangener — wie Mühsams und Tollers — besudelt worden war.

Der Strafvollzug in Niederschönenfeld ist unverkennbar darauf angelegt, die Gefangenen zu demütigen, ihren Stolz zu brechen, sie in ihrer menschlichen Würde zu kränken. Freilich erreichte er nur bei wenigen Gefangenen seine Wirkung; die akademisch gebildeten Strafvollzugsbeamten, die hofften, mit kläglichen und jämmerlichen Schikanen einen Mühsam und Toller „klein kriegen“ zu können, stießen lediglich auf abweisende Verachtung. Das reizte sie; schließlich schreckten sie auch nicht vor Maßnahmen zurück, durch die die Gefangenen körperlich

zugrunde gerichtet werden mußten. Die kranken Gefangenen waren einem Landarzt ausgeliefert, dessen Kunst durchaus unzulänglich war; fachärztliche Behandlung wurde grundsätzlich verweigert. Mühsam hat das mit dem Verluste seines Gehörs büßen müssen. Dieses empörende System der Gefangenenbehandlung erforderte schließlich ein Todesopfer: den bayerischen Landtagsabgeordneten August H a g e m e i s t e r. Eines Morgens wurde dieser tot in seiner Zelle aufgefunden, nachdem er zuvor unsägliche Leiden zu überstehen gehabt hatte; kurz aber vor seinem Tode war er von dem Arzte noch als Simulant beschimpft worden. Die bayerischen Behörden zeigten sich geschäftig, den Tatbestand dieses Falles zu verschleiern; die Öffentlichkeit sollte nicht aufmerksam werden. Man sollte auch fernerhin glauben, daß sich Grauensvolles nur in — französischen und polnischen Gefängnissen ereigne.

Die Niederschönenfelder Gefangenen waren 1919 verurteilt worden. 1920 fanden die Kappisten Gnade; die Niederschönenfelder wurden von der Amnestie ausgeschlossen, nachdem die bayerische Regierung mit schweren Drohungen Druck auf Reichstag und Reichsregierung ausgeübt hatte. Niemand empfand damals, wie sehr diese Ungleichheit in der Gewährung der Gnade sowohl gegen die Gebote der Billigkeit und Gerechtigkeit wie der Menschlichkeit verstieß; nur wenige erkannten, daß die damalige Weigerung Bayerns einer jener politischen Schachzüge war, mittels deren Bayern planmäßig die Autorität des Reiches untergrub und das Gefüge des Reiches auflockerte.

Während die Niederschönenfelder Gefangenen unter Willkür seufzten und gesetzwidrigen Strafvollzug erlitten, erfreute sich der junge Graf Arco in Landsberg a. L. eines angenehmen und freudereichen Daseins. Der Domkapitular Kiefl aus Regensburg hatte ihn als den Nationalheros des bayerischen Volkes begrüßt; er mochte wohl empfinden, daß eine gewisse Gemeinsamkeit besteht zwischen den Methoden bayerischer Regierungspolitik, die heimtückisch und hinterhältig die Reichseinheit meucheln, und der Tat des Mordbuben, der leise und feige sein ahnungsloses und hochgesinntes Opfer beschlich. Der Meuchelmörder wurde nicht hinter vielfachen Stacheldrahtverhauen und doppelten Postenketten festgehalten wie die Niederschönenfelder; er empfing Blumensträuße und Besuche Dr. Heims; er lebte tagsüber auf einem Gute in der Nähe Landsbergs und trieb unter Strafgefangenen und der bauerlichen Bevölkerung monarchistische Propaganda. Ab Ostern 1924 wurde er begnadigt; dabei erklärte die bayerische Regierung mit bewunderungswürdiger Unverfrorenheit, daß sie nicht beabsichtige, Linksradikalen, die freilich nie eines Meuchelmordes fähig gewesen wären, die Strafe zu erlassen.

An Arcos Stelle sind nunmehr Hitler und seine Freunde zu kurzem Erholungsaufenthalt in Landsberg eingezogen. Die Strafvollzugsbeamten wissen die Verdienste Hitlers zu schätzen; sie behandeln ihn mit Hochachtung und Schonung. Die Verordnung des Demokraten Müller-Meinungen über den Festungshaftstrafvollzug gilt nur in Niederschönenfeld, nicht aber in Landsberg. Toller und Mühsam sind Männer von geistigem Werte; nichts wird im bayerischen Justizministerium, im Ministerrat, im Landtag mehr verabscheut. Dagegen der Hitler! Wie bequem ist er! Er hat das Mundwerk auf dem rechten Fleck und mutet niemanden geistige Anstrengungen zu. Ihm mögen jegliche Erleichterungen und Vergünstigungen im Strafvollzug bewilligt sein. Er gibt sogar Interviews und greift aktiv in die bayerische Staatspolitik ein. Da veröffentlicht die Regierung keine Denkschrift, die eine Schmähschrift ist; da ereifert sich auch nicht der Demokrat Müller-Meinungen über die „Umsturz männer“, die noch vom Gefängnis aus hochverräterische Unternehmungen anzuzetteln suchen. Und in kürzester Zeit werden Hitler und die Seinen wieder in

Freiheit sein, während die Republikaner in Niederschönenfeld weiterhin langsam zu Tode gequält werden.

Schamloser wurde noch nie mit doppeltem Maße gemessen, unverhüllt noch niemals zwiefaches Recht angewandt. Dabei hält es die bayerische Regierung durchaus für überflüssig, überhaupt noch die Form zu wahren. Sie kennt das deutsche Volk: es ist abgebrüht. In der Tat schweigt das deutsche Volk und schweigt auch seine Regierung. Wo Rechtsbruch zur täglichen Übung und Klassenjustiz zur Selbstverständlichkeit wurden, da stirbt das Rechtsgefühl, da erlischt auch der Wille, für das Recht zu kämpfen. Nur wenige begreifen, daß es sich nicht um private Angelegenheiten handelt, wenn der Idealist Toller gemartert und der Meuchelmörder Arco begnadigt und gefeiert wird.

Kant, der meinte, daß es keinen Sinn habe zu leben, wenn es keine Gerechtigkeit mehr gebe, würde wahrhaftig heute unter diesem Volke nicht mehr leben wollen, dessen Ver lumpung und Ver stumpfung in Dingen der Gerechtigkeit zum Himmel schreit.

Die Sprache des Volksstaates

Von Fritz Müller (Chemnitz)

Jede Staatsform hat ihre Sprache. Im Militärstaat ahmt auch der Zivilist die beim Heer übliche Sprache nach. Es sei nur an das „Jawohl!“ an das Anreden des Vorgesetzten in der dritten Person und an den schnarrenden Gardeleutnantston erinnert. — Wo der Monarchismus stark ausgeprägt ist, wimmelt es in der Schriftsprache förmlich von unterwürfigen, aber nichtssagenden Ausdrücken. Kam doch nicht einmal ein freiheitlich gesinnter Mann wie Immanuel Kant darum herum, in seinen Eingaben „als Ew. Exzellenz alleruntertänigster Knecht in tiefster Ehrfurcht zu ersterben!“ — Im Klassenstaat sicherte sich die herrschende Schicht ihre Vorrechte gegenüber der Masse dadurch, daß sie das Bildungsgut und die Gesetze in einer Sprache ausdrückt, die der Laie nicht versteht. — Je mehr ein Staat Polizei- und Obrigkeitsstaat ist, um so breiter macht sich in ihm das berüchtigte Amtsdeutsch.

Wir leben seit mehr als fünf Jahren nicht mehr im alten Staat, der Monarchie, Militär-, Klassen-, Polizei- und Obrigkeitsstaat war, sondern im Volksstaat. Mit verschiedenen andern Kennzeichen des alten Staates ist auch seine Sprache noch lange nicht verschwunden. Die Sprache des Volksstaates, die in vieler Hinsicht erst noch geschaffen werden muß, kennzeichnet das Görlitzer Programm der S.P.D. trefflich mit den Worten „volkstümliche Gesetzessprache“.

Nicht volkstümlich ist die Sprache des alten Staates, weil sie

1. eine Menge Fremdwörter enthält, für die es gute deutsche Ausdrücke gibt;
2. mit allerlei Hinweisen auf Gesetze, Verordnungen usw. arbeitet, die der Laie nicht kennt;
3. reich an papiernen Ausdrücken ist;
4. mit Satzungeheuern durchsetzt ist, die man erst mühsam zergliedern muß.

1. Gegen Ausgang des Krieges wurden Banknoten so sehr gehamstert, daß es an Zahlungsmitteln fehlte. Die Regierung glaubte dadurch Wandel zu schaffen, daß sie das Volk davor warnte, Banknoten zu thesaurieren. Nach der Umwälzung wurden „die an

Polen gefallenen“ Ostmärker, Oberschlesier usw. aufgefordert, für Deutschland zu optieren. Die Aufrufe erfolgten kurz vor Ablauf der Frist, bis zu der die Betroffenen die für sie und für Deutschland so wichtige Erklärung abgeben mußten: Bevor viele „Optanten“ das Fremdwort verstanden hatten, war die Frist verstrichen!

Diese zwei Beispiele mögen für viele sprechen. Es ist erfreulich, daß der Kampf gegen die Sprache des alten Staates auf dem Teilgebiet des Sturmlaufs wider das Fremdwortunwesen die besten Erfolge gezeitigt hat. Zwar ist das Reich eine Republik. Jedes Land aber soll nach Art. 17 der Reichsverfassung eine freistaatliche Verfassung haben. — Leider*) gibt es noch Minister und Ministerien sowie einen Reichspräsidenten, obwohl wir nach der Umwälzung schon einmal Volksbeauftragte hatten. — Die Nationalversammlung — in Sachsen hieß es Volkskammer — hat glücklicherweise einem Reichstag Platz gemacht.

Das Amtsblatt des Königreichs Sachsen hieß Dresdener Journal. Die Umwälzung verwandelte es in die Sächsische Staatszeitung. — In Dresden gibt es eine Landesstelle für Gemeinwirtschaft, aber keine Sozialisierungskommission. — Auch kennt Sachsens Schulwesen keinen Direktor, sondern einen Schulleiter; keinen Bezirksschulinspektor, sondern einen Bezirksschulrat; keine Bezirksschulinspektion, sondern ein Bezirksschulamt.

Besonders geschickt haben die Schöpfer der neuen Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen alle entbehrlichen Fremdwörter beseitigt. Im Gegensatz zu den alten Städteordnungen ist die Rede von der Gesetzmäßigkeit, von gesetzmäßigen und gesetzwidrigen Beschlüssen; von der Aufwandsentschädigung, der Rente, dem Rentenlauf, den Rentenberechtigten und von Ruhestandsbezügen; vom Rat als Körperschaft, von der vorläufigen Enthebung aus dem Amt, vom Dienststrafverfahren, von der Dienstanweisung; von aufschiebender Wirkung, von Belangen, von Ortsgesetzen, von Anstellungs- und Beschlußbehörden, von der Ortswohnpflicht des Bürgermeisters, von der veränderten Feststellung des für ungültig erklärten Wahlergebnisses, vom Gleichgewicht der Gemeindegewirtschaft, von der Entscheidung einer Frage durch die Gemeindebürger usw. Dem Leser werden die meisten Ausdrücke als selbstverständlich vorkommen. Hätte ich aber die entsprechenden Fremdwörter angeführt, wie Referendum, Balancierung des États, Korrektur des annullierten Wahlresultats usw., so würde er diese Ausdrücke vielleicht für ebenso selbstverständlich halten und um ein deutsches Wort verlegen sein!

Auch andere Gesetze sind in mustergültiger Sprache abgefaßt. Es gibt aber auch Veröffentlichungen, deren Sprache man nicht im geringsten anmerkt, daß sie für einen Volksstaat bestimmt sind. Besonders häufig findet man in Verordnungsblättern und im amtlichen Teil von Tageszeitungen den zweiten der im Anfang meiner Ausführungen aufgezählten Fehler.

2. So stand am 7. Dezember 1922 in der Sächsischen Staatszeitung:

Mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums wird auf Grund von § 5a der Mieterschutzverordnung bekanntgegeben, daß die Bestimmungen in §§ 5 und 6 der Mieterschutzverordnung in Leipzig auch für ermietete Meßplätze Geltung haben.

Dresden, 2. Dezember 1923.

7963. LWA IV 2268d.

Ministerium des Innern, Landeswohnungsamt.

*) Das leider bezieht sich nicht darauf, daß Minister usw. vorhanden sind, sondern auf ihren lateinischen Namen

Das Aktenzeichen und der Hinweis auf gewisse Paragraphen der Mieterschutzverordnung nützen dem Leser gar nichts. Er will wissen, was man beim Mieten und Vermieten von Meßplätzen tun muß oder unterlassen soll! Im XXV. Nachtrag zur Steuerordnung für die Stadt Chemnitz heißt es u. a.:

In Punkt 6 Abs. 2 des XX. Nachtrags wird das Wort „von“ durch das Wort „zu“ ersetzt.

In Punkt 18 Abs. 1 werden unter a und b die Worte „ohne Rücksicht auf die Dauer“ gestrichen.

In Abs. 2 des XV. Nachtrags wird die Zahl 96 durch die Zahl 180 ersetzt.

Das Geld für das Einrücken dieser Sätze in die Tageszeitungen konnte man sich sparen. Es hatte wohl niemand, der den XXV. Nachtrag las, den Wortlaut des XV. und XX. Nachtrags im Kopfe; und nur ganz wenige besaßen die Nachträge, so daß sie nachsehen konnten, wie der neue Wortlaut heißt.

Muß aus gesetzestechnischen Gründen angegeben werden, wie ein bestehendes Gesetz sich verändert, so kann man ja diese Veränderungen vorher ruhig ankünden. Auf jeden Fall aber muß man fortfahren: „Demnach lautet dieser Absatz nunmehr so“ Hinweise auf Gesetze und Verordnungen kann man in Klammern beifügen. Doch darf man es nicht wie der badische Staatspräsident machen. Der erließ Ende März 1919 folgende Verordnung:

Der 1. Mai wird als gebotener Feiertag im Sinne des § 1 Abs. 1 Ziffer 1 der Verordnung vom 18. Juni 1892, die weltliche Feier der Sonn- und Festtage betreffend, in der durch die Verordnungen vom 31. Juli 1896, 25. Juli 1898, 3. August 1898, 22. Februar 1900 und 20. Februar 1907 bewirkten Fassung (Ges.- und Verordnungsblatt 1892, Seite 287, 1896 Seite 240, 1898 Seite 369 und 426, 1900 Seite 461, 1907 Seite 139) erklärt.

Als Gegenbeispiel möchte ich anführen, was ich vor einigen Jahren in einem Städtchen im Bayerischen Wald sah. Der Apotheker in jenem Ort hatte ein riesiges Merkblatt, das die Bevölkerung zum sparsamen Umgehen mit Flaschen und Korken aufforderte, mit Blaustift durchstrichen und auf den freien Platz geschrieben: „Wer nicht Flasche und Stöpsel mitbringt, kriegt nichts!“ Der Mann wußte, wie man zum Volke spricht. Viele Gesetzgeber aber wissen das nicht. Sonst würde ihre Sprache nicht so papiernen klingen.

3. Man schlage das Strafgesetzbuch auf. § 2 des Einführungsgesetzes beginnt: „Mit diesem Tage tritt das Reichs- und Landesstrafrecht, insoweit dasselbe Materien betrifft, welche Gegenstand des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich sind, außer Kraft. — § 3 lautet: „Wenn in Landesgesetzen auf strafrechtliche Vorschriften, welche durch das Strafgesetzbuch ... außer Kraft gesetzt sind, verwiesen wird, so treten die entsprechenden Vorschriften des letzteren an die Stelle des ersteren. — § 3 des eigentlichen Strafgesetzes heißt: „Die Strafgesetze des Deutschen Reiches finden Anwendung auf alle im Gebiete desselben begangenen Handlungen ...“ — § 49, 2 beginnt: „Die Strafe des Gehilfen ist nach demjenigen Gesetze festzusetzen, welches ...“ — In § 147 ist u. a. die Rede von „demjenigen, welcher nachgemachtes Geld sich verschafft und solches entweder in Verkehr bringt oder ...“ — § 223a beginnt: „Ist die Körperverletzung mittels einer Waffe, insbesondere eines Messers ... begangen, so ...“ — In § 225 ist von „einer der oben bezeichneten Folgen“ die Rede. — § 233 lautet: „Wenn leichte Körperverletzungen mit solcher, Beleidigungen mit leichten Körperverletzungen oder letztere mit ersteren auf der Stelle erwidert werden, so kann der Richter

für beide Angeschuldigte oder für einen derselben ... überhaupt keine Strafe eintreten lassen.“

Die Wörter der-, die-, dasjenige und der-, die-, dasselbe hat Wustmann treffend Bandwürmer genannt. So unnatürlich sie klingen, so bedient sich ihrer leider auch der einfache Mann. „Mein Sohn Paul konnte nicht zur Schule kommen, da ich denselben (oder selbigen) zu einer dringenden Besorgung benötigte“, heißt es oft in Entschuldigungszetteln. —

Wie einfach ist doch gegenüber dem Papierdeutsch die Sprache unserer Dichter! Goethe hätte z. B. nie geschrieben: „Derjenige, welcher nie sein Brot mit Tränen aß.“ Und wie schlicht sind die Sprichwörter abgefaßt! Im Amtsdeutsch würde ein bekanntes Sprichwort lauten: „Diejenigen, welche andern eine Grube graben, fallen selbst in dieselbe.“

Auf andere papierne Ausdrücke wie vorgenannte, dieser — jener, insofern — als, dafern, bzgl. bzw., diesseitig, sowohl — als auch u. a. m. soll nicht weiter eingegangen werden.

4. Am berüchtigsten ist die Sprache des alten Staates durch ihre Satzungeheuer geworden. Am 15. Oktober 1921 gab der Rat von Chemnitz bekannt:

Die Gültigkeit der für das Kalenderjahr 1921 ausgestellten Bescheinigungen über die gewerbliche Weiterveräußerung von im Kleinhandel luxussteuerpflichtigen Gegenständen, sowie der Bezugsbescheinigungen zum luxussteuerfreien Bezug der in Betracht kommenden, beim Hersteller luxussteuerpflichtigen Gegenstände und Zubehörteile läuft Ende Dezember ab.

Den Satz versteht man weniger deshalb so schwer, weil er schlecht gegliedert ist. Verständlicher wird er so:

Folgende Bescheinigungen für das Kalenderjahr 1921 gelten nur noch bis Ende Dezember 1921:

1. Die Erlaubnisscheine für den Handel mit Gegenständen, die im Kleinhandel luxussteuerpflichtig sind.
2. Die Bezugsscheine für Gegenstände und Zubehörteile, die nur beim Hersteller luxussteuerpflichtig sind.

Heiter wirkt folgende Bekanntmachung:

Dem Arbeiter Erich Wilhelm G... in Schönau ist an Stelle des demselben am 29. 3. 1915 unter 6 hier ausgestellten, jedoch verloren gegangenen Arbeitsbuches ein neues desgleichen ausgestellt worden, was hiermit zur Vermeidung mißbräuchlicher Benutzung des verloren gegangenen Arbeitsbuches bekanntgemacht wird.

Ich hätte die Bekanntmachung so ausgedrückt:

Der Arbeiter E. W. G... in Schönau hat sein Arbeitsbuch verloren. Er hat dafür ein neues erhalten. Das verloren gegangene Buch wurde am 29. 3. 1915 unter Nr. 6 ausgestellt. Vor Mißbrauch wird gewarnt.

Der Leser mag zur Uebung folgende Beispiele in gutes Deutsch übertragen:

Der Aufkauf von Lebensmitteln im Bereiche des Generalgouvernements zwecks Ausfuhr aus diesem ist untersagt. Zuwiderhandelnde hat sich zu gewärtigen, daß die Beförderung der Lebensmittel mit der Eisenbahn durch Wegnahme derselben verhindert wird und Bestrafung erfolgt.

(Aushang in belgischen Bahnhöfen, Anfang 1918.)

Ein Drittel des Solls der Einkommensteuer-Hauptsteuerliste der Gemeinde für das Rechnungsjahr 1920 bez. des Einkommensteuersolls 1920 des Bezirksverbandes, abzüglich des Betrages, den die Gemeinde, bez.

der Bezirksverband für das Rechnungsjahr 1922 bereits mehr als sieben Zwölftel dieses Solls erhalten hat, d. h. abzüglich des Betrags, um den die bereits für das Rechnungsjahr 1922 überwiesenen 155% des vorläufigen Mindestanteils höher waren, als sieben Zwölftel dieses Solls.

(Formel, nach der zu berechnen war, wie hoch der Anteil der Gemeinden an der Reichseinkommensteuer sein sollte. Bekanntmachung vom 6. Dezember 1922.)

Falls Angestellte bei der sächsischen Staatsverwaltung, deren Versicherungspflicht durch die Steigerung ihrer Bezüge erloschen, infolge Heraufsetzung der gesetzlichen Versicherungsgrenze innerhalb eines halben Jahres aber erneut eingetreten ist, sich in der Zwischenzeit freiwillig weiterversichert haben, kann von den auf diesen Zeitraum entfallenden Versicherungsbeiträgen der Teil auf die Staatskasse übernommen werden, den diese nach den geltenden Bestimmungen zu tragen gehabt hätte, wenn in dem versicherungsfreien Zeitraum eine gesetzliche Versicherungspflicht bis zur Höhe der dem Angestellten gezahlten Bezüge bestanden hätte.

(Verordnung vom Personalamt des Sächsischen Ministeriums des Innern, 3. Januar 1923.)

Sie werden beschuldigt, den Entschluß, andere widerrechtlich durch Bedrohung mit einem Vergehen, demjenigen weiterer Nötigung, zu einer Unterlassung zu nötigen, durch Handlungen betätigt zu haben, die den Anfang der Ausführung des beabsichtigten, aber nicht zur Ausführung gelangten Vergehens enthielten, insofern Sie am 30. Oktober 1923 in der Fabrik von Kr. in B. dem Arbeiter D., der mit Kohlenschaufeln beschäftigt war, zuriefen, er solle aufhören zu arbeiten, und, als er nicht gehorchte, zu ihm sagten, Sie würden schon einmal sehen, Sie würden noch mehr holen, und tatsächlich auch noch andere Leute heranholten, um D. zu bestimmen, daß er aus Furcht vor den angedrohten Gewalttätigkeiten — denn darauf zielten Ihre Worte ab — zu arbeiten aufhörte, was er aber nicht tat. Vergehen nach § 240, 43 Str.G.B.

(Strafbefehl des Amtsgerichts in Frauenstein i. Sa.)

Doch nun „genug des grausamen Spiels“! Gerade diese letzten Beispiele zeigen, wie die Sprache des alten Staates gewissermaßen eine Geheimsprache war. Der Eingeweihte versteht sie. Der Laie aber muß, wenn er wissen will, was gemeint ist, lange zergliedern, nachschlagen und tüfteln. Meist aber hat er dazu weder Zeit noch Lust; und dann hat die Verordnung usw. für ihn ihren Zweck verfehlt. Oft hat nicht nur er Schaden davon, sondern auch die Allgemeinheit. Das soll aber nicht sein. Drum bekämpfe man auf Schritt und Tritt das berüchtigte Amtsdeutsch. Als Vorgesetzter lasse man Bekanntmachungen nicht hinaus, bevor sie in allgemein verständlicher Sprache abgefaßt sind. Als Abgeordneter achte man bei Vorlagen, die man zu beraten hat, außer dem Inhalt auch auf die Form. Als Empfänger sende man, wenn man sich nicht strafbar macht, solche Ergüsse der Stelle zurück, die sie verbrochen hat. Fremdwörter, Bandwürmer usw. streiche man an. Bei Hinweisen auf Gesetze usw. bitte man um Mitteilung des Wortlauts. Von Satzungeheuern behaupte man, man habe sie nicht verstehen können, u. a. m. Als Schriftleiter oder Mitarbeiter an Zeitungen biete man Proben von Amtsdeutsch den Lesern dar. Wie das wirkt, habe ich selbst erfahren. Erst fand ich soviel „Blüten“, daß ich jeden Tag ein paar hätte veröffentlichen können. Dann wurden sie seltener, und schließlich mußte ich lange suchen, bis ich etwas für „Amtsdeutsch“ fand.

Man begnüge sich aber nicht bloß mit dem Tadeln, sondern stelle dem schlechten stets das gute Beispiel entgegen. Nichts ist aber schwerer, als einen in schwülstiger Sprache abgefaßten Satz in gutes Deutsch zu übertragen. Leichter schreibt sich eine Bekanntmachung gleich von Anfang an in guter Sprache, wenn man überhaupt versteht, sich schlicht auszudrücken. Wer der Öffentlichkeit etwas mitzuteilen hat, d. h. jedes Parlament, jede Behörde usw., sollte eine Stelle einrichten, die alle Gesetze usw. auf die Form hin durchsieht. Dadurch wird nach und nach die Sprache des Volksstaates geschaffen. Diese volkstümliche Gesetzessprache aber ist die Vorbedingung dafür, daß jene andere Forderung verwirklicht wird: Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis. Solange aber Rechtskenntnis nicht Allgemeingut ist, kann von einem wahren Volksstaat nicht gesprochen werden!

Berger und Paquet

Von Alfons Fedor Cohn

Amerika, weltstädtischer Hexenkessel, Apokalypse der Zivilisation, Aufruhr entfesselter Elemente und hemmungsloser Temperamente, ernüchternde Beschwichtigung durch groteskes und unerbittliches Schicksal: diese stoffliche Nachbarschaft zwischen „Sündflut“ und „Fahnen“ verdeckt dennoch nicht die innerste Wesenferndheit zwischen dem Bühnenwerk des Stockholmers Henning Berger und dem des Rheinländers Alfons Paquet.

Bergers kürzliches Ableben, vielleicht auch die jüngst hier gezeigte amerikanische Verfilmung seines Schauspiels mögen an die anderthalb Jahrzehnte alte Arbeit wieder erinnern haben, die auf dem heutigen Spielplan zwar isoliert steht, aber keineswegs von der Zeit so überholt wirkt, daß sich nicht mehr an ihre Gattung anknüpfen ließe. Eine Stadt im Ueberschwemmungsgebiet des Mississippi, eine Bar im Geschäftszentrum, worin sich vor ausbrechendem Unwetter eine Reihe fragwürdiger Existenzen zusammenfindet. Der Gewitterregen wird zur Ueberschwemmung, die schützende Bar in der Ueberflutung zur Arche Noah, das bislang reißende Getier der Zivilisation zu Brüdern und Schwestern, die einander lieben. Not lehrt beten. Sie lehrt diese Menschen des rücksichtslos nüchternen Daseinskampfes Einkehr halten und sich bis zur Selbstlosigkeit entäußern. Gegnerische Börsenspekulanten, die sich am liebsten ans Leben möchten, söhnen sich wieder aus, der vor einer zynischen Geldehe stehende Raffer vereint sich wieder mit seiner Jugendliebsten, die von der Straße (im fatalsten Sinne) ihm wieder in die Arme getrieben wird, der zuchthauswürdige Advokat, der an dem schwindelhaften Dammbau und damit an der hereingebrochenen Katastrophe mitschuldig ist, wird zum selbstverleugnenden Bußprediger und der brutale Kneipwirt läßt zechefrei die Champagnerpfropfen in der allgemeinen Todesangst springen. Aber die Wasser sinken draußen, ehe sie die Sünder in der Arche verschlungen, und von den Angstdelirien der Nacht befreit, springen sich die Gegner wieder an die Kehle, stößt der Geldliebhaber die Herzensliebste wieder von sich, präsentiert der Wirt seinen Freigästen die volle Rechnung samt Wasser- und Betriebsschäden.

Dem Renaissance-Theater, das sich in seinen bisherigen zwei Spielzeiten durch ein beharrlich gehaltenes Niveau seines Spielplans wie kaum eine andere Berliner Bühne verdient gemacht hat, reichten hierfür weder Darsteller noch Regie zu. Das technische Beiwerk hat gerade diesmal stärkstens mitzuwirken: das anrückende und ausbrechende Unwetter,

Telephon, Morsetelegraph und elektrisches Licht, die nacheinander versagen, die ganze massive Baulichkeit mit ihren wasserdichten Schotten — all das Greifbare, was die Todesnähe wirklich glaubhaft machen kann, darf nicht durch dürftige Andeutungen ersetzt werden. Und so wenig Bergers Stück, das man Film- oder Kabarett-Geschmack zuliebe in einen „dramatischen Sketch“ umgetauft hatte, ein auf äußere Effekte gestellter Reißer ist, so wenig durfte man den Dialog von Anfang an in ein unheilverkündendes Pathos tauchen, das sich schließlich, jeder weiteren Steigerung unfähig, in quälende Monotonie verlieren mußte. Man beging hier denselben Grundfehler, den man fast immer auf der deutschen Bühne Strindberg gegenüber begeht: anstatt ihn ganz realistisch zu spielen und die Mystik aus den Verflechtungen und Wirkungen der scheinbar realistischen Vorgänge und Wesen aufdämmern zu lassen, kommentieren die Schauspieler gewissermaßen gleichzeitig ihre Rollen, indem sie in jedes Wort und jede Geste mit schleppender Tiefe den Doppelsinn hineinzulegen versuchen.

Berger lebte und wirkte im Schatten Strindbergs; aber seine Wesens- und Gemütsart war der des ewig kämpferischen Umstürzlers grundverschieden. Er, der als junger Kontorist nach Chicago gegangen war und hier den wirtschaftlichen Daseinskampf wohl in der naivsten und nacktesten Form kennengelernt hatte, blieb trotz aller Bitternisse und physischer Leiden eine weiche, versöhnlich gestimmte Natur, die schließlich in dem dichterisch beseelten Umgang mit einer Hauskatze sein Genügen fand wie nur ein deutscher Romantiker. Er hat nie den sozialen Kampf, den er selbst zur Genüge erfahren hatte, gepredigt und sich seiner im Rahmen seiner individualistischen Lebensanschauung nur bildhaft bedient. Paquet, dessen „Fahnen“ in das Chicago der Arbeiterkämpfe von 1886 führen, hat die weit geschwungene politische Kurve vom Imperialismus zum Kommunismus auf rein literarischer Linie beschrieben. Er ist, wenn man so will, in diesem „dramatischen Roman“ ein um zwanzig Jahre an Erlebnis, Weisheit und Formsicherheit reiferer Toller. Und auf Grund dieser Reife gegenüber dem Jüngeren mehr objektiver Gestalter als begeisterter Programmatiker.

Paquet hat sich in den drei Akten oder zwanzig Szenen der „Fahnen“, soweit ich sehen kann, ziemlich eng an die geschichtlichen Vorgänge gehalten. Es sind dies die in der Geschichte der deutsch-amerikanischen Arbeiterbewegung blutig mahnenden Ereignisse vom Mai 1886, da die für den Achtstundentag demonstrierenden sogenannten Anarchisten von der Polizei bei zwei aufeinanderfolgenden Meetings mit Feuerwaffen überfallen, und als beim zweiten Zusammenstoß eine Bombe gegen die Polizei geworfen wurde, möglicherweise von einem Lockspitzel, acht der Führer unter Anklage gestellt wurden. Obwohl sie zum Teil bei der Versammlung gar nicht anwesend waren, ihnen eine Beteiligung an einem gewaltsamen Vorgehen gegen die Polizei überhaupt nicht nachgewiesen werden konnte, wurden vier von ihnen mit Hilfe erpreßter Kronzeugen und einer käuflichen Jury zum Galgen verurteilt. Es bleibt dies ein ewiges Schandmal amerikanischer Klassenjustiz, gegen das damals die weitesten Kreise der ganzen Welt vergeblich protestierten; die bewußte Absicht war, die revolutionäre Arbeiterbewegung ein für allemal durch den scheinbar legalen Terror niederzuschlagen.

Wie Paquets politisches Bekenntnis gefühlsmäßig-literarisch klingt, so hat auch seine Formsprache naturgemäß eine analoge Tradition. Es ist im weitesten Sinne das Naturrecht, das ihn an die Seite des zur Befreiung drängenden Proletariats zieht, der Rousseauismus, dessen dichterische Nachfolge in Deutschland beim Sturm und Drang begann und über Büchner bis auf den jungen Wedekind führte. Paquet hat von diesen Vorgängern den raschen, bewegten Szenenwechsel, den festgestellten knappen Dialog, die pointillistische Art der Charakterisierung,

die dennoch mehr als skizziert. Der Untertitel „dramatischer Roman“ entschuldigt wohl nicht so sehr die Abwesenheit eines Helden — denn schließlich ist das die Gruppe der Revolutionäre, die Spies, Lingg, Parsons, Fielden, Engel und Fischer gegenüber ihren Gegenspielern, dem allmächtigen, rechtbeugenden Unternehmer Mc Shure, dem Blutrichter Bary, dem Polizeibüttel Shaak — als er das Fehlen eines zentralen, aktiv wirkenden Konflikts eingesteht. Selbst wenn der Achtstundentag als dramatisches Objekt denkbar wäre, hier spielt er eine sekundäre Rolle, hier gilt es nur, sich zu sehr unbestimmten Demonstrationen herauszustellen, sich zu ganz unklaren Zielen zusammenzuschließen und zu bewaffnen, und auf der andern Seite die, deren man habhaft wird, durch Scheinlegalität umzubringen.

Trotz alledem ermangelt das Stück, das durch ein regelrechtes Puppenspiel naiv, desillusionierend eingeleitet wird (bei der Volksbühnen-Aufführung waren's von einem Ausrufer vorgeführte Lichtbilder), weder der Spannung, noch der Stimmung. Es schwingen neben den bald rhetorischen, bald verhaltenen Bekenntnissen dieser dumpf zu Gewalttaten drängenden Idealisten starke Heimattöne mit: wie die deutschen Landflüchtigen gehofft hatten, jenseits des Ozeans das Land der Freiheit zu finden oder mindestens zu gründen und wie sie abgrundtiefer als je daheim aus diesen Hoffnungen gerissen wurden. Es bleiben auch ihre Schwächen nicht unbeleuchtet: der eitle Schönredner oder der von seinem engherzigen Weibe zum Verräter gepreßte Schwächling. Ebenso wenig steht die Gegenseite ausschließlich belastet. Es gibt da ein Festmahl der triumphierenden Oberklasse, das in einer kulinarischen Zelebrierung gipfelt und diese Form der Daseinsfreude mindestens lebendig und begreiflich macht. Und schließlich sehen wir eine etwas dunkle Anknüpfung mit dem alten Bismarckschen Kaiserreich in der Figur des Kunsthistorikers und Geheimrats Max Jordan, der als Kommissar für die Chicagoer Weltausstellung in den Kreis der Arbeitermörder mehr ahnungslos als repräsentativ tritt.

Paquet nimmt, allem ersten Anschein zuwider, ganz gewiß nicht Partei; aber er gibt uns auch nicht irgendwie den Ausgleich zwischen ewiger Tyrannei und Sklavenempörung. Deswegen haben seine Bilder eine geringe Tiefe, ermangeln des weiten Hintergrundes in die Zeit und das Allgemeinere. Er wirkt im wesentlichen durch die Rhetorik der Volksversammlung und des Gerichtssaals, aber auch durch die schlichte Gefühlsmäßigkeit der schuldvoll gewordenen Armen. Was aber den sichtlichen, starken Erfolg des Werkes in der Aufführung der „Volksbühne“, der man für den gelungenen Versuch Dank wissen muß, ausmachte, war das geschichtliche Pathos der Distanz: diese historische Tradition der Arbeiterbewegung im Bilde zurückverfolgen zu können, ihre ersten Vorkämpfer reden und wirken, leben und sterben zu sehen und zu begreifen, daß auch sie schon Ahnen hat, glorreiche und märtyrerhafte.

Ordnung in der Nationalgalerie

Von Dr. Oskar Beyer

Von der Tatsache aus, daß die Bewertung von Kunstwerken nur relativ konstant bleibt und tief mit den Bedürfnissen, Erwartungen und bewegenden Mächten einer jeden Zeit zusammenhängt, müssen die von Zeit zu Zeit in unseren Museen erfolgenden Umschichtungen als notwendige, ja unvermeidliche Ereignisse begriffen werden. Diese Aenderungen sind bisher freilich fast unmerklich, jedenfalls in nur geringem

Umfang vor sich gegangen, nicht oder nur ganz selten aber in schroffen Formen, die unmittelbar und allgemein ins Auge springen. Die Fundamente blieben unangetastet, es wurde angebaut, nicht aber neu gebaut.

Die heutige Lage macht schärfere Maßnahmen, grundsätzliche Änderungen erforderlich. Welt- und Kunstgefühl haben schwere Erschütterungen, haben einschneidende Wandlungen durchgemacht. Die alte Generation der Museumsbeamten und Sammlungsleiter mit ihren einseitigen, griechisch-italienischen Schönheitsnormen ist nahezu ausgestorben. Neue, weltoffenere Kräfte und Köpfe haben sie zu ersetzen begonnen. Neue, würdigere, klügere Vorstellungen über Sinn und Wesen der Museen bauen sich langsam an Stelle der verstaubten Ideale auf. Das Problem der Gestaltung einer öffentlichen Kunstsammlung, ihrer klaren, sinnvollen, übersichtlichen Gliederung ist in den Vordergrund der Pläne gerückt.

Die Revolution hat auch die Fenster der Museen, die vielfach zu Magazinen zu erstarren drohten, aufgerissen und frische Luft hineingeblassen. Ohne sie wäre das kaum — sicherlich nicht so rasch — möglich gewesen. Ihre Leiter haben umlernen oder durch solche ersetzt werden müssen, deren Begabung sich nicht im Historischen und Wissenschaftlichen erschöpft, sondern die Strömungen der Gegenwart zu erfassen, sich fruchtbar mit ihnen auseinanderzusetzen trachtet.

So kam es, daß sich auch in den Museen der Reichshauptstadt mancherlei gewandelt hat oder noch in der Umgestaltung begriffen ist. Und zwar stellen diese Änderungen sich, wie zu zeigen sein wird, nicht etwa als willkürliche, fernliegende oder modische Gewaltmaßnahmen, sondern offensichtlich als Verbesserungen dar, die sich bei klarem, vorurteilslosem Denken aus dem Wesen der Sache von selbst ergeben. Ja, es darf behauptet werden: sie sind der erstmalig gelungene planmäßige Versuch, Ordnung in ein mehr oder weniger chaotisches Durcheinander zu bringen, das der höheren Gesichtspunkte entbehrte.

Seit Tschudis Weggang und nach nur teilweise zur Verwirklichung gelangten Plänen für eine ordnungsmäßige Neugestaltung war die Nationalgalerie, als Ganzes betrachtet, für Kunstliebhaber höheren Schlages eine keineswegs besonders erfreuliche Angelegenheit. Es gab Säle, ja Abteilungen, die des inneren Zusammenhangs entbehrten, wo man sich fast von Bild zu Bild neu einzustellen gezwungen war, — eine recht beschwerliche Auflage bei dem ohnedies schon sehr ermüdenden Besuch einer Bildersammlung!

Nun aber stehen wir seit einigen Monaten vor einem gänzlich neuen Faktum. Die umfassende, sinnvolle Ordnung ist erfolgt, und zwar in einer Weise, die als vorbildlich bezeichnet werden darf. Die wenigen Mängel, die noch auszustellen bleiben, fallen der allgemeinen Klarheit der Lösung gegenüber nicht mehr ins Gewicht. Erst jetzt bedeutet die Wanderung durch die vielen Säle und Kabinette eine ungetrübte Freude. Erst jetzt spiegelt sich das Bild der deutschen Kunst seit mehr als hundert Jahren in einer Versammlung meist bedeutender, ja teilweise unvergleichlicher Beispiele.

Den Anfang machen, im Erdgeschoß, zwei im Süden wurzelnde Naturen: Feuerbach und der jüngere Klinger, Des ersteren „Gastmahl Platos“ hat nun endlich einen würdigen Platz gefunden und wirkt wie ein Wandbild; des anderen Meerbilder für die Steglitzer Villa, Symbole eines antikischen Lebensgefühls, strömen erst jetzt ihre herrliche wasserfeuchte Frische aus. Es folgen zwei unveränderte Böcklin-Räume. In den nächsten beiden haben die Hauptarbeiten des großen Suchers H. v. Mares bleibende Stätte gefunden. Die sechs Menzel-Kabinette sind in ihrer

alten Form erhalten, nur hat man auch die großen Bilder angefügt. Ein Saal mit Thoma und einer mit Lugo und Schirmer leiten schließlich zu Feuerbach zurück.

Oben wandert man an Trübners kühler Flächenkunst vorbei; sieht ihr sich Bilder von Schuch, Hagemeyer, Steffek anschließen. Blechen hat einen Raum für sich, teilt einen anderen mit Krüger, dem Berliner Historienmaler. Dann folgt eine Serie von ebenfalls berlinischen Bildern Gärtners, von Münchener Bildern Spitzwegs, von Wiener Bildern Waldmüllers, von Dresdener Arbeiten F. v. Rayskis. Ein Auslandssaal mit großen Franzosen (Millet, Daubigny, Daumier, Delacroix und Courbet), zu denen noch der Engländer Constable und der Spanier Goya treten, klemmt sich — ein wenig unmotiviert — zwischen die Genannten und eine Folge deutscher Bilder von Eysen, Viktor Müller, Haider und Sperl, dem Freunde Leibls. Diesem blieb ein letzter Raum mit auserlesenen Stücken vorbehalten. — Die beiden großen Mittelsäle freilich blieben ziemlich ungelöst, sie waren von je der wunde Punkt der Galerie. Der Ordnungswille ist hier in Versuchen stecken geblieben, abgesehen davon, daß man allzu zaghaft war, sich einer Anzahl von bedeutungslos gewordenen, meist großformatigen Bildern bei dieser Gelegenheit endgültig zu entledigen.

Das am meisten veränderte Gesicht weist aber das zweite Stockwerk auf. Es war jahrelang die Heimat der bekannten und doch unbekannteren Nazarenerfresken aus der Casa Bartholdi und der leihweise ausgestellten Wasmann-Sammlung Grönvolds. Die große Mehrzahl der Räume war verschlossen, man wußte kaum, daß noch überhaupt noch welche existierten. Nun aber ergibt sich eine herrliche Uebersicht über das gesamte romantische Wollen und Gestalten innerhalb der deutschen Malereigeschichte. Es ist das eine sehr stille und helle Welt, die in sonderbarer, ein wenig träumerischer Ruhe, Vertiefung und Gesammeltheit atmet. Die Landschaftsmalerei des großen Architekten Schinkel, eine äußerst wichtige Seite seiner Wesensentfaltung, kommt in rein malerischen sowie großen, der Raumkunst zugehörigen Beispielen nun erst voll zum Klingen. Sie mündet in den Saal der Bilder C. D. Friedrichs und seines Kreises: Carus, Kersting, Dahl u. a. Hier, in den Werken mystischer Naturerfassung, erlebt man das romantische Weltgefühl verdichtet. Dann der Kreis der Figurenmaler, alle in deutlichem Zusammenhang mit dem sogenannten Nazarenertum (z. B. nimmt man mit Erstaunen wahr, wie nah ein Schwind sich damit berührt!). Hier bleiben vor allem zwei wundervolle Bildnisse des jungen Schnorr v. Carolsfeld im Gedächtnis haften: das der Frau v. Quandt und der Viktoria Caldoni. Den asketischen Kopf des frühverstorbenen Pforr, eines der wichtigsten Nazarener, sieht man von seinem Freunde Overbeck gemalt. Unter die graphischen Arbeiten sind die großen Entwürfe zum Weltgerichtsbilde des geplanten Berliner Domes wichtig; sie stammen von Steinle, Cornelius und Overbeck. Endlich leiten die kalten plastisch-„heroischen“ Landschaften der Koch und Reinhart zu den Bartholdi-Fresken zurück.

Dieser rasche Rundgang möge zur Orientierung genügen. Man wird schon aus den knappen Mitteilungen ersehen haben können, was hier, in dieser ersten Galerie neuerer deutscher Kunst, an produktiver Arbeit geleistet worden ist. Und es bleibt nur zu wünschen, daß das Beispiel im Sinne eines Vorbildes weiterwirken und zur Klärung und Festigung der Kunstbegriffe beitragen möge.

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

Dr. Schacht im Kampfe mit der Geschäftswelt

Still, von der breiten Öffentlichkeit fast unbemerkt, wird ein zäher Kampf des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht mit der kreditungrigen Geschäftswelt ausgefochten. Die Kreditnot besteht in unverminderter Schärfe fort. Der Tribut, der den kreditgebenden Kreisen bewilligt werden muß, wirkt äußerst drückend auf das geschäftliche Leben. Man könnte versucht sein, der Geschäftswelt, die eine Lockerung dieser drückenden Fesseln verlangt, beizustimmen, wenn man oberflächlich an die Dinge heranträte und nicht wüßte, daß diese Kreditnot eine notwendige Begleiterscheinung der Stabilisierung ist. Eine Gesundung ist undenkbar ohne diesen harten Eingriff in die in den letzten zehn Jahren eingerissenen Methoden der Kreditversorgung der Wirtschaft. Wie auf andern Gebieten, muß die Unternehmerschaft in Handel und Industrie sich in der Kreditbeschaffung umstellen; nur allzuleicht floß das Geld in ihre Kanäle, denn die frühere Reichsbankleitung gehorchte dem leisesten Druck von ihrer Seite. Daß Dr. Schacht auf dem richtigen Wege ist, ist an mehreren Symptomen zu bemerken. Das deutsche Geld genießt seit Wochen das Vertrauen des Auslandes. Dies zeigt sich vor allem in der Festigkeit des Kurses der deutschen Mark. Das Auslandskapital fand seinen Weg nach Deutschland. Die Devisenzuteilung der Reichsbank erreicht in den meisten Valuten den normalen Zustand von 100 Prozent. Die Anforderungen an Devisen beginnen merklich zurückzugehen. Kurzum, auf vielen Gebieten eine Entspannung. Nur auf einem Gebiete bleibt alles beim alten: in der Festhaltung riesiger Warenbestände. Die Auswirkung dieser künstlichen Warenzurückhaltung zeigt sich in hohen Warenpreisen. Hohe Warenpreise bei niedrigen Löhnen — ein grotesker Widerspruch, der die Fehlerquellen unserer Wirtschaftsmethoden blitzartig beleuchtet. Insolvenzen über Insolvenzen, der Friedhof der Konkurse vermag die Inflationsleichen kaum zu fassen, und trotz allem keine namhafte Senkung der Preise. Der Warenmarkt bleibt von der Krise unberührt, eine Anomalie, die in der Wirtschaftsgeschichte kaum ihresgleichen finden dürfte. Das arbeitende Volk hungert bei vollen Scheunen und überfüllten Warenlagern! — Es war zu begrüßen, daß der Präsident der Reichsbank in einer Versammlung des Hansabundes in Hamburg am Sonntag, dem 25. Mai, mit aller Entschiedenheit auf die obengenannten Widersprüche aufmerksam machte. Dr. Schacht erklärte dort: „Ich glaube, daß das Festhalten an den Warenbeständen, das Zahlen unsinniger Zinssätze für ein spekulatives Weiterarbeiten, daß diese Psychologie verschwinden muß. Mehr als je gilt das Wort: „Besitz ist nichts, Erwerb ist alles.““ Der dramatische Kampf zwischen der Reichsbank und der Geschäftswelt, soweit sie den Gesetzen einer gesunden Wirtschaft nicht zustimmen glaubt, spitzt sich zu einer Machtprobe. Stellen wir uns auf die Seite der Reichsbank! Die durch Kreditrestriktionen entstandenen Schäden wiegen die schweren Gefahren nicht im entferntesten auf, die entstehen würden, wenn wir langsam in eine neue Inflation hineinschlitterten. Lieber ein Leichenfeld gestürzter Inflationsexistenzen, als eine neue Periode der Geldentwertung, die den Untergang des arbeitenden Volkes bedeutet!

Die Gewerkschaftsbank als Aktiengesellschaft

Ein wichtiger Schritt zur wirtschaftlichen Erstarkung der Arbeiterbewegung wurde in den letzten Tagen getan. Am 15. Mai beschloß die von den Gewerkschaften gegründete Kapitalverwertungsgesellschaft m. b. H. die Umwandlung dieses Instituts in eine Aktiengesellschaft. Sie

soll „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Aktiengesellschaft“ firmieren und in Berlin, in dem neuen Bürogebäude des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, ihren Sitz haben. Dieser Beschluß der Gewerkschaftsinstanzen wird von jedem wirtschaftlich denkenden Arbeiter mit lebhafter Freude begrüßt werden. Eine Gewerkschaftsbank ins Leben zu rufen, war schon lange geplant. Im Frühjahr 1923 wurde, gewissermaßen als Vorstufe, die bereits erwähnte Kapitalverwertungsgesellschaft gegründet. Obwohl diese in aller Stille und in engen Grenzen arbeitete, hat sie doch den Beweis geliefert, daß bei vorsichtiger Geschäftsführung manches Gute für den Tageskampf der Gewerkschaften zu erzielen ist. Die Kapitalverwertungsgesellschaft hat sowohl die Hypertrophie im deutschen Bankwesen als auch die Stabilisierungskrise der letzten sechs Monate, die durch ein Großsterben im Kreise der wenig gefestigten Bankinstitute gekennzeichnet war, miterlebt. Sie hat also zwei Extreme der Wirtschaft ohne Schaden durchschritten und somit ihre Feuertaufe erhalten. Ihr Abschluß soll trotz den wirtschaftlichen Anomalien ein zufriedenstellender gewesen sein. — In der Gründung eines mit allen Erfordernissen der Neuzeit ausgestatteten Bankinstituts folgt die deutsche Gewerkschaftsbewegung dem Beispiel anderer Länder. Die Erfolge der amerikanischen Arbeiterbanken, namentlich der Lokomotivführer- und Maschinisten-Banken, dürften allgemein bekannt sein. In Oesterreich hat man sich in der „Arbeiterbank Akt.-Ges.“ eine vorzügliche Waffe im wirtschaftlichen und politischen Tageskampfe geschaffen. Sie steht unter der Leitung des Genossen Karl Renner und stellt, entsprechend der dort bestehenden Einigkeit in der Arbeiterbewegung, ein alles umfassendes Institut dar und konnte überdies durch ein Netz von Filialen die Kapitalkraft der Arbeiterschaft des ganzen Landes an sich ziehen. — Die deutsche Arbeiterbank dürfte sich rasch zu einem wichtigen Werkzeug im Tageskampf entwickeln. Ihr Bestreben muß darauf gerichtet sein, sowohl für die Spargelder, als auch für das nicht benötigte Kapital der Gewerkschaften, Partei und Parteibetriebe als Sammelbecken zu dienen. Große Perspektiven eröffnen sich hier. Die Sparkraft der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, deren Zahl man heute auf 9 Millionen schätzen kann, ist bei stabilen Wirtschaftsverhältnissen sicher nicht gering. Bei zeitgemäßer Verzinsung könnten hier Riesensummen den Banken und Sparkassen entzogen werden. Zumal, wenn es gelingen sollte, durch ein über das ganze Land ausge dehntes Filialnetz die gesamten zirkulierenden Gelder der Arbeiterbewegung anzuziehen und damit einen regelrechten Giroverkehr einzurichten. Auf den hierin liegenden Vorteil für die Kassengebarung der Partei und Gewerkschaften soll nur verwiesen werden. Sollte eine Verschmelzung mit der Bankabteilung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine nicht in Frage kommen, dann dürfte eine Interessengemeinschaft, mit dem Ziele enger Geschäftsverbindungen, das Gegebene sein. Hinzu kommt noch die Volksfürsorge A.-G., deren verzweigte Versicherungsorgane relativ große Summen im Lande aufsaugen. Ein kleiner Ueberblick genügt, um zu erkennen, daß die Arbeiterbank große Probleme zu lösen hat, wenn sie ein großzügiges Institut werden will. Auf den Vorteil, daß den Privatbanken und damit der kapitalistischen Wirtschaft große Summen entzogen und der Arbeiterschaft und ihren Organen nutzbar gemacht werden, wollen wir nur hinweisen. Als Kapitaltrust der Arbeit wird die Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte A.-G. in der Lage sein, dem Wirtschaftskampf sowie dem kulturellen Niederschlag der Arbeiterbewegung einen belebenden Impuls einzuhauchen. Und wenn man noch hinzunimmt, daß eine internationale Arbeiterbank nicht allzu lange auf sich warten lassen dürfte,

dann eröffnen sich geradezu riesenhafte Perspektiven. Wie sagte doch der Marschall Trivulzio: „Zum Kriegführen sind drei Dinge notwendig: Geld, Geld und nochmals Geld“. Wann haben diese Worte größere Geltung gehabt, als im sozialen Kampfe der Gegenwart, wo die Arbeiterarmeen den durch Krieg und Inflation gestärkten Kapitalismächten gegenüberstehen?

R A N D B E M E R K U N G E N

Potsdamer Kinderfest

„Potsdam steht im Zeichen von Weiß-Rot. Flaggen über der Stadt. Zehntausende von Festgästen. Das Regiment des Gardedukorps in Front.“ So schrieben die nationalen Zeitungen. Ich fuhr hinaus, weil ich Sensationen liebe, aber ich wurde bitter enttäuscht. Fand keine Flaggen über der Stadt; zählte spärliche zehn, zwölf kaiserliche Fahnentücher und dazu kleine Trupps von gutgenährten Männern in sehr langen Gehröcken, weißrote Schleifchen im Knopfloch. Zylinder auf dicken Köpfen. Wie für eine Paradeleiche zurechtgemacht; aber noch quietschlebig, sonst harmlos und diese oder jene Kneipe aufsuchend. Auch einige Uniformen waren gelüftet worden; der Orden bunte Reihe verdeckte die Mottenlöcher. Im „Einsiedel“ waren die Sonntagsliebepärchen (die sich dort schon Sonnabends einzustellen pflegen) leicht, aber doch angenehm gestört durch bunte Kavaliere, deren ländliche Damen beinahe neidisch, aber keusch, über die weißen Fliedersträube nach den jüdischen Begleitherrn hinübersahen. Im Klosterkeller überredeten die Kellner die Gehröcke zu einer guten Suppe, einem Havelaal und den so schwierig auszusprechenden Tournedos. Der Landwirt Bredow spendierte einem alten Kameraden, jetzt Fischer im Spreewald, und einem sehr respektablen Herrn Oberwachmeister warmes Abendbrot. Auf der Trambahn zum Reitfest in der Kaserne des Gardedukorps fuhr ein Rittmeister, fuhr auf der Trambahn mit einem Umsteigebillet (für 15 Pfennige) in Uniform und sprach mit einem höheren Beamten der

Reichsbank, sprach über Eierpreise, daß die Frauen, wenn früher ein Ei 8 Pfennige gekostet hätte, alles kurz und klein geschlagen hätten. Dann stieg der Rittmeister ab und ging mit einigen Gehröcken zum Paradeexerzieren. Später hörte man dann die Kavallerie-Trompeten vom Kasernenhof hinüberklingen in den Neuen Garten hinein, an dessen Pforte steht das neue Denkmal, am Fuße liegen zwei Dutzend Kränze und ringsumher gucken treuherzig zwanzig, dreißig Zylinder und etwas altmodische Federhüte gesetzteren Alters. Ein paar Jünglinge mit Hakenkreuzen, aber verdächtigen Nasen, stark taufscheinbedürftig. Sonst: das alte stille Potsdam mit den Fischfässern am Graben und den blühenden Kastanien und den französischen Fassaden, wie sie der Preußenkönig den Einwohnern zum Trotz befohlen hat. Der Kronprinz soll in Potsdam gewesen sein. Gezeigt hat er sich nicht. Er wohnt jetzt in seinem Hause, das Schulze-Naumburg nach englischen Vorbildern gebaut hat: bürgerliches Landhaus. Das Marmorpalais, das der Kronprinz früher bewohnt hat, ist von Gontard geschaffen worden. Der Weg von Gontard, dem Schloßbaumeister, bis zu Schulze-Naumburg, dem harmlosen Bourgeois, kann nicht wieder rückgängig gemacht werden. Im englischen Cottage wohnt es sich auch bequemer, zumal im Marmorpalais der Nachtstuhl neben der Badewanne im Toilettezimmer des Kronprinzen gestanden hat. Der Besucher hört es andächtig, ist dankbar dafür, nicht Kronprinz gewesen zu sein und spaziert vergnügt durch den Fliederduft und die Wellen des Vogel-

gezwitschers, begegnet Wolken zärtlicher Ausflügler und einer kleinen lärmenden Rotte, wild, als Oberbayern verkleideter Kommunisten. Kostümfeste scheinen nun einmal das nationale Natron der Deutschen zu sein.

R. Br.

Emanuel Reicher

Als Emanuel Reicher nach langer Verschollenheit aus Amerika zurückkehrte machte er durchaus nicht den Eindruck, als ob er sich sobald zur Ruhe und in die himmlische Pensionsanstalt begeben wollte. Noch der Fünfundsiebzigjährige hatte mehr von einem Kinde als von einem Greise. Reicher war naiv, er hatte sogar einen naiven Intellekt. Wie er dauernd Erfindungen machte, Spazierstöcke, die zugleich Feuerzeuge, oder Feuerzeuge, die zugleich Spazierstöcke waren, wie er gutgläubig Esperanto oder Spiritismus mitmachte, so hat er auch einmal die naturalistische Schauspielkunst erfunden, zu der er gehörte und nicht gehörte. Hermann Bahr, dem es nicht so genau darauf ankommt, nennt ihn sogar den einzigen Vater der Freien Bühne, die mindestens drei oder vier hatte, also damals sehr notwendig sein mußte. Reicher verkündete die Geste des Alltäglichen, des Wahrscheinlichen, aber er selbst hielt sie nur in Rollen, die in einem Stück mehr dienen als herrschen. Sein Engstrand hatte die Form, die sich bescheidet, sein Eilert Lövborg hatte sie nicht; der war romantisch und zigeunerte auch in künstlerischer Hinsicht. Wie er die Jüngeren um sich auch angeregt und ermutigt hat, Reicher war mit Rittner und Else Lehmann und der ganzen Familie von Otto Brahm nicht blutsverwandt. Der Schlesier Rittner, aus bäuerlichem Geblüt, mußte den Florian Geyer erst nach ihm richtig spielen. Der Erfinder oder Miterfinder der naturalistischen Schauspielkunst, führte den vollen Ton, der gern in sich schwelgte, den fetten, etwas synagalen Ton, der immer noch

singen oder wenigstens psalmodieren wollte. Reichers schöne Naivität, ein unbekümmertes warmes Temperament wurde sich dieses Streites zweier Seelen nie bewußt. Nicht ohne Lächeln gedenke ich einer Sitzung, in der wir, einige Schauspieler, einige Kritiker, einige Germanisten, die reine deutsche Zeichensprache festzustellen suchten. Reicher behauptete, daß niemand ihm eine Dialektfärbung anmerken könnte, obgleich die gewisse galizische Sonorität ihm nie mager geworden ist. Während er naturalistisch anzusehen war, klang es aus ihm pathetisch. Zuweilen war die Mischung richtig; dann ging er in gewisse literarische Gebiete als Entdecker voran. Die Figur des Dichters im „Rausch“ machte ihn in jeder Hinsicht zu einem der ersten Strindberg-Darsteller. Auch den Herodes in Wildes „Salome“ hat keiner übertroffen; da war die Fülle des Klanges zugleich die Fülle der Figur und die Gedrungenheit der Form. Reicher hatte noch die „Röhre“, wie die Schauspieler sagen. Nach dreißig Jahren habe ich beide Ohren noch voll, angenehm voll von dem Posaunenton, mit dem er in Wilbrandts „Meister von Palmyra“ hinter der Bühne, aber daß sie zu zittern schien, die beiden Verse schmetterte: Der Kaiser Julianus ist gefallen, der Apostat ist tot! Das war klingendes Erz. Kein Posart und kein Barnay hat schöner gerasselt.

Es spricht für Reichers Charakter, daß er trotz dieser Ausstattung auf der andern Seite der Kunst stand, weil er ein Ganzes wollte und in dem Ganzen dienen wollte. Reicher hatte immer ein Herz für die Sache. In New York spielte er trotz der größten Widerstände immer wieder deutsch und deutsche Stücke, bis ihn die Not, vielleicht auch jugendliche Erinnerung auf das jiddische Theater drängte. Reicher war ungemein bereitwillig in der Anerkennung; er hat dem toten, aber auch dem lebenden Kainz so leidenschaftlich

wie kein anderer von der Zunft gehuldigt. In diesem Zigeuner war ein Denker, in diesem Manne war ein Kind, und ein so gutartiges, wie es selten auf den Brettern erfunden wird. Die deutsche Schauspielkunst hat einen beherzten Vorkämpfer, die deutschen Schauspieler haben ihren besten Kameraden verloren.

Arthur Eloesser.

Neu-Westend

Deutscher Baukunst hat man während des Krieges und erst recht nachher ein günstiges Prognostikum gestellt. Hat gesagt, jetzt, wo wir arm geworden sind, werden wir auf alles das verzichten, was in den fetten Jahren die Uebel verursachte: auf den schon lasterhaft gewordenen äußerlichen Aufwand, die Großmannsucht, die hohle Pathetik, den dekorativen Schwulst, die Materialprotzerei und so weiter. Da wir uns dies alles gewiß nicht mehr leisten können, werden wir von unserer eigenen Schlechtigkeit kuriert werden. Wir werden uns in all und jedem einzuschränken haben, mit den Stoffen wie mit den Formen werden wir umgehen lernen müssen, wie anno Schinkel wird uns nur noch eins bleiben: der Geist, das Können, die Form. Und was dann noch werden wird, wird gut sein. Gewiß, gewiß, aber einstweilen sind wir noch nicht so weit.

Arm sind wir zwar geworden; aber zum Bauen, zum charaktervollen Bauen gar, fehlt dieser Armut das eine schon: das Geld für die Ziegel und die Maurerlöhne. Gebaut wurde trotzdem, in den letzten Jahren sogar verhältnismäßig viel. Allerdings, was da baut, ist nicht jene charaktervolle Armut, sondern der Reichtum, der, solange am Marktsturz u. dgl. dick zu verdienen war, sich ganz und gar nicht einzuschränken brauchte und es auch nicht tat.

Wie sieht nun die Architektur aus, die dieser Luxus sich genehmigt? Siehe die Banken, die in der Behrenstraße und Umgehend

aufgestockt und neugebaut haben. Das ist genau wie vor dem Krieg: wiederum geistlose, wiederum phrasenhaft-larmoyante Repräsentation. Wie dann die Klienten dieser Banken, die glücklichen Mitverdiener, sich aufmachen, kann man sich fast schon vorstellen. Vielmehr, so ganz wird man's doch nicht können.

Es sei gestattet, ein Beispiel, das typisch sein dürfte, herauszugreifen: das neue Westend, das in den letzten Jahren sich erstaunlich rapide zu einer schon umfangreichen Einfamilienstadt entwickelt hat. Die Häuschen, die da entstanden sind, sind wohl nicht ganz so opulent wie die Vorkriegsanlagen in Grunewald oder Nikolassee; es ist daran schon gespart worden, meistens am Raum, häufig an gutem Material. Die Fassaden sind auch etwas glatter geworden und manch zwecklosen Aufputz hat man sich verkniffen. Was schließlich aber nicht zu hindern vermochte, daß alles Uebrige; die Pappigkeit, die Stilmacherei, der Säulchenkram, das Ornamentengeknautsch nach den Gepflogenheiten eines sattsam bekannten Maurermeistergeschmacks erst recht wieder da ist. Den Architekten scheint man bei den Herrschaften noch nicht zu kennen. Vielleicht hat sich's in den Kreisen noch nicht so recht rumgesprochen, daß es das Richtige ist, vom Architekten, vom wirklichen Baumeister, bauen zu lassen, vielleicht wollte man in dem einen Punkt wenigstens den Zeitnotwendigkeiten entsprechen und — am Architektenhonorar — sparen, vielleicht ist es auch nur das, daß die Leute von ihrer früheren Mietskasernenexistenz her noch immer der Meinung sind, gebaut müsse in der Art werden, wie man früher die Mietskasernen hochjagte. In dem letzten Jahrzehnt vor dem Krieg war es doch schon so, daß die Leute, die sich ein Eigenhaus bauen lassen konnten, zum Architekten oder wenigstens zum Kunstgewerbe-Architekten gingen. Es war (in Anlehnung an Biedermeier- oder eng-

lischen Cottagestil) ein gewisses „Niveau“, eine propre Anständigkeit erreicht worden. Dieses Niveau scheint ganz verloren gegangen zu sein; jeder Bau — von einzelnen, wenigen Ausnahmen abgesehen, die nicht so sind, daß man sie als Beispiele nennen möchte — ist auf andere Weise stümperhaft, als Bauwerk charakterlos. Auf fatalste Weise hat das Aehnlichkeit

mit der Gründerzeit, und die war insofern noch besser, als man wenigstens auch im Ungeschmack eine Art Konvention hatte, während hier jedweder seinen privatesten Ungeschmack auf seine Weise zur Entfaltung bringt. So weit also wären wir wieder zurückgekommen. Nicht arm ist diese Architektur geworden, aber armselig!

Paul Westheim.

B Ü C H E R S C H A U

Verschwörer

Gumbels neues Buch „Verschwörer“ (Berlin, Malik-Verlag) ist eine politische Tat, denn es ermöglicht einen Ueberblick über das fast unübersehbare Material der gesamten rechtsradikalen Verschwörungen und Attentate, zeigt die ungeheure Gefahr dieser hochverräterischen Umtriebe und gibt deshalb jedem politisch Interessierten unschätzbare Material. Man muß es bedauern, daß das Buch erst nach dem Reichstagswahlkampf erscheint.

Eine vorzüglich ausgewählte Sammlung von Dokumenten zum Kapp-Putsch gipfelt in einer Tabelle von 540 Kapp-Offizieren, von denen nicht ein einziger bestraft wurde; Herr v. Jagow blieb mit 5 Jahren Festung der einzige Bestrafte des Kapp-Putsches, während nach einer bayerisch-amtlichen Aufstellung wegen Beteiligung an der Münchener Räterepublik 2209 Personen zu 4844 Jahren verurteilt wurden

Die höchst dramatische Darstellung der großen politischen Attentate gegen Erzberger, Rathenau und Scheidemann und der Entdeckung der Mörder zeigt unwiderleglich, und das macht einen Hauptwert des Buches aus, daß die Attentate nicht Einzelhandlungen fanatischer Idealisten waren, sondern Teile eines systematischen Gesamtplanes, dessen Ziel Sturz der Republik ist, dessen wichtigstes Mittel die Beseitigung der Führer der Linken war und

dessen Werkzeuge meist wurzellose und arbeitsscheue Desperados waren.

Noch niemals ist allen Spuren des Verschwörer- und Verbrechernetzes mit solcher Gründlichkeit nachgeforscht worden, und doch ist auch Gumbel nicht in der Lage, das ganze Geheimnis zu entschleiern, d. h. die Männer zu nennen, die die Mörderzentrale organisiert und jahrelang finanziert haben. Gewiß ist der Nachweis Gumbels, daß die Organisation C des Kapitänleutnants Ehrhardt offenbar das Exekutivorgan eines großen und starken Verbandes sein muß, vollkommen geglückt, aber noch ist dieser „große Unbekannte“ verborgen geblieben. Vom Prozeß gegen die O.C. vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig erwartet Gumbel nicht viel, da alle Angeschuldigten in Freiheit sind (!) und die bisherige Untersuchung auch für deutsche republikanische Justizverhältnisse ungewöhnlich langsam geführt wurde.

Vielleicht irrt Gumbel hier; denn die in den allerletzten Tagen in Bayern erfolgten neuen Verhaftungen scheinen nicht nur wichtige Persönlichkeiten, sondern auch bedeutendes Material in die Hände des Oberreichsanwalts gebracht zu haben. Vor allem kann auch der Prozeß gegen die Seeckt-Attentäter Thormann und Grandel den Schleier lüften, mit dem der Alldeutsche Verband bzw. sein Vorsitzender Justizrat

Claß sein jahrelanges Zusammenarbeiten mit der O.C. zu verhüllen verstand.

Die Kapitel, die Gumbel den größeren und kleineren putschistischen Bünden und ihren Führern Ehrhardt und Roßbach widmet, enthüllen die Blamage des Kampfes aller gegen alle, den die „vaterländischen“ Verbände und Führer mit Gift und Dolch, Verleumdung und Pistole gegeneinander führen. Da sie sich bei diesem Kampfe keinerlei Schranken vor der republikanischen Zuhörerschaft auferlegen, machen sie es uns leicht, das gesamte Mörder- und Verschwörergesindel mit ihren eigenen Waffen zu schlagen.

An den Dokumenten Gumbels, die den Zusammenhang von Reichsstellen, insbesondere der Reichswehr, mit den Hochverrätern und der „Schwarzen Reichswehr“ erweisen, wird die deutsche Öffentlichkeit nicht vorübergehen können, zumal bei den bayerischen Reichswehrformationen die hochverräterischen Umtriebe vielfach in das Gebiet des Landesverrats hinüberspielten. Niemals hat man z. B. von einer Untersuchung gegen General v. Lossow usw. wegen seines höchst zweideutigen Verhaltens gegenüber dem Landesverräter Fuchs gehört, übrigens auch nie von irgendeinem Ermittlungsverfahren gegen den früheren Münchener Polizeipräsidenten Pöhner, den Freund Ludendorffs, der nach den Aussagen von Professor Fuchs von dessen Verbindung mit Colonel Richert gewußt hat! Vielleicht veranlaßt die völkische Fraktion des Reichstags und des bayerischen Landtags ihr Mitglied Pöhner, sich durch Antrag auf ein Disziplinarverfahren zu rechtfertigen.

Wer unvoreingenommen die mit wissenschaftlicher Gewissenhaftigkeit aneinandergereihten Dokumente und Darlegungen Gumbels auf sich wirken läßt, wer sich der furchtbaren Bedrohung des Reichs-

gefüges durch Fuchs-Machhaus und Hitler-Ludendorff bewußt wird, muß mit besonderem Ingrimm Gumbels Kapitel über die bayerische Justiz und den Hitler-Prozeß lesen. Die deutsche Justizschmach der bayerischen Volkengerichtsurteile wirkt in diesem Zusammenhang geradezu niederschmetternd. „Republikaner und Sozialisten sind in Bayern vogelfrei und rechtlos“ schreibt Gumbel am Ende der Darstellung der Lage der politischen Gefangenen in der „Festung“ Niederschönenfeld, und „völkischen Revolverhelden wird von bayerischen ‚Richtern‘ ein Strahlenkranz gewoben“, könnte man hinzufügen.

Für Sozialdemokraten besonders interessant sind die Belege über die Schergendienste der „nationalen“ Bravos für das Untermertum, sei es als Streikbrecher oder Zerstörer von Gewerkschaftshäusern und sozialdemokratischen Zeitungen oder gar als Mörder von Arbeitern und Arbeiterführern.

Aber Gumbel beweist nicht nur die Staatsgefährlichkeit der Putschisten, die kriminelle und pathologische Note in den Lebensläufen der meisten ihrer „Helden“, sondern auch die ungeheure Anmaßung und Albernheit, mit der sich solch Gesindel als Retter des Vaterlandes empfiehlt.

„Das Auffälligste an den ganzen Geheimbünden, Mordorganisationen, völkischen Organisationen, die das Wort ‚deutsch‘ so sehr mißbrauchen, ist ihre ungeheure Banalität. Nirgends ein neuer, konstruktiver Gedanke, nirgends neue ethische, soziale oder auch nur politische Momente. Nur ein äffisches Nachplappern überholter und heute sinnloser Schlagworte. Nirgends auch nur der geringste Ansatz zu einem Aufbau, zu einer ethischen Gesinnung, zu einer sozialen Idee, zu einem wahrhaft nationalen Gedanken.“

v. Puttkamer.

STINNES

UND SEINE KONZERNE

Eine auf zuverlässiges
Material gestützte Darstellung
der riesenhaften Verzweigung
dieses großen Machtkomplexes

von

PAUL UFERMANN
und **CARL HÜGLIN**

100 Seiten Text und
100 Seiten Tabellen
Stell kartoniert mit Leinenrücken
Preis M. 8,-

Berlin SW 68
Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.

DIE GRUNDLINIEN DER WELTGESCHICHTE

H. G. WELLS

Einen außergewöhnlichen literarischen und verlegerischen Erfolg bedeutet die Herausgabe dieses epochemachenden Werkes in deutscher Sprache. Er beweist, daß der Spenglersche Niedergangs-Pessimismus wie Spreu verweht und dem hoffnungsvollen Glauben an ein Bessermachen nicht standhalten kann

**Die vierte
Lieferung ist erschienen**

Künftiger Inhalt der Lieferungen 64 statt 48 Seiten

Preis je M. 1,50

Verlag für Sozialwissenschaft GmbH., Berlin SW 68

Die Glocke

HERAUSGEBER PARVUS

Inhalt:

<i>Clara Bohm-Schuch: Pfingsten</i>	<i>289</i>
<i>Robert Breuer:</i>	
<i>Das Verbrechen der Nationalen</i>	<i>291</i>
* * * <i>Die Reichswehr und die nationalen</i>	
<i>Verschwörer</i>	<i>293</i>
<i>Dr. R. v. Ungern-Sternberg:</i>	
<i>Wird die Rentenmark stabil bleiben?</i>	<i>299</i>
<i>Wilh. Grotkopp: Abrüstung in Schweden</i>	<i>302</i>
<i>Albin Michel</i> <i>} Sozialdemokratie und</i>	
<i>Stadtrat Bergner</i> <i>} Akademiker</i>	<i>305</i>
<i>Dr. Otto Grautoff: Die Ernsthaftigkeit</i>	
<i>des französischen Friedenswillens</i>	<i>309</i>
<i>Walter Gropius:</i>	
<i>Der Baugeist der neuen Volksgemeinde</i>	<i>311</i>
<i>Richard Bernstein: Sozialistische Politik</i>	
<i>und kommunistischer Unfug</i>	<i>317</i>
<i>Vandalismus gegen die Gewerkschaften</i>	<i>318</i>
<i>Protest antiker Helden und des Winter-</i>	
<i>gartens f Pallenberg und das Gewissen</i>	
<i>Präsident Judenschwein f Blut als</i>	
<i>Anwaltsrobe</i>	<i>319</i>
<i>Wirtschaftlicher Rundblick</i>	<i>315</i>

Verlag für Sozialwissenschaft
Berlin SW 68, Lindenstraße 114

Preis 30 Pfennig

In Halbleinen Preis 2,50 Mark

Paul Ufermann:

Könige

Hugo Stinnes

Otto Wolff

J. Michael

Siegmund Bosel

Camillo Castiglioni

Rudolph Karstadt

Friedrich Minoux

Richard Kahn

Alfred Ganz

Hugo Herzfeld

*Kleinere Empor-
kömmlinge*

der

Inflation

Berlin SW 68

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.

Pfingsten

Von Clara Bohm-Schuch

Der Geist des Lebens triumphiert um uns in vollendeter Schönheit, die Erfüllung in sich trägt. Blühen und Reifen vereinen sich zu einer Symphonie der Lebensbejahung. So feiert die Natur ihr Hochfest.

Und die Menschen feiern mit, ohne recht zu begreifen. Millionen aus einem überlieferten Glauben, den sie nicht besitzen. Nach der alten christlichen Legende kam der Geist des gekreuzigten Jesu von Nazareth über seine Jünger, als sie in Furcht, Trauer und Sehnsucht hinter verschlossenen Türen ratlos beieinander saßen. Mit dem Gruß „Friede sei mit euch“, erschien er ihnen, daß sie ihn leibhaftig sahen. Und alle Furcht wich von ihnen. Sie gingen hinaus, um die neue Lehre der Menschenliebe und -versöhnung zu verkünden. Die Flamme des Geistes aber, die sich ihnen entzündet hatte, sprang über in die zusammengeströmten Volksmassen der verschiedensten Stämme und Sprachen. Was einst Haß und Neid beim Turmbau von Babel verwirrt und getrennt hatte, das einte der neue Geist der Pfingsten in verstehender Brüderlichkeit. — Die alte fromme Legende ist ein Traum geblieben bis auf den heutigen Tag, weil die Masse der Menschen sie als Vergangenheit nehmen und nicht als Zukunft; weil ihre Prediger dem Haß dienen und nicht der Liebe; weil sie die Erde verleugnen, um dem Himmel zu dienen.

Der Dienst an der Idee der Menschenversöhnung bedingt aber Erdverbundenheit. Ein neuer Geist tut not, doch er kommt nicht in Flammen vom Himmel, tatenlose Sehnsucht bringt ihn nicht. Seine Voraussetzungen: Verantwortlichkeit und Mut zur Wahrheit, müssen in immer neuer Erziehungsarbeit geschaffen werden. Wie rein in der sozialistischen Idee der Wille zum Frieden und zur Verständigung aller Völker auch zum Ausdruck kommt, ohne immer neue Erziehungsarbeit zum Tatsächlichen, müßte die lebendige Lehre zum Dogma erstarren und ihre Anhänger zu gedankenlosen Nachbetern werden lassen. Wir dürfen uns nicht beirren lassen, ob wir durch unsere Wirklichkeitsarbeit Rückschläge erleiden oder nicht. Nur so lange eine Idee — und eine Partei — von innerster Verantwortung getragen wird, weist ihr Weg aufwärts.

Eine Politik der Verantwortung haben wir seit Beendigung des Krieges getrieben, ein Ziel unverrückbar vor uns: die Erhal-

tung des Friedens nach innen und außen. Viel ist um dieses Zieles willen geopfert worden; für die Erfüllung harter Bedingungen des Friedensvertrages galt es einzutreten und schwere Belastungen des arbeitenden Volkes konnten nicht verhindert werden. Das Schlimmste aber ist, daß die Masse des Volkes diese Politik der Verantwortung bis heute nicht begriffen hat. Wohl hat unsere Partei mit hundert Mandaten bei der Reichstagswahl am 4. Mai sich in der Konkurrenz von 27 Parteien achtunggebietend behauptet, aber sie bedeutet nur eine kleine Insel der Vernunft in dem auf- und abwogenden Meer der politischen Meinungen und Handlungen. Und doch war die große Linie unserer Politik richtig. Wenn auch die Deutschnationalen, die so gern in die Regierung möchten, mit Unverschämtheit zu verdecken suchen, daß sie sich auf den Boden der bekämpften Erfüllungspolitik stellen, die Tatsache bleibt und einmal wird es auch ihren Wählern klar werden müssen, daß Politik die Kunst des Möglichen ist. Dieselbe Erkenntnis wird einmal den kommunistischen Wählermassen kommen müssen, wenn sie noch eine Weile das „Affentheater“, wie Ruth Fischer kürzlich den Reichstag nannte, genau beobachtet haben. Denn in diesem „Affentheater“ spielen die Kommunisten die erste Rolle zur Schadenfreude der Arbeiterfeinde und zum Ekel derer, die es ernst mit der Vertretung der Arbeiterinteressen meinen.

Das Unheil, welches der Wahlausfall des 4. Mai für Deutschland zu bringen droht, können wir im Augenblick kaum aufhalten. Nachdem das französische Volk unzweideutig von der bisherigen Zwang- und Druckpolitik abgerückt ist, nachdem es sich ein Parlament gewählt hat, das zur Verständigung mit Deutschland bereit ist, hätte vieles gut werden können. Als es mit Hilfe der Kommunisten gelungen war, an Stelle des Genossen Löbe den Deutschnationalen Wallraf zum Präsidenten des Deutschen Reichstags zu machen, war die erste Mißstimmung in Frankreich da. Der neuen französischen Regierung wird die Politik des guten Willens ungeheuer erschwert, wenn in Deutschland eine Regierung sich bildet, in der die Deutschnationalen sitzen. Jede Erleichterung des französischen Druckes wird von den deutschen Nationalisten als ihr Erfolg gebucht werden. Die nationalistische Welle steigt und Frankreich fühlt sich in seiner Sicherheit von neuem bedroht. Den bürgerlichen Mittelparteien scheint in ihrem Liebeswerben um die Deutschnationalen jede politische Ueberlegung abhanden gekommen zu sein. Sie tragen die Verantwortung, wenn trotz des Sachverständigen-gutachtens es nicht zu gemeinsamer Arbeit aller beteiligten Völker an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas kommt. Wir stehen in Deutschland vor einer neuen Wirtschaftskatastrophe, wenn die Lösung des Reparationsproblems nicht schnell erfolgt und der Industrie Kredite gewährt werden können. Das hindert die bürgerlichen Parteien nicht, die Verhandlungen über die Regierungsbildung

hinausschieben zu lassen, weil es den Deutschnationalen so paßt. Dieselben Kreise bestürmen dann allerdings den Reichsbankpräsidenten um Kreditbewilligungen, die sie selber mit ihrer Hin- und Herpolitik unmöglich machen.

Die innenpolitischen Folgen einer Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen im Reich sind in ihrem ganzen Umfange noch nicht zu übersehen. Der Bruch der preußischen Koalition wird gefordert; er würde einen schweren Verlust für die Arbeiterschaft bedeuten, darüber sollen wir uns klar sein. Viele Pessimisten gab es und gibt es noch in unserer Partei, die meinen, wir müssen durch die Reaktion hindurch. Ich bin anderer Meinung. Die Eroberung der Regierungsbeteiligung durch die Deutschnationalen würde kein Fortschritt für uns sein. Es gäbe natürlich die Möglichkeit, daß die andern sich abwirtschafteten an ihren eigenen Fehlern, aber leider hätten wir alle die Lasten dieser verkehrten Politik zu tragen und — wie es bisher immer gewesen ist — das Verdorbene wieder gutzumachen.

Uns bleibt jetzt nur die ungeheure Arbeit der Erziehung zu politischem Urteil und staatsbürgerlicher Verantwortung. Sie muß geleistet werden, damit das Volk sich Platz schaffe für einen neuen Geist der Völkerverständigung und friedlichen Aufwärtsentwicklung.

Das Verbrechen der Nationalen

Von Robert Breuer

Um zur Macht zu kommen, opfern die Nationalen das deutsche Volk, verraten sie das Land, machen sie aus dem Parlamentarismus ein stinkendes Handelsgeschäft. Wenn jemals die Sozialdemokratie sich so wie die Deutschnationalen zur Regierung gedrängt hätte, würde sie mit Recht über Kritik und Spott nicht zu klagen gehabt haben. Die Sucht der Deutschnationalen, auf den Ministersesseln Platz zu nehmen, wäre von unsterblicher Lächerlichkeit, wenn nicht dahinter eine so schändliche und niedrige Gesinnung, eine so erbärmliche Raffgier stände, ein so brutaler Wille zur Vergewaltigung der Verfassung, zur Ausfegung der republikanischen Beamten, zur Massakrierung der Republik. Was die Deutschnationalen seit vier Wochen betreiben, ist Banditismus. Für alle Zeiten haben sich damit diese sogenannten Politiker der Abscheu eines jeden guten Deutschen preisgegeben. Sie und was zu ihnen gehört, ist verächtlich, weil dem Eigeninteresse, dem Partei-Egoismus restlos verfallen. Wie anders hat demgegenüber die Sozialdemokratie gehandelt, die immer wieder, von den Augusttagen 1914 an, bis zum zweiten Ermächtigungsgesetz, unbekümmert um die Folgen, die ihre Entschlüsse auf die Partei haben könnten, das tat, was das Interesse der Gemeinsamkeit forderte. Die Deutschnationalen aber

wollen, komme, was kommen mag, die Faust an das Steuer legen, um, wie ihre tausend Trabanten täglich verkündigen, „vor allem einmal eine innere Ordnung unserer politischen Verhältnisse zu schaffen“. Was diese Kanaille unter innerer Ordnung versteht, bedarf keiner Darlegung. Bis zur Selbsterniedrigung beugt sich das Raubgesindel, um die Pranken in den Leib des deutschen Volkes schlagen zu können. „Wie“, so rufen sie entrüstet, „kann heute noch irgend jemand ernstlicherweise glauben, daß die Deutschnationalen außenpolitische Amokläuferei betreiben würden.“ Ein ausgezeichnetes Geständnis, zugleich ein treffliches Urteil über die Außenpolitik der Herren von Hergt zu Reventlow.

Und welch unentwegte Verlogenheit. Heute sind sie bereit (wie die „Germania“ sehr richtig feststellte), außenpolitisch alles zu schlucken, morgen bekennen sie sich von neuem zur Tirpitz-Lösung, und übermorgen kriechen sie wieder auf allen Vieren zu den Erfüllungspolitikern hinüber. Brechmittel sind nie so wohlfeil gewesen. Der nationale Boxkampf um die Uebernahme der Regierung, oder wenigstens um eine Teilnahme an ihr, beginnt mit einer Erklärung des Herrn Hergt, daß das Sachverständigen-Gutachten eine Grundlage von Verhandlungen bilde; im weiteren Verlauf des Würgens kommt das Zugeständnis, daß die Auffassung der Nationalen von der Durchführung des Gutachtens von der Auffassung der Mittelparteien kaum abweiche, und dann wieder erklären die Vereinigten Vaterländischen Verbände, deren Vertreter und Vorsitzende fünfzig Prozent der deutschnationalen Fraktion ausmachen: „Wir beharren bei unserer schon mehrfach ausgesprochenen Ablehnung . . . Sollte sich eine Regierung und eine Mehrheit im Reichstag für eine Annahme finden, dann würden die nationalen Kreise Deutschlands dieses Abkommen nie anerkennen und die verantwortlichen Urheber dieser neuen Unterwerfung dereinst zur Rechenschaft ziehen.“ Zur Rechenschaft ziehen — das heißt in der Sprache von Berufsmördern das, was es eben heißt. „Die nationalen Kreise“ — wer glaubt, daß die Deutschnationalen sich nicht dazu zählen möchten? Wer glaubt, daß der Terror der Verbände nicht auch über Herrn Hergt schwebt? Welche französische, welche englische Regierung soll mit Deutschnationalen, die zu fünfzig Prozent hinter einer Erklärung stehen, die den Erfüllungspolitikern den Mordstahl androht, vernünftige Politik machen können? Es ist vollkommen zu verstehen, und selbst die Stupidität der Nationalen muß es begreifen, daß die Regierungen in London und Paris, wie aus ständig sich vermehrenden Aeußerungen und Kundgebungen mit erschreckender Deutlichkeit hervorgeht, von größtem Mißtrauen gegen die deutsche Innenpolitik und damit gegen die Zuverlässigkeit des Kontrahenten erfüllt werden. Schon heute darf man sagen, daß die nationalen Regierungsansprüche das deutsche Volk viel gekostet haben; es

kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in einer Regierung, an der die Deutschnationalen beteiligt sind, die Deutschnationalen, die noch in ihrer Kundgebung vom 31. Mai die Tirpitz-Lösung als die allein richtige erklärt haben, für die Verhandlungen Deutschlands mit der Entente, für die Verhandlungen auf der Grundlage des Sachverständigen-Gutachtens eine ungeheuerliche Belastung bedeuten würden. Die Teilnahme von Deutschnationalen an solchen Verhandlungen bedingt schwere Schädigungen der deutschen Interessen. Sie ist damit Landesverrat. Die Deutschnationalen sind mit dem Vorwurf des Landesverrats gegenüber der Sozialdemokratie nie sparsam gewesen. Heute weiß jedermann, wo die eigentlichen Landesverräter sitzen, wo die sitzen, die, um wieder ihre ostelbischen Ideale aufzurichten, nichts scheuen, nicht einmal die Zertrümmerung des Reichs und neue, und diesmal vor der Gerechtigkeit bestehende, Vernichtung des deutschen Volkes.

Die Reichswehr und die nationalen Verschwörer

Von * * *

I.

Am 1. Oktober 1923 wurden in der „Glocke“ die nachstehenden Sätze veröffentlicht:

„Die Politik der Regierung und damit auch die Politik der Partei muß im Hinblick auf die ihr entgegenstehenden Gefahren gewappnet sein. Sie muß Waffen haben. Diese Waffen sind ohne Zweifel — wir sagen das mit Stolz und Zuversicht — nicht zuletzt die Fäuste der deutschen Arbeiter. Zuerst aber sind diese Waffen die Instrumente, die für die Exekutive der Regierung geschaffen worden sind: Sicherheitspolizei und Reichswehr.

Es bedarf keines Hinweises, daß die Republik nicht mit unbedingtem Vertrauen auf diese beiden Instrumente ihrer Exekutive sich verlassen kann. Im besonderen die Geschichte der Reichswehr garantiert keine volle Zuverlässigkeit. Keine volle Zuverlässigkeit der Gesinnung. Vielleicht aber immerhin eine Zuverlässigkeit der praktischen Erwägung. Und darauf kommt es an. In unserm Staatswesen ist alles labil. Man kann kaum erwarten, daß die Reichswehr so, wie sie wurde, republikanisch gesonnen ist. Es ist gewiß ein unerhörter, kaum erträglicher Zustand, daß die bewaffnete Macht der Republik nicht mit ihrem Herzen bei dieser Republik steht. Wer aber vermöchte diesen Zustand jetzt zu ändern? Wer wagt, bei solcher Sturmesfahrt, wie wir sie jetzt durchzuhalten haben, die Pferde zu wechseln? Wir leben von Kompromissen. Wir müssen auch das Kompromiß mit der Reichswehr, die Reichswehr muß das Kompromiß mit der Republik eingehen. Gewiß wird es Offizieren des früheren kaiserlichen Heeres schwer fallen, wenn notwendig, auch auf deutschnationale Klassengenossen zu schießen.

Aber wir sind bis zum Beweis des Gegenteils der festen Ueberzeugung, daß die Einsicht in die Notwendigkeiten des Reichs auch

diesen Offizieren die Erfüllung schwerer Pflicht ermöglichen wird. Wir haben es an Kritik gegenüber der Reichswehr nie fehlen lassen. Jetzt heißt es, festzustellen, wie die notwendig gewordene Gemeinsamkeit für beide Teile am erträglichsten durchzuhalten ist. Wer dagegen verstößt, wer der Republik die Waffe, nicht die einzige, die sie besitzt, aber immerhin eine entscheidende Waffe, aus der Hand schlägt, wer diese Waffe zum Widerstand geradezu aufreizt, ist — das Unleidliche des ganzen Komplexes der hier naheliegenden Erwägungen immer zugegeben — ein Gefährder nicht nur der Republik, überhaupt des Weiterbestandes des deutschen Volks.“

Diese, auf politische Vernunft gebaute Zuversicht in die Republiktreue der Reichswehr ist der „Glocke“ als Mangel an Einsicht vorgehalten worden. Die Ereignisse haben aber bald erwiesen, daß solche Zuversicht berechtigt war. Der Prozeß gegen die Seeckt-Attentäter beleuchtet noch einmal klar die Kluft, die schließlich durch die Schüsse von Küstrin und München zwischen die nationalen Banditen und die Reichswehr eingesprenzt worden ist.

II.

Der Prozeß gegen die Seeckt-Attentäter war ein buntes Bilderbuch, ein Bilderbuch, von bekannten und unbekanntem Verfassern dem deutschen Staatsbürger zu Nutz und Frommen zugeeignet. Dieses Verfahren gegen Thormann und Dr. Grandel war geradezu der Schulfall eines schwierigen politischen Prozesses: ein gewöhnliches Gerichtsverfahren wegen Raubmords verhält sich zu diesem Prozeß etwa wie eine Aufgabe aus dem großen Einmaleins zu einer schweren algebraischen Gleichung mit mehreren Unbekannten.

Im Laufe der Verhandlung traten die Angeklagten und ihre Straftat zeitweilig völlig in den Hintergrund. Sie wurden selbst zu Zuschauern, während vor ihnen in der Arena andere, bedeutendere Gegner einen scharfen Waffengang ausfochten. Den Höhepunkt des Prozesses bildete die Gegenüberstellung des Generals v. Seeckt, der als Opfer des Mordplans ausersehen war, mit dem Justizrat Claß vom Alldeutschen Verband, der von Dr. Grandel als Anstifter und Protektor des Mordplanes in seinem ersten, später widerrufenen Geständnis genannt worden war. Es war unschwer zu erkennen, daß sich hier Todfeinde gegenüberstanden. Wenn ein Mann wie General v. Seeckt aus seiner sonst sorgsam gewährten Zurückhaltung und Abgeschlossenheit freiwillig heraustritt und öffentlich Erklärungen abgibt, so kann man als sicher annehmen, daß er dafür seine triftigen Gründe hat. Die von Seeckt formulierte Kennzeichnung des Justizrats Claß, daß er zu den Leuten gehöre, die da sagen, irgend was müsse geschehen, und die einen General suchen, der dumm genug sei, auf sie hereinzufallen, hat historische Bedeutung. Durch die Aussage v. Seeckts ist festgestellt, daß Claß, gestützt auf die Vaterländischen Verbände, Ende September einen Putsch unternehmen wollte, und daß er General v. Seeckt zur Teilnahme an diesem Verbrechen überreden wollte. Bemerkenswert ist,

daß Claß selbst auf eine zweite Besprechung hinwies, die General v. Seeckt an dem gleichen Tage mit Herren vom Landbund gehabt habe und in der ähnliche Dinge besprochen worden sein sollen. Es scheint sich also damals um ein konzentrisches Vorgehen gegen Seeckt gehandelt zu haben. Die Rolle, die gewisse Landbund-Häuptlinge (v. Knebel-Döberitz und Graf Helldorff wurden genannt) als norddeutsche Verbindungsleute des Herrn v. Kahr gespielt haben, ist aus dem Hitler-Prozeß bekannt. In demselben Zusammenhang wurden schon damals Claß, sein Faktotum Geisler und Graf Reventlow erwähnt, während eine Anzahl anderer „norddeutscher Herren“ nicht namentlich genannt wurde. Die Unterredung zwischen Claß und Seeckt war etwa am 23. September. In diesen Tagen zog sich in Berlin jenes Gewitter zusammen, das man den Putsch der sogenannten „Schwarzen Reichswehr“ nennt. Die Gefahr war damals riesengroß. Hinter den Kulissen fand ein erbittertes Ringen um die Macht statt. In den letzten Tagen des Monats September wurde der Haftbefehl gegen Major Buchrucker vom Reichswehrminister erlassen. Buchrucker schlug am 1. Oktober in Küstrin los. Aber ebenso wie der Gesamtplan an der Haltung des Chefs der Reichswehr scheiterte, scheiterte Buchrucker an der unbeugsamen Haltung des wackeren Kommandanten von Küstrin. Doch der Plan war nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Als nächster Schlag gegen v. Seeckt und die Reichsregierung folgte die Loslösung der bayerischen Reichswehr unter v. Lossow mit freundlicher Unterstützung des Ehrenvorsitzenden der Vaterländischen Verbände Bayerns und Generalstaatskommissars mit außerordentlichen Vollmachten, Herrn v. Kahr. Norddeutschland hatte versagt, also sollte von Bayern aus der nationale Umschwung im Reiche vorbereitet und durchgeführt werden. Das weitere wissen wir aus dem Hitler-Ludendorff-Prozeß. Der Vorstoß der Nationalsozialisten zerstörte den Plan. Da erweckte die Ernennung des Generals v. Seeckt zum Inhaber der vollziehenden Gewalt noch einmal die Hoffnungen der Kahr- und Claß-Leute. In der Berliner „Deutschen Zeitung“ wurde General v. Seeckt damals in aller Offenheit wiederholt aufgefordert, die ihm verliehenen Vollmachten dazu zu benutzen, eine echte völkische Diktatur unter Ausschaltung der Reichsregierung und des Reichspräsidenten aufzurichten. Diese Aufforderung wird auch heute nicht bestritten. Claß sagte bei seiner Vernehmung wörtlich: „Das ist auch heute noch meine Meinung, daß General v. Seeckt es in der Hand gehabt hat, die unhaltbaren Zustände auf legalem Wege zu beseitigen. Nach meiner Ueberzeugung konnte der Inhaber der vollziehenden Gewalt das Ministerium entlassen und den Reichstag auflösen.“ Man sieht, Justizrat Claß vertritt hier ganz ähnliche staatsrechtliche Auffassungen, wie sie General v. Lossow vor dem Münchener Volksgericht in seinen Ausführungen über den Staatsstreich vertreten hat:

Den Herren liegt weniger am Staatsstreich als an der Staatsgewalt, die sie sich aneignen wollen. Man kann diese Ueberzeugungen und Ansichten ganz kurz zusammenfassen in das Wort „Gewalt geht vor Recht“. War das nicht immer der Grundsatz des Alldeutschen Verbandes?

Die Versuche des Justizrats Claß, den General v. Seeckt in ein Netz von Zweideutigkeiten hineinzuziehen und unter Ausschluß der Oeffentlichkeit über die politischen Zusammenhänge zu verhandeln, wurden von dem General ebenso wie von dem Gericht kurz und bündig abgelehnt. Man sah deutlich, daß der General Wert darauf legte, zu unterstreichen, daß zwischen ihm und Claß keinerlei die Sicherheit des Staates gefährdenden und die Oeffentlichkeit ausschließenden Geheimnisse beständen. Die aufrechte und klare Haltung des Chefs der Heeresleitung machte einen vorzüglichen Eindruck.

Noch in Gegenwart Seeckts wurden Justizrat Claß einige an ihn gerichtete oder von ihm geschriebene Briefe durch den Generalstaatsanwalt vorgehalten, in denen zum Ausdruck kam, daß General v. Seeckt schuld daran sei, daß die gegenwärtigen Zustände nicht beseitigt werden könnten, daß er das Hindernis für den nationalen Umschwung sei und daß er durch sein Bekenntnis zur Legalität sich sein Urteil selbst gesprochen habe. Claß mußte zugeben, daß er mit dem Angeklagten Dr. Grandel wiederholt in diesem Sinne über Seeckt gesprochen habe, zuletzt in einer Unterredung drei oder vier Tage vor dem von den Verschworenen für das Attentat angesetzten Tag. Wenn also auch die tatsächliche Mordanstiftung nach dem Widerruf des Angeklagten Grandel und nach dem Ableugnen durch Claß nicht zu beweisen war, so ist doch die intellektuelle Anstiftung durch dieses Geständnis von Claß selbst zweifelsfrei belegt. Die Rolle, die Claß in dem Verfahren spielte, war, alles in allem gesehen, eher die eines Angeklagten, als die eines Zeugen. Sein im Anfang sehr selbstgefälliges und breitpuriges Auftreten wurde im Laufe der Verhandlung etwas bescheidener, und es gab Augenblicke, in denen er sichtlich in Bedrängnis geriet und seine sieghafte Sicherheit völlig verlor.

Das System der Verteidigung, das sich die Angeklagten zurechtgelegt hatten, war ziemlich kümmerlich, zumal sie durch frühere Geständnisse sich festgelegt hatten. Die Beteiligung am Mordplan konnten sie nach allem, was feststand, nicht bestreiten. Sie bestritten lediglich, daß die Aufforderung zur Tat von ihnen ausgegangen sei und daß sie ernstlich den Willen zur Tat gehabt und an ihre Ausführung geglaubt hätten. Die Umstände waren für diese Art der Verteidigung wenig günstig. Zunächst ist es schon auffallend, daß die Angeklagten, von denen der eine vor kurzem aus München, der andere eben aus Augsburg in Berlin eingetroffen

war, ihr Zusammentreffen nicht anders motivieren können, als daß sie sich zufällig auf dem Potsdamer Platz getroffen hätten.

Wenn sodann Thormann, der vom Wikingbund kam, sein Verhalten gegenüber dem Zeugen und Anzeiger von Tettenborn damit motiviert, daß er in dem ihm angeblich von Tettenborn gestellten Ansinnen, den General zu ermorden, eine Spitzelei gesehen habe, auf die er nur zum Schein eingegangen sei, um sie aufzudecken, so ist dies nur eine Umkehrung von dem, was Tettenborn selbst behauptet. Thormann drehte einfach den Spieß herum, er hatte aber dabei nicht die Wahrscheinlichkeit für sich. Denn es kann wohl für einen Thormann einen Zweck haben, von Tettenborn, der Parteisekretär der Völkischen und mit deren Führern eng verbunden war, hineinzulegen und mit ihm auch seine Partei zu kompromittieren. Aber welchen Reiz konnte es für Tettenborn haben, sich in ein für seine Stellung doch höchst gefährliches Spitzelspiel einzulassen, um einen völlig unbedeutenden und unbekanntem Herrn Thormann zu kompromittieren? Thormanns Ausrede ist also nicht gerade wahrscheinlich. Nun weiter! Thormann hat seinerseits ohne irgendwelche Nötigung den beiden Anzeigern Köpke und Tettenborn völlig unbekanntem Dr. Grandel in die Sache hineingezogen. Dieser hat, obwohl er angibt, Thormann nur oberflächlich zu kennen, sich ohne weiteres auf ein Straßengespräch hin an der Sache beteiligt, hat an einer Besprechung über die Vorbereitung der Tat mit dem angeblichen Täter Köpke teilgenommen und diesen am frühen Morgen bis an den Tatort begleitet. Auch Dr. Grandel gibt nun an, daß er an wirkliche Ausführung der Tat nie geglaubt habe, und daß er den Köpke für einen Spitzel gehalten habe. Nun ist eine solche Handlungsweise bei Dr. Grandel noch weit unerklärlicher als bei Thormann. Dieser ist ein politischer Abenteurer ohne Existenzmittel und ohne festen Beruf, der nichts zu verlieren hat, Grandel dagegen ist ein wohlhabender Mann, er ist Fabrikbesitzer und hat Familie, er riskiert in einem solchen ziellosen Abenteuer Besitz, Stellung und bürgerliches Ansehen. Grandel ist in den nationalen Kreisen ein wohl bekannter und angesehener Mann. Claß, Bang, Reventlow, Lessel, Oberregierungsrat Weiß kennen ihn aus seiner Abwehrtätigkeit während des Ruhrkampfes. Er ist nicht der erste, beste. Die Tatsache, daß er nach der Aufdeckung des Attentats den Führer des Alldeutschen Verbandes der Anstiftung bezichtigt hat, bleibt unerklärlich, wenn man nicht annimmt, daß es die reine Wahrheit gewesen ist.

Die Rechtsanwälte und die Zeugen Weiß und Lessel veranstalten zwischendurch eine Treibjagd auf den Zeugen Gilbert. Man hat ihn früher als den Macher des ganzen Attentatsplans hingestellt. Davon hat sich nichts erweisen lassen. Es steht lediglich fest, daß er dem Reichskommissariat für die öffentliche Ordnung, das er auch sonst mit Nachrichten und Informationen be-

diente, die erste Mitteilung Tettenborns über den Attentatsplan überbracht hat. Aber dieser Gilbert, den der Zeuge Trepte damit charakterisiert, daß er ihn als einen Feind der O.C. bezeichnet, ist ein Mann, der wohl vielen Leuten zu viel weiß und der deshalb unschädlich gemacht werden soll. Man sucht ihn persönlich zu diskreditieren, indem man ihm Unterschlagung, Betrug, Hochverrat vorwirft. Alle diese Beschuldigungen werden nur vage gestreift. Sie können richtig sein, sie können auch falsch sein. Wer kann das beurteilen? Aber warum, wenn alle diese Dinge bekannt sind, beschäftigt sich nicht das Gericht mit ihrer Klärung? Die Sammlung von unter Eid gestellten gutachtlichen Äußerungen über den Zeugen Gilbert machen einen eigenartigen Eindruck, da sie durch die Rolle, die Gilbert in diesem Prozeß als Briefträger des Herrn v. Tettenborn spielte, kaum gerechtfertigt sind. Gilbert hat, wie sich aus den Äußerungen des beurlaubten Chefs der Berliner Polizei ergab, beim Oberreichsanwalt eine Anzeige gegen verschiedene Personen erstattet, die er als Hintermänner des Rathenau-Mordes bezeichnet hat. Einer dieser Personen war der Direktor Lessel der Lohmann-Metallwerke, zufällig auch ein Bekannter von Grandel, der zufällig einige wenige Tage vor der Aufdeckung des Attentats mit Grandel zusammen war. Lessel ist als Entlastungszeuge für seinen Freund Grandel geladen und benutzt die Gelegenheit, den Zeugen Gilbert, den er zufällig hier vor dem Forum des Gerichts trifft, nach Strich und Faden schlecht zu machen und darüber hinaus unter Eid zu erklären, daß er mit dem Rathenau-Mord nichts zu tun habe. Eine ähnliche Erklärung hat vorher schon der beurlaubte Oberregierungsrat Weiß abgegeben, indem er gleichzeitig die Glaubwürdigkeit Lessels reichlich merkwürdig damit bescheinigte, daß dieser doch ein guter Freund des Polizeipräsidenten Richter sei. Solche Kulissenschieberei war ebenso merkwürdig wie seine Verbeugung vor dem Alldeutschen Verband. Der Vorsitzende bemerkt schüchtern, man dürfe doch nicht auf solche Weise in ein schwebendes Verfahren eingreifen. Es ist klar: dieses Zwischenspiel hatte seinen Zweck in sich. Außerdem diente es dazu, den Beamten des Reichskommissariats, der mit einer vielleicht allzu aktiven Beteiligung den Völkischen beigestanden hat, die Falle für die Claß-Völkischen zu stellen, anzuschwärzen. Der Konkurrenzkampf, politische Polizei gegen Reichskommissariat, soll hier endgültig ausgefochten werden, das Monopol für alles politische Nachrichtenwesen und alle politische Exekutive soll für die Abteilung Ia erkämpft werden.

Der beurlaubte Chef dieser Abteilung hat erklärt, daß, wenn Tettenborn mit der Anzeige zu ihm gekommen wäre, er ihn sowohl wie Thormann in Haft genommen hätte. Dann wäre es bestimmt nicht zu dem Prozeß gekommen. Die Aufgabe der Polizei sei doch, politische Verbrechen und Prozesse zu verhüten. Diese

Taktik ist äußerst bequem. Sie erklärte die politische Polizei zur moralischen Anstalt. Ob man den Kommunisten gegenüber auch so verfährt? Gewiß wäre den Herren Justizrat Claß, dem Herrn Bang, dem Herrn Doktor Grandel ein großer Gefallen getan worden, wenn dieser Prozeß unterblieben wäre. Für das Staatsinteresse war es zweifellos förderlich, daß er stattgefunden hat, denn durch ihn sind mancherlei Dinge klargestellt worden, die der Klarstellung seit langem bedurften. Es ist erfreulich, daß durch die Initiative einer Behörde in ein Verschwörernest hineingeleuchtet worden, und wenn dabei selbst in Einzelheiten Unkorrektheiten vorgekommen sind, so ist doch die Verantwortungsfreudigkeit der Beamten anzuerkennen, die für die Republik ihre Person und ihren Ruf ohne Zögern eingesetzt haben, obwohl sie sicher wußten, daß die kläffende Meute der nationalen Presse von dieser Stunde ab unermüdlich auf sie gehetzt würde.

Wird die Rentenmark stabil bleiben?

Von Dr. R. v. Ungern-Sternberg

Zweifellos wird der gegenwärtige Zustand unseres Geldwesens noch geraume Zeit weiter bestehen, denn es hat mit der Gründung der Goldnotenbank, wie sie das Dawes'sche Sachverständigen-Gutachten vorsieht, sicherlich noch gute Weile. Unter diesen Umständen ist die Stabilität unserer Währung — sowohl der Papiermark, wie der Rentenmark — selbstverständlich von allergrößter Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben, und es sollte daher Pflicht jedes im Wirtschaftsleben Stehenden sein, sich darüber Klarheit zu verschaffen, auf welchen Grundlagen die Kaufkraftstabilität der Papier- und Rentenmark im verflossenen Halbjahr eigentlich beruht. Sind es lediglich Zufallsmomente, die bisher die Kaufkraft der Rentenmark aufrechterhalten haben? Stehen wir etwa vor einer neuen Geldentwertung? Oder sind es beständig fortwirkende Tatsachen von prinzipieller Bedeutung, die es unter gewissen Voraussetzungen ermöglichen, die Kaufkraftstabilität der Papier- und Rentenmark dauernd aufrechtzuerhalten. Mit anderen Worten: ist zu gewärtigen, daß sich die Rentenmark als ein „unbegreiflicher Irrtum“ herausstellen wird, wie Professor Harms-Kiel (Weltwirtschaftsdienst, Nr. 16/24) in etwas hitziger Weise behauptet, oder beruht die Konstruktion dieses Geldes auf einer tieferen Erkenntnis vom Wesen des Geldes, durch die eine dauernde Wertbeständigkeit gewährleistet ist?

Ein „unbegreiflicher Irrtum“ ist die Rentenmark schon deshalb nicht, weil sie bereits gegenwärtig alle Erwartungen hinsichtlich der Dauer ihrer Wertstabilität übertroffen hat. Sie sollte doch nur eine Uebergangswährung sein, die einige Monate währen sollte, um die vorbereitenden Maßnahmen für die Errichtung einer Goldnotenbank zeitlich zu ermöglichen, und sie ist und wird immer mehr die deutsche Währung. Andererseits ist es nicht die eigentliche Konstruktion der Rentenmark, die ihre Stabilität bedingt, denn die Satzungen der Rentenbank enthalten meines Erachtens gar nichts, was für die Stabilität dieses Geldzeichens von ausschlaggebender Bedeutung sein kann. Selbst die sehr kluge Bestimmung, die jeden Inhaber von 500 Rentenmark berechtigt, einen 5 prozentigen Rentenbrief zu verlangen, hat nur die Wirkung, daß

auf diesem Wege dem Verkehr gewisse Rentenmarkbeträge entzogen werden können und an die Bank zurückfließen, wodurch eine Verringerung der Menge der umlaufenden Rentenmarkbeträge erzielt wird, und zwar gerade dann, wenn aus irgendeinem Grunde die Befürchtung auftaucht, daß die Rentenmark im Werte sinken könnte. Uebrigens hat man von dieser Anordnung des Rentenbankstatuts zurzeit noch sehr wenig Gebrauch gemacht, denn die ganze Summe von Rentenbriefen beträgt gegenwärtig nur 233 500 Rentenmark.

Die Erfahrungen, die mit der Rentenmark gemacht worden sind, bestätigen die geldtheoretische Ansicht, wonach das Moment der Quantität für die Wertbeständigkeit eines Zahlungsmittels — ganz gleich, ob Gold, Silber oder was sonst für ein Stoff zur Geldherstellung verwandt worden ist —, von ausschlaggebender Bedeutung ist. Zum Ausdruck kommt diese Abhängigkeit des Geldwertes oder, was das gleiche ist, der Kaufkraft der Geldeinheit von der Quantität der Zahlungsmittel einerseits und der Größe des Warenumsatzes andererseits am eindrucksvollsten in Zeiten der Inflation, d. h. bei ungehemmter Vermehrung der Papiergeldmenge, die, wie wir ja alle wissen, ein rapides Steigen sämtlicher Preise oder, was dasselbe besagt, ein unaufhaltsames Sinken der Kaufkraft der Geldeinheit zur Folge hat. Bei der Deflation, d. h. einer gewollten Verknappung der im Verkehr befindlichen Geldmenge, wie wir sie im Verlauf des letzten Halbjahres zeitweilig beobachten, spielen sich die entgegengesetzten Vorgänge ab — der Wert des Geldes steigt, der allgemeine Preisspiegel hat sinkende Tendenz. Die Kaufkraft jedes Geldes hängt also ab von dem Verhältnis, in dem der Bedarf an Zahlungsmitteln, der durch die Größe des jeweiligen Warenumlaufs (Hausse-, Baissezeiten) bedingt wird, zu der Geldmenge steht, die tatsächlich in Umlauf gesetzt ist. Wächst bei gleichbleibender Warenmenge die Geldmenge und weitet sich die Kaufkraft weiter Kreise in quantitativer Hinsicht aus, so sinkt die Kaufkraft der Geldeinheit bzw. es steigt der Preisspiegel, sinkt dagegen bei gleichbleibender Warenmenge die in Verkehr gebrachte Quantität von Zahlungsmitteln, so steigt die Kaufkraft der Geldeinheit bzw. es ergibt sich eine Tendenz zur Senkung des Preisspiegels. Diese Quantitätstheorie des Geldwertes erfährt eine gewisse Ergänzung, wenn man die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes mit berücksichtigt. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes steigert sich, wenn bei starker Inflation kein Mensch „in der Mark bleiben“, d. h. sparen will, sondern bestrebt ist, das Geld so schnell wie möglich auszugeben. Dadurch staut sich das Geld im Verkehr und treibt die Preise weiter in die Höhe. Sobald dagegen der Wert des Geldes infolge deflationistischer Maßnahmen der Zentralnotenbank zunimmt, verlangsamt sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, weil wieder gespart, d. h. ein Teil des Geldes immobilisiert wird und aus dem Verkehr verschwindet, wodurch die Kaufkraft des umlaufenden Geldes weiter gesteigert, bzw. bei zunehmendem Warenumlauf Platz für neue Geldemissionen gemacht wird.*)

Wie soll nun aber das quantitative Verhältnis zwischen der Größe des Warenumlaufs und der Geldmenge bestimmt und geregelt werden? Als oberster Grundsatz muß hier gelten, daß die Geldmenge, die in Verkehr gebracht wird, den Bedürfnissen des Warenumlaufs anzupassen ist. Die Geldmenge hat in der Regel der Produktionsentfaltung und der Größe der Warenzirkulation zu folgen. Im übrigen bildet diese Frage den Gegenstand der Währungs- und insbesondere der Diskontpolitik des

*) Ich bemerke, daß hier nur von den Einwirkungen die Rede ist, die von der Geldseite her die Kaufkraft des Geldes beeinflussen und dadurch auf die Preise Einfluß gewinnen. Selbstverständlich werden Preisveränderungen auch von der Warensseite her bewirkt, wie z. B. durch Aenderung der Warenmenge, bei Fehlernten usw.

Zentralnoteninstituts, die wie alle Politik eine Kunst und keine Wissenschaft ist. Immerhin gibt es natürlich Anhaltspunkte für die Beurteilung der Frage, ob zu einem gegebenen Zeitpunkt die Kaufkraft des Geldes größer oder geringer ist als zu einem vorhergehenden. Die Indexzahlen geben hierüber Auskunft. Allerdings dürfen die Indexzahlen, die der Entscheidung über die einzuhaltende Währungspolitik zu Grunde gelegt werden, zeitlich nicht nachhinken. Sie müssen auf Eildienstmeldungen beruhen und natürlich möglichst viele für die Lebenshaltung wesentliche Waren an möglichst zahlreichen Orten des Wirtschaftsgebietes umfassen. Ferner ist das Anwachsen der Kreditansprüche von Produzenten und Händlern ein Anzeichen dafür, daß das Geld anfängt, knapp zu werden, und daß folglich die Kaufkraft der Geldeinheit voraussichtlich zunehmen wird, bzw. die Preise die Tendenz haben werden, zurückzugehen. Ferner muß natürlich die Gesamtheit aller statistischen und konjunkturellen Angaben der Entscheidung über die Währungspolitik zu Grunde gelegt werden. Im Einzelfalle kommt es natürlich darauf an, welche Absichten das Zentralnoteninstitut verfolgt: Will es die Kaufkraft der Geldeinheit steigern und den Preisspiegel herabdrücken, so wird es durch deflationistische Maßnahmen, d. h. durch fortgesetzte Einschränkung der Kreditgewährung eine Geldverknappung herbeizuführen suchen. Will es aber im Gegenteil die Warenpreise steigern etwa in der Absicht, die industrielle Tätigkeit anzuregen, so wird es durch eine liberalere Kreditgewährung die umlaufende Geldmenge vergrößern, also inflationistisch auf die Volkswirtschaft einwirken. In normalen Zeiten aber muß natürlich das Ziel aller Währungspolitik sein, die Stabilität der Währung aufrechtzuerhalten, also danach zu streben, daß eine bestimmte Geldeinheit stets die gleiche Quantität an Waren zu „kaufen“ vermag, oder mit anderen Worten, daß die Preise möglichst unverändert bleiben.

Der Umstand also, daß die Warenproduktion und die Warenzirkulation je nach ihrer Intensität bald mehr, bald weniger Geld brauchen, gibt die Möglichkeit, die Kaufkraft der Geldeinheit zu beeinflussen und eine aktive, zielbewußte Währungspolitik zu treiben. Hieraus ist schon ersichtlich, einen wie maßgebenden Einfluß das Zentralnoteninstitut auf die gesamte Volkswirtschaft auszuüben in der Lage ist.

Alles über den Geldwert oder die Kaufkraft des Geldes schlechthin Gesagte, gilt auch in vollem Umfange für die Rentenmark. Auch der „Wert“ der Rentenmark beruht auf dem Quantitätsmoment, und die bisherige relative Stabilität ihrer Kaufkraft ist dadurch bedingt, daß die Rentenmark nur in verhältnismäßig geringem Umfang auf dem Wege des Wechseldiskonts, des Lombardkredits und der Anleihen an das Reich in den Verkehr gebracht wurde. Alle sonstigen Bestimmungen des Rentenbankgesetzes, wie die Belastung des Grund und Bodens mit einer Grundschuld zugunsten der Rentenbank, sind für die Stabilitätssicherung der Rentenmark im Grunde genommen nebensächlich, tun einem festgewurzelten Vorurteil, wonach das Geld einer „realen“ Sicherheit, einer „Deckung“ nicht entbehren kann, Genüge und würden nicht ausreichen, wenn die Rentenbank nicht die gekennzeichnete Emissionspolitik einhält. Allerdings scheinen die statistischen Angaben über den Notenumlauf in den letzten 5—6 Monaten dieser Ansicht zu widersprechen, denn danach wäre der gesamte Geldumlauf (Reichsbanknoten, genehmigtes Notgeld, Rentenmark, Goldanleihe) von 1584,7 Mill. Goldmark am 30. 11. 23 auf 2824,3 Mill. Goldmark am 31. 3. 24 gestiegen.*) es müßte also eine Geldentwertung, eine Preishausse in die Erscheinung treten, wenn die statistischen Angaben richtig wären. Aber die Größe des

*) Wirtschaft und Statistik, Nr. 8/24.

tatsächlichen Geldumlaufs ist durch die angeführten Zahlen keinesfalls zutreffend gekennzeichnet. Es fehlen für den Anfangszeitpunkt die sehr großen Summen des illegalen Notgeldumlaufs, für den es keine Statistik gibt, der im November und Dezember v. J. bekanntlich einen sehr breiten Raum eingenommen hat, seit etwa 1—2 Monaten aber fast ganz verschwunden und nur bis zu einem gewissen Grade durch Rentenmark und Reichsbanknoten ersetzt worden ist. Ferner hat die Kaufkraftstabilität der Rentenmark sehr bald noch ein anderes, die Stabilität weiter befestigendes Moment ausgelöst, nämlich die Verminderung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, wodurch für eine erweiterte Geldemission Platz gemacht worden ist. Zeitweilig mag immerhin das rationelle, zulässige Maß der Geldemission in Form zu weitgehender Kreditgewährung an die Privatwirtschaft seitens der Reichsbank wohl überschritten worden sein, und die Gefahr einer neuen Inflation wohl bestanden haben. Ob diese Befürchtung zurzeit auch noch berechtigt ist, mag dahingestellt bleiben. Die Großhandelspreise geben darauf eher eine negative Antwort, denn sie sind in letzter Zeit ziemlich unverändert geblieben (124,2 — 125,2 — 123,8).

Zusammenfassend können wir auf die Frage, ob die Rentenmark in ihrer Kaufkraft stabil bleiben wird, antworten, daß das so lange der Fall sein kann, als eine vorsichtige und geschickte Währungspolitik befolgt wird und inflationistischer Mißbrauch unterbleibt. Die Rentenmark bedarf, ebenso wie jedes andere Geld, zur Aufrechterhaltung ihrer Kaufkraft nicht eines Golddeckungsfonds oder der Einlösbarkeit in Goldmünze, denn es ist doch in der Tat gleichgültig, auf welchem Wege man das Element der Seltenheit, das jedem Werturteil zu Grunde liegt, in der Geldverfassung wirksam werden läßt, — ob dadurch, daß man Gold anhäuft und seinen Seltenheitswert zur Stützung der Geldnoten einsetzt, wie das bei der Goldwährung der Fall ist, oder dadurch, daß man dem Rentenmarkschein selbst gewissermaßen Seltenheitswert verleiht, indem man die Quantität der in Umlauf gesetzten Rentenmark tunlichst einschränkt und dadurch bewirkt, daß die Rentenmark sozusagen ihren Wert selbst trägt vermittels der Zahlungsmittelfunktion, die sie im Verkehr ausübt.

Abrüstung in Schweden

Von Wilhelm Grotkopp (Kiel)

Es ist ein Zeichen starker politischer Schulung und objektiver Einstellung, wenn in England wie auch in Schweden und Dänemark das Bürgertum die Sozialisten regieren läßt, sobald sie eine ansehnliche Wählermasse hinter sich haben. In den skandinavischen Staaten, von denen allein heute gesprochen werden soll, haben die Bürgerlichen die Rolle einer legalen Opposition gespielt und es abgelehnt, der Regierung bewußt Schwierigkeiten in den Weg zu legen, nur um sie zu stürzen. Sie konnten sich diese großzügige Geste erlauben, da die auf parlamentarische Unterstützung seitens der Bürgerlichen angewiesenen Sozialisten die Realisierung ihres Endziels zunächst hintanstellen mußten, um die Regelung von Fragen zu übernehmen, die die Bürgerlichen nicht gemeistert hatten. Branting übernahm in Schweden die Regierung, als die Massenarbeitslosigkeit ihren Höhepunkt erreicht hatte, und durfte die Führung der Staatsgeschäfte wieder in die Hände der Bürgerlichen zurückgeben, als die Arbeitslosen beruhigt waren und sich überall im Wirtschaftsleben die Anzeichen einer beginnenden Besserung zeigten. Stauning

führte den Wahlkampf im wesentlichen gegen die Valutamaßnahmen der von den exportierenden Bauern abhängigen Regierung Neergard. Da er siegte, mußte er naturnotwendigerweise sein Hauptaugenmerk zunächst diesem Problem widmen. Beide, Stauning wie Branting, waren sich, nüchtern eingestellt, wie die Nordländer nun einmal sind, vollkommen darüber im klaren, daß sie nur vorsichtig Vorarbeiten zu leisten hätten, um einerseits durch Halbheiten die Idee des Sozialismus nicht zu kompromittieren, und andererseits eine gesunde Basis für eine künftige, stärker fundierte Arbeiterregierung zu schaffen. Um den Kapitalismus „weniger unangenehm“ zu machen, mußten sie zunächst demokratische Politik als „Politik auf längere Sicht“ treiben und Ideale in den Vordergrund stellen, die gemeinsam vom Proletariat und weiten Schichten des Bürgertums vertreten werden. Als erste Forderung bewußter proletarischer Politik stellten Branting und Stauning die Abrüstung auf. Branting wurde von den militärischen Kreisen des Bürgertums gestürzt, als er positiv hierfür zu arbeiten suchte, Stauning wird im Herbst hier seine Erfahrungen machen und dann wahrscheinlich auch vom Bürgertum im Stich gelassen werden. Beide haben aber für den kommenden Wahlkampf eine Parole, um die sie wohl manch andere Arbeiterpartei beneiden kann.

Zum mindesten haben Branting und Stauning erreicht, daß in Schweden wie in Dänemark das Problem der Abrüstung im Vordergrund der öffentlichen Diskussion steht. In Schweden wurde diese Frage sogar in einer großen parlamentarischen Kommission eingehend erörtert, die unerwartet schnell Ende Mai einen Bericht vorgelegt hat, der nachfolgend einer kurzen Kritik unterzogen sei.

Ohne Uebertreibung ist dieser Bericht als Sieg der schwedischen Arbeiterbewegung zu bezeichnen. Da nämlich die bürgerlichen Parteien sich auf keinen einheitlichen Vorschlag einigen konnten, ja sogar die Bedeutung des Regierungsvorschlags durch Gegenvorschläge schwächten, konnten die in dieser Frage geschlossen vorgehenden Arbeitervertreter den Kommissionsbericht vollkommen in ihrem Sinne gestalten, so daß sich der Vorschlag der Kommission mit dem der Sozialdemokratie deckt. Sieht man von den drei Vorschlägen ab, die vorläufig nur durch die Namen der Verfasser gedeckt sind und in wesentlichen Punkten mit den Vorschlägen irgendeiner Partei übereinstimmen, so bleiben folgende Entwürfe:

Heereskosten (Millionen Kr.)	Zahl der Armeekorps	Ausbildungszeit der Infanterie (Tage)	Ausgaben für Schiffneubauten in den nächsten 5 Jahren (in Mill. Kr.)
Rechte	140	6	40
Regierung	138	6	40
Bauernbund	131	5,5	35
Freisinnige	111	4	16,57
Sozialdemokraten	100	3	23,72

Ergänzend sei zunächst auf einige andere Zahlen des Ausschußberichts hingewiesen. Von den 100 Millionen Kr. entfallen rund 88 Mill. Kronen auf ordentliche regelmäßige Ausgaben für die Heeresorganisation und 12 Mill. Kr. auf außerordentliche. Wird der Vorschlag angenommen, so sind die ordentlichen Heeresausgaben gegenüber 1914 um fast 100 Mill. Kr. herabgesetzt. Eine sehr große Summe im Rahmen des schwedischen Staatsbudgets, das 1923/24 gemäß dem Voranschlag mit 650 Mill. Kr. balancieren soll. Die Annahme des Vorschlags würde es also ermöglichen, entweder die mehr als 1,5 Milliarden Kr. ausmachenden Staatsschulden allmählich abzutragen, oder die Steuerlast zu ermäßigen, oder auch das kulturelle und soziale Aufgabengebiet des Staates auszudehnen. Ein großes Plus für die schwedische Volkswirt-

schaft wird ferner darin bestehen, daß späterhin nur noch 24 000 Mann für im allgemeinen 140 Tage pro Jahr der eigentlich produktiven Arbeit entzogen und zum Heeresdienst einberufen werden. Zwar sollen 9000 Mann als Ersatzreservisten Verwendung finden, sonst ist aber prinzipiell jede Einberufung früher Ausgebildeter zu Reserve- und Landsturmübungen, wie auch — ausgenommen die Skiläufer — Ausbildung in der Winterzeit abgelehnt. Ebenfalls wird im Bericht die staatliche Unterstützung freiwilliger Schutzkorps wie auch die militärische Vorbereitung der Jugend entschieden abgelehnt. Und hiermit ist sicherlich ein wesentlicher Schritt getan, um endlich den Gedanken der Soldatenspieleri und des frisch-fröhlichen Krieges, der ja genügend Unheil angestiftet hat, aus den Gehirnen der Menschen und besonders der Kinder zu verdrängen.

Aus den übrigen Teilen des Berichts sei nur der prinzipiell bedeutende Gedankengehalt wiedergegeben. Der Vorschlag der bürgerlichen Regierung wird im wesentlichen aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen abgelehnt, da nach der Meinung des Ausschusses das schwedische Volk die Lasten in Höhe von 138 Mill. Kr. nicht tragen könne und die Annahme die Einschränkung wesentlicher Staatsausgaben bedingen würde. Der Ausschuß betrachtet diese wie auch jede Militärorganisation als durch die jeweiligen Verhältnisse bedingt und somit als provisorisch. Gegenwärtig haben sich aber die militärpolitischen Verhältnisse Schwedens infolge des Kriegsausganges bedeutend gebessert, und es sei kein Grund vorhanden zur Annahme, daß in den nächsten Jahren wesentliche, für Schweden nachteilige Aenderungen in der europäischen Mächtegruppierung eintreten würden. Zwar gäbe der Völkerbund keine ausreichende Sicherheit für die Aufrechterhaltung des Friedens, aber er habe doch schon sehr viel getan, um die Völker einander näherzubringen, und werde sicherlich in immer stärkerem Maße zum Beschützer des Friedens und der kleinen Nationen werden. Außerdem habe der Weltkrieg bewiesen, daß durch Rüstungen keineswegs eine friedliche Entwicklung gesichert sei.

Ueber die andern Vorschläge ist wenig zu berichten, immerhin sei der der Freisinnigen wegen seiner radikalen Vorschläge besonders genannt, zumal es ferner im Bereich der Möglichkeit liegt, daß die Sozialdemokraten diesen Vorschlag aus taktischen Gründen unterstützen werden. Ein Zusammengehen beider Parteien liegt nicht nur im Bereiche der Möglichkeit, weil der Unterschied zwischen den vorgeschlagenen Gesamtkosten nicht allzugroß ist, sondern auch, weil die Freisinnigen sich von denselben ideologischen und rationellen Erwägungen leiten lassen wie die Sozialisten. Ja, die Rechte wirft die Vorschläge beider Parteien in denselben Topf und bekämpft sie aufs schärfste. Die Argumentation der Rechten ist die allen Deutschen sattem bekannt.

Im schwedischen Reichstag hat die Diskussion über dies Problem eingesetzt und wird mit Heftigkeit, aber auch mit einer Objektivität geführt, die bei Behandlung ähnlicher Fragen in Deutschland wohl leider unmöglich wäre. Die Rechte stellt schon fest, daß aller Voraussicht nach ein Kompromiß zwischen den linksstehenden Bürgerlichen und Sozialdemokraten zustandekommen wird. Wie dem auch sei, der Stein ist in Schweden ins Rollen gekommen und die Arbeiter haben für den Wahlkampf im Herbst eine vortreffliche Parole, um die sich vielleicht die Mehrheit des Volkes schwören wird. Hier sei kein Loblied gesungen auf Branting und die schwedische Arbeiterklasse, sondern nur mit einem Gefühl des Stolzes und der Zufriedenheit ein Sieg der schwedischen Arbeiterklasse gebucht.

Sozialdemokratie und Akademiker

I.

Von Albin Michel

Gerade mich als Nichtakademiker und als früheren Schüler einer zweiklassigen Dorfschule reizen die Ausführungen des Genossen Marx zu einer kurzen Entgegnung an. Ob in den oberen Regionen der Partei Akademiker zugunsten von Gewerkschaftsführern zurückgesetzt worden sind, wie Marx annimmt, weiß ich nicht; aber ich weiß bestimmt, daß in der großen Masse der Parteigenossen schon recht oft Klage darüber geführt worden ist, daß es den Akademikern in der Partei oftmals zu leicht gemacht wird, daß ihnen nicht selten Mandate und Vertrauensstellungen wichtiger Art geradezu auf dem Präsentierteller entgegengebracht werden. Nun sagt Genosse Marx selbst, daß sich nach der Revolution eine Menge ehrgeiziger Streber hervordrängt habe, die die Konjunktur ausnutzen wollten. Ja, mußte da nicht ein gewisses — berechtigtes — Mißtrauen entstehen? Das einzig Richtige kann selbstverständlich nur sein, daß jeder an den Platz gestellt wird, wo er seine Fähigkeiten am besten verwenden kann. Wem die Gabe der freien Rede nicht gegeben ist, der möge das Maul halten und nicht den Volkstribunen spielen wollen, — auch nicht, wenn er Akademiker ist. Und wenn ein Akademiker zu einem wichtigen Posten die besseren Vorbedingungen mitbringt, so darf er nicht zurückgesetzt werden gegen einen andern, zu dessen Gunsten nur der Trumpf ausgespielt werden kann, daß er von der Pike auf gedient hat. Das sind Selbstverständlichkeiten, über die eigentlich eine Erörterung nicht lohnt.

Viel wichtiger erscheint mir, in der Akademikerfrage prinzipiell etwas einzudringen, und hier komme ich zu Marx in einen Gegensatz. Aus dem Marxschen Artikel spricht derselbe große Respekt vor dem Akademikertum, den ich — früher auch hatte. Unter einem Dr. juris utriusque, unter einem Doktor beider Rechte, stellte ich mir in meiner Sünden Maienblüte einen ganz außerordentlich gescheitern Kerl vor. Aber ach, als ich nachher in meinem späteren Leben recht viele Doktoren der verschiedenen Fakultäten, beamtete und nichtbeamtete, kennen lernte, mußte ich bekennen, daß sich darunter massenhaft Dummköpfe allerersten Ranges befanden, und zwar Dummköpfe, nicht allein was Lebensauffassung, Dialektik, logisches Begreifen und Folgern, Kombinationsgabe usw., sondern auch, was ihren Wissensschatz anbetrifft. Bei vielen Akademikern kann man beinahe mit den Händen greifen, daß ihre Kenntnisse nur Dressur sind, daß sie nur erworben wurden, um das Examen zu bestehen, daß die Kenntnisse nie festgesessen haben und bald wieder verflogen sind. Ich habe im vergangenen Sommer auf einer Reise einen Oberlehrer kennen gelernt, der — fast möchte ich es nicht hinschreiben, weil es mich als Lügner hinstellen könnte — das alte Kulturland Syrien, das Land der Phöniker, in — Afrika suchte. Das ist gewiß ein Ausnahmefall, der nicht verallgemeinert werden soll, aber auch auf andern Gebieten, in der Naturwissenschaft, Geschichte usw., findet man oft auch unter Akademikern ein krasses Ignorantentum.

Allzu deutlich merkt man vielen Akademikern an, daß sie ihren Doktor nur mit Hilfe von Einpaukern „gebaut“ haben. Mit ein wenig Uebertreibung könnte man sagen: Unter den Akademikern sind die Intellektuellen zahlenmäßig nicht stärker vertreten, als unter den Nichtakademikern. Daß der Akademiker im Durchschnitt mehr Kenntnisse hat als der Nichtakademiker, bedarf natürlich keiner Beweisführung. Aber man soll sich hüten, aus diesen über das allgemeine Durchschnittsmaß hinausgehenden Kenntnissen weitgehende Folgerungen zu ziehen. Kenntnisse allein nützen höchstens einem Kompilator, einem Tagelöhner

der Wissenschaft. Käme es nur auf Kenntnisse allein an, so müßten Führer immer die sein, die über die größte Gehirnregistratur verfügen. Deshalb ist Marx auch in einem großen Irrtum befangen, wenn er meint, im Gegensatz zur proletarischen Masse seien unter den Akademikern weit mehr schöpferische Kräfte zu finden. Nein, schöpferische Leistungen, Leistungen ursprünglicher Art, werden aus der akademischen Masse nicht viel oder gar nicht häufiger entstehen, als aus der proletarischen. Wie wenige unserer unzähligen Geheimräte bis hinauf zu den Wirklichen Geheimräten haben schöpferische Leistungen aufzuweisen! Die meisten trotten ihre Bürozeit ab und bewegen sich in einem sehr engen Amts- und Gedankenkreis. Ganz falsch ist es, wenn Marx annimmt, ein akademischer Bildungsgang prädestiniere ohne weiteres zur Tätigkeit in der Staatsverwaltung. Seine Bemerkung, daß auch die Staatsverwaltungstätigkeit ein Handwerk ist, ist richtig, aber das Handwerkliche, das Technische in der Verwaltungstätigkeit ist von einem einigermaßen intelligenten Menschen verhältnismäßig leicht zu lernen. Hier spreche ich aus einer achtjährigen Tätigkeit bei großen Behörden. Große originale Leistungen wird man weder von einem akademischen, noch von einem nichtakademischen Durchschnittsbeamten verlangen können. Nähere Ausführungen darüber habe ich bereits in meinem Aufsatz: „Ein ererbtes Leiden“ in Nr. 6 der „Glocke“ vom 8. Mai 1922 (unter dem Pseudonym Fritz Balder) gemacht. Jedenfalls ist so viel richtig: Nur die Zunft der alten Verwaltungsbeamten möchte die Verwaltungstätigkeit als eine Art Geheimwissenschaft betrachtet sehen.

Marx hat recht, wenn er die Isolierung der sozialistischen Minister gerade in der Uebergangszeit als einen schlimmen Schaden für die gesamte innere Entwicklung darstellt, aber er faßt die Frage zu eng, wenn er diese Isolierung der sozialistischen Minister nur als eine Folge der nicht genügenden Heranziehung von Akademikern auffaßt. Nicht weil die Zahl der republikanisch denkenden Akademiker in den Ministerien und in andern hohen Behörden zu gering war, entstanden die uns allen bekannten Mißstände, sondern weil die Republik die so oft versprochene Verwaltungsreform nicht durchgeführt hat, weil die alten wilhelminischen Beamten, ganz gleich ob Akademiker oder Nichtakademiker, meistens wirtschaften konnten, wie sie wollten. Zur Verwaltungstätigkeit ist selbstverständlich Intelligenz notwendig, ein Mindestmaß von Kenntnissen die erste Voraussetzung, aber es ist ein großer Trugschluß, anzunehmen, akademische Bildung, formale Kenntnisse allein genügen, um einen guten Verwaltungsbeamten vorzustellen.

Hoffentlich wird aus meinen Ausführungen niemand eine Antipathie gegen die Akademiker herauslesen. Eine solche liegt mir selbstverständlich vollkommen fern. Noch weniger aber denke ich daran, das Autodidaktentum zu lobpreisen, denn jeder Autodidakt lernt schließlich begreifen, welche bizarren Umwege und auch oft Irrwege hinter ihm liegen. Mir war es nur darum zu tun, darauf hinzuweisen, daß ein akademischer Grad noch kein Beweis von Führerqualitäten ist, ja nicht einmal ein Zeichen besonderer Intelligenz zu sein braucht. Am allerwenigsten ist aber der Besitz eines akademischen Grades und einer akademischen Vorbildung bereits ein Beweis praktischer Brauchbarkeit, nicht in der Politik, nicht in der Verwaltungstätigkeit und nicht im Organisationsleben.

II.

Von Stadtrat Bergner (Minden)

Staatsanwalt Marx hat in Nr. 8 der „Glocke“ in beachtenswerten Ausführungen zu dieser Frage Stellung genommen, die manchem Sozialdemokraten erneut Veranlassung sein dürften, Ueberlegungen darüber anzustellen. So alt die Parteigeschichte ist, so alt ist auch die

Akademikerfrage. Man lese die Berichte und Protokolle der Parteitage nach, da kann man sich vergewissern, wie jeweils mehr oder weniger dieser Punkt die Geister der Arbeiterpolitiker beschäftigt hat und welche Stellung Mehrheit und Minderheit zu ihm einnahm. Viele mögen heute der Meinung sein, die Akademikerfrage sei für die Sozialdemokratie heute eine historische Angelegenheit und keinesfalls mehr akut. Solche Auffassung dürfte völlig irrig sein und auch der Sache selbst in ihrer besonderen Bedeutung für die politische Bewegung nicht Rechnung tragen. Die Akademikerfrage ist seit Jahren zumindest akut geworden und ist es noch. Wieso? Nun, seit 1918 ist die Sozialdemokratie genötigt gewesen, sich unter höchster Aktivität an den Arbeiten der öffentlichen Körperschaften im Reich, Staat, Provinz, Gemeinden usw. zu beteiligen und je länger, je mehr. Nicht genug damit, daß hervorragende sozialdemokratische Parlamentarier Ministerien zu besetzen hatten, sondern auch in den staatlichen Verwaltungsbehörden usw. mußten Positionen besetzt werden, um eine einheitliche Staatspolitik der republikanischen Regierungen zu gewährleisten und zu ermöglichen. Hier wären zu nennen: Oberpräsident, Regierungspräsident, Landräte, Regierungsräte usw. Die Sozialdemokratie hatte niemals in ihren Reihen eine genügend große Anzahl Berufsbeamten, die sie ohne Bedenken in diese Stellungen hätte einweisen können. Intelligente Parteisekretäre, Gewerkschaftssekretäre oder Genossenschaftsbeamte mußten dafür einspringen mit mehr oder weniger gutem Erfolg. Indessen, nur wer den Betrieb einer Staatsbehörde von innen heraus genau kennt, weiß, wieviel Spielraum zu eigener Willensbildung und Durchsetzung eigener Auffassungen der Beamtenbürokratie bei aller politischen Tüchtigkeit des an der Spitze der fraglichen Behörde stehenden, aber nicht genügend fachlich geschulten und erfahrenen Sozialdemokraten oder auch Demokraten, verbleibt. Wer weiß, was es z. B. bedeutet, wenn neben einem sozialdemokratischen Regierungspräsidenten, der selbst in der Verwaltung noch neu ist, ein deutschnationaler Vizepräsident steht, der durch jahrzehntelange Schulung und Erfahrungen in höchstem Ausmaß routiniert worden ist und alle Praktiken kennt, wird nur zustimmend zu dem oben Gesagten sich verhalten können. Der Spezialist ist dem Unerfahrenen ohne Zweifel mit ungeheurem Vorsprung überlegen. Fragen wir Minister Severing, der als Chef der preußischen Verwaltung reiche Erfahrungen auch auf diesem Gebiet gesammelt haben wird. In allem, was Staatsanwalt Marx über das Fehlen des Berufsbeamtentums, ohne das wir nun einmal in der modernen Verwaltung nicht auskommen, sagt, hat er ohne Frage nicht geirrt.

Die Forderung der Demokratisierung der Verwaltung ist mit Recht immer wieder erhoben worden, und man hat auch den Versuch gemacht, ihr nachzukommen, indem in der Hauptsache die Spitzenpositionen demokratisiert wurden. Damit ist jedoch nur halbe Arbeit getan, und die wichtigste hingegen, nämlich den von den Hochschulen usw. nachrückenden jungen Nachwuchs des Berufsbeamtentums für die sozialdemokratischen Ideen und Politik zu interessieren, sie im Bestreben, in die öffentliche Verwaltung hineinzugelangen und sie darin zu fördern, hat man unterlassen. Denn, wo sind die jungen sozialdemokratischen Referendare, Assessoren, Staatswissenschaftler usw.? Sie sind nicht da, oder ihre Zahl ist gering!

Es gab eine Zeit, da war in den Reihen der Studentenschaft in Deutschland für die Idee des Sozialismus, für die Sozialdemokratie ein fruchtbarer Boden vorhanden. Die Studenten, die aus dem Weltkriege heimkehrten, um erneut ihr Studium aufzunehmen, hatten schwere seelische Erschütterungen durchgemacht und waren bereit, mit dem Alten zu brechen und sich mit der Weltanschauung des Sozialismus

und der Sozialdemokratie zu betreunden. Vielerorts bildeten sich sozialistische Soldatenbünde und spielten an den Hochschulen eine Zeitlang eine ganz hervorragende Rolle. Allein das Mißtrauen, teilweise sogar die schroffe Ablehnung, die diesen jungen Akademikern bei Annäherungsversuchen an die Partei vielfach von dieser zuteil wurde, wirkte sich bald zersetzend aus, die Hochschulreaktion setzte mit ganzer Wucht ein und heute sind die sozialistischen Studenten eine verschwindende Minderheit an allen Hochschulen geworden. Und dabei waren es nicht die schlechtesten Studenten in bezug auf geistige Qualitäten, die damals versuchten, sich der Arbeiterschaft zu nähern. Leute, die ihre Examina mit I oder II gemacht und sich nach ehrlichem Kampfe zum Sozialismus durchgerungen hatten, mußten jahrelang auf eine Beschäftigung warten und schließlich, weil sie ohne jede Unterstützung blieben, sich als Syndizi bei Handelskammern, Handwerkskammern und sonst in der Industrie betätigen. Mit blutendem Herzen und unter schweren seelischen Konflikten selbstredend und nur, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse zu solchem Schritt mit Unerbittlichkeit zwangen.

Wer um diese Verhältnisse weiß, wird bestätigen können, daß auf diese Weise der Sozialdemokratie viel Intelligenz verloren ging. Die Unterlassungssünde ist groß, und viel Versäumtes ist nachzuholen. Es muß die Partei besondere Einrichtungen schaffen, die sich die Propaganda unter den Studenten und Jungakademikern zur speziellen Aufgabe macht.

Es wäre ungerecht geurteilt, wenn man behaupten wollte, daß alle Schuld an diesem Zustande bei der Partei selbst läge. Vielfach liegt die Schuld auch auf der andern Seite. Wer später führen will, muß zunächst erst gehorchen lernen, wer gebieten will, muß zuerst selbst gedient haben, und wer groß werden will, muß klein anfangen. Wie mancher Student, der zur Sozialdemokratie kam, ist durch Außerachtlassen dieser doch nicht allzu fern liegenden Klugheiten im weiteren Verlaufe seiner politischen Betätigung gescheitert. Wie viele hielten sich sofort für befähigt, Führer zu sein, und kannten doch nicht die elementarsten Begriffe praktischer Politik; wie viele sahen mit Verachtung auf die organisatorische Kleinarbeit herab, entzogen sich ihr und wußten nicht um die fundamentale Bedeutung dieser Verrichtung für eine Millionenbewegung. Gar oft in der Diskussion entbrannte zwischen Jungakademikern und Arbeitern bitterer Streit, weil die Art des Ausdrucks und die Manier, sich in reichlich abstrakten Redewendungen zu gefallen, von letzteren unverständlich blieben oder zu irrigen Vorstellungen Veranlassung gaben. Hier zeigt sich recht deutlich, wie stark die Verbindung der Wissenschaft mit der Arbeiterschaft gelitten hat, wenn schon die Ausdrucksweise des angehenden Wissenschaftlers und seine Denkergebnisse unverständlich im Volke bleiben. Sehen wir dies ein und wollen wir eine Verbesserung der Verhältnisse, so muß um so intensiver an einer zunehmenden Durchsetzung unserer politischen Bewegung mit Akademikern gearbeitet werden.

Es handelt sich hier um eine Vertrauensfrage auf der einen und um eine Frage der Selbstzucht und Selbsterziehung auf der andern Seite. Für die Sozialdemokratie ist es eine Lebensaufgabe, ihre geistigen Kräfte zu steigern und wachsen zu lassen, aus sich heraus und durch Aufnahme geistiger Elemente von außen. Ueberwunden werden muß das Vorurteil, trotz mannigfacher trüber Erfahrungen, daß ein Intellektueller ein unsicherer Gast sei. Gewiß, in der Vereinzelung mag ein geistig Eingestellter, der von Zweifeln leichter durchwühlt wird als ein anderer Mensch, wohl schwankend werden, aber stärker festigen wird ihn das Bewußtsein, die Solidarität der Arbeiterschaft hinter sich zu wissen.

Die Ernsthaftigkeit des französischen Friedenswillens

Von Dr. Otto Grautoff

Breitscheids Aufsatz über „Das andere Frankreich“ hat über die Kreise der Sozialdemokratischen Partei hinaus Aufsehen erregt. Manch Unentwegter hat gewiß die Achseln gezuckt: Paris, gesehen durch die Brille eines pazifistischen Sozialdemokraten.

Auch ich war in Frankreich. Dem politischen Leben fernstehend, wissenschaftliche Ziele verfolgend, bin ich ganz andere Wege gegangen als Breitscheid. Ich habe, wie 1920, das gelehrte, schriftstellernde, malende, bildhauende, das bücherschreibende und büchervertreibende Frankreich besucht. Nach meiner ersten Nachkriegsreise faßte ich meine Eindrücke in einem Buche zusammen: „Die Maske und das Gesicht Frankreichs“, das drüben lebhaft diskutiert worden ist. Es war den Franzosen keineswegs angenehm, daß ein Deutscher aus französischen Büchern, Zeitschriften und Zeitungen die nationalistische, imperialistische und militaristische Gesinnung der Intellektuellen Frankreichs zwischen 1910 und 1920 herausgeschält hatte. Wären die Franzosen nun nichts anderes als eitle, hochmütige Sadisten, so würde ich ganz gewiß niemals mehr höflich empfangen worden sein. Das Gegenteil war der Fall. Ich glaube, das hat mehr allgemeine als persönliche Bedeutung. Deshalb habe ich es erzählt. Wenn man nach Frankreich reisenden Sozialdemokraten entgegenhält, daß sie das Land durch ihre parteipolitische Brille betrachten, so kann man von einem Philologen, der ein scharfes Buch mit entschiedenen Thesen gegen Frankreich geschrieben hat, sagen, daß auch er eine Brille trägt. Meine wissenschaftliche Eitelkeit, von der kein Philologe frei ist, wurde enttäuscht. Ich habe kein neues Material nach Hause getragen, um meine Beweisführung erweitern zu können. Der Mensch in mir aber hat sich nicht nur gefreut, er hat gejubelt, daß das Frankreich von 1924 nicht mehr das Frankreich von 1920 ist. Schon vor vier Jahren entdeckte ich unter der nationalistischen Hauptstimmung die ersten Keime eines neuen Europäertums, die ich in meinem Buche keineswegs unterschlagen habe. Diese Keime sind aufgegangen. Die inzwischen aus den Gymnasien in die Universitäten aufgerückte Jugend ist nicht mehr militaristisch und auch nicht pazifistisch eingestellt; sie ist europäisch gesinnt. Was sie wünscht, erstrebt und zu erkämpfen gewillt ist: eine Zusammenarbeit mit Deutschland zur Rettung und zum Wiederaufbau der europäischen Kultur. Diese Einstellung auf Europa findet man nicht nur in Paris, sondern auch in der Provinz, in Rouen sowohl wie in Lyon, in Nantes wie in Aix. So ehrenvoll es ist, von solchen Eindrücken in einem sozialdemokratischen Organ berichten zu dürfen, so töricht, so unpolitisch, so uneuropäisch ist es, daß es nicht möglich ist, von solchen Erlebnissen in Organen der deutschen Rechten berichten zu können. Wie würde man in Frankreich aufatmen, wenn auch einmal in einer Zeitung der Rechten sachliche, ruhige, aufrichtige Berichte über die Stimmung im Volke und in der Provinz erscheinen würden. Der Haß ist abgebaut im ganzen Lande. Man könnte Breitscheids Eindrücke noch viele Seiten lang variieren. Auch er hat ganz bestimmt nicht durch eine Brille gesehen, hat nicht einzelne Eindrücke verallgemeinert, sondern aus allgemeinen Eindrücken Symptomatisches herausgehoben. Es gibt keinen Kampf mehr gegen die deutsche Sprache, gegen die deutsche Wissenschaft und gegen die deutsche Kultur. Der deutsche Unterricht ist in allen Schulen und in allen Universitäten in vollem Umfang wieder aufgenommen. Das Interesse für deutsche Literatur ist lebhaft. Werke von Schickele, Schnitzler und Thomas Mann

werden übersetzt. Unruhs Kopf hängt auf der Ankündigung der französischen Uebertragung seines „Opferganges“ in vielen Schaufenstern. In der Ecole normale supérieure hat sich eine „Gruppe für internationale Information“ gebildet, in der vor den Studenten bereits mehrere Deutsche gesprochen haben. In Lille ist von jeher das Studium des Deutschen intensiv betrieben worden. Der vortreffliche Germanist F. Piquet bemüht sich auch jetzt aufs eifrigste, Verständnis für den deutschen Geist zu wecken. Vermeil in Straßburg, Dresch in Toulouse, Pitrou in Bordeaux sind durch die von Piquet herausgegebene revue germanique gesinnungsmäßig mit dem Liller Zentrum verbunden. Wer den Huldigungsband durchblättert, den die französischen Germanisten ihrem Lehrer Charles Andler zum sechzigjährigen Geburtstag gewidmet haben, wird an dem Ernst, mit dem alle deutschen Probleme in Frankreich behandelt werden, nicht mehr zweifeln. Von der älteren Generation hat neben Andler Henri Lichtenberger das größte Verdienst an dem Abbau des Hasses und der Hebung des Verständigungswillens. Sein vor wenigen Tagen erschienenes Buch „Deutschland und Frankreich“ läßt beste Absichten erkennen. Er hat die Aufgabe unternommen, die ihm in Deutschland und Frankreich kein Parteipolitiker danken wird: das deutsch-französische Problem von der Vorkriegszeit an doppelseitig zu beleuchten, dem französischen den deutschen Standpunkt gegenüberzustellen. Von den ersten Sätzen an wird man durch den ethischen Ernst des Verfassers gepackt. Er kämpft, er ringt um Objektivität, um Gerechtigkeit. Gewiß, auch er ist nur ein Mensch, und wie wir alle von relativer Objektivität, aber ganz ist er durchglüht vom Willen zum Ausgleich, zum Frieden, zum Aufbau eines deutsch-französischen Einverständnisses, und mit Befriedigung spürt der Deutsche, in der Lektüre fortschreitend, daß er, je schwerer die Probleme für Deutschland werden, desto mehr Verständnis für Deutschland sich abringt. Sein Buch hat schon in Frankreich gewirkt, wirkt noch. Er und sein Kreis gaben dem Vortrag, den vor mehreren Wochen Victor Basch in der Sorbonne gehalten hat, die Färbung; auch Basch maß die Schuld für die Rechtsschwenkung Deutschlands dem Vertrag von Versailles, der Rhein- und Ruhrbesetzung zu. Immer allgemeiner wird die Einsicht in ganz Frankreich, daß die bisherige Haltung Deutschland gegenüber abgeändert werden muß, wenn Europa vor einer neuen Katastrophe gerettet werden soll. Und gerade in diesem Augenblick, in dem es in Frankreich dämmert, ballt sich die dunkelste Nacht über Deutschland zusammen. Demagogen ziehen im Lande umher, peitschen den Haß gegen den Nachbarn auf und rufen, bar jedes Verstandes, zu unvernünftigen Abenteuern auf. Gewiß, noch lastet der harte Druck des militaristischen Frankreichs auf uns; gewiß, noch martern französische Offiziere die Rhein- und Ruhrbevölkerung; vielleicht im Augenblick besonders hart und grausam. Das ist die Reaktion des französischen Wahlergebnisses. Die klerikalen Offiziere, das verpreußte Kriegsministerium in Paris sträubt sich, das Wahlergebnis anzuerkennen. „Nun gerade!“ ruft es dem Linksblock entgegen. Wartet doch wenigstens, Deutsche, bis die innere Krise sich drüben vollzogen hat, bis es sich herausgestellt hat, ob der Dreyfus-Geist oder die Anti-Dreyfusards siegen, und verrennt euch wenigstens nicht zu früh in nie wieder gutzumachenden Wahnsinn. Reißt euch zusammen, schwingt euch auf zu einem freien und offenen Bekenntnis zur Republik! Ich bin zwischen Cherbourg und Marseille in zwanzig Städten und Dörfern Frankreichs gewesen, und überall, hinter der militärischen und politischen Poincaré-Front, hat man mir versichert: „Wir haben die Dreyfus-Krise erlebt. Der demokratische Geist dieser Zeit ist noch lebendig. Niemals mehr werden wir dulden, daß ein Generalstab uns die Politik vorschreibt. Ein Deutschland, das sich zur Demokratie bekennt, kann dessen gewiß sein.“

Der Baugeist der neuen Volksgemeinde

Von *Walter Gropius (Weimar)*

Der in Nr. 6 der „Glocke“ erschienene Aufsatz „Architekturentwicklung“ von Paul Westheim beschäftigte sich auch mit dem Weimarer Bauhaus. Dessen Leiter, der Architekt Walter Gropius, hat gegen Westheim etliche Einwände zu erheben und sendet uns den nachstehenden, auch unabhängig von solcher Kontroverse sehr interessanten Beitrag.

Die kulturelle Zersetzung der vergangenen Epochen brachte eine fortschreitende Vereinsamung der schöpferisch begabten Individuen. Es fehlte die einheitliche Resonanz der Gesamtheit, die die Vorbedingung für umfassende Geister ist, sich verständlich zu machen. Unendliche Fülle spezieller Leistungen, aber ohne allgemein gültigen geistigen Sammelpunkt, der die Vielheit der Erscheinungen erst zur Einheit zusammenschließt! Die Werkwelt, beherrscht von Zahl und Macht, entblutet vom künstlerischen Geist, die Kunst ein lösgelöster Begriff ohne Verbindung zum Leben, ein „Luxus“ in den Augen der Masse! Wirtschaft und Maschine ein Selbstzweck, anstatt Mittel, die Geisteskräfte zunehmend von mechanischer Arbeit zu befreien! Aber die wieder aufdämmernde Erkenntnis des Zusammenhanges aller Dinge und Erscheinungen hat den Willen zur Umstellung auf einheitliche Lebensauffassung gestärkt. Die Künstler warfen die vereinsamenden Schranken um und begannen in die Werkwelt einzubrechen. Aber nicht nur die äußeren Hemmnisse verzögerten diesen Wiederverschmelzungsprozeß, sondern die eigenen Irrtümer in der Vorstellung von ihrer Aufgabe. — Die sentimentale Idee des „Kunstgewerbes“, die Dinge durch formale Zutaten „schön“ zu gestalten, verbreitete sich wie eine ansteckende Krankheit. Die gesamte gestaltete Welt vom einfachsten Gebrauchsding des täglichen Lebens bis zum monumentalen Bau wurde von ihr befallen; nicht einmal die nüchterne Technik widerstand ihr. Akademien, Kunstgewerbeschulen, Bauschulen, technische Schulen lehrten um die Wette das „Schmücken“! Zuerst ein Behängen des Dinges mit Schmuckformen, dann wurde die Schönheit des Materials wieder entdeckt und das schmückende Ornament durch kostbare Materialauflagen ersetzt, aber die Verbindung blieb eine äußerliche, nicht aus dem inneren Sinn des Dinges geborene, auf die es allein ankommt. Auch der Gedanke der „neuen Form“ brachte keine endgültige Gesundung. Die Absicht, verschiedene Dinge durch Wiederholung gleicher Formelemente und gleicher Materialteile „zusammenzustimmen“, ohne auf den tiefsten Urgrund des Dinges und des menschlichen Geistes, der es ordnet, zurückzugehen, mußte zum Formalismus führen. Hier liegt die Wurzel zu allen „Ismen“ unserer Zeit und zu ihrer beschränkten Dauer. Aber diese Entwicklung nähert sich ihrem Ende, Ismen und Kunstgewerbe stehen vor ihrem Begräbnis und die ersten Zeichen einer neuen Gestaltungseinheit, aus dem Kern der Dinge entstehend, werden erkennbar. Auch die Bewegung gegen den Formalismus — „Zweckschönheit“, „Ingenieurästhetik“ — begibt sich ihrer beschränkten Einseitigkeit, und eine neue wesenhafte Baugesinnung entfaltet sich. Die Erkenntnis, daß lebendiger Baugeist im ganzen Volke wurzeln und alle Gebiete menschlicher Gestaltung, alle „Künste“ und Techniken in seinem Bereich umschließen, also im Bau beginnen und enden muß, bricht sich

wieder Bahn. Das Bauen war in der letzten Vergangenheit aus solcher allumfassenden Gestaltungskunst zu einem Studium herabgesunken; aus dem Trümmerberg dieses Formalismus lösen sich erst langsam die neuen Elemente zum neuen Aufbau. Denn die Entwicklung der neuen Baugestalt ist gebunden an den ungeheuren Aufwand technischer und stofflicher Mittel und folgt daher nur schrittweise der vorauseilenden Idee. Aber die klare Fassung der Idee ist Vorbedingung zu einem konsequenten Schaffen: Kunst und Technik eine neue Einheit!

Technik braucht zwar nicht Kunst, aber Kunst braucht sehr wohl Technik. Beide sind ihrem Wesen nach verschieden, aber ihr gemeinsamer Schaffensgrund — Gebundenheit an Stoff und Raum — muß von denen, die den neuen Baugedanken aufsuchten und ihr durchführen wollen, wieder aufgedeckt und erforscht werden.

Ein Ding ist bestimmt durch sein Wesen. Um ein Ding so zu gestalten, daß es richtig funktioniert — ein Gefäß, ein Stuhl, ein Haus —, müssen wir sein Wesen vorerst erforscht haben. Die Wesensforschung ist nicht nur an die Gesetze der Mechanik, Statik, Optik, Akustik gebunden, sondern auch an die Gesetze der Proportion. Die Proportion ist eine Angelegenheit der geistigen Welt, Stoff und Konstruktion erscheinen als ihre Träger. Die Proportion, gebunden an die Funktion des Dinges, sagt über sein Wesen aus, ja es gibt ihm die Spannung, das eigene geistige Leben über seinen Nützlichkeitswert hinaus. Zwischen einer Vielheit gleichmäßig ökonomischer Lösungsmöglichkeiten — denn es gibt nicht nur jeweilig eine für jedes Problem — wählt das schaffende Individuum innerhalb der Grenzen, die ihm seine Zeit steckt, nach seinem persönlichen Empfinden und Geschmack die ihm gemäße aus; das Kunstwerk trägt infolgedessen die Handschrift seines Schöpfers. Aber es ist irrig, daraus die Notwendigkeit zur Betonung des Individuellen um jeden Preis zu folgern. Im Gegenteil setzt die Entwicklung eines einheitlichen Weltbildes den Drang einer Zeit voraus, die geistigen Werte aus individueller Beschränkung zu befreien und zu objektiver Geltung emporzuheben, dann folgt die Vereinheitlichung der materiellen Welt von selbst nach. Also erst der bewußte Wille, das Persönliche zu objektivieren, gibt die Voraussetzung zu einheitlichem Schaffen.

Alle bildnerische Arbeit will Raum gestalten. Soll aber jedes Teilwerk in Beziehung zu einer größeren Einheit stehen — das Ziel des neuen Bauwillens —, so müssen die realen und geistigen Mittel zur räumlichen Gestaltung von allen am gemeinsamen Werk Vereinten gekannt und gewußt werden. Wer bildet und baut, muß über die technische und werkliche Bildung hinaus eine besondere Gestaltungssprache lernen, um seine Vorstellungen nutzbar machen zu können. Die Elemente der Formen und Farben entsprechen den Lauten, deren Aufbaugesetze der Grammatik einer Sprache. Der Verstand muß sie kennen und die bauende Hand leiten, damit ein schöpferischer Gedanke erst sinnfällig werde. Der Musiker, der einen musikalischen Einfall seines inneren Gehörs objektiv hörbar machen will, braucht zu dessen Darstellung außer dem Instrument die Kenntnis des sogenannten Kontrapunktes, der gesetzmäßigen Lehre vom Aufbau der Töne, die zwar wandelbar, aber überindividuell ist. Ohne ihre Beherrschung bleibt der Einfall im Chaos stecken. Denn die Freiheit des Schaffens

beruht nicht auf der Grenzenlosigkeit der Ausdrucks- und Gestaltungsmittel, sondern auf freier Bewegung innerhalb ihrer strengen gesetzmäßigen Begrenzung (z. B. das wohltemperierte Klavier). Was für den Musiker auch heute noch selbstverständliche Voraussetzung seines Schaffens ist, die Kenntnis der Theorie, muß für den bildnerisch arbeitenden Menschen erst wieder gefunden werden. Die Akademie, deren Aufgabe es gewesen wäre, sie zu pflegen und sie zu entwickeln, versagte, da sie die Bindung mit der Wirklichkeit verlor. Diese Theorie ist nicht Rezept für Kunstwerke, sondern sie ist das wichtigste objektive Mittel zur kollektiven Gestaltungsarbeit, sie bereitet die gemeinsame Grundlage, auf der eine Vielheit von Individualitäten eine höhere Werkeinheit zusammen zu erschaffen vermag; sie ist nicht das Werk von einzelnen, sondern von Generationen.

Formen und Farben gewinnen ihre Bedeutung im Werk erst durch die Beziehung zu unserm inneren menschlichen Wesen; sie sind einzeln oder in ihren Beziehungen zueinander Ausdrucksmittel verschiedener Erregungen und Bewegungen, sie bestehen also nicht an sich. Rot z. B. löst andere Empfindungen in uns aus als Blau oder Gelb, runde Formen sprechen uns anders an als spitze oder zackige. Diese Grundelemente sind die Laute, aus denen sich die Grammatik des Gestaltens aufbaut, ihre Regeln des Rhythmus, der Proportion, des Hell-Dunkels, des Gleichgewichts, des vollen und leeren Raums. Laute und Grammatik sind erlernbar, aber das Wichtigste, das organische Leben des erschaffenen Werkes, entstammt der ursprünglichen Schöpferkraft des Individuums, das sich innerhalb jener objektiven Gesetze noch seine eigenen Mittel zur Komposition sucht und schafft. Dieser lebendige Kompaß muß ewig entscheidend bleiben. Denn die Sehnsucht nach Exaktheit und Einheit trägt für die Schwachen die Gefahr einer toten Ordnung in sich. Der Geist erstickt am Mechanistischen und an seinem Zeichen, der Zahl, wenn er nicht beständig aus der Quelle des Unbewußten getränkt wird. Vor solchem Abirren rettet nur eine breite Lebensgrundlage, eine echte Bildung des ganzen Menschen, unabhängig von seinen speziellen Begabungen, nicht die Schulung des Kopfes allein. Handwerk und Kopfwerk in ständiger Wechselbeziehung, so allumfassend und so lange wie möglich in starker geistiger Umgebung zu treiben, ist das Mittel für den einzelnen Menschen, sich vor Einseitigkeit und Verflachung zu schützen, sich innerlich zu weiten und selbständig zu werden. Von dem richtigen Gleichgewicht der Arbeit aller schöpferischen Organe hängt die Leistung des Menschen ab. Es genügt also nicht, das eine oder andere zu schulen, sondern alles zugleich bedarf der gründlichen Bildung. Zuerst der ganze Mensch, dann erst so spät wie möglich — die Spezialisierung! Die Fülle der Tätigkeiten und Wissenschaften verlangt den Spezialisten, aber erst eine gemeinsame, vielseitige Könnens- und Wissensgrundlage des einzelnen ermöglicht das Zusammenarbeiten der Spezialisten am gemeinsamen Werk, gibt diesem die geistige Einheit und verhütet den Zerfall im Speziellen. Die Grundbildung, die menschliche, ist wichtiger als die Spezialbildung, die fachliche.

Die Disziplinen der Vorbildung sind nur Mittel zum Zweck, also auch das Handwerk. Handwerk ist ein unschätzbare Mittel, den werdenden Menschen zu harmonisieren, aber das Handwerk der Ver-

gangenheit existiert nicht mehr. Es entspricht dem menschlichen Geiste, das Werkzeug zur Arbeit immer weiter zu vervollkommen und zu verfeinern, um die materielle Arbeit zu mechanisieren und die geistige mehr und mehr zu entlasten. Eine bewußte Rückkehr zum alten Handwerk wäre daher ein atavistischer Irrtum. Handwerk und Industrie von heute sind in ständiger Annäherung begriffen und müssen allmählich ineinander aufgehen zu einer neuen Werkeinheit, die jedem Individuum den Sinn der Mitarbeit am Ganzen und damit den spontanen Willen zu ihr wiedergibt. Das ist bedingungslose Voraussetzung für gemeinschaftliche Aufbauarbeit. Das Handwerk der Zukunft wird in dieser Werkeinheit das Versuchsfeld für die industrielle Produktion bedeuten; eine spekulative Versuchsarbeit wird die Normen schaffen für die praktische Durchführung, die Produktion in der Industrie. Der Handwerktreibende muß dies wissen, damit er nicht in Eigenbrödelei verfällt. Für jeden, der gestalten und bauen will, ist die handwerkliche Vorbildung unentbehrlich, sie stärkt nicht nur seine unmittelbare räumliche Vorstellungskraft, sondern stellt auch eine unbewußte Beziehung seines Wesens mit den Stoffen und Gesetzen der Natur her, sie verwurzelt sein ganzes Schaffen im Elementaren; die Technik wird ihm nun ihrem Wesen nach vertraut und er verliert sich nicht in Theorie und Rechnung.

So vorgebildete Menschen sind reif zur fruchtbaren Mitarbeit am neuen Bau, sie werden nicht mehr dem Ungeist des Kunstgewerbes erliegen. Unter diesem war die Kunst des Bauens in einer schwächlich sentimental-ästhetisch-dekorativen Auffassung ganz ertrunken, die ihr Ziel in formalistischer Verwendung von Motiven, Ornamenten und Profilen erblickte, die den Baukörper bedeckten. Der Gegenstand oder der Bau wurde ein Träger äußerlicher, toter Schmuckformen, anstatt ein lebendiger Organismus zu sein. Die natürliche Verbindung mit der fortschreitenden Technik, mit den neuen Materialien und neuen Konstruktionen ging naturgemäß in diesem Niedergang verloren, der Architekt, der Künstler, der Kunstgewerbler blieb im akademischen Aesthetentum hängen, ward müde und konventionsbefangen und die Gestaltung der Behausung und der Städte entglitt ihm. Dieses Bauen lehnen wir Träger der neuen Baugesinnung ab. Wir wollen den klaren organischen Bauleib schaffen, nackt und strahlend aus innerem Gesetz heraus ohne Lügen und Verspieltheiten, der unsere Welt der Maschinen, Drähte und Schnellfahrzeuge bejaht, der seinen Sinn und Zweck aus sich selbst heraus durch die Spannung seiner Baumassen zueinander funktionell verdeutlicht und alles Entbehrliche abstößt, das die absolute Gestalt des Baues verschleiern. Und alle Dinge der Umwelt sollen den gleichen Geist ausstrahlen! Der neue Baugeist bedeutet: Ueberwindung der Trägheit, Ausgleich der Gegensätze! Die Gebundenheit aller gestalteten Organismen an Industrie und Wirtschaft, an ihre Exaktheit und knappe Ausnutzung von Raum und Materie wird schließlich auch die Gestalt der größten Baueinheit, der Stadt, bestimmen. Jeder Bauende muß ihren Sinn begreifen, um an ihrer Werdung mitzuwirken, und muß die bestimmenden Faktoren für ihre Gesichtsbildung erkennen: Einfachheit im Vielfachen, Beschränkung auf typische Grundformen und ihre Reihung und Wiederholung, Gliederung aller Baueinheiten nach den Funktionen der Baukörper, der Straßen und der Verkehrsmittel. Solchen Gestaltungsgeist können nur Menschen

in sich tragen, die, auf breitem Bildungsfundament stehend, die Welt, in der sie leben, recht erkennen und aus der Verbindung ihrer Erkenntnisse und ihres erworbenen Könnens heraus diese Welt versinnbildlichende und darum typische Gebilde ersinnen und gestalten. Wer Wesentliches zur neuen Baukultur beitragen will, muß notwendig zuerst eine persönliche Lebenskultur in sich entwickelt haben. Sie ist entscheidend! Nicht nur Können und Wissen, sondern Enteielerung und Zuchthalten befähigen erst eine Mehrheit von Individuen zu gemeinsamer Stoßkraft. Jede lebendige Form ist immer Ausdruck eines inneren Resultats. Nicht nur die gedachte, sondern auch die gelebte Objektivierung, d. h. Ich-Ueberwindung, muß der Gestaltung vorausgehen, damit das Produkt mehr als persönliche Geltung gewinnt.

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

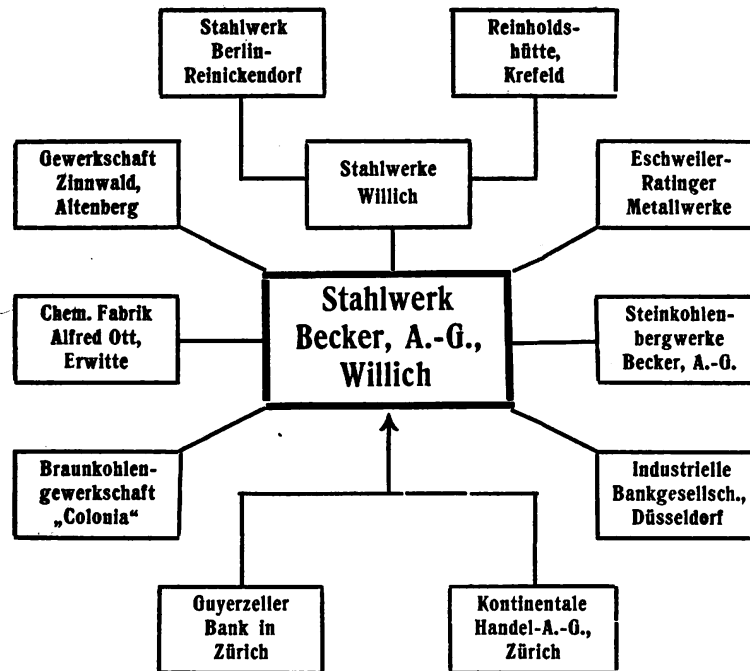
Die Geschäftsaufsicht und die Regierung Die Geschäftsaufsicht steht im Feuer einer herben Kritik. Sie hat ein zähes Leben und die schwersten Geschütze müssen aufgefahren werden, um ihr das Lebenslicht auszublasen. Man soll es eigentlich für unmöglich halten, daß ein so reines Kriegsprodukt, wie das Gesetz über die Geschäftsaufsicht, ein Alter von beinahe 10 Jahren erreichen könnte. In den Anfangstagen des Krieges wurde eine Verordnung erlassen, die die „Anordnung einer Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens“ vorsah. Man glaubte in jener Zeit, zur Schaffung solcher Notgesetze greifen zu müssen, um das Zusammenbrechen der Geschäfte zu verhüten und den durch den Krieg in Not geratenen Geschäftsinhabern einen Schutz zu gewähren. Hartnäckig versuchte man, dem Ausland einen äußerst günstigen Stand der deutschen Wirtschaft im Kriege vorzutäuschen, weshalb man auch von dem Erlaß eines allgemeinen Moratoriums absah. Die Verordnung über die Geschäftsaufsicht sollte wahrscheinlich als ein Ersatz des Moratoriums gelten. — Inzwischen ist eine große Zeitspanne verflossen, der Krieg ging zu Ende, eine Revolution kam und verschwand, die Inflation rüttelte und schüttelte die Wirtschaft und kehrte das Unterste zu oberst — trotz allem: die Geschäftsaufsicht überstand alle Phasen der Wirtschaftsgestaltung des letzten Jahrzehnts. Mittlerweile entwickelte sie sich aber zu einer Zelle der Korruption. Sie wurde zu einem sicheren Unterschlupf dunkler Existenzen, beliebig anwendbar, um die Gläubiger hinters Licht zu führen oder Forderungen unter einem bequemen Vorwand abzuwenden. Ehe der vom Gericht bestellte Aufsichtführende sich durchgearbeitet hatte, um zu einem klaren Urteil fähig zu sein, vergingen Monate, ja Jahre. In dieser Zeit konnte sich manches ändern, eine Spekulation, die in der Inflationszeit immer wirksam war. In der letzten Zeit war der Unfug mit der Geschäftsaufsicht so weit gediehen, daß keine Firma ein Geschäft abschließen konnte, ohne nicht mit der Möglichkeit rechnen zu müssen, daß der Partner plötzlich im Dunkel der Geschäftsaufsicht von der Bildfläche verschwand. Es war deshalb nur zu verständlich, daß namhafte Kreise der Industrie und des Handels sich gegen die Handhabung der Geschäftsaufsicht aussprachen. Reformvorschläge der verschiedensten Art tauchten auf, um einen verstärkten Gläubigerschutz gesetzlich zu gewährleisten. Es würde zu weit führen, hier auf die Vorschläge im einzelnen einzugehen, die von Handelskammern, Produzentenvereinigungen usw. gemacht wurden. In der letzten Monatsversammlung der Reichsbank vom 30. Mai wurde die Ansicht des Reichs-

bankdirektoriums und des Zentralausschusses über die Geschäftsaufsicht folgendermaßen formuliert: „Die Politik der Reichsbank ist in den letzten Wochen durchkreuzt worden durch die völlig mißbräuchliche Anwendung der sogenannten Geschäftsaufsicht. Die Wechselschuldner der Reichsbank benutzen die Möglichkeit der oft in kritikloser und unwirtschaftlicher Weise zugebilligten Geschäftsaufsicht dazu, um der Reichsbank Zugeständnisse bei der Rückzahlung von Schulden abzupressen. Alle Bemühungen, Kredite zu liquidieren und Warenbestände abzubauen, werden durch die Einführung der Geschäftsaufsicht als Massenerscheinung sabotiert, um den Schuldern zum Schaden ihrer Gläubiger und der Allgemeinheit das Durchhalten von Waren- und Devisenbeständen zu ermöglichen. Das Reichsbankdirektorium hat sich deshalb an die zuständigen Regierungsstellen gewandt mit dem dringenden Ersuchen, die Geschäftsaufsicht zu beseitigen, einer Forderung, der auch im Interesse der Aufrechterhaltung des Vertrauens in- und ausländischer Kreditgeber hoffentlich mit der nötigen Beschleunigung Rechnung getragen wird.“ Ein offenes Wort, mit dem nötigen Nachdruck ausgesprochen, in letzter Stunde! Bei der Geltung, die diese Körperschaften unseres Zentralnoteninstituts haben, wird die Regierung nicht mehr länger zögern dürfen, um ganze Arbeit zu machen. Drei Tage vor der Sitzung des Reichsbankdirektoriums und des Zentralausschusses hatten Vertreter des Reichswirtschafts- und Reichsjustizministeriums in Verhandlungen mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft nur Milderungen in Aussicht stellen zu dürfen geglaubt. Nachdem nunmehr die Reichsbank durch ihre Organe nachdrücklichst die vollständige Beseitigung der Geschäftsordnung gefordert, dürfte die Zeit nicht mehr fern sein, wo das Kriegsprodukt Geschäftsaufsicht im Orkus verschwindet. Der Sturmwind der Krise wird dann allerdings furchtbare Verheerungen anrichten, aber ein ehernes Muß erfordert ein solches Vorgehen. Je früher die Bereinigung der Wirtschaft in all ihren Teilen stattfindet, je eher kann der Weg nach aufwärts beschrritten werden. Die Existenz der Arbeiterschaft entbehrt jeden gesetzlichen Schutzes, warum sollen wankende Geschäfte ihn allein genießen?

Die Ueberfremdung des Stahlwerks Becker

Bereits im vorletzten Heft der „Glocke“ machten wir auf die Möglichkeit der Ueberfremdung aufmerksam, die aus den finanziellen Schwierigkeiten des Stahlwerks Becker entstehen könnte. Die Druckerschwärze war kaum trocken, als die Meldung durch die Presse ging, daß die schon länger bestehende schweizerische Beteiligung aus einer Minderheit zur Mehrheit des Aktienbesitzes geworden war. Aus dem Familienbesitz der Becker wurden Aktienbestände der Steinkohlenwerke Becker A.-G. in Schweizer Hände überführt. — Der Steinkohlenbesitz gelangte in die Hände von Becker durch die Uebernahme der Bochumer Bergwerks-A.-G. im Jahre 1919. Zu dieser gehörten die Zechen „Präsident“, „Rudolph“, „Peterwardein“ und „Herbeder“, Steinkohlenwerke, Herbede. Zum Ausbau dieser ziemlich heruntergekommenen Zechen nahm Becker Kredite in der Schweiz auf, die von der Kontinentalen Handels-A.-G., Zürich, bzw. der Ouyer-Zeller Bank in Zürich gewährt wurden. Um eine Ueberfremdung zu verhüten, legte sich damals die Reichsregierung ins Mittel. Es wurde bestimmt, daß ein Teil der Aktien beim Reichswirtschaftsministerium hinterlegt werden sollte. Auch sollte das Reich später an den Gewinnen der Kohlenverkäufe nach der Schweiz beteiligt werden. Der Lieferungsvertrag mit der Schweiz lautete auf die Dauer von dreißig Jahren. Nun hat die Sache ein anderes Gesicht bekommen. Man will versuchen, die beim Reichswirtschaftsministerium hinterlegten Aktien frei zu bekommen, um sie an die schweizerischen Finanzkreise gelangen zu lassen. Durch diese Wendung der Dinge erhält das Ausland die

Kontrolle über eines der besten deutschen Stahlwerke. Was dies bedeutet, ist aus der kleinen Aufzeichnung zu ersehen, die wir untenstehend



zum Abdruck bringen. Bei Becker liegt der Fall ähnlich wie s. Zt. beim Phönix, wo ebenfalls der Hunger nach Kredit den Anstoß gegeben hatte, die Aktienmehrheit ins Ausland abfließen zu lassen. Man kann gespannt sein, was von der deutschen Schwerindustrie noch übrigbleibt, wenn sich die deutsche Wirtschaft einmal in normalen Bahnen bewegt.

Mercur.

RANDBEMERKUNGEN

Sozialistische Politik und kommunistischer Unfug

Eine geschichtliche Parallele

Im Frühjahr 1897 wählte das weite Altösterreich mit seinen 17 Provinzen — den „im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern“ — sein Abgeordnetenhaus neu. Den vier Wählerklassen (Kurien) des Großgrundbesitzes, der Handelskammern, der Städte und der Landgemeinden hatte die Regierung des polnischen Grafen Badeni die fünfte Kurie angefügt, in der jeder männliche Oesterreicher über 24 Jahre, der mindestens sechs Monate am selben Ort wohnte, in dem er sich am Tage der Wahlausschreibung aufhielt, wahlberechtigt war. Dieser allge-

meinen Wählerklasse, in der also die Wähler der vier Privilegienkurien mitwählten, waren für ganz Oesterreich 72 Mandate zugemessen gegenüber den 353 der privilegierten. Es war also ein klägliches Surrogat des allgemeinen und gleichen Wahlrechts; die Wahlkreise waren ungeheuer groß und das Wahlrecht in den Ländern, wo die Privilegienlandtage nicht direktes und geheimes Wahlrecht dafür beschlossen hatten, sogar mündlich und indirekt, indem nur Wahlmänner zu nennen waren, die dann erst den Abgeordneten wählten.

Bis dahin hatte die Sozialdemokratie niemals ein Mandat erobern können, selbst nicht,

als die zum Wahlrecht in den Städte- und Landgemeindegewerkschaften erforderliche Mindeststeuerleistung von fünf auf vier Gulden jährlich herabgesetzt wurde. Diese 1885 vorgenommene Wahlrechtserweiterung war nur den kleinbürgerlich-radikalen Parteien der Deutschnationalen, Christlichsozialen, Jungtschechen usw. zugute gekommen, hatte aber nicht genug Arbeitern das Wahlrecht gegeben, um der Sozialdemokratie Mandatsaussichten zu eröffnen. Immerhin waren dadurch auch zwei ehrliche und energische Demokraten ins Parlament gekommen: der Wiener Magistratsrat Dr. Ferdinand Kronawetter und der Deutschnationaler Engelbert Pernerstorfer, die beide die Sache der rechtlosen Arbeiter und der verfolgten Sozialdemokratie verfochten. Pernerstorfer schloß sich der Sozialdemokratie an und trat nun in der V. Kurie als ihr Kandidat auf, unterlag allerdings, um erst 1901 wieder ins Parlament zu gelangen.

Trotz der nicht zuletzt durch den ungeheuren Wahlschwindel des christlichsozialen Wiener Magistrats herbeigeführten bitteren Niederlage in Wien, von dessen fünf Mandaten (der V. Kurie) wir nicht ein einziges gewannen, eroberte die Sozialdemokratie aller Nationen, die damals noch vereint schlug, sich erst viel später national trennte (Anton Njemez, der Führer und jetzige Ehrenpräsident der tschechischen Genossen, war damals unser Gegenkandidat gegen Lueger in Wien!), in ganz Oesterreich 14 von den 72 Mandaten. Von 0 auf 14 — das war noch ein größerer Sprung als der der K.P.D. von den anderthalb Dutzend jetzt auf 62 Abgeordnete! Dieser schöne Erfolg hob das Selbstbewußtsein der jungen und radikalen österreichischen Sozialdemokratie mächtig.

Gleich in der ersten Sitzung des neuen Hauses unternahm die Sozialdemokratie eine Aktion zur parlamentarischen Gefangenenerlöschung. In Galizien hatte die ganz unter dem Kommando des polnischen Junker-

tums, der Schlachzizen und Stancyzen stehende politische Verwaltung verschiedene Oppositionskandidaten über die Wahlkampfzeit einfach eingesperrt. Einer von diesen, der Bauer Thomas Szajer, ein Anhänger des Bauernagitators Pater Stojalowski, wurde zum Abgeordneten gewählt, aber trotzdem nicht enthaftet. Da erzwang sich der Krakauer Abgeordnete, Genosse Ignaz Daszynski, selbst Sprößling einer Familie von Grundherren und Verwaltungsbeamten, das Wort und sprach in der ihm fremden deutschen Sprache mit solch noch nie gesehenem Feuer und solch zerschmetternden Wucht über die galizischen Wahlpraktiken und den Fall Szajer, daß das Haus, einfach fasziniert, trotz Regierung und Polenklub, die sofortige Freilassung des Szajer forderte und durchsetzte.

Die 14 Sozialdemokraten hatten keineswegs mit der Äußerung ihrer Empörung zurückgehalten, — aber sie hatten, zwar mit der roten Nelke im Knopfloch, weder mit der Pfeife im Mund, noch mit Radaukommando im Kopf und mit Parlamentsfeindschaft im Herzen den Palast am Wiener Franzensring betreten. Es war ihnen nur um die Rechte der Volksvertretung zu tun und um die Zurückweisung gewalttätiger Reaktion. So wie am ersten Tage haben sie es auch weiter gehalten. Ihr Einfluß ging weit über ihre zahlenmäßige Stärke hinaus, und als der Badenismus gegen die deutschnationalen Obstruktion schließlich zur Gewalt griff, da waren es wieder die 14 Sozialdemokraten, die sich nicht beugten und die das Volk zu solchem Widerstand entflamnten, daß das System Badeni elend zusammenbrach.

Richard Bernstein.

Vandalismus gegen die Gewerkschaften

Ein Parteigenosse aus Baden schreibt uns:

Die geistige Höhe der deutschen Arbeiterbewegung kam unter andern darin zum Ausdruck, daß die ge-

werkschaftlichen Kämpfe mit der größten Ruhe und ohne Zerstörung von Sachwerten geführt wurden. Diese Eigenschaften waren gerade in der Vorkriegszeit das hervorstechendste Merkmal der modernen Gewerkschaftsbewegung. Die Folge hiervon war, daß die kämpfende Arbeiterschaft bis weit in die Reihen des Bürgertums Sympathien erwerben konnte. Namhafte Vertreter der Wissenschaft, die sogenannten Kathedersozialisten, setzten sich deshalb nicht nur für die Rechte und Forderungen der Arbeiter ein, sondern sie wußten auch für dieselben in Wort und Schrift zu werben. Weit über die Grenzen Deutschlands hinaus genoß deshalb die deutsche Arbeiterschaft Achtung und Sympathie.

Noch vor einigen Jahren, als die technische Nothilfe in den öffentlichen Diskussionen eine große Rolle spielte, wiesen die gewerkschaftlichen Spitzenverbände darauf hin, daß sie in der Lage seien, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und die Sachwerte der bestreikten Betriebe zu schützen. Es sei selbstverständlich, so erklärte man gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften, daß Notstandsarbeiten verrichtet würden. Dort, wo die Verbände die Arbeiterschaft fest in der Hand hatten, sind diese Richtlinien auch immer befolgt worden.

Erst den Kommunisten und ihrem rauhbeinigen Anhang war es vorbehalten, die Grundregeln des Gewerkschaftskampfes außer Kraft zu setzen. Wo diese Elemente überwiegen, hat eine wahre Anarchie Platz gegriffen. Um den Kapitalismus zu „überwinden“, wird jedes Mittel angewandt. Welche sonderbaren Blüten der kommunistisch geführte Gewerkschaftskampf hervorbringt, ist an dem verflorenen Streik bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen zu studieren. Die kapitalistische Presse ist voll von Schilderungen, die dem ruhigen Gewerkschaftler das Blut zum Kopfe steigen lassen. In der Frankfurter Zeitung, Nr. 374, war folgende Meldung ihres Korrespondenten zu lesen:

„Die Wiederaufnahme des Betriebes geht wegen der schweren Schädigungen durch das seinerzeitige Verhindern der Notstandsarbeiten und den Vandalismus rabiatier Streikender nur langsam vor sich. Wegen der großen Gefahren, die sich aus dem Zustande der Apparaturen ergaben, war eine peinliche Kontrolle erforderlich. Man fand große Verwüstungen vor. Es waren beispielsweise im Kohlenbüro die Pulte und Aktenschränke erbrochen und ihr Inhalt fußhoch über den Boden zerstreut, der Kassenschrank demoliert und seines Inhalts beraubt, die Schreibmaschinen gestohlen, die Rechenmaschinen zerstört. Im Laboratorium, im Bau 73, fand man alle Apparate aus Glas zerschlagen, die mikroskopischen und sonstigen wissenschaftlichen Hilfsmittel, teils Privat-, teils Fabrikeigentum, unbrauchbar gemacht, Schreibtische, Pulte und Aktenschränke erbrochen. An der Rheinseite der Fabrik ist keine Fensterscheibe mehr ganz. In der Fabrikgärtnerei sind alle Pflanzen eingegangen, das Schuhlager der Arbeiterschaft (Arbeitereigentum) wurde gestohlen. Ekelhafte Verunreinigungen wurden an vielen Stellen, sogar an den Schreibmaschinen vorgefunden.“

So sieht der gewerkschaftliche Kampf aus, der von den kommunistischen Heilsbringern geleitet wird. Der Kampf mußte verloren gehen. Doch was durch solchen Vandalismus der Arbeiterbewegung an Achtung verloren geht, das ist wirklich nicht abzuschätzen. So lange die Arbeiterschaft nicht von solchen Kampfmethoden energisch abrückt, ist eine Besserung nicht zu erwarten. Was würde wohl mit den Arbeitern geschehen sein, die so etwas in Rußland verüben würden?

Kleine Wahrheiten

Protest antiker Helden und des Wintergartens. Im Büro des Reichstags ist ein Protest des „Wintergartens“ eingegangen. Darin wird behauptet, daß seit Eröffnung des neuen Reichstags der Besuch in den Varietés so abgenommen habe,

daß eine Schließung dieser Etablissements zu befürchten sei. Das Publikum spare den Eintritt, weil es im Reichstag die gleichen Genüsse stundenlang für umsonst haben könne. Der Protest der antiken Helden ist von Hektor und Cäsar unterschrieben, die für ihre Popularität insofern fürchten, als die deutschen Hunde künftig nicht mehr nach ihnen, sondern nach solchen Mitgliedern des Reichstags genannt werden könnten, die sich winselnd und wedelnd, kurz: hündisch um die Ministersessel schmiegen und drehen.

Pallenberg und das Gewissen. Das „Gewissen“, woselbst die deutsche Seele destilliert wird, wollte sich ein Wappen zulegen, ein Geschäftszeichen, ein Firmenschild. Pallenberg wurde gefragt und antwortete: Vogel, Vögel, Vöglerchen, Vögler. Danach scheint Pallenberg nicht nur sehr witzig, sondern auch ein Wissender zu sein.

Präsident Judenschwein. In der Reichstagssitzung vom 2. Juni rief ein Völkischer „Judenschwein“. Der Präsident hat keine Rüge erteilt. Er hätte zum mindesten bedenken sollen, daß die rituelle Speisekarte, wenn schon nicht das Anstandsgefühl durch solche Vokabel verletzt wurde. Aber Herr Wallraf scheint ein sehr jovialer Herr zu sein. Gleichfalls ungerügt ließ er sich von Herrn Scholem zurufen: Mensch, was grienste denn da so dof? Das war insofern nicht ganz unverdient, als der Präsident über Ausführungen von Abgeordneten, auch wenn sie noch so lächerlich sind, nicht zu lachen hat. Immerhin: der deutsche Reichstag wird eine Fundgrube — Judenschwein, Judenknecht, Moskau-lump. Und von der anderen Seite Scheißkerle, Nachtwächter, Mist-sau. Die Varietédirektoren haben schon recht, oder was richtiger ist, die Psychiater bekommen eine neue Spezies angekochten Reporter-irrsinns.

Blut als Anwaltsrobe. Die Deutschnationalen wissen, daß der

höchste französische Gerichtshot rote Robe trägt. So wollen sie ähnlich kostümieren, wenn Deutschlands Interessen demnächst anwaltlich wahrzunehmen haben. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt der Deutschnationalen, das am 26. Mai erklärt, die Nationalen würden in die schärfste Opposition drängen, wenn sie nicht in der Regierung säßen, in einer Regierung also, die das Sachverständigen-Gutachten durchführen und endlich die Befriedung Deutschlands schaffen soll, diese gleiche „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht zur Erinnerung an Schlageter das nachstehende Wutgereimsel:

Welsche Kugeln piffen über deutsche Erde, heiliges Land,
Da sank dein blutiger Leib in den Sand.

Das griff uns ans Herz, aufbäumte ein Schrei,
Als ob ein lieber Bruder gestorben sei.

Ueber mailiches Blühen hin spielte der Wind. —

Eine arme Mutter weint still um ihr Kind ...

Einmal wollen wir laut davon sprechen:

Sie mordeten, Bruder, dich, wir woll'n es rächen!

Wir wollen es dann nicht eine Stunde mehr tragen,

Wir wollen die Henker wie tolle Hunde erschlagen.

Einmal wird ein grausiges Donnern und Stürmen sein,

Dann, toter Bruder, geht es um Ruhr und Rhein! —

Fluch über die Mörder, Fluch über den Mord,

Bis den Henkern die blutige Hand verdorrt!

Einmal greifen wir alle zum Gewehr,

Und dein rächender Schatten, Bruder, zieht vor uns her!

Die rote Robe der Revanchepolitik ist ganz gewiß am besten geeignet, um auf Macdonald und Herriot erschütternden Eindruck zu machen.
R. Br.

Goldene Bücherei für die Ehe

5 Bände elegant in Halbkunstleder geb. Goldm. 20,—
Die Bände sind auch einzeln zu beziehen

- Bd. 1. **Das Geschlechtsleben des Weibes**, eine physiologisch-soziale Studie mit ärztlichen Ratschlägen von Frau Dr. med. Anna Fischer-Dükelmann. 19. Aufl. mit vielen in den Text gedruckten Illustrationen und einem zerlegbaren Modell des Frauenkörpers in der Entwicklungsperiode Brosch. M. 3,50, geb. M. 5,—.
- Bd. 2. **Entstehung, Verhütung und Heilung der Frauenkrankheiten** von Dr. med. A. Fischer-Dükelmann. 6. Auflage. Brosch. M. 1,—, geb. M. 2,20.
- Bd. 3. **Der weibliche Körper und seine Verunstaltung durch die Mode**. 5. Aufl. mit fast 100 Abbildungen nach lebenden Modellen von Arringer-Tscherkoff. Brosch. M. 3,—, geb. M. 4,50.
- Bd. 4. **Die Frau der Zukunft**. Ein Lebensbuch von Frau Truska Bagienski. Mit 16 Abb. 4. vermehrte u. verbess. Aufl. Brosch. M. 3,—, geb. M. 4,50.
- Bd. 5. **Ins Land der Sehnsucht**. Ein neues Buch für die Ehe von Truska Bagienski mit reichem Bilderschmuck von A. Krause-Carus. Brosch. M. 3,—, geb. M. 4,50.

Bestellschein

Bestelle bei der Buchhandlung „Die Bücherwarte“, Berlin W 50, Neue Ansbacher Str. 8/1 laut Inserat in der Glocke „Die Goldene Bücherei für die Ehe“ in 5 Bänden, geb. zu 20,— M. Der Betrag — die erste Rate — folgt gleichzeitig — ist nachzunehmen. Der Betrag wird durch 5 Monatszahlungen unter Anrechnung eines Teilzahlungszuschlages von 10% beglichen. (Nichtgewünschtes gefl. zu durchstreichen.) Erfüllungsort Berlin.

Ort und Datum: _____

Name u. Stand: _____

Postscheckkonto Berlin 18771

DIE GRUNDLINIEN DER WELTGESCHICHTE H. G. WELLS

Einen außergewöhnlichen literarischen und verlegerischen Erfolg bedeutet die Herausgabe dieses epochemachenden Werkes in deutscher Sprache. Er beweist, daß der Spenglersche Niedergangs-Pessimismus wie Spreu verweht und dem hoffnungsvollen Glauben an ein Bessermachen nicht standhalten kann

Die vierte Lieferung ist erschienen

Künftiger Inhalt der Lieferungen 64 statt 48 Seiten

Preis je M. 1,50

Verlag für Sozialwissenschaft GmbH, Berlin SW 68

STINNES

UND SEINE KONZERNE

Eine auf zuverlässiges
Material gestützte Darstellung
der riesenhaften Verzweigung
dieses großen Machtkomplexes

von

PAUL UFERMANN
und **CARL HÜGLIN**

100 Seiten Text und
100 Seiten Tabellen
Steif kartoniert mit Leinenrücken
Preis M. 8,-

Berlin SW 68
Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.

Die Glocke

HERAUSGEBER PARVUS

Inhalt:

<i>Rud. Breitscheid: Morgenröte</i>	<i>321</i>	
<i>Rudolf Wissell</i>	} <i>Das Sachverständigen-Gutachten</i>	
<i>Kurt Heinig</i>		<i>325</i>
<i>Dr. C. Mierendorff</i>		
<i>Heinrich Löffler: Ein Rückblick auf die Bergarbeiterkämpfe</i>	<i>340</i>	
<i>Georg Schmidt: Die ländliche Arbeiterschaft und ihre Stellung zum Staat</i>	<i>344</i>	
<i>Heinrich Waentig: Das Bollwerk Preußen</i>	<i>349</i>	
<i>Robert Schmidt: Stinnes und seine Konzerne</i>	<i>350</i>	
<i>Paul Ufermann: Die internationalen Tagungen in Wien</i>	<i>353</i>	
<i>Josef Maria Frank: Berlin</i>	<i>357</i>	
<i>Arthur Eloesser: Theater und Arbeiterschaft</i>	<i>363</i>	
<i>Robert Breuer: Form als Distanzgefühl</i>	<i>365</i>	
<i>Hermann Hieber: Richard Strauß</i>	<i>369</i>	
<i>Erich Kuttner: Die Coßmannsche Fälschung</i>	<i>371</i>	
<i>Hedwig Wachenheim: Ludwig Franks Tat und Mahnung</i>	<i>371</i>	
<i>Dr. Walter Zechlin: Deutschland und Frankreich</i>	<i>374</i>	
<i>Hermann Wendel: Eine neue Balzac-Ausgabe</i>	<i>378</i>	
<i>Der Freispruch der Seeckt-Attentäter</i>		
<i>Könige der Inflation — Zum guten Europäer</i>		

Verlag für Sozialwissenschaft
Berlin SW 68, Lindenstraße 114

Parteitag-
Doppelheft

Preis 50 Pfennig

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT GMBH, BERLIN SW 68

HUGO STINNES UND SEINE KONZERNE

Von Paul Ufermann und Carl Hüglin

100 Seiten Text und 100 Seiten Tabellen, mit einer Weltkarte
des Stinnes-Besitzes In Halbleinen Preis 8,— M.

Für die internat. Finanzkritik von höchster Bedeutung

Könige der Inflation

von Paul Ufermann

Gebunden in Halbleinen 2,50 M.

Mit sachlichem Material wohl versehen, erzählt uns der Verfasser vom phantastischen Aufstieg der bekanntesten Inflations-Könige:
Hugo Stinnes, Otto Wolff, Alfred Ganz, Friedrich Minoux, Rudolf Karstadt, Jakob Michael, Cam. Castiglioni, Siegm. Bosel

DIE AEG

eine Darstellung ihres Konzerns
von Paul Ufermann und Carl Hüglin

Mit sehr zahlreichen Tabellen

Preis 2,90 M.

Wissenschaftliche Darstellung der umfangreichen
finanzwirtschaftlichen Beziehungen dieser Weltfirma

Die Serie dieser kritischen Schriften wird fortgesetzt!

Die Befreiung der Menschheit

Freiheitsideen in Vergangenheit und Gegenwart

Unter Mitwirkung von Paul Adler, Adolf Behne, Eduard Bernstein, Leo Bloch, A. Conrady, Paul Darmstädter, Alfred Döblin, Max Hochdorf, Paul Kampfmeyer, E. Lederer, Friedr. Muckle, Rich. Müller, Paul Olberg, Alb. Pohlmeier, A. E. Rutra, Alex. Stein, Heinrich Ströbel, Veit Valentin

herausgegeben von Ignaz Jezower

Groß-Quart. 488 Seiten Text mit 554 zeitgenössischen Abbildungen, Dokumenten und 30 farbigen Beilagen. (Die bedeutendsten Künstler der Vergangenheit und Gegenwart sind vertreten.)

In geschmackvollem Halbleinenband gebunden 18,— Gm.

„Das Werk kann jedermann empfohlen werden. Es gehört in die Hände des Arbeiters, damit er sich selbst über die Fragen informieren kann, die ihn bewegen, aber auch in die Hände des Gebildeten, dessen Wissen gerade auf dem Gebiete des Sozialismus nur allzuoft sehr oberflächlich zu nennen ist.“
(Dortmunder Tageblatt.)

Lassalle Ein Leben für Freiheit und Liebe. Geschichtlicher Roman von Alfred Schirokauer
Mit 24 zeitgenössischen Abbildungen, Porträts, Dokumenten usw.
Gebunden 5,— Gm., in Leinen 7,— Gm.

Die Männer der Freiheit in ihren Schriften, Briefen, Erinnerungen und Tagebüchern.
Von Alfred Semerau
Mit 18 Bildnissen. Kart. 4,50 Gm., in Leinen geb. 6,50 Gm., in Halbleder 10,— Gm.

Die Rutschbahn,
das Buch vom Abenteuer.

Herausgegeben v. Ignaz Jezower.
Mit Zeichnungen von George Grosz und zahlreichen zeitgenössischen Bilderbeilagen und Textillustrationen. Geb. 1. Halbleinen 5,50 Gm., in Leinen 7,— Gm., in Halbleder 12,— Gm.

Flammen

Roman v. Stanislaw Brzozowski
2 Bände. Gebunden je 4 Gm., in Leinen je 5 Gm.
Der revolutionäre Sozialismus, der auf die Aenderung der Welt und des Menschen ausgeht, ist das Problem des Romans.

In Bongs Schönbücherei erschien soeben:

DAS KANTBUCH

IMMANUEL KANTS LEBEN UND LEHRE

von Max Hochdorf

Mit 8 Abbildungen und 4 Handschriftproben.
In Halbleinen 5 Gm., in Ganzleinen 6,50 Gm.,
in Halbleder 10,— Gm.

INHALT: Einleitung — Die große Frage — Die Quellen der Antwort — Jugend und Abklärung — Physik und Glauben — Die Naturgeschichte des Himmels — Gottes Feind oder Gottes Herold — Kritik der reinen Vernunft — Der moralische Mensch — Schönheit und Genie — Tugenden und Rechte — Der ewige Frieden — Die Brücke zur Unendlichkeit — Immanuel Kants Lebensbild, dargestellt von einem Zeitgenossen — Aus den Werken Immanuel Kants — Namen u. Stichworte.

... ein Buch, das in seinem Aufbau übersichtlich, in seiner Durchführung des Stoffes tiefgründig ist, ... es bleibt bei aller Gedankentiefe ein volkstümliches Buch, das einem jeden so recht das Leben und die Lehren Kants nahebringt. (Nürnberg-Fürther 8-Uhr-Abendblatt.)

Bongs Goldene Klassiker - Bibliothek

ist für das Haus ebenso wertvoll wie für den Gebrauch der Schule.

Die Texte sind sorgfältig revidiert, eine von den ersten Literarhistorikern geschriebene Einleitung führt in den Dichter und sein Werk ein, und reichhaltige Erläuterungen erleichtern das Verständnis.

Ausführliche Verzeichnisse kostenfrei in jeder Buchhandlung oder direkt vom unterzeichneten Verlage

Deutsches Verlagshaus Bong & Co.,

Berlin und Leipzig

Das ergreifendste Kapitel der deutschen Geschichte

Soeben erscheint:

Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918

Auf Grund der Akten der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes
und des Reichsarchivs herausgegeben
vom Auswärtigen Amt und vom Reichsministerium des Innern

Zweite, um 41 neue Dokumente vermehrte Ausgabe

Preis: in Pappe gebunden 18 G.-Mark;
in Halbleinen 22 G.-Mark; in Halbleder 30 G.-Mark

Das deutsche „Weißbuch zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes“, das im Jahre 1919 von der Deutschen Regierung erstmalig veröffentlicht wurde, erscheint in der vorliegenden zweiten Ausgabe, in Format und Ausstattung den großen Aktenpublikationen des Auswärtigen Amtes angepaßt.

Das Werk ist um 41 durchaus neue Dokumente erweitert, die den Archiven der Reichsbehörden entstammen und wird allergrößte Aufmerksamkeit erregen. Die Reichsregierung hat darauf verzichtet, amtlich zu jenen Angriffen Stellung zu nehmen, die nach dem Erscheinen der ersten Ausgabe der Sammlung gegen diese gerichtet wurden. Die Dokumente sprechen durch sich selbst, die gemachten Einwände sind genau nachgeprüft worden, und nach dem gegenwärtigen Stand der Forschung hat die Reichsregierung die größte Vollständigkeit erreicht.

Das Urkundenwerk vermittelt die genaueste Kenntnis des tragischsten Kapitels der deutschen Geschichte. Der Leser erlebt atemlos die Sommermonate des schwarzen Jahres 1918 mit; noch niemals ist ein großes weltgeschichtliches Ereignis in so unmittelbar lebendiger und photographisch getreuer Weise den miterlebenden Zeitgenossen zugänglich gemacht und den Nachfahren überliefert worden.

Jeder Deutsche muß dieses Buch lesen; kein Deutscher kann diese Zeit verstehen, ohne es zu kennen!

**Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte
m. b. H. in Berlin / Unter den Linden 17-18**

Morgenröte

Von *Rud. Breitscheid*

Eine Stelle in Romain Rollands Jean Cristophe verdient in diesem Augenblick in Erinnerung gebracht zu werden. „Zehnmal,“ so heißt es da, „ist im Lauf der Jahrhunderte eine heroische Jugend auf die Erschöpfungsperioden gefolgt, in denen Europa auf den glänzenden, geschminkten Untergang Frankreichs wartete. Frankreich verdankt diese Auferstehungen der Mannigfaltigkeit der Rassen, die es zusammensetzen und die abwechselnd einschlafen und träumen und auf Wache ziehen. Den ermüdeten Truppen folgen frische Truppen nach. Bisweilen scheint das Leben erloschen, um das schlafende Lager lungert der Feind. Und gerade das ist die Stunde, wo in der aufziehenden Morgenröte die Hörner das Wecken blasen.“

Romain Rolland hat, als er diese Worte schrieb, sicher nicht in erster Linie an die Politik gedacht, die er nicht liebt. Er hat ganz im allgemeinen von der sich stets erneuernden Wiedergeburt des französischen Geistes gesprochen. Aber was sich jetzt in Frankreich auf politischem Gebiete vollzieht, gehört in dieses Kapitel von dem wunderbaren Wiedererwachen einer Nation. Ein halbes Jahrzehnt hindurch schien das Volk sich selbst vergessen zu haben und ruhig zu ertragen, daß die, die zur Lenkung seiner Geschicke berufen waren, seine wahren Ideen fälschten und es auf eine Bahn führten, die nicht in der Linie seiner guten Traditionen lag. Daß es nur ein Schlummer war, konnte sich jeder sagen, der die Geschichte des französischen Volkes auch nur einigermaßen kannte und sich der Mühe unterzog, ein wenig unter die Oberfläche der Dinge zu blicken; und wir deutschen Sozialdemokraten dürfen uns rühmen, den Charakter des Zustandes, in dem sich die Nachbarnation befand, besser erkannt zu haben als die übrigen, und wir dürfen uns das Verdienst zusprechen, eine Politik betrieben und unterstützt zu haben, die das Erwachen erleichterte.

In den Reichstagsdebatten der letzten Woche haben Nationalisten aller Schattierungen die „Naivität“ und die „Illusionsfähigkeit“ verspottet, die uns an eine grundsätzliche Aenderung des Kurses in Frankreich glauben lasse. Auch die französische Demo-

kratie werde nichts zum Gefallen Deutschlands tun, sondern ihre eigenen Interessen im Auge behalten. Nun sind wir wahrhaftig nicht so töricht gewesen, anzunehmen, daß über Nacht aus einem auf seinem Schein bestehenden Gegner ein selbstloser Freund geworden sei. In der Tat denkt auch die französische Demokratie in erster Linie an sich selbst und die Interessen ihres eigenen Landes. Aber das Wesentliche ist eben, daß sie die Interessen anders auffaßt als der phantasiearme Nationale Block, daß sie sie verknüpft mit den Interessen Europas, und daß ihr eine redliche Verständigung mit Deutschland nicht gegen den eigenen Nutzen zu verstoßen scheint. Am 11. Mai hat nicht eine Partei über die andere gesiegt, sondern es ist der Bruch vollzogen worden mit einer engstirnigen Auffassung des Nationalgefühls und des Nationalgedankens. Es haben die Träger der Ideen des wirtschaftlichen und sittlichen Fortschritts und damit des Optimismus über die pessimistischen Mächte triumphiert, die das Heil der Staaten in der auf die Gewalt und auf die Waffen vertrauenden Isolierung erblicken.

Und daß man drüben entschlossen ist, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, beweist der Kampf, der gegen Millerand entbrannt ist. Schließlich hätte Herriot ja auch aus seinen Händen den Auftrag zur Bildung einer Regierung entgegennehmen können. Er hätte sich mit der Erwägung zu beruhigen vermocht, daß der Präsident der Republik, der veränderten Zusammensetzung der Kammer Rechnung tragend, ein radikales, von den Sozialisten unterstütztes Ministerium sein Glück versuchen lassen werde. Aber man will bis zum Ende gehen und keine unklare Situation dulden. Millerand hat sich mit dem Nationalen Block bei verschiedenen Gelegenheiten identifiziert. Er hat die Grenzen seiner verfassungsmäßigen Rechte überschritten, indem er sich nicht darauf beschränkte, Ratschläge zu erteilen, sondern selbständig und selbstherrlich in die Politik des Landes eingriff. Solange er im Elyséepalast sitzt, hat eine Linksregierung einen Gegner im Rücken, der nur auf den günstigen Moment wartet, ihr den Dolchstoß zu versetzen. Deshalb muß die Linke, wenn sie nicht nur den Schein der Macht, sondern die Macht selber besitzen will, sich seiner entledigen, und deshalb steht Frankreich im Augenblick in einer Art unblutiger Revolution.

Wie dieser Kampf schließlich ausgehen wird, muß abgewartet werden, aber auch hier gibt die Geschichte der Demokratie allen Grund zum Hoffen. Was sich heute abspielt, ist eine Wiederholung des Ringens, in dem die französischen Republikaner in den siebziger Jahren mit dem Präsidenten Mac Mahon standen, der sich als Platzhalter der Monarchie betrachtete. Anfang 1876 fanden Wahlen statt, die den Republikanern in der Kammer eine große Mehrheit sicherten. Mac Mahon setzte zunächst ein konservatives und dann

ein gemäßigt republikanisches Ministerium ein, das er im Mai 1877 aufs neue durch ein reaktionäres Kabinett unter dem Herzog von Broglie ablösen ließ. Das Parlament wurde auf einige Monate vertagt. Als sich nach seinem Wiederezusammentritt die Unmöglichkeit der gesetzgeberischen Arbeiten aufs neue herausstellte, löste der Präsident, gestützt auf den in seiner Mehrheit konservativen Senat, die Kammer auf. Aber die Neuwahlen verstärkten die Zahl der Republikaner, Mac Mahon war auf die Knie gezwungen und trat bald darauf von der Präsidentschaft zurück.

Ob nach diesen Erfahrungen Millerand geneigt sein wird, alle ihm verfassungsrechtlich zustehenden Möglichkeiten zu erschöpfen, ist um so mehr fraglich, als er nicht über einen so willfährigen Senat verfügt, wie sein Vorgänger vor fünfzig Jahren, und als das französische Volk von heute sich nach aller Wahrscheinlichkeit nicht ein so langes Hinauszögern der endgültigen Entscheidung gefallen lassen würde, als das von damals, dem das Feuer der internationalen wie der Währungspolitik nicht auf den Fingern brannte. Wir dürfen deshalb damit rechnen, daß der jetzige Kampf schneller mit einem klaren Erfolg der Demokratie enden wird. Die gegenwärtige unsichere Lage ist bedauerlich, weil sie die Lösung einer Reihe von Fragen, an denen Deutschland und die Welt interessiert ist, hinausschiebt. Aber glücklicherweise wird mit ihrer Beendigung gleichzeitig eine vollständigere Bereinigung des Terrains für die notwendigen Verhandlungen erfolgt sein, als es möglich gewesen wäre, wenn Herriot unter Millerand die Geschäfte übernommen hätte.

Auch dann freilich wird sich die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich kaum so schnell und so reibungslos durchführen lassen, wie die Vernunft hüben und drüben es wünschen möchte. Auch die französische Linke, die sich unter dem Eindruck des Wahlsieges und beseelt vom besten Willen den frohesten Hoffnungen hingibt, wird, wenn sie den Einzelfragen näher tritt, die Schwierigkeiten, die der Annäherung im Wege stehen, noch erkennen lernen. Das sei gesagt, nicht um irgendwen zu entmutigen, sondern nur um vor Illusionen zu warnen und die Entschlossenheit zum Durchhalten in der Versöhnungsarbeit auf beiden Seiten zu festigen. Wir dürfen es als großen Vorteil betrachten, daß in Deutschland eine Regierung ohne die Deutschnationalen zustande gekommen ist. Die Partei der Hergt und Tirpitz würde, auch wenn sie dem Sachverständigengutachten schließlich zugestimmt hätte, drüben nur Mißtrauen erregt haben. Und wenn das Kabinett Marx von heute und gestern schon, dank der Unterstützung, die ihm die Volkspartei und Herr Jarres angedeihen lassen, nicht gerade unbedingtes Vertrauen einflößt, so wird man sich doch Rechenschaft darüber geben, daß es nach dem Ausfall der deutschen Wahlen das Bestmögliche ist. Und darüber, daß

der Erfolg der Nationalisten am 4. Mai zum guten Teil dem Verhalten der Poincaréschen Mehrheit zu verdanken war, sind sich die meisten Politiker der französischen Linken auch im klaren. Das weiß ich aus einer Reihe von persönlichen Unterredungen, und ich führe im übrigen den Aufsatz an, in dem Painlevé in einem vor kurzem erschienenen Sammelwerk „Die republikanische Politik“ die auswärtigen Fragen behandelt. Der Mann, der heute Kammerpräsident ist und morgen vielleicht Präsident der Republik sein wird, schreibt da u. a.: „Durch ihre (der Mehrheit) nicht zu verwirklichenden Forderungen hat sie, wie beispielsweise im letzten September, verhindert, daß Frankreich die sich ihm bietende Gelegenheit ergriff, die Führung des europäischen Wiederaufbaus zu übernehmen. Sie hat die Macht der Nationalisten und der Anhänger der Katastrophenpolitik über Deutschland verstärkt, und jene Politik unterstützt, die Deutschland und vielleicht nach ihm die Welt in den Abgrund geführt hätte.“

Wo diese Einsicht herrscht, darf man auf die Bereitwilligkeit hoffen, Gesten zu zeigen und Handlungen zu verrichten, die geeignet sind, den Geisteszustand des deutschen Volkes zu entgiften und den Gegnern des Nationalismus die Arbeit zu erleichtern. Gelegenheiten dazu sind reichlich vorhanden.

Aber wenn wir so an das neue Frankreich unsern Appell richten, vergessen wir nicht unsere eigene Pflicht. Die Linie ist klar vorgezeichnet. Die Befriedung Europas und der Welt — das ist heute deutlicher denn je erkennbar — hängt von der unmittelbaren Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich ab. Die Regierung Macdonalds wird uns sicher zur Seite stehen. Aber wenn es schon immer ein Wahnsinn war, anzunehmen, daß sich England, selbst auf die Gefahr eines Bruchs mit Frankreich hin, für Deutschland engagieren werde, so ist ohne allen Zweifel jetzt das Band zwischen London und Paris noch viel fester geknüpft. Selbst wenn Macdonald über kurz oder lang von seinem Platze weichen müßte, würde jede englische Regierung alles daran setzen, um mit einem demokratischen Frankreich in bestem Einvernehmen zu bleiben. Auf unsere eigene Einstellung und unser eigenes Verhalten kommt also noch weit mehr an als zuvor. Und von uns wird mit Recht verlangt, daß wir nicht nur in Worten den Willen zur Verständigung bekunden, sondern daß wir ihr die Bahn frei machen durch die entschlossene Abwehr des Nationalismus und durch eine tatkräftige Verteidigung der Republik. Würden wir da versagen, so wäre es unsere Schuld, wenn ein großer Moment, der größte und letzte vielleicht, verpaßt würde.

Wenngleich sachliche Einzelheiten der Ausführungen des Genossen Breitscheid inzwischen überholt sind, da Millerand schneller als mit Sicherheit angenommen werden konnte, vor dem neuen Frankreich kapituliert hat, so bleibt doch das Wesentliche, wovon der Aufsatz Breitscheids handelt, wertvoll genug, um gerade in diesen Tagen festgehalten zu werden.

Das Sachverständigen-Gutachten^{*)}

Voraussetzungen, Charakter und Wirkungen des Gutachtens

Von *Rudolf Wissell*

Wir Deutsche sehen in der außenpolitischen Frage, die die schweren Konflikte in den letzten Jahren mit Frankreich immer und immer wieder hervorgerufen hat, nur ein Reparations-, d. h. Zahlungsproblem. Für uns mag es das im wesentlichen auch nur sein. Für weite Kreise des französischen Volkes ist es jedoch auch das Problem der Sicherung vor eventuellen Angriffen Deutschlands in der Zukunft, das diese außenpolitische Frage umschließt. Um dies zu verstehen, muß man sich in die tieferliegenden Gründe dieser französischen Befürchtung einmal hineinversetzen. Ich will nicht in den Fehler verfallen, wie er so vielfach in bürgerlichen Kreisen geübt wird, und sagen, daß die Furcht Frankreichs vor eventueller späterer Revanche Deutschlands aus der Erkenntnis erwachsen sei, daß das Verhalten der französischen Regierung in den letzten Jahren bei der Auslegung und Handhabung des Friedensvertrages gegen Deutschland nicht das Verhalten eines ehrlichen Siegers sei. Ich sehe den Hauptgrund für die Befürchtungen Frankreichs in der Tatsache, daß in den letzten Jahrzehnten die Bevölkerungszunahme Frankreichs um ein ganz Wesentliches geringer war als jene Deutschlands. Einige Zahlen lassen diese Tatsache ganz klar erkennen.

Seit dem deutsch-französischen Kriege im Jahre 1871 war bis zum Ausbruch des Weltkrieges die Bevölkerung Deutschlands von 40,9 auf 67,9 Millionen, d. i. um 66 v. H., gestiegen. In Frankreich dagegen stieg die Bevölkerung nur von 35,9 auf 39,75 Millionen, d. i. um 11 v. H. Der Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle betrug im Jahresdurchschnitt:

*) Die giftige Kampfweise der Nationalen bedarf der banalen Verleumdung: der Erfüllungsfanatismus der Sozialdemokratie sei blind gegen die schwere, die politische und die wirtschaftliche Hoheit des Reiches, dadurch aber auch das soziale Eigenleben der deutschen Volksgemeinschaft gefährdende Last des Gutachtens und seiner Ausführung. Die Sozialdemokratie sieht diese Dinge und ihre Folgen vollkommen klar. Sie hat schon darum Drang und Pflicht, die Wirkungen der für lange festzuliegenden Erfüllungspolitik richtig zu erkennen, weil ohne dem kein ausreichender Maßstab für die innere Verteilung der Erfüllungslast gegeben wäre. Die oben abgedruckten Ausführungen Rud. Wissells kennzeichnen vollkommen die sorgenvolle Einstellung der Sozialdemokratie zum Gutachten der Experten; sie sind übrigens, wie auch die Beiträge von Heinig und Mierendorff, Teile einer, in wenigen Tagen im Verlag für Sozialwissenschaft erscheinenden, den Text des Gutachtens in verständlicher Sprache wiedergebenden, das Gutachten zugleich kritisch erläuternden, es politisch, wirtschaftlich und finanztechnisch wertenden Schrift, die möglichst weiten Kreisen zugeleitet werden möchte.

	in Deutschland	in Frankreich
1871—1880	511 000	64 000
1881—1890	551 000	66 900
1891—1900	730 000	23 900
1901—1910	866 000	46 500
im Jahre 1911	739 900	minus 34 800
im Jahre 1912	839 800	57 900
im Jahre 1913	833 800	41 900

So war die Bevölkerungszunahme bis zum Weltkrieg. Seit Beendigung des Weltkrieges ist aber im heutigen deutschen Reichsgebiet die Bevölkerung, namentlich infolge der Rückwanderung von Auslandsdeutschen, von 61 Millionen auf 63,5 Millionen gestiegen, während sie in Frankreich im günstigsten Falle stabil geblieben ist. Seit dem Weltkrieg war die Bevölkerungszunahme:

	in Deutschland	in Frankreich
im Jahre 1919	282 100	minus 232 900
im Jahre 1920	666 300	159 700
im Jahre 1921	700 200	117 000
im Jahre 1922	518 600	70 000
im 1. Halbjahr 1923	225 200	43 600

Professor Förster weist in Nr. 11 der „Menschheit“ vom 16. Mai 1924 darauf hin, daß dem in Frankreich, namentlich im Süden Reisenden, auffalle, in welchem hohem Grade das Land entvölkert sei. Stundenlang könne man fahren, ohne auf große Dörfer, geschweige denn Städte zu treffen. In weiten Landstrichen reiche die Bevölkerung nicht mehr aus, den Boden zu bebauen. Immer und immer wieder würde in den französischen Zeitungen auf die Abnahme der Geburten hingewiesen und auf die daraus erwachsende nationale Gefahr. In kleineren Städten würden auf der Straße Flugblätter verteilt, in denen Frankreich als das Land der geringsten Geburtenhäufigkeit hingestellt und in denen betont werde, daß Deutschland täglich verkünde, es werde Rache nehmen, wenn die französische Entvölkerung Frankreich genügend geschwächt habe. Damit sei die Beziehung der Entvölkerung zu der Furcht vor einem Kriege hergestellt.

Wenn man sich die oben angegebenen Ziffern ansieht, kann man in der Tat die Rolle verstehen, die im Denken und Empfinden weiter Kreise Frankreichs die Garantie vor einem Angriff Deutschlands spielt. Ohne diese Tatsachen würde Poincaré in den letzten Jahren seine Politik nicht haben treiben können. Sie erklärt das Verhalten der nationalistischen Kreise Frankreichs. Wer sich in die Gründe der französischen Nervosität nicht hineinversetzt, der wird die Unbeugsamkeit des französischen Sicherungswillens unterschätzen und damit auch politisch falsche Rechnungen aufstellen.

Der deutsche Nationalismus hat bisher ausschließlich mit der Franzosenhetze gearbeitet. Auf Grund der Wirkung dieser Hetze erhielten bei den Wahlen die deutschen Nationalisten eine solche Machterweiterung! Das Ergebnis dieser Tatsache war, daß die englische „Morning Post“ schrieb: Die Franzosen wären Narren, wenn sie demgegenüber ihre Sicherheiten preisgeben wollten.

Mehrfach ist von der französischen Regierung erklärt worden, daß in Ausführung des Sachverständigenberichts sie die Pfänder an Rhein und Ruhr nur freigäbe, wenn ihr nicht nur allein wirtschaftlich, sondern auch, soweit die Besetzung eine Sicherheit gegen einen deutschen Angriff sei, gleichwertiger Ersatz geboten werde.

Nun haben diese Kreise in Frankreich eine Niederlage erlitten, aber noch hoffen sie, daß die deutschen Nationalisten ihnen in die Hände arbeiten, die Vorschläge der Sachverständigen sabotieren und dadurch die Verantwortung für die Ablehnung selbst übernehmen würden.

Was direkt zu geschehen hat, um die in weiten Kreisen Frankreichs bestehende Furcht vor einem Angriff Deutschlands zu bannen, ist nicht Gegenstand dieser Darlegungen. Aber mittelbar spielt auch dabei die Annahme oder Ablehnung des Gutachtens eine Rolle, weil die erstere, d. h. die Annahme, in der Meinung des Auslands den guten Willen Deutschlands zur Verständigung dokumentieren würde, die Ablehnung des Gutachtens jedoch den bösen Willen Deutschlands hierzu. Nun scheint nach der Niederlage des bloc national in Frankreich der Weg der Verständigung zunächst in der Reparationsfrage frei zu sein.

Wie jedoch über den Willen Frankreichs, sich zu sichern, in weiten Kreisen unseres Volkes eine falsche Vorstellung herrscht, so auch über die Gründe der Hartnäckigkeit, mit der Frankreich an seinen finanziellen Forderungen Deutschland gegenüber festhält. Wie sind da die Tatsachen? Als die deutschen Truppen im Spätherbst 1918 aus Nordfrankreich weichen mußten, waren ca. 54 000 Kilometer Straßen und Wege und rund 2300 km Eisenbahnen gründlich zerstört, waren weitere 2000 km Bahnen erheblich beschädigt; da lagen rund 300 000 Wohnhäuser in Schutt und Asche und waren rund 440 000 andere Häuser schwer beschädigt; da mußten beinahe 23 000 Fabriken wieder aufgebaut oder repariert werden, waren 1600 km Kanäle wieder herzustellen und ebenso 3,3 Millionen Hektar Land, darunter beinahe 2 Millionen Hektar Kulturland. Da waren viele, viele tausend Kilometer Schützengräben mit ca. 300 Millionen Kubikmeter Erde wieder einzuebnen. Der strategische Rückzug des Jahres 1917 hatte einen viele Stunden breiten Gürtel fruchtbaren und bebauten Landes als eine vollkommene Wüste hinter sich gelassen. Mit einer geradezu schauerlichen Systematik war jeder einzelne Obstbaum in der Wurzel ab-

gehackt worden. Noch im Oktober 1918, als längst die berichtigten militärischen Notwendigkeiten entfallen waren, wurden in den nördlichen Departements Frankreichs in den Bergwerken alle Gruben ersäuft, alle Essen gesprengt und alle Maschinen zerlegt.

Auch diese Tatsachen muß man wissen, um zu verstehen, daß Frankreich auf allen Wegen und mit allen Mitteln Ersatz für diese Schäden von den im Kriege Unterlegenen verlangt. Milliarden und aber Milliarden hat Frankreich schon für die Wiedergutmachung dieser Schäden verausgabt. Ganz gewiß, vielfach in recht un Zweckmäßiger Weise! In Frankreich sind Reparations- und Wiederaufbau-Gewinne gemacht worden, die um nichts hinter den Gewinnen ähnlicher Art bei uns im und nach dem Kriege zurückstehen. Die Kreise, die diese Gewinne gemacht haben, haben die von Deutschland unzählige Male angebotenen und von den deutschen Gewerkschaften lebhaft unterstützte und durch eigene Angebote erstrebte wirkliche Wiederaufbauarbeit zu verhindern gewußt.

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, daß die deutschen Eisenbahnen bei einer geeigneten Tarifpolitik ohne Schwierigkeit und ohne Erhöhung der Fahrpreise und der Eisenbahn-Gütertarife ihrem jetzigen Kapitalwert angemessene Erträgnisse bringen könnten. Eine wirtschaftlichere Verwaltung würde diese Besserung des Ertrages bewirken. Die Gutachter betonen ausdrücklich, daß sie auch nicht an unzureichende Löhne denken, sondern an eine Ausmerzung gewisser verschwenderischer Faktoren, sowie an die Verrechnung der Ausgaben auf Kapitalkonto, die dort figurieren müßten.

Der Kapitalwert der Eisenbahnen wird auf 26 Milliarden Goldmark angegeben. Durch alte Schulden würden die Bahnen nicht mehr behindert, denn die Lasten der Eisenbahnen von früher seien durch die Markentwertung gelöscht worden. Die früheren Lasten hätten in der Vorkriegszeit schon die Hälfte der Bruttogewinne, die annähernd eine Milliarde Goldmark betragen, erfordert.

Es erscheint dem Gutachten aussichtslos, irgend etwas aus den Bahnen zu erwarten, das dem vollen Maße der möglichen Besserung auch nur annähernd gleichkomme, solange die Eisenbahn unter der Kontrolle der Regierung bliebe. Der leitende Gedanke der Eisenbahnverwaltung sei in der vergangenen Zeit der gewesen, die Eisenbahn im Interesse der deutschen Wirtschaft zu betreiben. Erst in zweiter Linie hätten die Interessen des investierten Kapitals gestanden. Ein völliger Bruch mit dieser alten Ueberlieferung sei dringendes Erfordernis. Aus dieser Erwägung heraus wird die Umwandlung der deutschen Eisenbahnen in eine auf 50 Jahre zum ausschließlichen Betrieb der deutschen Bahnen konzessionierte Aktiengesellschaft vorgeschlagen.

Diese Umwandlung solle nicht in der Absicht geschehen, Deutschland dadurch die Verwaltung seiner Eisenbahnen zugunsten der Alliierten zu berauben. Sie geschehe nur, um eine mäßige Verzinsung des Anlagekapitals zu erreichen. Solange diese Zinsen einkommen, soll keinerlei Eingriff in die deutsche Leitung der Bahnen in Betracht gezogen werden . . .

Es ist für einen Sozialisten bitter, in die Ueberführung der Reichsbahnen in private Hand zu willigen. Wir haben in den letzten Jahren die namentlich von Stinnes propagierte Umwandlung der Bahnen in eine Aktiengesellschaft stets bekämpft und sie abgewehrt. Und es ist um so bitterer, zuzustimmen, daß die Reichsbahnen einer Aktiengesellschaft mit so starkem Einfluß des Auslandes überantwortet werden. Um so mehr, als ja das Ziel der beabsichtigten neuen Betriebsform die Beseitigung des Einflusses der Regierung ist, deren Tarifpolitik den Interessen der deutschen Wirtschaft diene. Die beabsichtigte Aenderung dieser Tarifpolitik kann für die deutsche Wirtschaft eine erhebliche Erschwerung der deutschen Exportmöglichkeit bedingen. Die gleichen Tarifsätze in England und Deutschland haben natürlich bei dem engen Zusammenliegen der Rohstoffquellen und Produktionsstätten und der nur geringen Entfernung des Sitzes der englischen Industrie von den Ausfuhrhäfen und dem Auseinanderklaffen der Rohstoffbasis und der Hauptindustrien, und namentlich der weiten Entfernung der letzteren von den Ein- und Ausfuhrhäfen in Deutschland sind natürlich für beide Länder von ganz verschiedener Bedeutung. Und doch, wenn man die Gesamtbedeutung der Annahme oder Ablehnung des Gutachtens überlegt, namentlich auch in Berücksichtigung der Tatsache, daß die Reichsregierung im Mai 1923 die Eisenbahnen mit als Pfand für die deutschen Leistungen angeboten hatte, kann man nicht so leichten Herzens und mit den Lebensinteressen des deutschen Volkes spielend einer Ablehnung des Gutachtens das Wort reden, wie es die Deutschenationalen und Deutschvölkischen tun.

Die durch den Plan der Schaffung einer neuen Währungsbank mit dem ausschließlichen Recht der Banknotenausgabe geschehene Einmischung in die deutsche Bank- und Währungspolitik hat für ein souveränes Volk etwas ganz ungemein Niederdrückendes. Der Plan der Sachverständigen bedeutet, auf ein einziges Wort gebracht, die Beseitigung der deutschen Währungshoheit auf fünfzig Jahre. Im Friedensvertrag von Versailles findet dieser Plan keine Stütze. Und doch hat jeder, der sich müht, die Dinge ohne Voreingenommenheit zu sehen, den Eindruck, daß das hier von den Sachverständigen gestellte Verlangen sachlich nicht ungerechtfertigt ist. Deutschland ist zur Reparationszahlung verpflichtet, und das Ausland will nun

endlich eine solche Regelung der aus der Reparationsfrage erwachsenden außenpolitischen Fragen, die immer und immer wieder die Ruhe der Welt erschüttert haben, daß diese Quelle des Streites nach Möglichkeit verstopft ist. Die Welt sieht die derzeitige Unmöglichkeit der Reparationsleistungen in der zerrütteten Währung. Worauf diese Zerrüttung der Währung zurückzuführen ist, ob auf deutsche Schuld, ob auf eine unzweckmäßige Regelung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands, das ist der Welt zurzeit gleichgültig. In andern Ländern wird die Währung im wesentlichen durch die Zentralnotenbank beeinflusst — also soll das in der im Ausland üblichen Form auch in Deutschland geschehen, Die Bank soll ganz unabhängig von der Regierung sein. Gerade dieser Punkt ist es, der jedem Sozialisten die schwersten Bedenken abnötigt. In einer kapitalistischen Wirtschaft wird das Bestreben der Führer dieser Wirtschaft stets dahin gehen, die Zentralbank privatwirtschaftlichen Zwecken dienstbar zu machen. Und das wird ihnen um so leichter gelingen, je geringer der Einfluß des Staates auf die Geschäftsführung der Bank ist. Eine vom Reiche abhängige Zentralnotenbank wird jedoch nach der Richtung der Förderung der allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen beeinflusst werden können. Inwieweit das geschieht, ist allerdings eine andere Frage. Daß auch eine vom Reich beeinflusste Bank zu einer für die ganze Volkswirtschaft verhängnisvollen Finanzpolitik veranlaßt werden kann, hat die Zeit der Ruhrkredite gezeigt. Aber jedenfalls kann der Macht des Finanzkapitals gegenüber eine zielbewußte Regierungspolitik, die sich auf die Reichsbank auswirkt, ein starkes Gegengewicht ausüben. Nun soll die Geschäftsführung der neuen Bank dem Regierungseinfluß entzogen werden. Und das ist um so schlimmer, als auch fremdes Kapital an ihr beteiligt sein wird. Das kann sich um so schwerer auswirken, als, wo Profite winken, auch das nationale Kapital die nationalen Interessen den Profitinteressen gegenüber vielfach in den Hintergrund treten läßt. Aber trotzdem, ein gewisser Einfluß wird dem Reiche doch gegeben sein. Dem aus zwei Personen bestehenden Errichtungs-komitee der Bank gehört der Präsident der Reichsbank an. Das andere Mitglied soll einem der beiden Sachverständigen-Ausschüsse entnommen werden. Dieses Komitee soll die Statuten der neuen Bank aufstellen. Und dieses Statut soll auch die Art bestimmen, wie die deutschen Aktionäre die deutschen Mitglieder des Generalrats der Bank wählen sollen. Die Mitglieder der Leitung der Bank sollen sämtlich Deutsche und der Präsident der Reichsbank auch der erste Präsident der neuen Bank sein. Und schließlich entscheidet doch auch das Lebensinteresse Deutschlands. An ihm ist doch die Arbeiterschaft auch interessiert. Sie wird mit darüber zu wachen haben, daß die Allgemeininteressen nicht zu kurz kommen.

•

Kein Zweifel, wir werden Schweres zu tragen haben. Ich kann ein Wort, das ich vor nunmehr fünf Jahren schon einmal sprach, nur wiederholen: Bei uns in Deutschland wird noch auf lange Jahre hinaus Schmalhans Küchenmeister bleiben. Und mit dieser trüben Aussicht vor Augen komme ich doch zu dem Ergebnis: Im Interesse des deutschen Volkes, der deutschen Arbeiterschaft müssen wir den Plan der Sachverständigen annehmen. Denn was würde geschehen, wenn es nicht der Fall wäre?

Zweifelt auch nur ein vernünftiger Mensch daran, daß es dann mit dem gegenwärtigen labilen, d. h. wie auf einer zitternden Goldwage ruhenden Gleichgewicht der deutschen Währung in dem Sinn vorbei wäre, daß die Rentenmark nicht zu halten ist, und daß sie der alten Reichsmark in den Abgrund folgen würde? Würde man auch nur einen Dollar oder ein Pfund Kredit an Deutschland geben? Etwa die Amerikaner nun gar einem Kabinett Tirpitz? Dem Manne oder einer Regierung seiner Richtung, der der typische Vertreter des unbeschränkten U-Bootkrieges, der Versenkung der „Lusitania“ ist? Kann man denn an der psychologischen Einstellung der Welt, der Amerikaner, der Engländer, vorbeigehen? Der Engländer, die daran denken, daß es dieselbe politische Einstellung ist, die jetzt gegen die Annahme des Gutachtens wühlt und hetzt, die seinerzeit die immer wieder von London angebotenen Flottenabkommen abgelehnt und verhindert hat. Wie soll denn Deutschlands Wirtschaft aufrecht erhalten werden ohne ausländische Kredite? Das Gutachten betont es selbst, daß Deutschland von flüssigem Kapital entblößt ist. Wo es nur irgend möglich war, ist alles flüssige Kapital in feste Anlagen mit bleibendem inneren Wert umgewandelt worden. Das ist geschehen, um es vor der Entwertung zu schützen. Jetzt fehlt das flüssige Kapital. Wer zu monatlichen Verzugszinsen von drei Prozent Kapital geliehen bekommt, ist froh. Kann denn eine Wirtschaft mit einer derartigen Belastung auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein? Und die Belastung geht zum Teil noch wesentlich darüber hinaus. Was wir im vorigen Spätherbst und in den ersten Monaten dieses Jahres als Stabilisierungskrise bezeichneten, das ist sie noch nicht gewesen. Jetzt erst kommt sie. Wir können sie nur mit Hilfe ausländischer Kredite überwinden. Und die kriegen wir nur, wenn im Ausland das Vertrauen zu Deutschland wiederkehrt. Das Ausland meint, daß auf den von den Sachverständigen gezeigten Wegen Deutschland aus seiner verzweiferten Lage herauskommen kann. Dokumentiert Deutschland durch Annahme des Gutachtens die gleiche Auffassung, dann ist das Vertrauensmoment im Ausland gegeben, das die Vorbedingung für fremde Kredite ist.

Und wie meint man wieder in den Besitz der Ruhr zu kommen,

wie die Gefangenen und Opfer des Ruhrkampfes aus den Gefängnissen in die Heimat zurückbringen zu können?

Wie kann man hoffen, endlich einmal zu einem wirklichen Frieden in Europa zu kommen, wenn Deutschland jetzt, wo in der Betonung der Sachverständigen, daß Deutschlands Wirtschaftseinheit und Souveränität wiederhergestellt werden müssen, eine glatte Ablehnung der Poincaréschen Gewaltpolitik ausgesprochen ist, es ablehnen würde, den gezeigten Weg zu beschreiten. Nur elende Demagogie kann das empfehlen.

Wieder steht die deutsche Politik an einem Punkte entscheidender Bedeutung. Als der Krieg ausbrach, baute die damalige Regierung auf das Heer: Als der Krieg einen immer ungünstigeren Ausgang nahm, hoffte sie auf das Mittel des uneingeschränkten U-Bootkrieges. Beide Male hat man die letzte Karte ausgespielt und sie hat nicht gestochen. Und welche Karte haben wir denn nun heute in der Hand? Die Hand ist leer.

Immer und immer wieder hat Deutschland in den letzten Jahren die Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit durch internationale Sachverständige verlangt. Nun ist sie erfolgt. Und nun sollten wir sagen, daß deren Urteil für uns unannehmbar wäre? Kein größerer Dienst wäre ja den Leuten um Poincaré geschehen! Das würde eintreten, was die „Times“ in einem Rückblick über die deutschen Wahlen schrieb, nämlich:

„Wenn das Werk der Experten umsonst war, dann ist alle Hoffnung zuschanden geworden, daß das deutsche Schiff, das schon dicht vor dem Hafen war, dem Untergang entrinnen kann.“

Und es wäre so, wie der Vorsitzende des ersten Ausschusses Dawes bei Uebersendung des Berichts an den Präsidenten der Reparationskommission in seinem Begleitbrief schrieb:

„Die Zurückweisung dieser Vorschläge durch die deutsche Regierung bedeutet die wohlüberlegte Wahl einer Fortdauer der wirtschaftlichen Demoralisation, die als Endergebnis das deutsche Volk in hoffnungsloses Elend verstrickt.“

Wenn Deutschland diesen ersten, zwar für Deutschland schwere Belastung bringenden Versuch, die Reparationsfrage aus dem Bann rein politischer Einstellung heraus auf den Boden rein wirtschaftlicher Erwägungen zu stellen, ablehnt, dann lehnt Deutschland die ihm angebotene Hilfe ab, dann muß der Sicherungswille in Frankreich erneut aufflammen, und die Kreise um Poincaré herum werden ihre Freude am deutschen Verhalten erleben.

Die Annahme des Planes der Gutachter und eine gerechte Verteilung der Reparationslasten wird schwere Kämpfe im deutschen Reichstag mit sich bringen. Die letzten deutschen Wahlen haben

eine Zusammensetzung des Reichstags erbracht, die die Durchführung dieses Gutachtens sehr erschwert. Diese deutschen Wahlen werden im Ausland nicht begriffen. Man sieht in ihnen einen neuen Beweis für die politische Unfähigkeit des deutschen Volkes und seinen mangelnden Wirklichkeitssinn. Man begreift dort nicht, daß ein Volk in solcher Lage derart mit seiner letzten Rettungsmöglichkeit spielen und eine Vertretung in den Reichstag senden kann, die die Gefahr heraufbeschwört, daß der in mühsamer Arbeit aufgebaute internationale Vorschlag in den Papierkorb geworfen wird. In diesen Kämpfen im Reichstag wird die Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ihren Mann stehen.

Das Gutachten und der Kapitalmarkt

Von Kurt Heinig

Bei der Durchführung des Berichtes der Dawes-Kommission werden sich auf dem deutschen und internationalen Geldmarkt ganz neuartige Verhältnisse entwickeln. Der deutsche und der internationale Kapitalmarkt wird bei Durchführung des Dawes-Berichtes im laufenden Jahre, 1924, beansprucht mit:

- 400 Millionen Goldmark zur Schaffung der „Neuen Bank“,
- 500 Millionen Mark zur Uebernahme der Vorzugsaktien der Gesellschaft „Deutsche Eisenbahn“,
- 800 Millionen Mark internationale Anleihe.

Demnach wird der Kapitalmarkt Deutschlands und der Welt noch in diesem Jahre um 1700 Goldmark-Millionen gebeten werden. Uns scheint schon diese Anforderung für den internationalen Geldmarkt eine sehr große Belastung auszumachen. Es darf ja nicht vergessen werden, daß der größere Teil des deutschen Geldbedarfes direkt oder indirekt am Londoner und im besonderen am New Yorker Geldmarkt befriedigt werden muß. Amerika hat bisher, trotz der vielen von ihm übernommenen Anleihen, kaum nennenswerte Beträge nach Europa gehen lassen. Die Geldleute müssen eine völlig veränderte Stellung zu Europa gewonnen haben, wenn sie jenen Riesenbedarf Deutschlands zu decken geneigt sein sollen. Außerdem ist zu beachten, daß in diesem Jahre Deutschland auf dem Geldmarkt der Welt europäische Konkurrenten haben wird. Man rechnet mit der baldigen Ausgabe einer ungarischen Wiederaufbau-Anleihe, sie soll allerdings nur 200 Millionen Goldmark ausmachen. Dazu kommt aber, daß die russische Anleihe mit über 6 Milliarden Goldmark in England schon heute diskutiert wird.

Colbert, der Herausgeber des Londoner „Statist“, errechnete, daß die Kapitalisierung des Dawes-Planes durch Anleihen, wenn sie technisch überhaupt möglich wäre, an den Kapitalmarkt der Welt eine Gesamtanforderung von 44,7 Milliarden Goldmark darstellen würde. Er meint, daß es natürlich lächerlich sei, anzunehmen, daß diese ganze ungeheure Summe — oder selbst nur ein erheblicher Teil von ihr — im internationalen Geldmarkte untergebracht werden könnte, selbst wenn man hierzu einen Zeitraum von einer ganzen Generation annehmen würde. „Wenn aber der Experten-Vorschlag von allen daran interessierten Mächten angenommen wird, so wird dessen Ausführung von Anfang an von der erfolgreichen Unterbringung eines Teiles des Kapitalbedarfes abhängen, der für die vorgesehene Goldnotenbank eingesetzt wurde, und der sich auf etwa 300 Millionen Goldmark beläuft (100 Millionen Goldmark soll der deutsche Markt aufbringen. D. V.). Ferner wird hierbei eine Auslandsanleihe im Betrage von 800 Millionen Goldmark und innerhalb eines Jahres die Unterbringung der Eisenbahnvorzugsaktien in einem Nominalwert von 2000 Millionen Goldmark, also insgesamt 3100 Millionen Goldmark, eine große Rolle spielen.“

Colbert übersieht bei seiner Berechnung, die höhere Ansprüche an den Kapitalmarkt der Welt ergibt als unsere Zusammenstellung, daß 1,5 Milliarden der Vorzugsaktien bis 1925/26 im Gewahrsam der deutschen Eisenbahngesellschaft beiseite gestellt werden sollen, um dann durch den Verkauf an das Publikum die Mittel zur Bezahlung schwebender Schulden und späterer Kapitalausgaben zu beschaffen. Auf jeden Fall wird der deutsche und der internationale Kapitalmarkt im Jahre 1924 mit einer Summe beansprucht werden, die zwischen 1700 und 3100 Millionen Goldmark liegt.

Tarifhoheit und Reichsbahn nach dem Gutachten

Von Dr. C. Mierendorff

Den bisher am stärksten mit kritischer Würdigung bedachten Teil des Dawes-Berichtes bildet der Vorschlag über die Neugestaltung der Reichsbahn. Zwei Fragen sind es, die sich besonders in den Vordergrund geschoben haben:

1. Was wird aus der Tarifhoheit? Und 2. Wird die Reichsbahn diese Last tragen können?

Helfferrich hat in dem letzten Artikel vor seinem Tode die Worte geschrieben: „Die Tarife der deutschen Eisenbahnen werden nicht mehr nach den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft, sondern nach den Wünschen unserer ausländischen Konkurrenten gestaltet werden.“ Ist dem wirklich so?

Zunächst ist festzustellen, daß die allgemeine Höhe der Tarife dort ihre objektive Grenze finden wird, wo eine Uebersteigerung der Tarifsätze zwangsläufig zum Verkehrsrückgang und damit zur Einnahmeverminderung führen muß. Sie ist ferner dadurch begrenzt, daß aus den Einnahmen im Normaljahr nicht mehr als 660 Millionen plus 8% Dividende für die 2 Milliarden Vorzugsaktien (so hoch setzt sie Helfferich in dem betreffenden Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ an, in Wirklichkeit soll ihre Höhe von dem Organisationskomitee der Eisenbahngesellschaft und der deutschen Regierung vereinbart werden) plus der Transportsteuer abgeführt werden sollen.

Die Transportsteuer kann zunächst außer Betracht gelassen werden, da sie bereits in der vorgesehenen Höhe erhoben wird. Es handelt sich um einen Betrag von 820 Millionen, der außer ihr herausgewirtschaftet werden muß. Alles, was an Ueberschuß darüber hinaus erzielt wird, wird entweder im Unternehmen investiert oder fällt als Ertrag an die 13 Milliarden einfacher Aktien. Da diese voraussichtlich in den Händen der deutschen Regierung bleiben werden, würde sich ein Einnahmewachstum im deutschen Staatshaushalt ergeben. Es liegt auf der Hand, daß das Bewirtschaftungsinteresse des Kommissars und der ausländischen Verwaltungsratsmitglieder an diesem Punkte seine natürliche Grenze findet. (Außerdem wird ein gewisser Interessengegensatz zwischen dem Agenten für Reparationszahlungen und dem Eisenbahnkommissar entstehen, weil der Agent sehr großen Wert darauf legen wird, daß der deutsche, ihm Devisen zur Transferierung bringende Export nicht durch zu hohe Tarife lahmgelegt werde.)

Das Ergebnis ist insgesamt: die Limitierung der abzuführenden Summen bildet die entscheidende Sicherung vor dem Mißbrauch des Rechts der Tarifbemessung durch die ausländischen Verwalter.

Nach dieser Feststellung gewinnt die Bestimmung des Gutachtens, daß „die deutsche Regierung insoweit eine Aufsicht über die Tarife und den Dienst der Eisenbahnen haben wird, als es möglich sein mag, um jede unterschiedliche Behandlung zu verhindern und das Publikum zu schützen“ (Weißbuch S. 125), besondere Bedeutung. Da die Höhe der Tarife allgemein, wie eben ausgeführt, nach oben klar begrenzt ist, behält demnach die deutsche Regierung innerhalb dieser Grenze das Aufsichtsrecht, um „unterschiedliche Behandlungen“, d. h. Tarifbegünstigungen oder Benachteiligungen zu verhindern.

Die deutsche Regierung behält also, wenn auch nicht de jure, so doch de facto die Tarifhoheit. Wären die Eisenbahnen schon früher oder entsprechend den Absichten etwa künftig in eigener Regie unter kapitalistischem Rentabilitäts-

gesichtspunkt bewirtschaftet worden, so hätte die „Tarifhoheit“ der deutschen Regierung auch in nichts anderem bestanden.

Tatsächlich liegt also ein großer Unterschied zwischen der „Privatisierung“ auf Grund des Dawes-Berichtes und den Vorschlägen des Reichsverbandes der Industrie vom Sommer vorigen Jahres vor. Hier sind der Ausbeutung der Bahnen Grenzen in Höhe der abzuführenden Beträge gesetzt. Die deutsche Industrie hingegen wollte gegen Auslieferung der Bahnen schlechthin die Zahlung von jährlich 1 Goldmilliarde übernehmen. —

Wie wird aber die Höhe der geforderten Ueberschüsse sich auf die gegenwärtige Tarifgestaltung auswirken? Ein Blick auf die finanzielle Lage der Reichsbahn stimmt nicht besonders pessimistisch.

Die Einnahmen der Reichsbahn haben sich in den letzten Monaten folgendermaßen gestaltet: Januar: 230 Millionen, Februar (Tariferhöhung!): 258 Millionen, März: 301 Millionen. (Ueber die Ausgaben verlautet offiziell nichts.)

Nach einer Mitteilung des Reichsverkehrsministers betrug die Einnahme im Monat Januar — Wirklichkeit — insgesamt 230 Millionen, was einem Jahresbetriebsüberschuß von ca. 150 Millionen entspräche. Ein Anhaltspunkt über die Ueberschüsse gibt ferner der Rückkauf des Reichsbahnnotgeldes. Er betrug im Januar, Februar und März an nichtwertbeständigem Reichsbahnnotgeld 78,3 Millionen, an wertbeständigem im März 20,6 Millionen, in Summa im ersten Quartal rund 100 Millionen.

Aller Wahrscheinlichkeit nach dürften die Einnahmen im April ungefähr 350 Millionen betragen. Da die durchschnittlichen Monatsausgaben im Jahre 1913 (Wirklichkeit ohne Elsaß-Lothringen) 203 Millionen betragen haben, so würde bei einer 50%igen Goldentwertung im Monat April noch immer ein Reinüberschuß von rund 50 Millionen vorgelegen haben oder, auf das ganze Jahr umgelegt, rund 600 Millionen. Das ist aber eine sehr geringe Schätzung infolge Zugrundelegung der denkbar ungünstigsten Ausgabeverhältnisse.

Auf der Brüsseler Sachverständigenkonferenz hat seinerzeit die deutsche Delegation den Ertrag der Eisenbahnen im Jahre 1914 bei einem Netze von 55 000 km auf 609 Millionen Goldmark beziffert. In den belgischen Studien zur Reparationsfrage wird dazu gesagt, daß der Verminderung des Netzes um 10% eine Erhöhung der Rentabilitätsmöglichkeit durch den Ausbau während des Krieges gegenüberstehe, die diesen Ausfall an der Länge ausgleiche. Daher könne mit demselben Ertragnis wie 1914 gerechnet werden, d. h. unter Berücksichtigung der rund 50%igen Goldentwertung mit rund einer Milliarde Goldmark.

Die Entwertung des Goldes seit 1914 wird bei der Kritik der geforderten Eisenbahnüberschüsse überhaupt zu wenig oder

gar nicht in Rechnung gezogen. Der Brutto-Betriebsüberschuß von 1913 — 1001 Millionen — (Wirklichkeit ohne Elsaß-Lothringen) entspricht einer heutigen Summe von 13—1500 Millionen. Daher sind auch die aufzubringenden Summen (290 Millionen der Transportsteuer plus 660 Millionen Normalleistung plus 160 Millionen Dividende gleich 1110 Millionen nur 730 bis 840 Millionen Friedensgoldmark, wenn man eine 30- bis 50%ige Goldteuerung in Rechnung stellt. Diese Summe liegt aber ebenfalls wieder innerhalb der im Frieden (immer ohne Elsaß-Lothringen) aufgebrauchten Ueberschüsse.

Es ist daher nicht anzunehmen, daß das augenblickliche Tarifniveau erhöht werden müßte, um die geforderten Ueberschüsse entstehen zu lassen. Die im ersten Jahr zu zahlenden 200 Millionen dürften auf jeden Fall ohne besondere Anstrengung aufgebracht werden. Bis zur Erreichung der Normalzahlung bleiben aber bekanntlich 4 Jahre Schonfrist.

Dieser Ueberschlag beruhigt zweifellos über den Passus des Gutachtens, wonach bei der „ernsten Gefahr eines nahen Fehlbetrages“ der Kommissar die effektive Leitung (d. h. teilweise oder im ganzen ausbeuten, verpachten oder verkaufen) übernehmen kann.

Die internationale Presse zum Gutachten

Von Kurt Heinig

Wenn von der Weltkritik am Expertenbericht, soweit sie bisher in Deutschland bekannt geworden ist, gesprochen wird, dann steht das Urteil von Keynes selbstverständlich an erster Stelle. Seine kritischen Bedenken sind am stärksten gegenüber dem Teil des Planes, der die Schaffung einer Atempause des Friedens und der Ruhe erreichen will. Die Dawes-Kommission setze eine sehr schnelle Erholung der deutschen Zahlungsbilanz voraus. „Die Vorschläge für das dritte und vierte Jahr gründen sich auf Schätzungen des Steuerertrages für diese Zeit, die mindestens ebensogut falsch wie richtig sein können. Wenn sich diese Schätzungen als falsch erweisen, wird Deutschland dann wieder einmal eine Verfehlung in der Ausführung begangen haben oder nicht?“ Keynes wird dann noch schärfer. Er schreibt weiter:

„Wie dies auch sein mag, die Begrenzung des tatsächlichen Moratoriums auf einen so kurzen Zeitabschnitt bedeutet den grundlegenden Fehler, Deutschland während der ersten Zeit seiner voraussichtlichen Gesundung die Möglichkeit abzuschneiden, seinen Wohlstand durch Zinseszins zu vergrößern. Es ist unmöglich, daß Deutschland in der Folge größere Zahlungen macht, wenn ihm der gesamte Produktionsüberschuß beinahe von Anfang an weggenommen wird, bevor es noch Zeit gehabt hat, seinen Bestand an

Produktionsmitteln wieder aufzubauen. Die Kürze der Frist, welche wahrscheinlich vergehen wird, bevor die Episoden der sogenannten „Verfehlungen“ wieder einsetzen, hat außerdem die Wirkung, daß nicht genügend Zeit für eine fühlbare Abschwächung politischer Erbitterung und Furcht vorhanden sein wird. Nichtsdestoweniger werden die Härten des Moratoriums und der folgenden Periode der Dauerzahlungen durch die Vorschläge für die Zahlungsformen gemildert. .“

Trotz aller Bedenken faßt Keynes seine Meinung dahin zusammen, daß Deutschland bessere Bedingungen als die des Dawes-Berichtes kaum erwarten könne.

„Die Ziffer von 2500 Millionen Goldmark entspricht, abgesehen von möglichen Abschlägen, dem niedrigsten Betrag, der bisher in irgendeinem offiziellen Plan erwähnt wurde, nämlich dem Mindestbetrag der Vorschläge Bonar Laws vom Januar 1923. Der Betrag mag sich als zu hoch erweisen, aber es sind Bürgschaften für seine Herabsetzung vorgesehen. Das Komitee ist der Gefahr aus dem Wege gegangen, einen den jährlichen Zahlungen entsprechenden kapitalisierten Gesamtbetrag zu erwähnen.“

Dem Dawes-Projekt für die Ueberführung der deutschen Zahlungen an die Alliierten steht Keynes recht abwartend gegenüber. Hier handele es sich um völlig neue Ideen in einem solchen Umfang, daß sich ihre Auswirkungen heute noch nicht übersehen lassen könnten. In den Kontrolleuren und Vertrauenspersonen der Alliierten sieht er die Möglichkeit einer objektiven Erkenntnis der wirklichen wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands.

Der schon erwähnte „Wirtschaftsdienst“ hat sich der beachtlichen Mühe unterzogen, wichtige Äußerungen führender Auslandsblätter und Zeitungen zu den Gutachten zu übersetzen. Wir finden da z. B. Bemerkungen der englischen Wochenschrift „New Statesman“, die der Arbeiterpartei nahe steht. Sie betonen, daß, ganz gleich, ob der Sachverständigenbericht angenommen werde oder nicht, für alle zukünftigen Diskussionen, die über das Reparationsproblem noch stattfinden würden, er die Grundlage abgeben werde. Es heißt dann:

„Was die Beträge der Jahreszahlungen anbelangt, so sind die Sachverständigen ungefähr in Uebereinstimmung mit der Schätzung, die das vernünftige Ausland seit langem gehabt hat. Für ein Land, das wie das Nachkriegsdeutschland gestellt ist, stellen die 2,5 Milliarden Mark im Jahre keine übermäßige Last dar — unter der Voraussetzung, daß man ihm gestattet, seine volle Produktionsfähigkeit zu entwickeln.“

Das Organ der konservativen intellektuellen Kreise Englands „Spectator“ ist hinsichtlich der Möglichkeit der Zahlungsübertragungen außerordentlich skeptisch. Es betont, daß Deutschland eine aktive Handelsbilanz von jährlich 2,5 Milliarden Mark aufweisen müsse, wenn der „Agent für Reparationen“ von der „Neuen Bank“ aus jährlich 2½ Milliarden in fremden Valuten überweisen wolle. „Deshalb sind wir durch die noch ferne, aber doch mögliche Aussicht auf jährliche Reparations-

zahlungen zu nochmaliger Ueberprüfung unserer alten Zweifel veranlaßt, ob wir tatsächlich Reparationen gebrauchen können oder nicht.“ Und weiter heißt es: „Wenn wir nicht die Waren abnehmen, wird der Geldüberweisungsausschuß nicht in der Lage sein, an uns das Geld abzuführen. Wenn wir die Waren übernehmen, so werden wir zweifellos nicht wünschen, sie bei uns selbst zu produzieren.“ Der Artikel schließt damit, daß festgestellt wird, es wäre voreilig, wenn man behaupten wolle, daß das Reparationsproblem gelöst sei.

Der „Economist“ sieht die größte Bedeutung des Dawes-Berichtes darin, daß die Presse der Vereinigten Staaten ihn sowohl für gerecht wie für gesund und klug erklärt habe.

Der bekannte Nationalökonom und Politiker Einaudi kritisiert im „Corriere della Sera“ im besonderen die von der Dawes-Kommission vorgeschlagene Regelung der Zahlungsüberweisung. Einaudi fragt ironisch, ob man schon einmal einen Gläubiger vor der Vision der allmählichen Vermehrung seines eigenen Bankdepots habe erschrecken sehen. „Und doch ist das alles richtig. Diese Reparationen sind ein Alpdruck, solange sie nicht bezahlt sind . . ., sie werden sich zu einem noch größeren Alpdruck gestalten, wenn sie bezahlt werden und man nicht wissen wird, wie man sie unter die Gläubiger verteilen soll.

Die „New York Times“ hat durch eine Rundfrage bei einer Reihe von angesehenen Bankiers die Aussichten über die Unterbringung der 800-Millionen-Anleihe festzustellen versucht. Sowohl Mitchel, der Präsident der National City Bank, wie Bush, der Präsident der Handelskammer des Staates New York, begrüßen die Sachverständigenberichte. Ueber die Aussichten für die Unterbringung der im Sachverständigenbericht vorgesehenen Anleihe für Deutschland — schweigen sie sich aber aus. Die „New York Times“ stellt zusammenfassend fest, daß der Weg bis zur Anleihe noch weit sei, und daß noch viel Arbeit zu tun bleibe. Von den mehr optimistischen Bankhäusern sei die Hoffnung zum Ausdruck gebracht worden, daß die Anleihe im Frühherbst erledigt werden könne. Andere meinten, daß wohl vor den Novemberwahlen nicht daran zu denken sei.

In „The Economic World“ behandelt Anderson von der Chase National Bank im besonderen die Erkenntnis des Sachverständigenberichtes, daß ein Unterschied zwischen der deutschen Zahlungsfähigkeit und der Leistung an das Ausland bestehe. Er untersucht das sogenannte Transfer-System (das System der Ueberweisungen an die Alliierten, wie es der Dawes-Bericht vorschlägt) besonders gründlich. Er sieht aber immer wieder die Notwendigkeit, daß Deutschland, um seine Verpflichtungen erfüllen zu können,

einen großen Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr erzielen muß. Andernfalls müsse der ganze Plan der Reparationszahlung als hoffnungslos aufgegeben werden. Anderson sieht auch eine Entwicklung niedriger Preise in Deutschland und hoher Preise in Frankreich und England in Auswirkung jener Kapitaltransportierung voraus. Wenn man aber das Geld nicht überweise, und es, wie es vorgesehen sei, um Erschütterungen zu vermeiden, wieder in Deutschland ausleihe, so würde das eine gewaltige Stärkung der deutschen Wirtschaft bedeuten, die sich ebenfalls wieder in einem steigenden Ueberschuß der Produktion Deutschlands auswirken müsse.

Ein Rückblick auf die Bergarbeiterkämpfe

Von Heinr. Löffler

Scharfe wirtschaftliche Kämpfe wurden in den letzten Wochen in Westfalen, Oberschlesien und Sachsen geführt. Dem aufmerksamen Beobachter kam ihr Ausbruch nicht überraschend, denn seit Monaten hatte sich unter den Bergarbeitermassen eine tiefe Verstimmung eingestellt. In einem Aufstieg der kommunistischen Stimmen bei der Reichstagswahl und während dieser Kämpfe fand sie ihre Entladung.

Als Objekt stand die Frage der Arbeitszeit im Vordertreffen. Es dürfte noch in allgemeiner Erinnerung sein, daß die westfälischen Bergwerksunternehmer im Oktober 1923, nach der Aufgabe des passiven Widerstandes und vor der Wiederaufnahme der Produktion, den Versuch unternommen hatten, die Arbeitszeit einseitig auszudehnen auf die Länge, wie sie bis November 1918 bestanden hatte: 8½ Stunden unter Tage und 9—12 Stunden (einschl. Pausen) über Tage. Der Versuch mißlang zwar, aber dennoch hat er großes Unheil angerichtet, denn der Glaube an die Vertragstreue der Unternehmer hatte einen argen Stoß erhalten. Das Mißtrauen hat denn auch spätere Verhandlungen beeinträchtigt. Die Leitungen der Bergarbeiterorganisationen haben sich aber nie den wirtschaftlichen Notwendigkeiten verschlossen. Nachdem das Vorhaben der Unternehmer abgewehrt und die Micum-Verträge abgeschlossen waren, wurde für den Ruhrbergbau ein Ueberarbeitsabkommen vereinbart, mit dem Ziel, „die schleunigste Erreichung des Friedensförderanteils“ anzustreben. In den anderen Bergwerksrevieren folgte man diesem Beispiel.

Die Bergarbeiterverbände übernahmen mit dem Ueberarbeitsabkommen eine sehr schwere Belastung, weil neben ihrer Durchführung eine Verminderung der Belegschaft einherging. Viele zehntausend Bergarbeiter dürften darin einen unlösbaren Widerspruch erblickt haben. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn von den großen Arbeitermassen werden wirtschaftliche Erfordernisse oft erst recht spät erkannt. Manchmal sogar zu spät. Die Bergarbeiter hafteten mit ihren Gedankengängen während der Durchführung des Ueberarbeitsabkommens noch zu sehr in der Inflationszeit, in welcher das Produktionsproblem in der Hauptsache von der Produktionsmenge und weniger vom Standpunkt der Produktionskosten beurteilt wurde. Die Produktionskosten waren in Papiermark bestritten worden und waren, vom Standpunkt einer festen Währung aus gesehen, oft lächerlich gering. Die fort-

dauernde Entwertung gab der deutschen Industrie die Möglichkeit der schärfsten Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Die Lohnkosten sind unter normalen Bedingungen ein wesentlicher Bestandteil der Produktionskosten des Bergbaues. In der Inflationszeit war dies nicht der Fall. Nach den tariflichen Vereinbarungen betrug der Durchschnittslohn für das Ruhrrevier, vom 1. Januar bis 1. August 1923, auf der Basis Goldmark, umgerechnet nach dem Dollarmittelkurs, 1,66 Mark und für Niederschlesien gar nur 1,22 Mark. Berechnet man die Lohnkosten nach diesem Durchschnittslohn für das Ruhrgebiet, unter Zugrundelegung des Absatzeffektes für 1922, der zum mindesten auch 1923 unter normalen Bedingungen erzielt worden wäre, dann würde eine abgesetzte Tonne Kohle mit 3,04 Goldmark Arbeiterlohnkosten belastet gewesen sein. Für den niederschlesischen Steinkohlenbergbau betrug die Lohnbelastung einer abgesetzten Tonne Kohlen vom 1. Januar bis 31. Juli 1923 3,45 Goldmark. So gering waren die Lohnkosten noch zu keiner Zeit gewesen. Die Werke haben von diesem Zustand auch keinen Vorteil gehabt, denn die Kohle stand unter gebundener Preiswirtschaft und die Kohlenpreise änderten sich auch in der schlimmsten Inflationsperiode nur wöchentlich einmal und nicht täglich zweimal. Da gab es Perioden, in denen für eine Tonne Kohle auch nur 2—3 Goldmark vereinnahmt wurden. Als dann die Stabilisierung durchgeführt wurde und die Löhne auch nur auf ein erträgliches Maß gebracht werden mußten, damit die Menschen leben konnten, änderte sich die Lage vollständig. Um die Arbeiterlöhne zu halten bzw. zu steigern und den Kohlenpreis zu senken, mußte eine Erhöhung des Fördereffektes je Arbeitereinheit angestrebt werden. Um dies Vorhaben zu erreichen, wurden die Ueberarbeitsabkommen vereinbart oder durch Schiedsspruch im Schlichtungsverfahren festgelegt. Für den Ruhrbergbau drängten die bekannten Micum-Verträge im besonderen noch zu einer solchen Regelung.

Die Ueberarbeitsabkommen hatten eine Gültigkeit bis Ende April. Während ihres Bestandes hätten die Unternehmer nichts beginnen sollen, was die Arbeiter reizte und die Lage der Bergarbeiterverbände erschwerte. Eine solche Rücksichtnahme übten die Unternehmer leider nicht. Zunächst wurde der Lohn der Ruhrbergarbeiter Mitte Dezember 1923 um einen beträchtlichen Teil gekürzt und dann am 1. Februar der Manteltarif gekündigt. Das waren schwere Fehler, welche vom Zechenverband begangen wurden. Sie zeigten, daß man in diesem Lager noch nicht gelernt hat, auf die psychologische Einstellung der Arbeiter Rücksicht zu nehmen. Die Folgen blieben nicht aus, denn die Organisationen kündigten das Ueberarbeitsabkommen. Die dann geführten Verhandlungen hatten kein Ergebnis, zeigten aber, daß der Zechenverband das Bestreben hatte, unannehmbare Verschlechterungen im Manteltarif durchzuführen. Daß man sich unter solchen Voraussetzungen auf der Arbeiterseite nicht bereit erklärte, die Ueberarbeit fortzusetzen, ist nur zu verständlich. Von den Organisationen wurde die Parole ausgegeben, ab 1. Mai nur die alte, im Manteltarif und der Arbeitsordnung vorgesehene Arbeitszeit, von 7 Stunden unter Tage und 8 Stunden über Tage zu arbeiten. Als die Arbeiter der Parole der Organisationen folgten und nach der Ableistung dieser Arbeitszeit die Betriebe verließen, erfolgte ihre Aussperrung. Es war die erste große Aussperrung im Bergbau.

Am 28. April fällt der Schlichter für Rheinland und Westfalen einen Schiedsspruch, der im wesentlichen die Bedingungen aufrecht erhielt, wie sie im früheren Ueberarbeitsabkommen bestanden hatten, aber für die Kokereiarbeiter einige Verbesserungen enthielt. Die Gewerkschaften lehnten diesen Schiedsspruch deshalb ab, weil für die Ueberarbeit kein besonderer Lohnaufschlag gewährt wurde, und die Unternehmer

lehnten ihn ab wegen der Verbesserungen für die Kokereiarbeiter, so daß also am 1. Mai keine Vereinbarung und kein Schiedsspruch bestand, wonach Ueberarbeit zu leisten gewesen wäre. Am 3. Mai erklärte dann der Reichsarbeitsminister, nachdem er die Parteien angehört hatte, den Schiedsspruch für verbindlich, nahm aber hierbei, trotz des Widerspruchs der Arbeitnehmervertreter, Abänderungen vor. Dergleichen ist nach der Schlichtungsordnung statthaft, wenn beide Parteien mit den Abänderungen einverstanden sind. Da aber hier eine Partei ausdrücklich gegen die Abänderungen Einspruch erhoben hatte, war nach der Schlichtungsordnung diese Verbindlichkeitserklärung rechtsunwirksam. Dessen scheint man sich auch im Reichsarbeitsministerium bewußt geworden zu sein, denn es wurde dann auf diesen Akt kaum noch Bezug genommen. Hingegen wurde aber ein Juristenkollegium berufen, welches, unabhängig von diesem Schiedsspruch, die Frage juristisch prüfen sollte: Welche Arbeitszeit ab 1. Mai im Ruhrbergbau bestanden hätte. Die Gutachter kamen zu folgendem Ergebnis: Am 1. Mai war die Arbeitszeit in folgender Weise geregelt:

1. Die normale Arbeitszeit betrug sieben Stunden nach Maßgabe des § 2 des Manteltarifs.
2. Zugleich bestand die Verpflichtung zur Leistung von einer Ueberstunde nach Maßgabe des Tarifabkommens vom 29. November 1923.
3. Bei der Schwierigkeit der rechtlichen Beurteilung ist nicht anzunehmen, daß die Weigerung der Arbeitnehmer zur Leistung der Ueberstunde auf ein schuldhaftes, vertragswidriges Verhalten zurückzuführen ist!

Ein salomonisches Urteil. Die Unternehmer haben recht, die Arbeiter trifft aber kein „schuldhaftes, vertragswidriges Verhalten“. Außerdem wird diese Rechtsauffassung von anderen Juristen entschieden bestritten. Es lohnt sich nicht, sich des längeren damit aufzuhalten. Vor allen Dingen konnte dieses Gutachten keinen Einfluß auf die Beilegung des schweren Konfliktes ausüben und verfehlte daher seinen Zweck.

Am 14. Mai trat dann auf Grund freier Bestimmung der Parteien ein Schlichtungsausschuß in Berlin zusammen. Er regelte zunächst die Streitfragen aus dem Manteltarif und fand damit die Zustimmung der Arbeiter. Die Unternehmer lehnten die Regelung ab. Das von den unparteiischen Beisitzern dieses Schlichtungsausschusses formulierte Ueberarbeitsabkommen wurde von beiden Parteien abgelehnt. Nach erneuter Beratung nahm dann der Zechenverband den Schiedsspruch an, während die Arbeiter nur den Teil über den Manteltarif annahmen. Noch immer war nicht sichtbar, wann der schwere Konflikt sein Ende finden würde.

Schließlich wurde vom Arbeitsministerium ein neues Schlichtungsverfahren eingeleitet, und in diesem ein Schiedsspruch gefällt, der es ermöglichte, daß die Arbeit am 2. Juni aufgenommen wurde. Vier volle Wochen hatten die Arbeiter standgehalten. Diese Widerstandsfähigkeit war ihnen von den Unternehmern nicht zugetraut worden. In diesem Lager war die Meinung verbreitet gewesen, daß die Abwehr der Arbeiter nach höchstens 14 Tagen zusammenbrechen würde, weil es an den Mitteln zur Unterstützungszahlung fehlte. Es ist anders gekommen. Die Arbeiter haben gewiß furchtbare Not gelitten, aber sie standen fest und haben höchste Disziplin gehalten. Dieser Kampf dürfte Veranlassung geben, daß man sich vor künftigen Unterschätzungen hütet und darum den Bogen weniger straff spannt.

Der Kampf hat aber auch während seiner ganzen Dauer und besonders bei seinem Abschluß bewiesen, daß die Arbeiter den An-

weisungen der gewerkschaftlichen Organisationen folgen und die Parolen der Kommunisten und Unionisten unbeachtet lassen. Wären die Arbeiter den Parolen dieser Leute gefolgt, dann würde der Abschluß des Kampfes unstreitig zum Nachteil der Arbeiter ausgegangen sein.

Der Kampf begann mit einer Aussperrung. Die Arbeiter wollten 7 Stunden unter Tage und 8 Stunden über Tage arbeiten. Das genügte dem Zechenverband nicht und darum verfügte er die Aussperrung. Die Kommunisten aber redeten und schrieben allenthalben von einem Generalstreik. Der Zechenverband war natürlich mit dieser Darstellung sehr zufrieden, denn sie befreite ihn von der Verantwortung. Oder sollte dies gar der Zweck des kommunistisch-unionistischen Geschreies gewesen sein?

Auch gegen den Abbruch des Kampfes wehrten sie sich mit allen Mitteln. Die Bergarbeitermassen wurden aufgefordert, die „Verräter“, welche an den Verhandlungen teilgenommen hatten und nun zur Arbeitsaufnahme unter den Bedingungen des Schiedsspruches aufriefen, zu erschlagen, sich für die Fortsetzung des Kampfes Waren dort zu holen, wo sie zu finden wären. Diese und noch viele andere Empfehlungen, die den Bergarbeitern in Flugblättern und Versammlungen gegeben wurden, zeigen, wohin der Weg gehen sollte. Einen Erfolg haben die Herren damit nicht gehabt. Am ersten Arbeitstag, am 2. Juni, waren schon bereits 85 Prozent der Arbeiter zur Arbeitsaufnahme erschienen. Damit war bewiesen, daß die Arbeiter auf die Narrenparolen nichts gaben und sich ein durchaus klares Denken bewahrt haben. Diesem Verhalten und ihrer Zähigkeit haben sie den günstigen Abschluß des schweren Kampfes zu danken.

Bei der Niederschrift dieses Aufsatzes sind die Kämpfe in Oberschlesien und Sachsen noch nicht beigelegt. Verhandlungen hierfür sind vorgesehen. Hoffentlich führen auch sie zu einem Ergebnis wie im Ruhrgebiet, damit auch dort die Produktion bald wieder aufgenommen wird. Dann aber ist erforderlich, daß das Reparationsproblem einer schnellen Lösung entgegengeführt wird. Es ist unerträglich, daß die Provinzen Rheinland und Westfalen noch länger die Reparationslasten allein tragen sollen. Daraus hat sich mehr oder weniger der schwere Wirtschaftskampf entwickelt. Er brachte einen Produktionsverlust von über 200 Millionen Goldmark und einen Lohnverlust von über 50 Millionen Goldmark. Während des Kampfes sind verschiedene Berechnungen über die Rentabilität des Ruhrbergbaues trotz der Micum-Lasten veröffentlicht worden. Dergleichen Berechnungen sind mehr problematischer Art. Sie können die Tatsache, daß der Ruhrbergbau unter den Micum-Verträgen mit großen Verlusten arbeitet, nicht aus der Welt schaffen. Der preußische Handelsminister, Gen. Siering, teilte im Landtag mit, daß die westfälischen Staatsbergwerke, ausschließlich der Bergwerksgesellschaft Hibernia, seit der Betriebsaufnahme im vergangenen Herbst, unter der Wirkung der Micum-Verträge, ein Defizit von 25 Millionen Goldmark aufzuweisen hätten. Diese genauen Angaben beziehen sich zwar nur auf die Staatsbergwerke, aber bei den privaten Gesellschaften ist die Lage auch nicht anders. Daß die Arbeiter unter dieser Defizitwirtschaft, ausgehend von den Micum-Verträgen, zu leiden haben, ist klar. Es ist darum mit höchster Eile eine andere Regelung anzustreben. In dieses Vorhaben darf von deutscher Seite keine Verzögerung hineingebracht werden, denn das wäre unverantwortlich. Erst wenn eine andere Verteilung der Lasten erfolgt ist und die Reparationskohlenlieferungen auch bezahlt werden, wird eine Gesundung der Werke und eine Besserung der Arbeiterlage anzustreben sein. Dann, aber auch nur dann, wird der Arbeitsfriede im Ruhrbergbau gesichert sein.

Die ländliche Arbeiterschaft und ihre Stellung zum Staat

Von Georg Schmidt, M. d. R.

Um die Jahrhundertwende wurde aus Ostpreußen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands der Antrag unterbreitet, einen besonderen Verband für die Landarbeiterschaft zu gründen. Der Anreger dazu war der Genosse Braun, jetzt preußischer Ministerpräsident. Die Gewerkschaften müßten für die Landarbeiterschaft eine Grundlage schaffen, mittels der ihre Lage verbessert werden könnte. Auch bestehe ein großes Interesse, die ländliche Arbeiterschaft für den sozialistischen Gedanken zu gewinnen. Ein Verband müsse geschaffen werden, der unter Anpassung an die eigenartigen Verhältnisse der ländlichen Arbeiterschaft sein Tätigkeit ausübt, dann würde die ländliche Arbeiterschaft mit eintreten in den Befreiungskampf des Proletariats.

Wohl wurde an den maßgebenden Stellen die Begründung des Antrages als stichhaltig angesehen, jedoch glaubte man, daß die Zeit noch nicht gekommen sei, um einen solchen Verband mit Aussicht auf Erfolg ins Leben zu rufen. Auch kam hinzu, daß für die Organisierung der ländlichen Arbeiterschaft der Fabrikarbeiter-Verband zuständig war. Wie es auch bei uns üblich ist, wurde die Frage auf mehrere Tagungen der organisierten Arbeiterschaft mit aller Gründlichkeit beraten. Zwei Generalversammlungen des Fabrikarbeiter-Verbandes beschäftigten sich mit diesem Antrag. Als im Jahre 1908 das Reichsvereinsgesetz in Kraft trat, das mehr Bewegungsfreiheit bot, schritt man dann zur Gründung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes. Nach einem zustimmenden Beschlusse des im Jahre 1908 in Hamburg stattgefundenen Gewerkschaftskongresses wurde im Jahre 1909 der Deutsche Landarbeiter-Verband gegründet. Am 1. Juni waren 15 Jahre verflossen seit der Zeit, da der Verband offiziell seine Tätigkeit begann.

Zuerst wurde der Verband von den Gegnern verlacht und verspottet. Gar bald aber wurde der Verband von den Landwirten, ganz besonders dem Bund der Landwirte mit allen Mitteln bekämpft, weil der Organisationsgedanke unter der Arbeiterschaft in Feld und Wald Anklang fand. Es wurden Erhebungen veranstaltet und die Behörden aufgefordert, diesen Verband zu verbieten und aufzulösen. Zu den Verbänden, die der damalige Berliner Polizeipräsident v. Jagow sich aussuchte, um die reaktionären Bestimmungen des Vereinsgesetzes im Kampfe gegen die Gewerkschaften anzuwenden, gehörte auch der Landarbeiter-Verband. Es geschah dies kurz vor Ausbruch des Krieges. Damals hatte der Verband rund 20 000 Mitglieder in Deutschland. Den Anfängen zu widerstehen war das Leitmotiv der Reaktion.

Die Tätigkeit der Gewerkschaften und auch der Sozialdemokratischen Partei war in der damaligen Zeit im wesentlichen beeinflußt durch die industrielle und gewerbliche Arbeiterschaft. Das hatte ganz natürliche Gründe; es darf darum den früher tätigen Genossen und Körperschaften daraus kein Vorwurf gemacht werden. Durch die Tätigkeit des Landarbeiter-Verbandes ist auch die Landarbeiter-Frage mehr ins Rollen gekommen; mit Freuden kann man feststellen, daß heute die ländlichen Fragen, die ja mit den Landarbeiterverhältnissen in engem Zusammenhang stehen, in unseren Reihen eine bessere Beurteilung erfahren, als dies früher der Fall war.

Bei früheren Wahlen, unter dem alten Wahlkreis-System, war es für die Genossen gewissermaßen ganz selbstverständlich, daß, wenn die letzten Wahlresultate aus den Landbezirken der Wahlkreise einliefen, daß dann die Stimmen der Gegner, ganz besonders die von rechts, zu-

nahmen und die sozialistischen Stimmen zurückgedrängt wurden. Heute liegen in dieser Beziehung die Verhältnisse erheblich anders. Schon bei den Wahlen, die in den verflossenen Monaten zu den Landtagen stattfanden, war festzustellen, daß die rein ländlichen Gebiete gute Stützen der Sozialdemokratischen Partei sind. Bei den Reichstagswahlen ist diese Tatsache noch viel mehr in Erscheinung getreten. Aus fast allen Gebieten Deutschlands wird berichtet, daß der gewissermaßen natürliche Rückgang der sozialistischen Stimmen bei dieser Reichstagswahl in den Landgebieten nicht so erheblich war als dies leider in den Städten und Industriegebieten in die Erscheinung trat. Genaue Feststellungen und Einzelergebnisse darüber liegen noch nicht vor. Bei der Zersplitterung des Parteiwesens in Deutschland, die ganz besonders bei den letzten Wahlen auf das Wahlergebnis einwirkte, ist es um so schwerer, Vergleiche mit früheren Wahlen zu ziehen.

Der Deutsche Landarbeiter-Verband ist in den rein ländlichen Gebieten und hier wieder ganz besonders auf den Gutshöfen die Arbeiterbewegung! Wohl hatte die Partei in den stürmischen Zeiten nach dem Zusammenbruch auch auf dem eigentlichen platten Lande Parteivereine gebildet, die leider einen Rückgang erfahren haben. Es war eine Ueberlastung des platten Landes mit allen möglichen Organisationen, auch in unserem Sinne zu verzeichnen. In dieser Beziehung ist naturgemäß eine Ernüchterung eingetreten. Jedenfalls ist es keine Uebertreibung, daß mindestens ein Dutzend sozialdemokratischer Reichstagsmandate der besseren Stimmenabgabe auf dem Lande zu verdanken sind. Der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen wäre sicher noch größer gewesen, wenn es in den zurückliegenden 15 Jahren nicht gelungen wäre, die Stützpunkte auf dem Lande zu schaffen und noch mehr, zu erhalten. Wenn auch die Landarbeiter-Organisation den für jeden denkenden Menschen verständlichen Rückgang erfahren hat, so bleibt doch beachtenswert, daß heute das platte Land mit einem weitverzweigten Netz von Mitgliedschaften und Vertrauensleuten der sozialistischen Arbeiterbewegung überspannt ist.

Trotz dieser verhältnismäßig günstigen Resultate, haben wir uns aber doch ernstlich zu überlegen, wie es gelingt, unseren Einfluß auf dem Lande zu erhalten und vor allen Dingen weiter auszubauen. Will man in diesem Sinne wirken, dann muß man sich erst in das Geistesleben der Landarbeiter hineindenken. Die historisch gewordenen Verhältnisse der Landarbeiterschaft erfordern es, daß diese wichtige Arbeiterschicht durch den Staat geschützt und gestützt wird. Es liegt mehr als ein Körnchen Wahrheit darin, daß die ländliche Arbeiterschaft in ihrer Grundeinstellung konservativ ist. Damit ist natürlich nicht die konservative Parteieinstellung gemeint, aber die Landarbeiterschaft hängt an der Scholle und erwartet von den Freunden, die sich um sie bemühen, praktische Arbeit und Erfolge zu ihren Gunsten.

Einem großen Teil der ländlichen Arbeiterschaft ist zum Bewußtsein gekommen, daß es die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokraten waren, die die ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zu freien Staatsbürgern erklärt haben. Das hat der Rat der Volksbeauftragten getan durch die Verordnung vom 12. November 1918, die da lautet:

„Die Gesindeordnungen und Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiterschaft sind aufzuheben.“

Ein neues Recht wurde ferner durch Drängen und erhebliche Mitwirkung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes in der vorläufigen Landarbeitsordnung geschaffen, der die Nationalversammlung Gesetzeskraft gab. In der kaiserlichen Zeit wurde zwar viel geredet und geschrieben über die Hebung der Lage der Landarbeiterschaft, aber geschehen ist nichts.

Es muß aber auch betont werden, daß diese Erfolge, die nach dem Zusammenbruch erzielt wurden, ohne viel eigene Mitwirkung der ländlichen Arbeiterschaft in den Schoß gefallen sind. Die Freiheit als Staatsbürger hat die Landarbeiterschaft der Staatsumwälzung und hier wiederum den Sozialdemokraten zu verdanken. In wirtschaftlicher Hinsicht hat die Landarbeiterschaft den freien Arbeitsvertrag, den Tarifvertrag, der von der organisierten, industriellen und gewerblichen Arbeiterschaft geförderten Gewerkschaft, dem Landarbeiter-Verbande, zu verdanken. Erfolge in der Tarifrfrage waren damals leichter zu erzielen unter dem Drucke der allgemeinen Verhältnisse, als dies heute der Fall ist.

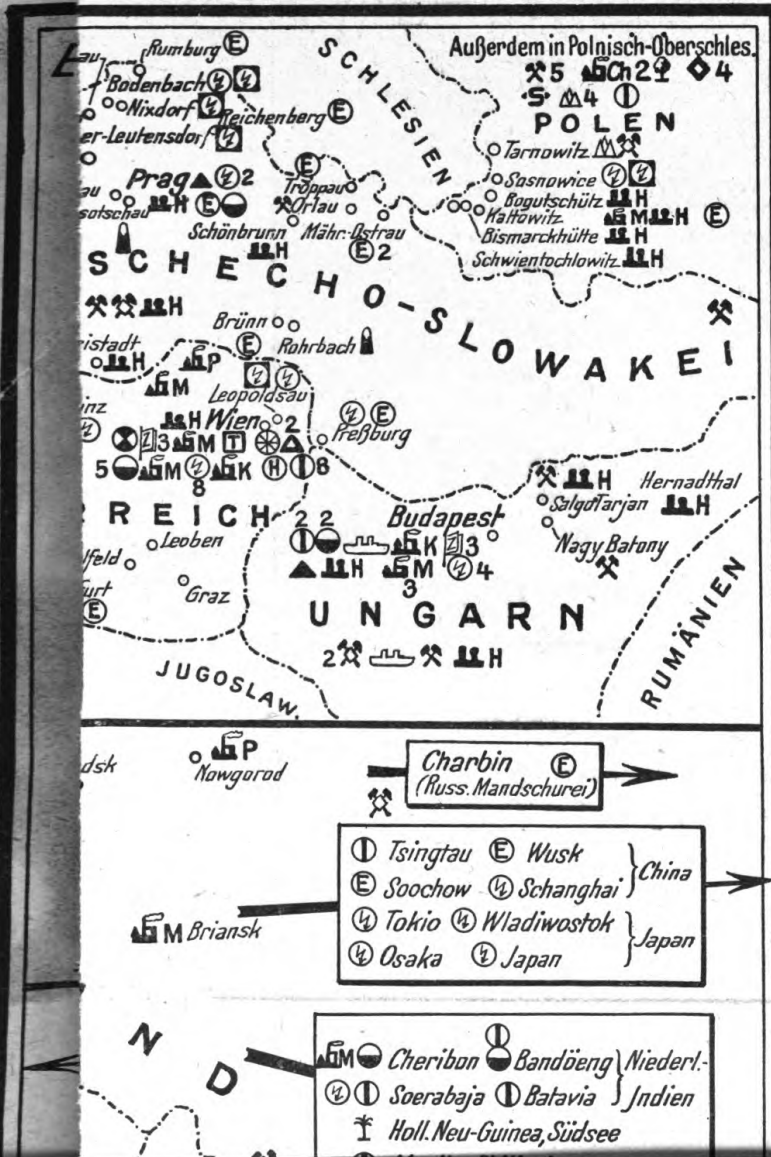
Dies hatte natürlich auch seine Schattenseiten. Die ländliche Arbeiterschaft wurde im gewissen Sinne verwöhnt, weil wegen der Sicherung der Ernährung die behördlichen Organe, wiederum durch den sozialistischen Einfluß, auf den Abschluß von Tarifverträgen hinwirkten.

Die Landarbeiter sind mit ihrem Eintritt in das Organisationsleben der klassenbewußten Arbeiterschaft gewissermaßen gleich mit dem Tarifvertrag als Gewerkschaftler geboren worden. Auch hier gilt die alte Lebensweisheit, daß, was man nicht in harten Kämpfen errungen hat, auch nicht richtig gewürdigt wird. Berücksichtigt man die Tatsachen, so darf es jedenfalls als erfreulich bezeichnet werden, daß in der gegenwärtigen Zeit, wo die Reaktion wieder Oberwasser gewonnen hat, diese Stützpunkte der Arbeiterbewegung auf dem Lande erhalten blieben, ganz besonders in Ostelbien, dem Lande der landwirtschaftlichen Großbetriebe.

Die Stelle, wo die Reaktion am meisten verwundbar ist, das ist das Verhältnis der Gutsherren zu ihren „Untertanen“, d. h. den Massen der Landarbeiterschaft. Es ist selbstverständlich, daß in den Zeiten nach der Revolution die Arbeitgeber in der Landwirtschaft kein Mittel unversucht ließen, um die Landarbeiterschaft wieder an ihre Seite zu bringen. Während der Zeit der Allgemeinbewirtschaftung der Lebensmittel, der sogenannten Zwangswirtschaft, hatten die Landwirte auch Erfolge zu ihren Gunsten bei der ländlichen Arbeiterschaft zu verzeichnen. Den gewerkschaftlich und politisch ungeschulten Landarbeitern war es natürlich leicht einzureden, daß dadurch, daß den Landwirten die Preise für ihre Produkte vorgeschrieben waren, sie auch nicht die Löhne zahlen konnten, die sie gerne zahlen mochten.

Das war eine beachtenswerte Gefahrenklippe für die nach der Revolution an Mitgliederzahl so ausgedehnte Landarbeiter-Organisation. Wir sagen ausdrücklich an Mitgliederzahl ausgedehnten Organisation, denn an dem geistigen Zusammenhalt fehlte es unter dieser Berufsgruppe mehr als wie in irgendeiner anderen Gewerkschaft. In den damaligen Zeiten wurden Massen von Flugblättern und Zeitungsartikeln unter der Landarbeiterschaft verbreitet, worin darauf hingewiesen wurde, daß die sozialistische Regierung „die Landwirtschaft“ vernichte, d. h. die Landwirte zugrunde richte und damit auch die Landarbeiter. Ganz besonders in Pommern, wo man sich diese Agitation ein erhebliches Stück Geld hat kosten lassen, und mit großen finanziellen Opfern auch ein gelber Arbeitnehmersverband geschaffen wurde, hat man mit dieser Agitation Erfolge erzielt. Aber durch diese skrupellose Agitation der Arbeitgeber und deren Beauftragten wurde die Landarbeiterschaft aufgerüttelt und zum Denken erzogen.

Ohne großen Widerstand haben die Landwirte in der Zeit der Inflation eingewilligt, ihren Arbeitern mehr Lohn in Form von Naturalien, den sogenannten Deputaten, hauptsächlich an Getreide zu bewilligen, ja selbst anzubieten. Die Deputatslieferungen an die Landarbeiterschaft wurden in zweifacher Hinsicht als Kampfobjekt benutzt. Einerseits um den unbequemen Landarbeiter-Verband zu bekämpfen, indem man den Arbeitern einredete, daß die Arbeitgeber ihren Arbeitern gerne freiwillig höhere Löhne zukommen lassen. Andererseits um die sogenannte sozia-



Außerdem in Polnisch-Oberschles.

5 4 2 4
S A 4 1
POLEN

SCHLESIEN
SCHECHO-SLOWAKEI

REICH
UNGARN
RUMÄNIEN
JUGOSLAW

Charbin (Russ. Mandschurei)

① Tsingtau	⊕ Wusk	} China
⊕ Soochow	⊕ Schanghai	
⊕ Tokio	⊕ Wladiwostok	} Japan
⊕ Osaka	⊕ Japan	

⊕ Cheribon	⊕ Bandöeng	} Niederl.
⊕ Soerabaja	⊕ Batavia	
⊕	Holl. Neu-Guinea, Südsee	} Indien
⊕		

aber
mehr
und

listische, geschmackvoll sagte man: die „sozialistisch-jüdische“ Regierung zu bekämpfen, weil diese Regierung daran schuld sei, wenn nicht noch mehr Deputat gegeben würde usw. Diese geschickte Agitation der Rückschrittler war nicht ohne Erfolg, sie sollte uns lehren, daß der reine Verbraucherstandpunkt auch nicht immer das Richtige ist.

Es vollzieht sich jetzt ein erfreulicher Umdenkungsprozeß innerhalb der Teile der ländlichen Arbeiterschaft, die aus obengenannten Gründen den Schamkeitönen ihrer Arbeitgeber gefolgt sind. Da glücklicherweise jetzt nach Goldwerten gerechnet wird, gehen nun die Landwirte, ganz besonders in den Bezirken, wo der Kampf mit dem Deputat mit aller Rücksichtslosigkeit durchgeführt wurde, dazu über, die Deputate abzubauen. Die Gewerkschaftsarbeit erfährt daher jetzt wieder eine gerechtere Beurteilung. Wenn auch ein beachtenswerter Teil zur Organisation noch nicht wieder zurückgekehrt ist, so ist doch festzustellen, daß die Unorganisierten mit dem Verbands sympathisieren. Das ist für die Zurückgewinnung sehr wertvoll, auch wenn man sich sagen muß, daß diese Aufgabe sehr schwierig sein wird.

Die Landarbeiterschaft sieht nun ein, daß sie während der Inflationszeit auch dem Inflationstau unterlegen ist, d. h. mit Zustimmung der Arbeitgeber damals Erfolge erzielt hat, die eigentlich keine Erfolge waren. Auch auf dem Lande sehen wir heute überall einen Abbau. Rücksichtslos gehen die Arbeitgeber dazu über, alle Erfolge, die in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht erzielt wurden, zu beseitigen. Dadurch wird seitens unserer Gegner selbst dafür gesorgt, daß die Landarbeiter die Ueberzeugung gewinnen, daß die Kreise, die immer davon schwätzen, der Klassenkampf, der „Marxismus“ müsse beseitigt werden, selbst den Klassenkampf entschieden führen. Weil nun die Verhältnisse klarer liegen, versteht die Landarbeiterschaft viel eher, daß sie den gleichen Kampf zu führen hat, wie die städtische und industrielle Arbeiterschaft und wird auf das Gerede von der sogenannten Dorfgemeinschaft nicht mehr viel geben. Durch die skrupellose Agitation der Landbünde ist die Verständigung zwischen Stadt und Land nicht gefördert worden. Jene Demagogen haben zwar immer betont, daß sie dem Volke dienen wollten. Tatsächlich war aber das direkte Gegenteil richtig. Die beste Verständigung zwischen Stadt und Land wird herbeigeführt durch die Solidarität der ländlichen und städtischen Arbeiterschaft. Auf diesem Gebiete wurde in dem letzten Jahrzehnt viel erreicht.

Für die Stellung der Landarbeiterschaft zum Staat ist aber noch entscheidend, wie es dem Staate gelingt, der Landarbeiterschaft behilflich zu sein, bei den Bestrebungen zur Hebung ihrer Lage. Da der Streik für die ländliche Arbeiterschaft noch mehr als für andere Arbeiterschichten eine zweischneidige Waffe ist, weil damit auch das Risiko in ihrer eigenen kleinen Wirtschaft verbunden ist, wird die Landarbeiterschaft von den Parlamenten und der Regierung mit aller Entschiedenheit fordern müssen, daß sie geschützt wird vor weiterer Verelendung. Ein zurzeit geltender Stundenlohn von 25 bis 30 Pfennig im Reichsdurchschnitt bedeutet auch auf dem Lande keine Sicherung der Existenz. Dabei muß man immer und immer wieder sagen, daß bei diesem Stundenlohn alles eingerechnet ist, was der Landarbeiter in bar und Naturalien und durch Wohnungsgewährung verdient. Die Gefahren des Landarbeiterstreiks im Hinblick auf die Volksernährung sind seit jeher sehr übertrieben worden und werden heute noch viel mehr als früher übertrieben. Wenn man aber will, daß der Landarbeiterstreik nur in seltenen Ausnahmen stattfinden soll, dann ist es Aufgabe des Staates, d. h. des Volksganzen, dafür zu sorgen, daß für eine so wichtige Berufsschicht Einrichtungen geschaffen werden, wodurch bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, des Wohnungswesens, des Arbeiterschutzes für Frauen und

Jugendliche usw. Ergebnisse erzielt werden, die die Arbeiterschaft auf dem Lande einigermaßen befriedigen.

Die Landarbeiter sagen sich, wenn man sich über den kleinsten Streik in der Landwirtschaft aufregt, dann soll man die Arbeitgeber auf eine andere Art verpflichten, uns ein auskömmliches Dasein zu sichern. Vor allen Dingen tut not der Ausbau des Schlichtungswesens, wobei der formal-juristische Standpunkt nicht den unheilvollen Einfluß haben darf, wie es jetzt leider der Fall ist. Lohnkämpfe sind Tatsachen, mit denen sich eine jede Regierung abfinden muß. Lohnkämpfe sind keine Rechtsfragen, was anscheinend jetzt im Arbeitsministerium der Weisheit letzter Schluß ist. Mit Paragraphen ist noch niemals die soziale Frage gelöst, besser gesagt in einzelnen Phasen ein Ausgleich herbeigeführt worden. Das haben heute auch weite Kreise der ländlichen Arbeiterschaft begriffen.

Das etwa ist es, was die Landarbeiter vom Staate erwarten; sie werden die Partei unterstützen, die in diesem Sinne wirkt und das ist die Sozialdemokratie. In ihrer Grundeinstellung lehnt die Landarbeiterschaft die revolutionär sein wollende Taktik: „Alles oder nichts“ ab. Sie will planmäßig aufbauende Tätigkeit und wird und muß daher den Staat bejahen. Gewiß hat auf dem Lande auch die hirnverbrannte Agitation der Kommunisten zum Teil Erfolg gehabt. Wir halten aber diese Episode auf dem Lande für überwunden, wie wir auch überzeugt sind, daß die kommunistischen Bäume selbst in den Städten und Industriebezirken nicht in den Himmel wachsen und auch da bald ein Umschwung zugunsten des sozialistischen Gedankens zu verzeichnen sein wird.

Diese Tatsachen legen aber ganz besonders der Sozialdemokratischen Partei eine große Pflicht auf. Daß die Fraktion im Ausbau des Schlichtungswesens, der Arbeitsgerichte, der Arbeiterschutzgesetze und in der vielgestaltigen sozialen Versicherungsgesetzgebung das Aeufßerste zur Vertretung der Landarbeiter-Interessen erstreben wird, ist selbstverständlich. Der Ruf, „Hinaus aufs Land“, zur politischen und gewerkschaftlichen Betätigung, muß aber viel mehr beachtet werden. Zwar werden dort diejenigen, die hinausziehen, keine großen Versammlungen erwarten, in den kleineren Versammlungen werden sie sicher von ihrer Tätigkeit befriedigt werden, als dies in den großen Versammlungen in Städten und Industriebezirken der Fall ist. Gewiß soll und wird die Partei ihre Tätigkeit in den Städten und in den Industriebezirken nicht vernachlässigen. Da wir aber nach wie vor in Zeiten leben, wo man von einer vollen Klärung der Verhältnisse noch nicht sprechen kann und vielleicht ein neuer Wahlkampf der Partei bevorsteht, sollte man schon jetzt daran denken, planmäßig das Landgebiet zu bearbeiten. Unsere Gegner erkennen, was für einen Rückhalt für sie die Kleinstädte und das platte Land bieten; auch Sozialdemokraten sollten nicht verkennen, daß bei fast allen Revolutionen das Land die Reihen der Reaktion stärkte. Wenn es dieses Mal anders gekommen ist, so ist dies jedenfalls zu einem beachtenswerten Teil mit auf die Tätigkeit der sozialistisch denkenden Landarbeiterschaft und deren Organisation zurückzuführen. Wirken wir also weiter in diesem Sinne, dann wird der Hort der Reaktion auf dem Lande, den wir nie für so groß gehalten haben, nicht weiterwachsen, sondern weiter zurückgedrängt werden. Je mehr wir zu gesicherten Verhältnissen kommen, desto mehr wird dies eintreten, aber mithelfen müssen wir bei diesem Werk, damit der sozialistische Gedanke unter der Landbevölkerung immer festere Wurzeln schlägt.

Das Bollwerk Preußen

Von Heinrich Waentig, Mitglied des preußischen Landtags

Die dramatischen Vorgänge, die sich im Spätherbst 1922 im Deutschen Reichstag abgespielt haben, um nach dem üblichen Hin- und Her vertraulicher Verhandlungen hinter den Kulissen und der darauffolgenden programmatischen Erklärungen in der Öffentlichkeit zum ruhmlosen Rücktritt des Erfüllungskabinetts Wirth und zum Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung zu führen, wurden von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Landtags von Anbeginn aufmerksam verfolgt und eifrig kommentiert. Wiederholte sich doch dort fast in allen Einzelheiten jene politische Tragikomödie, deren für den Neuling in diesen Dingen vielleicht überraschende Wendungen wir bereits im Frühjahr 1921 bei der langwierigen Neubildung der preußischen Landesregierung aus eigener Erfahrung hinreichend kennengelernt, und deren Irrungen und Wirrungen wir in der halbjährigen Ära Stegerwald bis zum Grunde auskosten haben. Von der parlamentarischen Kinderkrankheit proletarischer Nur-Klassenpolitiker, jener doktrinären Koalitionsstützigkeit, waren wir geheilt. Aber es war eine kostspielige Pferdekur gewesen; kostspielig schon um deswillen, weil wir bei unserem Wiedereintritt in die Regierung naturgemäß ein weit geringeres Maß politischen Einflusses zugebilligt erhielten, als wir es zweifellos hätten bewahren können, wenn wir in nüchterner Anerkennung der veränderten Mehrheitsverhältnisse entschlossen zugegriffen, anstatt uns als stärkste Partei in die Opposition, d. h. in den Schmollwinkel zurückzuziehen. Dennoch war, was wir damit retteten, der Mühe wert.

Ob die Erfahrungen, die wir in Preußen gemacht, ohne weiteres auf das Reich anwendbar waren, bleibe dahingestellt; jedenfalls war, wie immer in solchen Fällen, damals das Urteil in unserem Kreise über die Taktik der Reichstagsfraktion geteilt. Heute jedoch dürfte Einhelligkeit der Meinungen darüber bestehen, daß der von ihr bewirkte Sturz des Kabinetts Wirth und ihr Ausscheiden aus der Reichsregierung, außen- wie innenpolitisch betrachtet, ein verhängnisvoller Fehler war, dessen, wie der Verlauf des vergangenen Jahres gezeigt, in jeder Hinsicht verderbliche Folgen für das Schicksal der deutschen Republik geradezu unabsehbar gewesen wären, wenn nicht, wie ein Fels in stürmischer Brandung, in den Wirren der Reichspolitik unerschüttert das Bollwerk Preußen gestanden hätte. Denn trotz der von uns in Bayern und im Reich geübten „Opposition“, trotz der von uns aus Sachsens und Thüringens Regierungskanzleien erhobenen „Proteste“, wäre die deutsche Demokratie wohl längst das Opfer irgendeiner reaktionären „Patentlösung“ geworden, wenn nicht die noch immer viel verlästerte

preußische „große Koalition“ sie in ihren starken Schutz genommen hätte. Daß der preußische Innenminister Severing von der Tribüne des Landtags herab erklären konnte, Preußens Polizei gestatte keine Putsche mehr, hat vielleicht mehr als alles andere zum Zusammenbruch der von München aus vorbereiteten Konterrevolution beigetragen.

Bedurfte es übrigens noch eines Beweises für die Wichtigkeit der vorläufigen Erhaltung der preußischen „großen Koalition“, so genügte es, auf die immer erneuten Angriffe zu verweisen, denen sie im Laufe der letzten Jahre gerade von seiten der erklärten Gegner des republikanischen Gedankens ausgesetzt worden ist. Schon zur Zeit des Sturzes des Kabinetts Wirth munkelte man in rechtsgerichteten Kreisen von der unabweisbaren politischen Notwendigkeit, die Zusammensetzung der Regierung Preußens derjenigen der neuen bürgerlichen Reichsregierung anzupassen, wie man sich auszudrücken beliebte. Mit viel größerer Offenheit wurde dann die gleiche Forderung im vergangenen Herbst gelegentlich der parlamentarischen Kämpfe um die Annahme des Ermächtigungsgesetzes erhoben. Heute, nach den Reichstagswahlen, piffen es die Spatzen von den Dächern, daß um den Preis der Opferung Dr. Stresemanns, des volksparteilichen Vertreters des Gedankens der „großen Koalition“ im Reich, und der endgültigen Ausschaltung der Sozialdemokratie aus den Regierungen der Länder, in erster Linie Preußens, die deutschnationale Parteileitung nur allzu bereit gewesen wäre, die bisher von ihr wütend bekämpfte Erfüllungspolitik fortzuführen und durch Annahme des Sachverständigengutachtens dem deutschen Volke ein „zweites Versailles“ zu bereiten. Wer solche Opfer zu bringen weiß, muß wissen, warum er es tut!

Stinnes und seine Konzerne

Von Robert Schmidt, M. d. R.

Die Tendenz in der kapitalistischen Entwicklung, die Konzentration der Betriebe zu einer immer vollkommeneren Form zu gestalten, hat während des Krieges, noch mehr aber in der Folgezeit gewaltige Fortschritte gemacht. Nicht mit Unrecht wird darauf hingewiesen, daß in Deutschland eine kleine Gruppe von Leuten einen bestimmenden Einfluß in der Schwerindustrie ausübt, um von dort aus weiter ihr Herrschaftsgebiet auch auf die Industriezweige auszudehnen, die sich bisher den Kartell- und Syndikatsbestrebungen entzogen haben. Die Kartellorganisationen im Bergbau und Hüttenbetrieb zeigten schon vor dem Kriege eine gewisse Höhe der Entwicklung, aber es fehlte nicht an widerstrebenden Tendenzen, die solche Organisationsgebilde in ihrer inneren Festigung erschütterten. Diese Bestrebungen in neuerer Zeit lassen zwar den Zusammenschluß gleichartiger Betriebe oder auch Unternehmungen, deren Interessenkreis gebildet wird im aufsteigenden Produktionsprozeß von der Kohle bis zum Fertigfabrikat, nicht außer acht, sie festigen aber

ihre Stellung und ihre wirtschaftliche Macht durch die Beherrschung der Unternehmungen von der Finanzseite. Diese Bindung ist stärker als der reine Kartellvertrag, der nicht selten in seiner Vollständigkeit erst erreicht wurde im harten Konkurrenzkampf gegen die Außenseiter. So vollzog sich in dem Zusammenballen großer Konzerne eine schnelle Fortentwicklung der kapitalistischen Entwicklung, die in ihrer finanziellen Beherrschung der Unternehmungen charakteristisch ist. Kein an sich neuer Entwicklungsvorgang; aber durch das Riesenmaß der Ausdehnung und der Machtentfaltung einiger Personen zog er die Aufmerksamkeit auf sich.

Und alles das vollzog sich in einer Zeit der wirtschaftlichen Schwächung Deutschlands, der Verarmung des Volkes, des finanziellen Verfalls von Reich, Staat und Gemeinden; — ein Widerspruch ungeheurer Art. Indes, gerade die Zerrüttung der Währung in Deutschland hat das Zusammenballen des Kapitals in nie gekannter Weise gefördert. Dieser Entwicklungsprozeß bietet volkswirtschaftlich in seinen Einzelheiten ein sehr interessantes Kapitel. Nur wenige werden über das Ineinandergreifen der Verbindungen innerhalb der großen Konzerne einen klaren Ueberblick haben; denn die führenden Männer wollen ihre Absichten und Pläne möglichst im Dunkeln halten.

Es war deshalb eine verdienstvolle Aufgabe, als der Verlag für Sozialwissenschaft im Jahre 1922 eine eingehende Untersuchung über die Ausdehnung und den Werdegang der AEG. veröffentlichte. Wir erhielten Einblick in all die Beteiligungen an Unternehmungen des In- und Auslandes bis zum Zusammenschluß der weltbekannten großen Unternehmungen der Elektrizitätsindustrie und der Betriebe, die ihnen Roh- und Halbfabrikate zuführen.

In einer Neuerscheinung des Verlags wird von Pauf Ufermann und Carl Hüglin gleichsam das Werk fortgesetzt und eine Untersuchung des Stinneskonzerns, bis in alle seine Verzweigungen systematisch geordnet, zur Ausführung gebracht. Es ist nicht ein bloßes Aneinanderreihen der Gesellschaften, die diesem Einfluß unterstellt sind, sondern zugleich auch eine knappe kritische Darstellung des geschichtlichen Werdegangs und der kapitalistischen Entfaltung des Machtbereichs dieses größten Gründers in der Inflationsperiode. Gewiß, das Erbe, das Stinnes übernahm, bot schon die Grundlage eines angesehenen und bedeutenden Unternehmens, aus dem nun ein geschickter und energischer Mann den Aufbau zu einem Wirtschaftsgebilde unternahm, das nahezu keinen Zweig der Großindustrie, des Handels und Verkehrs unberührt ließ.

Sehr oft begegnet man dem Einwand, daß die Pläne von Hugo Stinnes des Systematischen entbehren, man habe den Eindruck, daß er alles wahllos zusammenraffte, was sich ihm bot. Das mit vielem Fleiß zusammengetragene Material über den Stinneskonzern gibt keinen Anhalt für die Systemlosigkeit seiner Gründungen und Finanztransaktionen; es läßt vielmehr nur erkennen, wie es ihm darum zu tun war, restlos ein Wirtschaftsgebilde zu schaffen, das, in sich abgeschlossen, sich selbst genügt, ohne Abhängigkeit von einem anderen Produktionsgebiet. — Es ist der Staat im Staate. Daraus erklärt sich auch der unausgesetzte Kampf dieses Mannes gegen irgendwelche Beengung des Wirtschaftslebens, mit der seine Schöpfung in starken Gegensatz geraten mußte. Er mußte frei verfügen in seinem Reich, um alle die ungeheuren Vorteile ausschöpfen zu können, die sich ihm erschlossen. Wird dieses Gebilde nach dem Tode des Gründers zusammengehalten, dann wird es bei der festen Stabilisierung der Mark erst in der kommenden Zeit den Riesenvorteil erkennen lassen, der ihm innewohnt. Hier ergibt sich als weitere Ausgestaltung in technischer, kaufmännischer und organisatorischer Beziehung, daß jede Konkurrenz schwei-

gend sich der Diktatur des Konzerns beugen muß. Dann erst wird auch dem blödesten Auge klar werden, welche Macht der Kapitalismus in seiner vollkommensten Entwicklungsform in sich vereinigt.

Aber nicht nur eine Macht auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern hinübergreifend in das politische Staatsgetriebe. Auch hier hat Stinnes sein Ziel klar und bestimmt gesteckt. Er wußte den Wert der Presse zu würdigen, erwirbt ein Verlagsgeschäft nach dem anderen, hält ein Zeitungskorrespondenzbüro aus, bringt politische Tageszeitungen in seinen Besitz, dringt in die Provinzpresse und Wochenzeitschriften ein; er kauft große Waldungen auf, deren Holzbestände in seinen Papierfabriken verarbeitet werden, um politisch das Geschäft mit möglichst geringem Kostenaufwand zu betreiben. Diesem Mann wäre es ein leichtes gewesen, eine Tageszeitung zu einem so geringen Preis anzubieten, daß jede Konkurrenz erschlagen worden wäre. Er hatte vorläufig von diesem Machtmittel keinen Gebrauch gemacht, was nicht sagen will, daß es zu gegebener Zeit geschehen wäre. Gerade diese Unternehmungen gehören zu dem eigentlichen Privatkonzern von Hugo Stinnes, über den folgendes gesagt wird:

„Die Zellstoff- und Zellulosefabriken, Ländereien, Rittergüter mit ausgedehnten Waldungen, Hotels, Zeitungskorrespondenz- und Verlagsgeschäfte, Margarinefabriken, Petroleumgesellschaften, Schiffsreedereien, Export- und Importunternehmungen, Geschäftsstellen im In- und Ausland und vieles andere werden von der Privatinitiative des Konzernkönigs beherrscht. Natürlich hat er auch hier seine Beauftragten, Generaldirektoren, Bankiers usw., aber mehr oder weniger folgen diese seinen Weisungen und sind ihm für ihr Tun und Lassen verantwortlich.“

Dieser Konzern zieht aus der Inflationsperiode nicht nur direkt, sondern auch indirekt seinen Nutzen. Treffend heißt es darüber:

„Als eine Ironie der deutschen Zustände kann es wohl gelten, daß derjenige Mann in Deutschland, der von der Geldentwertung am meisten verdiente, auch sein eigener Gelddrucker ist. Die Reichsbank mußte an alle größeren Druckereien Aufträge zum Geldnotendruck erteilen. Infolge ihrer Größe und ihrer technischen Einrichtungen bekamen die Stinnesschen Druckereien einen erheblichen Teil zum Druck zugewiesen. So verdiente Stinnes schon an dem Geld, ehe es die Druckerei verließ.“

Sehr anschaulich wird in dem Werk geschildert, wie Stinnes seinen Einfluß in bedeutende Bankunternehmungen zur Ausführung brachte. Ein nicht geringes Aufsehen rief seinerzeit das Eindringen in die Berliner Handelsgesellschaft hervor. Stinnes erwarb hier im Jahre 1922 ein Aktienpaket von 40 000 Aktien, ein Finanzgebaren, das wie folgt geschildert wird:

„Der Ankauf eines so großen Aktienpakets, wozu mehr als eine Milliarde Mark, Mitte 1922 eine Riesensumme, notwendig war, ließ die außerordentliche Finanzkraft des Herrn Stinnes klar hervortreten. Dies in einer Zeit, wo sich die deutsche Regierung alle erdenkliche Mühe gab, dem Ausland die Armut Deutschlands zu zeigen. Daß sich bei solcher Diskrepanz bezüglich der Finanzen des Reichs und einzelner Privatleute die Reparationskommission ihre eigenen Gedanken machte, ist begreiflich.“

Fortgesetzt wurde diese Transaktion mit dem Eindringen in den Barmer Bankverein:

„Wie bei der Berliner Handelsgesellschaft, erforderte auch dieses Geschäft eine nicht geringe Summe. Stinnes ließ ein ziemliches Aktienpaket des B.B.V. zusammenkaufen. Der hierdurch entfachte Börsenkampf trieb den Kurs der B.B.V.-Aktien auf 180 000 v. H. Stinnes war schon einige Monate nach der Interessenahme an der Berliner Handelsgesellschaft in der Lage, die Ausgaben bestreiten zu können, die der Auf-

kauf der B.B.V.-Aktien erforderte. Ein Beweis, welche Geldmittel ihm zu jeder Zeit zur Verfügung standen. —

Der Barmer Bankverein eröffnete Ende 1923 eine Zweigniederlassung in Amsterdam. Als deren Leiter der Baron van der Heydt, Teilhaber der van-der-Heydt-Kerstens-Bank, gewonnen wurde. Damit würde wieder ein weites Tor geöffnet sein, wo die Devisen des Herrn Stinnes ein- und ausströmen.“

Wie schon dargelegt, waren dem Konzern die Grenzen Deutschlands zu klein; er suchte sein Tätigkeitsfeld mit Eifer auch im Ausland auszudehnen. Es ist deutlich erkennbar, daß gerade hier für die kommende Entwicklung die Sicherungen eingesetzt wurden. Die Erwerbung der Ausbeute von Erzkvorkommen, bei der Armut des Erzkvorkommens in Deutschland, der Aufkauf von Petroleumfeldern im Ausland, alles deutet darauf hin, daß der Aufbau des Konzerns planmäßig und weitausschauend betrieben wurde.

Die Verfasser des Werkes, die uns einen interessanten Einblick in dieses Getriebe des Stinneskonzerns gewähren, sind sich darüber klar, daß sie bis in alle Einzelheiten die Fäden, die diese großkapitalistische Gründung von einem Unternehmen zum andern spann, nicht entwirren konnten, ebensowenig wie es ihnen gelingen konnte, die Finanzverbindungen, die sonst noch unsichtbar getrieben wurden, in ihrer Vollkommenheit darzustellen. Aber das Werk verrät eine gründliche Arbeit, die tief eindringt in das verzweigte Getriebe des größten Konzerns, daneben zeigt es uns eine Persönlichkeit, die es verstand, in einer Zeit starker wirtschaftlicher Erschütterung eine Macht zu konzentrieren, über deren wirtschaftliche und politische Bedeutung kein Zweifel besteht.

Wer einen Einblick in die Periode der neueren kapitalistischen Entwicklung gewinnen will, der wird in der Schilderung des auf kapitalistischem Grund emporwuchernden gewaltigen Unternehmens ein lehrreiches Beispiel finden.

Die internationalen Tagungen in Wien

Von Paul Ufermann

Wien, den 5. Juni 1924.

Wenn den Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongreß in Wien und den Mitgliedern der Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale, deren Tagung heute ebenfalls hier begonnen hat, die Einzelheiten ihrer Beratungen längst aus dem Gedächtnis entschwunden sein werden, so wird ihnen eins noch immer lebhaft vor Augen stehen: Die gewaltige Straßendemonstration des Proletariats von Wien und Umgegend, deren Zeuge wir soeben sein konnten. Es gibt wohl keine Stadt der Welt, die eine so wuchtige, disziplinierte und feinorganisierte Kundgebung zustandebringen kann, als Wien. Diese Menschen, die da in Zehnerreihen stundenlang ununterbrochen an uns vorüberzogen, legen nicht nur von einer glänzenden Organisation und einer vorzüglichen systematischen Schulung Zeugnis ab, sondern sie zeigen auch, zu welchen Leistungen die Arbeiterklasse fähig und imstande ist, wenn Einigkeit und Geschlossenheit dem Ganzen das Gepräge geben.

Die Demonstration hatte einen doppelten Charakter. Sie sollte als eine Begrüßung der internationalen Gäste durch das Wiener Proletariat dienen, zum andern sollte sie eine Warnung an die andersgesinnten Kreise Oesterreichs sein, das unglückliche Attentat auf den Bundeskanzler Seipel nicht als einen Wendepunkt in der Machtgruppierung der hiesigen Politik zu betrachten. Ist man doch von seiten der Christlich-Sozialen und der Großdeutschen eifrig bemüht, der Sozialdemokratie das Attentat an die Rock-

schöbe zu hängen. Man glaubt endlich eine Handhabe zu besitzen, den Aufstieg der Sozialdemokratie zu hemmen. Eine wüste Hetze gegen die Sozialdemokratie wird seit dem verhängnisvollen Sonntag betrieben. Angesichts dieser Tatsache war die Demonstration eine Notwendigkeit, ein Menetekel, in der Hetze gegen die Arbeiterschaft Maß zu halten.

Schon um 2 $\frac{1}{2}$ Uhr war das Parlamentsgebäude von einer dichten Menschenmenge umlagert. Ganz Wien war auf den Beinen, obwohl die Industriellen die Einstellung der Arbeit abgelehnt hatten. Um $\frac{3}{4}$ 5 Uhr kamen die Vertreter der Internationale in geschlossenem Zuge vom Rathaus. Gleich darauf setzte der wichtige Vorbeimarsch der Kampfformationen der Wiener Arbeiterschaft ein. Voran die Bataillone der Ordner in ihren nach Bezirken verschiedenen Uniformen. In Zehnerreihen und militärischer Haltung schritten sie vorüber, mit gesenkten Fahnen und einer Kopfwendung nach rechts die Vertreter der Internationale grüßend. Es folgten lange Züge der Beamten und der öffentlichen Angestellten, der Eisenbahn, der Post, der Feuerwehr, der Telegraphie und des Telefons, der Straßenbahn, der Stadt Wien usw. Ein wahrhaft erhebendes Bild, diese Männer des öffentlichen Dienstes in Uniform und geschlossenen Zügen gemeinsam mit der Arbeiterschaft öffentlich demonstrieren zu sehen. Doch nicht nur diese, sondern Studenten und andere wichtige Gruppen schlossen sich an. Und immer wieder Massenzüge der Bezirke, enthusiastisch den Vertretern der Arbeiter anderer Länder durch Zurufe und mit Tücherschwenken huldigend, in bester Haltung, trotzdem es fast ohne Pause regnete. Erst um $\frac{1}{2}$ 8 Uhr, nachdem das prächtige Schauspiel 2 $\frac{1}{2}$ Stunden gedauert hatte, machte ein Platzregen von unerhörter Heftigkeit dieser gewaltigen Kundgebung ein Ende. Bis ins Innere bewegt, verließen wir die Rampe des Parlaments. Manchem alten Kämpfer der Internationale standen die Tränen in den Augen, ob dieses grandiosen Schauspiels musterhafter Disziplin. Bei uns in Deutschland demonstrieren Hakenkreuzler und ähnliches Gesindel, hier aber die Vertreter des internationalen Sozialismus, bei uns zeigen sich die Vertreter der alten Gewalten in lärmenden Kundgebungen, hier aber drücken sie sich scheu am Zaun der Hofburg vorüber. Deshalb eine Frage zum Schluß dieses Kapitels: Wann bekommen wir einen Leo Deutsch, der einen republikanischen Schutzbund in Deutschland zu organisieren unternimmt? Möge der Parteitag nicht nur ein Bild der Einigkeit zeigen, sondern auch Maßnahmen beraten und beschließen zum Schutze des Restes der proletarischen Errungenschaften und der Republik. Schafft einen republikanischen Schutzbund in Deutschland!

Der internationale Gewerkschaftskongreß wurde am Montag, den 2. Juni, eröffnet. Begrüßungsansprachen wurden gehalten von folgenden Genossen: Domes im Auftrage der Gewerkschaftskommission und der österreichischen Arbeiterkammer; Otto Bauer als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei; Friedrich Adler (Sozialistische Arbeiterinternationale); Karl Renner (Internationaler Genossenschaftsbund); Voogd (Sozialistische Jugendinternationale) und Bürgermeister Karl Seitz als Vertreter der Stadt Wien. Der Tätigkeitsbericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes, den der Sekretär Sassenbach erstattete, spiegelte die ungeheuren Aufgaben wider, die die gewerkschaftliche Internationale in den letzten zwei Jahren zu erledigen hatte. Das Verhältnis des I.G.B. zu den russischen Gewerkschaften nahm einen breiten Raum in der Debatte ein. Von den Engländern wurde verlangt, daß sie, da man überall die Anerkennung der russischen Regierung fordere, ein engeres Verhältnis auch mit den russischen Gewerkschaften herstellen mögen. Von den meisten Rednern wurden Klagen laut über die zersetzende Tätigkeit, die die Kommunisten in den Gewerkschaften ausüben. Eine Kommission wurde eingesetzt, um diese Frage zu klären.

Ein instruktives Referat hielt O n d e g e e s t, Sekretär des I.G.B., über „die internationale Sozialgesetzgebung“. Wenn je, dann erkennt man hier die Notwendigkeit einer straffen internationalen Gewerkschaftsorganisation. Denn nur diese kann Fragen wie die des Achtstundentages und andere von wahrhaft internationaler Bedeutung dauernd im Auge behalten und von höherer Warte fördern. Die Diskussion über diesen Punkt war eine ausgedehnte. Die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens des Gewerkschaftsbundes mit den internationalen Berufssekretariaten wurde ausgiebig erörtert. Es kam zu einem Kompromiß, indem drei Vertreter der Berufssekretariate in den Vorstand des I.G.B. eintreten. Dadurch hofft man ein engeres Verhältnis hergestellt zu haben. In der heutigen Sitzung referierte Genosse Graßmann (Deutschland) über „die Stellung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in der internationalen Arbeiterbewegung“. In der zu diesem Punkt einstimmig angenommenen Resolution wird betont, daß die Gewerkschaften unabhängig von jeder politischen Partei seien, jedoch sei es die Sozialdemokratische Partei, die den Gewerkschaften am nächsten stehe. Die Kommunistische Partei erstrebe eine Herrschaft über die Gewerkschaften, weshalb ein Bündnis mit ihr abzulehnen sei. Ueber den internationalen Kampf gegen Krieg und Militarismus referierte Gen. Straas, Wien. Auch hier erfolgte die Annahme einer entsprechenden Resolution einstimmig.

Soweit es bis zum heutigen Tage zu übersehen ist, ist die Arbeit des Internationalen Gewerkschaftskongresses eine durchaus fruchtbringende. Bei einem solchen Kongreß, wo jede Rede in vier Sprachen übersetzt wird, ist die Tagung des Plenums nicht das Wichtigste. Die Hauptarbeit wird in den Kommissionen geleistet. Jedenfalls wird auch diese Zusammenkunft der Gewerkschaftsvertreter aus vielen Ländern dazu beitragen, die Arbeiterschaft ihren Zielen näherzubringen. Die Reaktion ist international und die Unternehmeroffensive wächst sich immer mehr international aus; der Selbsterhaltungstrieb der Arbeiterklasse fordert, diesem Beispiel zu folgen. Deshalb begrüßen wir die Beschlüsse des I.G.B. und hoffen, daß überall die Arbeiterschaft die Kraft finden möge, sie in die Tat umzusetzen.

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale trat heute zu der ersten Sitzung zusammen. Anwesend waren Vertreter aus allen der S.A.I. angeschlossenen Ländern. Wir sehen die Genossen Vandervelde de Boruchère (Belgien), Allen, Wollhead (England), Bake, Longuet (Frankreich), Buozzi (Italien), Abramowitsch, Stalinsky (Rußland), Fliegen (Holland) und andere. Die deutschen Vertreter (Molkenbuhr und Fischer) werden für morgen erwartet. Der Senior der internationalen Arbeiterbewegung und der populäre Interpret des Marxismus Karl Kautsky wurde von der Versammlung lebhaft begrüßt. Bürgermeister Seitz begrüßte die Exekutive der S.A.I. im Namen der Stadt. Zum Vorsitzenden wurde Vandervelde gewählt. Den Bericht erstattete der Sekretär Fritz Adler. Die Delegierten des Gewerkschaftskongresses und der S.A.I. wurden heute nachmittag im Rathaus von Bürgermeister Seitz empfangen, worauf sie sich geschlossen zur Parlamentsrampe begaben, wo sie Zeuge jener oben beschriebenen Kundgebung sein konnten. Ferner hielten die Internationale Arbeiterjugend und die Internationale sozialistische Frauenorganisation Tagungen ab. Ueber allen schwebte Kampfesmut und Begeisterung. Mögen sich diese Eigenschaften vor allem in Deutschland auswirken, wo sie zurzeit am notwendigsten sind. Es lebe die Internationale der Arbeit! Es lebe die Wiener Arbeiterschaft, diese prächtige Avantgarde des Sozialismus!



Alt-Berlin
Originalradierung von Schönwald

Berlin

Von Josef Maria Frank

Am Krögel

*Schmal, verbogen, zerbröckelnd führt die Gasse,
wo die alten Häuser sich eng ineinander zwängen,
von dem Großstadtplatz, den ich hinter mir lasse,
zum Wasser, über dem blühende Zweige hängen.*

*Die Schritte auf dem holprigen Pflaster schallen
an Türen vorbei, morsch die Hölzer, die Pfosten zersplittert,
an Häusern vorbei, vom Alter rissig und halb zerfallen,
an Mauern vorbei, vom Regen zerspült, zerwaschen, verwittert.*

*Ganz oben leuchten in der Sonne die spinnwebumzogenen,
verstaubten, kleinen, geviertelten Fenster der Gemächer.
Ueber den von vielen Sommern verbeulten und verbogenen
Fachwerkwänden schimmern ineinander verschrägte Dächer.*

*Hier und da funkeln aus den Fenstern im Untergangsstrahlen
Geranien und Fuchsien, die aus dürftigen Töpfen zur Sonne blühen
und die altersgrauen, baufälligen Wände bunt bemalen
und mit funkelndem Rot und sattem Grün durchsprühen.*

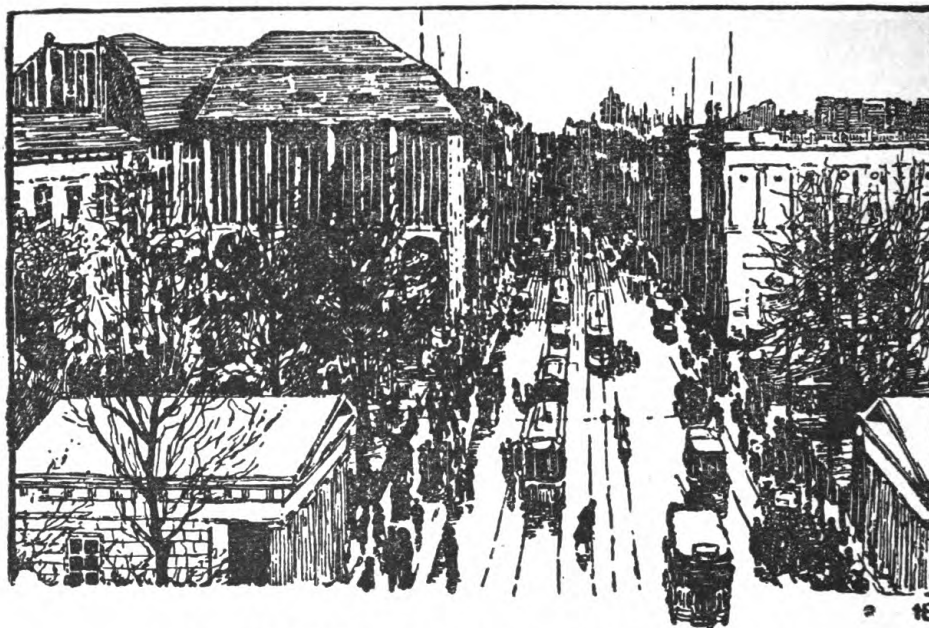
*Hinter den Mauern aber liegen Höfe, seltsam und eigen,
mit stillen Winkeln, Gängen, Torbögen und wundersamen
Balkonfluchten, die nun stumm wie die Höfe das Schweigen
auf morsches Gebälk sich stützend rings umrahmen.*

*Zwischen den Fenstern ruht im Schatten die Sonnenuhr.
„Mors certa, hora incerta!“ rufen die Grabeslettern hinab.
„Der Tod ist sicher, unsicher seine Stunde nur ...!“
Bröckelnde Wände, knisternde Balken. Es ist wie ein Grab.*

*So starrt nun der Hof wie ein riesiger Friedhofstein.
Durchs Schweigen wimmert das Glockenspiel vom nahen Turm.
Wo ist nun die Jugend, die hier gelacht hat, heiß vom Wein?
Was im Badhaus getollt hat, fraß längst der Totenwurm ...*

*Da wird es laut! Es tollt im Hof — es sind die Vögel,
die Spatzenschar, die zänkisch sich um eine Spätzin zaust.
Sie rettet sich — in die Mansarde über jener Uhr im Krögel,
den zitternd dumpf der ferne Großstadtlärm umbraust.*

*Und rückwärts geht es wieder durch die Sperlingsgasse,
wo Dächer, Winkel wie die Menschen eng sich aneinander schmiegen.
Und immer näher braust der Großstadtlärm, die Hast der Masse,
die Riesenstadt, wo weite Räume zwischen allem liegen ...*



Blick vom Potsdamer Platz in die Leipziger Straße
 Federzeichnung von Hans Baluschek
 (Aus der Monographie über „Hans Baluschek“ von Friedrich Wendel,
 Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin)

Potsdamer Platz

*Rings um den Platz, wo laut der Pulsschlag lärmt und schlägt,
 der Takt erdröhnt, der die Millionenstadt durchzuckend trägt,
 verblühen rostbraun flockend die grünen Säume
 der Kastanienbäume ...*

*und wirbeln im Wind über Straßenbahnen, Omnibusse, Lastautos, Wagen,
 die wie eine wilde durcheinandergeschobene Jagd den Platz durchjagen,
 über klappernde Droschkengäule, ratternde Automobile, knatternde Räder,
 Sandwichmänner, Reklamesäulen, schwankende Netze, gleißendes Schienen-
 geäder,*

*fluchende, fuchtelnde, laufende, zögernde, stockende, stehende, springende,
 zitternde, ängstliche, schreiende, sicher auf fahrende Wagen sich
 schwingende*

*Passanten, die den brausenden Maelstrom, den Strudel, hastig durch-
 schnellen*

*und sich wie zitternde, flirrende Leiberwogen, aus den Straßen wellen,
 aus den Warenhäusern, Geschäften, Büros, die sie arbeitsmüde verlassen,
 aus der langen, wagendurchrasten Straße summende schwarze Massen,
 aus dem grauen Warenhausbau, vor dem die Gitter sich schließen und heben,
 aus den tausenden Läden, aus dem Zentrum, wo sie ihren Alltag verleber,
 aus den tausenden Büros; Menschen, die vorwärts eilen, vorwärts streben:
 Arm in Arm, tänzelnde Ladenmädchen, die sich in den Hüften wiegen,
 aktentaschenbeschwerte Jünglinge, die gewandt um die Blumenfrauen
 biegen,*

ernste, ältere Herren mit Kneifern und Brillen, die fast gar nichts sehen, weil sie ihre Zeitungen lesen und stolpernd über die Bürgersteige gehen und fast unter die Räder kommen, Arbeiter, die aus den Werken eilen, Menschenmassen, die fluten und fluten und sich vorwärtskeilen und wie ein Deltastrom zerfließend, rauschend sich zerteilen, zur Untergrund, zur Ring-, zur Wannsee-, Fern-, zur Vorortbahn, zur Treppe hinab, zur Treppe hinan ...

Und die Blüten wirbeln, sogar auf den Sipomann, der zwischen Hast und Hatz, eine lebendige Rettungsinsel mitten auf dem Platz, der vom Lärm erzitternd summend, surrend bebt, seelenruhig steht und seine Hand erhebt und Autos, Wagen, Omnibusse, Räder, Menschen mit der Hand wie ein Zauberkünstler bremst und auf die Stelle bannt, wo sie dichtgedrängt warten und stille stehen und ungeduldig hupend, klingelnd, fluchend, nach einem Ausweg suchend auf die Hand hinsehen ...

Die allen kommandieren kann, nur den Blüten nicht, die wirbelnd und flackernd, lohend dicht um die alten Kastanienbäume wehen und, wenn das buntglitzernde Licht, das aus vielkerzigen Lampen strahlt und Worte auf die Häuserfassaden malt, erloschen ist und die Nacht anbricht, auf einem leeren Platz verwehen ...



Die Fabrik

Im Norden der Stadt, die ruhelos ihr Tretrad schwingt, starrt eine weite Straße lang mit ihrem lärmerfüllten Grauen kalt die Fabrik, die mit den Toren Tausende von Männern, Frauen, Vätern, Müttern, Mädchen, halben Kindern wie ein Tier verschlingt. Und die Maschine singt ...

Am frühen Morgen öffnet die Fabrik mit ihren Toren ihre Rachen. Aus Straßenbahnen, Autobussen, Untergrundbahn quillen dichte Scharen; die Straßen füllen sich mit ihnen, die noch müde und mit feuchten Haaren unausgeschlafen in die Tore drängen, unterm Arm die Siebensachen. Und die Maschine singt ...



Die Männer ausgemergelt, stumpf; den blauen Anzug und die Stullen dicht im Päckchen an den Leib gepreßt; die Fraun im Umschlagtuch mit Tasche oder Körbchen, sehen müde, stier auf ihre Brote und die Kaffeeflasche; die Mädchen tänzelnd; aus den großen Augen steilt der Blick ins Licht. Und die Maschine singt ...

Sie grüßen flüchtig, eilen sich, vorbei am Pförtner, halten sich nicht auf; sie gehen schnell zum Schalter, nehmen ihre Ausweiskarte; und sie drängen sich zur Kontrolluhr, stempeln ihre Karte, gehen mauerlang und hängen sie in die Haken ihrer Nummer; das Tretrad nimmt nun seinen Lauf. Und die Maschine singt ...

*Am späten Tag dann öffnet die Fabrik mit ihren Toren ihre Rachen.
Und speit sie aus. Der eine eilt allein; der andere sieht sich wartend um:
da lauern Frauen, Kinder, Mädchen; und man begrüßt sich, lächelt müde
— stumm*

*und geht — jetzt, wo die Sonne schwindet — unterm Arm die Stbensachen
hin durch den Tag, der sich zum Ende neigt,
nach Hause in die Freiheit seiner Mietskaserne
und — die Maschine schweigt ...*



Im Tiergarten

*Am Karpfenteich im Tiergarten
haben die Kastanien ihre Kerzen aufgesteckt.
Sie wollten nicht mehr länger warten
und haben sich mit rostbraunzarten
Blüten über und über bedeckt.*

*Und von allen Wegen, die ringsum gehen,
kommt es heran: Männer, Mädchen, Kinder und Frauen!
Sie wollen den Teich wieder sehen,
unter den alten Bäumen stehen
und in die Blüten schauen.*

*Um den blütenübersäten Teich,
in dem ab und zu es goldschuppig schimmert,
sitzen sie auf den Bänken, bleich,
mager, müde; aber sie lächeln weich
ins bunte Meer, das oben flimmert.*

*Und bröckeln vom Brot Stück um Stück
und füttern die Enten, die unten schwimmen.
Sie behalten kein Stückchen zurück;
sie selber sind ja satt vor Glück,
daß ihnen wieder die Blüten glimmen.*

*Und gehen lächelnd, wenn es dunkelt,
heimwärts in der Mietskaserne enge graue Stuben;
am Teich vorbei, wo ein Stern schon funkelt,
an Bänken, wo Pärchen bei Pärchen munkelt,
und sind glücklich wie Buben.*

*Spazieren sie dann die Linden lang,
wo der Asphalt leuchtet, zwischen Automobilen
Autobusse rattern, hören sie im Ueberschwang
ihrer Freude immer noch den Amselsang
und das Stargezwitscher und sehen noch immer
den rostbraunen Kastanienkerzenschimmer
und Mädchen äugeln und Kinder spielen ...*



Lunapark

An der Brücke in Halensee
leeren sich die Omnibusse und Straßenbahnen;
aus dem Ringbahnhof drängen mit Frauen und Kind
die Väter; schlendern über die Brücke und ahnen,
daß Sonntag ist und sie frei sind
wie der Vogel im Wind ...

Die Kinder haben den Sehnsuchtsblick
aufgetan in den großen Augen und harren der Dinge;
die Frauen lächeln und streicheln vor Sonnenglück
über die Batistblusen, drehen glitzernde Talmirringe;
und die Männer vergessen Stück um Stück
Büro und Fabrik.

Noch zögern sie; die paar Mark
sind sauer verdient; doch lockt die Stadt der Wunder ...
Und lächelnd und sonntagsbewußt schlendern sie durch den Park.
Die Kinderherzen aber glimmen wie brennender Zunder
und werden groß; alle vergessen für die paar Mark
ihren steinernen Sarg.

Und schieben sich durch die Massen
zwischen phantastischen Bauten und Türmen, in den Kribbelschwarm,
in den ohrenbetäubenden, gellenden Lärm, über die weiten Terrassen;
in Waschkleid neben Seide, Jazz neben Harmonika, Reich neben Arm —
die Stadt der Wunder will sie vergessen lassen
und erschlägt das Hassen ...

Weil der eiserne See so grollt,
die Orchester spielen und pauken, die Berg- und Talbahn rattert,
juchzender Schrei aus den Riesenschleifen hinuntertollt,
die Rutschbahn quietscht, das Lachen vom Drehrad knattert,
ein kreischender Körperballen die Gleittreppe abwärts trollt
und das Glücksrad rollt
und ein Clown die bemalten Lippen spitzt
und ein Flohziirkus da ist, Bude auf Bude der Rummel lockt,
man auf der Treppe wackelt, endlich auf der Rutschbahn sitzt,
hinab und hinauf rast, so steil hinunter, daß der Herzschlag stockt,
das Luftkarussell surrt, ein Boot jählings ins Wasser flitzt,
daß der See aufspritzt
und alles kreischt und alles lacht,
immer und überall Musik und pralle Sonne über dem Rummel liegt,
Sensation die Nerven durchkitzelt, die Neugierde erwacht,
über den Park ein Eindecker kreist, gleitet, hinunter fliegt,
einer sich hinaus-schwingt, am luftigen Trapez Kunststücke macht,
daß Atem stockt und Beifall kracht ...

Im Park draußen am Halensee
sitzen sie dann bei Mutters Stullen, warten im Dunkeln,
bis die Raketen zischen, bunter Kugelregen die Luft durchmißt,
die Schwärmer knattern und rote, grüne, blaue Sterne funkeln
und langsam verglimmen, Rauchschwaden über den See schwimmen
und man ahnt, daß morgen wieder der Alltag frift
und der Sonntag vorbei ist ...

Märkischer Waldsee

*Schwer stapft der müde Fuß hin durch den gelben Sand.
Wie Kupfer rot glänzt einsam von dem dürren Kamm
in der Abendsonne ein kahler Kiefernstamm
ins märkische Land.*

*Und plötzlich huscht über alles Grün derselbe Glanz
hinab auf die Stämme und wundersam verschönt
leuchtet Föhre bei Föhre mit Purpur getönt
im letzten Lichtertanz.*

*Er flammt in den See, den flüssiges Feuer überstrahlt,
blendendes Flammengold, das in Purpur zerfließt,
aus dem es sich tiefviolett zum Ufer ergießt,
das ihn sattgrün ummalt.*

*Bis die Flamme, in dem ein Boot sich wiegt, zerfliegt,
der Purpur zerweht, das Violett in dunkles Blau
zergeht und wie die Föhren braun und grau
nun wieder alles liegt.*

*Vom Ufer flattert ein Lied. Es schwimmen Mond und Sterne
jetzt in dem See. Darüber flirrt Nachtvögelflug.
Die letzten Wanderer eilen. Es rollt ein Zug
dumpf in der Ferne.*

*Da klatscht auch schon Gewitterregen in das Birkenlaub
und springt der Blitzschein grell den Silberstamm hinauf.
Die Fische springen. Funkelnd leuchten ihre Schuppen auf.
Und dicke Tropfen nassen Sand und Staub ...*



Krumme Lanke

Zeichnung von Max Brückner. (Aus der Havellandmappe: Verlag von Fritz Heyder, Berlin-Zehlendorf)

Theater und Arbeiterschaft

Von Arthur Eloesser

Im vorigen Winter hatte ich in mehreren holländischen Städten über die deutsche Bühne Vorträge zu halten. Unsere Vettern und Nachbarn im Guldenland hatten es damals gut, sie sahen nicht nur einige hervorragende Schauspieler, die die Papiermark für uns unsichtbar gemacht hatte, sie sahen auch einige künstlerisch geschlossene Vorstellungen etwa von Ibsen, Strindberg, Hauptmann, die noch auf Brahm und Reinhardt, also auf eine bei uns angefochtene Tradition zurückgingen. Wer nicht ganz ohne Kopf und Herz ist, wird im Ausland nie vergessen dürfen, daß er eine Nation, eine historische in einander verantwortliche Gemeinschaft, eine geistige, sprachliche, kulturelle Wesenheit vertritt, daß er aus der inneren Polemik herausgerückt nicht Werte leicht hin preisgeben soll, die dort noch sehr bereitwillig als Herzstärkungen anerkannt werden. Die deutsche Bühne ist eins von den wenigen ideellen Gütern, die sich als exportfähig bewiesen haben; sie gilt als Kulturfaktor im europäischen Norden und galt auch in Rußland, bevor der Proletkult sie einer sehr inquisitorischen Zensur unterwarf. Indem ich ehrlicher Weise nicht verschwie, was alles in den letzten Jahren unseren Theaterbetrieb erschüttert und heruntergebracht hat, konnte ich mich auf die Empfindung, auf die Tatsache berufen, daß die Deutschen bei aller Zerrissenheit und Verbissenheit sich eigentlich nur über eine Sache einig sind, über die Wichtigkeit und Unentbehrlichkeit des Theaters. Seine Tribüne scheint höher gebaut als die der Kirche, als die der Parlamente; die moralische Anstalt der Schaubühne, wie der junge Schiller vielmehr aus Politik als aus Enthusiasmus sagte, ist eine große Erbschaft von den Klassikern her, an der jeder teilhaben, ist eine dauernde Aufgabe, an der jeder schaffend, urteilend, genießend mitarbeiten will, ist trotz allen fragwürdigen Materialisationen eine ideelle Existenz, für die sich ein Volk als Ganzes verantwortlich fühlt. Es ginge uns in Deutschland besser, wenn unsere geistigen oder politischen Besitztümer als immer wieder zu erwerbende Güter mit derselben Anhänglichkeit und Leidenschaftlichkeit behandelt würden.

Als vor etwa dreißig Jahren die Freie Volksbühne in Berlin begründet werden sollte, begann Bruno Wille seine werbende Rede mit der Forderung: Die Kunst gehöre dem Volke! Um das Wort richtig aus seiner Zeit zu verstehen, damit waren die bisher Ausgeschlossenen, die Besitzlosen, damit war das Proletariat gemeint, das sich des Theaters, der im Altertum öffentlichsten, zugänglichsten, zugleich staatlichen und religiösen Kunst durch das Mittel der Organisation bemächtigen sollte. Das Sozialistengesetz hatte die Arbeiterschaft gerade überstanden; es wurden geistige, seelische, kulturelle Energien frei, die sich auf ein gerade damals ungemein lohnendes Objekt richten konnten. Das Deutsche Theater war mit der Freien Bühne und mit Otto Brahm in ein heroisches Zeitalter eingetreten; es hat später mehr Phantasie, mehr Spieltrieb nie wieder so viel Gewissen und Kraft gezeigt. Der Naturalismus, der den Menschen als Produkt der Verhältnisse erklären wollte, war der literarische Bruder des Marxismus; der neue Darstellungsstil, der übrigens nicht nur das sichtbar Wirkliche, sondern auch das stumm Wirkende wiederzugeben suchte, schien den historischen Materialismus noch einmal durch künstlerische Vorstellbarkeit beglaubigen zu wollen. Dieses kritische, polemische, auführerische Theater, das immer wieder die Gesellschaft als die große Angeklagte vor Gericht zog, hatte eine Einstellung, die in die Weltanschauung des Proletariats noch gut hineinging. Auf der Fahne der Partei stand der ältere Spruch „Wissen ist Macht“. Es war kein Geheimnis, daß die Organisatoren der ersten Bewegung nach der Wissen-

schaft nun auch die Kunst, die den Menschen dem Menschen am unmittelbarsten nähert, die von Staat und Kirche wegen ihrer propagandistischen Macht abwechselnd gefördert wie gefürchtet worden war, in den Dienst des Klassenkampfes stellen wollten. Man konnte sich mit der „Macht der Finsternis“, mit den „Webern“ und mit manchen vergessenen Leistungen dramatischer Elendmalerei eine Art proletarischer Kunst vorstellen; aber es war nur ein Augenblick, in dem das persönliche Ethos einiger schöpferischer Ingenieure für ein bestimmtes politisches Programm aufgebotschienen. Ich kenne das Theater von vorn und von hinten und kann mit jedem Auguren über die fragwürdigen Züge lächeln, die zu seiner Erscheinung gehören, über die Anwendung unerlaubter Reizmittel, über Reklame und Schwindel, über den ganzen Pferdehandel mit Menschen, den das Theater als Geschäft kaum verschleiert. Das Theater kann und wird nichtsdestoweniger immer wieder eine Kultstätte sein; es ist überdies die älteste in Europa. Den Arbeitern, die sich eine Bühne gründen wollten, schien sie durchaus mit Grund der Platz, auf dem trotz allem Mißbrauch Recht gesprochen werden soll. Schien sie allerdings auch eine Instanz, der die richtige, vorurteilslose, vom Klassenstandpunkt freie Moral noch beizubringen war.

Es geschah bald und konnte nicht anders geschehen, daß die Kunst nicht dem Volke, sondern daß das Volk der Kunst gehörte. Unsere Arbeiter konnten sich mit Proletkult nicht zufrieden geben, sie verlangten nach Goethe, Schiller, Lessing, nach Shakespeare und Molière; sie haben die Orestie und den König Oedipus gesehen. Sie haben mit dem einen um Jahrhunderte, mit dem anderen um ein paar Jahrtausende zurückschauen können und sie hörten den Mythen raunen in Gestalten und Schicksalen, die immer wieder unmittelbar, gegenwärtig, menschlich werden können. Ich halte das für ein größeres und ergiebigeres Wunder, wenn der Mensch seine seelische Reichweite so ausdehnen kann. Indem die Arbeiter sich eine eigene Bühne gründeten, indem sie durch ihre Organisationen die Existenz mancher Privatbühnen während schwerster wirtschaftlicher Gefährdung mit trugen, gelangten sie zu einem großen Kulturbesitz, setzten sie sich zu Erben und Erhaltern eines Reiches ein, in dem sich jede Revolution nur als eine Vermehrung, nie als Aufhebung oder Zerstörung bewähren kann. Wenn die deutsche Arbeiterschaft nach Krieg und Revolution für die Erhaltung des Reiches, für den Fortbestand einer sprachlichen, geistigen, kulturellen Gemeinschaft die wesentlichste Bürgschaft geleistet hat, so möchte ich diesen Verdienst zum großen Teil dem Mehrbesitz an Bildung zuschreiben, der ihr durch die Bühne zugeführt wurde.

Die Klage über den Niedergang des Theaters beginnt schon mit seiner Entstehung; die Griechen haben dieses Lied in ihrer klassischsten Periode gesungen. Aber die deutsche Bühne ist nach fast vierzig Jahren ungemein starker und vielseitiger Leistungen von einer Krisis befallen worden, die eine neue Einstellung zum Problem des Theaters notwendig macht. Es hat sich schon zu Otto Brahm's Zeiten ergeben, daß ein Privattheater mit literarischem Ehrgeiz, also mit wechselndem Spielplan und entsprechend vollständigem Ensemble nicht mehr existieren kann. Die ihm folgenden Direktoren Max Reinhardt, Meinhardt-Bernauer, Victor Barnowsky haben dann mehrere Theater verschiedener Größe und verschiedener Bestimmung in Personalunion vereinigt; in dem einen konnte mehr Geld, in dem anderen mehr Kunst gemacht werden. Von außen gesehen ist dieses System geblieben, aber an Stelle der Prinzipale, der künstlerischen Persönlichkeiten, die trotz manchen Fehlritten ihr Name verpflichtete, sind dann Gebrüder und Aktiengesellschaften und Konzerne getreten. Konzerne können Geld, aber nicht Kunst machen. Die Ensembles haben sich aufgelöst, weil die gesuchten Schauspieler sich lieber vom Film, mit seinen Dollargagen finden ließen. Nach der Stabilisierung der Valuta

scheint sich ein kleiner Ausgleich zu vollziehen, aber die Gebrüder und die Konzerne werden nicht imstande sein, wie die früheren Prinzipale einen Stamm von Schauspielern heranzuziehen und sie bis zum Schein der Blutsverwandtschaft zusammen zu stimmen. Einen künstlerischen Willen zeigte das Staatstheater unter Jelfner, der allerdings kein Repertoire bildet, weil ein solches allein aus Regieleistungen nicht wachsen kann. Der Ehrgeiz des Regisseurs kann vampyrhaft werden, kann auch die Schauspieler Blut kosten. Unsere Volksbühne hat bewiesen, daß sie genau so lebendig wie tot sein kann; sie erwachte in den Armen von Jürgen Fehling, sie war glücklich, liebenswürdig, fruchtbar wie eine Frau, die geliebt wird. Die Versuche, das Theater in seiner Verfassung zu ändern und Schauspielerrepubliken zu gründen, über die sich der heilige Geist neuer Gemeinschaft ausgießen sollte, mußten so kläglich enden, wie sie dilettantisch begonnen waren. Was bleibt zu tun übrig? Es bleibt übrig, das Publikum zu organisieren, aus dem zufälligen Theaterbesucher, der seiner Laune oder dem Ruf der Reklame folgt, einen Erhalter des Unternehmens zu machen, der seinen Bedarf auch in künstlerischer Hinsicht ankündigt, der von vornherein seine Bedingungen stellt, so daß nicht mehr das Risiko jeder einzelnen Aufführung in den Wellen von Konjunktur und Spekulation schwankt. Die Berliner Arbeiterschaft ist mit der Gründung über ganz Deutschland ausgebreitet als ein echtes Bedürfnis, wie auch ihr schon sehr gewichtiger Name mißbraucht werden mag. Ihre Mitgliedschaft hat sich um die durch die Inflation enteigneten Schichten des Mittelstandes, besonders die der geistigen Arbeiter vermehrt, und es muß angenommen werden, daß das Proletariat, das sich hier zuerst schöpferisch erwies, diesen Zuzug als eine Verstärkung der Bewegung einschätzt. Der kleine Mann kann ein großes Theater haben, kann es durch die Macht der Organisation aus dem rein privatwirtschaftlichen Betrieb erlösen, der immer kunstfeindlicher zu werden droht; das Volk kann eine Bühne haben nach dem Maß seiner Verantwortung, nach den Ansprüchen seiner Würde.

Form als Distanzgefühl

Von Robert Breuer

Es klingt beinahe philosophisch: Form als Distanzgefühl. Es ist aber nichts weiter damit gemeint, als daß der Anblick von irgendwelcher Lebensheftigkeit, die Form wurde, also etwa der Anblick eines Bauwerks oder eines Bildes oder einer steinernen Puppe uns in einen Abstand zur Gegenwart und zu den Ereignissen des Tages zwingt, in uns also ein Distanzgefühl erweckt, einen wohlthätigen Maßstab, die Wichtigkeit der von uns betriebenen Dinge richtig zu erkennen. Es ist dies etwa dasselbe, was ein richtig verstandenes Morgengebet will. Eine Formel, die kaum noch in irgendeinem Zusammenhang mit der Gegenwart steht, ein Wortgefüge, fest geworden in einer Zeit, die nichts von Elektrizität und Radio wußte, wird an den Anfang des Tages gesetzt: die Götter, von denen sie redet, sind belanglos geworden; aber das Distanzgefühl, das sie schafft, träufelt Ruhe und Skepsis und damit den rechten Tatwillen in die Heftigkeit, mit der die Naivität der Vielbeschäftigten explodieren möchte. Wem das Morgengebet zu sehr nach Weihrauch duftet, der beschaue sich, wenn der Wirktag anhebt, ein Stück Stein, von ägyptischen Händen vor Tausenden von Jahren geformt, oder die Scherbe eines Gefäßes, aus dem Trojaner tranken. Das beruhigt sehr und gibt der Kraft nützlichen Zügel. Der Mensch hat die Eigentümlichkeit, sich für die Erfüllung

einer Entwicklung zu halten; während er doch nur ein Durchgangspunkt ist, ein Minimum von Wichtigkeit. Es ist kaum etwas schwerer, als zu begreifen, daß das, was wir geschehen machen, weder Anfang noch Ende ist, und daß es ganz gewiß schon morgen kaum mehr als ein Atom im Leben der Geschichte sein wird. Darum ist es gesund, Museen zu besuchen; man fügt sich Hemmungen ein und wird besinnlich. Was bleibt schließlich von all dem Streit der Meinungen und von all dem Getriebe der geographisch und zeitlich eingespannten Menschheitsmechanismen: Formen, Formen in Glas geblasen oder aus textilen Fasern gewirkt, in Fels geritzt oder mit Pigmenten auf ein Stück Leinwand projiziert. Man weiß, wieviel Leidenschaft auf Konzilen, Kongressen und Parteitagen sich in unbedingt Notwendiges verbeißt; ein Morgenspaziergang durch eine Totenkammer römischer, germanischer oder jüdischer Altertümer, vorbei an den übriggebliebenen Formen tausendfacher Geschichte, ist wunder-tätige Arznei. In den Berliner Museen ist während der Nachkriegszeit fleißig gearbeitet worden; sie haben viel Neues zu zeigen, vieles neu-geordnet. Es verlohnt sich, dem Gespräch der Meinungen eine Stunde abzuziehen, um dort zu schauen, was einst war.

Im früheren Kunstgewerbemuseum (Prinz-Albrecht-Straße, gegen-über dem Abgeordnetenhaus) ist jetzt die vorgeschichtliche Abteilung neu aufgebaut worden. Um fünfzig- bis hunderttausend Jahre müssen wir uns zurückstellen. Wir sehen, wie der Mensch wuchs, vom Orang über den Neandertaler, vom Mousteriensis, der noch ganz Gebiß war, bis zum Aurignacensis, dessen Mundhöhle schon Raum für Sprache hat, dessen Schädel schon schöne Wölbung zeigt. Welch Weg ist da getan worden. Welch Weg vom Einbaum, von dem zum Schiff ausgehöhlten Baumstamm, bis etwa zum „Columbus“, der kürzlich vom Stapel gelassen wurde. Und dennoch: vielleicht bedurfte es größerer Anstrengung der Findigkeit und des Denkens, die primitivste Form des Schiffes zu leisten, als das einmal Gefundene Schritt für Schritt zur komplizierten Maschine auszu-bilden. Die Werkzeuge und Waffen, Hammer und Dolch, zeigen vielleicht noch besser, wie in der Urform das Ergebnis der Gegenwart schon vor-handen war. Das gleiche gilt von den Gefäßen. Dann: Es gibt in diesem Museum in einen Kalksteinblock eingekratzt eine Frauengestalt (Saal 1, Schränkchen 7), das Wesentliche des Körpers ist mit straffer Linie voll umfaßt. Vor fünfzigtausend Jahren hat irgendein Höhlen-bewohner mit einem Stück Gestein oder mit einem Feuerstein dies Ge-bilde der Natur entrissen; unsere Akademiker mögen nicht in Ohnmacht fallen, wenn wir sprechen, daß die geistige Konzentration, die diesen Erstling schuf, uns wesenhaft größer erscheint als die, die aufgebracht werden muß, um nach dem Colleoni tausend Kaiserdenkmale zu kopieren. Auch von der Malerei der Eiszeit kann man hier einen Begriff bekommen. Wir wissen, daß jene Primitiven auf die Wände ihrer Höhlen Tiere ge-zaubert haben, deren Eindringlichkeit, deren Naturwucht und deren das Individuum zum Typus weitende Monumentalität nur mit den besten Tierbildern Aegyptens und des klassischen Ostasiens verglichen werden können, und die um solcher Verwandtschaft willen noch in den Im-pressionisten unserer Periode zu spüren sind. Das Buch, das Herbert Kühn über diese Malerei der Eiszeit geschrieben und dem er prächtige Tafeln nach diesen Höhlenbildern beigegeben hat, sollte in der Bibliothek eines jeden, der seinen Handlungen das richtige Verhältnis sichern möchte, greifbar sein. Wir geraten beim Weitergehen in den Saal von Troja. Neun Siedlungslagen wurden dort übereinander gefunden. Die erste Burg mag um dreitausend vor unserer Zeit geschichtet worden sein; zuletzt herrschte die römische Kultur. 1873 hat Schliemann, der die Entdeckung Trojas leitete, einen großen Goldschatz gefunden; wir können diese Kopfgehänge, diese Ringe für Arme und Ohren, diese Becher und Schüsseln ganz aus der Nähe betrachten. Ob es heute einen Gold-

schmied gibt, der Besseres zu machen versteht, Wirksameres, der mit größerem Raffinement dem Gold das Gleißeln und Flimmern abzulocken weiß, der das Metall kühner die Form des menschlichen Körpers umfließen und sie dem Auge kündbarer macht? Solche Zweifelsfrage wird von der Bijouterie-Industrie jedenfalls nicht zurückgewiesen. — Die Mark Brandenburg gibt der vorgeschichtlichen Forschung reiche Ausbeute. Steinzeit, Bronzezeit, Eisenzeit liefern Waffen, Geräte und Schmuck. Große Schränke sind mit solchen Denkmalen gefüllt. Oranienburg, Salzwedel, Pritzerbe, Seddin, Spandau, Tegel, überall, wohin der Berliner seine Sonntagsausflüge macht, ruhten im Erdreich unter Sand und Moor Gebilde, deren jedes für das Gefühl einen starken Reiz hat. In der Lausitz war die Keramik besonders hoch entwickelt und wurde von hier — als es weder Eisenbahn noch Omnibus gab — auf weiten Wegen in die Welt geschickt. Uebrigens: rings um Berlin stehen in den kleinen Orten meist guterhaltene Kirchen, Zeugen der ersten Missionszeit, kampffinster und verteidigungsbereit; sie sind aus Blöcken schwedischen Granits gefügt, demnach Denkmale der Eiszeit, während derer diese Felsblöcke sich in der Mark ablagerten. Die Seen weit und breit um Berlin sind gleichfalls Erinnerungen an die Vergletscherungsperiode. Man kann, wenn man achtames Auges durch den Blumenthal oder in der Gegend von Freienwalde oder Fürstenwalde spaziert, die Rückzugsstraßen der Gletscher deutlich verfolgen. Man kann auch sonst mancherlei erleben, was bedächtig macht. Man fährt in Potsdam durch das Nauener Tor, durch eine Rotdornallee, an der seltsamen Maskerade der russischen Holzhäuser und an dem komischen Rudiment einer Artillerie-Kaserne vorbei, nach Nedlitz. Ein Kahn bringt über die Havel. Drüben durch rollendes Froschgequak, Sümpfe umgehend, quer durch farrenreiches Urgebiet, rechts und links weite Flächen roten Sauerampfers, gerät man an ein Gehügel, das ein wenig schroffer aufzusteigen scheint als sonst das märkische Dünengebirge. Oben empfängt man den Eindruck des Räumlichen; es ist hier irgendeinmal etwas gewesen, was abgegrenzt, bewußt umschlossen war. Man fühlt den Raum, sieht noch heute Umwallung und Inneres. Mächtige Bäume und dazwischen üppiges Gesträuch, ein beinahe wildes Wuchern und doch noch die Hieroglyphe des alten, lange vor der Zeit der märkischen Kolonisation kriegsfertigen Semnonenlagers, das heute durch irgendwelche seltsame Wortentartung Römerschanze heißt. Sie steigt kühn auf dem Wasser auf. Von dort aus muß sie einmal unzugänglich gewesen sein; heute ankern unten Segelschiffe, der Sport fliegt heiter über die Seen, die einst das Blut der erschlagenen Wolfspelze tranken.

Wer die vorgeschichtliche Abteilung durchwandert hat, kann sich eine besondere Sensation verschaffen, wenn er anschließend die ostasiatische Sammlung, die in den Parterrräumen des Museums neu untergebracht ist, besucht. Der Kontrast ist überwältigend. Bei den Primitiven spürt man hinter jeder Form den Kampf um das Dasein, den Kampf mit Sturm und Eis, mit Tier und Feind. Hier in Ostasien, bei den Japanern und den Chinesen, rauscht Ueberreichtum an Luxus und Herrschaftsgefühl. Der Zweck, wenngleich er heilig bleibt, wird völlig vergessen vor dem mystischen Reiz, die köstlichsten Stoffe, Perlmutter und edle Metalle, Lack und Seide in feurigen Garben aufsprühen, süß singen und ewig kreisen zu lassen. Die Kultur, in die wir eintauchen, ist von einer so unerhörten Vollendung, daß wir uns wie Barbaren vorkommen. Und dabei gehören die meisten dieser Stücke, dieser Schalen und Kästchen, dieser Teedosen einer Zeit an, da bei uns Dürer, Holbein, Rembrandt und Rubens ihr Werk verrichteten. Unter den Rollbildern, die in den Nischen hängen, sind Stücke, die unsere besten Impressionisten in die Knie zwingen, ohne die wir uns die Malerei eines Manet oder Liebermann nicht vorzustellen vermögen.

Und noch eine dritte Strophe vom Heldenlied der Menschheit, die Form wurde, können wir in diesem Hause zu lesen bekommen. In einer Sonderausstellung empfangen wir durch gute Abbildungen und einzelne Stücke einen überraschenden Eindruck von den Ruinen von Tihuanaku, heute Bolivien, einst die gewaltige Tempelstadt eines unbekanntes Volkes. Schon 1540 waren diese gigantischen Mauern nur noch Reste. Ein wilder Kriegswille, der Geruch von Menschenopfern, strömt noch heute aus diesen brutalen Steingebilden, deren machtvolle Ausmaße auf die Ansammlung großer Scharen von Priestern und Krieger, von Andächtigen und Untertanen schließen lassen. Das alles ist einmal gewesen, und auch damals gab es Wichtiges und auch damals hat man sich darob die Schädel eingeschlagen, und man hat die Schädel sogar zu heilen und, wie zahlreiche Fundstücke beweisen, meisterhaft aufzumeißeln und zu trepanieren gewußt.

Im Antiquarium (Lustgarten) werden Abbildungen, Wasserfarben-Malereien in Naturgröße nach den köstlichsten Stücken der Ausgrabungen aus den Ruinenfeldern Babylons und Assurs gezeigt. Die Originale sind noch in den Kellern eingesperrt und werden erst im Neubau des Museums aufgestellt werden können. Diese Zeichnungen, unterstützt durch Rekonstruktionen der Bauten, geben einen starken Eindruck vom alten Babylon, von der Burg des Nebukadnezar und vom Turm zu Babel. Eine Architektur, die unsere wildeste Phantasie verspottet. Wie mögen sich die Rücken der Sklaven und der Kriegsgefangenen gebeugt haben, um diese Gebirge zu türmen. Ein niederschmetternder Rhythmus strömt mit der Gewalt stürmender Wogen durch die Unbegrenztheit ständig wiederkehrender, bis zur hypertrophen Monomanie nebeneinandergereihter Spannungen. Eine zellenhafte Vorstellung von dem, was dort war, geben uns vielleicht die Bauten von Pölzig, das Große Schauspielhaus in Berlin, das Festspielhaus in Salzburg.

Wenn wir jetzt in die ägyptische Abteilung des Alten Museums gehen (gegenüber der Nationalgalerie), wollen wir uns auf die neuen Räume, in denen die Werke von El-Amarna aufgestellt worden sind, beschränken. Die Geschichte der Kunst hat nichts aufzuweisen, was vollkommener wäre, als diese Köpfe und Figuren des Bildhauers Thutmosis, der um 1375 v. Chr. den Sonnenlaunen des IV. Amenophis selige Gestaltung gab. Wenn man diese Köpfe, soweit sie den Natureindruck, vielleicht sogar den Naturabdruck, wiedergeben, herausnahme und unvermittelt uns zeigte, wir würden sie für Arbeiten von gestern, für höchste Leistung moderner Hände halten. Mehr als dreitausend Jahre sind es her, daß sie von einem Künstler, der nach Leben dürstete, geknetet und gemeißelt wurden, und noch heute empfindet man sie wie blutdurchhelltes Nervengewebe, empfindet sie zugleich als geistreiche Form und meisterhaftes Werk. Dort, wo das Naturbild vom Stilwillen bezwungen wurde, in den unerhörten Köpfen des Königs und der Königin, stehen wir wie verzaubert. Die sinnliche Wirkung, die Musik der Linien und der Flächen, das Farbenbukett, die Illusion und die Verklärung sind so überwältigend, daß man noch heute, nach dreitausend Jahren, nur eins empfindet: Hochkurve zeugenden Lebens. Von damals bis heute: gibt es einen Fortschritt? Es gibt kaum Neues. Menschen und Völker kommen und gehen, wandern wie die Wellen des Meeres. Die Kunst steigt zu Gipfeln und fällt in Abgründe, siegt und stirbt. Aber so oft sie als Siegerin wiederkehrt, ist sie immer die gleiche, geboren aus Leidenschaft und geworden aus Beherrschung. Das Bild, das der frühe Jäger vor fünfzigtausend Jahren auf die Höhlenwand ritzte, solch ein springender Eber, solch ein kauender Büffel, die Königsköpfe des Thutmosis, der Buddhaheilige, den um 1500 ein Ostasiat mit gewaltigen Pinselzügen niederschrieb: alles die gleiche Familie, alles Vollendung und doch alles nur Stufe, Wandlung, weder Anfang

noch Ende. Der Mensch wird bescheiden und hält weniger von sich, wenn er zu solcher Erkenntnis, zu solchem Einblick kommt. Solche Bescheidenheit aber ist die Voraussetzung für das Distanzgefühl, das wir brauchen, um etwas Rechtes zu schaffen, ein Distanzgefühl, das wir am sichersten an den Formen großer Vergangenheit sich entwickeln lassen.

Richard Strauß

Von Hermann Hieber

Richard Strauß, eines Waldhornisten in der Münchener Hofkapelle Sohn, ist durchaus ein Kind seiner Zeit. In seine Entwicklungsjahre fällt der Sieg Richard Wagners und jener Bayreuther Rummel, in dem die deutsche und Wiener Hochfinanz der Gründerjahre sich selbst verherrlichte und das militärisch siegreiche Deutschtum im Kaisermarsch und in den altgermanischen Reckengestalten des „Nibelungenrings“ sich prahlerischen Ausdruck verschaffte. Richard Strauß hat sich viel enger an Franz Liszt angeschlossen als an den großen Richard aus Leipzig. Das ist sehr bemerkenswert, denn Liszt ist Kosmopolit gewesen und hat, ein Geistesverwandter des Franzosen Hector Berlioz, über die spezifisch deutsche Sphäre, in die sich Wagner festrannte — nicht zu seinem persönlichen Schaden! —, weit hinausgegriffen. Richard Strauß, der mit Kammermusikwerken und Liedern begonnen hatte, nimmt die Berlioz-Lisstsche Musikgattung der „Sinfonischen Dichtung“ auf. Das Zeitalter der Industrie und Technik hat die Gesangsmusik zugunsten der künstlichen Mechanik der Orchesterinstrumente zurückgedrängt. Das Wagnersche Musikdrama ist nicht Widerlegung, sondern Bestätigung dieser Tatsache, denn im Gegensatz zur alten Oper, selbst noch der romantischen, überträgt es dem Orchester, nicht mehr den Vokalstimmen, die Führung; diese wiederum werden durch die Annäherung an die naturalistische Sprechweise, durch den „Sprechgesang“ musikalisch fast bedeutungslos. Das moderne Orchester, schon von Berlioz und Liszt immer mehr bereichert und erweitert, namentlich nach der Tiefe hin durch Baßklarinette, Kontrafagott, Baßtuba, stellt sich in den Dienst des Wirkungsbedürfnisses, das den modernen Kapitalismus kennzeichnet. Die von einer ungesunden Betriebsamkeit erschlafften Nerven dieser neuen bürgerlichen Gesellschaft müssen durch immer neue, immer stärkere Reizmittel aufgepulvert werden. Hatte noch ein Beethoven mit 40 Musikern alles ausdrücken können, was er der Welt zu sagen hatte, so kam die Zeit nach 1860 mit der doppelten Anzahl kaum mehr aus.

Die sinfonische Dichtung ist nicht allein um der Vervollkommnung des Orchesterapparates und um der Absichten auf Steigerung des Klingeffekts willen charakteristisch, sondern auch wegen der Aufhebung des Begriffes der „absoluten Musik“. Die Orchestermusik nämlich wechselt ihre Bestimmung. Hatte sie als klassische Sinfonie, ähnlich wie die Kammermusik, aus der diese erwachsen war, dem Ausdruck allgemeiner Empfindungen gedient, so wird das Orchester seit der „Phantastischen Sinfonie“ von Hector Berlioz zum Träger der Programmusik. Man legt ihr ein Bild, einen bestimmten Vorgang unter — etwa einen Fiebertraum, ein episches Stück aus der Weltliteratur: Tasso, Orpheus, Fausts Verdammung, Dantes Göttliche Komödie —, kurz, man macht aus ihr eine illustrative Kunst. Diese Wandlung entspricht durchaus der materialistischen Weltanschauung: die Bestimmung der Musik wird von innen, vom Idealismus, nach außen verlegt. Die Definition des Impressionismus durch Zola: „ein Stück Natur, gesehen durch ein Temperament“, wird auf die Programmusik anwendbar.

Richard Strauß ist der bedeutendste musikalische Illustrator geworden. Ideen auszudrücken, ist seine Sache nicht — man höre sich „Also sprach Zarathustra“ an: gut aufgeputzte Phrase, weiter nichts. Je handgreiflicher der Vorwurf ist, den er zu illustrieren hat, um so mehr fühlt er sich in seinem Element. So, wie er Don Quichotte und Sancho Pansa vor uns hinstellt oder „Till Eulenspiegels lustige Streiche“ bizarr-ergötzlich schildert. Ein unersättlicher Schöpfungsdrang ließ ihn nach immer neuen Vorwürfen greifen; es war unvermeidlich, daß er in banale Niederungen geriet und neben einem Sonnenaufgang im Hochgebirge — „Alpensinfonie“ — und Kampf und Sieg des „Heldenlebens“ in die spießbürgerliche Enge des Familienlebens, in die Meistersinger-Atmosphäre geriet mit seiner „Sinfonia domestica“. Die Selbstüberhebung, die von der Periode des schrankenlosen Individualismus — des wirtschaftlichen wie des geistigen — nicht zu trennen ist, ließ ihm seinen Alltag, in dem die Uhr tickt und das Kind schreit, als ungeheuer wichtig und bedeutsam erscheinen.

Nicht von der dramatischen Idee aus, sondern lediglich vom Illustrationsbedürfnis des Impressionisten, gelangte er zur Oper. Daß er kein eigentlicher Musikdramatiker wie Gluck oder Mozart oder Weber ist, beweist allein schon das Kunterbunt seiner Opernstile. Er versucht sich an antiken Schauertragödien, an „Salome“ und „Elektra“, mit denen er an Wagners Spätstil, etwa an den „Tristan“ anknüpft. Aber ganz plötzlich und unversehens ist er in Mozarts Nachbarschaft, wenn er seinen „Rosenkavalier“ und seine „Ariadne“ komponiert. Und es macht ihm gar kein Bedenken, von Lanner und Johann Strauß den Wiener Walzer zu entlehnen und in demselben Rokokowerk neben „Tristan“ und „Figaro“ unterzubringen. Das alles ist so klangprächtig, so raffiniert und so — frech gemacht, daß man die Stilllosigkeit des Verfahrens nur allzu leicht übersieht. Aber wenn man seine bekanntesten Bühnenwerke nebeneinanderhält und die Frage beantworten soll: was ist daran typisch und eigentümlich Richard-Straußisch? —, man wird arg in Verlegenheit kommen. Mag man über Richard Wagner denken, wie man will: man wird ihm einen eigenen Stil, für seine späteren Werke wenigstens, nicht absprechen können. Daneben ist Richard Strauß, trotz all seiner blendenden Fertigkeiten, eben doch nur ein Eklektiker. Kein Anfang, sondern ein Abschluß. In der Programmusik so gut wie in der Oper. Ein später, vielleicht sogar schon zu später Impressionist.

Man versteht den Künstler Strauß nicht ohne sein Publikum. Wenn man von Wagner behaupten kann, er habe für eine ganz bestimmte Gesellschaftsschicht seine germanischen und altdeutschen Musikdramen geschrieben, so gilt dies noch viel mehr für den Jubilar vom 11. Juni. Die Erfolge des Bayreuther Meisters gründen sich nicht zum wenigsten auf die schwüle Sinnlichkeit, die von seinen betörenden Partituren ausströmt. Das entsprach so recht den genießerischen Bedürfnissen der Neureichen aus den Gründerjahren. Strauß hält diese Fährte fest. Er reißt die Schleusen der Perversität auf mit seiner „Salome“, seiner „Elektra“ und am widerlichsten mit der „Josefslegende“, jenem fauligen Gebräu von Masochismus und Sadismus. Die große prunkvolle Ausstattung ist für seine letzten Bühnenwerke unbedingte Voraussetzung. Wie ehemals in Bayreuth, so müssen heute in Wien die Finanzgrößen einspringen, um die ungeheuer luxuriösen Aufführungen seiner Pantomimen zu ermöglichen. Für diese Gönner — ausschließlich für sie — schreibt er, während das Volk vor Hunger entkräftet zusammenbricht, ein Ballett „Schlagobers“, das alle Leckerbissen der Wiener Konditorenzunft über die Bühnen tanzen läßt. Was bedeuten solche Fexereien, solche abgeschmackten Reverenzen vor den Ueber-satten, vor Schiebern und Wucherern, für das deutsche Volk als Ganzes?

RANDBEMERKUNGEN

Ludwig Franks Tat und Mahnung

Frank hatte den Krieg bekämpft; als er unvermeidlich war, siegte sein Tatsachensinn. Frank war gewiß, daß dem Arbeiter, der im Schützengraben für Deutschland gekämpft und geblutet hatte, die politische Gleichberechtigung nicht mehr versagt bleiben könne. Er ging in den Krieg; das demokratische Deutschland vor Augen, fest hoffend, nach der Heimkehr nicht mehr um die politische Wirksamkeit kämpfen zu müssen, vielmehr sie gestalten zu dürfen.

Es ist oft gesagt worden, daß Frank*), wenn er die Aufgaben der Nachkriegszeit vorhergesehen hätte, sich dafür hätte schonen müssen. Aber seine letzte politische Tat, die Meldung des Vierzigjährigen zum kriegsfreiwilligen Infanteristen, entsprach seinem Wesen, seiner Auffassung vom politischen Führertum. Er hat sie mündlich gegenüber Südekum damit begründet, daß zum mindesten einer die Fundamente gesehen haben müsse, die Fundamente des neuen deutschen Staates. Er hat geschrieben: „Mein Motiv war lediglich durch die Tat zu beweisen, daß es der Sozialdemokratie mit der Pflicht der Landesverteidigung ernst ist und daß ihre Haltung vom 4. August aus einer inneren Notwendigkeit, nicht aus einem äußeren taktischen Zwang entsprungen ist.“ Und schließlich erfolgte seine Meldung auch aus dem Gefühl, daß, nachdem er, der Führer, durch die Bewilligung der Kriegskredite und auch rednerisch für die Landesverteidigung eingetreten war, selber tun müsse, was er von den andern forderte: das Leben einsetzen für die politische Zukunft.

Er war nicht mehr unter den heimkehrenden Soldaten. Schon im ersten Gefecht, im zweiten Kriegsmonat fiel er, fiel, wie er immer gelebt, als Mann in Reih' und Glied, an der Seite der Proletarier, großer politischer Hoffnungen voll. Was

er so heiß ersehnt und in den letzten Tagen seines Lebens noch vor sich sah, nämlich am Bau des demokratischen Deutschlands mitzuarbeiten, war ihm versagt geblieben. Dennoch behielt er recht. Aus Not und Qualen kamen die Soldaten heim mit dem Gedanken, mit dem er 1914 hinausgezogen war: jetzt den Staat zu schaffen, dessen Politik der Wille der Arbeiterschaft das Zeichen aufdrücken sollte. Und sie fanden, als sie die deutsche Republik schufen, kaum mehr Widerstand. Der wuchs erst später. Wenn wir Sozialdemokraten die Republik nicht halten oder wenn wir dulden, daß ihre Gegner sie beherrschen, sind die letzten 20 Jahre politischer Kämpfe und ist das Leid von vier Kriegsjahren umsonst gewesen.

Hedwig Wachenheim.

Die Coßmannsche Fälschung

Die „Dolchstoß“-Nummern der „Süddeutschen Monatshefte“ des Herrn Coßmann habe ich in Heft 7 der „Glocke“ schon einmal kritisch gewürdigt. Herr Coßmann gehört zu denen, die am lautesten über die „Eisnersche Fälschung“ (die keine war) gezetert haben. Wessen Herr Coßmann selber in journalistischer Hinsicht fähig ist, soll hier an einem markanten Beispiel gezeigt werden. In Heft 8 der „Südd. Monatsh.“ auf S. 95 führt Herr Coßmann in einer Sammlung angeblicher sozialdemokratischer Selbstbezeichnungen auch folgende an:

„Der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Gampich sagte in einer öffentlichen Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei in Steinau a. d. Oder vor den Preußenwahlen 1921: ‚Ich gebe zu, daß die Front von hinten erdolcht worden ist.‘ (Kreuzzeitung, Nr. 230, 1921.)“

Schon in der früheren Besprechung habe ich die Vermutung ausgesprochen, daß es sich hier um

*) Von Hedwig Wachenheim erscheint demnächst im Verlag für Sozialwissenschaft: „Ludwig Frank, sein politisches Wirken nach Reden, Aufsätzen, Briefen.“ Herausgegeben zum 10. Todestage.

eine dreiste Fälschung der Gampigschen Worte (der Betreffende heißt Gampig, nicht Gampich) handelt. Die Vermutung ist nunmehr zur Gewißheit geworden. Genosse Gampig, Gewerkschaftsangestellter in Liegnitz, bestätigt mir, daß der Sinn seiner Worte ins genaue Gegenteil umgefälscht worden ist. Er gibt mir folgende schriftliche Darstellung des wahren Sachverhalts:

„In der fraglichen Versammlung in Steinau a. O. sprach ein deutschnationaler Redner in bekannter Manier. Nach ihm sprach der von Breslau gesandte Genosse Lehrer Kaufmann, nach diesem sprach ich wohl gegen zehn Minuten. Auf die Aeußerung des Redners, daß die Front von hinten erdolcht worden sei, habe ich fast wörtlich gesagt: ‚Gut, geben wir einmal zu, daß die Front von hinten erdolcht worden ist; aber den Vorwurf brauchen wir uns, die wir an der Front waren, nicht zu machen, denn wir lagen ja vorn im Dreck. Wenn die Front erdolcht worden ist, so machen wir denen es zuerst zum Vorwurf, die an Stelle der Achselklappen Achselstücke trugen. Die Schweinereien in der Etappe, die Pakete mit den Burschen und die Kasinos, wo sogar das Klavier nicht fehlte, der tägliche Braten usw., das waren die Anfänge der Erdolchung; der gewöhnliche Soldat hat seine Pflicht getan, wie auch eine Anzahl Offiziere, die ich kennen gelernt habe.‘ Dafür kann ich heute noch einwandfreie Zeugen benennen, daß sich der Vorfall so abgespielt hat.“

Genosse Gampig hat, wie ich von Anfang an richtig vermutete, lediglich von einer Fronterdolchung durch die berüchtigten Etappenschweinereien gesprochen. Daraus ein sozialdemokratisches Geständnis der Fronterdolchung im Sinne der nationalistischen Legende zu machen, ist der Gipfel gewissenloser und gemeinster Fäls-

schermethoden. Es mag sein — was ich augenblicklich nicht nachprüfen kann —, daß der Vorwurf der Erstfälschung die „Kreuzzeitung“ trifft. Das vermindert aber nicht die Belastung eines Mannes, der trotz Beherrschung historischer Forschungsmethoden bedenkenlos diese — zehn Meter gegen den Wind stinkende — Fälschung übernimmt und sich zu eigen macht, vermindert um so weniger seine Belastung, als Herr Coßmann in seiner Einleitung mit scheinheiliger Miene verheißt:

„Wir wollen hier versuchen, die Dinge so anzusehen, wie man sie in hundert Jahren ansehen wird, wenn keiner der Beteiligten mehr am Leben ist.“

Wer sich rühmt, noch vor dem kommenden Säkulum bestehen zu können, der verpflichtet sich vor seinen Lesern zu besonderer Sorgfalt. Herr Coßmann ist nicht nur hier — sondern bei allen Dingen, die ihm in seinen Kram paßten — mit frivolster Leichtfertigkeit verfahren. Er hat nichts, was ihm die These des Dolchstoßes zu erhärten schien, nach der tatsächlichen oder logischen Seite hin geprüft. Bei der ersten Sache, der ich nachging, konnte ich sofort die Fälschung feststellen. Ich bin überzeugt, daß weitere Zitate des Herrn Coßmann ebensowenig wie das Gampigsche einer kritischen Nachprüfung standhalten. (Bezüglich eines „Vorwärts“-Zitats ist das bereits von anderer Seite nachgewiesen.) Aber schon die Art, wie allein das Gampigsche Wort in genau gegenteiligem Sinne zitiert ist, berechtigt, von einer „Coßmannschen Fälschung“ zu sprechen.

Erich Kuttner.

Zum Freispruch der Seeckt-Attentäter

Das Urteil des Moabiter Schwurgerichts gegen die Seeckt-Attentäter hat nicht nur manchen Laien, sondern auch manchen Juristen überrascht. Der Sinn des Urteils ist, kurz ausgedrückt, etwa folgender: Die Angeklagten Thormann und Grandel sind schuldig, aber sie müssen aus formal-juristischen Gründen freigesprochen werden.

In der Begründung des Urteils wird ausdrücklich festgestellt, daß die beiden Angeklagten den Tod des Generals v. Seeckt ernstlich gewollt haben und daß sie zu diesem Zweck mit Tettenborn und Köpke in Verbindung getreten sind, um den Mordplan ausführen zu lassen. Auf die juristische Konstruktion einzugehen, auf deren Grund das Gericht trotzdem zum Freispruch gekommen ist, hat wenig Zweck. Entscheidend für das Urteil war die Auffassung, daß zwar Thormann und Grandel den Mord ernstlich gewollt hätten, daß aber Tettenborn und Köpke die Anstiftung nicht ernst genommen und die Tat nicht gewollt hätten. Eine Verabredung liege deshalb nicht vor, weil diese zur Voraussetzung habe, daß beide Teile ernstlich zu der verabredeten Handlung gewillt seien. Bis hierher könnte man noch der Rechtslage dieser Konstruktion folgen. Dagegen erscheint die Auffassung des Gerichts sehr bedenklich, daß eine Verabredung zwischen Thormann und Grandel nicht vorgelegen habe. Beide Angeklagten haben an demselben Plan aktiv mitgewirkt, sie haben gleichzeitig an vorbereitenden Besprechungen teilgenommen, sie haben beide den angeblichen Mörder Köpke am Morgen des geplanten Attentats auf dem Wege zum angeblichen Tatort begleitet. Aus dieser übereinstimmenden Handlung ist die Tatsache des Vorhandenseins einer Verabredung zwangsmäßig zu schließen. Es ist kaum anzunehmen, daß das Reichsgericht, das über die eingeleitete Revision des Urteils zu entscheiden hat, sich in diesem Punkte dem Urteil anschließen wird. Bemerkenswert ist, daß in der Begründung des Urteils zum Ausdruck gebracht wird, daß auf den Wunsch und den Plan der Angeklagten nach Beseitigung des Generals Seeckt die Ansicht des Justizrats Claß, daß der General für Deutschland ein Schädling sei, mitbestimmend gewesen sein könne. Dagegen erscheint es dem Gericht ausgeschlossen, daß Claß etwa die Er-

mordung Seeckts gewünscht habe. Die eidliche Vernehmung des Justizrats Claß habe diese Ansicht einwandfrei widerlegt. Das Gericht nimmt also lediglich eine Art intellektuelle Anstiftung zum Mordplan durch Claß an, hält Claß selbst von dem Verdacht der Mitwirkung durch seinen Eid gereinigt. Claß kommt hier zugute, daß er nicht, wie dies unter normalen Umständen der Fall gewesen wäre, als Mitangeklagter, sondern als Zeuge vernommen wurde. Die Tatsache, daß er vereidigt wurde, war an sich schon deshalb auffallend, weil sich in seiner Aussage ein offensichtlicher Gegensatz zu der eidlichen Aussage des Generals Seeckt befand, den er ja wegen der Darstellung über die zwischen ihm und Seeckt geführten Verhandlung kurz und bündig der Unwahrheit bezichtigt hatte. Hält das Gericht auch diese Beschuldigung des Generals durch den Eid des Justizrats für erwiesen?

Die Klarstellung der Rolle des Justizrats Claß als Führer der Nationalen Verbände und seiner hochverräterischen Tätigkeit im September und Oktober 1923 bilden eine wichtige Ergänzung zu den historischen Feststellungen, die der Ludendorff-Hitler-Prozeß in München gezeitigt hat. Wir sind nunmehr einwandfrei darüber orientiert, wer die Führung der norddeutschen Verbindungen Kahrs hatte und wo das Zentrum der Agitation und der unterirdischen Arbeit für die nationale Diktatur zu suchen ist. Professor Bauer hat im Hitler-Prozeß ausgesagt, daß der Alldeutsche Verband eine neue, nicht parlamentarische Verfassung für das Deutsche Reich ausgearbeitet habe. Im Thormann-Prozeß hat Justizrat Claß selbstgefällig betont, daß er den politischen Generalstab bereitgestellt habe, der nach dem politischen „Umschwung“ unter seiner Führung selbstverständlich die Leitung der Reichsgeschäfte zu übernehmen haben werde. Wir wissen also jetzt, wo die aktivsten und gefährlichsten Feinde der Republik sitzen!
Procurator.

B Ü C H E R S C H A U

Deutschland und Frankreich

Reichskanzler Marx hat kürzlich im Reichstag auf Beschuldigungen und Anzapfungen der Rechten hin sehr richtig ausgeführt, daß die Schuldfrage nicht durch leidenschaftliche Reden, sondern nur auf dem Wege nüchterner historischer Forschung zu klären sei. Von demselben Grundsatz geht R. Kuczynski aus, wenn er in seinem Buche: *Deutschland und Frankreich* (Verlag R. L. Prager, Berlin) den Versuch unternimmt, auf streng wissenschaftlicher, nüchterner Grundlage, aber doch getrieben von dem Grundgedanken eines warmherzigen realpolitischen Pazifismus, durch die Erleichterung des gegenseitigen Verstehens die Möglichkeit einer Verständigung zwischen den beiden Nationen zu schaffen. Die von ihm eingeschlagene Methode ist durchaus zweckentsprechend und daher die Veröffentlichung des genannten Werkes auf das wärmste zu begrüßen. In ihm werden in systematischer Anordnung die wirtschaftliche Lage, die Finanzen, die Reparationen, die Ernährungsfrage, die Lebenshaltung und Löhne, die Arbeiterfrage, die Bautätigkeit und der Grundstücksmarkt beider Länder von Fachleuten besprochen. Es ist natürlich unmöglich, hier auf die einzelnen Beiträge einzugehen; es darf aber darauf hingewiesen werden, daß diese Artikel, mögen sie bei dem Eilschritt der politischen und wirtschaftlichen Vorgänge zum Teil überholt sein, ein ungeheuer wertvolles Material für eine wirklich fundierte Aufklärungsarbeit liefern. Denn darauf kommt es an, nicht nur, daß wir etwas glauben und für richtig halten, sondern daß wir andere von dieser Richtigkeit überzeugen. Ein Beispiel unter vielen: Eines der schwierigsten, fast unmöglichen Probleme war, das Ausland und die Ausländer von dem

Wahn zu befreien, daß Deutschland angeblich einen betrügerischen Bankrott herbeigeführt habe. Ich kann nur sagen, daß ich außerordentlich bedauere, das vorzügliche von Kuczynski beigebrachte Material nicht eher gekannt zu haben. Ebenso ist über das wirtschaftliche Elend in Deutschland, das zum Beispiel Angehörigen von klimatisch glücklicheren Völkern nicht so ohne weiteres einleuchtet, vortreffliches Material beigebracht worden. Und andererseits werden von berufenen französischen Autoren die Schwierigkeiten der französischen Wirtschafts- und Finanzlage hervorgehoben, was zu einem besseren Verständnis der Situation in Frankreich beitragen wird. Aber neben dieser gegenseitigen wirtschaftlichen Aufklärung ist die politische und ideelle Seite nicht vergessen. Man lese z. B. den trefflichen Aufsatz über eine europäische Verständigung von Ferdinand Gouttenoire de Toury, der zusammen mit den Ausführungen Kuczynskis auch weiteren deutschen Kreisen eine Ahnung davon zu geben vermag, was der Pazifismus für uns und unsere politische und moralische Rehabilitation in der Welt bedeutet.

Sehr wertvoll ist der Anhang des Buches, in dem der Herausgeber Beiträge aus seiner finanzpolitischen Korrespondenz wieder abdruckt, die ein lebendiges Bild von den Fragen der letzten Monate geben und die eine Reihe trefflicher Beobachtungen und Informationen enthalten, bei denen auch, für Deutschland doppelt selten und erfreulich, ein wirklicher, befreiender Humor nicht fehlt.

Alles in allem eine wertvolle Publikation, der eine weitgehende Verbreitung zu wünschen ist, ein Musterbeispiel, wie man wirkliche, fruchtbringende Aufklärung im Sinne der Völkerverständigung und Versöhnung treiben muß.

Dr. Walter Zechlin.

Könige der Inflation

Der erste Abschnitt der Geschichte des mitteleuropäischen Währungszerfalls liegt hinter uns, er dauerte genau zehn Jahre, nämlich von 1914 bis 1924, und wird allgemein als die „Inflationsperiode“ bezeichnet.

Will man das Werk verstehen, muß man den Menschen erkennen. Die große Masse der Mitmenschen dieser Zeitperiode ist aufgewachsen im Glauben an Ideale, Sittenlehre und Gerechtigkeitsgefühl; ein Appell an diese Begriffe fand bei ihnen immer günstigen Boden. Diese Charaktereigenschaften haben sie um ihren Besitz, um Wohlstand und Vertrauen gebracht, während die materiellen Güter auf die übergingen, die, gefeit gegen jeden sittlichen Begriff, „anders als die andern“ vorgingen. Während sich Hunderttausende durch die Reklame der Krieganleihe ihr Geld aus der Tasche locken ließen, kauften jene Waren, verkauften sie wieder, kauften neu und häuften mit den Spargroschen ihrer Landsleute eigenen Besitz zusammen. In seinem Buche „Könige der Inflation“ (Verlag für Sozialwissenschaft, G.m.b.H., Berlin SW 68) schildert Paul Ufermann diese Menschen und ihre Macht, und wie sie sie gewannen. Genau ein Dutzend Charaktere werden uns vorgeführt. Allen gemeinsam ist ihre Unempfindlichkeit gegen die auf moralisches oder nationales Bewußtsein eingestellte Reklame. Sie taten gerade das Gegenteil von dem, was sie selbst in ihrer eigenen Presse als erstrebenswerter, sittlich hinstellten. Unter Zuhilfenahme einer sinnlosen, dem gesunden Menschenverstand entgegengesetzten Rechtsprechung (die aber hohe sittliche Postulate, wie Vertragstreue usw. vorspiegelte), wurde den Volksgenossen das Letzte genommen, bis der Verwesungsgeruch der Währungsleichen auch das Leben der Währungsverderber gefährdete und manche unter ihnen der Inflation Halt boten, nachdem

sie sie vorher mit allen Mitteln — wirtschaftlichen und politischen — gefördert und beschleunigt hatten.

Wer waren diese Förderer des Verderbens, wo stammten sie her und wie handelten sie? In dem eingangs erwähnten Buche Ufermanns werden ihre Persönlichkeiten und ihre Werke geschildert. Es ist bezeichnend für die politische Neutralität dieses Buches, daß es die politischen Macher nicht erwähnt, obwohl mancher von ihnen durch die Inflation durchaus nicht ärmer geworden sein dürfte. Es ist bedauerlich, daß die Vermögensbildung und Vermögensanlage dieser Herren noch nicht die Chronisten beschäftigt haben; man dürfte auf manche interessante Neuigkeit gefaßt sein. Aber die anerkannten „Könige der Inflation“ traten nicht nur wirtschaftlich hervor, auch politisch machten sie sich bemerkbar.

Stinnes war der Größte unter den Großen; aber kein Neureicher. Vor dem Kriege war sein leitender Gedanke, eine Verbindung herzustellen zwischen westfälischer Kohle und luxemburgischem Erz. Dazu brauchte er Schiffe und für den weiteren Absatz Kohlenhändler und das Kohlenkontor. Daneben suchte er durch das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk und die Gaslieferungsverträge mit den Großstädten dieses Gebiets auch Herr der andern Kraftquellen des Industriegebiets zu werden. Von 1895 bis 1914 baute er an diesen Unternehmungen.

Dann kam der Krieg: Heereslieferungen, Anlage der Verdienste in Sachwerten. Je länger der Krieg, je mehr Verdienst; je weniger Konkurrenten in der Welt (Nordfrankreich, Belgien), je höher die Profitrate. Den Lauf der Dinge erkannte er schon 1917, als er in Hamburg die „Hugo Stinnes Akt.-Ges. für Seeschiffahrt und Ueberseehandel“ gründete. In der handelsgerichtlichen Eintragung dieser Firma ist ein Wirtschaftsprogramm entworfen, wie es gigantischer nie

erdacht worden ist — und Stinnes hat diesen gigantischen Plan, der alles, aber auch rein alles in sich einschloß, durchgeführt von 1914 bis 1924. Moralische Bedenken waren ihm fremd, rücksichtslos schritt er über alles, was sich ihm in den Weg stellte. Sein ureigenstes Werk war die Zusammenschweißung eines einzigen Konzerns von der Kohle bis zur Glühlampe: die Verbindung der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. mit dem Siemens-Konzern. Gegen dieses Riesengebilde treten alle andern zurück. Viele seiner Erwerbungen scheinen nur Bollwerke zu sein, um den Kern sicherzustellen für spätere Zeiten. Aber Deutschland wurde bald zu klein: Neben der Kohle reizte die zweite Kraftquelle, das Erdöl. Es gibt kein Erdölgebiet der Welt, an dem Stinnes nicht direkt oder durch Mittelspersonen interessiert ist. Diese Kapitalsanlage im Auslande hat überall eine Antipathie gegen Deutschland hervorgerufen, dem man nachsagte, daß es seine eigenen Schulden nicht bezahle, dagegen überall dem Einheimischen sein Fortkommen erschwere. Als Mensch betrachtet, von außerordentlicher persönlicher Einfachheit, war er von einem Macht-hunger beseelt, wie ihn nur wenige kennen. Besitz, Geld, alles bedeutete für ihn nur eins: Mittel zur Macht.

Im Gegensatz zu Hugo Stinnes, der einer alten Industriefirma entstammte, war Otto Wolff ein kleiner Eisenhändler, der sein Geschäft vor dem Kriege schlecht und recht mit seinem Sozius Strauß in Köln betrieb. Während des Krieges wurde Strauß ins Reichsmarineamt gerufen, und dank dieser „Verbindungen“ blühte das Geschäft. Da er um den Absatz nicht zu sorgen brauchte, sicherte er sich eine große Einkaufsbasis; vor allem erwarb er die Aktien von Eisenwerken und Weißblechfalzereien. Heute kontrolliert er 90 Proz. der deutschen Weißblecherzeugung. Aber auch der Fertigungsindustrie wandte er sich zu. Nachdem er Herrscher

der Phönix-A.-G. in Ruhrort geworden war, verkaufte er einen großen Teil seines deutschen Aktienbesitzes nach Holland. Charakteristisch für diese beiden Leute ist der Ausspruch Otto Wolffs: „Ganz so groß wie Stinnes bin ich noch nicht, aber einige Milliarden Schulden habe ich doch schon.“

Die übrigen Könige der Inflation, von deren Leben und Treiben Ufermann berichtet, entstammen teils dem Bankgeschäft, wie Hugo Herzfeld, der wahllos Aktienpakete zusammenkaufte, um sie überall dahin, wo sich Interessen boten, loszuschlagen, oder Jacob Michael, der sich vor allem für chemische Werte interessierte. Allerdings müssen sich diese Herren bei ihren Geschäften sehr in acht nehmen. Richard Kahn hatte etwas zu gewagte Geschäfte mit den Deutschen Werken gemacht, als er mit dem Verkauf der alten Maschinen dieser Unternehmungen betraut war. Der Vertrag wurde seitens des Reiches, das der Hauptaktionär der Deutschen Werke ist, rückgängig gemacht, und dies ihm einmal anhaftende Menetekel störte ihn, als er in Oesterreich ähnliche Geschäfte zu unternehmen gedachte. Es bedarf kaum des Hinweises, daß auch Oesterreich seine Inflationkönige hat. Vor allem sind hier zu nennen Castiglioni und Siegmund Bosel. Ersterer, in Triest geboren, verdient in Oesterreich Geld an Kriegslieferungen, wird nach dem Zusammenbruch italienischer Bürger, begünstigt die italienische Industrie in Verbindung mit Stinnes, und dürfte heute wohl der reichste Mann der ehemaligen Donaumonarchie sein. Sein Gegenspieler Siegmund Bosel machte zuerst in Schmugglergeschäften, wird Händler, Bankier, Petroleummagnat und Reeder. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß diese beiden, im Gegensatz zu ihren deutschen Kollegen, sich stark sozial betätigen, indem Bosel zum Beispiel der Wiener Universität große Spenden überwies.

Es führte zu weit, auch nur die Geschichte der übrigen Währungs-

wölfe, wie Alfred Ganz, Frankfurt (Vergrößerer des Schweizerischen Anteils an der deutschen Industrie), Friedrich Minoux (Stinnes' ehemaliger Finanzminister), Rudolph Karstadt (Warenhauskönig), Jacob Michael (Chemische Industrie), Emil Ciprut (Effektengeschäfte), H. Zimak (Metallhandel) hier zu berichten.

Politisch standen die meisten deutschen Inflationskönige weit, weit rechts. Ihr Hauptaugenmerk richteten sie darauf, die Inflationszeit möglichst lange dauern zu lassen. Schöpfer großer Werke, wie Cecil Rhodes, Albert Ballin usw., waren sie nicht. Was sich von den Gebilden dieser Inflationskönige in die Zukunft hinüberretten wird, ist ungewiß. Sicher ist nur, daß keiner von ihnen das große Geheimnis des Kaufmanns erkannt hat, nämlich „sein Unternehmen als ein körperlich lebendiges Wesen zu

betrachten, damit sein Geschäft zu einem blühenden, starken und zukunftsreichen Organismus erwache“.

Das Buch von Paul Ufermann „Könige der Inflation“ stellt eine Fundgrube wirtschaftlicher Erkenntnis dar, es liest sich wie ein Roman, bei dem auch hier und da der Galgenhumor zu seinem Recht kommt.

Papyrus.

„Zum guten Europäer“ *)

Als unsere Revolution und das Rätssystem noch grünten, wurde in Berlin ein „Rat des Geistes“ gegründet, zu dem damals fünfundzwanzigtausend Unterschriften eingegangen sein sollen. Fünfundzwanzigtausend Menschen, die für uns denken, die unsrer Katastrophe

*) Zwölf Chroniken Werrenvags. Elena-Gottschalk-Verlag, Berlin.

SÄMTLICHE REICHSTAGSSITZUNGEN

BESTÄTIGEN DAS GLÄNZENDE BUCH

VON

HEINRICH MANN

DIKTATUR DER VERNUNFT

BROSCHIERT 1.—

HALBLEINEN 2.—



VERLAG DIE SCHMIEDE

BERLIN W 35, MAGDEBURGER STRASSE 7

LÜTZOW 6167 / KURFÜRST 6619

einen Sinn geben wollten — damit war Deutschland offenbar gerettet. Die Zahl mag damals übertrieben worden sein, jedenfalls ist unserm Deutschland trotz der Papiernot in seiner ganzen Geschichte noch nie soviel Geist angeboten worden. Unsere Politik war ungeistig, unser Geist war unpolitisch gewesen; daher kam das ganze Unglück, das die Literaten nun ermutigte, sogar verpflichtete, zum Volke so zuversichtlich zu sprechen, als ob sie Reichstagsabgeordnete wären, ein ernstes Wort mit ihm zu sprechen über seine großen Verfehlungen und Sünden. Ein tiefes Wort auch, und vor allem ein erlösendes Wort. Denn diese Literaten schienen über die gewöhnlichen Politiker weit hinaus ins Priesterliche wachsend auch alle Heilmittel des Glaubens zu verwalten. Die eigene Stimme, mit der sie sich selbst zum Pater patriae gewählt hatten, konnte nur die göttliche sein. Sie sprachen alle sehr feierlich, ein wenig benommen von ihrer neuen großen Würde, nachdem sie so lange in der Ecke gestanden hatten, aber sie hielten sich gut, und unter einer Weltanschauung wurde keine abgegeben. Als wir neunzehn Jahre alt waren, als wir Karl Marx mit Darwin und Häckel glatt in die Schachtel des historischen Materialismus zusammenpaßten, gebrauchten wir gegen einen Kameraden als schlimmstes Schimpfwort „Der Mensch hat noch nicht mal eine Weltanschauung!“ Heute haben wir davon so viel, daß jeder Deutsche sich die Welt aussuchen kann, in der er geistig zu leben wünscht. So daß uns allen eigentlich geholfen ist.

Otto Flake spricht in diesen Chroniken, ob sie von neuen Romanen, von Kabarett und Theater, von der Vivisektion oder der Schule der Weisheit handeln mögen, im wesentlichen von der Grundkrankheit des Deutschen, von seiner geringen Fähigkeit, sich zu realisieren, sich in einer leidlichen Physiognomie abzuzeichnen, sich in einer Form, also in ästhetischer Wirkung zu halten. Otto Flake

sagt manches zu Ehren unserm protestantischen, unseres poetischen Geistes, der weiter spannt als der romanische und ihn daher zu seiner Ergänzung braucht. Otto Flake sagt noch manches Treffende und Treffliche von der Notwendigkeit, das Geistige und das Nationale zusammenzubringen, ferner von der edelsten Verpflichtung der Demokratie, Führerpersönlichkeiten hervorzubringen, aus sozialem und humanem Geiste bis hinauf zur Tapferkeit des Weisen. Ich fühle, daß ich das alles falsch wiedergebe oder wenigstens mit zu geringen Worten. Das war doch alles viel mehr, das klang doch viel bedeutender, viel feierlicher, wie mit Glockentönen aus einer Tiefe heraus, in der Buddha so gut wie Plato noch bequem beieinander sitzen können. Otto Flake gehört gewiß zu den besten Fünfundzwanzig von jenen Fünfundzwanzigtausend, die den Rat des Geistes begründen wollten; er hat es auch mit seiner geistigen Redlichkeit, mit geduldiger Arbeit an sich selbst zu einer intellektuellen Selbstverwaltung gebracht, die ihm die gewisse Würde, wenn auch nicht der Souveränität, so doch der Unabhängigkeit verbürgt. Aber gerade wenn er die Deutschen von ihrem Grundübel der Gestaltlosigkeit, der Unrealisierbarkeit heilen, wenn er sie ein sachliches Geradeausdenken lehren will, müßte er selbst mit einer schlankeren Figur das Muster geben. Gerade als Realist hat er einen klaren Satz zu schreiben; mit diesem klaren Satz wird er für das Erziehungswerk, das ihm vorschwebt, mehr getan haben als mit allen den schwebenden, pendelnden, hallenden Perioden, die er auch mit der Anstrengung des Armes wie Glocken rührt. Man denke, wieviel Hohlraum eine Glocke braucht, damit sie überhaupt erst Ton geben kann.

Arthur Eloesser.

Eine neue Balzac-Ausgabe

Balzac ein allseits beliebter Romanzier? Nein, er ist ein Erdteil! Ein Mythos! Eine Naturgewalt!

Ueber uns stürzt er wie eine Lawine, reißt uns mit sich wie ein Sturzbach und durchdringt uns, das Innerste nach außen kehrend, ganz und gar wie die Julisonne. Gegen ihn gibt es kein Sichwehren und Sträuben. Wir sind auf der Welt heißt: wir sind auch in seiner Welt, die ein vereinfachtes und verkürztes, dann wieder ein vertieftes und in die Ewigkeit gerecktes Abbild jener andern ist. Er schrieb die Wirklichkeit ab, nicht teilnahmslos wie ein Protokollführer, sondern mit angehaltenem Atem und hart klopfenden Pulsen als ein Mitverantwortlicher. Längst ist die Literaturforschung den Urbildern seiner Gestalten und Geschehnisse nachgegangen und hat gezeigt, wo der Schöpfer der „Menschlichen Komödie“ diesen oder jenen Vorwurf aufgegriffen hat, und der Elsässer Ernst Robert Curtius hat vor kurzem eine Monographie des Zyklopen erscheinen lassen, die, kenntnisreich, scharfsinnig und tiefspürend, dartut, daß jener seine Gedanken und Anschauungen nicht aus dem Nichts holte, wie der Taschenspieler die Blumensträuße und Kanarienvögel aus seinem Hut, sondern mit allen Ideenströmungen seiner Zeit von Rousseau bis Saint-Simon, von der Naturschwärmerei bis zum Mesmerismus eng verknüpft war. Also lag alles in der Luft, was sich in seinem Werk niederschlug? Ganz gewiß, und wir haben niemals daran gezweifelt. Nur mindert es seine Größe

mit nichten: auch der Stickstoff „liegt in der Luft“, aber ihn auf die Erde herabzuholen und in den Blutkreislauf der Pflanzen einzuführen, war die Leistung eines genialen Hirns.

Immer neu und immer heutig wirkt Balzac, weil er ein unerbittlich grausamer Vivisektor der kapitalistischen Gesellschaft ist, die zu seiner Zeit die gleiche war wie 1924, ohne größeren Unterschied jedenfalls als dem zwischen dem Jüngling und dem Greise. Er selbst hat sich einen Legitimisten und einen Katholiken genannt und von „den zwei ewigen Wahrheiten, der Monarchie und der Kirche“ geschwärmt, aber die Schöpfung zeugt wider den Schöpfer: mit der Tinte seines Werkes schrieb die Generation des Februar 1848 die Aufrufe zum Barrikadenbau, und der brave Bürger, der ihm nachmals die Verantwortung für die Kommune aufbürden wollte, war vielleicht dumm, doch sicher nicht instinktverlassen.

Mit einer schätzbaren Ausgabe, die der Berliner Verlag Ernst Rowohlt herausgibt, tritt dieser Marschall der Literatur einen neuen Eroberungszug durch Deutschland an. Bis zur Stunde sind dreizehn Bändchen erschienen: kleines Taschenformat, in klarer Antiqua gedruckt, geschmackvoll kartoniert oder gut gebunden, und nicht teuer: das Buch kommt auf rund 2 M. zu stehen. Leider fallen auch einige Uebertragungen durch ihre

In wenigen Tagen erscheint:

Das Sachverständigen-Gutachten

1. Der **Text** des Gutachtens in seinen wichtigsten Teilen in gemeinverständlicher Sprache.
2. Eine wirtschaftliche und finanzpolitische **Kritik** von Rudolf Wissell, Kurt Heinig u. a.
3. Die **internationale Beurteilung des Gutachtens.**

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68

Billigkeit auf. Emmi Hirschberg, die „La recherche de l'Absolu“ verdeutschte, schwelgt in kanzlei-papierenen Worten wie „Großzügigkeit“, „Maßnahmen“, „verausgabte“, „in bezug“, „auslöste“, „beeindrucken“ (!), und Dr. Hugo Kaatz gibt in der Uebersetzung von „Les paysans“ nicht nur „comité de salut public“ mit „Komitee für die öffentliche Wohlfahrt“ statt mit dem eingebürgerten „Wohlfahrtsausschuß“ wieder und setzt für „Le Vengeur“, was als Name eines historisch bekannten Kriegsschiffs jedem Franzosen geläufig ist, einfach „der Rächer“, womit der Deutsche gar nichts anzufangen weiß, sondern er leistet sich auch Satzungeheuer wie: „Olympia Charel, eine hübsche Normännin mit goldblondem Haar, von

etwas voller Figur und einem Gesicht, das von klugen Augen belebt war und sich durch eine feine leicht gekrümmte Nase wie die einer Marquise und durch ihr jungfräuliches Wesen, trotz ihrer üppigen Gestalt einer Spanierin, auszeichnete, besaß alle Vorzüge, die ein junges Mädchen, das aus einer Schicht stammt, die sich nur ganz wenig über die unteren Klassen erhebt, sich infolge der Vertraulichkeit, die ihre Herrin ihr gestattet, erwerben kann!!!“

Gewiß hat Balzac manchmal liederlich geschrieben, aber das gibt seinem Dolmetscher nicht das Recht zu gleicher Liederlichkeit, zumal in einer Ausgabe, auf die sonst so viel Sorgfalt verwendet ward.

Hermann Wendel.

Ein Artikel des Genossen Paul Faure, Mitglied der französischen Deputiertenkammer, traf leider so spät ein, daß er für die nächste Nummer zurückgestellt werden mußte. Die Red.

Berichtigung. Auf Seite 355 im 3. Absatz, 4. Zeile von oben, ist der Name des Genossen Brouckère, und in der 5. Zeile desselben Absatzes der Name des Gen. Baker falsch wiedergegeben.

CARL LUDWIG SCHLEICH

ES LÄUTEN DIE GLOCKEN

Phantasien über den Sinn des Lebens. 400 Seiten auf feinem Papier mit 212, teils zweifarbigen Abbildungen im Text und einer Farbendrucktafel. 27. Auflage. Halbleinenband 10 G.-M., Ganzleinen 12,50 G.-M.

Zwei von hunderten glänzender Urteile:

Richard Dehmel: „Ein unsterbliches Buch.“

Der Zwiebfisch, Zeitschrift über Bücher, Kunst und Lebensstil:

„... Das Märchenbuch eines Philosophen, der auch ein ganzer Dichter ist. Weite Gebiete der Naturwissenschaft, die bisher für trocken und ungenießbar galten, werden unter seinen Händen zu blühenden Gärten.“

OTTO WEININGER

GEDANKEN ÜBER GESCHLECHTSPROBLEME

80 Seiten. Kl. 8°. Gebunden 1,50 Goldmark.

„Daß man diesen Denker, diesen Revolutionär gegen eingewurzelte Anschauungen, diesen selbstbewußten Zerreißer uralter Verbindungsfäden zwischen Mann und Weib mit einer Flut der Entrüstung überschüttete, ändert nichts an der Tatsache, daß er ein Philosoph und Schürfer war, der die tiefsten Lebensprobleme mit sicherer, energischer Hand ergriff. Seine Philosophie ist unbedingt ernst zu nehmen, weil sie sittlich und genialisch ist. Ein Büchlein für Denker, die auch den Antipoden ihrer Meinung achten.“

CONCORDIA DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
ENGEL & TOECHE, BERLIN SW 11

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln
Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451

Letzte Erscheinungen des Verlages
R. L. PRAGER - BERLIN NW 7

DEUTSCHLAND u. FRANKREICH

Von KUCZYNSKI, brosch. Gm. 9,— ; geb. Gm. 10,20

MARX - ENGELS - LASSALLE

- I. Ihre Schriften und ihre Ideen . . . Gm. 1,—
- II. Ihre Vorläufer und die von ihnen hervorge-
rufene Arbeiterbewegung Gm. 1,—
- III. Ihre Gegner einschl. des Anarchismus und
Bolschewismus, mit Anhang, Utopien und
Register über alle 3 Teile (erscheint im Herbst)
(Antiquariatskatalog Nr. 215—217)

**R. L. PRAGER'S BIBLIOGRAPHIE DER
RECHTS- u. STAATSWISS. 1924, Heft 2**

mit Aufsätzen über Seckel, Steffen, ja-
panisch. Buchwesen, Arbeiterbe-
wegung Indiens usw. Der ganze Jahrgang
von 4 Heften Gm. 4,20 franko

**Wie urteilt die Parteipresse über
Otto Flake: Anker Kirkeby:**

„Zum guten Europäer“

Zwölf Chroniken Werrenwags
Broschiert M. 2,60, gebunden M. 3,50,
Halbleinen M. 4,50

„Münchener Post“: „Der gute Europäer“ ist
denen zu empfehlen, die einer geistigen
Anregung bedürfen, um sich über das Elend
dieser Zeit zu erheben.

„Arbeiter-Sport“: Wer über die Dinge der
heutigen Weltordnung nachdenkt, muß
Flakes Buch lesen, es bringt reichen Gewinn.

Russisches Tagebuch

Aut. Uebers. aus d. Dän. v. Erwin Magnus,
mit einer Einleitung von Otto Flake
Broschiert M. 2,60, gebunden M. 3,50,
Halbleinen M. 4,50

„Vorwärts“: Das Buch kann den Anspruch
erheben, das erste statistische Material über
das neue Weltreich zusammengebracht zu
haben.

„Tribüne“: Wer sein Wissen über Rußland
bereichern will, sollte dieses an Aufschlüssen
reiche Buch lesen.

„Die Neue Bücherschau“

Eine Schriftenfolge • HERAUSGEBER GERHART POHL • Jährlich 4 Hefte
Einzelheft M. 1,— • Folge M. 3,20

Sonderheft: Europäische Literatur der Gegenwart

Mitarbeiter: Otto Flake, Max Herrmann-Neiße, Wilhelm Michel,
Max Krell, Willy Haas, Leopold Ziegler, Stefan Zweig u. viel. and.

Dr. Schairer: „Die Neue Bücherschau“ wird jedem Bücher- und Literaturfreund unentbehrlich
sein, wer sich hier beraten läßt, dem bleiben Enttäuschungen erspart.

ELENA GOTTSCHALK VERLAG • BERLIN W 62

Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie

Begonnen von Prof. Dr. Julius Hatschek

- Fortgesetzt und herausgegeben

von Dr. KARL STRUPP,

Privatdozent an der Universität in Frankfurt a. M.

==== Lexikon-Format ====

**Bisher erschienen 8 Lieferungen zum Preise
von je Gm. 5.—**

*Das ganze Werk wird etwa 12 Lieferungen umfassen und im
Herbst dieses Jahres vollständig vorliegen.*

„Das Werk Strupps wendet sich nicht nur an Fachgelehrte,
sondern an alle am Völkerrecht irgendwie Interessierten. Möchten
dem Werke ein rascher Fortgang und baldige Vollendung beschieden
sein! Es gehört in jede Bücherei, und niemand, der den Fragen
der auswärtigen Politik ein mehr als oberflächliches Interesse ent-
gegenbringt, kann achtlos an ihm vorübergehen.“ *Kölnische Zeitung*

Verlangen Sie den ausführlichen Prospekt!

WALTER DE GRUYTER & Co. / BERLIN W 10

Goldene Bücherei für die Ehe

5 Bände elegant in Halbkunstleder geb. Goldm. 20,—

Die Bände sind auch einzeln zu beziehen

- Bd. 1. **Das Geschlechtsleben des Weibes**, eine physiologisch-soziale Studie mit ärztlichen Ratschlägen von Frau Dr. med. Anna Fischer-Dükemann. 19. Aufl. mit vielen in den Text gedruckten Illustrationen und einem zerlegbaren Modell des Frauenkörpers in der Entwicklungsperiode. Brosch. M. 3,50, geb. M. 5,—.
- Bd. 2. **Entstehung, Verhütung und Heilung der Frauenkrankheiten** von Dr. med. A. Fischer-Dükemann. 6. Auflage. Brosch. M. 1,—, geb. M. 2,20.
- Bd. 3. **Der weibliche Körper und seine Verunstaltung durch die Mode**. 5. Aufl. mit fast 100 Abbildungen nach lebenden Modellen von Arringer-Tscherkoff. Brosch. M. 3,—, geb. M. 4,50.
- Bd. 4. **Die Frau der Zukunft**. Ein Lebensbuch von Frau Truska Bagienski. Mit 16 Abb. 4. vermehrte u. verbess. Aufl. Brosch. M. 3,—, geb. M. 4,50.
- Bd. 5. **Ins Land der Sehnsucht**. Ein neues Buch für die Ehe von Truska Bagienski mit reichem Bilderschmuck von A. Krause-Carus. Brosch. M. 3,—, geb. M. 4,50.

Bestellschein

Bestelle bei der Buchhandlung „Die Bücherwarte“, Berlin W 30, Neue Ansbacher Str. laut Inserat in der Glocke „Die Goldene Bücherei für die Ehe“ in 5 Bänden, geb. zu 20,—. Der Betrag — die erste Rate — folgt gleichzeitig — ist nachzunehmen. Der Betrag wird durch 4 Monatszahlungen unter Anrechnung eines Teilzahlungszuschlages von 10% beglichen (Nichtgewünschtes gefl. zu durchstreichen.) Erfüllungsort Berlin.

Ort und Datum: _____

Name u. Stand: _____

Postscheckkonto Berlin 18771

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT GMBH, BERLIN SW 68

Das Attentat gegen Seeckt

von Karl Brammer

(Heft 5 der „Politischen Prozesse“)
erscheint in wenigen Tagen

H. G. Wells

Die Grundlinien der Weltgeschichte

Mit sehr vielen Abbildungen, Tabellen und Karten
Umfang 40 Bog., vollständig in 11 Lieferungen
zu je 1,50 M. ♦ Ausführliche Prospekte
und Probelieferung zur Ansicht

Das Werk ist vollständig im Herbst 1924

Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe

von M. Beer

Jetzt vollständig, in Ganzleinen gebunden Preis 8,- M.
Das Werk kann auch noch in 5 Lieferungen einzeln zu je
1,45 M. bezogen werden; ein Neudruck der Lieferungs Ausgabe
findet nicht mehr statt

**Eine große illustrierte Ausgabe ist in Vorbereitung
und erscheint Weihnachten 1924**

DIE GLOCKE

X. JAHRGANG :- Wöchentlich ein Heft :- PREIS 30 PF.

AUS DER LISTE DER MITARBEITER:

Eduard BERNSTEIN, H. BRANTING, Rudolf BREITSCHIED, Robert BREUER, Alfons Fedor COHN, Alfred DÖBLIN, Alfred FELLISCH, Josef Maria FRANK, Georg GRADNAUER, Robert GRÖTZSCH, Konrad HAENISCH, v. HARNACK, Ernst HEILMANN, Kurt HEINIG, Paul HERTZ, Hermann HIEBER, Paul KAMPPFMEYER, Josef KLICHE, Dr. Adolf KÖSTER, Herm. KRANOLD, Erich KUTTNER, Theodor LEIPART, Rudolf LEONHARD, Heinrich LÖFFLER, Staatsanwalt MARX, Reichs- und Staatskommissar MEHLICH, Walter MEHRING, August MÜLLER, Hermann MÜLLER, Dr. Paul NATHAN, Ernst NIEKISCH, Wilhelm auf d. NÖLLENBURG, Alfons PAQUET, PARVUS, Toni PFÜLF, Max QUARCK, Gustav RADBRUCH, Ernst REUTER, Arth. SATERNUS, Philipp SCHEIDEMANN, Max SCHIPPEL, Georg SCHMIDT, Robert SCHMIDT, Bruno SCHÖNLANK, Carl SEVERING, Hugo SINZHEIMER, Wilhelm SOLLMANN, Heinrich STRÖBEL, D. STÜCKLEN, Ernst TOLLER, Paul UFERMANN, UNGERN-STERNBERG, Veit VALENTIN, Hedwig WACHENHEIM, H. WAENTIG, Otto WELS, Hermann WENDEL, Steiger G. WERNER, Rudolf WISSELL, Dr. Walter ZECHLIN

Wer im politischen oder gewerkschaftlichen Kampf steht, muß „Die Glocke“ lesen

BESTELLSCHEIN

Beim Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68

abonniere ich „Die Glocke“
auf die Wochenschrift

Ort und Datum:

Wöchentlich 1 Heft zu 30 Pf.

Name:

Juni 1924

Nr. 12

10. Jahrg. • 1. Bd.

Die Glocke

HERAUSGEBER PARVUS

Inhalt:

Paul Faure:

Frankreich nach den Wahlen vom 11. Mai 381

Philipp Scheidemann:

Nach dem Parteitag 384

Eduard Bernstein:

Militarismus und Weltkrieg 387

Hanns Erich Kaminski:

Das Ende des Fascismus 393

Vor zehn Jahren 395

Die Deutschnationalen und der Kronprinz 400

Dr. Hermann Hieber:

Spaziergang durch die italienische Kunst . . 403

Wirtschaftlicher Rundblick 405

Kriegsminister Nollet 408

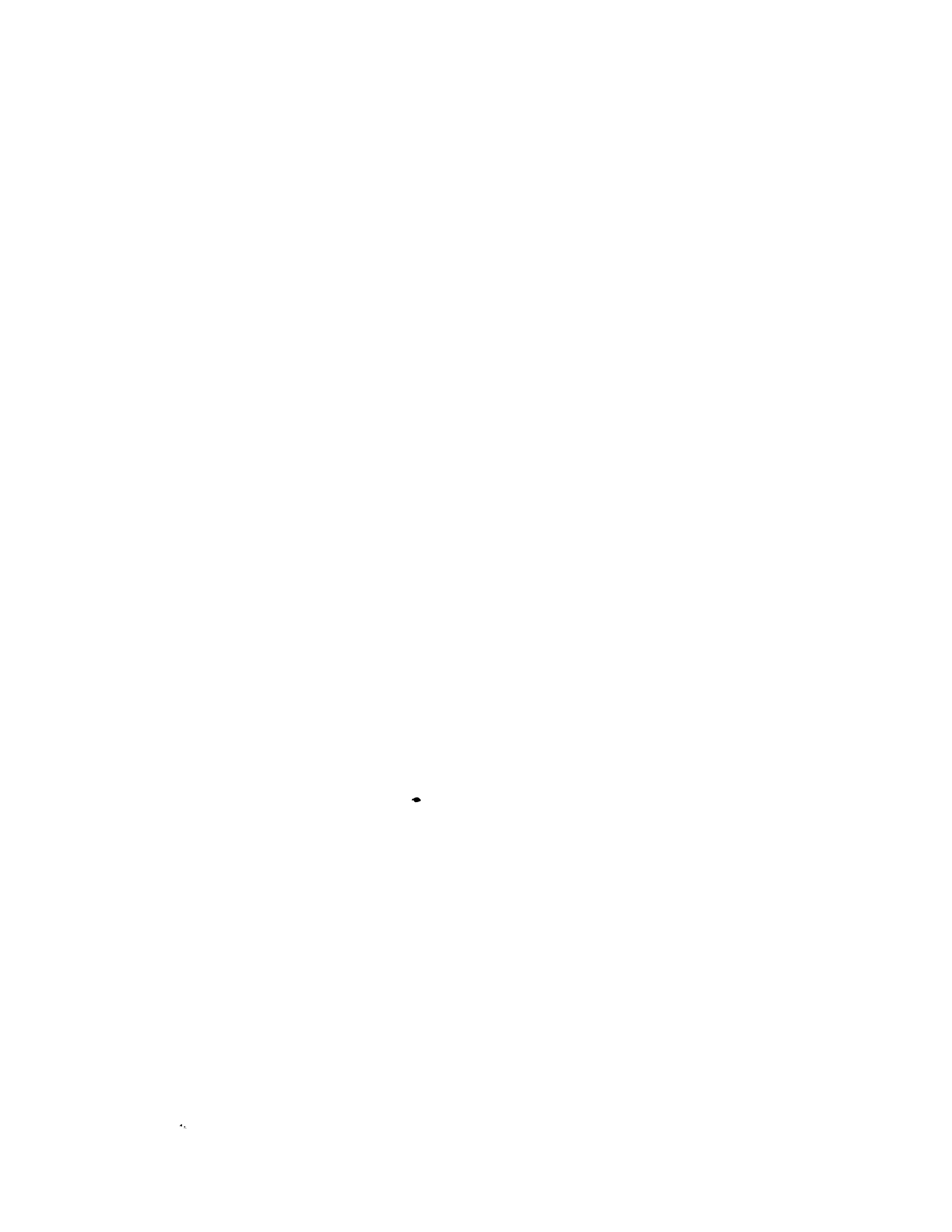
Robert Breuer:

*Der unritterliche Kronprinz — Nationaler Landesverrat
Konkurrenzkampf der völkischen Häuptlinge*

Notizen vom Parteitag — Gewerkschaftliche Kurse

Verlag für Sozialwissenschaft
Berlin SW 68, Lindenstraße 114

Preis 30 Pfennig



PERIODICALS

14 DAY USE
RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED
LOAN DEPT.

This book is due on the last date stamped below, or
on the date to which renewed.

Renewed books are subject to immediate recall.

LIBRARY USE

DEC 27 1962

REC'D LD

DEC 27 1962

PHOTOCOPY MAY 11 '89

LD 21A-50m-12,'60
(B6221s10)476B

General Library
University of California
Berkeley

PERIODICALS



